

*Donner*  
**Sammelkasten**

**Verhandlungen** *VIII B. 300.*

des

**Strafprocesses,**

die

**Gründung des Braunschweiger Walzwerks**

betreffend,

nach

**stenographischen Aufzeichnungen.**



**Braunschweig,**

**Druck und Papier von Friedrich Vieweg und Sohn.**

**1878.**

Verhandlungen des Strafprocesses, die Gründung des Braunschweiger Walzwerks betreffend, nach stenographischen Aufzeichnungen.

**V e r h a n d l u n g e n**

des

**Strafprocesses,**

die

**Gründung des Braunschweiger Walzwerks**

betreffend,

nach

**stenographischen Aufzeichnungen.**

---

# Verhandlungen

des

## Strafprocesses,

die

### Gründung des Braunschweiger Walzwerks

betreffend,

nach

kenographischen Aufzeichnungen.

B. F. 1878.



---

Braunschweig,

Druck und Papier von Friedrich Vieweg und Sohn.

1878.

Die Veröffentlichung dieser Verhandlungen hat einen doppelten Zweck.

Zunächst soll dadurch die volle Ehrenrettung und Rechtfertigung der Angeklagten bewirkt werden. Die bloße Thatsache der Freisprechung genügt dazu nicht. Denn eine Freisprechung kann erfolgen, weil der Beweis der Schuld nicht genügend geführt werden konnte, ohne daß dabei die Unschuld des Angeklagten zu Tage tritt. In dem vorliegenden Falle hat sich aber gerade im Laufe der öffentlichen Verhandlung die völlige Schuldblosigkeit der Angeklagten in Bezug auf sämtliche Punkte der Anklage, ja sogar deren geschäftliche und „moralische“ Rechtfertigung glänzend herausgestellt, und hat dieses Resultat im Erkenntnisse des Herzoglichen Kreisgerichts zu Helmstedt den unzweideutigsten Ausdruck gefunden.

Insofern nun dieser Proceß in weiteren Kreisen Aufsehen erregt hat und in der Presse mehrfach — und zum Theil sogar mit einer gegen die Angeschuldigten gerichteten Gehässigkeit — besprochen worden ist, könnte leicht auch trotz der erfolgten Freisprechung bei Manchen ein gewisses Mißtrauen und ein ungünstiges Vorurtheil gegen die Betheiligten zurückgeblieben sein. Es erscheint daher im Interesse derselben geboten, durch Veröffentlichung der vollen Wahrheit, wie sie in der Gerichts-



verhandlung zu Tage getreten, jeden Zweifel in dieser Hinsicht zu beseitigen und der Verleumdung jeden Vorwand zu nehmen.

Nicht minder dürfte sich diese Veröffentlichung aber auch im Interesse der Rechtspflege und Wissenschaft empfehlen, da in diesem Proceß die gesetzlichen Bestimmungen über die Gründung von Actiengesellschaften, sowie über die bei Aufnahme der Bilanz zu beobachtenden Grundsätze vielfach erörtert, von den verschiedensten Gesichtspunkten beleuchtet und in musterhafter Weise gerichtlich definirt und festgestellt worden sind. Die Tage der sogenannten Gründerheße sind ja allerdings — und hoffentlich auf Nimmerwiederkehr — vorüber; aber es verlohnt sich gewiß, die in jener Periode um den Preis so schmerzlicher Prüfungen für Einzelne erkaufen Einsichten und geläuterten Rechtsbegriffe zu fixiren und als Warnungstafel für die Zukunft aufzustellen.

## Die Vertheidigung.

## Erste Sitzung

am Dienstag, den 18. Juni 1878,

Vormittags 9 Uhr.

Die Sitzung beginnt mit dem Aufruf der Angeklagten und demnächst der Auskunftspersonen. Die ersteren sind sämtlich erschienen, mit Ausnahme des Angeklagten Fehland, der sein Ausbleiben unter Einsendung eines Krankheitsattestes entschuldigt; da derselbe einen Antrag auf Aussetzung des Termins nicht gestellt hat, so wird auf Antrag des Staatsanwalts beschlossen, gegen ihn in contumaciam zu verhandeln. Von den Auskunftspersonen fehlen Banquier Meyersfeld, der eine Depesche an den Gerichtshof gerichtet, nach welcher er in Braunschweig den Zug verpaßt hat, und Zimmermeister Meyer, welcher der Staatsanwaltschaft angezeigt hat, daß er heute nicht erscheinen könne, aber morgen kommen werde. Es wird demnach beschlossen, in die Verhandlung einzutreten.

Berth. Obergerichtsadvokat Huch: Ich bitte zuvor ums Wort!

Präs.: Wollen Sie einen Antrag stellen?

Berth. Obergerichtsadvokat Huch: Nein, es ist nur der Wunsch der Angeklagten, gleichwie bei der früheren ähnlichen Verhandlung, eine Verwahrung einzulegen:

Präs.: Aber ich bitte, ohne Leidenschaft.

Berth. O.-G.-Adv. Huch: Ich werde diesmal überhaupt ganz ohne Leidenschaft sein. Die Angeklagten finden sich aber veranlaßt, zur Wahrung des Rechts, wie in der Anklage gegen die Gründung der Braunschweigischen Eisenbahnwagenbauanstalt, Verwahrung einzulegen gegen die Beschlüsse, welche trotz der freisprechenden Erkenntnisse dennoch die Anklage aufrecht erhalten, durch die Gründung oder durch die Emission von Aktien einen Betrug begangen zu haben, sowie gegen diejenigen Beschlüsse, welche sie ihrem ordentlichen Richter entzogen haben. Unter dieser Reserve treten sie in die Verhandlung ein.

Zur Verlesung gelangen sodann nachfolgende Schriftstücke.

An

## Herzogliches Kreisgericht

hiersebst.

# Anklage

wider

- 1) den Obergerichts-Advokaten Otto Haeusler hiersebst, 53 Jahre alt;
- 2) den Bank-Direktor Alexander Benndorf hiersebst, 39 Jahre alt;
- 3) den Fabrik-Direktor Hermann Fehland, früher hiersebst, jetzt zu Schwerte, 53 Jahre alt;
- 4) den Bankier Carl Salomon hiersebst, 52 Jahre alt;
- 5) den Agenten Theodor Heinrich Meyer hiersebst, 44 Jahre alt;
- 6) den Hütten-Direktor Ferdinand Koch zu Carlshütte, 44 Jahre alt;
- 7) den Kaufmann Eberhard Mencke hiersebst, 45 Jahre alt;
- 8) den Kaufmann Gustav Runde hiersebst, 58 Jahre alt;
- 9) den Lotterie-Inspektor Hermann Wolff hiersebst, 35 Jahre alt;
- 10) den Banquier Carl Uhl hiersebst, 48 Jahre alt;

wegen

**Betruges bzw. event. Partirerei und Vergehens gegen den Artikel 249 Nr. 3 des SdS.-G.-B.**

I. Der Mitangeklagte Fehland war Eigenthümer einer im Jahre 1871 von ihm auf seinem vor dem Wilhelmithore hiesiger Stadt belegenen, etwa  $3\frac{3}{4}$  Morgen haltenden Grundstücke eingerichteten und in Betrieb gesetzten Eisensabrik, welche mit einem Werthe von ungefähr 110,000 Thlr. bei ihm zu Buche stand. Im Herbst des Jahres 1872 wurde von den übrigen Mitangeklagten der Plan gefaßt, jenes Fabrik-Etablissement

zum Gegenstande eines Aktien-Unternehmens zu machen. Es vereinigten sich dieselben zu einem Konfortium, welchem auch Fehland beitrug, und konstituirten sich diese Personen, von denen Uhl für seine damalige Firma Uhl & Comp., Haesler und Bendorff in ihrer damaligen Eigenschaft als Direktoren der „Braunschweigischen Kreditanstalt“ und für diese letzteren, — an deren pekuniären Vortheilen sie durch den Bezug von Zantiemen interessirt waren, — handelten, am 24. Oktober 1872 als Aktien-Gesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“, indem dieselben laut des über diesen Akt aufgenommenen notariellen Dokumentes das Statut genehmigten, das auf 300,000 Thlr. festgesetzte und in 1500 Aktien, je über 200 Thlr. und auf den Inhaber lautend, zerlegte Aktienkapital zeichneten, auch anerkannten, daß 10% desselben eingezahlt seien, und den Aufsichtsrath wählten. In den letzteren traten die Angeklagten Salomon, Meyer und Koch — außer diesem noch die gleichfalls an dem Unternehmen theilhabenden Kommerzienrath Friedrich v. Voigtländer und weiland Kaufmann Hermann Wittkop hiersebst, — ein; Fehland wurde zum Direktor gewählt, neben welchem der vorgenannte inzwischen verstorbene Kaufmann Wittkop als zweites Mitglied des Vorstandes fungirte.

fol. 3 der  
handelsge-  
richtl. Akten.

Die Zeichnungen zu jenem Aktienkapitale beliefen sich für die einzelnen Angeklagten resp. die von den Mitangeklagten Haesler und Bendorff vertretene „Braunschweigische Kredit-Anstalt“:

- 1) für die Firma Carl Uhl & Comp. auf 15,000 Thlr.,
- 2) für den Kaufmann Kunde auf 20,000 Thlr.,
- 3) für den Lotterie-Inspektor Wolff auf 15,000 Thlr.,
- 4) für den Hüttendirektor Koch auf 10,000 Thlr.
- 5) für die „Braunschweigische Kredit-Anstalt auf 55,000 Thlr.,
- 6) für den Fabrikdirektor Fehland auf 105,000 Thlr.,
- 7) für den Agenten Meyer auf 5000 Thlr.,
- 8) für den Kaufmann Mencke auf 30,000 Thlr.,
- 9) für den Bankier Salomon auf 5000 Thlr.

Der Rest von 40,000 Thlr. wurde von Wolff und Mencke für zwei dem Unternehmen ferner stehende Personen resp. von dem vorgenannten Kaufmann Wittkop und Kommerzienrath v. Voigtländer hiersebst gezeichnet. Für die Mitangeklagten Koch und Salomon, — letzterer derzeit und bis zum 1. Dezember 1872 noch in Helmstedt wohnhaft, — welche bei dem Errichtungsakte nicht zugegen waren, wurden die bemerkten Beträge ebenfalls von Wolff und Mencke gezeichnet und haben jene Beiden laut notariellen Dokumentes vom 30. Oktober 1872 sich mit den für sie geschehenen Zeichnungen, wie überhaupt allen bis dahin vom Konfortium vorgenommenen Handlungen und gefaßten Beschlüssen einverstanden erklärt.

fol. 34 der  
handelsge-  
richtl. Akten.

Zweck der Gesellschaft war nach dem Statute der Erwerb und Betrieb des Fehland'schen Fabrik-Etablissements. Ueber die Kaufbedingungen war mit dem bisherigen Eigenthümer bereits eine Uebereinkunft erzielt und zwar war der Kaufpreis auf 140,000 Thlr. festgesetzt worden. Schon am Tage der Gründung der Aktien-Gesellschaft — 24. Oktober 1872 — wurde dann auch von v. Voigtländer, Wittkop und Meyer als deren bevollmächtigten Vertretern einerseits und Fehland anderseits der notarielle Kaufvertrag verlautbart, in diesem aber nunmehr, einer unter den Betheiligten getroffenen Abrede gemäß, der Kaufpreis nicht mit jener, — den wirklichen Werth der Fabrik mindestens erreichenden, — Summe von 140,000 Thlr. beziffert, sondern zu 195,000 Thlr. angegeben. In einem Nebenvertrage verpflichtete sich Fehland, die Differenz von 55,000 Thlr. in Aktien des „Braunschweiger Walzwerks“ — also mehr als den sechsten Theil der Anthelrechte an dem gesammten Gesellschaftsvermögen — den Gründern als „Provision“ zu überweisen, an welcher jene nach Verhältniß ihrer Zeichnungen partizipiren sollten.

Es kann daher die Summe von 195,000 Thlr. nur als ein fiktiver, — als der wirkliche Kaufpreis aber nach wie vor nur jener Betrag von 140,000 Thlr. angesehen werden.

Laut jenes Kaufvertrages überwies der Verkäufer außerdem der Aktien-Gesellschaft die vorrätigen Materialien zum Selbstkostenpreise, welcher demnächst auf circa 30,000 Thlr. festgesetzt und jenem vergütet ist, endlich die für seine Firma abgeschlossenen Lieferungs-, Kauf- und Verkaufs-Verträge, wofür ihm eine Vergütung von 75,000 Thlr., — falls diese Summe aus dem Gewinne des ersten Betriebsjahres bis Ende 1873 nach Auszahlung einer 15prozentigen Dividende an die Aktionäre disponibel bleibe, — zugesichert wurde.

Die Berichtigung des nominellen Kaufpreises von 195,000 Thlr. sollte nach dem Kontrakte in der Weise stattfinden, daß dem Verkäufer 525 Stück Aktien des „Braunschweiger Walzwerks“ = 105,000 Thlr. überwiesen und auf das Kaufgeld in Anrechnung gebracht wurden, wegen fernerer einstweilen kreditirter 50,000 Thlr. nebst Zinsen zu 5% demselben mit dem verkauften Grundstücke Hypothek bestellt und der Rest von 40,000 Thlr. theils durch Uebernahme der auf jenem Grundstücke in der Höhe von 35,000 Thlr. bereits lastenden Hypotheken, theils durch Baarzahlung gedeckt werden sollte.

Schließlich verpflichtete sich Fehland kontraktlich, die ihm nach Abgabe der Provisions-Aktien verbleibenden eigenen Aktien binnen Jahresfrist nicht zu veräußern.

Unterm 11. November/3. Dezember 1872 wurde die Aktien-Gesellschaft

Fol. 259 der  
Unterf.-M.

Fol. 240 der  
Unterf.-M.

„Braunschweiger Walzwerk“ bei Herzogl. Handelsgerichte hieselbst zum Handelsregister angemeldet und eingetragen.

Nummehr schritten die Angeklagten als fortbestehendes Konfortium der ersten Zeichner dazu, die Aktien des „Braunschweiger Walzwerkes“ dem Publikum zum Kaufe anzubieten, um damit die vorbemerkte „Provision“ von 55,000 Thlr. zu realisiren. Zu diesem Zwecke wurde unterm 1. Dezember 1872 als Beilage zu dem hier erscheinenden „Braunschweiger Tageblatte“ ein Prospekt über das „Braunschweiger Walzwerk“ veröffentlicht. Es beginnt derselbe mit folgendem Passus:

fol. 319 der  
Unterf. A.

„Das am Bahnhofe in Braunschweig belegene, mit günstigem Erfolge betriebene Walzwerk- und Kesselschmiede-Etablissement der Firma Fehland & Comp. ist für eine unter obiger Firma „Braunschweiger Walzwerk“ gebildete Aktien-Gesellschaft für den Preis von (einschließlich Provision) 195,000 Thlr., von welchen 50,000 Thlr. auf 10 Jahre zur Hypothek kreditirt bleiben, käuflich erworben und für dieselbe seit dem 1. Oktober d. J. in Betrieb genommen.“

Im Uebrigen enthält der Prospekt nur wenige und unwesentliche thatsächliche Angaben, beschäftigt sich vielmehr hauptsächlich mit den projectirten Erweiterungsbauten und der zukünftigen Gestaltung und Produktionsfähigkeit des angekauften Etablissements.

Schließlich werden 140,000 Thlr. des Aktientapitals als fest übernommen bezeichnet, von welcher Summe auf Fehland in Anrechnung auf den Kaufpreis 50,000 Thlr. = 250 Aktien fielen, die Gründer 55,000 Thlr. = 275 Aktien als „Provision“ umsonst bekamen, sodaß die Letzteren nur noch mit einem eigenen Kapitale von 35,000 Thlr. theilhaftig blieben, und die Aktien des übrigen Betrages von 160,000 Thlr. zum Course von 105% zum Kaufe angeboten.

Unterzeichnet ist der Prospekt von der als Zeichenstelle benannten „Braunschweigischen Credit-Anstalt“, am Kopfe desselben sind die Namen der Mitangeklagten Fehland, Salomon, Meyer und Koch — wie auch des Kaufmannes Hermann Wittkop und Kommerzienrathes v. Voigtländer — als der Direktoren bezw. Aufsichtsräthe des „Braunschweiger Walzwerks“ — aufgeführt.

Es ist demnach jener Betrag von 160,000 Thlr. gezeichnet und haben die Gründer des „Braunschweiger Walzwerks“ die Provision von 55,000 Thlr., wie verabredet in Aktien des Letztern, erhalten.

Die Aktien des „Braunschweiger Walzwerks“ haben in der ersten Zeit nach dessen Gründung einen höhern, als den Emissionskurs erlangt, sind aber seit der zweiten Hälfte des Jahres 1873 stetig und unter

pari gesunken, und demnächst, nachdem das „Braunschweiger Walzwerk“ im Februar 1875 in Vermögensverfall gerathen ist und sich genöthigt gesehen hat, seine Zahlungen einzustellen, völlig werthlos geworden.

Jener citirte Passus des Prospektes nun enthält offenbar eine Verschleierung und Entstellung des wirklich gezahlten Kaufpreises und der erstrebten Provision. Denn der Mittheilung der Kaufsumme konnte nur der Zweck untergelegt werden: die zukünftigen Aktionäre über den Werth des acquirirten Fabrik-Etablissements zu unterrichten, von dem es sich voraussichtlich angemessen rentiren werde, und zwar in dem gegenwärtigen Falle um so eher, als sonstige Angaben, welche zu einer Beurtheilung jenes Werthes hätten dienlich sein können, überall nicht gemacht waren. Mit diesem Zwecke war es aber unverträglich, wenn die Kaufsumme durch die Hinzurechnung eines bedeutenden fremden Faktors — der „Provision“ — wesentlich verändert wurde und konnte daher nur angenommen werden, daß die „Provision“ eine im Verhältnisse zu der Totalsumme von 195,000 Thlr. nicht bedeutende, diese nicht wesentlich verändernde sei, der Kaufpreis also annähernd 195,000 Thlr. betragen habe und das Kaufobjekt ungefähr diesen Werth repräsentire. Diese irthümliche Annahme wurde um so näher gelegt, als die 5% über pari, mit denen die von den ersten Zeichnern mit 40% eingezahlten Aktien vom Konsortium begeben wurden, bereits einen nicht unbeträchtlichen Gewinn für jene ergaben.

Und zwar war die Erregung eines solchen Irrthums in den neu hinzutretenden Aktionären durch diese Fassung des Prospektes von dessen Urhebern bezweckt, um jene Aktionäre zum Zeichnen zu bewegen und so den Gründern des „Braunschweiger Walzwerks“ die „Provision“ von 55,000 Thlr. zu verschaffen, auf welche Letztere in dieser Höhe ein Recht nicht hatten und welche in dieser Höhe zu gewähren die Aktionäre nicht Willens sein konnten und waren, die daher nur durch eine Täuschung der neu hinzutretenden Aktionäre zu erlangen war und auch demnächst erlangt worden ist, — wie sich dessen die Urheber des Prospektes wohl bewußt waren.

Es ist denn auch diese von den Gründern bezogene „Provision“ an keiner Stelle, weder in den Geschäftsbüchern des „Braunschweiger Walzwerks“, noch in dessen Bilanzen ihrem wirklichen Betrage nach und als solche in Rechnung gesetzt oder überhaupt erwähnt.

Wie die gesammten Aktionäre des „Braunschweiger Walzwerks“ — abgesehen von den ersten Zeichnern —, so sind insbesondere:

- 1) der Partikulier Heinrich Stegmüller, hierselbst,
- 2) der Hoflieferant Ernst Rohfahl, hierselbst,
- 3) der Bahnexpedient August Stoffregen, hierselbst,

- 4) der Sattlermeister Theodor Bewig, hieselbst,
- 5) der Partikulier Friedrich Dempewolf, hieselbst

in diesen Irrthum verfallen und haben die genannten Personen in Folge desselben:

- der Partikulier Stegmüller 2 Aktien,
- der Hoflieferant Koshahl 10 Aktien,
- der Bahnexpedient Stoffregen 3 Aktien,
- der Sattlermeister Bewig 4 Aktien und
- der Partikulier Dempewolf 3 Aktien

des „Braunschweiger Walzwerks“ gezeichnet, auch demnächst gegen Bezahlung des Nominalwerthes und 5% Agio zugestellt erhalten und besitzen dieselben noch.

Durch den Ankauf dieser Aktien wurde das Vermögen der genannten Aktionäre insofern beschädigt, als sie nicht, wie sie annehmen mußten und annahmen, einen verhältnißmäßigen Antheil an einem Gesellschaftsvermögen im Aktiv-Bestande von ungefähr 300,000 Thlr., und insbesondere einem Kaufobjekte — der vormals Fehland'schen Fabrik — von annähernd 195,000 Thlr. Werth, sondern an einem Gesellschaftsvermögen im Aktiv-Bestande von nur 245,000 Thlr. und insbesondere jener in Wirklichkeit einen Werth von nur 140,000 Thlr. repräsentirenden Fabrik erlangten, auch zu ihren Antheilen eine Provision an die Gründer bezahlten, wie sie eine solche in dem wirklichen Betrage nicht zu zahlen glaubten und beabsichtigten. Endlich ist eine fernere Vermögensbeschädigung für die Genannten dadurch eingetreten, daß die Aktien des „Braunschweiger Walzwerks“ gegenwärtig völlig werthlos sind.

Es muß nun behauptet werden, daß die sämtlichen Angeklagten, wie sie an allen vorstehend geschilderten, dem einen gemeinsamen Hauptzwecke: „Erlangung der Provision“ dienenden Abreden und Maßnahmen des Consortiums entweder direkt handelnd Antheil genommen, oder aber solche Abreden und Maßnahmen von ihren Konjunkten im gemeinsamen Interesse und für sich mit haben treffen lassen und demnächst genehmigt haben, so insbesondere auch jenen Prospekt gemeinsam berathen und verfaßt, resp. denselben ausdrücklich oder stillschweigend gebilligt, auch dessen Veröffentlichung beschlossen, resp. der Veröffentlichung zugestimmt und denselben veröffentlicht haben.

Nach der Angabe des Mitangeklagten Haessler nämlich ist der inkriminirte Passus des Prospectes in der vorhin citirten Fassung auf seinen Vorschlag, also nach zuvoriger Berathung Mehrerer festgestellt worden und muß angenommen werden, daß an dieser Berathung sämtliche Angeklagte Theil genommen haben. Zu dieser Annahme berechtigt der



Umstand, daß die Angeklagten, außer Koch und Salomon, in hiesiger Stadt wohnten, lehtern beide aber durch ihre Betheiligung an der Gründung des „Braunschweiger Walzwerks“, zumal sie als Aufsichtsräthe fungirten, zu häufigem Verweilen in hiesiger Stadt genöthigt waren, und so ein steter Verkehr dieser Personen unter einander leicht war und auch wirklich bestanden hat. Wenn daher unter diesen Verhältnissen ein jeder der Angeklagten eine fortlaufende und genaue Kenntniß von allen auf die Ausführung ihres gemeinsamen Unternehmens bezüglichen Maßnahmen und Abreden gehabt haben muß, so wird insbesondere bei der Wichtigkeit der Frage: wie die Aussichten des „Braunschweiger Walzwerks“ dem Publikum in möglichst günstigem Lichte darzustellen seien, insbesondere aber, wie die Höhe der Provision zu verdecken sei, keiner der Consortialen bei den Besprechungen über den Prospekt unbetheiligt geblieben sein.

Bei den Mitangeklagten Bendorff, Fehland, Salomon, Meyer und Koch kommt hinzu, daß der Prospekt sich mit auf deren Person stützt, eine weitere Veranlassung, jene bei Abfassung desselben zu Rathe zu ziehen.

Der Mitangeklagte Salomon seinerseits hat auch eingeräumt, daß ihm der Prospekt vor der Veröffentlichung nach seinem damaligen Wohnorte Helmstedt zugesandt sei, er auch dessen Fassung und Veröffentlichung gebilligt habe.

Eventuell wird behauptet, daß, falls einer oder mehrere von den Angeklagten in dieser Weise an dem Erlasse des Prospectes nicht betheiligt gewesen, diese doch von demselben alsbald nach dessen Veröffentlichung Kenntniß erhalten, trotzdem aber nichts zur Aufklärung des wahren Sachverhaltes, wie ihre Pflicht gewesen wäre, — gethan, den Prospekt vielmehr gebilligt und sich auf diese Weise, indem sie durch ihr Verhalten den Irrthum der Aktionäre unterhielten, gleich dessen Urhebern für den Inhalt und die Wirkung desselben verantwortlich gemacht haben.

Jene Verpflichtung, die neu hinzu tretenden Aktionäre durch positives Handeln über den durch den Prospekt erregten Irrthum aufzuklären, folgte für jeden der Angeklagten aus der Stellung eines Verkäufers, welche jedes Mitglied des den Verkauf eines Theiles der den ersten Zeichnern zugehörigen Aktien auf gemeinschaftliche Rechnung betreibenden Consortiums jenen neu hinzu tretenden Aktionären als Käufern gegenüber einnahm, und dem Societätsverhältnisse unter den Consorten, welches jede, auf Erreichung des Gesellschaftszweckes: des Absatzes der Aktien, abzielende Handlung eines Einzelnen als in Vertretung aller übrigen vorgenommen erscheinen läßt.

Diese Verpflichtung, durch positives Handeln das Interesse der neu

hinzutretenden Aktionäre zu wahren, wurde, was die Mitangeklagten Fehland, Salomon, Meyer und Koch anbetrifft, noch verstärkt durch das von ihnen übernommene Amt eines Direktors, resp. Aufsichtsrathsmitgliedes, zumal der Prospekt auf ihre Person unter Hervorhebung jener amtlichen Eigenschaft Bezug nahm, endlich was den Mitangeklagten Benndorf betrifft, dadurch, daß die „Braunschweigische Credit-Anstalt“, deren Vorstände er als Mitglied angehörte, als Unterzeichnerin des Prospektes figurirte.

Zudem waren sich die sämmtlichen Angeklagten von vornherein bewußt, daß sie die angestrebte „Provision“ nur durch Täuschung der demnächst neu hinzutretenden Aktionäre würden erlangen können, so daß sie also solche Täuschung als nothwendige Konsequenz ihrer sonstigen Maßnahmen von vornherein erkannten und wollten.

Auf Grund dieser Thatfachen muß den Angeklagten zur Last gelegt werden:

gemeinschaftlich in der Absicht, sich und resp. anderen Personen die Provision von 55,000 Thlr. als einen rechtswidrigen Vermögensvortheil zu verschaffen, das Vermögen der Aktionäre des „Braunschweiger Walzwerks“, insbesondere des Stegmüller, Kohfahl, Stoffregen, Bewig und Dempewolf dadurch beschädigt zu haben, daß sie durch die Vorspiegelung der falschen Thatfachen: als sei für das vormals Fehland'sche Fabrik-Etablissement ein Kaufpreis von annähernd 195,000 Thlr. bezahlt worden und betrage die von den Gründern berechnete Provision eine im Verhältnisse zu jener Ziffer nur geringe Summe, resp. durch die Entstellung und Unterdrückung der wahren Thatfachen: daß nur ein Kaufpreis von 140,000 Thlr. bezahlt und von den Gründern für sich eine Provision von 55,000 Thlr. berechnet worden, in jenen Aktionären, und insbesondere in den genannten, einen Irrthum erregten resp. unterhielten, dadurch aber sich als Mitthäter eines Betruges schuldig gemacht zu haben. R.-Str.-G.-B. §§. 263. 47.

Eventuell, falls eine Mitthäterschaft der Mitangeklagten Mencke, Kunde, Wolff und Uhl an dem vorbemerkten Betruge nicht anzunehmen sein sollte, werden dieselben auf Grund der behaupteten Thatfachen beschuldigt, die Provision von 55,000 Thlr., von welcher sie wußten, daß sie mittelst einer strafbaren Handlung erlangt sei, zu ihren Antheilen an sich gebracht zu haben. R.-Str.-G.-B. §. 259.

II. Die erste Geschäftsperiode des „Braunschweiger Walzwerks“ währte vom 1. Oktober 1872, auf welchen Tag der Kauf des Fehland'schen

Fabrik-Etablissements und dessen Betrieb für die Gesellschaft zurück bezogen wurde, bis zum 31. December 1873. Im Laufe dieser ersten Geschäftsperiode schon wurden an das „Braunschweiger Walzwerk“ pekuniäre Anforderungen gestellt, welchen das Grundkapital nicht genügen konnte.

Fol. 14 der  
Unterf.-H.

Von den als Kaufsumme resp. „Provision“ zu berichtenden 195,000 Thlr. blieben allerdings einstweilen noch circa 43,000 Thlr., für welche in Anrechnung auf das Kaufgeld Hypotheken übernommen resp. bestellt wurden — die vorhin mitgetheilten Bestimmungen des Kaufvertrages vom 24. Oktober 1872 über theilweise Dedung des Kaufgeldes durch Hypothekbestellung waren nicht in ihrem ganzen Umfange ausgeführt worden — für die Gesellschaft disponibel. Dagegen waren für die in der Kaufsumme nicht inbegriffenen, der Aktien-Gesellschaft von Fehland überwiesenen Materialien circa 30,000 Thlr. an diesen zu entrichten.

Als bald nach der Gründung des „Braunschweiger Walzwerks“ wurde ferner der Ankauf des benachbarten Hasenbalg'schen Fabrik-Grundstücks beschlossen und am 5. November 1872 für die Summe von 55,000 Thlr. effectuirt. Von letzterer Summe blieben freilich wiederum einstweilen 33,000 Thlr. zur Hypothek kreditirt, jedoch waren durch diesen Ankauf zugleich so bedeutende Neubauten und Neuanschaffungen nöthig geworden, daß diese in den bezüglichen Konten der Bilanz vom 31. Dezember 1873, incl. des Werthes des zugekauften Grundstücks, zu Werthen von insgesammt über 187,000 Thlr. aufgenommen sind.

Fol. 237 der  
Unterf.-H.

Fol. 9 der  
Unterf.-H.

Die Erweiterungsbauten waren am Schlusse des Jahres 1873 noch nicht vollendet, mußten vielmehr im folgenden Jahre noch fortgeführt werden, wie denn die Bilanz vom 31. Dezember 1874 für diese Neubauten und Anschaffungen fernere Werthe von über 36,000 Thlr. ansetzt.

Fol. 12 der  
Unterf.-H.

Unter diesen Umständen mußte sich das Grundkapital bald als völlig unzureichend erweisen. Es war allerdings im Statute eine Erhöhung desselben um 200,000 Thlr. offen gelassen, jedoch scheinen sich dieser Erhöhung Schwierigkeiten entgegen gestellt zu haben, jedenfalls ist dieselbe unterblieben.

Das „Braunschweiger Walzwerk“ war daher bald auf fremde Kapitalien angewiesen, wie dasselbe denn auch beispielsweise bis zum Oktober 1874 den Kredit bei der „Braunschweigischen Credit-Anstalt“ bis zur Höhe von 63,000 Thlr. benutzt hat.

Dem Vorstande und Aufsichtsrathe des „Braunschweiger Walzwerks“ mußte also, um sich resp. ihrer Aktien-Gesellschaft den Kredit bei den Geschäftsleuten, mit welchen Letztere in Verbindung stand resp. treten werde, offen zu halten, daran liegen, daß die Lage des „Braunschweiger Walz-

Prot. des  
Aufsichts-  
raths des  
„Braun-  
schweiger  
Walzwerks“  
vom 13. Oct.  
1874.

werks“ in der nach Schluß der ersten Geschäfts-Periode zu veröffentlichen-  
den Bilanz sich als eine günstige darstelle.

Die Bilanz vom 31. Dezember 1873 weist denn auch einen Rein-  
gewinn von 15,351 Thlr. 1 Sgr. 2 Pfg. auf.

Fol. 9 der  
Unterf. 21.

Diese Bilanz muß als eine unrichtige bezeichnet werden und hätte  
dieselbe vielmehr, wenn nicht durch unwahre Angaben in derselben dies  
Rechnungsergebnis ermöglicht wäre, schon damals mit einem erheblichen  
Verluste abschließen müssen.

Solche unwahre thatsächliche Angaben der erwähnten Bilanz sind:

- 1) daß der Werth des früher Fehland'schen Etablissements nicht,  
wie es der Wahrheit entsprochen hätte, mit 140,000 Thlr.,  
sondern unter Hinzurechnung der „Provision“ mit 195,000  
Thlr. beziffert ist,
- 2) daß die unter Nr. 5 a, b und c der Aktiva aufgenommenen  
Materialien nicht mit ihren wahren Werthen zum damaligen  
Marktpreise, sondern zu um circa 40% höheren Werthen  
aufgeführt sind.

Diese Bilanz ist von dem Mitangeklagten Fehland als Direktor nach  
den Anweisungen der Mitangeklagten Salomon, Meyer und Koch als  
Aufsichtsräthe zu Anfang des Jahres 1874 aufgestellt, von diesen letzteren  
genehmigt, auch demnächst in den „Braunschweigischen Anzeigen“, der  
„Berliner Börsen-Zeitung“ und der „Braunschweigischen Zeitung“ ver-  
öffentlicht, und von diesen auch in andere Zeitungen übergegangen.

Sämmtliche vier vorgenannte Angeklagte haben bei Aufstellung dieser  
unrichtigen Bilanz vorsätzlich wider besseres Wissen gehandelt.

Es ist durch dieselbe in einem großen Theile der mit dem „Braun-  
schweigischen Walzwerke“ in Geschäftsverbindung getretenen Geschäftsleuten  
der Irrthum erregt worden, als habe jenes Werk nicht mit Verlust, son-  
dern mit Gewinn gearbeitet und haben jene Geschäftsleute in Folge dieses  
Irrthums der Aktien-Gesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“ sowohl Geld  
als Materialien zc. kreditirt, — wie solche Wirkungen von den Urhebern  
der Bilanz bezweckt waren, während ihnen das Bewußtsein sehr wohl inne  
wohnte, daß jene nur einer mit Gewinn arbeitenden Gesellschaft zu kre-  
ditiren Willens waren und glaubten, ein solcher Credit daher nur durch  
Täuschung zu erlangen gewesen sei.

Insbesondere ist der Kaufmann Julius Stoof zu Magdeburg durch  
die Kenntnißnahme von jener Bilanz in solchen Irrthum versetzt und hat  
in Folge dessen der Aktien-Gesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“ für die  
Summe von 6000 Mk. Credit, insbesondere Materialien ohne sofortige  
Bezahlung und Gelder zc. bewilligt, auf diese Weise also eine Beschädigung

seines Vermögens erlitten. Nachdem unterm 13. Februar 1875 die Aktien-Gesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“ sich nach Verlust des gesamten Grundkapitals ihre Zahlungen einzustellen genöthigt gesehen hat, ist es sicher, daß der genannte Gläubiger nunmehr auch der Befriedigung wegen seiner bezügl. Forderungen ganz oder doch zum weitaus größeren Theile verlustig gehen wird.

Gleichzeitig verfolgten aber die Angeklagten Fehland, Salomon, Meyer und Koch, welche derzeit noch sämmtlich Aktien des „Braunschweiger Walzwerks“ besaßen, mit der Aufstellung der falschen Bilanz den Zweck, die Auszahlung einer Dividende, sowie der dem Angeklagten Fehland als Direktor in dem Kaufkontrakte vom 24. Oktober 1872 zugesicherten Tantième zu 8 % vom Reingewinn zu ermöglichen.

Es ist denn auch die Bilanz von Fehland und v. Voigtländer Namens und im Auftrage der Direktion und des Aufsichtsrathes der am 28. April 1874 abgehaltenen General-Versammlung der Aktionäre, welcher nach §. 17, Nr. 5, des Gesellschafts-Statutes die Beschlußfassung zustand, ob und eine wie hohe Dividende zu vertheilen sei, vorgelegt und sind die Aktionäre durch die Vorspiegung der falschen Thatsache: als sei ein Uberschuß der Aktiva über die Passiva, ein „Reingewinn“ von 15,351 Thlr. 1 Sgr. 2 Pfg. vorhanden, dazu bestimmt worden, die Auszahlung jener Tantième an Fehland zuzulassen und die Vertheilung einer Dividende von  $7\frac{1}{2}\%$  zu beschließen.

Es muß die Handlungsweise der Angeklagten Fehland, Salomon, Meyer und Koch auch in dieser Richtung, soweit es sich um die Auszahlung der Tantième an Fehland handelte, als eine betrügerische bezeichnet werden. Denn es hatte Fehland auf solche Tantième nur dann ein Recht, wenn ein Reingewinn wirklich erzielt war, und da, wie die genannten Angeklagten wußten, ein Reingewinn, und damit jenes Recht nicht vorhanden, so war der in der Tantième von Fehland erlangte Vermögensvorteil ein rechtswidriger, nur ermöglicht durch den Irrthum der Aktionäre, welche durch die, das Gesellschafts-Vermögen verringernde Auszahlung der fragl. Tantième geschädigt wurden.

Es muß daher den Mitangeklagten Fehland, Salomon, Meyer und Koch fernerweit zur Last gelegt werden:

gemeinschaftlich in der Absicht, der Aktien-Gesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“ — und resp. dem Mitangeklagten Fehland, — die vorbemerkten rechtswidrigen Vermögensvorteile zu verschaffen, das Vermögen insbesondere des Stooß, — und resp. der Aktionäre des „Braunschweiger Walzwerks“, insbesondere der genannten Stegmüller, Rohsahl, Stoffregen,

Bewig und Dempewolf zu ihren Antheilen, — dadurch beschädigt zu haben, daß sie in diesen Personen durch die Vorspiegelung der unwahren Thatsache: als hätten am 31. Dezember 1873 die Aktiva der genannten Gesellschaft die Passiva überwogen, einen Irrthum erregten,

damit aber sich als Mitthäter eines fernerweiten, mit der unter I bemerkten Strafhandlung realiter concurrirenden Betruges schuldig gemacht, R.-Str.-G.-B. §§. 263. 47. 74., zugleich auch gegen den Art. 249 Nr. 3 des Hdl.-G.-B. verstoßen zu haben. R.-Str.-G.-B. §. 73.

Indem ich dieserhalb Anklage erhebe und mich zum Beweise der behaupteten Thatsachen auf die in zusammen IV Vol. hierneben überreichten Voruntersuchungs- und kombinierten Akten, wie die hierunter bezeichneten Beweismittel beziehe, beantrage ich:

den Angeklagten Abschrift der Anklage zustellen zu lassen und unter Vorladung derselben, wie der Auskunftspersonen Termin zur Hauptverhandlung anzusetzen.

Braunschweig, den 8. März 1877.

Für den Staatsanwalt:

**Reinbeck.**

## Beweis-Mittel.

### I. Auskunftspersonen.

- 1) Hof-Lieferant Ernst Rohfahl hierf. (Poststraße Nr. 1),
- 2) Partikulier Heinrich Stegmüller hierf. (Campestraße Nr. 20),
- 3) Bahnerpedient August Stoffregen hierf.,
- 4) Sattlermeister Theodor Bewig hierf. (a. d. Petrikirche Nr. 2),
- 5) Partikulier Friedrich Dempewolf hierf. (Gießmaroderstraße Nr. 31),
- 6) Banquier Bernhard Meyersfeld hierf., 34 Jahre alt,
- 7) Advokat-Anwalt Wilhelm Hollandt hierf., 36 Jahre alt,
- 8) Zimmermeister Eduard Meyer hierf.,

- 9) Kaufmann Erich Abt hierf.,
  - 10) Kaufmann Julius Stooß zu Magdeburg, 34 Jahre alt, als Zeuge und Sachverständiger,
  - 11) Fabrikant August Wilke hierf., 48 Jahre alt, als Sachverständiger,
  - 12) Fabrikant Emil Röhrig hierf., 52 Jahre alt, als Sachverständiger.
- II. Beeidigte Aussage des Agenten Wilhelm Person zu Hamburg, 34 Jahre alt, zum Protokolle des dortigen Untersuchungsrichters vom 1. Febr. 1877 (Fol. 333 der Unterf.-A.).
  - III. Prospekt über das „Braunschweiger Walzwerk“ vom 1. Dezbr. 1872 (Fol. 319 der Unterf.-A.).
  - IV. Notarielle Urkunde über die Konstituierung der Aktien-Gesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“ vom 24. Oktober 1872 (Fol. 3 der handelsgerichtl. Akten).
  - V. Notarieller Vertrag über den Ankauf des Fehland'schen Grundstücks vom 24. Okt. 1872 (Fol. 259 der Unterf.-A.).
  - VI. Verpflichtungsschein des Fehland über die Rückgabe der Provisions-Aktien (Fol. 240 der Unterf.-A.).
  - VII. Notarielle Urkunde vom 30. Oktober 1872, enthaltend die Ration habition des bis dahin Geschehenen Seitens Salomon's und Koch's (Fol. 34 der handelsgerichtl. Akten).
  - VIII. Geschäftsbericht und Bilanz vom 31. Dezember 1873 und 31. Dezember 1874 (Fol. 9 der Unterf.-A.).
  - IX. Hypothekenscheine über die Grundstücke des „Braunschweiger Walzwerks“ (Fol. 14 und 327 der Unterf.-A.).
  - X. Geschäftsbücher des „Braunschweiger Walzwerks“.
  - XI. Notarielles Protokoll über die General-Versammlung der Aktionäre des „Braunschweiger Walzwerks“ vom 28. April 1874.
  - XII. Deklarationen über den Werth der vormal's Fehland'schen Fabrikgebäude 2c. zu deren Versicherung gegen Feuer (Fol. 365 der Unterf.-A.).

An

## Herzogliche Staatsanwaltschaft

hiersebst.

Auf die von Herzogl. Staatsanwaltschaft hiersebst am 9. März d. J. überreichte Anklage wider den Obergerichts-Advokaten Haenzler hiersebst und Consorten wegen Betrugs zc. wird beschlossen:

1) Die Anklage wirft unter I den sämtlichen Angeklagten vor, gemeinschaftlich in der Absicht, sich, bezw. anderen Personen einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zum Gesamtbetrage von 55,000 Thlr. zu verschaffen, das Vermögen der Aktionäre des „Braunschweiger Walzwerks“, insbesondere bestimmter namentlich aufgeführter Personen dadurch beschädigt zu haben, daß sie mittels eines Passus des von der „Braunschweigischen Credit-Anstalt“ im dortigen „Tageblatte“ vom 1. Dezember 1872 mit ihrem Wissen und Willen veröffentlichten, jedenfalls durch die Veröffentlichung einem Jeden von ihnen bekannt gewordenen Prospektus, folgendermaßen lautend:

„Das Etablissement der Firma Fehland & Co. ist für eine unter obiger Firma („Braunschweiger Walzwerk“) gebildete Aktien-Gesellschaft für den Preis von (einschließlich Provision) 195,000 Thlr. käuflich erworben“,

Jenen die falsche Thatsache vorspiegelt, für die Fehland'sche Fabrik sei von der Gesellschaft ein Preis von annähernd 195,000 Thlr. gezahlt, und die von den Gründern berechnete Provision betrage eine im Verhältnisse zu dieser Ziffer nur geringe Summe, resp. dadurch, daß sie die wahre Thatsache, daß nur ein Preis von 140,000 Thlr. gezahlt, und von den Gründern eine Provision von 55,000 Thlr. berechnet worden, unterdrückt, und dadurch in den gedachten Aktionären einen Irrthum erregt oder unterhalten haben, und beschuldigt sie, als Mitthäter einen Betrug verübt, eventuell die Angeklagten Mencke, Kunde, Wolff und Uhl, einen Theil jener Provision, von welcher sie gewußt, daß sie mittels einer strafbaren Handlung erlangt worden, an sich gebracht und dadurch das durch §. 259 des R.-Str.-G.-B. mit Strafe bedrohte Vergehen begangen zu haben. Zur näheren Begründung wird angeführt, daß, nachdem sich die genannte Aktien-Gesellschaft am 24. Oktober 1872 vorchriftsmäßig constituirt, insbesondere das Aktien-Capital zu 300,000 Thlr. gezeichnet, auch bereits früher mit dem Fabrikanten Fehland, dem Mitangeklagten, ein Preis



von 140,000 Thlr. für dessen Fabrik — von wem, ist nicht gesagt — verabredet worden, jener und zwei Vertreter der Gesellschaft einen zu den Akten gebrachten notariellen Kontrakt verlautbart haben, in welchem zufolge Abrede der Kontrahenten der Preis nicht zu jenem, den wirklichen Werth der Fabrik mindestens erreichenden Betrage, sondern zu 195,000 Thlr. angegeben sei, in einem Nebenvertrage aber Fehland sich verpflichtet habe, von den ihm nach dem Kauf-Kontrakte in Anrechnung auf den Preis, zuständigen voll eingezahlten Aktien zum Nominalbetrage von 105,000 Thlr. solche zu 55,000 Thlr. den Gründern zu überweisen, daß demnach der verlautbarte Preis ein fiktiver gewesen, der wirklich verabredet nur 140,000 Thlr. betragen habe, die Angeklagten jene 55,000 Thlr. Aktien in Empfang genommen, bald nachher von der Gesellschaft 160,000 Thlr. Aktien zum Course von 105% zur Zeichnung aufgelegt und gezeichnet seien, die Aktien des Walzwerks aber, nachdem sie Anfangs über den Emissionskurs gestiegen, seit der zweiten Hälfte des Jahres 1873 unter pari gesunken und nach der im Februar 1875 erfolgten Zahlungseinstellung völlig werthlos geworden seien. Die den betreffenden Aktionären zugefügte Vermögensbeschädigung findet die Anklage darin, daß diese nicht, wie sie haben annehmen müssen und angenommen, Antheil an einem Gesellschaftsvermögen zum etwaigen Werthe von 300,000 Thlr., insbesondere an einer Fabrik zum Werthe von ungefähr 195,000 Thlr., sondern an einem Vermögen von 245,000 Thlr. und einer Fabrik zum Werthe von 140,000 Thlr. erlangt, daß sie eine weit höhere Gründerprovision gezahlt, als sie zu übernehmen beabsichtigt, und in der später eingetretenen völligen Entwerthung der Aktien des Walzwerkes. Endlich schreibt die Anklage den Angeklagten das Bewußtsein zu, daß sie ihren Hauptzweck: die Zahlung der gedachten Provision, nur mittels der in dem hervorgehobenen Passus des erlassenen Prospekts enthaltenen Täuschung würden erlangen können, so daß sie letztere als Voraussetzung für die Erreichung ihres rechtswidrigen Zwecks auf sich genommen haben.

Wenn in der angeführten Thätigkeit der Angeklagten der volle Thatbestand des Betruges enthalten sein soll, so kann diesem Schlusse nicht beigegeben werden, denn

- a) erhellt nicht, wie in der fr. Prospektstelle die Vorspiegelung der Thatsache, es sei für die Fehland'sche Fabrik ein Preis von nahezu 195,000 Thlr. gezahlt und es betrage die Gründerprovision eine im Verhältnisse zu diesem Betrage nur geringe Summe, hat gefunden werden können. Wie man auch die von den Angeklagten behuf Erzielung eines Gründerlohnes vorgenommenen Rechtsakte auffassen mag, als Ueberweisung der

fr. 55,000 Thlr. Aktien als eines Theils des ihnen der Gesellschaft gegenüber zuständigen, in Aktien zahlbaren Kaufpreises von Seiten des Verkäufers an die Gründer, welche mit der Gesellschaft in deren erstem Personalbestande identisch waren (wonach die Gesellschaft über jene Aktien überall nicht zu verfügen gehabt und nicht verfügt hätte), oder mit der Anklage als Ueberweisung jener Aktien von Seiten der Gesellschaft, wie solche am 24. Oktober 1872 bestand, an die Gründer als Entgelt für deren Mühewaltungen und Auslagen im Interesse der zu gründenden Gesellschaft und als simulirte Aufführung derselben als Theiles des Kaufpreises in dem im Auftrage der Gesellschaft mit Fehland abgeschlossenen notariellen Kontrakte zufolge entsprechender Verabredung der Betheiligten — der letztere thatsächliche Hergang wird, da die Anklage den Beweis desselben unternommen, hier allein zu berücksichtigen sein —, jedenfalls ist nach der Darstellung der Anklage selbst mit der Angabe des Prospekts, es seien incl. Provision 195,000 Thlr. gezahlt, nicht eine falsche, sondern eine wahre Thatsache, freilich in unpräziser Weise, bekannt gemacht, da der angeblich verabredete Preis zu 140,000 Thlr. und die Provision zu 55,000 Thlr. in Wirklichkeit aufgewandt waren, um die Grundlage des Unternehmens zu erwerben und der Prospekt an der fr. Stelle nur darlegen will, mittels welchen Aufwandes überhaupt (einschließlich der Gründungskosten) das Etablissement in den Besitz der Gesellschaft gelangt sei. Lediglich diesen, von der Aktien-Gesellschaft in ihrem Bestande vor der Emission der Fehland'schen Fabrik zugeschriebenen Werth, den Preis und die Gründungskosten, will seinem Ausdrucke nach der Prospekt kund geben; für die anstehende Annahme der Anklage, es liege eine annähernde Bezeichnung und Versicherung des wirklichen — nach den damaligen überaus günstigen Geschäftsconjuncturen jedenfalls schwer feststellbaren — Verkehrswerthes wider besseres Wissen, damit eine Vorspiegelung, vor, bietet jener Ausdruck keinen Anhalt. Wenn aber die Anklage auch insofern eine Vorspiegelung annimmt, als der Ausdruck „Provision“ einen geringen Betrag bezeichne und als solcher vom Publikum habe aufgefaßt werden müssen, wogegen eine sehr bedeutende Summe als solche gezahlt sei, und als somit der Irrthum erregt werde, der Preis von 195,000 Thlr. sei wenigstens ungefähr richtig, so möchte schon wegen ihrer Unbestimmtheit in einer solchen Angabe eine Vorspiegelung im Sinne

des Gesetzes nicht gefunden werden können, vielmehr nur eine Andeutung, welche Kauflustigen zu denken gab und sie zu eigener Erkundigung veranlaßte; jedenfalls steht der von der Anklage dem Ausdrucke „Provision“ gegebenen Auslegung entgegen, daß dieser keineswegs einen gesetzlich oder usuell feststehenden Betrag bezeichnet, und es zur fr. Zeit allgemein bekannt war, daß die Vermittler der Umwandlung von im Privatbesitze befindlichen Fabriken in Aktien-Etablissements einen angemessenen Entgelt für ihre Bemühungen und Aufwendungen und ihr — wahrscheinliches oder unwahrscheinliches — Risiko in wenigen Procenten des Werthes des Gründungsobjects zu finden weit entfernt waren.

Das Hauptgewicht legt dann auch die Anklage selbst offenbar

b) darauf, daß jedenfalls eine Verschleierung und Unterdrückung des in Wirklichkeit gezahlten Kaufpreises sowie der erzielten Provision in dem fr. Passus des Prospekts vorliege, welche gleichfalls unter den Begriff des Betruges falle. Es fragt sich hier zunächst, ob jedes Verschweigen oder Unterdrücken eines Umstandes, dessen Offenbarung einen Dritten von der Eingehung eines proponirten Rechtsgeschäfts abgehalten haben würde, so daß mittels desselben der Proponent seinen Zweck, einen Vermögensvortheil, erreicht, für eine strafbare, den sogen. negativen Betrug begründende Unterlassung zu halten ist. Die Verneinung dieser Frage ergibt sich aus dem gegenwärtig wohl allgemein anerkannten Satze, daß das Strafrecht ein von ihm zu schützendes Recht auf volle Wahrheit im Geschäftsverkehre nicht anerkennt, sondern erst dann sich im Interesse des Gemeinwohls geltend macht, wenn jenes Verschweigen ein rechtswidriges ist, d. h. das Civilrecht die Offenbarung bestimmter Umstände bei Verhandlung des Geschäfts als Rechtspflicht statuiert, wie z. B. das adilitische Edikt durch sein palam pronuncianto die Offenbarung heimlicher Mängel einer verkauften species. Daß diese noch geltende Norm den Genuskauf nicht umfaßt, hier vielmehr wieder die allgemeine Regel wirkt, welche den Verkäufer nicht verpflichtet, positive Angaben, welche den höheren oder geringeren Werth des Objects bedingen, zu machen, ist zweifellos. Fällt nun aber das Geschäft, mittels dessen ein Aktionär Aktien einem Dritten zu einem bestimmten Preise überläßt, unter den Begriff des Kaufes und zwar des Genuskaufes (cfr. Entsch. des R.-O.-Hdls.-G., 20. B., S. 253) und nicht etwa unter die, die Aufnahme eines socius in eine Societät an Stelle eines Andern betreffenden Rechtsregeln, so folgt, daß die

fr. Unterlassung von Angaben, welche einen wesentlichen Einfluß auf den Entschluß eines Kaufstügens zu üben, insbesondere diesen zu verhindern geeignet waren, gleichwohl eine rechtswidrige und folgeweise eine strafbare nicht war, folgeweise auch die den Angeklagten Mendel, Kunde, Wolff und Uhl zur Last gelegte Partirerei nicht vorliegt. Die unter I der Anklageschrift erhobene Anklage wird demnach, weil ein Rechtsgrund zu solcher nicht vorliegt, abgewiesen\*).

2) Unter II der Anklageschrift werden die Angeklagten Fehland, Salomon, Meyer und Koch beschuldigt, wider besseres Wissen in dem Ende 1873 mit ihrem Wissen aufgestellten und veröffentlichten Geschäftsberichte nicht den damaligen Werth des Etablissements zu nur 140,000 Thlr., sondern den in dem Kaufkontrakte vom 24. Oktober 1872 angegebenen, die Provision enthaltenden Kaufpreis zu 195,000 Thlr. aufgeführt, ferner die unter 5 a — c der Bilanz bezeichneten Materialien nicht nach ihrem damaligen Marktpreise, sondern zu einem 40 % höhern Werthe aufgeführt, auf Grund dieser falschen Angaben statt des eingetretenen Verlustes einen Reingewinn von 15,351 Thlr. 1 Sgr. 2 Pfg. aufgeführt, und das Ueberwiegen der Aktiva über die Passiva behauptet, mittels dieser Vorpiegelungen die bald nachher berufene General-Versammlung der Aktionäre in einen Irrthum versetzt und behuf Erlangung eines rechtswidrigen Vermögensvorthells, der ihnen als Vorstands- resp. Aufsichtsrathsmitgliedern zuständigen Tantiemen, zu deren Bewilligung veranlaßt, dadurch aber das Vermögen der Aktionäre beschädigt, ferner aber den Kaufmann Stoof zu Magdeburg zur Gewährung eines Credits von 6000 Mk. veranlaßt zu haben, dessen Ersatz nur zu einem geringen Theile zu erwarten sei. In diesen Handlungen muß, da die Aufstellung einer in ihren thatsächlichen Angaben streng der Wahrheit entsprechenden Bilanz eine gesetzliche, aus der Stellung der bezeichneten vier Angeklagten sich ergebende Verpflichtung bildete, und die gedachten falschen Angaben eine rechtswidrige Vorpiegelung enthielten, sowohl ein Betrug wie eine Kontravention gegen den §. 249, N. 3 des Hdb.-G.-B. gefunden werden, und wird demnach auf den Theil II der Anklageschrift das mündliche Hauptverfahren beschlossen.

Braunschweig, 12. Mai 1877.

Herzogliches Kreisgericht.

gez. Koerber. B. Seidel. Wilh. Baumgarten.

\*) Der erste Theil des Beschlusses ist, weil durch das Erkenntniß des Herzogl. Cassationshofes beseitigt, nicht mit verlesen; er ist jedoch um den Zusammenhang nicht zu stören, gleich an dieser Stelle mitgetheilt.

In der Anklagesache der Herzogl. Staatsanwaltschaft zu Braunschweig,  
gegen

den Obergerichts-Advokaten Haeusler zu Braunschweig und Compl.  
wegen

Betrugs, bezw. event. wegen Partirerei und Vergehens gegen  
den Art. 249 Nr. 3 des H.-G.-B.,

wird auf den von der genannten Herzogl. Staatsanwaltschaft wider das  
einen Theil der erhobenen Anklage als unbegründet zurückweisende Erkennt-  
niß Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig vom 12. Mai 1877 rechtzeitig  
erhobenen und verfolgten Cassations-Rekurs,

in Erwägung:

daß in der gegenwärtigen Lage der Sache es lediglich darauf ankommt,  
ob die in der Anklage enthaltenen thatsächlichen Angaben den Thatbestand  
des angeschuldigten Vergehens zu erschöpfen geeignet sind, nicht aber auf  
deren Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit oder auf das Vorhanden-  
sein genügender Verdachtsgründe;

in Erwägung:

daß die Behauptungen der Anklage:

a) Die Angeklagten hätten gemeinschaftlich, in der Absicht, sich und  
resp. anderen Personen die sogenannte Provision von 55 000 Thlr. als  
einen rechtswidrigen Vermögensvortheil zu verschaffen, das Vermögen der  
Aktionäre des Braunschweiger Walzwerks, insbesondere der bestimmt ge-  
nannten Personen, dadurch beschädigt, daß sie durch die Vorspiegelung der  
falschen Thatfachen, als sei für das vormal'sche Fehland'sche Etablissement  
ein Kaufpreis von annähernd 195,000 Thlr. bezahlt worden und als be-  
trage die von den Gründern beanspruchte Provision eine im Verhältniß  
zu jener Ziffer nur geringe Summe; resp. durch die Entstellung und Unter-  
drückung der wahren Thatfachen: daß nur ein Kaufpreis von 140,000 Thlr.  
bezahlt, und daß von den Gründern für sich eine Provision von 55,000 Thlr.  
berechnet worden, in jenen Aktionären, und insbesondere in den genannten  
einen Irrthum erregten resp. unterhielten;

b) eventuell hätten diejenigen Mitangeklagten, hinsichtlich deren eine  
Mithäterschaft an jenem Betruge nicht anzunehmen sein sollte, sich dadurch  
der Partirerei schuldig gemacht, daß sie die Provision von 55,000 Thlr.,

von welcher sie gewußt, daß sie mittels einer strafbaren Handlung erlangt sei, zu ihrem Anthelle an sich gebracht;

ihre thatsächliche Begründung vorausgesetzt, nach Ansicht des R.=St.=G.=B. §. 263 resp. 259, den Thatbestand des Vergehens des Betrugs resp. der Partirerei erschöpfen würden;

in Erwägung:

daß wenn Herzogl. Kreisgericht, ohne den Beweis der Behauptungen der Anklage abzuwarten, ohne Weiteres angenommen, daß weder eine Vorspiegelung unwahrer, noch die Unterdrückung wahrer Thatsachen, in dem Prospekt zu finden sei, nur deshalb die Anklage als unbegründet zurückgewiesen hat, demselben hierin nicht beizupflichten steht, einmal weil die Anklage die bestimmte Behauptung auf und unter Beweis gestellt hat, daß jene Angaben des Prospekts nicht nur objectiv unwahr, sondern auch mit der bestimmten Absicht gemacht gewesen, das zum Ankauf von Aktien des Unternehmens aufgeforderte Publikum zu täuschen, indem man dasselbe zu dem Glauben verleiten wollte, das fr. Etablissement sei für die gebildete Aktiengesellschaft um annähernd („einschließlich Provision“) 195,000 Thlr. käuflich erworben, während doch in Wirklichkeit nur 140,000 Thlr. für dasselbe gezahlt, 55 000 Thlr. aber als ein Gewinn für die zur Betheiligung an dem Unternehmen auffordernden Gründer dem gezahlten Kaufpreise in versteckter Weise beige schlagen gewesen, und daß die Angeklagten jene Täuschung eben gewollt, in dem Bewußtsein, daß sie den mittelst jener 55 000 Thlr. und des auf 105% gestellten Emissionscourses der ausgetobenen Aktien erzielten Gewinn nicht würden erlangen können, wenn das wahre Sachverhältniß offenbart würde; sodann aber, weil auch die Annahme, als seien die Angeklagten zur Offenbarung des Kaufpreises, um welchen sie das Fehland'sche Etablissement erstanden, nicht verpflichtet gewesen, — ganz abgesehen von der Frage, ob eine solche Verpflichtung nicht nach der besondern Lage der Sache gleichwohl bestanden haben konnte — um deswillen unzutreffend erscheinen müßte, weil die Angeklagten, wenn sie dennoch den gezahlten Kaufpreis angaben, dann auch verpflichtet waren, mit der vollen Wahrheit hervorzutreten, nicht aber Angaben machen durften, welche irrige Anschauungen über den Werth des Unternehmens hervorzurufen geeignet wären;

in Erwägung:

daß der auch von der Herzogl. Ober-Staatsanwaltschaft adoptirte Nebenantrag auf Ueberweisung der gesammten Sache an ein anderes Herzogl. Kreisgericht behuf des weiteren Verfahrens nach Ansicht des §. 168 a.

der St.-B.-O. statthaft, und nach Lage der Sache begründet erscheint, einmal weil Herzogl. Kreisgericht bereits in der Sache selbst eine bestimmte Rechtsanschauung ausgesprochen hat, sodann aber, weil eine Trennung des Verfahrens über die einzelnen Anklagepunkte für ungeeignet erachtet werden muß:

damit für Recht erkannt:

daß die angefochtene Entscheidung, insoweit dieselbe die erhobene Anklage a limine zurückweist, als nichtig aufzuheben, daß vielmehr auf Grund der erhobenen Anklage das Hauptverfahren einzuleiten und danach in der Sache selbst zu entscheiden, die gesammte Sache aber des Behufs, wie damit geschieht, an Herzogl. Kreisgericht Helmstedt zu verweisen sei.

Zugleich wird damit behuf Veranlassung des Weiteren die Rückgabe der von Herzogl. Ober-Staatsanwaltschaft nachher überreichten Akten sammt Anlagen, unter Beifügung einer beglaubigten Abschrift dieser Entscheidung, verfügt.

**Erkannt**

im 1. Senate Herzogl. Obergerichts von dessen unterzeichneten Mitgliedern.

Wolfenbüttel, am 10. Juli 1877.

**H. Zimmermann. Matthiae. Weiffich. Dedekind. F. Wolff.**

Zur Beglaubigung der Ausfertigung  
**A. F. Scholz.**

Hiernächst macht der Präsident die Zeugen und Sachverständigen mit dem zu leistenden Eide bekannt und macht ihnen die gesetzlichen Vorhaltungen bezüglich des Eides. Die Zeugen sowie diejenigen Sachverständigen, welche zugleich Zeugen sind, müssen vorläufig abtreten; denjenigen Sachverständigen, welche nur als solche in Vorschlag gebracht sind, ist es gestattet, den Verhandlungen ununterbrochen beizuwohnen.

Es folgt darauf zunächst die

**Bernehmung des Angeklagten Obergerichts-Advokat  
Otto Haessler aus Braunschweig, 53 Jahre alt.**

**Präs.:** Es heißt in der Anklage, daß der Mitangeklagte Fehland Eigenthümer einer von ihm erbauten und eingerichteten Eisfabrik, vor

dem Wilhelmithore in Braunschweig belegen, gewesen sei, und daß der Werth dieser Fabrik bei ihm mit 110,000 Thlr. zu Buche gestanden habe. Das wird richtig sein.

Angekl.: Das hat sich herausgestellt bei den Verhandlungen.

Präs.: Ist es Ihnen nicht vorher persönlich bekannt gewesen?

Angekl.: Nein.

Präs.: Es heißt dann weiter: Im Herbst 1872 wurde von sämtlichen übrigen Mitangeklagten der Plan gefaßt, dieses Fabriketablissement zum Gegenstand eines Aktienunternehmens zu machen. Wollen Sie uns mittheilen, was Ihnen von diesen Vorverhandlungen bekannt ist.

Angekl.: Ich darf zunächst, was meine persönliche Stellung zur Sache betrifft, bemerken, daß ich im Mai 1872 auf Ansuchen der Verwaltungsorgane der Braunschweiger Creditanstalt als Direktor provisorisch eingetreten bin. Man wünschte meinen Eintritt in das Direktorium, weil man eine juristische Kraft nöthig zu haben glaubte. Ich konnte mich aber augenblicklich nicht dazu entschließen, meine bisherige Karriere aufzugeben und habe deshalb das Amt vorläufig nur provisorisch angenommen, um mich weiter darüber instruiren zu können. Ich bin erst am 1. Oktober 1872 definitiv in die Direktion eingetreten. Ich habe also bei diesen Vorgängen, die hier in Frage stehen, in meiner Funktion als Direktor gehandelt. Während ich provisorisch in der Verwaltung war, im Lauf des Sommers, vielleicht im Juni oder Juli, genau kann ich es nicht angeben, kam der Generalagent Theodor Heinrich Meyer zu uns auf die Creditanstalt und theilte uns mit, daß Hermann Fehland wohl Neigung habe, sein Werk zu veräußern, um eine Aktiengesellschaft daraus zu bilden, und fragte uns, ob wir dem Unternehmen wohl näher treten könnten. Ich bemerkte, daß Fehland mit seiner Firma bereits in geschäftlicher Verbindung mit der Creditanstalt stand; er genoß einen Credit von 25,000 Thlr.

Präs.: Wann war das?

Angekl.: Das ist schon gewesen, als ich eintrat. — Er fragte also, ob wir geneigt seien, mit der Sache uns zu beschäftigen. Da uns das Etablissement von Fehland bekannt war und da wir wußten, es war in gutem Betriebe — Fehland hatte ohne eigene erhebliche Mittel das Unternehmen angefangen und auf ganz ansehnlichen Betrieb bereits gebracht —, erklärten wir uns im Allgemeinen bereit und fragten nach den näheren Bedingungen. Da wurde uns durch Meyer mitgetheilt, daß das Werk zu Buche stehe zu 110,000 Thlr., daß er aber in Rücksicht auf die gute Lage des Geschäfts und die guten Einrichtungen und die Geschäfte, die er bereits sich gesichert hätte, einen Gewinn für sich von demselben Betrage seines Buchwerthes forderte. Es wurde also von ihm der Preis von 220,000 Thlr. genannt.



Dabei wurde von Meyer zugleich bemerkt, daß Meyer eine Provision für sich in Anspruch nehme, und wurde, wie dies ja vollständig üblich ist, anerkannt, daß für diejenigen, welche die Gründung in die Hand nehmen, eine übliche Gründerprovision gewährt werden müsse, so daß wir also mit Rücksicht auf den Preis von 220,000 Thlr. immerhin auf eine Summe von 270,000 bis 280,000 Thlr. gekommen wären, wie die Calculationen, die damals schon gemacht sind, das feststellten.

Präs.: Hat bei dieser Gelegenheit Meyer eine Provision für sich selbst in Anspruch genommen?

Angekl.: Jawohl, eine Provision von 10,000 Thlr. Es wurde damals von uns erklärt, daß bei einer solchen Forderung auf die Sache nicht einzugehen sei, es würde das ein zu hoher Gesamtpreis werden. Indes ist uns die Sache doch immerhin plausibel erschienen, und weil wir annahmen, daß Fehland mit einem geringeren Preise vorlieb nehmen würde, haben wir eine sachverständige Prüfung eintreten lassen und gewannen die Ueberzeugung, daß allerdings ein sehr rentables Unternehmen in Frage stand. Es sind dann wohl wieder weitere Unterredungen theils mit Meyer, theils mit Fehland, der mit meinem Collegen Benndorf öfter zusammentraf, vorgekommen, und aus diesen Unterhaltungen ging schließlich eine Proposition hervor, die im Wesentlichen von uns, der Creditanstalt, ausging — ich habe die Formulirung selbst gemacht, daß wir Fehland vorschlugen, er möge sich mit dem Gewinn, den er als Grundlage seiner hohen Preisforderung hinstellt, auf den ersten Jahresgewinn antweisen lassen, so daß, wenn dieser erste Jahresgewinn wirklich realisirt würde, er den Haupttheil seines Gewinnes erhalten würde. Obwohl anfangs Fehland gegen eine derartige Proposition sich ablehnend verhielt, war er doch schließlich bereit, auf solche Grundlage einzugehen, und so ist der Abschluß denn auch verabredet, daß er für seine Person 140,000 Thlr. erhalten solle, außerdem solle er 75,000 Thlr. von dem ersten Jahresgewinn, nachdem für die Aktionäre eine Dividende von 15% pro anno, also, da wir das erste Geschäftsjahr bis zum 31. Dezember 1873 feststellten, für  $\frac{5}{4}$  Jahr eine Dividende von 18 $\frac{3}{4}$ % realisirt sein würde, erhalten. Außerdem wurde die Provision, die Meyer zu empfangen hätte, auf 5000 Thlr. baar und 5000 von diesem Fehland'schen Gewinn fixirt, und die Provision für die Gründer, für diejenigen, welche die ersten Zeichner waren, für das Risiko, was sie zu tragen hatten, für die Negotiationen, auf 50,000 Thlr. festgestellt und sodann der Gesamtpreis auf 195,000 Thlr. verabredet. Demgemäß sind diese Verträge abgeschlossen, die wahrscheinlich in den Akten sind, der Gründungsakt vom 24. Oktober und darauf hin der Kaufvertrag.

Präs.: Sind die Verhandlungen mit Fehland selber von Ihnen geführt oder nur durch Meyer?

Angekl.: Meistens wohl durch Meyer. Ich selbst erinnere mich nicht, bis kurz vor dem Abschluß mit Fehland konferirt zu haben; Benndorf wird wohl weiter mit Fehland gesprochen haben. Indessen ist mir entsinnlich, daß Fehland an einer Konferenz, die auf der Creditanstalt stattgefunden hat, theilgenommen hat. Die Besprechungen haben im Konferenzzimmer der Creditanstalt stattgefunden.

Präs.: Fehland ist allerdings nicht hier, aber in der Voruntersuchung vernommen, und danach scheint es, als wolle er sagen, ihm sei über diese Provisionen vor der Aufnahme des Kaufkontraktes nichts bekannt gewesen.

Angekl.: Da habe ich Folgendes zu bemerken, was es vielleicht vollständig aufklärt. Es ist ja aus den Vorakten ersichtlich, daß die Schritte, welche die herzogliche Staatsanwaltschaft sich veranlaßt gesehen hat in dieser ganzen Angelegenheit zu treffen, bereits im Anfang des Jahres 1875, unmittelbar nach der Zahlungseinstellung des Walzwerkes, erfolgten, und zwar daß sie nur gerichtet waren gegen Herrn Fehland als Direktor des Walzwerkes, den man der Herbeiführung eines schuldbaren Bankerottes für indizirt erachtete. Von einem Vorgehen gegen die Gründungsoperationen ist ja damals keine Rede gewesen; erst  $\frac{3}{4}$  Jahre später ist diese Idee an den Tag getreten. Nun war Fehland dieser Untersuchung gegenüber der Angeklagte und es mußte sein offenes Bestreben sein, sich möglichst, wie man zu sagen pflegt, rein zu brennen. Ich bin allerdings der Ueberzeugung, daß bei der Herbeiführung des Untergangs des Walzwerkes ein Theil der Verschuldung Herrn Fehland trifft. Um diese Verschuldung von sich abzuwälzen, von der er sich vielleicht nicht ganz frei gefühlt hat, hat er damals versucht, sich gewissermaßen als Opferlamm darzustellen, und hat gesagt: ich habe nichts von Provision gewußt, ich bin nicht einverstanden gewesen mit der hohen Normirung des Kaufpreises. Diese Aeußerungen sind in der Voruntersuchung von ihm gemacht, aber wenn man berücksichtigt, daß er damals wegen Herbeiführung eines schuldbaren Bankerottes angeklagt war, so wird man sich nicht wundern, wenn er damals so etwas um die Wahrheit herumgegangen ist; so muß ich es geradezu bezeichnen, wenn er behauptet, er habe von dieser Provision nichts gewußt; es ist das vollständig unwahr. Es ist von Anfang an die Gewährung einer Provision mit ihm besprochen. Ob gerade die Ziffer von 50,000 resp. 55,000 Thlr. von Anfang an genannt ist, ob diese nicht erst aus den Calculationen im Verlaufe der Verhandlungen berechnet ist, vielleicht ihm erst wenige Tage vorher mitgetheilt ist, das mag wohl sein, das will ich nicht bestreiten, aber daß eine Provision, und zwar eine erhebliche, den Gründern zu gewähren war, hat

Herr Fehland von Anfang an gewußt, und es ist eine Unwahrheit, wenn er in der Voruntersuchung gesagt hat, die Normirung des Kaufpreises von 195,000 Thaler wäre eine fiktive oder simulirte gewesen. Fehland hat Gelegenheit gehabt, sich über diese Thatsache eidlich auslassen zu müssen, er ist in einem Prozeß, den wir von der Creditanstalt führen, mit einem Unterkonferten, eidlich als Zeuge vernommen und da hat er — ich überreiche eine beglaubigte Abschrift seiner Vernehmung — eidlich Folgendes ausgesagt:

„Am 24. Oktober 1872 bildete sich in meiner Gegenwart die Aktien-gesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“ und kaufte mir diese mein Etablissement zum Preise von 195,000 Thlr. ab unter der Bedingung, daß ich 105,000 Thlr. in vollgezählten Aktien übernehmen sollte, 525 Stück à 200 Thlr., und davon 50,000 Thlr. an die Braunschweigische Creditanstalt und 5000 Thlr. an einen Agenten abgeben sollte als Provision. Diese Provision ist durch einen besonderen Vertrag festgestellt. Sämmtliche Aktien im Nominalbetrage von 105,000 Thlrn. sind mir aber von der Braunschweigischen Creditanstalt nicht ausgeliefert, sondern von ihr innegehalten worden und zwar in Folge einer desfalls getroffenen Vereinbarung.“

Ich beehre mich, dieses Dokument — es ist von einem sächsischen Gerichte beglaubigt, bei welchem der Prozeß geführt ist — zu den Akten zu überreichen. Es wird klar stellen, wie in Wahrheit die Verhandlungen geführt sind.

Präs.: Es ist in Schwerte aufgenommen.

Angekl.: In Schwerte aufgenommen, aber die Prozeßakten sind in Chemnitz und von da beglaubigt.

Präs.: Es ist nun bei Gründung der Gesellschaft zugleich die Zeichnung des Aktienkapitals vorgenommen und zwar heißt es in der Anlage, es wären Ihrerseits, das heißt für die Braunschweiger Creditanstalt, 55,000 Thlr. gezeichnet.

Angekl.: Das wird richtig sein.

Präs.: Ich will nun zunächst diese Schriftstücke verlesen. — Alle die Dokumente, die zur Verlesung kommen, werden für sämtliche Angeklagten verlesen; wollen Sie alle zuhören, damit ich nicht für jeden einzelnen die Vorlesung wiederholen muß. Der Gesellschaftsvertrag lautet:

Von

mir, dem Herzoglich Braunschweigischen Notar August Hornig zu Braunschweig ist nachstehende Verhandlung zu Protokoll genommen worden.

Geschehen

zu Braunschweig in dem am Bankplaze unter Nummer 6 belegenen Bankgebäude den 24. October 1872.

Auf

an mich ergangene Requisition hatte ich, der Herzoglich Braunschweigische Notar August Hornig zu Braunschweig, mich zur Aufnahme eines Gesellschaftsvertrages hierher verfügt, woselbst ich antraf:

- 1) den Bankier Carl Uhl, nach Angabe 45 Jahre alt,
- 2) den Kaufmann Gustav Runde, nach Angabe 44 Jahre alt,
- 3) den Lotterie-Inspector Hermann Wolff, nach Angabe 31 Jahre alt,
- 4) den Bankdirektor Alexander Benndorf, nach Angabe 35 Jahre alt,
- 5) den Obergerichts-Advocaten Otto Haeusler, nach Angabe 49 Jahre alt,
- 6) den Fabrikanten Hermann Fehland, nach Angabe 51 Jahre alt,
- 7) den Kaufmann Hermann Wittkop, nach Angabe 58 Jahre alt,
- 8) den Agenten Theodor Heinrich Meher, nach Angabe 40 Jahre alt,
- 9) den Kaufmann Eberhard Mende, nach Angabe 41 Jahre alt,
- 10) den Commerzienrath Ritter Friedrich von Voigtländer, nach Angabe 59 Jahre alt,

sämmtlich hier wohnhaft,

welche mich ersuchten, einen Vertrag wegen Bildung einer Actiengesellschaft aufzunehmen, mit dem Bemerken, daß sie bei diesem Acte handelten,

Requiritent ad 1 Namens seiner Firma Carl Uhl & Co.,  
 Requiritent ad 3 für sich und Namens des Direktors Ferdinand  
 Koch zur Carlshütte und des Banquiers H. Oppenheimer zu  
 Hannover,

Requiritenten ad 4 und 5 für die Braunschweigische Credit-Anstalt,  
 Requiritent ad 9 für sich und Namens des Kaufmanns Otto  
 Wülbern zu Hannover, und des Banquiers Carl Salomon  
 zu Helmstedt,

sämmtliche übrigen Requiritenten für sich.

Ich habe als einwandfreien Zeugen

1) den Restaurationsbesitzer Friedrich Kaufchenberg hier wohn-  
 haft, nach Angabe 42 Jahre alt,

2) den Hausmann Heinrich Jäger hieselbst, nach Angabe 32 Jahre  
 alt, zugezogen und durch Befragen ermittelt, daß ein Angehörigkeits- oder  
 ein sonstiges die Aufnahme der Verhandlung hinderndes Verhältniß weder  
 zwischen mir und den Zeugen, noch zwischen uns und den Requiritenten  
 Statt findet.

#### Die Requiritenten

trugen vor: Wir respektive die von uns vertretenen Firmen und Personen  
 haben uns zur Bildung einer Aktiengesellschaft unter der Firma

Braunschweiger Walzwerk

auf Grund des hiermit überreichten Statuts vereinigt und wollen solche  
 zum notariellen Protokolle konstituieren.

#### Nachdem

ich, der instrumentirende Notar, das überreichte Statut wörtlich verlesen  
 hatte, erklärten die Requiritenten:

Wir genehmigen das verlesene Statut und konstituieren auf Grund  
 desselben hierdurch die Aktien-Gesellschaft, indem wir das Aktien-Capital  
 zeichnen, wie folgt:

1) die Firma Carl Uhl & Co. . . .	15,000 Thlr.
2) Kaufmann Gustav Kunde . . .	20,000 "
3) Lotterie-Inspektor Wolff. . . .	15,000 "
4) Derselbe für Ferdinand Koch. . .	10,000 "
5) Derselbe für H. Oppenheimer . .	5,000 "
6) die Braunschweigische Credit-Anstalt	55,000 "

---

Summa . 120,000 Thlr.

Transport . .	120,000	Thlr.
7) Fabrikant Hermann Fehland .	105,000	"
8) Kaufmann Hermann Wittkop .	10,000	"
9) Agent Theodor Heinrich Meyer .	5,000	"
10) Kaufmann Eberhard Menke . .	30,000	"
11) Derselbe für Carl Salomon . .	5,000	"
12) Derselbe für Otto Wülbern . .	5,000	"
13) Commerzienrath von Voigtländer .	20,000	"
<hr/>		
Summa .	300,000	Thlr.

Wir erkennen an, daß das Aktien-Capital vollständig gezeichnet, und daß 10 % desselben auf jede Aktie eingezahlt sind.

Wir genehmigen ferner, daß durch den Aufsichtsrath zufolge des §. 22 des Statuts ein Vertrag mit dem Fabrikanten Hermann Fehland über den Ankauf des demselben gehörigen, hieselbst belegenen Walzwertes für die Gesellschaft abgeschlossen und ein Kaufpreis von 195,000 Thlr. ausschließlich der nach Selbstkostenpreisen zu bezahlenden Vorräthe gewährt, auch dem Verkäufer von dem Gewinne des ersten Geschäftsjahrs nach Vertheilung von 15 % auf das Aktien-Kapital ein Praecipuum bis 75,000 Thlr. zugestanden werde.

Schließlich wollen wir in Gemäßheit des §. 13 des Statuts den Aufsichtsrath der Gesellschaft für das erste Jahr ernennen, und bestimmen zu dessen Mitgliedern:

- 1) den Commerzienrath Ritter von Voigtländer,
- 2) den Kaufmann Hermann Wittkop,
- 3) den Agenten Theodor Heinrich Meyer,  
sämmlich hieselbst,
- 4) den Direktor Ferdinand Koch zu Carlshütte,
- 5) den Kaufmann Otto Wülbern zu Hannover.

Das  
überreichte Statut ist als Anlage dem Protokolle beigelegt.

Die Requirenten  
erklärten, daß soweit sie für andere aufgetreten seien, sie die ratificirenden Erklärungen beizubringen vorbehielten.

Hiermit

wurde der Akt geschlossen, das Protokoll ist vorgelesen, genehmigt und von Allen unterschrieben.

von Voigtländer. Eberhard Mencke. Theod. Heinr. Meyer.  
Alex. Wendorf. Hermann Wittenkop. H. Fehland. Carl Uhl.  
Herm. Wolff. G. Kunde. D. Haessler. Fr. Ranschenberg.  
H. Jäger.

August Hornig,

Herzogl. Notar.

Nr. 3561. Die Uebereinstimmung vorstehender zweiter Ausfertigung mit dem in meinem Notariatsregister Band XV, Seite 209 bis 214 enthaltenen Originalprotokolle wird bestätigt.

Braunschweig, den 5. November 1872.

Der Herzoglich Braunschweigische Notar

August Hornig.

Ich glaube, das wird so richtig sein?

Angekl.: Ja, der Akt ist so aufgenommen.

Präs.: Es ist auf Grund dieses Kontraktes also der Kauf mit dem Fabrikanten Fehland über den Ankauf des Walzwerks abgeschlossen, nicht wahr?

Angekl.: Ja wohl.

Präs.: Das Dokument ist von demselben Tage. Es ist fraglich, ob der Kontrakt früher oder später aufgenommen wurde, der eine Angeklagte sagt früher, der andere später.

Angekl.: Es ist unzweifelhaft, daß er später abgefaßt ist. In dem ersten Akte werden die Mitglieder des Aufsichtsraths ermächtigt, daß der Kaufvertrag abgeschlossen werden soll.

Präs.: Und zwar heißt es hier, sie würden beauftragt, für den Kaufpreis von 195,000 Thlr. einschließlich der nach dem Selbstkostenpreis zu bezahlenden Vorräthe den Kauf abzuschließen und außerdem dem Verkäufer von dem Gewinn des ersten Geschäftsjahres nach Vertheilung von 15% noch 75,000 Thlr. zuzusichern.

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Es ist also hiernach anscheinend die Besprechung über diese ganze Manipulation bereits vorhergegangen und es stand alles fest.

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Es wurde hierzu diese Form gewählt, daß zunächst die Aktiengesellschaft gegründet wurde, die Aktiengesellschaft einen Aufsichtsrath wählte und diesen mit dem Abschluß des Kaufvertrags beauftragte.

Angekl.: Jawohl; wenn ich mir die Ausführung erlauben darf: diese juristische Konstruktion geht von mir aus, ich habe die Verträge skizzirt und der Notar hat nach meinen Notizen die Verlautbarung aufgenommen. Ich habe die juristische Konstruktion der Sache so aufgefaßt, daß wir, die ersten Zeichner, diesen Kaufabschluß mit Fehland, der ja mit ihm, wenn auch nicht in bindender Form, aber materiell vereinbart war, in die Gesellschaft inferirt haben, daß es also ebenso wäre, als hätten wir gekauft und an die Gesellschaft verkauft. Wir hatten die kürzere Form gewählt. Ich betrachte es als reines Inferirungsgeschäft. Dies zur juristischen Erläuterung.

Präs.: Der Kaufvertrag selber muß zunächst auch verlesen werden.

### Von

dem Herzoglich Braunschweigischen Notar August Hornig zu Braunschweig ist nachstehende Verhandlung aufgenommen.

### Geschehen

zu Braunschweig in dem am Bankplatze unter Nr. 6 belegenen Bankgebäude den 24. Oktober 1872.

### Auf

an mich ergangene Requisition hatte ich, der Herzoglich Braunschweigische Notar August Hornig zu Braunschweig, mich zur Aufnahme eines Kaufkontrakts hierher verfügt, woselbst ich antraf:

- 1) den Fabrikanten Hermann Fehland, nach Angabe 51 Jahr alt,
- 2) den Commerzienrath Ritter Friedrich von Voigtländer, nach Angabe 59 Jahr alt,



- 3) den Kaufmann Hermann Wittkop, nach Angabe 58 Jahr alt,
- 4) den Agenten Theodor Heinrich Meyer, nach Angabe 40 Jahr alt,

sämmtlich hieselbst wohnhaft,  
welche die Eingangs gedachte Requisition wiederholten.

Nachdem ich als einwandfreie Zeugen:

- 1) den Bankdiener Heinrich Ebeling, hier wohnhaft, nach Angabe 33 Jahr alt,
- 2) den Bankdiener Heinrich Düfer hieselbst, nach Angabe 30 Jahr alt,

zugezogen und durch Befragen ermittelt hatte, daß ein Angehörigkeits- oder ein sonstiges die Aufnahme der Verhandlung hinderndes Verhältniß weder zwischen mir und den Zeugen, noch zwischen uns und den Requirenten stattfindet, habe ich in Gemäßheit der Requisition nachfolgenden Kaufvertrag aufgenommen.

### §. 1.

Der Fabrikant Hermann Fehland verkauft seine hieselbst vor dem Wilhelmthore am Eisenbüttler Wege im großen Bergfelde belegene, etwa  $3\frac{3}{4}$  Morgen haltende Länderei, von welcher 6,69 □ Meter an die benachbarte Aktiengesellschaft Chemische Fabriken Oster und Braunschweig gegen eingetauschte 14,18 □ Meter abgetreten sind, sammt darauf belegenen Walzwerks- und Kesselschmiedegebäuden, den Maschinen, Werkzeugen und Utensilien aller Art, sowie mit dem gesammten Eigenthume seiner Firma Fehland & Comp. mit Ausnahme der ausstehenden Forderungen für die bis zum 1. Oktober dieses Jahres gelieferten Waaren und der Vorräthe an fertigen Fabrikaten, Halbfabrikaten, Rohmaterialien und Kohlen — für den Zeitpunkt des 1. Oktober dieses Jahres — an die unter der Firma Braunschweiger Walzwerk gebildete Aktiengesellschaft — für welche die Requirenten ad 2 — 4 diesen Kontrakt abschließen, für den Kaufpreis von 195,000 Thlr., buchstäblich Einhundert und fünf und neunzig Tausend Thaler, wovon 150,000 Thlr. für die Immobilien gerechnet werden.

### §. 2.

Die Uebergabe erfolgt durch diesen Vertrag, wird jedoch auf den Zeitpunkt des ersten Oktobers dieses Jahres hinsichtlich des geschäftlichen Betriebs und des sich aus demselben ergebenden Gewinns zurückgezogen.

§. 3.

Der Fabrikant Fehland übergiebt ferner der Aktiengesellschaft die dem Vorstehenden nach im obigen Kaufpreise nicht begriffenen Vorräthe auf Grund der von ihm für den Zeitpunkt des ersten Oktobers dieses Jahres aufgenommenen Inventur zu dem durch dieselbe ermittelten Gesamtselbstkostenwerthe von 30,432 Thlr. 15 Sgr. 9 Pfg. vorbehältlich einer durch Deputirte des Aufsichtsraths annoch vorzunehmenden Prüfung.

§. 4.

Der Fabrikant Fehland überträgt an die Aktiengesellschaft alle von ihm für seine Firma H. Fehland & Comp. abgeschlossenen Lieferungs-, Kauf- und Verkaufsverträge dergestalt, daß die Aktiengesellschaft in seine Rechte und Verpflichtungen im vollen Umfange eintritt.

Die Gesellschaft ist jedoch verpflichtet, an Herrn H. Fehland von demjenigen Gewinne, welchen sie bis zum Ablauf des ersten Geschäftsjahres (Ende 1873) realisirt, als Entschädigung für jene Abtretung die Summe von 75,000 Thlr. zu vergüten; sofern jedoch hierdurch für das erste Geschäftsjahr die nach den Bestimmungen im §. 20 der Statuten zu ermittelnde Dividende der Gesellschaft geringer als 15% pro anno des Aktienkapitals werden sollte, so wird die Entschädigung des Herrn Fehland auf den die Dividende von 15% pro anno übersteigenden Betrag beschränkt.

§. 5.

Die Bücher und Scripturen der bisherigen Firma gehen auf die Gesellschaft über.

§. 6.

Die Berichtigung der Kaufgelder erfolgt :

- 1) in Aktien der Gesellschaft zum Paricourse im Betrage von 105,000 Thlr. gleich 525 Stück vollgezahlter Aktien, respective durch compensationsweise Quittirung dieser von Herrn Fehland gezeichneten Aktien,
- 2) durch Bestellung einer mit 5% pro anno verzinlichen, 10 Jahre lang unkündbaren Hypothek am Fabrikgrundstücke

für den Verkäufer im Betrage von 50,000 Thlr., deren Kündigung der Gesellschaft mit sechsmonatlicher Frist frei steht,

- 3) zum Betrage des Restes des Kaufpreises des Werkes mit 40,000 Thlr. und des aus der Inventur sich ergebenden Betrages der Vorräthe theils durch Uebernahme der auf dem Grundstücke ruhenden Hypothekenschulden per 1. Oktober dieses Jahres, theils durch Baarzahlung, welche letztere erfolgt
  - a. zum Belaufe der von der Firma H. Fehland & Comp. resp. dem Verkäufer zu erfüllenden Verbindlichkeiten, in den dafür sich ergebenden Fristen,
  - b. zum Restbetrage, welcher sich aus der Summe der übernommenen Hypotheken resp. der nach vorstehender Bestimmung geleisteten Zahlungen berechnet, am 1. Januar 1874.

Die Verzinsung der Hypothek von 50,000 Thlr. beginnt vom 1. Oktober dieses Jahres an und werden von demselben Zeitpunkte an Herrn Fehland auf die nach §. 3 zu bezahlenden Beträge Zinsen zu 5% pro anno vergütet.

Die Auszahlung des Herrn Fehland gebührenden Gewinnantheils erfolgt gleichmäßig mit der nach den statutarischen Bestimmungen erfolgenden Zahlung an die Aktionäre.

Die Herrn Fehland gebührenden Aktien werden ihm als vollgezahlte und bis zu deren Herstellung in der Form von Gutscheinen behändigt; so lange die Aktien der Gesellschaft nicht durch Einberufung des Kapitals vollgezahlt sein werden, wird Herrn Fehland der überschießende nicht eingerufene Betrag seiner Aktien mit jährlich 5% vom 1. Oktober dieses Jahres an verzinst. — Von den durch Herrn Fehland übernommenen Aktien verpflichtet sich derselbe 50,000 Thlr. nicht vor dem 1. Januar 1874 zu verkaufen, bis wohin solche im Depôt der Gesellschaft verbleiben.

## §. 7.

Herr Fehland übernimmt die Leitung des Walzwerks als Mitglied der Direction in Gemäßheit des §. 12 der Statuten mit der Verpflichtung, den technischen Betrieb desselben nach bestem Wissen und Können zu führen, für die Zeit von 5 Jahren gegen einen baaren Gehalt von jährlich 2000 Thlr. und eine Tantième von 8% des Reingewinns nach Berechnung von 5% pro anno für das Aktien-Kapital, welche Tantième jedoch auf den Maximalbetrag von 2000 Thlr. pro anno beschränkt wird.

Die speciellen Dienstverhältnisse sollen durch einen Dienstvertrag geregelt werden, in welchem der Gesellschaft eine halbjährige Kündigung des Dienstverhältnisses, jedoch nur auf Schluß des Geschäftsjahres einzuräumen ist.

§. 8.

Die Uebertragung des Grundstücks auf die Aktiengesellschaft soll nach Eintragung derselben ins Handelsregister vor Gericht verlaublich werden, wobei die Uebernahme resp. Bestellung der Hypotheken zu geschehen hat.

§. 9.

Herr Fehland verzichtet darauf, innerhalb 10 Jahren nach etwaiger Auflösung des Dienstverhältnisses ein ähnliches Werk in einem Umkreise von 30 Meilen von Braunschweig anzulegen oder daran Theil zu nehmen.

§. 10.

Die Kosten dieses Kontrakts, der Ausfertigungen und der Verlassung übernimmt Käuferin.

Hiermit

wurde der Akt geschlossen, das Protokoll ist vorgelesen, genehmigt und von Allen unterschrieben.

H. Fehland. v. Voigtländer. Herm. Willekop. Theod. Heinr. Meyer.  
Heinrich Ebeling. Heinrich Düfer.

August Hornig,  
Herzogl. Notar.

Präs.: Bei dieser Gelegenheit ist seitens Fehland's eine Schrift unterschrieben, die sich in den Akten befindet und folgendermaßen lautet:

Von den mir nach dem heutigen Kaufcontrakte über mein hier belegenes Walzwerk gebührenden 525 Stück vollgezahlten Aktien der Aktiengesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“ überweise ich damit als Provision resp. zur Bewilligung von Provision an die Braunschweigische Creditanstalt 275 Stück in 55 000 Thalern, und weise den Aufsichtsrath der

Aktiengesellschaft an, diese Aktien der Braunschweigischen Creditanstalt zu behändigen.

Desgleichen überweise ich von dem mir nach §. des Vertrags gebührenden Antheile am Reingewinn des ersten Geschäftsjahres im Betrage von bis fünfundsiebenzig baaren Thalern den fünfzehnten Theil an Herrn Th. Meyer und weise den Aufsichtsrath der Gesellschaft an, die entsprechende Summe statt an mich an den Genannten zu zahlen.

Braunschweig, den      Oktober 1872.

H. Fehland.

Angekl.: Das habe ich selbst geschrieben.

Präs.: Er ist bei dieser Gelegenheit unterschrieben. Das ist der Schein, von dem er sagt, er sei ihm zugeschoben; er drückt sich aus, er hätte 50 000 Thaler Aktien übernehmen sollen, Sie hätten im Vertrage 105 000 Thlr. diktiert, da hätte er gesagt, das wäre ein Irrthum, darauf hätten Sie erwidert, es wäre ganz in der Ordnung.

Angekl.: Ich muß die Richtigkeit dieser Angabe bestreiten.

Präs.: Ist der Revers vor Aufnahme des Aktes abgefaßt oder unterschrieben? Es sind darin einige Zahlen (die Zahlen eines Paragraphen und das Datum) offen gelassen.

Angekl.: Ich habe ihn vorher entworfen und habe nachher nicht für nöthig gehalten, die beiden Ziffern noch auszufüllen. Unterschrieben ist er nach Aufnahme des Contrakts.

Präs.: Es würde sich um die Mittheilung der Statuten handeln; ich halte aber nicht für nöthig, diese ganz zu verlesen, ich werde es nachher thun bei den betreffenden Paragraphen, die gerade in Betracht kommen.

Es würde sich zunächst fragen: ist die Zahlung des Kaufpreises in der Weise, wie im Kaufvertrag stipulirt worden, zur Ausführung gelangt oder sind Aenderungen eingetreten?

Angekl.: Ja, nachher sind, wenn ich nicht irre, von dem Aufsichtsrath Veränderungen concedirt. Namentlich hat, wenn ich nicht irre, Fehland nicht eine Hypothek von 50 000 Thaler neben den bereits vorhandenen Hypotheken sich ausstellen lassen, sondern inklusive dieser Hypotheken erhalten. Wenn ich nicht irre, hat die Sache so zusammengehangen, daß Fehland, der ja seine Passiva erledigen mußte, dazu mehr Geld erforderte, als ursprünglich von ihm angenommen war, so daß man durch

eine Erhöhung der ihm zukommenden baaren Zahlung abzüglich der Hypotheken ihm entgegengekommen ist. So nehme ich wenigstens an, Näheres darüber ist mir nicht bekannt. Man hat ihm eine Hypothek von insgesamt 35 000 Thaler übernehmen lassen. Es mag das damit zusammenhängen, daß, wie ich aus dem Verlassungsschein ersehe, der zufällig in den Händen der Creditanstalt geblieben ist, die Verlassung erst sehr spät stattgefunden hat, nämlich erst im November 1873, also ein volles Jahr nach Abschluß der Verträge. Ich glaube, es waren Schwierigkeiten vorhanden wegen Verlassung der benachbarten Grundstücke, und da hat es sich verzögert; Näheres weiß ich darüber nicht. Es hat, glaube ich, dieser Umstand mit den Hypotheken in der Voruntersuchung zu einigen irrigen Auffassungen Veranlassung gegeben, es ist aber nachher aufgeklärt.

Präs.: Das ist ziemlich irrelevant. — Es heißt dann ferner, es wäre die Gesellschaft ins Handelsregister eingetragen; der Vertrag ist von der Braunschweiger Creditanstalt am 11. November präsentirt und datirt, die Eintragung selbst ist erfolgt am 3. December 1872.

Es heißt nun weiter in der Anklage: Nunmehr schritten die Angeklagten als fortbestehendes Consortium der ersten Zeichner dazu, die Aktien des Braunschweiger Walzwerks dem Publikum zum Kaufe anzubieten, um damit die vorbemerkte Provision zu realisiren. — Zunächst würde sich also fragen: waren die sämtlichen Angeklagten, nicht allein diejenigen, die hier als wirklich erschienen angeführt sind, als die ersten Zeichner zu betrachten, — die sämtlichen Angeklagten, also auch diejenigen, für die von anderen mitgezeichnet worden ist?

Angekl.: Ja, soweit diese die Zeichnungen bestätigt haben, gewiß; das ist ja aber auch geschehen, so viel ich weiß, mit Ausnahme des Herrn Wülbern, der die in seinem Namen geschehene Zeichnung nicht genehmigt hat.

Präs.: Sie meinen, alle die übrigen Herren sind als Gründer anzusehen?

Angekl.: Gewiß.

Präs.: Und das Consortium dieser Gründer ist fortbestehen geblieben, um die Aktien zu realisiren?

Angekl.: Ja; es ist das aber eine unrichtige Auffassung der Anklage, wenn man von vorn herein einen angelegten Plan darin findet. Es hat uns sogar die Idee vorgeschwebt, die Aktien vollständig in erster Hand zu behalten, wenigstens lange Zeit hindurch zu behalten, um die Dividende des ersten Jahres möglichst selbst zu genießen.

Präs.: Wie würden Sie dann die 55 000 Thaler Provision realisiren?

Angekl.: Man wollte sie eben nicht realisiren, man wollte die guten Chancen selbst benützen. Das ist wenigstens zeitweise in Frage gewesen und deshalb hat der Verkauf erst später stattgefunden, erst Anfang December. In der Zwischenzeit ist darüber mehrfach hin und her gesprochen worden. Man wollte sich überzeugen, wie das ganze Geschäft lag. Es nahm eine durchaus günstige Entwicklung, die gute Annahme bestätigte sich vollkommen, und da ist man dann am 1. December, da manche der Theiligten, namentlich auch die Creditanstalt, schließlich wünschen mußten, die Aktien nicht zu lange zu behalten, zu dem Entschluß gekommen, einen Theil der Aktien zu verkaufen. Ein großer Theil ist ja in den Händen der Zeichner geblieben.

Präs.: Es ist am 1. December ein Prospekt in verschiedenen Zeitungen erschienen, namentlich auch im „Braunschweiger Tageblatt“ und in der „Braunschweiger Zeitung“. Es liegen mir die beiden Prospekte vor.

Angekl.: Der Prospekt ist mir bekannt, er ist von mir verfaßt.

Präs.: Er lautet allerdings in einem Punkte abweichend.

Angekl.: Ja.

Präs.: Hier ist ein Exemplar der Braunschweiger Zeitung; es befindet sich in den Proceßakten.

Angekl.: Ich selbst habe es überreicht.

Präs.: Der Prospekt lautet folgendermaßen:

## Braunschweiger Walzwerk.

Aktien-Capital 300,000 Thaler.

### Direktion:

Ingenieur H. Fehland.

Kaufmann H. Wittkop, Delegirter des Aufsichtsraths.

### Aufsichtsrath:

Commerzienrath Ritter von Voigtländer, Vorsizender.

Generalagent Th. H. Meyer, stellvertretender Vorsizender.

Kaufmann H. Wittkop.

Banquier Carl Salomon (Helmstedt).

Hüttendirektor Ferdinand Koch (Carlschütte).

Das am Bahnhof in Braunschweig belegene, mit günstigem Erfolge betriebene Walzwerk- und Kesselschmiede-Etablissement der Firma Feh-

Land & Comp. ist für eine unter obiger Firma gebildete Aktien-Gesellschaft für den Preis von (einschließlich Provision) 195,000 Thln., von welchen 50,000 auf 10 Jahre zur Hypothek creditirt bleiben, käuflich erworben und für dieselbe seit dem 1. October d. J. in Betrieb genommen.

Durch den gleichzeitigen Ankauf des benachbarten Grundstückes der chemischen Fabriken zu Oker und Braunschweig ist der Raum für bedeutende sofort in Angriff genommene Erweiterungsbauten gewonnen, durch welche die Produktion des Werkes auf jährlich 20 Millionen Pfund und bei den jetzigen Preisen auf einen Umsatz von über eine Million Thaler gebracht werden wird.

Nach Vollendung der Erweiterungsbauten wird das Werk 2 Dampfhämmer von 40 Centnern, 2 Ruppenwalzwerke, 1 Grobwalzwerk, 1 Feineisenwalzwerk, 1 Drahtwalzwerk, 5 Scheeren für Stabeisen und Blöcke, 3 Dampfspeisepumpen, 3 Kaltwasserpumpen, 2 große Ventilatoren, 1 Kreissäge, 1 schwere Walzendrehbank, 1 Bohrmaschine, 1 Lochmaschine, 1 Blechbiegemaschine, 3 Dampfmaschinen, 14 Puddelöfen und 5 Schweißöfen enthalten.

Einer späteren Erweiterungsanlage bleiben eine Walzstraße für Kesselbleche, ein Universalwalzwerk für breites Flacheisen, namentlich für Material zu Brückenbauten, nebst den erforderlichen Öfen und Dampfhämmern vorbehalten.

Der Umstand, daß das Walzwerk das Roheisen von den benachbarten Hochofenwerken zu Ilse, Salzgitter und Harzburg bezieht und durch ein verbessertes Verfahren das früher neben diesen Eisensorten vom Rheine bezogene theurere Roheisen entbehrlich gemacht worden ist, ohne die anerkannt vorzügliche Qualität seines Walzeisens zu beeinträchtigen, sowie die günstige Lage des Werkes für den Absatz des Fabrikates nach Mitteldeutschland und dem östlich gelegenen Gebiete versprechen, auch wenn die gegenwärtige außergewöhnliche Conjunction wieder normaleren Verhältnissen Platz gemacht haben wird, eine vorzügliche Rentabilität des Betriebes.

Für das bis Ende 1873 laufende erste Geschäftsjahr ist durch die Ueberweisung fest abgeschlossener Kauf- und Verkauf-Verträge ein bedeutender Gewinn bereits gesichert, von welchem zwar, nachdem dem Aktienkapitale eine Dividende von 15% zugetheilt sein wird, dem früheren Eigenthümer des Werkes für die Abtretung jener Contrakte ein entsprechender Gewinnantheil durch den Kaufvertrag zugesichert ist, dennoch aber wenn außerordentliche Ereignisse die volle Realisirung jenes Gewinnes nicht verhindern, selbst nach Vornahme erheblicher Abschreibungen den Aktionären eine fernerweite ansehnliche Dividende überwiesen werden kann.



Von dem Aktienkapitale ist der Betrag von 140,000 Thaler fest übernommen.

Mit dem Verkaufe des Restbetrages von 160,000 Thln. durch die ersten Zeichner beauftragt, nehmen wir Anmeldungen zum Course von 105% (einschließlich der Dividende des ersten Vierteljahrs) bis zum 5. Dezember incl. entgegen.

Die Abnahme der mit 40 Proz. eingezahlten auf den Inhaber lautenden Interimsscheine erfolgt am 2. Januar 1873 gegen Zahlung des Emissionscourses ohne weitere Zinsvergütung und wird die Zutheilung auf die Anmeldungen, für welche Reduction vorbehalten bleibt, am 6. Dezember geschehen.

Exemplare der Statuten können bei unserer Cassé abgefordert werden.

Braunschweig, 1. Dezember 1872.

### Braunschweigische Credit-Anstalt.

(Präsident bemerkt während der Verlesung des Prospektes, daß eine Abweichung vorhanden sei, die darin bestehe, daß in der einen Zeitung (Tageblatt) „einschließlich Provision“, in der anderen (Braunschweiger Zeitung) „einschließlich Provisionen“ stehe).

Präs.: Also dieser Prospekt ist von Ihnen verfaßt. Ist er nachher von den übrigen Mitgliedern berathen?

Angekl.: Die Sache ist so gewesen. Also nachdem der Beschluß gefaßt war, die Aktien theilweise wenigstens zur Emission aufzulegen — es ist, soviel ich weiß, die Zustimmung der übrigen Betheiligten durch Korrespondenz eingeholt —, bin ich beauftragt worden, den Prospekt auszuarbeiten, oder ich habe es übernommen. Das ist aber lediglich ein Akt, der von der Creditanstalt ausging, die ja von vorn herein beauftragt war, die sämtlichen Operationen vorzunehmen.

Wenn also Verhandlungen darüber stattgefunden haben, so haben sie zunächst nur innerhalb der Creditanstalt stattgefunden, wahrscheinlich, soweit möglich, mit dem einen oder anderen der Braunschweigischen Betheiligten, der gelegentlich auf unser Comptoir gekommen ist. Es ist auch möglich, daß das eine oder andere Aufsichtsrathsmitglied selbst von dem Entwurf des Prospektes Kenntniß genommen hat. Ich behaupte dieses aber durchaus nicht; das werden ja die einzelnen Herren selber wissen, ob sie an den Verhandlungen theilgenommen haben. — Es ist aus meiner Angabe, daß auf

meinen Vorschlag es so gemacht ist, in der Anklage Kapital geschlagen worden, indem daraus gefolgert wird, daß die übrigen Betheiligten alle darum gewußt hätten. Das ist eine irrige Auffassung. Ich habe in der Voruntersuchung den Ausdruck gebraucht: es ist auf meinen Vorschlag so gemacht, ich hätte eher sagen können, es ist auf mein Verlangen so geschehen, weil mir gerade diese Form eines Prospekts, die Erwähnung der Provision, als ein Akt der Anständigkeit erschienen ist. Ich darf dies wohl etwas näher auseinandersehen, da gerade meine persönliche Stellung zu dieser Frage und die Bedeutung dieses Ausdrucks daraus klar sein wird.

Ich habe schon vor der Zeit, als ich in die Verwaltung der Creditanstalt eingetreten war, theils als Consulent der Creditanstalt, theils als Notar für andere Betheiligte mehrfach derartige Gründungsakte aufgenommen oder dabei mitgewirkt und habe den Modus, der nicht in Braunschweig erfunden, sondern von anderen großen Plätzen eingeführt war, kennen gelernt, daß man den Gründergewinn in die Form der Provision Seitens des Verkäufers gelegt hat. Ich habe meine juristische Ansicht dahin ausgesprochen, daß ich das juristisch für vollkommen zulässig hielte. Als ich aber nachher selbst in die Lage kam, speziell bei diesem Unternehmen selbst mitzuwirken, da habe ich ausdrücklich erklärt, daß ich es für möglich hielte, daß bei einer derartigen Form von dem einen oder anderen Aktionär behauptet werden könne, er habe dies anders aufgefaßt, er habe nicht gewußt, daß ein Gründergewinn genommen worden und dergleichen, obgleich ja das vollständig bekannt war. Ich habe deshalb gesagt, ich persönlich kann mich an derartigen Unternehmungen nur theilhaben, wenn die Thatsache des genommenen Gründergewinnes ausdrücklich ausgesprochen wird, und deshalb ist auf mein Verlangen, was von den übrigen Herren, weil man nicht die Absicht hatte, daraus ein Geheimniß zu machen, unweigerlich anerkannt ist, dieser Ausdruck „inklusive Provision“ in den Prospekt hineingesetzt. Ja, ich bin sogar lediglich aus scrupulöser Gewissenhaftigkeit dazu gekommen, in meinem Concept des Prospectes zu schreiben „inklusive Provisionen“, weil ich mir sagte, es ist nicht eine, sondern es sind zwei Provisionen berechnet.

Diese gute Absicht ist ja allerdings durch den leidigen Druckfehler im Tageblatt vereitelt worden; ob es nun auf Schreibfehler oder Druckfehler beruht, daß nur der Singular da steht, er ist uns damals vollständig entgangen, weil man so etwas, was man selber geschrieben hat, nicht wieder nachliest; er ist uns viel später zur Kenntniß gekommen durch eine Bemerkung, die der „Volksfreund“ in gewisser Anständigkeit selber gemacht hat, in einer anderen Zeitung hieß es Provisionen. Wir wollten also klar dem Publikum sagen: es liegt in dem Kaufpreis ein Gründergewinn.

Wenn ich bei dem Prospekt bleiben darf, so darf auch das hervor-  
gehoben werden, daß er auch in anderer Beziehung das unverkennbare Be-  
streben erkennen läßt, vollständig offen und ungeschmeichelt die Sache dar-  
zustellen. Ich habe z. B. darauf aufmerksam gemacht, daß der Zustand  
der Industrie ein ungewöhnlicher sei, daß diese abnormen Verhältnisse ein-  
mal aufhören und wieder normalere Zeiten eintreten würden. Ich habe  
ausdrücklich dann noch hervorgehoben, daß der für das erste Jahr zu er-  
wartende Gewinn immerhin von Zufälligkeiten abhinge, seien es Strikes,  
oder Unglücksfälle, Betriebsstörungen.

Präs.: Es ist in der Anklage die Meinung aufgestellt, daß man  
unter Provision nur einen geringen Theil des eigentlichen Kaufpreises  
verstehen könnte.

Angekl.: Ich muß das für eine völlig ungerechtfertigte Auffassung  
halten. Provision bedeutet im Geschäftsleben Gewinn; man spricht von  
einer Provision überall da, wo man durch eine Operation einen Gewinn  
zu realisiren meint. So nennt man auch das Provision und da ist man  
ja vollständig unbeschränkt. Ich kann mich in dieser Beziehung nur be-  
ziehen auf das Erkenntniß des Herzoglichen Handelsgerichts, welches ge-  
wissermaßen von einem sachverständigen Körper ausgegangen ist. Ich weise  
aber auch darauf hin, daß der Ausdruck „Provision“, selbst wenn man  
ihn im strengen Sinne nimmt, also einer eigentlichen Vermittlergebühr  
gleichsteht, auch durchaus nicht auf ein geringes beschränkt ist. Das Handels-  
gesetzbuch spricht von einer Delcredere-Provision, welche die Prämie ist für  
Uebernahme des Risikos einer Forderung, die vollständig unbeschränkt ist.

Präs.: Es ist außerdem hinzugefügt, diese irrtümliche Annahme  
wäre näher gelegt worden durch die 5 Prozent über pari.

Angekl.: Ich glaube, darauf hat das Erkenntniß des Herzoglichen  
Handelsgerichts die richtige Antwort gegeben. Dasselbe sagt: wer das  
sagen kann, hat den Prospekt entweder gar nicht oder nicht mit Verständ-  
niß gelesen. Dieses Agio wird ja in dem Prospekt vollständig erklärt;  
es heißt da: Wir geben die Aktien zu 105 per 1. Januar ohne weitere  
Zinsvergütung. Also man kaufte die Aktien mit der Dividende von dem  
1. Oktober an; es war die Dividende eines vollen Vierteljahres in dem  
Course mit begriffen, und wenn man nun aus den Anführungen annehmen  
konnte, daß eine sehr erhebliche Dividende für das erste Jahr berechnet  
wurde, — es ist ja gesagt, daß 15 Prozent in Aussicht gestellt werden  
und daß dann nach Abschreibungen noch weitere erhebliche Dividenden ge-  
geben werden könnten, — so wird man sicher aus dem Prospekt herauslesen  
können, daß wir geglaubt haben, den Aktienkäufern im ersten Jahre eine  
Dividende von 20 bis 25 Prozent in Aussicht stellen zu können, sich also

eine Dividende von 5 Prozent für das erste Vierteljahr vollständig klar ergebe. Es ist klar, daß in Bezug auf dieses Agio niemand, der einigermaßen mit Verstand den Prospekt gelesen hat, ihn dahin mißverstehen konnte, es sei dies der einzige Gründergewinn. In der That haben wir die Aktien *pari* verkauft.

Präs.: Worauf stützen sich die Berechnungen, die hier zu Grunde gelegt sind?

Angekl.: Das sind Berechnungen, die durch sachverständige Freunde gleich bei den Vorverhandlungen uns an die Hand gegeben sind.

Präs.: Welche waren das?

Angekl.: Das ist insbesondere der Senator Wülbern in Hannover gewesen, der von Herrn Mencke, welcher mit unter den Betheiligten war, um ein Gutachten angegangen ist. Herr Mencke wird ja darüber Näheres mittheilen können. Es ist aber auch von uns, von meinem Collegen Benndorf und mir, ein Schriftstück zu den Akten eingeliefert, welches gerade die Calculation enthält. Danach hat Wülbern für das erste Jahr einen Geschäftsgewinn von über 220,000 Thaler berechnet, und darauf stützen sich allerdings gerade diese Angaben in dem Prospekt. Ich muß geradezu sagen, daß ich auch in dieser Beziehung nicht habe ruhmredig sein wollen, wenn ich nur von einem erheblichen Gewinn gesprochen habe, ein Gewinn von 220,000 Thlr. würde ein so kolossaler gewesen sein, daß man uns wohl hätte zum Vorwurf machen können: ihr habt den Mund sehr voll genommen; deshalb habe ich absichtlich von dieser Ziffer im Prospekt nichts gesagt.

Präs.: Die Auffassung ist allerdings sehr abweichend. Wir haben hier ein Schriftstück des Wülbern vorliegen und der lehnt geradezu hier die Betheiligung an der Gründung ab, weil er der Meinung ist, daß die Sache auf einer solideren Grundlage hätte gestellt werden müssen, wie er sich ausdrückt; er ist der Meinung, daß gerade diese Industrie, um die es sich handelt, in kurzer Zeit eine wesentliche Schwankung erleiden würde, deswegen hat er sich nicht betheiligt.

Es liegt hier das Concept des Schreibens vor; es ist vom 5. October 1872.

Angekl.: Es ist mir allerdings ein derartiges Schreiben entfinnlich, das Wülbern geschrieben hat, indessen war es doch nicht so ablehnender Natur. Er stellte allerdings einige Gefahren dar, welche möglicherweise für die Eisenindustrie eintreten könnten, namentlich den Wegfall der Eisenzölle und einen ungünstigen Einfluß der Einführung des luxemburgischen oder lothringischen Eisens. Aber gerade in Bezug hierauf haben wir uns von anderen Sachverständigen sagen lassen, daß diese Befürchtungen etwas

schwarzer Natur seien, und es ist mir auch entsinnlich, als wenn diese nachträglichen Angaben — darüber wird sich Mendé genauer auslassen können —, diese schwärzere Ansicht des Wülbern uns nicht so ganz unparteiisch erschienen war. Er war, das will ich erwähnen, Vertreter des oder stark theilhaftig beim Eisenwerk Salzgitter und wünschte das Braunschweiger Walzwerk gerade an Salzgitter zu fesseln. Ich kann, wie gesagt, über diese Details keine Auskunft geben, das wird Mendé besser können, der mit ihm einen ganzen Tag lang diese Fragen bearbeitet hat.

Präs.: Also Mendé hat hauptsächlich diese Vorverhandlungen geführt?

Angekl.: Nein, Mendé ist ziemlich spät in die Verhandlungen eingetreten, nach einer Badereise, also vielleicht im Laufe des September.

Präs.: Die Konferenzen zwischen Mendé und Wülbern beginnen mit dem 30. September.

Angekl.: Ja, das mag die Zeit gewesen sein, in welcher Mendé zurückgekommen ist, da waren die Verhandlungen schon ziemlich im Gange.

Präs.: Hat nicht Fehland selber hauptsächlich die Daten gegeben, worauf Sie die Sache begründet haben?

Angekl.: Jawohl, alles was in technischer Beziehung in dem Prospekt gesagt ist, habe ich zum größten Theil von Fehland erbeten; hier ist das Konzept dazu, die Beschreibungen, weil ich das ja nicht verstand.

Präs.: Jawohl, das ist seine Handschrift.

Angekl.: Mit Fehland, das ist unzweifelhaft, ist der Prospekt besprochen, er hat gegen diese Mittheilungen, die darin enthalten sind, nichts zu erinnern gehabt.

Präs.: Die Anklage ist der Meinung, die Angeklagten hätten in einer gemeinsamen Berathung beschlossen, eine Provision zu erlangen, dazu hätten sie Abreden getroffen, an denen sich sämtliche Mitglieder des Consortiums entweder direkt theilhaftig oder dieselben wenigstens genehmigt haben, und zu diesem Ende diesen Prospekt gemeinsam entworfen und erlassen; sie hätten damit beabsichtigt, das Publikum zu täuschen. Sie haben sich ja schon darüber ausgesprochen.

Angekl.: Ich darf nur noch hervorheben, daß wir der ganzen Sache deshalb nur näher getreten sind, weil wir geglaubt haben, damit ein wirklich gutes industrielles Unternehmen zu schaffen und die Stadt Braunschweig mit einem guten Etablissement zu versehen. Wir haben deshalb die Gründung für eine durchaus reelle, solide gehalten und den Gewinn, den wir dabei gemacht haben, als eine durchaus selbstverständliche, geschäftlich vollständig motivirte Thatsache angesehen.

Präs.: Sie haben die Summe der Provision für gerechtfertigt erachtet?

Angekl.: Für vollständig gerechtfertigt.

Präs.: Und den Preis, den Sie für das Werk gezahlt haben, für angemessen?

Angekl.: Nach dem, was in technischer Beziehung mir darüber mitgetheilt ist, habe ich ihn für vollständig in der Ordnung gehalten, und ich will hervorheben, daß wir durch den Vergleich mit anderen ähnlichen Werken die vollständige Bestätigung gefunden haben, insbesondere durch Geschäftsfreunde, die, technisch vollständig gebildete Leute, die Aktien zu höheren Coursen noch gekauft haben. Wir haben z. B. das Braunschweiger Walzwerk vergleichen können mit dem Peiner Walzwerk, welches um dieselbe Zeit erst neu gegründet war. Dasselbe hatte ein größeres Aktientkapital, wenn ich nicht irre 400,000 Thaler, während wir nur 300,000 hatten, und kostete in der Herstellung auch mehr als das Fehland'sche Werk mit seinen Erweiterungen. Es war in der That unserer Ueberzeugung nach ein billiges Etablissement, was wir gekauft hatten.

Präs.: Weiterhin liegt eigentlich gegen Sie keine Anklage vor.

Angekl.: Ich fühle mich doch auch verpflichtet, bezüglich des zweiten Theiles einige Bemerkungen zu machen. Wir sind in gewisser Weise mit dem Aufsichtsrath im Zusammenhang geblieben, weil die Creditanstalt diesem Werke einen Credit gewährt hatte und ein Interesse daran hatte, den weiteren Verlauf zu beobachten. Außerdem fanden die Herren vom Aufsichtsrath es für zweckmäßig, weil das Werk ziemlich weit vor dem Thore lag, ihre Sitzungen bei uns abzuhalten, und so sind wir dann häufig mit den Verhandlungen bekannt geworden, und insbesondere ist dann bei Feststellung der Bilanz, die Gegenstand der Anklage bildet, die betreffende Verhandlung des Aufsichtsraths im Konferenzzimmer der Creditanstalt vorgenommen. Da erinnere ich mich, von den Herren um meine juristische Anschauung befragt zu sein, wie der §. 19 des Statuts, der dabei in Betracht kommt, auszulegen wäre, ob sie auf Grund dieses Paragraphen die Einstellung der vorhandenen Materialien zu den Preisen vornehmen dürften, die sich aus der voraussichtlichen Realisirung rechtfertigten, — da habe ich meine juristische Ansicht dahin ausgesprochen, daß das nach dem Vertrage geradezu vorgeschrieben wäre.

Präs.: Es handelt sich schließlich um die Behauptung der Anklage: ist es richtig, daß die hier genannten fünf Aktionäre, Stegmüller, Rohfahl, Stoffregen, Bewig, Dempewolf, durch das Lesen des Prospektes sich haben verleiten lassen, Aktien zu kaufen, daß sie dadurch in Irrthum über den Werth derselben versetzt sind?

Angel.: Das muß ich entschieden bezweifeln. Nach meiner Auffassung, nach dem, was ich im Publikum gehört habe, hat man vollständig gewußt, was mit dieser Provision gemeint war, daß bei diesen sogenannten Gründungen ein Gründergewinn vorhanden war und daß man den nicht mit wenigen Prozenten berechnete.

Präs.: Es wird dann auch behauptet, die Leute hätten durch Ankauf der Aktien einen Schaden erlitten.

Angel.: Das halte ich auch für vollständig unrichtig, denn die Leute haben Aktien in die Hand bekommen, die in wenigen Monaten bis auf einen Cours von 135 Prozent gestiegen sind. Es war eine Handelswaare, die sie jeden Augenblick wieder verkaufen konnten.

Präs.: Es heißt hier, sie hätten geglaubt, daß sie Theilnehmer an einem Gesellschaftsvermögen zum Aktivbestande von 300,000 Thaler geworden wären, daß aber die 55,000 Thaler davon abzusetzen wären, weil sie aus der Gesellschaftskasse für nichts weggegeben seien, eben für den Gründergewinn, und so hätte das Gesellschaftsvermögen nur 245,000 Thaler betragen.

Angel.: Das halte ich für einen juristischen Irrthum; es handelte sich nicht um ein Vermögen schlechthin, an dem die Leute sich betheiligten, sondern um ein bereits in ein Werthobjekt verwandeltes Vermögen. Sie sind ja in die Gesellschaft durch Ankauf von Aktien zu einer Zeit eingetreten, als die Gesellschaft die Fabrik bereits erworben hatte, und zwar zu 195,000 Thaler. Sie mußten sich also sagen, daß sie einen natürlichen Antheil, wenn man das Gesamtvermögen als aus allen einzelnen Aktiven zusammengesetzt ansieht, an einem Objekt bekommen hatten, welches zu 195,000 Thaler gekauft war. Es war ja gerade damit diese Summe aus dem Gesellschaftsvermögen herausgekommen.

Präs.: Wurde nun die Provision sämmtlichen Unterzeichnern pro rata ihrer Zeichnung zu Theil?

Angel.: Ja, darüber ist eine Consortialrechnung aufgestellt; im Verhältniß zu den Zeichnungen, die die Einzelnen gemacht haben, haben sie partizipirt. — Die 5000 Thaler hat Meyer bekommen.

Präs.: Und außerdem von den gezeichneten Aktien auch seinen Antheil?

Angel.: Jawohl, so nehme ich wenigstens an; er hat ja gezeichnet.

Präs.: Wann ist die Consortialrechnung aufgestellt?

Angel.: Die ist erst sehr spät aufgestellt. Das heißt, sie ist in gewissem Umfange aufgestellt, nachdem die Aktien sämmtlich verkauft waren. Bei der Zeichnung ist ja nur ein kleiner Theil verkauft; ich glaube, 30,000 Thaler sind nur gezeichnet, und nachher sind aus der Hand Aktien

verkauft und schließlich ist der ganze Rest im März oder später in dritte Hand übergegangen. Ich darf das wohl meinem Collegen Benndorf überlassen, der die Consortialrechnung aufgestellt hat.

Präs.: Ueber die Aktienzeichner wissen Sie nichts?

Angekl.: Es sind damals nur einige 30,000 Thaler gezeichnet worden.

Präs.: Es wird hier gesagt 160,000 Thaler.

Angekl.: Das ist nicht richtig.

Präs.: Sind nachher die Provisionen vollständig realisirt?

Angekl.: Nein, das sind sie nicht. Die Sache lag so, daß die Provisionsaktien als voll gezahlt zugesagt wurden, daß aber nur 40prozentige Interimscheine ausgegeben wurden, und daß nur diese verkauft werden konnten. Die übrigen 60 Prozent konnten erst durch die allmäligen Einzahlungen in die Kasse der Gesellschaft fließen und konnten erst dann an Fehland und von diesem an das Consortium ausgezahlt werden. Das hat eben Schwierigkeiten gefunden, weil durch die Erweiterungsbauten, die mehr Geld in Anspruch nahmen, als von vorn herein beabsichtigt war, die Gesellschaft mit ihren Geldmitteln nicht recht flott wurde, und so hat es sich verzögert, bis schließlich der Zusammenbruch erfolgte, ohne daß diese 60 Prozent ausgezahlt sind.

Präs.: Ist Ihnen bekannt, daß von diesen eingezahlten 40 Prozent ein Theil wieder zurückgezahlt ist?

Angekl.: Ja, wir haben damals den Gläubigern, die wahrscheinlich, wenn der Conkurs ausgebrochen wäre, nichts bekommen hätten, schließlich eine Affordsumme von  $12\frac{1}{2}$  Prozent bewilligt. Die Creditanstalt mußte wünschen, die Conkurskosten zu sparen; man wollte lieber den Gläubigern das geben, als es in dem Conkursverfahren aufgehen zu lassen. Es ist dann theils durch die Creditanstalt, theils durch die übrigen Betheiligten zusammengeschossen, um den Gläubigern eine Affordsumme von  $12\frac{1}{2}$  Prozent zu geben.

Präs.: Einer der Gläubiger behauptet, er habe 25 Prozent bekommen.

Angekl.: Das ist ein Irrthum, es hat niemand mehr als  $12\frac{1}{2}$  Prozent bekommen.

Präs.: Was den Cours der Aktien betrifft, so heißt es hier, die Aktien hätten in der ersten Zeit der Gründung einen höheren Cours erreicht, seien aber in der zweiten Hälfte unter pari gesunken. Ist Ihnen das bekannt?

Angekl.: Wenn ich nicht sehr irre, habe ich in dem Civilproceß eine Bescheinigung überreicht, daß sie bis auf 138 gestiegen sind; das war



im März. Danach kam der Wiener Krach, der allem ein Ende machte, und sie gingen herunter.

Präsj.: (Verliest das bezügliche Schreiben).

An

Herrn Staatsanwalt Koch

hier selbst.

Ich beehre mich, hiermit in Folgendem das gefällige Schreiben vom 14. d. M. ergebenst zu erledigen.

ad: Course der Aktien des Braunschweigischen Walzwerks vom 1. Dezember 1872 bis zum Ende Februar 1873: 105 bis 108 Proz.

Die annähernd höchsten Course notirten:

für die Aktien des Braunschweiger Walzwerks: am 26. März 1873 mit  $139\frac{1}{2}\%$ .

Mit Hochachtung und Ergebenheit

N. S. Nathalion Nachf.

Staatsanw.: Herr Fehland hat angegeben, daß die Fabrik eingerichtet wurde im Herbst 1871 und in Betrieb gesetzt im Frühjahr 1872. Das wird richtig sein.

Angekl.: Darüber kann ich nichts sagen. Ich bin mit Fehland in persönliche Berührung höchstens durch die Geschäfte mit der Creditanstalt gekommen. Fehland betrieb früher eine Kesselschmiede, anfänglich eine Wasserglassfabrik, und schließlich das Walzwerk; wann, weiß ich nicht.

Staatsanw.: Dann bitte ich es aus den Akten zu konstatiren. Das Werk ist im Herbst 1871 eingerichtet, im Frühjahr 1872 in Betrieb gesetzt, die Erweiterungsbauten geschahen im Herbst 1872, so daß um diese Zeit das Werk vollständig war. So hat es Fehland angegeben.

Dann möchte ich noch eine Frage stellen. Sind vielleicht bei diesen Kaufverhandlungen mit Fehland Sachverständige zugezogen?

Angekl.: Bei den Vorverhandlungen ganz gewiß. Herr Wülbern selbst ist draußen gewesen, Herr Ferdinand Koch hat es untersucht, Wittekop und mein College Benndorf haben die Bücher angesehen und sich überzeugt, daß der angegebene Buchwerth von 110 000 Thaler wirklich vorhanden sei. Sonst wüßte ich von Sachverständigen nichts anzugeben.

Präs.: War Commerzienrath Meyer dabei.

Angekl.: Nein, soviel ich weiß, nicht.

Staatsanw.: Aus welchem Grunde ist Fehland die Verpflichtung auferlegt, seine Aktien nicht zu verkaufen?

Angekl.: Das ist eine übliche Form zu Gunsten derjenigen, welche in die Lage kommen, ihre eigenen Aktien zu verkaufen; es ist so gemacht, damit nicht Fehland durch Ausbietung seiner Aktien Konkurrenz machen konnte. Fehland hat auch nie daran gedacht, sondern seine Aktien für so werthvoll gehalten, daß er sie nicht verkaufen wollte.

Präs.: Es kommt in den Akten vor, daß sie ziemlich hoch hinaufgetrieben sind.

Staatsanw.: Dann noch ein Punkt. Es ist von Herrn Haeusler als Vertreter der Creditanstalt in einem gegen diese angestellten Civilproceß bemerkt worden, daß der Herstellungswerth und Erwerbswerth dieses Etablissements, also der Fehland'schen Fabrik, mindestens 60- bis 80 000 Thaler unter dieser Summe von 195 000 Thaler sich bewegt hätte.

Angekl.: Das halte ich für vollständig richtig. Ich glaube, man brauchte sich das Werk nur anzusehen, um sich sagen zu können, daß der wirklich materielle Werth nicht mit 195 000 Thaler zu Buche stehen konnte.

Staatsanw.: Dann möchte ich noch die Frage stellen, ob Herr Haeusler vielleicht eigene Aktien gehabt hat?

Angekl.: Ich habe keine Aktien gehabt.

Präs.: Es ist da behauptet worden, daß Sie und der Angeklagte Benndorf als Direktoren an dem pekuniären Vortheil der Braunschweigischen Creditanstalt durch Bezug von Tantième interessirt gewesen.

Angekl.: Ich habe im Jahre 1872 keine feste Tantième genossen. Als ich eintrat, am 1. Mai, wurde mir außer einem festen Gehalt in Aussicht gestellt, daß mir ein Antheil an Tantième, der aber nicht bestimmt beziffert war, zu Theil werden würde nach Schluß des Geschäftsjahrs. Eine wirkliche kontraktliche Tantième hat erst mit dem 1. Januar 1874 begonnen.

Berth. Ob.-Ger.-Adv. Huch. Herr Haeusler bemerkte, daß die Bestimmung, wonach Fehland ein Jahr lang seine Aktien nicht hätte verkaufen dürfen, getroffen sei, um eine Konkurrenz im Verkauf der Aktien

möglichst auszuschließen. Sollte die Bestimmung nicht auch, wie aus anderen Prozessen hervorgeht, die Richtung verfolgt haben, daß man dem Publikum dadurch, daß der Mann sich verpflichtet, 50 000 Thaler ein Jahr lang fest zu halten, der Mann, der die Sache auch am besten kennt, beweist, daß die Sache gut sein müsse, weil er sonst thöricht wäre, sein Geld auf diese Weise preiszugeben.

Angekl.: Das ist möglich, ich erinnere mich der speciellen Erörterung dieser Frage nicht; indeß möchte ich annehmen, daß ein Jahr zu diesem Zweck etwas kurz wäre.

Präs.: Ist das nicht eine gewöhnliche Klausel?

Angekl.: Jawohl, eine ganz gewöhnliche Klausel.

Verth. Ob.=Ger.=Adv. Huch: Ich komme darauf, weil in dem Prozesse wegen der Braunschweigischen Zuckersiederei es sogar als Dolus angesehen wurde, daß diese Bestimmung verschwiegen sei. Es wurde darauf ein großer Werth gelegt den Aktionären gegenüber, daß diese darin eine große Beruhigung finden würden, daß derjenige, der sein Werk kennt, sein eigenes Vermögen darin festlegt.

Ich möchte mir ferner noch Folgendes zu bemerken erlauben. Herr Haeusler bemerkte ersten, daß mit der Gründung das erste Consortium seine Endschafft erreicht habe, und erst später, nach einigen Monaten, ein neues Consortium sich gebildet habe, um die Aktien zu verkaufen.

Angekl.: Nein, so fasse ich die Sache nicht auf. Das Consortium ist zusammengeblieben, hat einstweilen die Aktien konservirt und den Beschluß über die Realisirung derselben sich vorbehalten.

Verth. Huch: Dann will ich die Frage folgendermaßen stellen: ob bei der ersten Gründung davon die Rede gewesen, daß diese Aktien oder ein Theil derselben, um sie zu realisiren, wieder aufgelegt und verkauft werden solle?

Angekl.: Nein, das ist nicht geschehen. Die Frage war, ob man die Aktien nicht behalten wollte. Derartige Verabredungen über die Art und Weise der Realisirung haben, so viel ich weiß, nicht stattgefunden.

Präs.: Es ist ja klar, wenn die Provisionen ausgezahlt werden sollten, mußten sie realisirt werden.

Angekl.: Doch nicht, Herr Präsident. Jedes Mitglied war berechtigt, seinen Antheil in natura sich aushändigen zu lassen. Wenn Sie sich aus dem früheren Prozeß an dieser Stelle erinnern, da hat Herr v. Voigtländer seine Provisionsaktien auch in natura bezogen, weil er ein großes Interesse für solche Unternehmungen hatte und in der Lage war, große Aktienbestände halten zu können.

Staatsanw.: Ich möchte fragen, ob die Aktien, die die Creditanstalt noch jetzt in Händen hat, vollständig eingezahlt sind?

Angekl.: Gewiß. Die Creditanstalt hat diese Aktien nicht direkt erhalten, sondern durch ihre Commandite in Berlin bezogen.

Staatsanw.: Dann werden also die sogenannten Provisionsaktien alle verkauft sein?

Angekl.: Das kann ich nicht behaupten. Es ist sehr wohl möglich, daß Jemand seine 40prozentigen Interimsscheine, die ja ausgehändigt worden sind, bezogen hat, und hätte dann nachher allerdings einzahlen müssen, um die Provision zurückzuempfangen. Ob das der Fall gewesen ist, vermag ich nicht zu sagen. Vielleicht wird Herr Benndorf im Stande sein, etwas darüber anzugeben.

Vernehmung des Angeklagten  
Bankdirektor Alexander Benndorf aus Braunschweig,  
41 Jahre alt.

Präs.: Was das Allgemeine anlangt, worüber Sie sich zu äußern haben, so handelt es sich darum, wie das ganze Unternehmen zu Stande gekommen ist.

Angekl.: Ich habe im Wesentlichen den Mittheilungen des Kollegen Haeusler nur zuzustimmen. Ich kann als Ergänzung hinzufügen, daß Fehland schon seit längerer Zeit die Absicht hatte, zu verkaufen, weil er sich kränklich fühlte. Er sagte, die Sache wird mir zu groß, wenn ich plötzlich sterbe — —

Präs.: War er damals schon kränklich?

Angekl.: Er war immer kränklich. Er sagte, er könne seine Familie nicht mit einer Last zurücklassen, die ihr große Sorge machen müßte, und wollte also verkaufen. Wir haben Monate lang darüber verhandelt, sind aber nicht recht vorwärts gekommen, weil man schon damals etwas übersättigt mit industriellen Unternehmungen war. Die Creditanstalt war an Manchem hängen geblieben und wollte sich darum nicht zum Kauf entschließen.

Präs.: Sie waren derzeit bereits definitiv Direktor?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Und bezogen als solcher Tantième?

Angekl.: Das war noch nicht festgesetzt. Die Tantième ist erst gegen Schluß des Jahres 1872 vom Aufsichtsrathe bestimmt worden.

Präs.: Kannten Sie den Angeklagten Fehland bereits, als die

ersten Anträge auf Veräußerung oder Gründung dieser Fabrik gestellt wurden?

Angekl.: Ich kannte Fehland schon lange; er war früher in Geschäftsverbindung mit der Braunschweigischen Bank und später mit der Creditanstalt.

Präs.: Kannten Sie ihn auch in Bezug auf seine technischen Kenntnisse?

Angekl.: Die konnte ich aus eigener Wissenschaft nicht beurtheilen, habe aber von Technikern anführen gehört, daß er als Capacität in seinem Fache galt.

Präs.: Ueber den Stand seiner Fabrik werden Sie Kenntniß gehabt haben.

Angekl.: Das konnte ich nur im Allgemeinen beurtheilen; ich habe seine Bücher und Bilanzen nicht eingesehen.

Präs.: Sie hielten ihn für einen tüchtigen Geschäftsmann?

Angekl.: Ja.

Präs.: Sie glaubten an dasjenige, was er über seine Verhältnisse mittheilte?

Angekl.: Ja.

Präs.: Wann haben Sie ihn aufgefordert, den Vertrag mit Ihnen abzuschließen?

Angekl.: Die erste Aufforderung mag von ihm selbst oder von Meyer ausgegangen sein.

Präs.: Haben Sie persönlich mit ihm verhandelt?

Angekl.: Sehr oft.

Präs.: Haben Sie die einzelnen Bestimmungen mit Fehland vorher besprochen?

Angekl.: Im Allgemeinen, ja! So nach und nach haben sich dieselben aus den Verhandlungen entwickelt. Er hat, wie ich schon vorher bemerkte, mehrmals davon gesprochen, daß er verkaufen wollte. Ich habe in den Akten einen Zettel gefunden, worauf eine frühere Forderung von ihm notirt war, mit den Berechnungen, die sich daran knüpfen, sehr rentable Berechnungen, woraus hervorgeht, daß auch für weniger glänzende Conjunctionen recht beträchtliche Renten in Aussicht standen. Das war eine Forderung, die mir damals zu hoch schien, 270 000 Thaler; die habe ich damals abgelehnt. Wir haben dann die Sache wochenlang ruhen lassen, bis eines Tags ein Verwandter von mir, ein Eisenagent Strauß aus Chemnitz, nach Braunschweig kam und sich bei mir nach Fehland erkundigte, anscheinend nur in der Absicht, seine Creditverhältnisse zu erfahren. Ich bemerkte, daß er in anderer Absicht kam, daß er das Werk

für den Chemnitzer Bankverein kaufen wollte. Dieser Vorfall hat den eigentlichen Anstoß gegeben, den Verhandlungen wieder näher zu treten, die dann zum Ankauf führten. Das Geschäft wurde mit dem Chemnitzer Bankverein gemeinschaftlich gemacht.

Präs.: Was die Specialitäten der Vereinbarung betrifft, so wird das richtig sein, was vorhin Herr Haeusler ausgesagt hat. Waren Sie bei Aufnahme des Kaufcontractts gegenwärtig?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Äußern Sie sich über die Frage, ob bereits bei Gründung des Walzwerks beabsichtigt gewesen ist, die Aktien zu verkaufen, sie aufzulegen.

Angekl.: Es war zunächst die Absicht, die Aktien längere Zeit zu behalten. Erst nach und nach durch den Wunsch Einzelner ist man dahin gekommen, daß man vielleicht doch einen Theil weg geben könnte.

Präs.: Wie wäre es sonst möglich gewesen, eine Provision zu realisiren?

Angekl.: Man würde dann die Provisionsaktien gleichzeitig bekommen haben und diese Aktien als Besizthum gehabt haben nach dem Werth, den man sich dafür berechnen konnte.

Präs.: Das würde also eigentlich nur ein ideeller Mehrwerth der gezahlten Summe gewesen sein?

Angekl.: Rein, man bekam so viel Aktien mehr als man eingezahlt hatte. Wenn man 10 000 Thaler Aktien eingezahlt hatte und bekam 2000 Thlr. Provisionsaktien hinzu, so konnte man sich sagen, ich besitze jetzt 12 000 Thaler Aktien; nach dem Courswerth vielleicht sogar z. B. 14 000 Thaler.

Präs.: Den Courswerth hatten sie doch erst dann, nachdem sie öffentlich verkauft wurden.

Angekl.: Allerdings, wenn man gar keine verkaufte, würde kein Cours dafür entstanden sein.

Präs.: Wann wurde nun der Beschluß gefaßt, die Aktien zu verkaufen und aufzulegen?

Angekl.: Gegen Ende November haben wir, d. h. die Creditanstalt, nachdem der Eine oder Andere den Wunsch ausgesprochen hatte, bei den Betheiligten angefragt, wie sie darüber dächten, ob sie sich bei dem Verkauf betheiligen wollten.

Präs.: Schriftlich oder mündlich?

Angekl.: Das ist schriftlich geschehen.

Präs.: Bei sämmtlichen Betheiligten?

Angekl.: Ich meine, bei sämmtlichen. Ich habe zufällig einen Brief

gesehen, der mich daran erinnert hat; die Einzelnen wurden schriftlich Einige vielleicht mündlich gefragt, ob sie sich theiligen wollten.

Präs.: Und Jeder sollte bezeichnen, wie viel er von den seinigen verkaufen wollte. — Und diese zu verkaufenden Aktien — 160 000 Thlr. sollen es gewesen sein? —

Angekl.: Ja.

Präs.: Sollen sich darin gerade die 55 000 Thlr. Provisionsaktien befunden haben?

Angekl.: Ob es gerade diese Stücke gewesen sind, kann ich nicht sagen.

Präs.: Lagen die Aktien noch sämmtlich auf der Creditanstalt, oder nur die Provisionsaktien?

Angekl.: Nein, die sämmtlichen Aktien.

Präs.: So daß die Stücke nicht bestimmt waren, welche als Provision gelten sollten?

Angekl.: Die waren noch nicht unterschieden; nach den Nummern waren sie noch nicht getrennt.

Präs.: Sie hatten sie sämmtlich in Händen?

Angekl.: Ja, sie sind erst im Januar ausgegeben.

Präs.: Nachdem der öffentliche Verkauf stattgefunden hat?

Angekl.: Ja.

Präs.: Sind Sie bei der Feststellung des Prospectes theiligt gewesen?

Angekl.: Ich erinnere mich nicht, daß ich dabei mitgewirkt habe. Haeußler machte den Entwurf; ich habe ihn daher jedenfalls gesehen.

Präs.: Und haben ihn gebilligt?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Fiel es Ihnen nicht auf, daß in diesem Prospect geschrieben war: einschließlich der Provision?

Angekl.: Haeußler hatte das schon vorher bei der Gründung und bei früheren Gelegenheiten gesagt: wenn ich mich bei solchen Unternehmungen theiligen soll, dann verlange ich, daß in dem Prospect die Provision erwähnt wird.

Präs.: Halten Sie den Prospect für korrekt?

Angekl.: Vollständig.

Präs.: Es wird in der Anklage behauptet, der Ausdruck zum Preise von 195 000 Thaler hätte einen Irrthum erregt insofern, als man annehmen mußte, daß der Kaufpreis eigentlich 195 000 Thlr. weniger einer Kleinigkeit betragen sollte; die Provision wäre ja doch nur sehr klein und nebensächlich.

Staatsanw.: Es hat die Anklage in dem Ausdruck „Provision“ nicht sowohl selbst den Zweck gefunden, die Anklage bezeichnet nur die geringe Summe; Provision kann ja allerdings eine sehr bedeutende Summe sein, — sondern eben in der Zusammenstellung des Kaufpreises und der Provision, und die Mittheilung des Kaufpreises, die Käufer über Werth und Grundlage der Fabrik zu orientiren, und daß es deshalb unverträglich sei mit diesem Zweck, da eine fremde Summe, einen fremden Faktor, diese Provision, hineinzumischen, die damit vollständig unvereinbar sei. Deshalb hat die Anklage angenommen, daß die Käufer glauben mußten, diese Summe von 195 000 Thaler sei wenigstens annähernd mit dem wirklichen Werth des Grundstücks gleich, daß aber diese Summe darüber keine Auskunft geben konnte, weil sonst der ganze Zweck vereitelt wurde. Es handelt sich also nicht um den Ausdruck der Provision an und für sich, sondern um die Zusammenstellung mit dem Kaufpreis.

Angekl.: Ich bin nicht im Stande, diesen Ausführungen zu folgen, ich habe sie nicht verstanden. Ich habe die Sache nur so aufgefaßt, daß, wenn man in einer Zeit, wo allgemein bekannt ist, daß bei Gründungen verdient wird, sagt: wir haben dieses Werk zu diesem Preise gekauft und dabei verdient, daß das alles mögliche andere herbeiführen kann als eine Täuschung. Es ist die Aufrichtigkeit auf die Spitze getrieben.

Präs.: Es wird gesagt, diese Irrthumsregung wäre beabsichtigt gewesen, um die Provision zu realisiren. Wenn Sie die Irrthumsregung selber in Abrede stellen, werden Sie auch die Absicht nicht einräumen. Es sind hier Personen, die als Zeugen aufgeführt sind, gegenwärtig; ist Ihnen bekannt, daß diese Personen Aktien gekauft haben?

Angekl.: Ja.

Präs.: Die wollen eben durch den Prospekt in den Irrthum verfallen sein, und sich zu Zeichnungen haben bewegen lassen.

Angekl.: Ich weiß nicht, wie das möglich gewesen ist.

Präs.: Namentlich wollen sie auch Schaden gehabt haben durch die Aktienzeichnung, indem sie durch dieselbe zu ihrem verhältnißmäßigen Antheil Mitinhaber eines Gesellschaftsvermögens zum Aktienbestande von ungefähr 300 000 Thlr. haben werden wollen nach dem Inhalt des Prospekts, thatsächlich aber nur an einem Gesellschaftsvermögen von 245 000 Thlr. Theil gehabt haben.

Angekl.: Ich kann mich nur auf das beziehen, was Herr College Haeusler gesagt hat; sie wußten ja, daß 195 000 Thlr. gezahlt waren. In Bezug auf die Subskription glaube ich noch eins hinzufügen zu sollen. Die Anklage behauptet, es wären 160 000 Thlr. gezeichnet. Das ist nicht richtig; es sind vom Publikum gezeichnet worden 32 400 Thlr., davon hat



die Creditanstalt zwei Zeichnungen, 3600 und 2000 Thlr., freiwillig wieder zurückgegeben und die Zeichner davon entbunden, denen es inzwischen leid geworden war (wir legten keinen Werth darauf, wie groß die Zeichnungen waren), so daß das wirkliche Subscriptionsergebniß 26 800 ist. Außerdem haben zwei Consortialbetheiligte ihre Betheiligung in natura bezogen, 8000 und 6000, zusammen 14 000, so daß die Schlußsumme der Begebung 40 800 Thlr. gewesen ist. Es besitzen augenblicklich noch viele zum großen Theil ihre Aktien. Später ist viel darin gehandelt worden, namentlich auch Seitens der Berliner Commandite der Credit-Anstalt; aus der Liquidation dieser Commandite haben wir einen ziemlich großen Betrag Walzwerk-Aktien zum höchsten Kurse, ich glaube à 140%, zurückempfangen, so daß die Credit-Anstalt augenblicklich noch 111 Stück = 22 200 Thlr. davon besitzt.

Präf.: Auf eigene Rechnung besaß sie nicht so viel, sie muß sie gekauft haben.

Angekl.: Ja, sie hat viel darin gehandelt, 36 000 Thlr. sind damals im Consortium verkauft worden, und sie besitzt jetzt so viel wie eben angegeben.

Präf.: Bezüglich der Realisirung der Provision ist erst mitgetheilt, daß 40% gezahlt waren, späterhin aber nichts zur Auszahlung gekommen ist. Ist ausdrücklich Verzicht darauf geleistet?

Angekl.: Nein, es liegt so. Die Aktien waren ursprünglich mit 40% eingezahlt, so daß auch die Provisionsaktien nur als 40prozentige Interimsscheine an das Consortium ausgeliefert werden konnten. Die späteren Einzahlungen von zusammen 60%, welche natürlich in die Cassé des Walzwerks flossen, hätten nun zur Berichtigung des Restaufgeldes an Fehland benutzt werden und diesen in den Stand setzen müssen, an das Consortium die Vollzahlung der Provisionsaktien abzuführen. Da die Gesellschaft aber in Folge verschiedener Umstände an Capitalmangel zu leiden begann, ist sie um diese Zahlung nicht gerade gedrängt worden; man sagte sich: die Bedürfnisse für den Geschäftsbetrieb gehen am Ende vor. In Folge dieser Nachsicht sind dann die letzten 60% (33 000 Thlr.) der Provision schließlich überhaupt nicht mehr zur Auszahlung gelangt.

Präf.: Das war alles später.

Angekl.: Jawohl, im Sommer 1873.

Berth. O.-G.-Anwalt Dr. Abel. Es ist vorgekommen, daß Fehland ursprünglich eine größere Forderung gestellt habe. Wie groß war die Forderung?

Angekl.: Die Forderung war 270 000 Thlr. Er rechnete so: das Werk soll 110 000 Thlr. kosten; er liefere die Contrakte und von dem Gewinn an diesen wollte er sich die Hälfte gesichert haben.

Berth. Abel: Können Sie sagen, wann er von dieser Forderung herunterging? Es kommt mir namentlich darauf an, welche Forderung er am 1. oder 2. Oktober noch aufrecht erhielt.

Angekl.: Da stand diese hohe Forderung noch aufrecht; er hat erst kurz vor Abschluß des Geschäfts nachgegeben.

Berth. Abel: Wer ist wohl gegenwärtig gewesen bei der Uebernahme derjenigen Vorräthe, die Sie mit gekauft haben, wer kann wohl genauere Auskunft darüber geben? Herr Präsident! es kommt in den Akten vor, daß Fehland sagt, in der Verpflichtung, die er übernommen habe, diese Materialien der Gesellschaft zu seinen Buchpreisen zu überlassen, habe für die Gesellschaft ein Nutzen von 30 000 Thlr. gelegen. Ich möchte nur konstatiren, daß an dem Kaufpreis von gewissem Standpunkt aus, 30 000 Thlr. abgesetzt werden könnten, wenn man erwägt, daß diese 30 000 Thlr. an den Materialien wiederum verdient wurden. Fehland sagt in der ersten Anklage, wie sehr er geschädigt wäre: ich habe 140 000 Thlr. bekommen, habe aber die Materialien zum Selbstkostenpreise übergeben, die waren 30 000 Thlr. mehr werth.

Angekl.: Ich weiß es nicht genau, das wird sich ja bei der weiteren Vernehmung herausstellen.

Berth. O.-G.-Adv. Huch: Soviel ich mich erinnere, hat Haeusler von einer Forderung von 220 000 Thlr. gesprochen; Sie sagen eben 270 000.

Angekl.: Es sind zu verschiedenen Zeiten verschiedene Forderungen gestellt worden; die ich gefunden habe, betrug 270 000 Thlr.

Angekl. Haeusler. Ich möchte mich über die Argumentation noch äußern, über die Colleague Benndorf gefragt ist, auf die ja anscheinend die Anklage ein so ungeheures Gewicht legt, die Argumentation, daß die Erwähnung der 195 000 Thlr. den Zweck gehabt haben müsse, den Leuten zu sagen: so viel ist das Ding werth. Es ist ja richtig, die fünf Zeugen, die nachher erscheinen werden, sind bei ihrer ersten Vernehmung, die der Vertreter der Staatsanwaltschaft zuwider dem §. 27 der Str.-Pr.-Ordn. mit ihnen persönlich vorgenommen hat, gleich mit dieser Ansicht hervorgetreten; sie haben angegeben: damit hat man sagen wollen, das Ding ist so viel werth. Nun möchte ich behaupten, daß es einer jeden Erfahrung des Lebens widerspricht, wenn man eine Kauforderung mit der Angabe des Werthes identifizirt. Ich glaube, die tägliche Erfahrung spricht dagegen. Man weiß sehr wohl, daß Niemand etwas verkauft, der nicht etwas

dabei verdienen will. Der Preis ist genannt, um zu sagen, so viel kostet das Ding und so viel wird die Gesellschaft zahlen müssen, nicht aber: so viel ist es werth. Höchstens würde man in Bezug auf den Werth die Erklärung finden können: wir halten es so viel werth als Ganzes mit allen Conjunctionen, mit der Rente, die es bringen wird und dergleichen, nicht aber mit dem materiellen Werth, von dem aus die Frage hier betont worden ist. Ich habe das zur Aufklärung sagen zu müssen geglaubt.

Vernehmung des Angeklagten Banquier Carl Salomon  
aus Braunschweig, 54 Jahre alt.

Präs.: Es heißt in der Anklage, daß die sämmtlichen Angeklagten sich zu einem Consortium konstituiert hätten, um das betr. Etablissement zu kaufen. Sie selbst haben sich von vorn herein an diesem Unternehmen betheiligt, insofern Sie sich über die Sache mit den übrigen Angeklagten verständigt haben. Wodurch haben Sie zunächst Kenntniß von der Sache gehabt?

Angekl.: Ich habe durch Herrn Mencke die Mittheilung erhalten, daß er mich bei diesem Geschäft mit 5000 Thlr. betheiligt habe.

Präs.: Hat er das in Ihrem Auftrag gethan?

Angekl.: Er hat es damals ohne Auftrag gethan. Es kam bei diesen Geschäften öfters vor, daß man die Betheiligung anderen Personen und Freunden abließ, und ich habe mich damit einverstanden erklärt, weil auch ich es für ein rentables Geschäft gehalten habe.

Präs.: Hat er sofort diese Mittheilung bekommen? Also persönlich, nicht schriftlich?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Also im Oktober 1872 wurde die Sache notariell verlautbart?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Jedenfalls ist aber vorher schon hierüber verhandelt?

Angekl.: Von der Zeichnung kann ich nichts sagen; ich bin bei den Vorberhandlungen gar nicht betheiligt und interessirt gewesen.

Präs.: Es wird behauptet, daß Sie im Aufsichtsrath gewesen seien; nach den Akten sind allerdings nicht Sie zuerst gewählt.

Angekl.: Ich lehnte den Antrag ab.

Präs.: Und darauf sind Sie gewählt, wie es in den Akten zu sehen ist?

Angekl.: Ja.

Präs.: Wann sind Sie in den Aufsichtsrath gewählt?

Angekl.: Das kann ich nicht genau sagen, es wird sich aus den Akten nachweisen lassen.

Präf. (verliest den notariellen Akt vom 30. Oktober 1872).

Von

mir, dem Herzogl. Braunschweigischen Notar August Hornig zu Braunschweig, ist nachstehende Verhandlung zu Protokoll genommen worden:

Geschehen

zu Braunschweig in dem am Bankplaze Nr. 6 belegenen Hause den 30. Oktober 1872.

Auf

an mich ergangene Requisition hatte ich, der Herzogl. Braunschweigische Notar August Hornig zu Braunschweig, mich zur Aufnahme eines Protokolls über eine Aufsichtsrathssitzung hierher verfügt, woselbst ich antraf:

- 1) den Commerzienrath Friedrich v. Voigtländer, nach Angabe 59 Jahre alt,
- 2) den Kaufmann Hermann Wittkeop, nach Angabe 59 Jahre alt,
- 3) den Agenten Theodor Heinrich Meyer, nach Angabe 40 Jahre alt,

sämmtlich hier wohnhaft,

- 4) den Director Ferdinand Koch zur Carlshütte, nach Angabe 40 Jahre alt,
- 5) den Banquier Carl Salomon aus Helmstedt, nach Angabe 48 Jahre alt,

welche pp.

Die unter 4 und 5 aufgeführten Requirenten Koch und Salomon erklärten:

Wir genehmigen alle in den notariellen Protokollen vom 24. Octbr. dieses Jahres, welche über Constituirung der Gesellschaft und die Constituirung des Aufsichtsraths des Braunschweiger Walzwerks aufgenommen worden, enthaltenen in unseren Namen abgegebenen Erklärungen und Zeichnungen, Beschlüsse und Verhandlungen, namentlich die Wahlen des Commerzienraths v. Voigtländer zum Vorsitzenden, des Agenten Theodor Heinrich Meyer zum Stellvertreter des Aufsichtsraths, sowie des

Fabrikanten Hermann Fehland und des Kaufmanns Hermann Wittkop zu Directoren.

Hiermit

wurde der Act geschlossen, das Protokoll vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

von Voigtländer.    Theodor Heinrich Aeper.    Ferdinand Koch.  
Carl Salomon.    Hermann Wittkop.    H. Jäger.    H. Stuke.

August Hornig,

Herzoglicher Notar.

In diesem Protokoll sind Sie zuerst erwähnt?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Aber Sie hatten schon vorher von der Sache Kenntniß?

Angekl.: Nein, ich bin an diesem Tage von Helmstedt nach Braunschweig telegraphisch berufen.

Präs.: Ist Ihnen nicht mitgetheilt, zu welchem Zweck?

Angekl.: Nein, das geschah sehr häufig so. Als ich dann auf der Creditanstalt anlangte, sagte man mir, Herr Wülbern habe abgelehnt, ich möge in den Aufsichtsrath eintreten; da habe ich mich zuerst dagegen verwahrt, weil ich nicht mit der Branche vertraut war, habe aber schließlich zugestimmt, und dann die Konstituierungsakte vollzogen.

Präs.: Kannten Sie damals bereits die Konstituierungsverträge der Gesellschaft selber? also den Gründungsvertrag?

Angekl.: Nein.

Präs.: Und den Kaufvertrag?

Angekl.: Der wurde mir vorgelesen und von mir genehmigt.

Präs.: Wußten Sie damals schon, daß eine Provision Seitens des Verkäufers bewilligt war?

Angekl.: Das habe ich mir denken können, aber die Höhe derselben habe ich nicht gekannt.

Präs.: Haben Sie sich nicht danach erkundigt?

Angekl.: Ja, später wohl.

Präs.: Also bei der Gelegenheit war keine Rede davon?

Angekl.: Nein.

Präs.: Sie meinen, es war selbstverständlich, daß Provision bewilligt

war, aber Sie kümmerten sich im Augenblick nicht darum. — Sie sahen sich selbst als Mitgründer an in Folge dieser Zeichnung?

Angekl.: Jawohl, ich hatte das genehmigt, was von den Herren beschlossen war.

Präs.: Ist über Ihre Genehmigung ein besonderer Akt aufgenommen?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Das muß an demselben Tage gewesen sein, 30. Oktober 1872 — es ist kein besonderer Akt darüber aufgenommen, aber am Schluß dieses Protokolls heißt es:

„Die unter 4 und 5 aufgeführten Requirenten Koch und Salomon erklärten: Wir genehmigen alle in dem notariellen Protokolle vom 24. Oktober d. J. enthaltenen in unserem Namen abgegebenen Erklärungen und Zeichnungen, Beschlüsse und Verhandlungen u. s. w.“

Es ist also alles in demselben Akt vorgekommen, daß Sie gezeichnet und genehmigt haben?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Sie haben also zu der Zeit nicht gewußt, wie hoch die Provision bestimmt war?

Angekl.: Nein.

Präs.: Auch über die Art und Weise der Gewährung der Provision, also durch Aktien, war Ihnen nichts bekannt?

Angekl.: Nein, aber ich hielt das für selbstverständlich, es ist der gewöhnliche Weg.

Präs.: Wann ist Ihnen zuerst bekannt geworden, wie hoch sich die Provision belaufen sollte?

Angekl.: Das weiß ich nicht so genau.

Präs.: Wußten Sie es namentlich schon bei Aufstellung der Bilanz von 1873?

Angekl.: Das glaube ich wohl.

Präs.: Ich meine, Sie hätten früher in den Vorakten gesagt, Sie hätten es damals noch nicht gewußt?

Angekl.: Das kann ich so genau nicht mehr wissen.

Präs.: Die Aufstellung der Bilanz hat sich bis in das Jahr 1874 hineingezogen?

Angekl.: Ja.

Präs.: Sie haben früher angegeben, Sie hätten wahrscheinlich erst 1874 erfahren, wie hoch die Provision sein solle.

Angekl.: Das ist auch möglich.

Präs.: Wissen Sie nicht, von wem Sie zuerst die Mittheilung erhalten haben?

Angekl.: Das weiß ich nicht.

Präs.: Jedenfalls von einem der Aufsichtsrathsmitglieder. Ist das so gelegentlich gekommen?

Angekl.: Jawohl, es ist wahrscheinlich in Folge von der theilweisen Abrechnung geschehen; es ist mir auch einmal eine Abrechnung zugesandt, vielleicht ist bei der Gelegenheit zur Sprache gekommen, daß eine Provision oder Agiogewinn vertheilt werde. Aber zu welcher Zeit das gewesen ist, kann ich nicht genau sagen.

Staatsanw.: Herr Salomon hat in der Voruntersuchung angegeben, daß ihm Ende November oder Anfang Dezember der Prospekt zugesandt sei zur Veröffentlichung, daß er damals noch nichts von der Provision gewußt habe; er habe dann bei seiner nächsten Anwesenheit in Braunschweig danach gefragt. Man würde also mit Wahrscheinlichkeit annehmen können, daß er im Dezember 1872 Näheres darüber erfahren hat.

Präs.: Wir kommen nachher noch darauf zurück. Der Kaufvertrag ist also derjenige, der Ihnen bekannt geworden ist?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Ebenso werden Sie bestätigen, daß die Gesellschaft unterm 3. Dezember 1872 in das Handelsregister eingetragen ist?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Es handelt sich nun um die öffentliche Auslegung der Aktien, also um den Prospekt. Haben Sie bei Aufstellung des Prospektes irgendwie mitgewirkt?

Angekl.: Nein.

Präs.: Wann haben Sie den Prospekt zuerst zu Gesicht bekommen?

Angekl.: Den habe ich nach Helmstedt zugesandt bekommen und zwar in verschiedenen gedruckten Exemplaren, zu dem Zweck, wie ich auch in der Voruntersuchung ausgesagt habe, ihn bei meiner Kundschaft weiter zu verbreiten. Der Prospekt ist mir gedruckt zugestellt.

Präs.: Im Konzept haben Sie ihn nicht gesehen?

Angekl.: Nein, und wenn ich in der Voruntersuchung gesagt habe, es sei wahrscheinlich, daß ich den Prospekt schon vor dem 1. Dezember bekommen habe, so hat das darauf Bezug, daß man ihn den Zeichnungsstellen gewöhnlich schon früher zuschickt. Die Auffassung der Anklage, daß ich von dem Prospekt jedenfalls früher gewußt haben müsse, ist eine irrige, und ich bitte, meine Aussage dahin zu vergleichen, es wird sich ergeben, daß ich nichts anderes gemeint haben konnte, als daß der Prospekt mir gedruckt zugesandt war.

Präs.: Sie haben damals im Protokoll vom 9. Februar 1876 ge-

sagt: „Der Prospekt ist mir noch, wie ich mich erinnere, vor dem 1. Dezember nach Helmstedt mit dem Bemerken zugesandt, daß mein Geschäft als Zeichnungsstelle mit außersehen sei u.“ Es steht hier allerdings nicht, daß der Angeklagte den Prospekt vor dem Druck gesehen hätte, daß er überhaupt gedruckt wäre, steht auch nicht darin.

Angekl.: Darf ich das vielleicht erläutern? Der Prospekt ist mir von dem Herrn Untersuchungsrichter in einem gedruckten Exemplar vorgelegt worden; da bin ich gefragt: haben Sie diesen Prospekt gekannt? und darauf habe ich geantwortet.

Präs.: Also vor dem Druck haben Sie den Prospekt nicht gekannt und bei der Abfassung desselben waren Sie nicht betheiligt?

Angekl.: Nein, wie ich überhaupt alles gut geheißen, was die Herren gemacht haben.

Präs.: Schien Ihnen der Prospekt korrekt zu sein?

Angekl.: Ja gewiß.

Präs.: Es stand darin „einschließlich Provision“. Es wurde von Ihnen als selbstverständlich bezeichnet, daß diese Provision gezahlt würde. Wurden Sie durch diesen Ausdruck Provision vielleicht veranlaßt, bei nächster Gelegenheit, wie es hier im Protokoll heißt, nachzufragen: wie verhält es sich mit der Provision?

Angekl.: Das ist nicht geschehen; ich kann ja auch gar nicht wissen, zu welcher Zeit ich nachher in Braunschweig gewesen bin; ich bin häufig dort gewesen, aber ob ich die Herren getroffen habe?

Präs.: Sie haben hier gesagt: „Bei meiner nächsten Anwesenheit in Braunschweig erkundigte ich mich bei den Direktoren der Creditanstalt nach den näheren Umständen der Provision und erfuhr, daß dieselbe den Mitgliefern gezahlt werde.“ Sie haben also hier zugegeben, bei dieser Gelegenheit hätten Sie sich danach erkundigt.

Angekl.: Das mag ja sein; ob ich die Zeit verwechselt habe, wage ich nicht zu behaupten, aber in der ersten Zeit ist es jedenfalls nicht gewesen.

Staatsanw.: Der Prospekt ist Ihnen zugesandt mit dem Bemerken, daß Sie ihn auslegen sollten; er wird Ihnen also schon im November zugesandt sein.

Angekl.: Das Datum ist der 1. Dezember; er wird mir also am 28. oder 29. November zugesandt sein, um ihn bei mir im Geschäftslokale auszuliegen.

Präs.: Es wird von der Anklage behauptet, daß die Ausdrucksweise dieses Prospekts, also daß der Kaufpreis einschließlich Provision mit 195 000 Thlr. angegeben sei, zu Irrthümern hätte Veranlassung geben



müssen; man hätte danach der Meinung sein müssen, der Kaufpreis betrüge annähernd 195 000 Thlr.; Provision bedeute immer nur, der Regel nach wenigstens, eine kleinere Summe. Jedenfalls gebe also diese Hinzurechnung der Provision, da sie so hoch gewesen sei, doch eine falsche Ansicht von dem Kaufpreis und dadurch wäre ein Irrthum bei dem Publikum erweckt. Was können Sie über diesen behaupteten Irrthum sagen?

Angekl.: Da kann ich mich nur den Äußerungen der Herren Haeussler und Benndorf anschließen.

Präs.: Glauben Sie namentlich, daß die gegenwärtig gewesenen Zeugen durch den Prospekt in einen Irrthum versetzt sind?

Angekl.: Nein, das glaube ich nicht. Wenn sie dadurch in einen Irrthum versetzt sind, so haben sie ihn nicht richtig gelesen.

Präs.: Glauben Sie, daß wenn der Irrthum nicht vorhanden ist, sie Schäden an ihrem Vermögen erlitten hätten.

Angekl.: Nein, das können sie auch nicht haben. Wenn sie zu dem Zwecke die Aktien gekauft haben, um sie etwa wieder zu verkaufen, so konnten Sie sie mit großem Nutzen verkaufen, und zwar schon mit einem erheblichen Theile, deshalb, weil 40 prozentige Interimsscheine ausgegeben waren, und zu der Zeit war schon der Cours ein sehr hoher.

Präs.: Auf den Schaden wird auch weniger Gewicht gelegt, als darauf, daß Sie geglaubt hätten, Sie hätten einen Antheil erlangt an einem Wirthschaftsvermögen von 300 000 Thlr.; das wäre aber nicht der Fall gewesen; 55 000 Thaler wären in die Hände der Gründer gegangen, das Vermögen also nur 245 000 Thlr. gewesen. Halten Sie diese Ausführungen für richtig?

Angekl.: Nein, nach meiner Auffassung mußten Sie immer annehmen, daß ein Kaufpreis von 195 000 Thlr. bezahlt sei.

Präs.: Es wird in der Anklage behauptet, daß alle Angeklagten hauptsächlich den Zweck verfolgt hätten, diese Provision zu erlangen. Sie haben nun früher gesagt, daß Ihnen erst durch den Prospekt überhaupt bekannt geworden sei, daß eine Provision genommen würde, aber noch nicht, wie hoch sich dieselbe belaufen würde. Als Sie sich nun bei der Creditanstalt, wie angegeben, nach den näheren Umständen der Provision erkundigten, war da zugleich auch davon die Rede, auf welche Weise die Provision zu Gelde gemacht werden solle.

Angekl.: Ja, jedenfalls; es ist mir, wie ich glaube, geantwortet, daß die Provision in Aktien bestehe, wie es sonst immer üblich gewesen ist, daß die Aktien für Rechnung des Consortiums verkauft würden, und daß schließlich nach dem Verkauf die Abrechnung stattfinden würde.

Präs.: War anfänglich davon die Rede, daß es zweifelhaft wäre, ob man die Aktien verkaufen solle?

Angekl.: Ja, das mag sein.

Präs.: Sind Sie später gefragt worden, ob und in welchem Betrage Sie sich bei dem Verkauf der Aktien betheiligen wollten?

Angekl.: Jawohl; ob mündlich oder schriftlich, das kann ich nicht so genau sagen.

Präs.: Das war vor dem 1. Dezember?

Angekl.: Ja.

Präs.: Es wird in der Anklage namentlich darauf Gewicht gelegt, daß Sie in Ihrer Eigenschaft als Aufsichtsrathsmitglied ganz besonders Veranlassung gehabt hätten, die Richtigkeit des Prospekts zu prüfen, und wenn Sie an irgend einem Punkt Anstoß hätten nehmen müssen, wie die Anklage meint, daß Sie dann verpflichtet gewesen wären, das Publikum darüber aufzuklären, es aber nicht gethan hätten. Was haben Sie darauf zu erwidern?

Angekl.: Ich habe nichts gegen den Prospekt zu erinnern gewußt, ich habe ihn für korrekt gehalten.

Präs.: Dann kommen wir zum zweiten Theile der Anklage. — Es wird gesagt, daß die erste Geschäftsperiode vom 1. Oktober 1872 bis zum 31. Dezember 1873 gedauert habe. Das wird richtig sein?

Angekl.: Ja.

Präs.: Ich werde Ihnen zunächst die Bilanz für den 31. Dezember 1873 vorlegen, Sie werden sie kennen. Es heißt hier im Geschäftsbericht des Braunschweiger Walzwerks: erste Periode 1. Oktober 1872 bis 31. Dezember 1873. — Es wird zweckmäßig sein, den ersten Absatz zu verlesen: —

„Wir haben am Schlusse unserer ersten Geschäftsperiode durch die Direction die Bilanz aufstellen lassen und beehren uns, diese in der Anlage der Generalversammlung vorzulegen.

Die Bücher sind durch eine aus unserer Mitte gewählte Commission und außerdem, da die nach §. 17 Nr. 3 von der Generalversammlung zu wählenden Revisoren diesmal noch nicht vorhanden sind, durch die von uns zu diesem Zwecke zugezogenen Herren Advocat-Anwalt Hollandt und Banquier Meyersfeld geprüft, welches letztere Verfahren wir für dieses Mal genehm zu halten beantragen.

Unter Berücksichtigung der von diesen Revisoren gemachten Bemerkungen fügen wir zur Erläuterung der von uns genehmigten Posten der Bilanz Folgendes hinzu:

## Ad pos. 5. Magazin-Bestände. Betriebs-Borräthe.

### a. Borräthe an Roheisen.

Der in der Bilanz aufgeführte Gesamtwertb dieser Borräthe beträgt . . . . . 91 821 Thlr. 3 Gr. — Pf.

Hiervon entfällt auf Qualitäts-Roheisen

der Betrag von . . . . . 5 316 „ 8 „ — „

So daß für gewöhnliches Roheisen die

Summe von . . . . . 86 504 „ 25 „ — „

übrig bleibt.

Der Ermittlung der in dieser Summe enthaltenen Werthe ist das dem Aufsichtsrathe nach §. 19 unterbreitete Princip zum Grunde gelegt, diese Borräthe zu denjenigen Preisen in der Inventur aufzunehmen, welche unter Berücksichtigung der für die Realisirung derselben bestehenden Aussichten einen bestimmten Gewinn für das folgende Geschäftsjahr voraussetzen lassen.

Aus dem erwähnten Roheisenlager von etwa  $4\frac{1}{2}$  Millionen Pfund werden unter Mitverarbeitung von neu angekauftem Schrotteisen  $3\frac{1}{2}$  Millionen Pfund Stabeisen fabricirt werden, welche zur Zeit der Aufstellung der Bilanz mit 40 Thlr. Durchschnittspreis per 1000 Pfund fest verkauft waren, während der Fabricationspreis für dieses Eisen sich auf  $37\frac{1}{2}$  Thlr. beläuft.

Die aus dem kleinen Quantum Qualitäts-Roheisen erfolgenden Fabricate ergeben bei dem für jenes angenommenen Inventurwerthe sogar einen sehr guten Nutzen.“

Das ist der Eingang des Berichts des Aufsichtsraths. Aus der Bilanz selber würden folgende Posten mitzutheilen sein: „Magazinbestände, Betriebsborräthe und Fabricate nach Abschreibungen im Gesamtbetrage von 270 220 Thlr. 6 Sgr. 10 Pfg.; dann Immobilienkonto, Grundstücks-konto, Gebäudenkonto, Geleisanlagenkonto, Maschinen- inkl. Kessel- und Walzenkonto; dann Mobilienkonto; diese fünf Posten zusammen genommen machen die Summe von 195 000 Thlr. aus, also den Kaufpreis. Was den Passus in dem Berichte betrifft, daß sich die Ermittlung der Werthe nach §. 19 der Statuten richte, so lautet §. 19 folgendermaßen:

## „Jahresrechnung und Bilanz.“

Mit dem 1. Januar eines jeden Jahres ist von der Direktion eine vollständige Inventur, die das gesammte Vermögen der Gesellschaft zu umfassen hat, aufzunehmen und nebst der Bilanz dem Aufsichtsrathe zur Prüfung und Feststellung mitzutheilen. Der Aufsichtsrath hat dabei vom Gange der Inventur dann in der ihm angemessen erscheinenden Weise Kenntniß zu nehmen und mit Berücksichtigung der für die Realisirung bestehenden Aussichten die vorhandenen Werthe festzusetzen, auch Bestimmung darüber zu treffen, in welcher Weise die in dem abgelaufenen Jahre gemachten Aufwendungen im Aktiva berechnet werden sollen.“

Es handelt sich also um die Aufstellung dieser Bilanz für das erste Geschäftsjahr, allerdings  $\frac{3}{4}$  Jahr, weil die Geschäfte auf den 1. Oktober zurückdatirt sind, während der Vertrag auf den 24. Oktober lautet. —

Haben Sie sich bei Aufstellung der Bilanz und des Berichts theiligt und in welcher Weise?

Angekl.: Es wurde im Aufsichtsrath beschlossen zu der Zeit, als die Bilanz fertig gestellt und die Inventur aufgenommen werden sollte, aus den Mitgliedern des Aufsichtsraths zwei oder drei Personen zu wählen, die über die Inventur Kenntniß erhalten und auch die Bilanz aufnehmen und prüfen und dann darüber zu geeigneter Zeit dem Aufsichtsrath wieder berichten sollten. Es wurden damals gewählt Herr Agent Theodor Heinrich Meyer, ich glaube, zu jener Zeit auch Hüttendirektor Koch, der sich aber nachher mit seiner Abwesenheit von Braunschweig entschuldigte, und für denselben, wenn ich nicht irre, Herr v. Voigtländer und ich. Diese Personen haben sich zu jener Zeit auf Aufforderung des Direktors Fehland, der ihnen sagte, die Bilanz sei jetzt soweit fertig gestellt, sie möchten sich von derselben überzeugen, nach dem Wert hinaus begeben und es ist uns die Bilanz von Herrn Fehland vorgelegt. Soviel ich mich erinnere, ist die Bilanz damals vom Herrn Direktor Fehland mit Zuhilfenahme des Buchhalters und Prokuristen Person, der damals auf dem Werke war, aufgestellt.

Präs.: War die Bilanz bereits konzipirt, als Sie dorthin kamen, oder geschah das erst in Ihrer Gegenwart?

Angekl.: Nein, die Bilanz war nicht definitiv fertig, die Bücher waren noch nicht abgeschlossen. Es pflegt immer so zu geschehen, wenn Bilanzen von Commissionen geprüft werden, daß die Konten nicht abgeschlossen werden.

Präs.: Haben Sie die Bücher selbst in der Hand gehabt, um die Abschlüsse zu prüfen?

Angekl.: Sowohl, soweit man sich mit den Aufrechnungen und Additionen befaßt, ist es auch von uns geschehen. Wir haben uns auch überzeugt, daß die Inventurvorräthe gewogen sind, daß dieselben nicht etwa nur nach den Büchern geschätzt waren, sondern daß eine gehörige Inventuraufnahme stattgefunden hatte.

Präs.: Was nun die Preise anlangt, die in der Inventur verzeichnet sind, so werden gerade in dieser Beziehung Ihnen Vorwürfe gemacht, und da kommen wir zunächst auf den Preis des ganzen Etablissements. Darüber etwas Besonderes zu fragen, liegt eigentlich keine Veranlassung vor; Sie sind der Meinung, daß das Werk für 195 000 Thlr. gekauft ist. Aber die Frage würde sein: Haben Sie nach dieser Zeit, als die Bilanz aufgestellt wurde, die Provisionen ihrem Betrage nach schon gekannt oder nicht? Ich habe ersten schon danach gefragt.

Angekl.: Ich glaube mich da in verschiedenen Daten bewegt zu haben, das liegt aber darin, daß ich heute faktisch nicht mehr weiß, ob ich zu Anfang 1874 oder zu Ende 1873 oder gar schon, wie ich in den Akten angegeben habe, bei der nächsten Anwesenheit in Braunschweig darüber erfahren habe; aber nehmen Sie doch lieber an, ich hätte es gewußt.

Präs.: Also die Möglichkeit liegt vor, daß Sie es gewußt haben?

Angekl.: Sowohl.

Präs.: Sie sind aber der Meinung gewesen, daß der Preis wirklich 195 000 Thlr. betragen habe.

Angekl.: Sowohl.

Präs.: Was den zweiten Punkt betrifft, so heißt es hier, die Bilanz enthielte unwahre thattsächliche Angaben dahin, daß die unter Nr. 5 a, b und c der Aktiva aufgenommenen Materialien nicht mit ihren wahren Werthen zum damaligen Marktpreise, sondern zu um ca. 40% höheren Werthen aufgeführt sind. Sie sagten eben schon, in ihrem Gewicht und in den Massen und Quantitäten haben Sie nachgesehen und geprüft, daß die Materialien wirklich vorhanden gewesen sind.

Angekl.: Ja, wir haben uns durch die Inventur-Register überzeugt.

Präs.: Waren nun die Preise, die in der Bilanz stehen, von Fehland schon angegeben, und Sie haben sie nur als richtig geprüft, oder sind sie auf Ihre besondere Anordnung gemeinschaftlich vielleicht festgesetzt?

Angekl.: Wir haben die Preise, soweit sie sich auf a und b beziehen, vollständig so vorgefunden, wie sie in den Büchern standen, das sind die buchmäßigen Erwerbspreise. Sie werden dagegen unter c eine Abschreibung

von 4284 Thlr. 5 Sgr. 7 Pfg. finden; die ist dadurch entstanden, nicht daß Fehland sie anfänglich schon bei seiner Aufstellung vorgesehen hatte, sondern es ist nach der Besprechung, die die Kommission vorläufig hatte, mit Herrn Direktor Fehland über die verschiedenen Preise von Roheisen, Eisenschrott u. s. w. ermittelt, daß die Preise für „alte Schienen“, wie das Konto heißt, zu hoch waren, das heißt, man glaubte, daß eine Abschreibung unter allen Umständen auf diesen Theil der Vorräthe noch stattfinden müsse. Ich glaube — ich kann mich darüber insofern nicht äußern, weil ich den Betrieb nicht kenne — ich glaube, es resultirte diese Abschreibung daher, weil man, wie Fehland sagte, prozentualisch von diesen alten Schienen zu der künftigen Fabrikation nicht so viel verwenden könne, als von den übrigen aufgenommenen Magazinbeständen. Kurz und gut, wir verhandelten mit Fehland darüber und Fehland gestand diese Abschreibung, die von uns proponirt wurde, vollständig zu. Es wurden also die Preise von Roheisen, Schrott und dergleichen besprochen, und dabei auch diejenigen Preise verglichen, die dem Walzwerke offerirt waren; so erinnere ich mich dieser Angelegenheit, und es wurden dann diese Positionen, wie sie jetzt hier erscheinen, festgestellt.

Präs.: War gar nicht davon die Rede, welche Beträge eigentlich die Marktpreise hier gegeben haben würden? Es steht in der Anklage, sie wären nicht zu ihrem Marktpreis aufgeführt.

Angell.: Darauf kann ich nur erwidern, daß es Marktpreise in Deutschland für diese Sachen nicht giebt. Es ist von den Preisen die Rede gewesen, man hat sich darüber Kenntniß verschafft, welche Offerten von dieser oder jener Hütte vorlagen oder wie die Eisenpreise im Allgemeinen seien; dann ist vielleicht auch in Erwägung gezogen: ist der Preis vielleicht zu hoch oder angemessen. — Ich muß nun weiter erklären, daß, nachdem wir mit der Prüfung der Bilanz soweit fertig waren, die Herren Revisoren, die, wie es Eingangs hier in dem Geschäftsbericht heißt, ausnahmsweise erwählt waren, Advokat-Anwalt Hollandt und Banquier Meyersfeld, diese Bilanz geprüft und bei derselben, was die Zahlen betrifft, nichts weiter zu erinnern gefunden haben; sie haben auch die Bilanz nachher mit unterschrieben; daß aber nachher insbesondere von Herrn Meyersfeld noch neben dieser Monitur oder Revisionsbemerkung eine Beleuchtung dieser Preise, namentlich von Roheisen, eingereicht wurde. Ich weiß den Wortlaut nicht mehr, ich glaube aber, es stand in der Monitur, er halte den Preis für Roheisen für zu hoch. Woher Herr Meyersfeld diese Kenntniß hat, weiß ich nicht, ich weiß nur soviel, daß dann sein Revisionskollege, Advokat-Anwalt Hollandt, sich dagegen verwahrte, derartige Revisionsbemerkungen mit zu unterschreiben, daß er

vielmehr behauptete, er verstehe davon nichts, er hätte nur die Berechnungen zu prüfen und zu unterschreiben. Nichtsdestoweniger aber war diese Monitur vorhanden. Dieselbe wurde zunächst uns, den Kommissionsmitgliedern des Aufsichtsraths, zugestellt, wenn ich nicht irre, von Herrn Direktor Fehland. Wir begaben uns, wenn ich nicht irre, zum zweiten Mal hinaus aufs Werk und gingen Herrn Fehland an, er solle sich aussprechen, ob diese Angabe oder diese Bemerkung von Herrn Meyersfeld richtig sei oder nicht. Ich weiß nicht, ob Herr Meyersfeld damals nur gesagt hat, die Preise seien zu hoch? —

Präs.: Er hat sich folgendermaßen ausgelassen:

„Unter den Aktiven sind nach uns gemachter Mittheilung für die vorhandenen Vorräthe an Roheisen die ungefähren Einkaufspreise berechnet, während nach allgemeinen kaufmännischen Grundsätzen bei Vorräthen der Marktpreis, wie solcher zur Zeit der Inventuraufnahme, also im vorliegenden Falle am Schlusse des Geschäftsjahres bestanden, in der Bilanz aufgenommen zu werden pflegt, beziehungsweise vom allgem. deutschen Handelsgesetzbuche im Art. 31 klar vorgeschrieben ist.“

Ich will dabei bemerken, das Wort Marktpreis soll sich nicht auf einen bestimmten Marktpreis beziehen, sondern eben den Preis bezeichnen, der augenblicklich als angemessen zu betrachten ist.

Angekl.: Er giebt aber nicht an, wie viel er zu hoch angelegt ist.

Präs.: Das wird von anderen Sachverständigen angegeben.

Angekl.: Es wurden also dieser Bemerkung zufolge nochmalige Beratungen innerhalb der Commission gehalten, und da ist beschlossen worden, nachdem Fehland gesagt hatte: Mein Gott im Himmel, Marktpreise giebt es nicht, und die Preise sind ja diesen auch fast ganz gleich, es könnte nur ein geringer Unterschied sein, den diese sogenannten Marktpreise niedriger sein sollten; indessen wir haben aber eine kolossale Masse Aufträge, wir verarbeiten ja schon wieder dieses Eisen zu diesen enormen Aufträgen, und es bleibt ein ganz erheblicher Nutzen dabei, — da haben wir ihn aufgefordert, uns einmal diese Lieferungsaufträge durch Aufstellungen klar zu machen und die Verträge sämmtlich vorzulegen, und das ist geschehen, d. h., er hat uns an jenem Tage diese Lieferungsverträge vollständig vorgelegt.

Präs.: Sind das die von Ihnen überreichten?

Angekl.: Jawohl, die indessen nur einen bestimmten Theil ausmachen. Wir haben dieselben geprüft und haben gesagt: das ist richtig und das sind ja auch ziemlich hohe Preise. Da nun aber diese Quantität zu einer Summe nicht hinreichend war, die er nannte — ich glaube, es waren 3 Millionen Pfund, sagte er: ich habe außerdem briefliche Bestellungen in großer Menge, ich will durch Copiebuch und Briefe nachweisen, wie viel

Lieferungsbestellungen ich habe, — da haben wir mit ihm verabredet, er solle die Verträge sowohl als auch diese brieflichen Bestellungen zusammenstellen und dieselben in einer Aufsichtsrathssitzung produziren, und solle dann gewärtigen, welcher Beschluß durch den Aufsichtsrath bezüglich der Bilanz gefaßt würde. Schon Fehland berief sich an dem Tage darauf, daß der §. 19 der Statuten der Direktion das vollste Recht gebe, die Bilanz in der Weise aufzunehmen, wie sie nach §. 19 aufgenommen werden konnte unter Berücksichtigung der Realisirung. Es muß sich noch bei den Akten ein Zettel von Fehland finden, worauf derselbe eine Aufstellung von diesen Verträgen gemacht hat sowie von den sämtlichen brieflichen Bestellungen, woraus hervorgeht, daß etwa 3 500 000 Pfund Eisen fest verkauft waren zu einem Durchschnittspreise von 40 Thlr., und daß nach einer Calculation von ihm der Ersterkungspreis  $37\frac{1}{2}$  Thlr. war.

Präs.: Ist er dies?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Ich will den Inhalt desselben mittheilen.

„In Bestellung haben wir noch

350 000	Pfund	Pferdeschienen à 48 Thlr.	. . . =	Thlr.	16 800
200 000	„	„ „ 42 „	. . . =	„	8 400
150 000	„	Roststabeisen à $4\frac{1}{2}$ „	. . . =	„	6 225
700 000	„	Stabeisen à 37 Thlr. Grundpreis.	=	„	25 900
100 000	„	„ „ $37\frac{2}{3}$ Thlr.	. . . =	„	3 766
260 000	„	Grubenschienen à 40 Thlr.	. . . =	„	10 400
60 000	„	„ „ à 38 „	. . . =	„	2 280
170 000	„	Stabeisen à 37 Thlr.	. . . =	„	6 290
500 000	„	„ „ 36 „	. . . =	„	18 000
1 000 000	„	Kleineisen „ 40 „	. . . =	„	40 000
					zu Thlr. 138 000

oder 1000 Pfund à 40 Thlr.

Für diese Produktion haben wir genau an Roheisen aus 1873 und Januar und Februar d. J. von Mathildenhütte

5 250 000 Pfund im Mittelwerthe von 19 Thlr. pro 1000 Pfund.

Aus diesem theuren Roheisen kommt das Stabeisen =  $37\frac{3}{4}$  Thlr.

wogegen

das daneben aus Schrott fabricirte = 30 Thlr.

kommt, so daß wir immerhin mit gutem Nutzen arbeiten und dabei voll beschäftigt sind.“

Dieser Schein wurde ihnen vorgelegt?



Angekl.: Ja, in der Aufsichtsrathssitzung. Dieser Schein und die Verträge führten schließlich zu dem Beschlusse in der Aufsichtsrathssitzung mit Fehland zusammen, die eingestellten Positionen zu dem buchmäßigen Erwerbspreis bis auf die alten Schienen zu belassen.

Es wurde außerdem von der Commission des Aufsichtsraths der Vorschlag gemacht, man möge doch einen juristischen Sachverständigen über diese Frage hören, ob, wenn wirklich diese Verträge, diese Lieferungsbestellungen, diese Calculationen richtig seien, ob selbst in Anbetracht dessen, daß in Kleinigkeiten ausgedrückt die Preise von Roheisen, Schrott, Spähnen höher gewesen wären als die sogenannten Marktpreise, man die buchmäßigen Erwerbspreise einstellen dürfte, und zwar in Rücksicht auf die in Aussicht stehende Realisirung dieser Werthe. Dann ist zu jener Zeit eine Aufsichtsrathssitzung in der Braunschweigischen Creditanstalt anberaumt gewesen, zu welcher Herr Haessler hereingerufen und ihm diese Fragen vorgelegt wurden; derselbe hat uns darauf geantwortet: Nach den Vorlagen und nach den Andeutungen, die über diese Angelegenheit ihm gemacht seien, hielt er die Einstellung der Erwerbspreise unter Berücksichtigung des §. 19 der Statuten vollständig korrekt, und danach ist die Bilanz so aufgestellt, wie sie hier vorliegt. — Es ist also nicht etwa, wie die Anklage sagt, eine willkürliche Schätzung abgegeben worden oder dergleichen; es sind vielmehr die eingestellten Werthe die buchmäßigen Erwerbspreise, die darin stehen, das ist noch heute aus jedem einzelnen Conto ersichtlich.

Präs.: Wie verhielt es sich damit, wie Sie vorhin bemerkten, daß etwas abgeschrieben sei?

Angekl.: Das betrifft nur den einen Punkt der alten Schienen. Ich muß bemerken, daß die Bilanz, wie sie hier vorliegt, nur ein Auszug aus der Bilanz ist; Sie finden keine Quantitäten und keine Qualitäten angegeben.

Präs.: Wenn der Preis nun um 40% geringer gewesen wäre, als der hier angegebene, würden Sie dann auch diese Buchung, wie sie in der Bilanz sich findet, in Anbetracht der Vorschrift des §. 19 noch für gerechtfertigt halten?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Trotzdem?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Sie glauben also, wenn der Marktpreis bestanden hätte, hätten Sie doch davon absehen müssen und hätten nach Berücksichtigung des §. 19 die Werthe ansetzen müssen, wie sie angesetzt sind; so verstehen Sie den §. 19.

Angekl.: Jawohl. Ich gehe noch viel weiter; es würde aber zu

weit führen, hier das alles zu deduziren. Wenn der §. 19 nicht so lautete, und ich stände einem Geschäft vor, was nur aus Lieferungsgeschäften bestände, so würde ich immer so bilanziren, daß ich den Preis, worauf ich, wenn die Waare am 31. Dezember noch vorhanden ist, meine Lieferungsabschlüsse basirt habe, zu Grunde legen, namentlich wenn ich einer Aktiengesellschaft vorzustehen habe. Wenn ich das nicht thue, schwankt die Sache von einer Seite zur anderen und es ruht eine große Verantwortlichkeit auf der richtigen Bilanzirung. Ich würde selbst, da es die eigenartige Natur eines Walzwerksbetriebes bedingt, in großen Lieferungen einzukaufen und in großen Abschlüssen wieder zu verkaufen, wenn darin der Nutzen zu finden ist und ich denselben nachweisen kann, ohne die Bestimmung des §. 19 der Statuten es für kaufmännisch durchaus richtig halten, daß ich denjenigen Preis einsetze, worauf ich meine Lieferungspreise basirt habe.

Präs.: Sie halten also dafür, daß der Zweck der Bilanzirung ist, ein Bild von dem augenblicklichen Vermögensstand zu geben? Es würde sich also fragen, wie ist das Vermögensbild am richtigsten zu geben? und Sie sind der Meinung, daß das so gemacht werden müsse, wie Sie eben angaben?

Angekl.: Jawohl, dem entgegen, was Herr Meyersfeld gemeint hat, wie in §. 31 des H.-G.-B. vorgeschrieben sei. — Ich möchte wohl wissen, wie der §. 31 für solche Sachen und Abschlüsse in solchen Establishments zu interpretiren ist? Wenn das in der Weise darin stände, dann möchte ich wohl sehen, wo die Vorstände und Directoren mit ihren Aktiengesellschaften blieben und wie es mit der Dividendenvertheilung und der Unterbilanz aussehen würde. Meiner kaufmännischen Auffassung nach, — und diese Meinung veretrete ich, ohne daß der §. 19 mir stützend zur Seite steht, — ist so zu bilanziren, wie es geschehen ist; ich komme sonst nicht zu einer wirklichen Darstellung des Vermögens.

Präs.: Es ist nun später nicht die Bilanz allein, sondern auch die Monitur des Meyersfeld durch Adv.-Anw. Hollandt der Generalversammlung vorgelegt. Waren Sie da zugegen?

Angekl.: Nein, da war ich in Schweden.

Präs.: Sie wissen also nicht, ob gerade diese Monitur selber zur Debatte gestellt ist? aus dem Protokoll geht nichts hervor.

Angekl.: Ich habe gehört, daß darüber sehr heftige Debatten sich erhoben haben. Es wird wohl einer der Herren, die hier sind, die derzeit in der Generalversammlung anwesend gewesen sind, jedenfalls darüber Aufschluß geben können. Es ist diese Angelegenheit, wie sie hier steht, offen und klar von dem Aufsichtsrath auseinandergesetzt, der Generalversammlung vorgelegt, zur Debatte gestellt; Meyersfeld hat sich sehr gründlich an der Debatte betheiligt, er hat gesagt, er habe seine Revisions-

bemerkung auf Anordnung des Herrn Hollandt umändern müssen, wolle aber dieselbe motiviren. Dies hat eine sehr große Debatte hervorgerufen. Schließlich hat man das, was hier steht, für richtig gehalten und der Direction für diese Bilanz Decharge ertheilt. — So habe ich es gehört.

Präs.: Sie sind also der Meinung, daß die Bilanz, so wie sie aufgestellt ist, richtig gewesen ist?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Nicht, wie es hier heißt, thatsächlich falsch?

Angekl.: Nein, die Bilanz enthält nichts Falsches.

Präs.: Die Schlußfolgerungen, die daraus gezogen sind, würden Sie also in Abrede nehmen müssen?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Ich will nur noch in Bezug auf den Kaufmann Stooß eine Frage an Sie richten. Wissen Sie, daß der Stooß einen Credit von 6000 Mark der Gesellschaft gewährt hat und ohne Zahlung geblieben ist?

Angekl.: Jawohl, aber die Summe ist nicht ganz richtig.

Präs.: Wann hat er diesen Credit bewilligt?

Angekl.: Der Kaufmann Stooß oder Firma Stooß & Tag zu Magdeburg hat am 22. oder 24. Oktober 1874 ihre erste Offerte dem Braunschweiger Walzwerk in Schrott und Spähnen und altem Eisen gemacht.

Präs.: Wann? am 22. oder 24. Oktober?

Angekl.: Ich will lieber sagen im Oktober 1874. — Diese ersten brieflichen Offerten haben anfänglich zu keinem Resultat geführt. Herr Stooß, in Vertretung von Stooß & Tag, ist verschiedene Male in Braunschweig auf dem Walzwerke anwesend gewesen; er hat mit Fehland, aber hauptsächlich wohl mit dem zweiten Direktor über den Ankauf von Schrott, Spähnen u. s. w. verhandelt; er hat im November, wenn ich nicht irre, eine, zwei oder drei Wagenladungen geliefert, vielleicht auch etwas im Monat Dezember.

Präs.: Das waren die ersten Lieferungen?

Angekl.: Im November und Dezember sind überhaupt die Lieferungen erfolgt, im Jahre 1875 wohl nichts mehr.

Präs.: Wann ist diese Bilanz publizirt? zunächst ist sie wohl den Mitgliedern mitgetheilt?

Angekl.: Das wird wohl aus dem Geschäftsbericht hervorgehen.

Präs.: Da steht: vorgelegt der Generalversammlung am 28. April 1874. Sie ist dann gleich in den Zeitungen, in den Vereinsblättern publizirt.

Angekl.: Ja, jedenfalls. Es kann sein, daß das früher oder später

geschehen ist. Sie ist von den Revisoren schon am 23. März 1874 unterschrieben.

Präs.: Das ist richtig. Also wann diese Bilanz durch die Zeitungen bekannt geworden ist — ?

Angekl.: Jedenfalls im April 1874.

Präs.: Die Motive, die Ihnen und den übrigen Betheiligten zur Last geschrieben werden, wesswegen Sie eben eine falsche Bilanz aufgestellt resp. gebilligt hätten, sind weniger von Interesse in dem Falle, daß überhaupt von einer falschen Bilanz keine Rede wäre; glauben Sie aber doch, sich darüber erklären zu sollen, — es ist hier gesagt, daß Sie eben die Absicht gehabt hätten, die Auszahlung einer Dividende sowie der dem Angeklagten Fehland als Direktor zugesicherten Tantième möglich zu machen, und hätten deshalb eine möglichst günstige Bilanz aufstellen müssen.

Angekl.: Was den ersten Punkt betrifft, daß die Angeklagten Fehland, Meyer, Koch und ich zu einer falschen Bilanzirung gekommen sein sollen, um die Auszahlung einer Dividende zu ermöglichen und dem Angeklagten Fehland als Director eine Tantième zu verschaffen, darüber kann ich mich eigentlich gar nicht aussprechen, denn ich glaube, daß die Aufsichtsrathsmitglieder Meyer und Koch, derzeit auch v. Voigtländer und meine Wenigkeit wohl so bekannt gewesen sind, daß man dergleichen diesen Personen nicht zumuthen kann. Was meine Person betrifft, so habe ich 1000 Thlr. Walzwerks-Aktien besessen; also um 75 Thlr. zu erlangen, würde ich mich eines Betruges schuldig gemacht haben! Was den Mitangeklagten Fehland betrifft, um dem die Tantième zu verschaffen, so werden Sie ja den Posten von 520 Thlr. 28 Gr. 2 Pf. finden. Dieser Posten findet sich in den Büchern auch detaillirt, das sind Gratifikationen an die Beamten des Werks, die sich besonders verdient gemacht haben um dasselbe. Ich weiß nicht, wie viel jeder hiervon bekommen hat; die ganze Summe, die Fehland bekommen hat, würde sich auf 400 Thlr. beziffern. Um diesem Manne diesen Vortheil zu verschaffen, würde ich meine Hand auch nicht ausgestreckt haben zu solchem Betrüge.

Dann daß wir durch Aufstellung einer falschen Bilanz besonders den Kaufmann Stooß geschädigt hätten, ihn in den Irthum versetzt hätten, daß die Gesellschaft in außerordentlich guten Umständen sich befände? — Der Kaufmann Stooß hat hier und ich glaube auch zu den Akten angegeben, er sei gerade durch diese Bilanz verleitet, dem Werke Credit zu gewähren; — zu jener Zeit, als 1875 die Gläubiger zusammentraten und Herrn Stooß als Bücherrevisor wählten, da hat Herr Stooß selbst gesagt, — es ist ja allerdings richtig, und der Mann ist zu beklagen, es ist das einzige Geschäft gewesen, was er überhaupt mit dem Walzwerk gemacht

hat, er hat bis jetzt keinen Pfennig dafür bekommen — da hat der Mann uns erklärt, er habe kurz vorher, ehe er das Geschäft mit dem Walzwerk gemacht habe, sich in Braunschweig erkundigt, ich weiß nicht, ob bei einem Bankinstitut oder einer Geschäftsfirma, und habe eine gute Auskunft über das Werk bekommen; darauf hin habe er dieses Geschäft mit dem Walzwerk gemacht, und das ist auch von einem Geschäftsmann, der sonst routinirt ist, die erklärlichere und vernünftigere Auffassung als diejenige, die hier in den Akten steht.

Präs.: Hat noch jemand diese Aeußerung gehört?

Angekl.: Ich glaube, diejenigen Herren, die in der Gläubigerversammlung waren, das kann ich aber heute nicht mehr behaupten. — Es liegt auf der Hand, wenn es sich um ein Werk oder eine Branche handelt, die so kolossal in der absteigenden Conjunction sich befanden, wie die Eisenbranche im Jahre 1874 gegen 1873, da ist wohl anzunehmen, daß ein Mann wie Stooß, der sich so außerordentlich gewandt in seinem Exposé über die Bilanz und die ganze Geschichte ausspricht, über die 40 bis 50 % zu hohen Marktpreise, der alle Gesetze kennt aus dem Grunde — da ist wohl anzunehmen, er hätte die sinkende Conjunction mit bedacht und wäre nach Braunschweig gegangen und hätte sich entweder mündlich oder brieflich erkundigt: wie steht es mit dem Walzwerk, kann man demselben wohl Credit geben?

Präs.: Also zu der Zeit waren die Eisenpreise schon heruntergegangen?

Angekl.: Bis zu Ende 1874 gewiß.

Präs.: Sie haben vorher gesagt, im Oktober habe Stooß die Offerte gemacht.

Angekl.: Zu der Zeit waren die Preise schon bedeutend gesunken. — Es ist diese Auffassung des Stooß auch wieder ganz natürlich gedacht; der Mann ist geschädigter Gläubiger, der Mann hat zu seinem Gelde kommen wollen, der Mann würde ja unfehlbar, wenn hier gegen den Aufsichtsrath ungünstig erkannt würde, jedenfalls Civilanspruch erheben können gegen die Aufsichtsrathsmitglieder, um zu seinem Gelde zu kommen. Er hat sich gesagt, dies liegt mir am nächsten. Er hat den Skandal des Aufsichtsrathsgraulens und Gründergraulens mitgemacht. Das ist meiner Ansicht nach das einzige Motiv gewesen, daß der Mann heute zu den Akten sagt: „ich habe auf Grund dieser Bilanz dem Werke Credit gegeben,“ während kein vernünftiger Kaufmann sich darauf einlassen wird, denn zwischen der Bilanz-Veröffentlichung und seiner ersten Lieferung liegt eine Zeit von beinahe  $\frac{3}{4}$  Jahr, und was kann in einem Geschäft in  $\frac{3}{4}$  Jahr alles vorkommen und geschehen?

Das sollen die Motive gewesen sein — ich muß um Entschuldigung bitten, wenn ich etwas erregt mich ausdrücke — die uns unterstellt werden, die uns getrieben haben sollen, eine falsche Bilanz zu machen!!

Staatsanw.: Ich möchte mir eine Frage erlauben, ob ich recht verstanden habe. Dann würden Sie also in Rücksicht auf die bestehenden Verträge die Preise für Materialien in der Weise berechnet haben, daß Sie den Preis, den Sie in Ihrem Contrakte erzielt hatten, zu Grunde legten, davon die Verarbeitungskosten abzogen, und das Uebrige würde der Werth der Materialien gewesen sein? Also wenn Sie z. B. zu 40 Thlr. verkauft haben würden, und die Verarbeitungskosten von vielleicht 20 Thlr. abgesetzt, so würden also die übrigen 20 Thlr. als Werth der Materialien anzusehen sein?

Angekl.: Wir können uns viel einfacher verständigen, wenn wir das, was in dem Geschäftsbericht gesagt ist, beibehalten, in welchem uns eine Kalkulation vorlag und ein Herstellungspreis, der auf jene Inventurwerthe basirte. Ich will sagen, das Roheisen kostet durchschnittlich  $19\frac{3}{4}$  Thlr.; demnach waren diese Werthe mit  $19\frac{3}{4}$  Thlr. eingestellt, die  $37\frac{1}{2}$  Thlr. nachher fertig kosten, und es ergiebt sich für 1874 ein Nutzen von  $2\frac{1}{2}$  Thlr. per. Ctr. fertiges Eisen bei einem festen Verkaufspreise von 40 Thlr.

Staatsanw.: Sie haben immer die Arbeitskosten in Berücksichtigung zu ziehen.

Angekl.: Das liegt alles darin.

Staatsanw.: Wenn ich nicht irre, sind die Materialien, die von der Gesellschaft beim Ankauf übernommen wurden, von Herrn Salomon zusammen mit Herrn Koch abgeschätzt worden.

Angekl.: Es ist die Inventur aufgenommen, aber abgeschätzt ist es nicht von uns.

Staatsanw.: Ich wollte nur wissen, ob Sie zu diesem Zweck längere Zeit sich aufgehalten haben oder ob es an einem Tage abgemacht ist?

Angekl.: Nein, das glaube ich nicht; es können wohl zwei Tage gewesen sein.

Staatsanw.: Bei den Papieren des Aufsichtsraths befindet sich ein Protokoll, worin darüber referirt wird. Daraus wird sich ergeben, wie lange die Sache gedauert hat.

Präsj.: Das Original ist nicht da, nur eine Abschrift.

Gegenwärtig:

die Herren Directoren

**Wittekop und Fehland**

und

die Unterzeichneten:

**Fr. Koch und Carl Salomon.**

Geschehen

auf dem Grundstücke des Braunschweiger Walzwerks

am 31. October 1872.

Im Auftrage des Aufsichtsrathes des Braunschweiger Walzwerks hatten sich die Unterzeichneten hier eingefunden, um die von Herrn Fehland nach anliegendem Verzeichnisse inventirten Vorräthe des Etablissements für die Gesellschaft Braunschweiger Walzwerk zu übernehmen.

Die Vorräthe an Roheisen und Schrotten, Spähnen 2c. sind, wie die Berechnung dieses Postens im anliegenden Verzeichnisse ergibt, in der Weise ermittelt, daß der Eingang an diesen Rohmaterialien vom 1. April bis 1. October c. durch Ausweis der Bücher addirt, dann der Verkauf in der Zeit, bis zum 1. October davon abgesetzt ist, wobei  $12\frac{1}{2}\%$  Verlust bei Fabrication aus dem Roheisen und  $20\%$  Verlust bei Fabrication aus den Schrott und Spähnen zu Gute gerechnet wurden, obgleich der Verlust in Wirklichkeit nach Ausweis der Bücher mehrere Procente geringer war.

Die Abladefosten sind dagegen hinzugeschrieben.

Wir haben uns, in Begleitung der Herren Directoren, davon durch Augenscheinnahme überzeugt, daß den in dem Verzeichnisse aufgeführten Quanten entsprechend Vorräthe dieses Postens vorhanden sind.

Die ausgeworfenen Preise sind die durch die Bücher nachgewiesenen Selbstkostenpreise; die Berechnung ist von uns sofort revidirt und stellen wir den zu übernehmenden Posten für Roheisen hiermit auf 11 034 Thlr. 16 Gr. fest.

Schrott und Spähne sind in gleicher Weise mit 6391 Thlr. 20 Gr. 5 Pf. festgestellt.

Bei Luppen und Platinen ist durch die letzte Bilanz ein Selbstkostenpreis von 22 Thlr. 27 Gr. 6 Pf. für 1000 Thlr. ermittelt und angenommen; die Vorräthe dieses Postens sind aufgewogen und werden als richtig von uns anerkannt im Werthe von 3500 Thlr. 4 Gr.

Die Vorräthe an Stabeisen sind gleichfalls aufgewogen, werden ebenfalls anerkannt und ist der Werth derselben hiermit festgestellt zu: 3785 Thlr. 4 Gr. 5 Pf.

Coaks und Kohlen sind durch Aufmessung festgestellt im Betrage von 3870 Thlr. 25 Gr.

Kleine Materialien sind zu dem Werthe von 147 Thlr. 20 Gr. 6 Pf. festgestellt.

Nach Prüfung und Einsicht der Bücher ist ferner der Werth der alten Walzwerksanlage zu 109 723 Thlr. 22 Gr. 10 Pf. und der Werth des Neubaus bis 30. September mit 3607 Thlr. 8 Gr. 2 Pf. festgestellt.

Außer den obigen hier aufgeführten Vorräthen und Materialien überreichte Herr Fehland noch ein Verzeichniß von Betriebsutensilien und Reservetheilen im Betrage von 2076 Thlr. 11 Gr. 2 Pf., dessen Feststellung den Unterzeichneten zweifelhaft erschien und geben wir denjenigen Mitgliedern des Aufsichtsrathes, welche bei den Verhandlungen über den Abschluß des Vertrages anwesend gewesen sind, anheim, darüber zu entscheiden, ob diese Betriebsutensilien und Reservetheile, als Vorräthe zu inventiren oder als Theile der zum Stablissementsbetrieb gehörenden Maschinentheile und als Betriebsutensilien, welche in der Gesammtkaufsumme begriffen sind, zu behandeln waren. Von dem Vorhandensein dieser in dem Verzeichnisse aufgeführten Stücke, haben wir uns überzeugt.

Schließlich unterlassen wir nicht, hiermit dem Aufsichtsrath zu empfehlen, wegen Erwerbung des Nachbargrundstückes zur Erweiterung des Fabrik-Geschäft-Gehöfes des Braunschweiger Walzwerks mit dem Vorstande der chemischen Fabrik Oster und Braunschweig in recht baldige Verhandlung zu treten, da wir uns davon überzeugt haben, daß der Besitz des Nachbargrundstückes schon jetzt eine Nothwendigkeit für den vortheilhaften Betrieb des Walzwerks ausmacht.

gez. Hr. Koch. Carl Salomon.

Staatsanw.: Dann würde am 30. oder 31. die Genehmigung erfolgt sein.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, zu konstatiren, daß nach dem Geschäftsbericht für 1874 die Fabrikationskosten sich nicht auf 37 $\frac{1}{2}$ , sondern



auf 47 Thlr. belaufen haben und daß später in dem Bericht von 1875 konstatirt wird, daß durch die Fabrikation sich ungeheure Verluste herausgestellt haben, indem die Fabrikation sich als mangelhaft erwiesen hat. Ich würde also bitten, zu konstatiren, daß der Betrieb und die Fabrikation sich ungleich theurer herausgestellt haben, als vorher kalkulirt worden ist.

Präs.: Es hat sich allerdings nachher nicht ganz so herausgestellt, wie vorher kalkulirt war. Wen glauben Sie, daß die Verantwortung treffen würde?

Angekl.: Es ist ja nicht möglich, daß alle Aufsichtsrathsmitglieder technische Kenntnisse haben sollten. Und wenn es wäre, so würde es ihnen auch nichts helfen können; denn dazu ist nöthig, daß sie jeden Tag an Ort und Stelle sich befinden, daß sie sich vom Betriebe des ganzen Werkes überzeugen, daß sie sehen, daß nicht zu viel Kohlen verbraucht werden u. s. w. Das ist ganz unmöglich. Ich habe der Eisenbranche so fern gestanden, daß, wie ich zum ersten Mal diese technischen Ausdrücke gehört habe, mir solche böhmische Dörfer gewesen sind. Wir sind jetzt diese technischen Ausdrücke auch geläufig, aber auch heute verstehe ich von einer Kalkulation noch gar nichts, und glaube, daß es schwierig sein wird, Leute zu finden, die die Sache beurtheilen können. Das ist nicht in dieser Branche allein, auch in großen Zuckerraffinerien haben Sie im Aufsichtsrathe Leute, die nur im Vertrauen auf ehrliche und rechtschaffene Leitung und Richtigkeit der Kalkulation ihre Zustimmung zu den Beschlüssen geben. Aber Niemand wird einem Aufsichtsrathsmitglied das Verlangen stellen, du sollst wissen, ob das richtig ist oder nicht.

Präs.: Sie meinen also, in dieser Beziehung hätte lediglich Fehland das wissen müssen.

Angekl.: Jawohl, darauf mußten wir uns vollständig verlassen können; wir haben Fehland für einen rechtlichen und ehrlichen Mann gehalten, 1873 haben wir überhaupt noch keine Gelegenheit gehabt, zu sagen, der Betrieb geht schlecht, oder es ist eine lothdrige, schlechte Wirthschaft.

Präs.: Ist der feste Verkauf, der in dem Bericht vorausgesetzt wurde, wirklich zum Vollzuge gekommen?

Angekl.: Nein, die kaufmännischen Sachverständigen werden ein etwas geringeres Quantum angegeben haben; das hat auch wieder seine völlige Berechtigung dadurch, daß verschiedene Lieferungsgeschäfte vollständig ausgefallen sind; einmal deshalb, weil man frühzeitig Kunde bekommen hat, daß die Kontrahenten nicht mehr ganz solvent waren, und anderntheils ist aus anderen Gründen davon Abstand genommen, sie auszuführen. Ich erinnere mich z. B. einer Sache, daß die Frachten sich geändert hatten und zu hoch befunden waren; da ist das Geschäft nicht zur Ausführung ge-

kommen. Aber das, was an Abschlüssen und festen Verkäufen vorgelegen hat, ist viel größer gewesen, als Fehland damals angegeben hat; derselbe scheint auch viel niedrigere Preise angegeben zu haben, als wie sich nachher herausgestellt haben. Aber das hatten wir gar nicht zu beurtheilen. Das Werk war groß. Ich kann nur das noch sagen: es ist vielfach das Braunschweigische Walzwerk insofern falsch beredet, es hätte so große Abschlüsse nicht machen können. Sie können dagegen aus den Büchern sich überzeugen, daß in den Monaten Februar, März, April über eine Million Pfund pro Monat nicht allein verkauft, sondern wirklich fertiges Eisen versendet worden ist.

Präs.: Das ist doch nicht ganz so viel, wie versprochen worden sein soll, etwa 20 Millionen.

Angekl.: Das Werk sollte ja auch erst erweitert werden.

Vernehmung des Angeklagten Theodor Heinrich Meyer  
aus Braunschweig, 44 Jahre alt.

Präs.: Sie sind Agent in Braunschweig?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Und haben die Gründung mit zu Stande gebracht, um die es sich hier handelt. Wollen Sie uns mittheilen, wie Sie dazu kamen.

Angekl.: Ich war langjähriger Freund von Fehland, und habe mit ihm mich über sein Geschäft unterhalten. Da theilte er mir mit, daß er wohl Lust habe, es zu verkaufen, wenn er einen guten Nutzen dabei hätte. Das machte sich, das Geschäft war lukrativ. Es wäre ihm ein Angebot von Chemnitz gemacht, er meinte aber, daß es besser wäre, wenn es sich hier machen ließe. Außerdem sei die Creditanstalt sein Bankinstitut, mit diesem wäre es ihm am angenehmsten; und so hat es sich gemacht.

Präs.: Sprach er gleich von einer bestimmten Forderung?

Angekl.: Nein, aber er meinte, er werde sein Werk nur verkaufen, wenn er einen bedeutenden Nutzen dabei fände.

Präs.: Hat er Ihnen mitgetheilt, wie hoch das Werk sich im Preise stellte, zu Buche stand?

Angekl.: Das hat er mir mitgetheilt, die Zahl kann ich nicht genau angeben.

Präs.: Es wurde gesagt, 110 000 Thlr.

Angekl.: Das mag richtig sein.

Präs.: Dann haben Sie sich zunächst an die Creditanstalt gewendet?

Angekl.: Nun, ich habe mit verschiedenen Herren darüber gesprochen; aber zunächst mit der Creditanstalt.

Präs.: Wollen Sie uns Namen nennen?

Angekl.: Ich habe mit Mendē gesprochen, mit Herrn Wolff nicht, aber mit Herrn Kunde.

Präs.: Haben die Sie bei Ihren Schritten unterstützt?

Angekl.: O ja, namentlich Herr Mendē, der über das ganze Werk uns Auskunft erteilt hat.

Präs.: Hat er Ihnen auch Theilnehmer zu verschaffen gesucht?

Angekl.: Ja, den Mitangeklagten Salomon. Das hat sich aber erst nachher gemacht.

Präs.: Nun sind noch verschiedene Auswärtige, die doch auch durch einen von Ihnen Mittheilung erhalten haben müssen, z. B. der Mitangeklagte Koch?

Angekl.: Die Herren haben durch mich keine Nachricht erhalten.

Präs.: Haben Sie mit den Herren vor der Constituirung gesprochen?

Angekl.: Sowohl, wir haben im Allgemeinen wohl darüber gesprochen.

Präs.: Aber Sie haben eigentlich die Verhandlungen zwischen der Creditanstalt und Fehland vermittelt?

Angekl.: Ja, d. h. theilweise; theilweise hat Fehland sie auch selbst geführt.

Präs.: Mit wem?

Angekl.: Mit Herrn Benndorf hauptsächlich.

Präs.: Aber Sie wußten immer, wie die Sache lag, welche Bedingungen gestellt wurden. Wann wurden Sie handelseinig?

Angekl.: Die genauen Daten kann ich nicht angeben; ungefähr im Monat Oktober.

Präs.: Wann ist der erste Gedanke aufgetommen?

Angekl.: Ein paar Monate vorher; dann hat es wieder geschlummert. Den eigentlichen Abschluß hat Fehland selbst gemacht.

Präs.: Da waren Sie nicht dabei?

Angekl.: Nein; er hat die Bedingungen angegeben, unter welchen es gemacht ist.

Präs.: Unter den Bedingungen befand sich auch die Provision von 55 000 Thlr., welche er an die Gründer zurückgeben sollte; davon sollten Sie 5000 vormweg haben.

Angekl.: Ja, wenn er seinen Nutzen bekäme.

Präs.: Das differirt mit den übrigen Aussagen. Die 5000 Thlr. sollten von den 75 000 Thlr. auch abgezogen werden; aber außerdem sollten Sie noch von den 55 000 Thlr. 5000 haben.

Angekl.: Ja, das ist richtig; bekommen habe ich aber faktisch nichts.

Präs.: Das ist eine andere Frage. Die eigentliche Gründerprovision

sollten die 50 000 sein; während die anderen 5000 für Ihre Vermittelung sein sollten.

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Waren Sie außerdem der Meinung, daß Sie auch von den 50 000 Thlrn. Ihren Provisionsantheil zu verlangen hätten bezüglich der von Ihnen unterzeichneten Summe?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Nun sagen Sie, Sie hätten faktisch nichts bekommen. Sind Ihnen die 40% nicht gut geschrieben?

Angekl.: Ich habe mich mit 5000 Thlr. bei der Zeichnung betheiligt; das Rechnungsverhältniß kenne ich nicht mehr so genau, darüber kann Herr Benndorf Auskunft geben.

Präs.: Sie müssen doch wissen, was Sie bekommen haben.

Angekl.: Ich habe 5000 Thlr. gezeichnet, habe die Aktien bekommen und die Einzahlungen darauf aus meiner Tasche geleistet.

Präs.: Außerdem hatten Sie Anspruch auf 5000 Thlr. Provision direkt, 5000 Thlr. für die Vermittelung und dann noch Ihren Antheil pro rata an den 50 000 Thlrn. Haben Sie das bekommen?

Angekl.: Nein.

Präs.: Auch nicht das Geld dafür.

Angekl.: Bewahre!

Präs.: Es sind doch 40% darauf eingezahlt.

Angekl.: Was ich gezeichnet, darauf habe ich eingezahlt; Provision ist ja überhaupt nicht zur Vertheilung gekommen.

Präs.: Durch die Zurückzahlung?

Angekl.: Auf die von mir gezeichneten Aktien, ja.

Präs.: Nun eben, es sind diese Aktien mit verkauft.

Angekl.: Theilweise.

Präs.: Wie viel haben Sie noch jetzt?

Angekl.: 2000 Thlr.

Präs.: Und die 5000 Thlr.?

Angekl.: Davon habe ich nichts gesehen.

Präs.: Die werden Ihnen aber doch gut geschrieben sein?

Angekl.: Sie sind mir nicht gut geschrieben, ich habe sie nicht bekommen. Herr Benndorf wird das Rechnungsverhältniß angeben können.

Präs.: Ja, die Aktien sind auch zurückbehalten in der Creditanstalt, das ist richtig; aber nachher ist die Abrechnung erfolgt und nach derselben mußten Ihnen doch die 40% zurückbezahlt sein?

Angekl.: Nein, das ist nicht geschehen.

Präs.: Haben Sie denn ohne Weiteres dazu still geschwiegen?

Angekl.: Ja, als das Geschäft so schlecht ging.

Präs.: Angeklagter Benndorf, wollen Sie sich darüber erklären.

Angekl. Benndorf: Ich glaube, die Ausführung ist wohl im Ganzen richtig. Ich weiß, daß das Resultat war, daß Meyer nicht nur keine Provision bekommen, sondern noch etwas zugezahlt hat.

Präs.: Wofür denn?

Angekl. Benndorf: Das ist so gekommen. Nach meiner Berechnung sind diese von ihm gezeichneten 5000 Thlr. Aktien dieselben, die er als Provision bekommen sollte. Die Absicht wird, wenn ich nicht sehr irre, die gewesen sein; er ist als Zeichner aufgetreten, um in den Aufsichtsrath gewählt werden zu können, und die Einzahlung auf diese 5000 Thlr. hat ihm von Fehland wieder ersetzt werden sollen. Nun ist die erste Einzahlung von 40% erfolgt. Meyer hat dann 3000 Thlr. Aktien verkauft, also 1200 Thlr. dafür bekommen, er hat aber seine 2000 Thlr. Aktien voll zahlen müssen, die nachher werthlos waren, und hat also 800 Thlr. Schaden leiden müssen.

Präs.: Sind Sie gegenwärtig gewesen, als der Kaufvertrag aufgenommen wurde?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Sie wurden in den Aufsichtsrath mit gewählt und haben als solcher den Kaufvertrag mit abgeschlossen?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Sie sind auch im Aufsichtsrath Mitglied gewesen bis zur Liquidation des Geschäfts. Haben Sie allen Sitzungen regelmäßig beigewohnt?

Angekl.: Allen nicht; ich bin durch Krankheit zuweilen verhindert gewesen, aber sonst da gewesen.

Präs.: Als der Verkauf dieser Aktien, namentlich der Provisionsaktien beschlossen wurde, haben Sie sich da an der Herstellung des Prospektes betheiligt?

Angekl.: Nein.

Präs.: Sind Sie gefragt worden, ob Sie einwilligten, als Ihre Aktien öffentlich verkauft werden sollten?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Ob schriftlich oder mündlich, oder von wem?

Angekl.: Das weiß ich nicht.

Präs.: Sie mußten einige Ihrer Aktien zurückbehalten, sonst konnten Sie nicht Mitglied des Aufsichtsraths sein.

Angekl.: Ja.

Präs.: Wer Sie gefragt hat?

Angekl.: Das weiß ich nicht.

Präs.: Jedenfalls haben Sie eingewilligt, daß sie öffentlich verkauft werden sollten?

Angekl.: Ja.

Präs.: Wissen Sie, wer den Prospekt ausgearbeitet hat?

Angekl.: Herr Haessler.

Präs.: In welcher Eigenschaft?

Angekl.: Als Consulent der Creditanstalt.

Präs.: Haben sie den Prospekt gesehen, ehe er gedruckt war?

Angekl.: Ich glaube nicht.

Präs.: Das sind alles so unbestimmte Ausdrücke; können Sie es nicht bestimmt sagen?

Angekl.: Nein, Herr Präsident, das ist beim besten Willen nicht mehr möglich.

Präs.: Wissen Sie nicht, ob namentlich darüber gesprochen worden ist, daß der Passus in den Prospekt aufgenommen werden soll: einschließ-  
lich Provision?

Angekl.: Jawohl, davon ist die Rede gewesen.

Präs.: Wer sprach diese Forderung aus?

Angekl.: Das ist auf der Creditanstalt wohl gewesen.

Präs.: Die Sitzungen waren wohl zuweilen auf der Creditanstalt?

Angekl.: Jawohl, meistens.

Präs.: Und Sie haben bei dieser Gelegenheit die Mitglieder auf der Creditanstalt gesehen und gesprochen, namentlich die beiden Mitangeklagten?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Haben Sie den Prospekt in dieser Beziehung für richtig gehalten, obgleich Ihnen genau die Vorgänge bekannt waren, die bei dem Ankauf des Fehland'schen Grundstücks vorgekommen sind, namentlich da von den 195 000 Thlr. eigentlich nur 140 000 Thlr. dem Verkäufer zu Gute kommen sollten, und 55 000 Thlr. den Personen, aus denen die Gesellschaft derzeit bestand?

Angekl.: Jawohl, das war mir bekannt.

Präs.: Trotzdem glaubten Sie, daß der Prospekt zu keinen Bedenken Veranlassung gebe?

Angekl.: Nein.

Präs.: Wollen Sie das motiviren?

Angekl.: Ich hielt den Prospekt allerdings für richtig, wenn darin stand, „einschließlich Provision“; man macht ein Geschäft doch nicht ohne Nutzen.

Präs.: Glaubten Sie, daß man das ohne Weiteres verstehen könne,

daß in dieser Summe von 195 000 Thlr. eine Provision von solchem Betrage enthalten sei?

Angekl.: Den bestimmten Betrag, nein; aber daß ein Nutzen darauf liegt, muß sich jeder einzelne Käufer selbst sagen.

Präs.: Was für einen Zweck mag die Angabe des Preises in dem Prospekt gehabt haben.

Angekl.: Um überhaupt zu sagen, das und das ist das Capital, was hineingesteckt werden muß.

Präs.: Dann brauchte ja nur die Summe von 300 000 Thlr. genannt zu werden; die Bezeichnung des Kaufpreises mit 195 000 Thlr. muß doch auch einen Zweck gehabt haben.

Angekl.: Die 300 000 Thlr. betrafen auch die Erweiterung des Werks; bei den 195 000 Thlr. kam nicht nur der Werth des Grundstücks und der Fabrik, sondern auch die Fertigkeit des Werkes in Betracht, der Spekulationswerth.

Präs.: Es wird behauptet, Sie wie alle anderen hätten wissen müssen, daß diese Bezeichnung unrichtig sei, nicht den wahren Kaufpreis angebe.

Angekl.: Ich halte die Bezeichnung für vollständig richtig; man braucht doch Niemanden zu sagen, wie viel man verdient.

Präs.: Nun kommt aber die Frage besonders bei Aufstellung der Bilanz in Betracht, da hätten Sie allerdings die Wahrheit sagen müssen, wenn sie anders lag. Die Bilanz soll durchaus der Wahrheit entsprechen. Sie sind Mitglied des Aufsichtsraths gewesen, sind also auch mitverantwortlich für die Richtigkeit der Bilanz. Waren Sie auch Mitglied der aus dem Aufsichtsrath gewählten Commission zur Prüfung der ersten Bilanz?

Angekl.: Ich glaube, ja.

Präs.: Das werden Sie doch genau sagen können.

Angekl.: Es geht doch aus den Protokollen hervor.

Präs.: Nein, die sind sehr mangelhaft.

Angekl.: Ich bin mit draußen gewesen, aber bestimmt behaupten kann ich es nicht mehr.

Präs.: Jedenfalls ist Ihnen aber Kenntniß von dem Inhalt der Bilanz geworden, bevor dieselbe der Generalversammlung vorgelegt wurde. Wenn also diese Angabe in der Bilanz enthalten war, so würden Sie sie mit zu vertreten haben.

Angekl.: Nach meiner Ansicht war keine falsche Mittheilung darin enthalten.

Präs.: Es heißt hier, es wäre in der Bilanz der Werth des Grundstücks auf 195 000 Thlr. angegeben. Es wird nun in der Anlage behauptet, das wäre falsch, es hätte nur die Summe von 140 000 Thlr.

genannt werden dürfen, weil die Summe von 55 000 Thlr. nicht als Kaufpreis, sondern als Provision angegeben wäre. Was halten Sie davon?

Angekl.: Bei der Aufstellung dieser Bilanz bin ich nicht zugegen gewesen, aber daß die Provision mit eingetragen werden muß, ist doch ganz natürlich, wie soll sie sonst gebucht werden?

Präs.: Sie werden nachher von einem Zeugen, der schon vereidigt ist, hören, daß derselbe Sie als Mitglied namentlich bezeichnet und zwar mit dem Hinweis darauf, Sie hätten in Bezug auf die Bilanz gesagt: man muß nicht gleich alles unterschreiben.

Angekl.: Danach werde ich wohl da gewesen sein. Aber daß ich gesagt haben soll: man muß nicht gleich alles unterschreiben, das glaube ich nicht.

Präs.: Ich wollte Sie nur darauf hinweisen, daß man vorsichtig mit seinen Äußerungen sein soll.

Angekl.: Aber, Herr Präsident, das kann man nicht mehr alles wissen, das ist so und so lange her.

Präs.: Aber so und so lange ist die Sache verhandelt worden.

Wie steht es nun mit der zweiten Position in der Bilanz, die als falsch bezeichnet wird, Position 5 a, b, c der Aktiva, von denen behauptet wird, daß sie mit einem um circa 40% höheren Werth als die damaligen Marktpreise eingestellt sind.

Angekl.: Da kann ich nur bestätigen, was Herr Salomon eben gesagt hat. Er hat sich eingehend damit beschäftigt, und ich kann das nur bestätigen.

Präs.: Sie sind also auch der Meinung, daß die Materialien nicht zu einem niedrigeren Werth gegeben zu werden brauchten, als sie damals bei Aufstellung der Bilanz wirklich für die Gesellschaft hatten. Der Mitangeklagte Salomon behauptet noch weiter, es habe Marktpreise für Eisen gar nicht gegeben.

Angekl.: Das ist auch richtig.

Präs.: Es werden noch Sachverständige kommen, die das behaupten. — Sie sind also der Meinung, es hat keine Marktpreise gegeben und bestreiten die Angabe der Anklage, daß dieser Werth falsch angegeben wäre.

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Betheiligt haben Sie sich an der Bilanz insofern, als Sie dabei gegenwärtig gewesen sind.

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Unterschrieben haben Sie sie aber nicht; aus welchem Grunde?

Angekl.: Das weiß ich nicht.



Präf.: Das thut ja auch nichts zur Sache. Der Zeuge sagte es so aus.

Angekl.: Ich habe gerade aus Veranlassung des Herrn Person eine Bilanz, ich glaube im Hauptbuche, unterschrieben.

Präf.: Späterhin vielleicht; diese haben Sie nicht unterschrieben, die ist nur von Voigtländer unterschrieben. Sie sind in der Generalversammlung gegenwärtig gewesen, in der die Bilanz vorgelegt ist, am 28. April 1874.

Angekl. Jawohl.

Präf.: Ist es richtig, daß da die Monitur des Herrn Meyersfeld bekannt gemacht ist.

Angekl.: Jawohl, Meyersfeld und Hollandt haben sich darüber unterhalten und Direktor Koch hat in der Versammlung darüber gesprochen.

Präf.: Also es ist nur eine beiläufige Unterhaltung darüber gewesen; oder ist darüber förmlich diskutiert?

Angekl.: Es ist zu einer ziemlich heftigen Debatte zwischen Meyersfeld, Fehland und Hollandt gekommen.

Präf.: Sind die Grundsätze auseinandergesetzt, wonach die Bilanz aufgestellt ist?

Angekl.: Ich glaube, Herr Koch hat dem Meyersfeld klar gemacht, daß so, wie es gemacht ist, es richtig gewesen ist.

Vernehmung des Angeklagten Hüttendirector Ferdinand Koch zu Carlshütte, 44 Jahre alt.

Präf.: Sie haben durch den Mitangeklagten Wolff die Summe von 10 000 Thlr. zunächst gezeichnet. Wie kam er dazu? Hatte er vorher von Ihnen den Auftrag?

Angekl.: Es ist wohl vorher bei meiner Anwesenheit in Braunschweig die Rede davon gewesen, daß man daran dachte, das Werk zu kaufen; er hat geglaubt, daß ich mich daran betheiligen würde; einen positiven Auftrag hatte er nicht.

Präf.: War überhaupt von Modificationen und Bedingungen die Rede, unter denen das Werk erworben werden sollte und die Gesellschaft zu eröffnen wäre?

Angekl.: Ich glaube, es war in der Zeit, wie die hohe Offerte von Fehland vorlag und die abgelehnt wurde, da sagte ich, wenn er auf einen mäßigen Preis herunter geht, werde ich bereit sein, mich auch zu betheiligen.

Präs.: Hat der Angeklagte Wolff mit Ihnen darüber geredet, oder auch andere?

Angekl.: Es kann sein, aber nicht in der letzten Zeit, sondern früher schon bei einer zufälligen Anwesenheit in Braunschweig.

Präs.: Ist das öfter gewesen, daß er für Sie die Bethheiligung an einem Unternehmen besorgte?

Angekl.: Nein, dies war das einzige Mal.

Präs.: Dann konnte er es doch nicht thun.

Angekl.: Ich werde ihn beauftragt, auch die Summe genannt haben.

Präs.: Sind Sie sofort benachrichtigt worden?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Zugleich auch davon, daß Sie in den Aufsichtsrath gewählt seien.

Angekl.: Das habe ich auch vernommen.

Präs.: Sie selbst sind Sachverständiger in diesem Fache?

Angekl.: Nein, ich habe in meinem ganzen Leben mich niemals damit specieller beschäftigt.

Präs.: Sie waren aber im Eisensache?

Angekl.: Ja früher, vielleicht vor 20 bis 25 Jahren. Seitdem ist das aber ein solcher Spezialbetrieb geworden, daß es vermessend sein würde, wenn ich mich als Sachverständiger hinstellen würde.

Präs.: Aber gerade wegen dieser Ihrer Kenntniß hat man Sie jedenfalls in den Aufsichtsrath gewählt?

Angekl.: Das mag sein.

Präs.: Sind Sie bei der Aufnahme des Vertrags auch nicht gegenwärtig gewesen?

Angekl.: Nein.

Präs.: Sind Sie nachher an dem Tage dagewesen, als Salomon in den Aufsichtsrath eintrat?

Angekl.: Jawohl, als das Protokoll unterschrieben wurde, v. Voigtländer Vorsitzender war und die Constituierung erfolgte. Ich glaube, es war am 30. oder 31. Oktober.

Präs.: Am 30. Oktober 1872. — Wurde Ihnen der Inhalt der Verhandlungen über den Ankauf, soweit er nicht speziell aus dem Kaufvertrag selber ersichtlich war, also bezüglich der Provision namentlich und über die Frage, wie sie nachher realisirt werden sollte, damals näher bekannt?

Angekl.: Nein, aber ich habe gewußt, daß solche Geschäfte ohne Provision nicht gemacht würden, aber die Höhe derselben habe ich nicht

gekannt; bei den Verhandlungen ist davon keine Rede gewesen. Die Höhe hat mich nicht interessirt.

Präs.: Es scheint doch, als wenn im Allgemeinen die Provisionen in derartigen Geschäften nicht ganz unwichtig wären. 50 000 Thlr. ist doch ein Gegenstand. — Wann ist Ihnen bekannt geworden, wie hoch sie sein würde?

Angekl.: Das kann ich wirklich nicht genau sagen. Ich habe nachher eine Abrechnung bekommen, ich weiß aber nicht, ob ich's vorher schon erfahren habe, wo mir 400 bis 500 Thlr. bei der Creditanstalt gut geschrieben sind.

Präs.: Also bis dahin wußten Sie nicht, wie hoch die Provision berechnet war?

Angekl.: Ich kann es nicht sagen.

Präs.: Haben Sie sich nun bei dem Verkauf der Aktien durch die Creditanstalt betheiligt, und in welcher Weise?

Angekl.: Ich weiß nicht, ob schriftlich oder mündlich, ich bin aber einmal gefragt worden, ob ich geneigt wäre, etwas von meinen Aktien wegzugeben, und ich glaube, gesagt zu haben, 6000 Thlr. will ich weggeben und 4000 Thlr. fest behalten. Das war aber erst nachher, nachdem die Aktien aufgelegt sind, da sind 6000 Thlr. für mich verkauft; ich habe nachher 5000 Thlr. zu demselben Betrage wieder gekauft.

Präs.: Es wird gesagt, daß sämmtlichen Zeichnern vorher Mittheilung gemacht wäre. — Haben Sie mit der Aufstellung des Prospectes etwas zu thun gehabt?

Angekl.: Derselbe ist mir durchaus unbekannt gewesen; ich habe ihn erst gelesen, nachdem er acht Tage bekannt war, obgleich die Anklage mir das nicht glauben will. Die Anklage sagt: der Herr muß den Prospect vorher gelesen haben. Ich kann nur erklären, daß das thatsächlich nicht der Fall ist.

Staatsanwalt: Also acht Tage nach der Veröffentlichung wollen Sie ihn gelesen haben?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Als bereits die Zeichnungen im Gange waren?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Nach dem Prospekte sollten die Zeichnungen am 5. Dezember geschlossen sein. Da hatten Sie ihn also noch gar nicht gelesen. Aber später lasen Sie ihn?

Angekl.: Ja.

Präs.: Die Anklage meint nun, nachdem Sie ihn gelesen, habe es Ihnen auffallen müssen, daß eine Verschleierung der Wahrheit darin gelegen.

Angekl.: Die habe ich nicht darin gefunden, sonst würde ich dagegen aufgetreten sein. Ich habe gefunden, daß derselbe viel klarer ist wie die anderen, daß mit „inklusive Provision“ alles gesagt war. Daß der Gesetzgeber damals, als das Gesetz gemacht ist, gar nicht daran gedacht hat, daß es nothwendig wäre, eine Provision überall zuzugeben, geht aus der Denkschrift des preußischen Ministeriums an den Bundesrath hervor, betreffs der zukünftigen Reformation der Aktiengesetzgebung, worin klar gesagt ist, es würde sich empfehlen, für die Zukunft zu bestimmen, daß in dem Prospekt die Ausgabe einer Provision und dann allerdings hinterher auch die Höhe der Provision genannt werden soll. Der Gesetzgeber hat aber damals noch gar nicht daran gedacht.

Präs.: Betrachten Sie die Provision als Theil des Kaufgeldes? Es steht hier Kaufgeld inkl. Provision.

Angekl.: Ich betrachte als Kaufgeld die 195 000 Thlr., die Provision ist ein Theil davon.

Präs.: Haben Sie sich über den Geschäftsbetrieb des Walzwerks während des ersten Jahres auf dem Laufenden erhalten? Sind Sie öfters draußen gewesen?

Angekl.: Ich bin verhältnißmäßig selten da gewesen, konnte auch nicht allen Sitzungen beiwohnen, da ich viel zu thun hatte und häufig abwesend war.

Präs.: Die Lage des Walzwerks war Ihnen wohl bekannt, als die Bilanz aufgestellt wurde?

Angekl.: Gerade zu der Zeit bin ich zuerst wieder nach Braunschweig gekommen. Ich bin die ganzen Monate in Berlin gewesen. Es war in den ersten Tagen des April, wo mir geschrieben wurde, jetzt wäre es wünschenswerth, daß ich käme. Die Sitzung des Aufsichtsraths war Anfang April 1874; vorher bin ich nicht da gewesen, bin auch nicht aufgefordert, mich bei der Bilanz zu betheiligen. Ich habe die Bilanz erst im April gesehen.

Präs.: War sie damals schon unterschrieben?

Angekl.: Das kann ich nicht sagen, darauf achtet man nicht.

Präs.: Oder war sie überhaupt schon in der Form, wie sie zu den Generalversammlungsakten genommen werden sollte?

Angekl.: Sie war soweit abgeschlossen, aber es sollte noch endgiltiger Beschluß darüber gefaßt werden; ich glaube, sie war in Voulon.

Präs.: Die Revisionsbemerkungen der Revisionskommission waren noch nicht aufgestellt?

Angekl.: Meines Wissens nicht. Uebrigens habe ich nicht versäumt, sie mir gerade in Bezug auf diese Positionen genau einzusehen.

Präs.: Späterhin?

Angekl.: In den Tagen. Ich habe sie alle geprüft.

Präs.: Und für richtig befunden?

Angekl.: Jawohl. Was den ersten Punkt betrifft, so würde ich es für eine absolute Unmöglichkeit halten, einen anderen Betrag aufzunehmen als den Kaufpreis. Die Anklage behauptet, die Objekte hätten mit 140 000 Thlr. aufgenommen werden müssen, und nicht mit 195 000 Thlr. Ich glaube es wäre direkt strafbar, 140 000 Thlr. einzustellen anstatt des Kaufpreises.

Präs.: Was nun die Bemerkung anlangt bezüglich der Pos. 5 a, b und c, von welchen behauptet ist, sie seien circa 40% über den Werth eingestellt? —

Angekl.: Darüber ist in der Sitzung gesprochen worden, weil alle Sachen durchgenommen wurden, und darüber waren verschiedene Ansichten vertreten. Ich für meine Person halte mich nach dem Statut und dem Handelsgesetzbuch überzeugt, daß es da nicht anders ging, als daß in dieser Weise die Werthe aufgenommen werden mußten. Ich wundere mich darüber, daß in der Anklage stets ein Wort gebraucht ist, was der Gesetzgeber gar nicht kennt. Im ganzen Handelsgesetzbuch finden Sie das Wort „Marktpreis“ nicht. Der Gesetzgeber hat das Wort mit Willen nicht haben wollen; wohlweislich hat er im §. 31 gesagt: „nach dem Werthe anzusetzen, welcher ihm zur Zeit der Aufnahme beizulegen ist.“ Also in jedem Falle soll untersucht werden: welcher Werth ist zu geben? Wenn nach dem Marktpreise bilanzirt werden muß, dann ist die richtige Konsequenz, wenn ich im Oktober Waaren gekauft habe, um zu fabriziren, und diese Materialien sind 100 % gestiegen, daß ich am 31. Dezember mit 100 % sie in die Bilanz aufnehme und auf diese Weise einen vollständig fiktiven Gewinn erzeuge. Die Fälle sind in der Praxis vorgekommen, und das ist das Gefährlichste, was geschieht. Soll ich, wenn die Werthe gesunken sind, den niederen Werth annehmen, so muß ich auch, wenn sie gestiegen sind, den höheren Werth annehmen. Das ist die logische Konsequenz. Nun lag eine detaillirte Abrechnung des Herrn Direktor Fehland vor, auf die ich mich gestützt habe. Das ist Sache der Direktoren, nicht aber der Aufsichtsrathsmitglieder. Ich bitte das scharf zu trennen. Die Aufsichtsrathsmitglieder sind keine Direktoren; sie haben zu überwachen. Aber diese speziellen Sachen, ein Bericht über die Produktionskosten, ist Sache der Direktoren, und das ist die Berechnung des Direktor Fehland, wonach das Eisen für die nächsten 4 bis 5 Monate für 40 Thaler verkauft war und zu 37½ Thaler produziert wurde. Die

Berechnungen habe ich als richtig angesehen und in Folge dessen meine Zustimmung zu dieser Bilanz ertheilt.

Präs.: Später haben Sie die Berechnungen wohl als irrtümlich erkannt? wenigstens haben Sie das mal bemerkt.

Angekl.: Ja, als das Ende des Jahres 1874 kam, vielleicht im November oder Dezember, da habe ich mir allerdings wohl die Frage vorgelegt: ist das alles damals richtig gewesen?

Präs.: Worin steckten denn die Fehler?

Angekl.: Das kann ich eben nicht genau sagen. Die ganze Production muß höher gewesen sein; vielleicht beim Brennmateriale.

Präs.: Sie meinen, daß diese Angaben von Fehland absichtlich falsch gemacht seien?

Angekl.: Das würde eine so schwere Anklage gewesen sein, die ich gegen keinen Menschen machen möchte.

Präs.: Dazu hatten Sie also keine Veranlassung, das anzunehmen?

Angekl.: Nein.

Präs.: Ist Ihnen über die Creditertheilung von Julius Stooß an die Aktiengesellschaft etwas bekannt?

Angekl.: Nein, gar nichts.

Präs.: In der Zeit haben Sie sich nicht um die Sache gekümmert?

Angekl.: Ich bin im Sommer verreist gewesen und fast das ganze Jahr nicht in Braunschweig.

(Angekl. überreicht Erklärung zu den Akten, daß er alles zurückbezahlt.)

Präs.: Sie haben also keinen Vortheil bei der Sache gehabt?

Angekl.: Nein, im Gegentheil.

### Vernehmung des Angeklagten

Kaufmann Eberhard Mende, früher zu Braunschweig,  
jetzt zu Hannover. 46 Jahre alt.

Präs.: Sie haben sich auch mit der Gründung des Walzwerks specieller beschäftigt. Wollen Sie das erst mittheilen.

Angekl.: Ich war verreist, kam im Herbst 1872 zurück und erfuhr durch Herrn Meyer, daß Fehland das Werk verkaufen wollte, und daß die Verhandlungen mit der Creditanstalt im Gange seien, die so ziemlich vorm Abschluß ständen, und daß man jedenfalls eine Betheiligung mir noch einräumen würde. Darauf habe ich gesagt, ich halte das Werk für sehr rentabel. Ich kannte so viel von den Eisenwerken, da ich Vertreter des größten Werkes in Westfalen war, und wußte, wie kolossal die Geschäfte in dieser Zeit einen Nutzen abwerfen, so daß ich von vornherein

große Neigung hatte, mich zu theiligen, aber auch gleich sagte, ehe ich das thue, da ich kein Urtheil über das Verhältniß zwischen Roheisen und Walzeisen habe, werde ich einen bekannten Herrn in Hannover bitten, den ich seit 20 Jahren kenne, herüberzukommen und mit mir das Werk anzusehen. Das war Herr Wülbern, früherer Eisenagent, jetzt Senator in Hannover. Er ist herüber gekommen und wir haben zusammen einen Tag auf dem Werk zugebracht. Er hat sich von Fehland alle die Verhältnisse auseinandersetzen lassen, seinen Bleistift zur Hand genommen und darüber Notizen gesammelt und er ist mit Fehland das Werk durchgegangen. Ich hatte von der Fabrikation keine Kenntniß, sie interessirte mich aber lebhaft.

Präs.: Das wird Anfang Oktober gewesen sein?

Angekl.: Jawohl; ich kam erst im September nach Hause.

Präs.: Hier ist im Concept der Brief, den Herr Wülbern an Sie geschrieben hat. Es heißt darin:

„Nachdem sich mein Interesse für das Fehland'sche Projekt, dessen Prüfung Sie zunächst nur von mir verlangten, auf Ihre Anregung weiter zog, habe ich mir den Fall recht ernstlich durch den Kopf gehen lassen.

Wenn ich von Ihrem gütigen Anerbieten, der Bereitstellung einer Theiligung Gebrauch machen soll, so müßte ich vorher die Gewißheit haben, daß Arrangements getroffen werden, welche die projectirte Aktien-gesellschaft auf einen soliden Boden stellen. Die Fehland'sche Forderung, welche eine Verdoppelung seines Anlage-Capitals in sich schließt, hat eine gewisse Berechtigung, da Fehland mit ziemlich sicheren Zahlen einen bedeutenden Gewinn für nächstes Jahr in Aussicht stellen kann. Aber auch nur die gegenwärtige Conjunction rechtfertigt den Aufschlag des Hrn. Fehland und denjenigen, welchen die ersten Uebernehmer vornehmen wollen. Calculiren Sie über 200 000 Thlr. Gewinn für nächstes Jahr, so haben nach Ihrem Exempel davon Fehland die eine Hälfte, die andere Hälfte die Gründer anticipirt, das Werk belastet und Ende 1873 wird der Gewinn an die Aktionäre vertheilt. Tritt nun das Jahr 1874 in normale Zeiten, Lothringen mit seiner unbedingt weit größeren Leistungsfähigkeit überschwemmt uns mit gewöhnlichem Stabeisen, dann ist das Werk mit einem Capital belastet, welches um die Hälfte den wahren Werth überschreitet, die Aktionäre haben wahrscheinlich gewechselt und das Werk ist creditlos.“

Es geht daraus hervor, daß er eigentlich mit der Anlage, so wie sie damals intendirt gewesen ist, gar nicht einverstanden gewesen ist. Die Berufung, die Sie darauf vorbringen, scheint mir nicht begründet zu sein.

Angekl.: Ich bitte mir zu gestatten, die Verhältnisse auseinanderzusetzen. Ich habe schon gesagt, ich kam nach Hause und wollte ein Urtheil haben über die Rentabilität des Werkes, deshalb hat ich Herrn Wülbern, herüber zu kommen, da ich wußte, daß er als Eisenagent viel kennen gelernt hatte. Ich wußte, daß er mir wohl sagen konnte, wie die Roheisenverhältnisse liegen und auch die Preise über Stabeisen, und dadurch, daß er mit den Walzwerken in Verbindung stand, war er im Stande, mir dasjenige zu sagen, warum es mir zu thun war, nämlich nachzuweisen, wie das Werk rentabel war. Nachdem er es untersucht hatte und fand, welche Leistungsfähigkeit es hatte, wie man durch Ankauf des Nachbargrundstücks leicht zu einer Erweiterung des ganzen Betriebes kommen könnte, sagte er, er fände es ganz in der Ordnung, wenn Fehland die anfänglich geforderten 220 000 Thaler bekäme, er finde das nicht zu theuer. Dann meinte er aber, man könne das Ding ganz anders machen, man brauche keine Aktiengesellschaft zu errichten. Er habe eine andere Combination, man solle Qualitätseisen, feinkörniges Eisen machen. Ich erwiderte ihm, ich hätte gar keinen Willen in der Sache, es seien bereits Seitens der Creditanstalt Abmachungen vorhanden, ich hätte ihn bloß, mir zu sagen, daß das Werk die 220 000 Thaler werth sei. Er sagte, er fände die Forderung von Fehland gar nicht ungerechtfertigt. Das war für mich die Hauptsache. Er hat mir diesen Nachweis mit Bleistift auf einen Bogen Papier geliefert. Er fragte Fehland, wie viel der verschiedenen Eisensorten er beziehe und kam zu dem Schluß, daß für die  $\frac{3}{4}$  Jahr ein Gewinn von circa 228 000 Thaler sich ergeben müßte, wenn man bestimmt mit der Realisirung vorgehen könnte. — Nun hat ich ihn, seine Idee in einem Schreiben niederzulegen, damit ich das der Creditanstalt mittheilen könne.

Präs.: Das ist wohl dies?

Angekl.: Jawohl. Da kam er nun wieder mit demselben, was er mir schon mündlich gesagt hatte: machen Sie nicht das niedere Eisen, machen Sie das feinere, die Lothringer Werke machen sonst eine kolossale Concurrenz; wenn Sie das andere Eisen machen, halten Sie die Preise besser. Ich hatte das gar nicht weiter von ihm verlangt, ich hatte ihn nur gebeten, mir zu sagen, was wohl die Fabrik werth wäre. Ich wollte die moralische Rechtfertigung haben, daß ich mich dabei theilhaben konnte. Das war der Verlauf dieser Sache. Ich habe diesen Brief derzeit der Creditanstalt überreicht und es ist darüber gesprochen worden. Ich habe auch mit anderen Leuten gesprochen; es wurde gesagt: die Concurrenz ist da, aber der Consum ist so riesenhaft groß, da werden die Werke voll- auf beschäftigt werden. Ich wußte wohl, daß man nicht einmal Offerten



von Fabrikeisen bekommen konnte auf Lieferung. Ich war von meinem Werk angewiesen, derzeit nicht zu verkaufen, sie seien außer Stande zu liefern. Das war ungefähr der Zustand des Geschäfts. Wie er nun mit dieser Combination kam, Salzgitter hineinzubringen, wobei, wie ich sah, er ein Interesse hatte, paßte sie der Creditanstalt nicht, und ich hatte nicht darum gebeten. Wie weit meine Auffassung gerechtfertigt ist, möchte ich mir erlauben, hier durch einen Bericht über Eisen aus dem Jahre 1872 nachzuweisen, der auf die Aussprüche des Herrn Wülbern Bezug hat. Es heißt darin, „die deutschen Eisenwerke können den Bedarf des Inlandes nicht decken“ u. Ich wollte das nur konstatiren auf die Einwände des Herrn Wülbern hin.

Berth. O.-G.-Anw. Abel. Wird das anerkannt, namentlich Seitens der Staatsanwaltschaft, daß diese Bleistiftnotizen von dem Herrn Wülbern herrühren. Wenn das nicht als feststehend angenommen werden sollte, so würde ich bitten, daß inzwischen der Herr eidlich darüber vernommen wird.

Staatsanw.: Ich will das nicht bestreiten.

Angekl.: Ich möchte mir zu meiner Rechtfertigung noch Folgendes anzuführen gestatten. Ich habe vor der Untersuchung die Akten gelesen, auch die Aussagen des Herrn Wülbern, die mich schwer kompromittirt haben. Ich bin einer seiner ältesten Bekannten, seit 1855, wir sind befreundet mit einander gewesen, und erst in dem Moment, wo eine Anklage ihm zugegangen ist, sagte er mir: ich bin in einer furchtbaren Lage, was ist in Braunschweig passiert, wie kann man mich anklagen!! — ja, durch meine Schuld doch nicht. — Dann hat er gesagt: ich habe mich überzeugt, Sie haben sehr ehrenwerth in der Sache gehandelt. — Und hier in diesen Aussagen nennt er mich einen gewissen Herrn Mendel, als wenn er mich nicht kannte. Seiner Zeit habe ich ihm meine Verlobungsanzeige gemacht. Seine Antwort beginnt: „Verehrter Freund!“ er hatte sich sehr gefreut, daß ich ihm diese Anzeige machte.

Staatsanw.: Ich möchte fragen, ob Sie bei dem Prospekte theiligt gewesen sind?

Angekl.: Nein,

Präs.: Haben Sie den Prospekt gesehen, bevor er gedruckt war?

Angekl.: Nein, ich habe ihn erst gedruckt gesehen.

Präs.: Fanden Sie nichts Unrichtiges darin enthalten?

Angekl.: Nein, im Gegentheil. Da war ich meiner Sache so sicher, daß ich ihn eigentlich äußerst bescheiden fand.

Angekl. Hausler. Eins bitte ich festzustellen. In dem Brief spricht Herr Wülbern von einer verdoppelten Preissetzung, und es kann

wohl sein, daß wir von Seiten der Creditanstalt durch diesen Brief von Herrn Wülbern mit bestimmt sind, Fehland's Forderung von 220 000 Thaler zurückzuweisen.

Präs.: Ich habe das allerdings bemerkt, als ich das Schreiben verlas.  
O.=G.=Adv. Abel. Ich möchte bitten, noch einen Theil des Briefes mitzutheilen. Am Schlusse findet sich noch etwas Besonderes darüber — Herr Mencke hat das ja vorgetragen —: Mencke wollte von dem Herrn Wülbern nichts weiter als eine Aeußerung darüber, ob und welchen Werth das Etablissement hätte. Darüber hat der Herr sich geäußert, hat dann aber auch Veranlassung genommen, sich darüber zu äußern, wie das ganze Unternehmen finanziert wurde, und hat bei der Gelegenheit gesagt; ja, es gefällt mir nicht; darüber war er aber nicht gefragt, — und dann kommt er auf sein Projekt von der Verbindung mit Salzgitter. Nun schreibt er am Schlusse: „Wünschen Sie meinen Beitritt mit Capital, so würde ich wünschen müssen, daß ein ähnliches Arrangement wie folgt vorausgeht.“ — Und dann sagt er: Kaufpreis bezw. Ankauf nebenliegender Grundstücke und Erweiterungswerke 360 000 Thaler. — Nun war doch nur der Ankauf des nebenliegenden Grundstücks mit 45 000 Thlr. vorgeschlagen, 60 000 Thlr. für Erweiterung der Werke bestimmt, macht zusammen 105 000 Thlr. Ziehen Sie die von den 360 000 Thalern ab, dann bleiben nach der Wülbern'schen Schätzung 255 000 Thlr., wohingegen nachher nur 195 000 Thaler gegeben sind.

Präs.: Der Schlußsatz lautet folgendermaßen:

„Wünschen Sie daneben meinen Beitritt mit Capital, so würde ich wünschen müssen, daß ein ähnliches Abkommen vorausgeht und die finanziellen Arrangements ungefähr wie folgt festgestellt werden:

Kaufpreis incl. Aufschlag, Ankauf des daneben liegenden Grundstücks und Erweiterung der Werke . . . . .	360 000 Thlr.
Betriebs-Capital (darunter sind auch die Vorräthe zu verstehen) . . . . .	100 000 „
	<hr/> 460 000 Thlr.

Hypothek des Leihhauses und der Creditanstalt . . . . .	38 000 Thlr.
Hypothek von Fehland . . . . .	72 000 „
	<hr/> 110 000 Thlr.
	<hr/> 350 000 Thlr.
Davon übernimmt Fehland . . . . .	50 000 „
	<hr/> 300 000 Thlr.

Indem Fehland die baaren Gelder in kurzen Terminen vergütet würden, müßte dagegen die Hypothek auf eine längere Reihe von Jahren unkündbar stehen bleiben, wenigstens dürfte die Rückzahlung nur aus den Ueberschüssen des Reingewinnes, welche nicht zur Vertheilung gelangen, und den Amortisations-Conten im Reservefonds zugewiesen werden, also aus diesen Quoten erfolgen. Es muß demnach aus dem Reingewinn möglichst viel zurückgehalten und für diesen Zweck verwendet werden. Das wird Fehland durchaus billig und angemessen halten."

Das lautet etwas anders.

Angekl.: Was die Idee betrifft, das Unternehmen mit Salzgitter zusammenzubringen, — ich weiß nicht, ob Sie wissen, daß dieses Etablissement vollständig zu Grunde gegangen ist; — ich möchte dagegen etwas überreichen, es ist eine Zusammenstellung der Eisenpreise aus dem Jahre 1872, und da steht im Monat Oktober Durchschnittspreise franko Hannover berechnet, für Stabeisen 62 bis 65 Thaler; das war zur Zeit, als dieses Werk gegründet war.

Staatsanw.: In dem Gutachten im Eingang spricht Herr Wülbern von einer Rauffsumme von 220 000 Thlr.; er sagt, es würde diese Rauffsumme die Verdoppelung des Anlage-Capitals repräsentiren.

D.-G.-Adv. Abel. Jarwohl, der Schluß läßt aber darauf hinweisen, daß er bei eigener Gründung sogar 255 000 Thaler geben wollte.

Präs.: Uebrigens ist dieser Wülbern'sche Preis nicht als maßgebend zu betrachten. Es ist von keiner Seite Bezug darauf genommen worden. Die Stelle war nur mit einigen Auslassungen mitgetheilt, darum habe ich sie vorgelesen.

(Präsident läßt die Zeugen und Auskunftspersonen in den Saal rufen, weist sie an, sich morgen um 9 Uhr wieder einzufinden, und schließt danach die Sitzung nach 2 $\frac{1}{4}$  Uhr.)

---

## Zweite Sitzung

am Mittwoch, den 19. Juni 1878,

Vormittags 9 Uhr.

Die Angeklagten sind mit Ausnahme Fehland's wiederum sämtlich erschienen; gegen Fehland wird in contumaciam weiter verhandelt.

Die vorgeschlagenen Auskunftspersonen sind sämtlich anwesend und werden vom Präsidenten angewiesen, sich — mit Ausnahme der bloß als Sachverständigen vorgeschlagenen, welche den Verhandlungen beizuhören dürfen — bis auf Weiteres aus dem Sitzungssaal noch zu entfernen.

Es folgt die

Bernehmung des Angeklagten Kaufmann Gustav Kunde aus Braunschweig, 58 Jahr alt.

Präs.: Sind Sie bei der Gründung mit thätig gewesen? namentlich bei dem Konstituierungsvertrage gegenwärtig gewesen?

Angekl.: Ich glaube, ich werde bei dem Konstituierungsvertrage zugegen gewesen sein.

Präs.: Das glauben Sie nur?

Angekl.: Ja, das kann ich so genau nicht konstatiren. Aber ich glaube, ich habe ihn mit vollzogen.

Präs.: Sind Sie auch bei den Vorverhandlungen thätig gewesen?

Angekl.: Nein, gar nicht.

Präs.: Durch wen wurden Sie aufgefordert, sich bei der Sache zu betheiligen?

Angekl.: Durch die Creditanstalt.

Präs.: Direkt oder bei einer gelegentlichen Anwesenheit?

Angekl.: Ich verkehrte ja viel auf der Creditanstalt; bei der Gelegenheit erfuhr ich, daß Verhandlungen mit Fehland im Gange waren, und wurde zur Betheiligung aufgefordert oder mir eine Betheiligung eingeräumt. Von den ersten Verhandlungen erfuhr ich erst, als sie sich zerstreuten. Nachher waren wieder Verhandlungen aufgenommen, die durchgeführt wurden.

Präs.: Wer war es hauptsächlich, der Ihnen diese Mittheilungen machte?

Angekl.: Die beiden Herren Direktoren, Haeussler und Bendorff.

Präs.: Wurde Ihnen dabei auch mitgetheilt, unter welchen Bedingungen der Verkauf abgeschlossen wäre?

Angekl.: Nein, ich habe mich gar nicht darum gekümmert; ich wußte nur, daß es allgemein üblich ist, daß in solchen Sachen eine Provision für die ersten Zeichner der Aktien gewährt wird.

Präs.: Hörten Sie denn den Preis schon vor dem Abschluß des Gesellschaftsstatuts?

Angekl.: Nein, den Preis habe ich auch da nicht gehört.

Präs.: Auch nichts Näheres darüber?

Angekl.: Ich habe nur gehört, daß gleichzeitig mit dem Kauf Lieferungskontrakte mit an die Gesellschaft übergingen, in denen ein so bedeutender Nutzen lag, der noch größer war, als der ganze Kaufpreis für das Etablissement selbst. Es wurde mir gesagt, daß namentlich ein großer Abschluß vorlag über einen Lieferungsvertrag auf Roheisen mit der Isfeder Hütte, der einen bedeutenden Gewinn repräsentirte, da das Roheisen sehr gestiegen war, so daß ich mir selbst sagte: das Fabriketablisement bekommt man eigentlich geradezu umsonst.

Präs.: Kannten Sie das Walzwerk schon vorher, das Fehland'sche?

Angekl.: Nur oberflächlich.

Präs.: In welchem Rufe stand es denn?

Angekl.: In gutem; namentlich galt Fehland als ein sehr tüchtiger Fachmann.

Präs.: Nun, bei Abschluß des Gründungsvertrages ist ja nun aber schon bestimmt, zu welchem Preise das Werk gekauft werden sollte.

Angekl.: Ja, da habe ich es gewußt.

Präs.: Also da haben Sie es erst erfahren?

Angekl.: Ich kann es auch schon vorher erfahren haben, aber da habe ich es gewußt.

Präs.: Sie haben auch für sich gezeichnet; wie viel?

Angekl.: 20 000 Thlr.; 8600 habe ich noch.

Präs.: Haben Sie inzwischen noch verkauft? nach der letzten Vernehmung wollen Sie noch 10 000 Thlr. gehabt haben.

Angekl.: Ich habe gesagt „ungefähr“; nach genauer Ermittlung sind es 8600 Thlr. Verkauft habe ich keine mehr.

Präs.: In dem Protokoll heißt es (liest): „Schließlich bemerkte ich noch, daß von den von mir gezeichneten Aktien noch 10 000 Thlr. in meinem Besitz sind.“

Angekl.: Es sind aber genau 8600 Thlr.

Präs.: Sie haben inzwischen nichts mehr verkauft?

Angekl.: Nein.

Präs.: Also die größere Hälfte der Aktien haben Sie verkauft. — Sind Sie bei dem Kaufkontrakt gegenwärtig gewesen?

Angekl.: Nein, da nicht.

Präs.: Wer hat den abgeschlossen?

Angekl.: Wie ich hier aus der Verlesung der Anlage ersehen habe, ist das der Aufsichtsrath gewesen.

Präs.: Das steht eben in dem Konstituirkungsakt. Das ist Ihnen also bekannt?

Angekl.: Ja.

Präs.: Haben Sie sich überhaupt nicht specieller um die Angelegenheit gekümmert?

Angekl.: Nein, gar nicht.

Präs.: Also nur gezeichnet?

Angekl.: Nur gezeichnet, und die Aktien habe ich genommen.

Präs.: Erfuhren Sie bei dieser Gelegenheit, als dieser Gründungsakt aufgenommen wurde, wie hoch die Provision war?

Angekl.: Ja.

Präs.: Hat Fehland Entgegnungen gemacht? Wurde so laut gesprochen, daß er es hören mußte?

Angekl.: Jedenfalls, ohne alle Frage hat er es gewußt und seine Genehmigung dazu gegeben. Es liegt schon darin, daß er die Aktien übernahm.

Präs.: Er hat später gesagt, er hätte es nicht gewußt.

Angekl.: Oh, er muß es ganz bestimmt gewußt haben, es ist gar nicht anders möglich.

Präs.: Können Sie angeben, wie die Bestimmungen hierüber lauten in Bezug auf die Summe?

Angekl.: Es waren 55 000 Thlr., 5000 Thlr. für den Agenten Meyer und 50 000 Thlr. für die Gründer.

Präs.: Außerdem sollte Fehland noch etwas bekommen; wissen Sie das?

Angekl.: Er sollte aus dem Gewinn, der in Folge dieser günstigen Lieferungsverträge erzielt werden würde oder in sicherer Aussicht stand, denjenigen Gewinn ausbezahlt bekommen, den er bei dem Verkauf an der Sache machen wollte, und zwar in Höhe von 75 000 Thlr., nachdem die Aktionäre mindestens 15% pro anno Dividende für das erste Geschäftsjahr bekommen haben würden.

Präs.: Unter diesen 75 000 Thln. sollten dann auch die 5000 Thlr. ....

Angekl.: Ja wohl, das war ein zweites Abkommen zwischen Fehland und dem Herrn Meyer.

Präs.: Später sind nun die Aktien, die gezeichnet waren, theilweise zum öffentlichen Verkauf angeboten. Sind Sie vor dem Verkaufsanerbieten darum gefragt worden?

Angekl.: Ja, ich habe auch die Summe angegeben, die ich verkaufen wollte.

Präs.: Wie hoch war die Summe?

Angekl.: Ja, das kann ich nicht bestimmt sagen.

Präs.: Also die ganze Summe Ihrer Zeichnung nicht?

Angekl.: Keinesfalls!

Präs.: Sie sagen, Sie hätten noch 8600 Thlr. gegenwärtig. Haben Sie nun außer diesen Aktien, die Sie damals bei der öffentlichen Auslegung zum Verkauf gegeben haben, später noch Aktien verkauft?

Angekl.: Ich habe in den Aktien wohl Geschäfte gemacht. Ein großer Posten wurde ein halbes Jahr später, im Frühjahr, nach Berlin verkauft, und bei diesem Geschäfte habe ich mich betheiligt. Was ich von meinen gezeichneten Aktien behalten habe, sind die 8600 Thlr.

Präs.: Sie können auch wohl nicht annähernd angeben, wie viel Sie verkauft haben?

Angekl.: Nein.

Präs.: Haben Sie sich um den Verkauf nicht specieller bekümmert?

Angekl.: Um den ersten Verkauf gar nicht.

Präs.: Haben Sie sich bei der Abfassung des Prospektes betheiligt?

Angekl.: Nein, gar nicht. Ich erinnere mich nur, daß mir Herr Haeusler sagte, er hätte in den Prospekt das Wort „Provision“ hineingesetzt, er hätte gesagt „Kaufpreis einschließlich Provision“.

Präs.: Das hat er Ihnen gesagt, ehe Sie den Prospekt zu sehen bekamen?

Angekl.: Ich glaube nicht, daß ich ihn vorher oder auch nur bei der Gelegenheit gesehen habe. Ich fand das auch außerordentlich richtig, während früher das in den Prospekten nie genannt war: Haeusler vertrat den Standpunkt, er hielt das für anständig, daß man das thäte, und machte dabei die Bemerkung, daß dadurch jeder Vorwurf, der irgendwie gemacht werden könnte, beseitigt würde.

Präs.: Später haben Sie den Prospekt gelesen?

Angekl.: Ja, nachdem er gedruckt war.

Präs.: Oder vorher schon?

Angekl.: Nein, vorher nicht.

Präs.: Finden Sie ihn durchaus korrekt.

Angekl.: Durchaus korrekt! Wenn man die Sache glänzend hätte ausmalen wollen, dann hätte einem so viel zu Gebote gestanden, gerade in Folge dieser günstigen Lieferungsverträge, die einen Gewinn von 200 000 Thlr. repräsentirten — das hätte man ja ausbeuten können.

Präs.: Haben Sie später noch Aktien gekauft?

Angekl.: Wie ich vorhin sagte — die Aktien nahmen nachher einen sehr großen Cours an —, ich habe darin gehandelt, habe gekauft und verkauft.

Präs.: Also auch gekauft. Es kommt in den Akten vor, Sie hätten später zu höherem Preise gekauft.

Angekl.: Das mag sein.

Präs.: Es heißt hier am Schluß: „Es haben sogar Einzelne derselben noch zu höherem Course gekauft, z. B. der Kaufmann Kunde.“

Angekl.: Ja wohl, ich habe von der Creditanstalt einen großen Posten Aktien zu höherem Course gekauft für Rechnung mehrerer Berliner Häuser und bin dabei mit betheiligt gewesen.

Präs.: Zu 118?

Angekl.: Zu 108.

Präs.: Wann ist das gewesen?

Angekl.: Das muß gewesen sein im Monat März des folgenden Jahres. Ich weiß es deshalb: ich war im Februar in Köln gewesen, und in Folge der Kölner Reise sprach ich mit einigen Herren darüber.

Präs.: Vom 1. Dezember bis zum 1. Februar sind die Aktien bis zu 108 gestiegen.

Angekl.: Ja, und gerade im März fingen sie in Berlin an weiter zu steigen.

Präs.: Und sie sind nachher bis 139½ gestiegen. Wodurch wurde denn die Steigerung hervorgerufen? Sind besondere Manipulationen vorgenommen?

Angekl.: Nein, gar keine, nur die starke Nachfrage war die Ursache. Namentlich Sachverständigengreise, die ein Urtheil darüber hatten, traten mit starken Kaufanträgen hervor, und dadurch ging der Cours so in die Höhe.

Präs.: Also es war das allgemeine Zutrauen?

Angekl.: Jawohl, das bewirkte es, daß große Summen zum Cours von über 130% gekauft wurden.

Präs.: Haben Sie nun die Provision realisirt, die Ihnen nach Ihrer Zeichnung von 20 000 Thlr. zukam?



Angekl.: Ich habe so viel mehr bekommen in Aktien, als die Provision beträgt, so daß also die von mir gezeichneten Aktien auf ungefähr 80% zu stehen kamen.

Präs.: Es ist vorgekommen, daß die 60% auf die Aktien nicht eingezahlt worden sind.

Angekl.: Das ist richtig; in Folge dessen ist auch die Provision den Gründern nicht in vollem Umfange zu Gute gekommen. Ich habe nachher, glaube ich, auf ungefähr 2000 Thlr. von der mir zukommenden Provision verzichtet.

Präs.: Zurückgezahlt haben Sie wohl nichts?

Angekl.: Nein.

Staatsanw.: Es ist hier mehrfach der Gewinn erwähnt, der voraussichtlich im Jahre 1873 gemacht werden sollte; es ist eben angegeben, es würde sich dieser Gewinn auf ungefähr 200 000 Thlr. belaufen haben.

Angekl.: Nein, das habe ich nicht angegeben. Ich habe nur gesagt, ich habe damals gehört, daß die Quantitäten, um die es sich handelte, so bedeutende waren und die Preissteigerung auf Roheisen so groß war, daß man sich das sehr leicht ausrechnen konnte, daß ein Gewinn von ungefähr 200 000 Thlr in den Lieferungsverträgen lag.

Staatsanw.: Es findet sich auch eine Berechnung bei dem Konstituierungsvertrag; ich möchte nur konstatiren, daß bei dieser Berechnung eine Produktionsfähigkeit von 20 Millionen Pfund vorausgesetzt wurde in der Gestalt, wie das Werk im Oktober 1872 übergehen sollte.

Angekl.: Ich habe nicht gesagt, durch die Fabrikation, sondern durch die Lieferungsverträge. Das Roheisen konnte weiter verkauft werden; das wäre vielleicht das Beste gewesen. Darin lag der Nutzen, nicht in der Fabrikation.

Vernehmung des Angeklagten Lotterieinspector Herrmann Wolff aus Braunschweig, 36 Jahr alt.

Präs.: Auch Sie haben sich bei der Konstituierung des Walzwerks betheiligt, sind bei dem Konstituierungsvertrag gegenwärtig gewesen?

Angekl.: Ja.

Präs.: Haben Sie sich auch schon vorher bei der Sache betheiligt?

Angekl.: Ja, in einer freien Besprechung. Ich stand in regelmäßiger lebhafter Geschäftsverbindung mit der Creditanstalt, und so wurden dann die größeren Geschäfte besprochen. Da ist mir dann auch von den Herren Direktoren Mittheilung gemacht worden von dem in Aussicht stehenden Kauf, und ich hatte gebeten, mich auch dabei zu betheiligen.

Die Herren sagten mir das zu, und so sind dann in ganz zwanglosen Unterhaltungen Besprechungen gewesen. Da war zuerst von einem ziemlich hohen Kaufpreis die Rede, den Fehland genannt hätte; man hätte das für unzumuthbar gehalten, einen solchen Preis zu bewilligen; und später, als dieser Abschluß mit Fehland erreicht war, wie er thatsächlich vollzogen ist, da war die allgemeine Ansicht, daß man ein ganz außerordentlich glänzendes Geschäft gemacht hätte.

Präs.: Sie haben sich insofern weiter dafür interessiert, als Sie auch andere Personen, die nicht in Braunschweig wohnhaft waren, veranlaßten, sich dabei zu betheiligen?

Angekl.: Ja, ich stand z. B. mit Herrn Director Koch in geschäftlicher Verbindung, wir kamen auch ab und zu zusammen; Herr Koch war mit im Aufsichtsrath der Karlsbütte, ebenso wie Herr Haeussler, und so hatten wir öfter Aufsichtsrathssitzungen zusammen. Bei einer dieser Sitzungen mag es wohl gewesen sein, daß Herr Koch mich ersucht hat, falls das Geschäft zu Stande kommen würde, für ihn zu zeichnen.

Präs.: In der Anklage heißt es: „Der Rest von 40,000 Thln. wurde von Wolff und Mendel für zwei dem Unternehmen fern stehende Personen resp. von den vorgenannten Kaufmann Wittkop und Kommerzienrath v. Voigtländer gezeichnet.“

Angekl.: Das ändert nichts; die 60 000 Thlr. sind nicht von uns beiden gezeichnet, sondern auch von Wittkop und Voigtländer. Ich habe nur für Koch 10 000 Thlr. gezeichnet und 5000 Thlr. für Oppenheimer in Hannover, mit dem ich in geschäftlicher Verbindung stand, und der mich auch darum ersucht hatte für den Fall, daß das Geschäft zu Stande käme.

Präs.: Vor der Konstituierung wußten Sie genau, was abgemacht war über den Preis und die Provision?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Alles speciell.

Angekl.: Ja gewiß! Wir hatten uns darüber unterhalten. Ich kam mehr oder weniger alle 2, 3 Tage nach der Creditanstalt, und da wurde mir mitgetheilt: wir haben abgeschlossen, und es wird eben eine Provision von 50 000 Thln. für uns von Fehland bewilligt.

Präs.: Hielten Sie das Geschäft für gut?

Angekl.: Für glänzend! Ich bitte Sie, wenn man nimmt, daß ein so kolossaler Jahresgewinn realisiert werden konnte, gewissermaßen schon unzweifelhaft vorhanden war — ich habe in meinem Leben nicht geglaubt ein glänzenderes Geschäft zu machen.

Präs.: Deuten Sie damit auf die Abschlüsse wegen Lieferung fertiger Waaren?

Angekl.: Nein, es waren Abschlüsse gemacht wegen Lieferung von Roheisen, die allein schon einen bedeutenden Gewinn repräsentirten; dann war außerdem noch . . . .

Präs.: Haben Sie sich davon selbst überzeugt?

Angekl.: Das habe ich nicht; ich hatte ja gar keinen Grund, zu zweifeln an dem, was mir von den Direktoren und auch von Mendel mitgetheilt wurde.

Präs.: Sie haben selbst gezeichnet . . . . ?

Angekl.: 15 000 Thlr., für Koch 10 000 Thlr., für Oppenheimer 5000 Thlr.

Präs.: Benachrichtigten Sie die beiden Herren davon?

Angekl.: Ganz unzweifelhaft habe ich das gethan.

Präs.: Es wurde dann auch seitens des Herrn Koch die Zeichnung ratihabirt. Ist das auch seitens Oppenheimer's geschehen?

Angekl.: Ich glaube ja, ich nehme es wenigstens an, denn er ist ja auch anfänglich mit angeschuldigt gewesen.

Präs.: Haben Sie sich nun auch an dem Verkauf der Aktien theiligt?

Angekl.: Ja, es kam ungefähr nach einem Monat — Ende November, wie ich mich erinnere — ein Brief der Creditanstalt, worin sie mir und wahrscheinlich auch den anderen Zeichnern mittheilte, daß sie glaubte, es wäre der Zeitpunkt gekommen, einen Theil der Aktien zu verkaufen.

Präs.: War von vornherein der Verkauf der Aktien beabsichtigt?

Angekl.: Darüber war gar nichts verabredet; die Conjecturen waren so glänzend, daß wir wirklich glaubten, es erst abwarten zu sollen; wir hatten von vornherein gar keinen bestimmten Plan darüber gefaßt, wir hatten nur die Absicht, das Unternehmen zu kaufen.

Präs.: Da kam also ein Brief der Creditanstalt . . . . ?

Angekl.: Worin sie sagte, sie glaubte, es sei die Zeit gekommen, die Aktien zu verkaufen, und fragte, ob ich mich an dem Verkauf theiligen wollte. Darauf habe ich geantwortet, daß ich 8000 Thaler verkaufen wollte, 7000 Thaler wollte ich behalten.

Präs.: Haben Sie sich nun auch um den Vertrieb selbst bekümmert, namentlich um die Abfassung des Prospektes?

Angekl.: Nein.

Präs.: Ist Ihnen der Prospekt vor dem Drucke gar nicht zu Gesicht gekommen?

Angekl.: Das weiß ich nicht; Konferenzen sind jedenfalls darüber

nicht abgehalten worden. Es mag sein, daß er mir vorher vorgelegt worden ist; aber Sie werden selbst zugeben, es sind so viel Jahre darüber vergangen, daß man das nicht mehr genau wissen kann.

Präs.: Ist nicht ausdrücklich darüber gesprochen, daß in den Prospekt die Worte „einschließlich Provision“ hineingesetzt werden sollten?

Angekl.: Das ist schon bei früheren Gelegenheiten geäußert worden.

Präs.: Von wem?

Angekl.: Von Herrn Haessler; der hat seinen Standpunkt in dieser Weise dargelegt und wir fanden das ja natürlich durchaus korrekt.

Präs.: Nachher haben Sie den Prospekt aber jedenfalls gelesen. Finden Sie ihn in jeder Beziehung richtig?

Angekl.: Ja, ich fand ihn, wie das ja auch schon die andern Herren dokumentirt haben, in jeder Beziehung mäßig gehalten.

Präs.: Namentlich, was die Angabe des Kaufpreises betrifft?

Angekl.: Ja! — Ich darf mir da wohl eine kleine Bemerkung erlauben. Ich bin ganz überrascht gewesen, daß man aus dieser Aufrichtigkeit des Prospectes eine überlegte böse Absicht hat herleiten wollen. Wer den Prospekt gelesen hat und in der Angabe der Provision eine Täuschung finden will, der hat meiner Ansicht nach nicht nachgedacht, oder er will eine Täuschung darin finden. Es ist ganz unmöglich, wenn ein unbefangener Mensch darüber nachdenkt, so muß er sich sagen: wenn überhaupt von einer Provision die Rede ist, so muß es doch eine ziemlich bedeutende Provision sein; denn wenn es eine kleine, gewöhnliche wäre, so würde man es nicht für nöthig gefunden haben, sie zu erwähnen. Daher scheint es mir also, daß die Schlußfolgerungen der Anklage vollständig falsch sind; gerade das Umgekehrte ist der Fall.

Präs.: Diese Ausführungen würden doch für die Beweisaufnahme zu weit führen.

Angekl.: Sie verzeihen, — unwillkürlich kommt einem dieser Einwurf.

Präs.: Sind nun Ihre 8000 Thlr. Aktien verkauft?

Angekl.: Nein, bei der Auflage sind ungefähr nur, wie die Creditanstalt uns nachher anzeigte, 20% verkauft.

Präs.: 20% überhaupt vom Ganzen?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Darunter befanden sich Ihre Provisionsaktien; wie ist es damit gewesen? wurden die sämtlich mitverkauft? Sie hatten 15 000 Thaler gezeichnet und 8000 Thlr. hineingeworfen.

Angekl.: Nein, das ist davon abgesehen.

Präs.: Wie viel Provisionsaktien haben Sie bekommen?

Angekl.: Das weiß ich wirklich nicht so genau.

Präs.: Die gehörten also nicht dazu, sind also jedenfalls mit zum Verkauf gestellt. — Ich meine, sie gehörten nicht zu den zurückbehaltenen, und von den sämtlichen zum Verkauf ausgelegten Aktien wurden 20% verkauft, sagen Sie?

Angekl.: Ja, so genau weiß ich es nicht mehr; ich glaube, daß die Creditanstalt eine Zeit nachher anzeigte, es wären 20% davon verkauft.

Präs.: Wie hoch waren die Einzahlungen bis dahin gewesen?

Angekl.: 40%.

Präs.: Also nur zu diesem Preise waren die Aktien verkauft?

Angekl.: Ja.

Präs.: Haben Sie nachher die übrigen 60% aus den Provisionsaktien erhalten?

Angekl.: Nein, ich habe freiwillig darauf verzichtet.

Präs.: Haben Sie etwas zurückgezahlt auf die bereits erhaltenen Provisionsaktien?

Angekl.: Nein.

Präs.: Haben Sie die Aktien, die Sie selbst erhalten hatten, später voll eingezahlt?

Angekl.: Ja, es wurde dann ja nachher ein großer Theil verkauft, wie Herr Kunde schon gesagt hat, in Folge einer großen Berliner Offerte im März; da wurde, glaube ich, der Rest meiner 8000 Thaler verkauft. Dies war ein freihändiges Geschäft.

Präs.: Waren die damals schon voll eingezahlt?

Angekl.: Nein, die Einzahlungen sind ja erst später gekommen. Uebrigens muß ich sagen, genau habe ich das nicht mehr im Kopfe.

Präs.: Haben Sie gegenwärtig noch Aktien?

Angekl.: Ja 2000 Thaler.

Vernehmung des Angeklagten Bankier Carl Uhl aus  
Braunschweig, 49 Jahr alt.

Präs.: Auch Sie sind bei der Konstituierung der Aktiengesellschaft gegenwärtig gewesen. Hatten Sie schon vor der Konstituierung Kenntniß von der Verhandlung?

Angekl.: Ich hatte wohl gehört, daß darüber verhandelt wurde, die Fabrik zu kaufen.

Präs.: Und wurden von wem aufgefordert, sich zu betheiligen?

Angekl.: Von unserem Commanditisten Herrn Mendé; der sagte mir, er habe die Firma mit 20 000 Thalern an diesem Geschäft betheiligt.

Präs.: Er hat also selbst gezeichnet und für die Firma?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Wußten Sie schon vor der Konstituierung Genaueres über den Preis u. s. w.?

Angekl.: Nein, vorher gar nicht, ich hielt es nur für ein glänzendes Geschäft. Es war ja eine Periode, wo namentlich die Industrie sehr gute Geschäfte machte und wo Industrieaktien sehr gesucht wurden.

Präs.: Sie haben auch gezeichnet bei der Konstituierung, die Summe von 5000 Thalern?

Angekl.: Ja wohl.

Präs.: Sind Sie auch bei dem Abschluß des Kaufvertrags gegenwärtig gewesen, der gleichzeitig oder wenigstens an demselben Tage stattgefunden hat?

Angekl.: Nein.

Präs.: Es war auch schon bei dem Abschluß der Gründung fest verabredet, wie hoch sich die Provision belaufen sollte, die den Gründern zu Theil werden sollte.

Angekl.: Das weiß ich nicht.

Präs.: Sie haben es früher gesagt.

Angekl.: Ja, das kann sein, das weiß ich so genau nicht mehr. Das war ja so selbstverständlich, daß bei jeder Gründung Provision verdient werden mußte, so daß ich das für nebensächlich hielt.

Präs.: Sie haben hier gesagt (liest):

„Es wurden auch damals von uns für die Firma Uhl & Comp. 15 000 Thlr. gezeichnet und war, soweit mir bekannt, auch damals schon verabredet, daß von Fehland als Verkäufer seines Etablissements an die zu bildende Gesellschaft eine Provision im Betrage von 55 000 Thalern in Aktien gewährt werden sollte.“

Also darnach wäre es Ihnen schon bekannt gewesen.

Angekl.: Ich glaube.

Präs.: Haben Sie sich später an dem Verkauf der Aktien theiligt?

Angekl.: Ja, sehr lebhaft.

Präs.: An der öffentlichen Auflegung, meine ich.

Angekl.: Wir waren ja in dem Verzeichniß oder Zeichnungsstellen genannt.

Präs. (nimmt den Prospekt zur Hand).

Angekl.: In dem Prospekt, glaube ich, nicht.

Präs.: Es steht nichts darüber in dem Prospekt.

Angekl.: Aber es muß noch irgendwo eine Bekanntmachung durch

Separatzirkular geschehen sein. Es wurden bei uns circa 8000 Thaler gezeichnet.

Präs.: Haben Sie, bevor der Prospekt veröffentlicht wurde, sich mit der Fassung dieses Prospektes irgendwie befaßt?

Angekl.: Nein, ich habe ihn erst nach dem Druck in Händen gehabt.

Präs.: War Ihnen denn bekannt, wer den Prospekt verfaßt hat?

Angekl.: Ich habe vermuthet, daß er von der Creditanstalt verfaßt sei; von wem, das wußte ich nicht.

Präs.: Wann haben Sie den Prospekt zuerst gelesen?

Angekl.: Als er bereits gedruckt war.

Präs.: Vorher nicht.

Angekl.: Nein.

Präs.: Haben Sie den Prospekt für in jeder Beziehung in Ordnung gehalten?

Angekl.: Ich habe an dem Prospekt nichts auszusetzen gehabt, im Gegentheil habe ich ihn für sehr bescheiden gehalten; sonst waren die Prospekte gewöhnlich so überschwänglich, daß der eigentlich dagegen in den Schatten trat.

Präs.: Namentlich was die Angabe bezüglich des Preises betrifft, halten Sie das für korrekt?

Angekl.: Für ganz korrekt.

Präs.: Glauben Sie nicht, daß man darin hätte etwas Derartiges finden können, was die Anklage darin gefunden hat?

Angekl.: Nein, ich glaube sogar, daß durch den Ausdruck „inklusive Provision“ das Publikum darauf aufmerksam gemacht ist, daß eine starke Provision in dem Preise liegen müsse.

Präs.: Wie viel haben Sie verkauft von den Aktien?

Angekl.: Von diesen 15 000 Thlrn. 7000 Thlr.

Präs.: 8000 Thlr. haben Sie von vorn herein behalten?

Angekl.: Ja, die sind behalten bis März, April.

Präs.: Darauf kommt es nicht an, es kommt darauf an, wie viel verkauft sind.

Angekl.: Ja, das sind 7000 Thlr. gewesen.

Präs.: Und außerdem die Provisionsaktien?

Angekl.: Ja, die hatte ich aber gar nicht in Händen.

Präs.: Ist wegen des Verkaufs bei Ihnen angefragt worden?

Angekl.: Jawohl, ob und wie viel.

Präs.: Darauf haben Sie geantwortet . . . ?

Angekl.: 7000 Thlr.

Präs.: Ist Ihnen nachher eine Berechnung über den Verkauf zugegangen?

Angekl.: Jawohl.

Präs.: Einschließlich der Provisionsaktien? oder wurden da besondere Berechnungen aufgestellt?

Angekl.: Nein, es ist eben der Cours der Aktien berechnet worden, wie sie eingezahlt waren, mit 80%.

Präs.: Es waren 40% eingezahlt und darauf kam der Aufschlag von 5%.

Angekl.: Ja.

Präs.: Wie kommen Sie nun auf den Preis von 80%?

Angekl.: Die Provisionsaktien wurden den gezeichneten Aktien hinzugerechnet, und danach ergab sich der Cours von 80%.

Präs.: Haben Sie gegenwärtig noch Aktien im Besitz?

Angekl.: Nein.

Präs.: Ist Ihnen der Theil der 60%, die nicht eingezahlt sind auf die Provisionsaktien, in die Hände gekommen?

Angekl.: Nein, die habe ich nicht bekommen und nachher auf den Gewinn, auf diese 60% verzichtet.

Präs.: Auf die 40% haben Sie nicht verzichtet? die haben Sie bekommen?

Angekl.: Ja.

Präs.: Aber nicht zurückgegeben?

Angekl.: Nein.

Präs.: An der Verwaltung des Werks sind Sie nicht theilhaftig gewesen?

Angekl.: Nein.

Staatsanwalt: Ich möchte noch die Frage an die Angeklagten gerichtet wissen, wie viel von den Aktien eigentlich gezeichnet worden sind.

Angekl. Benndorf: Es ist die Zahl, die ich gestern angegeben habe. Es sind wirklich an das Publikum verkauft 26 800 Thlr.

Staatsanwalt: Was nachher verkauft ist, wissen Sie nicht?

Angekl. Benndorf: Der Rest ist im März verkauft bis zu 160 000 Thlr.

---

Die Vernehmung der Angeklagten ist damit beendet und es folgt nun die



## Vernehmung der Zeugen und Sachverständigen.

Verth. D.=G.=Anw. Abel wünscht zuerst den Zeugen Elvers vernehmen zu lassen.

Präsl.: Es würde sich empfehlen, zuvor das Gutachten vorzulesen, welches er in Gemeinschaft mit Spamer abgegeben hat.

## Gefchehen

Amtsgericht Peine II, am 24. Mai 1878.

Gegenwärtig:

Amtsrichter **Kriegel**,

als Polizeirichter.

Actuar **Baumann**,

als Gerichtsschreiber.

## In Untersuchungssachen

c.

Haeusler und Genossen

erschieneu die beiden Sachverständigen Hüttendirectoren Spamer und Elvers

auss Gr. Hfede.

Dieselben überreichten die anliegende Schrift mit der Erklärung, daß darin das am 18. d. Mts. von ihnen erforderle Gutachten enthalten sei.

Auf

gerichtsseitig geschehener wörtlicher Vorlesung der überreichten Schrift;

Dies ist das von uns gemeinschaftlich ausgearbeitete Gutachten. Wir erkennen dasselbe in allen Punkten als von uns abgegeben an.

Comparanten vollzogen das überreichte Gutachten durch Unterschrift eigenhändig vorgelesen genehmigt.

S. Spamer. Aud. Elvers.

unterschrieben, leisteten Comparenten den Zeugen- und Sachverständigen-Eid rite ab.

Zur Beglaubigung  
Kriegk. Baumann.

### Beantwortung

der

in der Untersuchungssache c. Haessler und Genossen uns als Sachverständigen vorgelegten Fragen.

α. Ob wir den Fabrikdirektor Fehland in Braunschweig vor 1872 und später gekannt und ob wir uns über dessen Persönlichkeit und technische Befähigung, sowie über die Beschaffenheit seines Werkes aus eigener Anschauung sachverständig äußern können, woher wir die Kenntniß der Person und der Sache erlangt?

Herrn Fabrikdirektor Fehland lernten wir Ende der sechsziger Jahre durch seine Beziehungen als Besitzer und Dirigent einer Kesselschmiede in Braunschweig zur Ilse der Hütte resp. als Lieferant in dieses Geschäft einschlägiger Arbeiten an die Ilse der Hütte kennen.

Sowohl von ihm wie von Anderen erfuhren wir, daß er früher in Westfalen und Oesterreich als Erbauer und Betriebsleiter von Puddel- und Walzwerken thätig gewesen, insbesondere die Fabrication des Stahles in Puddelöfen auf mehreren Werken einführte, und später Geschäftstheilhaber des in Braunschweig heute unter der Firma Gebrüder Köhrig betriebenen Puddel- und Walzwerkes gewesen war.

Außer den mannigfachen Unterredungen technischer Natur, die durch die oben angeführte Geschäftsverbindung zur Ilse der Hütte veranlaßt waren, hatten wir vor und während der Anlage seines unter der Firma Fehland u. Co. errichteten Puddel- und Walzwerkes und zwar zum Theil an Ort und Stelle mit ihm Besprechungen über diese Anlage, wobei seine Pläne und Berechnungen zur Vorlage gelangten.

β. Ob der Fabrikdirektor Fehland in Braunschweig vor der Gründung des Braunschweiger Walzwerks und namentlich im Herbst 1872 in den Sachverständigentreisen als ein in der Eisensabritation, besonders im Walzwerksbetriebe sehr erfahrener, geschickter und zuverlässiger Techniker gegolten, ob sein in die Aktiengesellschaft einzubringendes Werk derzeit in vollem Betriebe gewesen und als gut situiert, gut geleitet, einer größeren Erweiterung fähig sowie nach damaligen Conjunkturen als ein gewinnbringendes anzusehen war?

Herr Fabrikdirektor Fehland galt zur gefragten Zeit in Sachverständigentreisen unseres Wissens allgemein als ein in der Eisensabritation und besonders im Walzwerksbetriebe sehr erfahrener, geschickter und zuverlässiger Techniker. Sein in die Aktiengesellschaft einzubringendes Werk war derzeit, soviel wir uns entsinnen, in vollem Betriebe und nach unserer Ansicht als günstig gelegen, gut geleitet, bei möglichem Landzukauf einer Erweiterung fähig und nach den damaligen Conjunkturen als gewinnbringend anzusehen.

γ. Wie groß die Produktionsfähigkeit des Braunschweiger Walzwerks im Herbst 1872 gewesen, ob mindestens 10 Millionen Pfd. Walzeisen pro anno fabrizirt werden konnten, wie hoch der Herstellungspreis pro 1000 Pfd. derzeit höchstens für das Braunschweiger Walzwerk gewesen, und zu welchem Preise das Walzeisen verkauft werden konnte, welcher Produktionsnutzen daher jährlich durch das Werk zu erzielen war?

Soviel uns erinnerlich, umfaßte das unter der Firma Fehland & Co. erbaute Puddel- und Walzwerk sechs Puddelöfen und zwei Schweißöfen nebst den zugehörigen zur Herstellung von Walzeisen nöthigen maschinellen Vorrichtungen, und können in einem solchen Werke bei Mitverarbeitung von Schrott über 10 Millionen Pfd. Walzeisen pro Jahr produziert werden. Bei Verwendung von 50% Heder Roheisen, 16% Qualitätsroheisen und 34% Schrott kann man in sechs Puddelöfen pro Monat 1 189 900 Pfd. Luppeneisen darstellen bei einem Verbrache pro 1000 Pfd. Luppen von 1180 Pfd. Eisenrohmaterial, 1010 Pfd. Kohlen und 2 Thlr. 5 Sgr. für Löhne, kleine Materialien und Reparaturen. Dieses Luppeneisenquantum kann pro Monat in zwei Schweißöfen zu Walzeisen verarbeitet werden und zwar bei einem Verbrache pro 1000 Pfd. Walzeisen von 1160 Pfd.

Luppen Eisen, 560 Pfd. Kohlen und 2 Thlr. 15 Sgr. für Löhne, kleine Materialien und Reparaturen.

Der Preis des Mfieder Roheisens stellte sich nach dem im Herbst 1872 bestehenden und dem für das Jahr 1872 zwischen Fehland und der Mfieder Hütte abgeschlossenen Lieferungsvertrage auf durchschnittlich 19 Thlr. 2 Sgr. franko Peine, hierzu kam Fracht bis Braunschweig 7 Sgr., so daß 1000 Pfd. Mfieder Roheisen loco Braunschweig sich auf 19 Thlr. 9 Sgr. kalkulirten. — Die Herren Gebrüder Röhrig in Braunschweig bezahlten nach uns vorliegender schriftlicher Mittheilung im November 1872

für 100 Ztr. Buddel- und Schweißkohlen franko

Braunschweig . . . . . 36 Thlr. 23 Sgr. 6 Pfg.

„ 1000 Pfd. Qualitätsroheisen franko Braun-

schweig . . . . . 30 „ 29 „ 1 „

„ 1000 Pfd. leichten Schrott (wie es hier in

Frage kommt). . . . . 15 bis 16 Thlr.

Unter Zugrundelegung dieser Preise und der obengenannten Verbrauchsquantitäten pro 1000 Pfd. Luppen- und Walzeisen berechnen sich die direkten Herstellungskosten pro

#### I. 1000 Pfd. Luppen Eisen wie folgt:

Pfd.	Pfd.	Thlr.	Sgr.	Pfg.
590 Mfieder Roheisen à 1000 zu	Thlr. 19, 9, =	11	11	—
189 Qualitätsroheisen „ „ „	30, 29, 1, =	5	25	6
401 Schrott „ „ „	16, — — =	6	12	6
1180 Eisenrohmaterial . . . . .	=	23	19	—
1010 Kohlen à 10 000 Pfd. zu	Thlr. 36, 26, 6	3	21	6
Löhne, kleine Materialien und Reparaturen . . . . .	2	5	—	—
Summa . . . . .	29	15	6	6

#### II. 1000 Pfd. Walzeisen wie folgt:

	Thlr.	Sgr.	Pfg.
1160 Pfd. Luppen Eisen à 1000 Pfd. zu	Thlr. 29, 15, 6 =	34	7 2
560 „ Kohlen „ 10 000 „ „ „	36, 23, 6 =	2	1 10
Löhne, kleine Materialien und Reparaturen . . . . .	2	15	—
Summa . . . . .	38	24	—

Der Verkaufspreis pro 1000 Pfd. Walzeisen stieg im Sommer und Herbst 1872 bis zum Oktober, in welchem Monat er sein Maximum erreichte und trat darauf im Dezember eine Abchwä-

chung ein. Im Oktober kaufte eine Eisenhandlung in Peine Westfälisches Walzeisen durch ein hannoversches Haus, zu 60 Thlr. pro 1000 Pfd. franko Peine. Als Durchschnitt für die Herbstmonate kann ein Verkaufspreis von 56 Thlr. — pro 1000 Pfd. franko Braunschweig angesehen werden. Es berechnet sich hiernach ein Produktionsnutzen für das Braunschweiger Walzwerk von 17 Thlr. 6 Sgr. pro 1000 Pfd. Walzeisen oder bei einer Produktion von 10 Millionen Pfund ein Jahresproduktionsnutzen von 172 000 Thlrn.

- d. Ob in der Geschäftswelt, welche in der Eisenbranche arbeitete, im Herbst 1872 an eine erhebliche Verschlechterung der Konjunktur geglaubt wurde, oder ob man nach Lage des Braunschweiger Walzwerks und nach den mit der Ilse der Hütte abgeschlossenen Kontrakten wegen Lieferung von Roheisen annehmen mußte, daß der kalkulierte Gewinn ein dauernder sein werde, ob also das Werk bei einem Aktienkapitale von 300 000 Thlrn. und einem Uebernahmepreis von 195 000 Thlrn. nach Abzug der Abschreibungen und Generalkosten als ein rentables anzunehmen war, insbesondere ob die Abschreibungen und Generalkosten auf jährlich 20 000 Thlr. und danach ein Jahresgewinn von mindestens 130 000 Thlr. im Herbst 1872 kalkuliert werden mußte?

Im Herbst 1872 herrschte keineswegs die Ansicht, daß in kurzer Zeit eine erheblich schlechtere Eisenkonjunktur eintreten werde und lag, besonders da der Lieferungsvertrag für den Bezug des vorzugsweise zur Verarbeitung gelangenden Ilse der Roheisens bis Ende 1873 lief, für das Braunschweiger Walzwerk aus der allgemeinen Geschäftslage kein Grund vor, den damals kalkulierten Gewinn als einen demnächst nicht mehr erreichbaren anzusehen.

Nach den obigen Ausführungen war die Annahme eines voraussichtlichen Jahresgewinnes von 130 000 Thlrn. für das Braunschweiger Walzwerk gerechtfertigt und dürfte letzteres bei einem Aktienkapitale von 300 000 Thlrn. als ein rentables hingestellt werden.

- e. Welche Marktpreise für Walzwerksfabrikate im Dezember 1873 bestanden und welcher Nutzen danach auf ein für etwa 37 bis 42 Thlr. pro 1000 Pfd. erzieltes Fabrikat in der Quantität von 3 490 000 Pfd. damals kalkuliert werden mußte?

Im Dezember 1873 verkaufte das Peiner Walzwerk sein Walzeisen zum Preise von 39 Thlr. pro 1000 Pfd. franko Peine

und ist derselbe Preis auch für Braunschweig als zutreffend anzusehen.

Da in der Frage der Herstellungspreis theils unter, theils über diesem Verkaufspreise angegeben ist, so muß auch die Antwort theils auf einen Verkauf mit Nutzen, theils auf einen solchen mit Schaden lauten.

5. Ob wir die Handschrift der Anlage A. des Antrages des Banquiers Salomon vom 3. Februar des Jahres, welche uns vorzulegen ist, kennen, und ob wir behaupten können, daß p. Fehland dieselbe geschrieben habe?

Die Handschrift der Anlage A. ist uns vorgelegt und sind wir nicht zweifelhaft darüber, daß sie, die eine besonders leicht erkennbare, diejenige des Herrn Fehland ist.

Rud. Elvers. H. Spamer.

Präs.: Worüber soll nun der Zeuge vernommen werden?

Berth. O.-G.-Anw. Abel: Ob er Aktien gekauft hat, zu welcher Zeit, zu welchem Course, wieviel und zu welchem Zwecke, ob um sie zu behalten oder um sie weiter zu verkaufen.

Vernehmung des Zeugen Rudolph Elvers aus Gr. Ilse, 35 Jahre alt.

Präs.: Sie sind bereits in dieser Sache von dem Königl. Amtsgericht Peine als Zeuge beeidigt; ich verweise Sie auf den dort geleisteten Eid vom 24. Mai dieses Jahres. — Sie haben ein Gutachten in Gemeinschaft mit dem Hüttendirector Spamer abgegeben, das hier eben zur Verlesung gekommen ist. Es ist nun seitens der Angeklagten gewünscht, daß Sie darüber Aufklärung geben möchten, ob Sie selbst durch Ankauf von Aktien des Braunschweiger Walzwerks sich an dem Geschäft irgendwie betheiligt haben. Haben Sie selbst Aktien gekauft?

Z.: Ja.

Präs.: Wann?

Z.: Im Monat März.

Präs.: Also zu einer Zeit, als die Aktien schon bedeutend gestiegen waren?

Z.: Ja.

Präs.: Bei der ersten Subscription nicht?

Z.: Nein.

Präs.: Hatten Sie Vertrauen zu dem Werk?

Z.: Ja.

Präs.: Hatten Sie die Absicht, gleich von vorn herein sich mit einer größeren Summe daran zu betheiligen, schon früher?

Z.: Ja gewiß.

Präs.: Waren Sie denn überhaupt von Fehland oder von einer anderen Seite davon in Kenntniß gesetzt, daß dieses Werk gegründet werden sollte, bevor die Gründung wirklich erfolgt ist?

Z.: Jawohl, davon hatte ich Mittheilung bekommen.

Präs.: Sie sind aber nicht etwa als Sachverständiger von irgend einer Seite zugezogen?

Z.: Nein.

Präs.: Hatten Sie damals schon die Absicht zu erkennen gegeben, sich bei dem Aktientauf zu betheiligen?

Z.: Bei mir selbst mag ich das wohl gethan haben.

Präs.: Ich meine, ob Sie es Jemand mitgetheilt haben?

Z.: Nein.

Präs.: Wie viel Aktien haben Sie gekauft?

Z.: 20 000 Thlr.

Präs.: Zu welchem Preise?

Z.: 130 oder 135%; genau kann ich es nicht sagen.

Präs.: Dann würde also der Kauf erst im März stattgefunden haben?

Z.: Ja.

Präs.: Oder noch später?

Z.: Nein, wenn ich nicht irre, war die Abnahme am 1. April.

Präs.: Von wem haben Sie die Aktien gekauft?

Z.: Von der Braunschweigischen Creditanstalt.

Präs.: Direkt?

Z.: Ja.

Berth. D.-G.-Anw. Abel: Hier sind zwei Depeschen, die der Zeuge erlassen hat, die sich auf diesen Aktientauf beziehen. (Ueberreicht dieselben dem Zeugen.)

Z. (Einsicht nehmend): Ja, das ist richtig; in der ersten frage ich an: können Sie mir bis Sonntag Abend 20 000 Thlr Aktien fest anstellen? Darauf ist dann die Gegendepeche gekommen, und ich telegraphire in der zweiten: ich acceptire.

Präs.: Haben Sie diese Aktien noch im Besitz?

Z.: Einen Theil davon.

Präs.: Haben Sie einen Theil wieder verkauft? — Bald?

Z.: Ich habe sie an Freunde vertheilt.

Präf.: Einen Theil haben Sie behalten?

Z.: Ja.

Präf.: Haben Sie später noch davon gekauft?

Z.: Nein, es war übrigens nicht der höchste Cours 135.

Präf.: Nein, der ist bis auf 139,5 gegangen.

Z.: Ja, wohl noch höher.

Präf.: Hier ist eine Bescheinigung, nach welcher der höchste Coursstand am 26. März 1873, 139 $\frac{1}{2}$  war.

Z.: Das mag sein.

Verth. D.=G.=Anw. Abel: Hatte der Zeuge den Prospekt gelesen?

Z.: Ja gewiß.

Präf.: Wußten Sie auch, wie der Vertrag abgeschlossen wurde zwischen den Gründern und Fehland?

Z.: Nein, genau wußte ich das nicht.

Präf.: Zu welchem Preise das Werk verkauft war?

Z.: Ja, das war ja notirt in dem Prospekt.

Präf.: Da standen 195 000 Thlr. einschließlich Provision. Was sagten Sie sich bezüglich der Provision? glaubten Sie, daß es eine unbedeutende, kleine Summe wäre?

Z.: Ich glaubte entschieden, daß es eine größere Summe sein müßte.

Präf.: Sie waren schon bekannt mit Gründungen?

Z.: Ja.

Präf.: Es war Ihnen also auch bekannt, daß in der Regel bei dergartigen Gründungen höhere Summen als Provision berechnet werden. Hielten Sie diesen Preis von 195 000 Thlrn. für angemessen dem Werk, auch selbst einschließlich der Provision?

Z.: Ja.

Präf.: Kannten Sie das Werk genauer?

Z.: Ja, ich hatte verschieden . . .

Präf.: Ja so, das ist dasselbe, was Sie bereits ausgesagt haben.

Verth. D.=G.=Anw. Abel: Hatte Ihnen der Fehland früher Anträge gestellt, in irgend ein Commandit- oder Societätsverhältniß mit ihm zu treten?

Z.: Ja, das hat er gethan.

Verth. D.=G.=Anw. Abel: Wann war das?

Z.: Etwa ein Jahr früher, da fehlten ihm die Mittel, und er bot es mir und zwei anderen Herren an.

Präf.: Darauf haben Sie sich nicht eingelassen?



Z.: Ja, wir hatten wohl Lust dazu, aber wir durften es ohne Genehmigung des Aufsichtsraths der Ilseeder Hütte nicht thun.

Berth. Abel: So daß Sie auch abgesehen von den Geschäftsbeziehungen das Werk wohl genau kannten?

Z.: Ja.

Berth. Abel: Hatten Sie auch eine Vorstellung über die Anlagekosten?

Z.: Nein, ich kannte das Werk nur in sofern, als Fehland auseinanderlegte, wie viel er verdienen würde, wenn die beabsichtigte Erweiterung vollständig fertig wäre.

Berth. Abel: Wie viel von den Aktien haben Sie jetzt noch?

Z.: Ich glaube noch 9000 Thlr.

Staatsanw.: Hatten Sie die Absicht, die Aktien länger zu behalten oder sie von vorn herein wieder zu verkaufen?

Z.: Ich wollte sie behalten als Kapitalanlage.

Staatsanw.: Wann haben Sie die Fabrik gesehen? bei Ihrem Besuch im Herbst 1872?

Z.: Ja, auch.

Staatsanw.: Die Anlagekosten haben Sie nicht gekannt?

Z.: Nur was Fehland mir mitgetheilt hat, und das war nicht ganz genau.

Staatsanw.: Sie haben sich schon in Ihrem Gutachten darüber geäußert, daß der Preis angemessen sein würde. Sie haben besonders dabei darauf Rücksicht genommen, daß günstige Verträge vorlagen. Ist Ihnen vielleicht davon etwas bekannt geworden, wie viel das betragen hat?

Z.: Nein, so viel ich weiß, hat er es in den Kaufpreis eingerechnet.

Staatsanw.: Sie meinen, in die Summe von 195 000 Thlrn.

Z.: Ja.

Staatsanw.: Es ist außerdem Fehland noch ein Fixum von 75 000 Thlrn. zugesichert für den Fall eines genügend hohen Gewinnes nach Ablauf des ersten Geschäftsjahres. Also, wenn man das zurechnet, halten Sie den Preis auch noch für angemessen?

Z.: Nach den damaligen Konjunkturen entschieden.

Präf.: Ich mache übrigens darauf aufmerksam, daß das in dem Prospekt enthalten ist, und außerdem sollte diese Summe erst gezahlt werden, nachdem die Aktionäre 15% erhalten haben würden.

Staatsanw.: Sie meinen also, ohne diese Kontrakte wäre die Fabrik auch noch 195 000 Thlr. werth gewesen. — Dann haben Sie in Ihrem Gutachten gesagt, diesen Gewinn von 120 000 oder 130 000 Thlrn. hätte man als dauernd ansehen können. Meinen Sie vielleicht, daß der Nutzen

auch über das Jahr 1873 hinaus zu realisiren gewesen wäre? Wie mir scheint, haben Sie nur von dem Jahre 1873 gesprochen. Konnte man annehmen, daß der Nutzen wirklich realisirt werden würde?

Z.: Man konnte nicht voraussehen, daß die Konjunkturen zurückgehen würden.

Staatsanw.: Für die folgenden Jahre auch?

Z.: Das kam ganz auf die Konjunkturen an.

Staatsanw.: Die günstigen Kontrakte bestanden hauptsächlich darin, daß Roheisen in der billigen Zeit gekauft war. Würden Sie nun, wenn die Konjunkturen so geblieben wären wie im Jahre 1873, auch da noch den Preis für angemessen erachtet haben?

Z.: Ja gewiß.

Verth. D.-G.-Anw. Abel: Ich möchte noch einmal bestimmt anfragen, ob der Zeuge sich erinnert, daß er vor Ankauf der Aktien diesen Prospekt gelesen hat.

Z.: Ja gewiß.

Staatsanw.: Es hat Herr Haeussler bemerkt, daß der Erwerbs- resp. Herstellungspreis der Fabrik 60 000 bis 80 000 Thlr. weniger als die Summe von 195 000 Thlrn. betrüge. Ich möchte gern wissen, welcher Werth unter dieser Summe von 195 000 Thlrn. verstanden werden soll, ob ein anderer Werth, Spekulationswerth oder dergleichen?

Z.: Das Kapital richtet sich doch nach dem Zinsertrag, den es einbringt; danach war es also eine noch viel größere Summe werth.

Staatsanw.: Sie setzen dabei voraus, daß die Konjunkturen sich so gestalteten. Halten Sie Ihre Ansicht auch noch für richtig, da die Konjunkturen nicht dieselben blieben? Hat das Werk später noch diesen Werth von 195 000 Thlrn. für die Gesellschaft repräsentirt?

Z.: In der Zeit jedenfalls.

Staatsanw.: Würden Sie auch noch im Jahre 1873 den Werth eben so hoch beziffert haben, als die Konjunkturen etwas geringer waren?

Z.: Ja gewiß, da auch noch.

(Der Zeuge wird auf Antrag des Verth. D.-G.-Anw. Abel seinem Wunsche gemäß entlassen).

Es folgt die

Vernehmung des Hoflieferanten Ernst Rohsahl aus Braunschweig, 40 Jahre alt.

(Derfelbe leistet den Zeugeneid).

Präf.: Sie haben Aktien des Braunschweiger Walzwerks gekauft?

Z.: Jawohl.

Präs.: Wann haben Sie diese Aktien gekauft?

Z.: Nach Lesung des Prospektes.

Präs.: Unmittelbar? In der Zeit, die dort angegeben ist?

Z.: Jawohl.

Präs.: Wie viel haben Sie da gekauft?

Z.: 3000 Thlr.

Präs.: Das waren also 15 Aktien?

Z.: Es ist reduzirt worden auf 10 Aktien.

Präs.: Aus welchem Grunde ist es reduzirt?

Z.: Weil sie überzeichnet waren.

Präs.: So viel bis jetzt vorgekommen ist, sind die Aktien nicht voll gezeichnet.

Z.: Ich habe einen Schein darüber, er liegt in einem Erkenntniß, ich habe geglaubt, er würde hier anwesend sein.

Präs.: Wodurch wurden Sie zu dieser Aktienzeichnung veranlaßt?

Z.: Theilweise zunächst durch den Prospekt, nachdem ich ihn gelesen hatte. Ich habe mir den Prospekt ganz genau angesehen und fand zunächst in Betreff des Kaufpreises von 195 000 Thlrn. . . .

Präs.: Ja, da stand doch noch etwas dabei.

Z.: Ja, „mit Provision“; ich habe das als eine Provision angesehen für den Ankauf selbst, da mir bekannt war, daß das Verkaufsgeschäft durch den Agenten Herrn Meyer veranlaßt war, und habe mir gesagt, diese Provision wird vielleicht 2% oder dergleichen betragen.

Präs.: Glaubten Sie, daß man das ausdrücklich dabei setzen würde, wenn es nur wenig wäre?

Z.: Ja, ich habe eben gelesen, daß „Provision“ dabei stand, und habe das darin gefunden.

Präs.: Haben Sie sich nicht irgendwo genauer erkundigt?

Z.: Ja allerdings! Ich habe in der Zeit mit der Creditanstalt verschiedentlich Vermittlungsgeschäfte gemacht und habe mich auch über den Kaufpreis wohl gewundert und habe auch dieses der Zeit auf der Zahlstelle oder zu dem Kassirer geäußert.

Präs.: Wo haben Sie die Zeichnung vorgenommen?

Z.: Auf der Creditanstalt.

Präs.: Persönlich?

Z.: Ja.

Präs.: Aber Sie haben, obgleich Sie da waren, nicht gefragt: worin besteht denn die Provision?

Z.: Ich habe mich über das ganze Werk vorher, ehe ich gezeichnet

habe, ausgesprochen, und da ist mir gesagt worden, daß der Werth des Werkes in den Maschinen u. s. w. läge.

Präf.: Wer hat Ihnen denn das gesagt?

Z.: Das kann ich heute so genau nicht mehr sagen.

Präf.: Waren es Personen, die auf der Creditanstalt beschäftigt waren?

Z.: Ja, jedenfalls, ich habe in der Zeit häufig verschiedene Papiere . . .

Präf.: Haben Sie namentlich mit einem der Angeklagten darüber gesprochen?

Z.: Nein, das habe ich nicht.

Präf.: War das die erste Aktienzeichnung, die Sie vorgenommen haben? Haben Sie vorher schon bei dergleichen Zeichnungen sich theiligt?

Z.: Jawohl, ich kann aber nicht sagen, ob es früher gewesen ist. Ich habe auch Aktien der Berliner Nordbahn gezeichnet.

Präf.: Haben Sie das immer nur auf Grund des Prospektes gethan?

Z.: Ueber die Nordbahn, glaube ich, habe ich keinen Prospekt gelesen, das wüßte ich wenigstens nicht. Ich habe stets, wenn ich etwas habe kaufen wollen, mir Rath darüber geholt.

Präf.: Bei wem?

Z.: Bei den Herren, die dort auf der Creditanstalt angestellt sind.

Präf.: Bei den hier gegenwärtigen Angeklagten?

Z.: Nein, bei denen nicht. — Ich habe auch Creditanstaltsaktien gekauft zum Course von 112 und weiß noch ganz speciell, daß ich jedesmal darüber gesprochen hatte, und so ist es auch hier gewesen. Und dann war es auch betreffs des Prospektes; ich habe es als eine Kapitalanlage nehmen wollen.

Präf.: Ich wollte eben fragen, wollten Sie die Aktien nicht wieder verkaufen?

Z.: Nein, ich bin sogar einmal von Meyersfeld danach gefragt worden; er sagte mir, die Aktien würden in Berlin gekauft, und fragte mich, ob ich sie nicht verkaufen und ihm zu dem Zwecke in Kommission geben wollte.

Präf.: Sagte er auch dabei zu welchem Course?

Z.: Er hat mir gesagt, annähernd 130, so würden sie in Berlin notirt. Da habe ich gesagt, was sie Anderen werth wären, wären sie auch für mich werth. Ich wollte sie als Kapitalanlage behalten.

Präf.: Zu welchem Course haben Sie sie gekauft?

Z.: Zu 105.

Präf.: Das war Ende Dezember?

Z.: Ja wohl.

Präf.: Und zu welcher Zeit war es, als Meyersfeld Ihnen das Anerbieten machte?

Z.: Im Frühjahr, März oder April.

Präf.: Da hätten Sie sie verkaufen können?

Z.: Nein durchaus nicht. Er hat mir später gesagt, es würde nichts genützt haben, wenn ich sie ihm gegeben hätte; in Berlin würden sie eigentlich gar nicht abgesetzt.

Präf.: Haben Sie die Courszettel verfolgt?

Z.: Nein, ich habe ja damit keine Geschäfte machen wollen. Ich habe sie als Kapitalanlage betrachtet.

Präf.: Wie kamen Sie darauf, anzunehmen, daß die Provision nur 20%, wie Sie sagten, betrüge?

Z.: Ich habe geglaubt, daß das eine Provision sein solle für die Bemühungen bei der Vermittlung des Verkaufs.

Präf.: Sie haben sich das wohl so zurecht gelegt in Ihren Gedanken, aber gefragt haben Sie einen solchen, der es Ihnen hätte sagen können nicht, wie viel die Provision wäre?

Z.: Nein, das habe ich nicht.

Präf.: Wenn Sie nun gewußt hätten, wie hoch die Provision in der That sich belaufen hat, also 50 000 Thlr. resp. 5000 Thlr. für Meyer, würden Sie dann auch die Aktien gezeichnet haben?

Z.: Nein.

Präf.: Warum nicht?

Z.: Weil ich dann deutlich gesehen hätte — ich habe ja so schon Zweifel in den Werth des Werkes von vorn herein gesetzt — ich hätte mir dann gesagt: es ist ein Drittel über den Kaufpreis bezahlt worden.

Präf.: Glauben Sie, daß das Werk sich hätte rentiren können, wenn es mit diesem Preise bezahlt gewesen wäre?

Z.: Darüber habe ich mir keine Frage aufgeworfen.

Präf.: Nun, dann ist es auffallend, daß Sie eben sagen, Sie würden nicht gekauft haben, weil es nicht so viel werth gewesen wäre.

Z.: Ja, als Geschäftsmann würde ich mich nicht betheiligt haben, wenn etwas über den Werth gezahlt wird.

Präf.: Was verstehen Sie unter dem Werth? Den Werth der Anschaffung, wie es gebaut werden kann, oder den Spekulationswerth?

Z.: Nein, wofür es angeschafft werden kann!

Präs.: Also zu welchem Betrage man eine Hypothek darauf hergeben würde?

Z.: Gewiß, zu dem Betrage, den es in Wirklichkeit hat.

Präs.: Ist es nicht möglich, daß bei derartigen Fabriken der Werth ein bedeutend höherer wird durch die eigenthümlichen Konjunkturen des Geschäfts, welches darin betrieben wird? Haben Sie sich das nicht gesagt?

Z.: Darüber habe ich mir keine Frage aufgeworfen, ich habe das für den wirklichen Kaufpreis gehalten, vielleicht mit Einschluß einer Kleinigkeit an Provision.

Präs.: Sie sagen, wenn Sie gewußt hätten, wie hoch die Provision gewesen war, dann würden Sie nicht gekauft haben? Wann sind Sie zu dieser Ueberzeugung gelangt, daß Sie das nicht gethan haben würden?

Z.: Vielleicht 1½ Jahr später, nachdem ich dahinter gekommen bin, daß diese Provision darin steckte.

Präs.: Daß Sie nun aber, wenn Sie zu der Zeit, als Sie kauften, dies gewußt hätten, dann nicht gekauft haben würden, würden Sie das behaupten?

Z.: Ganz gewiß!

Präs.: Können Sie sich so genau in die Zeit hineindenken?

Z.: O ja, ganz genau; ich habe das Werk von Anfang an gekannt, und habe mich gewundert, daß der Preis so hoch sei.

Präs.: Sie wußten also schon damals, daß so viel von der Gesellschaft dafür bezahlt war?

Z.: Ja wohl!

Präs.: Und wunderten sich, daß so viel gezahlt war?

Z.: Ja!

Präs.: Und doch haben Sie gezeichnet?

Z.: Weil ich nur das Aeußere des Werkes kannte. Mir ist gesagt, daß der Werth des Werkes in den Maschinen u. s. w. läge, und daß namentlich die Eisenindustrie und dergleichen günstig sei.

Präs.: Wenn nun 195 000 Thlr. bezahlt waren, wirklich bezahlt waren für das Werk, und Sie hätten unter diesen Umständen gezeichnet, so konnte es doch der Gesellschaft als solcher vollständig gleichgültig sein, was die Empfänger der 195 000 Thlr. mit diesem Gelde gemacht hätten? oder war es der nicht gleichgültig? Wenn sie einmal weggegeben waren für das Werk, konnte es doch der Gesellschaft gleichgültig sein, was die Empfänger damit machten!

Z.: O nein!

Präs.: Nicht?

Z.: Wenn etwas von dem Gelde fortgegeben wird, so wird die Gesellschaftskasse dadurch geschädigt.

Präs.: Sie verstehen meine Frage falsch. Wenn die Gesellschaft 195 000 Thlr. hinweggegeben hat, so hat sie die 195 000 Thlr. nicht mehr. Was nun derjenige, der die 195 000 Thlr. erhielt, mit dem Gelde machte, konnte das nicht der Gesellschaft gleichgültig sein?

Z.: Was Fehland damit machte?

Präs.: Ja wohl; ob darunter 55 000 Thlr. Provision waren, konnte doch der Gesellschaft gleichgültig sein?

Z.: Das weiß ich überhaupt nicht, wie ich das verstehen soll!

Präs.: Ich will nur wissen, wie Sie zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß, wenn Sie gewußt hätten, daß in diesen 195 000 Thln. eine solche Provision steckte, dieser Umstand Sie veranlaßt haben würde, nicht zu zeichnen?

Z.: Weil ich dann gewußt hätte, daß von dem Kapital, das ich zu meinem Antheil zahlte, ein Theil läge, der überhaupt gar nicht zum Nutzen der Gesellschaft verwendet wurde, der zu Privat Zwecken verwendet wurde. Also wenn ein solcher Zweck vorhanden war, so ist es dasselbe, als wenn ich aus meinem Geschäfte etwas vorweg nehmen und mein Nachfolger hätte die Sachen zu dem vollen Preis bezahlt, ohne daß sie den Werth hatten.

Berth. D.-G.-Adv. Huch: Sie sind Hoslieferant; darf ich fragen, in welcher Branche Sie arbeiten?

Z.: Ich bin Schweineschlächter.

Berth. Huch: Es besteht in Braunschweig, so viel ich höre, eine Gesellschaft, deren Aufgabe es war, mit allen möglichen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die geschädigten Aktionäre zu ihrem Schaden gelangten. Gehören Sie dazu, haben Sie sich bei dem Prozesse betheiligt?

Z.: Ja gewiß!

Berth. Huch: Und haben sich zur Aufgabe gestellt, mit allen — natürlich erlaubten Mitteln dahin zu wirken, daß diese Prozesse durchgeführt würden?

Z.: Ja wohl! Der Prozeß ist bereits geführt und in zwei Instanzen ungünstig für uns entschieden.

Berth. Huch: Sie sagten ferner, daß Sie geglaubt hätten, daß die Provision, von der im Prospekt die Rede war, eine von geringerer Bedeutung sei, welche Herrn Meyer für seine Vermittelung zukäme?

Z.: Ja wohl!

Berth. Huch: Sie werden doch wahrscheinlich, da Sie Geschäftsmann sind, dasjenige gewußt haben, was damals jeder Mensch gewußt hat, daß

die Gründer nicht zum Spaß gründen, sondern daß Sie für das Risiko etwas dabei verdienen wollen. Sie werden doch wissen, die Creditanstalt ist doch Banquier?

Z.: Ja wohl!

Berth. Huch: Und ihre Geschäfte bestehen darin, daß Sie spekulirt und zwar um dabei zu verdienen. Was glauben Sie nun, wenn diese Provision, von der im Prospekt die Rede war, Herrn Meyer zugekommen wäre und der Rest des Kaufpreises von 195 000 Thln. Herrn Fehland, — was würde dann der Creditanstalt und den übrigen Herren, die dabei theilhaftig waren, für das Risiko nicht allein, sondern auch für ihre kolossale Mühe, — was würde dann deren Nutzen gewesen sein?

Z.: Meine Herren, ich habe mir über Aktienverhältnisse einen ganz anderen Begriff gemacht als heute; ich habe geglaubt, daß das Werk Fehland — und ich hatte auch kurz zuvor Gelegenheit, mit anderen Leuten darüber zu sprechen — zu groß wäre, daß er wahrscheinlich den finanziellen Verhältnissen nicht gewachsen sein würde, und da habe ich unter Gründung einer Aktiengesellschaft verstanden oder sicher angenommen, daß es ihm Bedürfnis wäre, fremde Mittel hereinzuziehen, und der Zweck, bei der Gründung zu verdienen, ist mir nicht entfernt bekannt gewesen.

Berth. Huch: Sie werden aber jetzt einräumen, daß damals überall, wo gegründet wurde, namentlich von Banquiers u. s. w., also in einer Geschäftsbranche, die dem Banquier an und für sich zu stand, verdient wurde. Das werden Sie doch einräumen?

Z.: Ja!

Berth. Huch: Ferner haben Sie ersthin geäußert von Hypothekenswerth und dergleichen. Als guter Braunschweiger wissen Sie doch, daß Hypotheken auf Fabriken sehr schwer zu bekommen sind? Also wenn man danach den Werth einer Fabrik beurtheilen würde, würde das sehr unangenehme Konsequenzen ergeben haben.

Z.: Ich habe überhaupt von Hypotheken nichts gesprochen; ich kenne das nicht und weiß nicht, wie schwer sie zu bekommen sind.

Berth. Huch: Dann habe ich aber wenigstens genau aus Ihrem Munde vernommen, daß Sie gesagt hätten, daß Sie den Werth des Etablissements nach dem Werth der Maschinen, der Gebäude u. s. w. beurtheilen?

Z.: Von Maschinen habe ich überhaupt keine Kenntniß.

Berth. Huch: Sie haben das vorher gesagt.

Z.: Dann haben Sie mich mißverstanden; ich habe gesagt, daß ich nach oberflächlichem Einblick in das Werk den Kaufpreis für hoch gehalten habe und daß mir darauf gesagt ist, der Werth läge in den Maschinen.

Berth. Huch: Nun erlauben Sie, wenn Sie eine Fabrik haben und



die geht nicht, was nützen Ihnen dann Gebäude und Maschinen? Offenbar nichts! Nicht wahr? — Haben Sie aus dem Prospekt nicht ersehen, daß der ganze Prospekt sich dreht um die geschäftliche Erweiterung des Etablissements, die schönen Aussichten, die abgeschlossenen Geschäfte, daß nicht aus den todten Häusern, sondern durch das lebendige Geschäft, was darin betrieben werden sollte, der Gewinn zu schöpfen war?

Z.: Jedenfalls habe ich das gelesen und dieser Theil des Prospektes ist es namentlich, der mich veranlaßt hat, zu kaufen, weil da gesagt ist, es sei mit Sicherheit für das erste Jahr eine Dividende von 15% zu erwarten, und jedenfalls, wenn auch ungünstigere Konjunkturen eintreten sollten, sei es eine gute Kapitalanlage. Der Theil des Prospektes hat mich dazu veranlaßt, und dann die Unterschrift der Herren hat vollständig jeden Zweifel bei mir beseitigt.

Berth. Huch: Ich bin vollständig zufrieden gestellt.

Berth. Anw. Abel: Sie sagen, in dem Prospekt haben Sie gelesen, daß eine Dividende von 15% zur Vertheilung kommen sollte, das habe Sie bestimmt zu zeichnen. Sie haben ferner gesagt, Sie hätten nicht geglaubt, daß die Gründer etwas davon bekämen. Sie haben doch gewußt, daß diese sämmtlich Geschäftsleute waren; glaubten Sie denn, daß Geschäftsleute einem anderen umsonst einen solchen Nutzen in die Tasche stecken?

Z.: Ich habe geglaubt, die Herren sind alle Geschäftsleute, sie haben sich auch daran betheilig, ihnen allein sind die 300,000 Thlr. zu viel geworden, und sie haben einen Betrag davon abgeben wollen.

Berth. Abel: Also Sie haben geglaubt, die Herren würden den anderen den Nutzen zuführen?

Z.: Sie haben jedenfalls einen Theil für sich behalten und uns die anderen mit 105 angeboten.

Berth. Abel: Dann haben Sie also auch gelesen, daß für den Cours von 105 auch schon der Geschäftsnutzen an die neuen Aktionäre überging, der seit dem 1. Oktober erzielt war?

Z.: Das habe ich mir auch berechnet, daß das für drei Monate  $3\frac{3}{4}\%$  waren.

Berth. Abel: Und woher glaubten Sie also, daß die Kosten herkämen?

Z.: Ich habe mich überhaupt an solchen Unternehmungen noch nicht betheilig, sonst wüßte ich auch heute noch nichts davon. Ich bin Geschäftsmann.

Berth. Abel: Als Schlächter müssen Sie doch wissen, mit wie hohem Nutzen namentlich die Schlächter arbeiten?

Z.: Ja wohl! das verdienen sie auch, weil jeder Arbeiter seines Lohnes

werth ist. Ich habe ja nicht gewußt, daß hier ein Lohnverdienen dabei ist, ich habe mir die Sache so dargelegt, daß Kapital dazu erforderlich sei, und daß zu diesem Zwecke der Verkauf der Aktien stattfinde.

Staatsanw.: Sie haben angenommen, daß der Nutzen, den die Gründer behalten wollten, hauptsächlich darin läge, daß sie 140 000 Thlr. von diesen profitablen Aktien für sich behielten?

Z.: Ja gewiß!

Staatsanw.: Also daß sie nicht das ganze Kapital für sich behalten wollten, und daß die Leute ihren Vortheil mit darin suchten, daß sie einen großen Theil des guten Unternehmens für sich behielten und die Dividende auch noch später bezogen?

Z.: Ja, ganz gewiß!

Staatsanw.: Und außerdem haben Sie berücksichtigt das Agio von 5 %, mit dem die Aktien emittirt wurden?

Z.: Jedenfalls.

Berth. Ob.=Ger.=Anw. Abel: Wenn Sie nun gewußt hätten, daß bei der Gelegenheit allerlei Materialien mit verkauft waren, die 30 000 Thlr. unter Werth gekauft waren, und wenn Sie gewußt hätten, daß aus den Lieferungsverträgen, die mit übergegangen sind, mehr als 100 000 Thlr. Nutzen in sicherer Aussicht waren, würden Sie sich dann gescheut haben, diese Aktien zu zeichnen, wenn Sie auch auf der andern Seite gewußt hätten, wie es mit der Provision stand?

Z.: Jedenfalls hätte ich auch gezeichnet, wenn ich wußte, daß die Fabrik billiger gekauft wäre, als sie Werth hatte.

Berth. Adv.=Anw. Abeken: Wenn ich den Zeugen recht verstanden habe, so hat er vorher gesagt, er hätte nicht geglaubt, daß bei der Ausbietung der Aktien ein Gründergewinn dabeilag. Nun sind Sie aber schon früher einmal vernommen in dieser Sache vor dem Herrn Staatsanwalt. Wie kam diese Vernehmung? Hat er Sie dazu vorgeladen?

Z.: Jawohl! durch den Gerichtsdienner, durch eine ordnungsmäßige Vorladung.

Berth. Abeken: Nun, damals sollen Sie gesagt haben nach dem Protokoll, was darüber aufgenommen ist, — das hat der Herr Staatsanwalt selbst aufgenommen — . . .

Z.: Jawohl, der Herr Assessor Reinbeck (auf den Staatsanwalt deutend) hat es aufgenommen.

Berth. Abeken: ... nach diesem Protokoll sollen Sie gesagt haben: es war allerdings dabei bemerkt, daß zu diesem Kaufpreis eine Provision für die Gründer hinzugerechnet sei. So weit ich es aus meinen Notizen lesen kann, ging daraus hervor, daß Sie damals schon die Ansicht hatten und wußten oder

glaubten, daß allerdings ein Gründergewinn darin steckte. Ich beantrage deshalb, daß dieser Passus — er steht auf Fol. 213 — doch einmal vorgelesen wird, weil es doch auffallend ist, daß Sie damals diese Angabe gemacht haben, während Sie jetzt nichts von einem Gründergewinn gewußt haben.

Staatsanw.: Das scheint mir weiter nicht zu differiren. Er hat angenommen, es wäre eine Vermittelungsgebühr für Meyer.

Berth. Abeken: Meyer ist doch kein Gründer; ich möchte doch gern, daß es vorgelesen wird.

Berth. Ob.-Ger.-Anw. Abel: Der Zeuge hat hier ausdrücklich gesagt, er habe geglaubt, das wäre eine Provision für Meyer.

Präs.: Wußten Sie denn überhaupt, daß Meyer die Sache gemacht hatte?

Z.: Ja, das war mir bekannt, und ich konnte mir doch auch sagen, daß der Verkauf Mühe machte und daß Kosten darin liegen.

Berth. Abeken: Ich möchte doch um die Verlesung bitten.

Z.: Ich habe damals die Wahrheit gesagt und auch heute.

Berth. Abeken: Jawohl, das glaube ich, aber Sie sehen doch, das Gedächtniß spielt oft wunderliche Streiche.

Präs.: Es ist kein Protokoll, sondern eine Polizeinotiz. Der betreffende Passus lautet: „Es war allerdings dabei bemerkt, daß diesem Kaufpreise eine Provision für die Gründer hinzugerechnet sei, doch nahm ich an, daß diese Provision nicht so bedeutend sei, daß sie die Gestalt der Kaufsumme erheblich verändern könne, vielmehr allerhöchstens nur einige tausend Thaler betrage, weil ja sonst der Zweck, den die Angabe der Kaufsumme nur haben konnte: nämlich das Publikum, welches sich an dem Unternehmen betheiligen sollte, über den Werth und damit über die Ertragsfähigkeit des zu betreibenden Werkes zu orientiren, ganz verfehlt wurde.“

Hätte ich gewußt, daß die Provision — wie ich später erfahren — zwischen 50 000 und 60 000 Thaler betrage, so würde ich mich, darüber bin ich keinen Augenblick im Zweifel, an dem Unternehmen nicht betheiligt haben, weil es unter solchen Umständen ein rentables nicht wohl werden konnte.“

Berth. Abeken: Ich wollte eben darauf aufmerksam machen, daß das nicht recht zusammen stimmt.

Berth. Ob.-Ger.-Anw. Huch: Diese Vernehmung veranlaßt mich, um eine Aufklärung zu bitten. Der Zeuge hat gesagt, es wäre ihm durch den Gerichtsdiener befohlen, zu kommen; wohin, hat er nicht gesagt — ich habe angenommen, zum Untersuchungsrichter. Der Herr Präsident bemerkte eben, daß eine polizeiliche Aufnahme vorläge. Ich möchte gern wissen, wer diese Polizeibehörde ist, die das aufgenommen hat? Der Herr

Staatsanwalt steht ja zu der Untersuchung doch in dem Verhältniß einer Partei, gerade so wie der Angeklagte, wie die Vertheidigung, so auch der Staatsanwalt. Ich glaube nicht, daß das Gesetz, — die Prozeßordnung ihm Rechte einräumt, daß er Akte aufnehmen darf, die unter Umständen von größter Wichtigkeit werden können, die dazu dienen können, Zeugen, wie es eben von anderer Seite zu konstatiren versucht ist, zu unrichtigen Aussagen zu veranlassen. Der §. 27 der Prozeßordnung sagt ausdrücklich, daß weder die Staatsanwälte noch die sonstigen Beamten der gerichtlichen Polizei befugt sind, Zeugen und Sachverständige durch gerichtliche Befehle vor sich zu laden, und derartige von ihnen aufgenommene Protokolle haben keinen öffentlichen Glauben.

Präs.: Ich sehe nicht ein, wozu das hier führen soll?

Berth. Huch: Ich wollte nur konstatiren, ob der Herr Staatsanwalt legal verfahren ist.

Staatsanw.: Das glaube ich eben. Der §. 27 der Strafprozeßordnung lautet ja allerdings: „Weder die Staatsanwälte noch die sonstigen Beamten der gerichtlichen Polizei sind befugt, Zeugen, Sachverständige oder Angeklagte durch einen Befehl vor sich zu laden und von ihnen über derartige Untersuchungen aufgenommenen Protokolle haben keinen öffentlichen Glauben.“ Nun hat wahrhaftig doch die Strafprozeßordnung nicht bestimmen wollen, daß Staatsanwälte und sonstige Polizeibeamte nicht das Recht haben sollten, mit irgend welchen Leuten aus dem Publikum zu konferiren und das Publikum ersuchen zu lassen, ihre Angaben da zu machen. Die Staatsanwälte haben doch die Aufgabe, die Vergehen zu ermitteln, die Zeugen zu ermitteln, Beweismittel, insbesondere Zeugen ausfindig zu machen, und dazu ist erforderlich, daß sie die Leute befragen können und müssen, ob sie überhaupt von der Sache etwas wissen. Der Sinn ist einfach, daß sie kein gerichtliches Imperium haben, daß sie die Leute nicht zwingen können, zu erscheinen. Wenn also z. B. Herr Rohfahl nicht kommen wollte, dann konnte er es bleiben lassen, dann konnte ich ihn nicht zwingen. Ich habe ihn ersuchen lassen, zu kommen; wenn er es als Befehl aufgefakt hat, kann ich nichts dafür. Das kommt ja täglich vor; der Untersuchungsrichter gebraucht dann die Beweismittel weiter. Es wäre doch wunderbar, wenn gerade der Staatsanwalt, der die Beweismittel herbeischaffen soll, mit einer chinesischen Mauer umgeben würde, daß er mit dem Publikum nicht konferiren dürfte.

Berth. Ob.=Ger.=Adv. Huch: Der Zeuge hat von einem ausdrücklichen Befehl und zwar durch den Gerichtsdiener gesprochen. Es war ganz in der Ordnung, daß ich auf dem Paragraphen fußte, um die Illegalität zu behaupten. Ferner glaube ich nicht, daß diese Privatermitte-

lungen in Form von Protokollen zu den Untersuchungsakten kommen durften.

Staatsanw.: Allerdings, als Aktenstücke, welche von der Staatsanwaltschaft aufgenommen waren, habe ich es zu den Akten gegeben.

Ungef. Häusler: Ich möchte bitten, folgendes zu konstatiren aus dieser eben behandelten Materie, die noch weiter Gegenstand der Unterhaltung sein wird, daß bereits unter dem 2. Oktober von Seiten der Staatsanwaltschaft Anträge an den Untersuchungsrichter gegangen sind, die Zeugen zu vernehmen, daß dann die Vernehmungen dieser Zeugen Seitens des Staatsanwalts stattgefunden haben in vier verschiedenen Abschnitten, am 4. Oktober, 13. Oktober, 14. Oktober, 16. Oktober, und daß irgend welche weiteren Vernehmungen dieser Zeugen in der Voruntersuchung nicht stattgefunden haben.

Präs.: Die Zeugen Rohsahl, Stegmüller, Stoffregen, Bewig und Dempewolf sind allerdings nur Seitens der Staatsanwaltschaft vernommen.

Staatsanw.: Das ist richtig. Wenn der Untersuchungsrichter es nicht für erforderlich gehalten hat, die Zeugen seinerseits zu vernehmen, so ist das seine Sache.

Vernehmung des Zeugen Partikulier Heinrich Stegmüller  
aus Braunschweig, 77 Jahre alt.

(Derfelbe leistet den Zeugeneid.)

(Zeuge will dem Präsidenten ein Schriftstück behufs Vorlesung übergeben, dasselbe wird zurückgewiesen.)

Präs.: Sie haben auch Walzwerksaktien gekauft; wie viel?

Z.: Zwei.

Präs.: Wann?

Z.: Bei der Zeichnung.

Präs.: Wo?

Z.: Auf der Creditanstalt.

Präs.: Sind Sie da persönlich hingegangen?

Z.: Ja!

Präs.: Was hat Sie bestimmt, diese Aktien zu zeichnen?

Z.: Der Prospekt.

Präs.: Hatten Sie ihn denn gelesen?

Z.: Ja!

Präs.: Wo denn?

Z.: In Braunschweig, im Tageblatt wahrscheinlich.

Präs.: Haben Sie denn ohne Weiteres auf Grund des Prospektes gezeichnet?

Z.: Ja!

Präs.: Haben Sie nicht Veranlassung genommen, sich erst näher zu erkundigen?

Z.: Nein, die Leute waren mich als ehrliche Männer bekannt, und ich setzte deshalb keinen Zweifel in das, was sie sagten.

Präs.: Hat ein besonderer Satz in dem Prospekt Sie veranlaßt, zu zeichnen?

Z.: Ja, der Nachsatz, daß auch, selbst wenn ungünstigere Konjunkturen eintreten sollten, es doch eine gute Kapitalanlage sein würde.

Präs.: Sie wissen also, daß die Braunschweigische Creditanstalt darunter stand. Kannten Sie auch die Mitglieder der Direktion und des Aufsichtsrathes, die am Kopf des Prospektes verzeichnet waren?

Z.: Ja, dem Namen nach.

Präs.: Kannten Sie namentlich den Direktor, Ingenieur Fehland?

Z.: Den habe ich nicht persönlich gekannt.

Präs.: Kannten Sie denn das Werk schon?

Z.: Auch nicht.

Präs.: Hatten Sie aber von dem Werk gehört?

Z.: Das hatte ich gerade nicht.

Präs.: Sie konnten also auch nicht beurtheilen, ob der Preis ein angemessener war?

Z.: Ich habe es so angenommen, weil die Herren es so angenommen hatten.

Präs.: Sie glaubten, diese müßten das geprüft haben, daß sich alles so verhielte?

Z.: Ja.

Präs.: Und darauf hin haben Sie, lediglich im Vertrauen auf die Namen, gezeichnet?

Z.: Ja.

Präs.: Glauben Sie, daß wenn Ihnen bekannt gewesen wäre, daß die Provision, die doch da mit benannt war, . . .

Z.: Ja, ich glaubte aber, das wären die 5 % über pari.

Präs.: Dann haben Sie wohl den Prospekt nicht ordentlich gelesen? Es stand doch drin, daß für dieses Agio die Dividende des ersten Vierteljahres mit an die Käufer überging.

Z.: Das mag wohl sein, das habe ich nicht so gekannt.

Präs.: Sie sind aber der Meinung gewesen, daß die Provision, die oben erwähnt ist, mit unter den 105 % steckte?

Z.: Ja.

Präs.: Haben sich aber nachher überzeugt, daß Sie nicht ordentlich gelesen hatten?

Z.: Ich habe mich nur da erst überzeugt, wie die Provision bekannt wurde, daß es 55 000 Thlr. waren; das konnte ich nicht denken.

Präs.: Hatten Sie früher schon außer dieser Gründung sich an anderen derartigen Sachen betheiligt?

Z.: Nein, an Gründungen nicht. Ich habe Aktien von der Bank und von der Creditanstalt.

Präs.: War Ihnen nie zu Ohren gekommen, daß, wenn dergleichen Gründungen vorgenommen würden, die Gründer sich eine sehr erhebliche Provision nähmen?

Z.: Nein, ich habe wohl von Provisionen gehört, aber nicht von solchen hohen Provisionen.

Präs.: Was verstehen Sie darunter?

Z.: Nun, vielleicht 10- bis 15 000 Thaler.

Präs.: Das wäre also eine angemessene Provision gewesen, meinen Sie? Wenn nun das 50 000 Thlr. betragen hat und Ihnen das bekannt gewesen wäre, glauben Sie, daß Sie damals gezeichnet hätten?

Z.: Nein.

Präs.: Warum nicht?

Z.: Weil ich mich dann sagen mußte, dann geht so viel fort und dadurch wird das Werk geschädigt.

Präs.: Warum denn?

Z.: Weil die Mittel dann fehlen.

Präs.: Wenn nun aber diese 50 000 Thlr. in den 195 000 Thlrn. steckten?

Z.: Wenn das Werk so viel werth war, dann war es ganz berechtigt.

Präs.: Ueber den Werth des Werkes aber, sagen Sie, hätten Sie keine Kenntniß gehabt?

Z.: Nein, ich hatte nur das Vertrauen, daß die Herren kein Werk über den Preis kaufen würden.

Präs.: Zu welchem Zwecke haben Sie denn diese beiden Aktien gekauft?

Z.: Ich wollte sie liegen lassen.

Präs.: Sie hatten sie gekauft zum Course von 105%. Ist Ihnen bekannt, daß der Cours bald nachher sehr bedeutend gestiegen ist?

Z.: Ja, ich glaube in den ersten drei Monaten.

Präs.: Wissen Sie, bis zu welcher Höhe?

Z.: Nein, das weiß ich nicht.

Präs.: Es steht fest, daß sie gestiegen sind bis 139 $\frac{1}{2}$ . Haben Sie nicht daran gedacht, die Aktien zu verkaufen, um damit ein gutes Geschäft zu machen?

Z.: Nein, ich habe geglaubt, daß es sichere Papiere wären, die eine gewisse Rente abgeben könnten.

Präs.: Als Sie aber merkten, daß die Aktien fielen? . . .

Z.: Ja, ich glaubte immer noch, daß sie gut seien.

Präs.: Sie fielen aber doch nicht auf einmal?

Z.: Sie gingen sehr schnell herunter; ich kann die Courzzettel nicht immer so verfolgen.

Präs.: Sie fielen doch nicht von der Höhe von 139 $\frac{1}{2}$  auf einmal so plötzlich?

Z.: Sie sind aber später sehr schnell heruntergegangen.

Präs.: Dachten Sie auch da nicht daran, zu verkaufen?

Z.: Nein, ich dachte doch, daß sie nachher wieder steigen würden. Ich wollte sie nicht mit Schaden verkaufen.

Präs.: Haben Sie die Aktien gegenwärtig noch?

Z.: Ja!

Präs.: Sie sind auch klagbar geworden gegen die Creditanstalt? Es liegen Akten vor, wonach Sie als Kläger gegen die Braunschweigische Creditanstalt aufgetreten sind beim Handelsgericht Braunschweig; der Prozeß ist durch zwei Instanzen gegen Sie entschieden, Sie sind mit der Klage zurückgewiesen. Ist das richtig?

Z.: Ja, das ist richtig.

Präs.: Waren Sie nicht darauf gekommen, daß es wohl zweckmäßig wäre, nochmals bei der Creditanstalt oder einer der anderen Personen, die dort verzeichnet waren, anzufragen, wie viel Provision ist denn das eigentlich?

Z.: Nein.

Präs.: Weil Sie eben meinten, Sie steckten in den 105%?

Z.: Jawohl.

Berth. Ob.=Ger.=Adv. Huch: Ich bin nicht klar darüber geworden, was Sie von der Provision gemeint haben, die noch in den 195 000 Thln. stecken sollte? -

Z.: Ich bin kein Kaufmann, ich konnte da mich nicht klar drüber werden.

Berth. Huch: Ich sollte denken, daß in der Vernehmung, die auch mit Herrn Stegmüller vorgenommen ist, er gesagt hat, daß in den 195 000 Thln. „inklusive Provision“ die Provision der Gründer gemeint sei. Ich müßte mich sehr irren.



Z.: Nein, in den 5% über pari.

Berth. Huch: Das mag wohl sein; in dem Prozesse haben Sie sich so ausgesprochen. — Erlauben Sie, Herr Präsident! es war ersthin die Rede davon, der vorige Zeuge sollte sich nicht ganz klar ausgesprochen haben, bei diesem wissen wir es ganz genau.

Präf.: Ich werde es vorlesen. Es heißt hier: „Ich mußte daher glauben, daß jene Provision im äußersten Falle nur einige tausend Thaler betragen wird. Keinenfalls aber, wie ich später erfahren habe 55,000 Thlr. also über ein Dritttheil des Kaufpreises. Es behielten ja auch die Gründer durch die 5% über pari, mit denen die dem Publikum offerirten Aktien emittirt wurden, eine angemessene Provision und war ich auch mit aus diesem Grunde des Glaubens, daß jene dem Kaufpreis zugeschlagene sich nicht so sehr hoch beziffern könnte.“

Sie haben also hier gesagt, die Gründer hätten außer der Provision noch die 5% erhalten und Sie hatten gemeint, die Provision möchte aber höchstens einige tausend Thaler betragen haben.

Z.: Das kann ich nicht genau wissen.

Präf.: Das war am 30. September 1876.

Berth. Ob.=Ger.=Adv. Huch: Es ist Ihnen doch bekannt, Herr Stegmüller, was das Resultat gewesen ist? Das Erkenntniß des Herzoglichen Obergerichts sagte: daß Sie den Prospekt entweder nicht gelesen, oder wenn gelesen, nicht verstanden hätten.

Z.: Ja wohl, das mag wohl sein.

Berth. Ob.=Ger.=Anw. Abel: Heute sagen Sie, Herr Stegmüller, Sie hätten geglaubt, die Provision möchte etwa mit 10= bis 15 000 Thalern angemessen gewesen sein. Was meinten Sie nun, wer die gekriegt hätte?

Z.: Heute hätte ich das gesagt?

Präf.: Jawohl!

Berth. Abel: Gewiß! Wer dachten Sie denn, hätte die gekriegt? Die Gründer?

Z.: Nun ja, aber ich habe keine 55 000 Thlr. gemeint.

Berth. Abel: Sie beziehen sich vielleicht mit Recht auf Ihr Alter, daß Sie nicht mehr so gedankenstark wären . . .

Z.: Gewiß!

Berth. Abel: . . . glauben Sie denn nun, daß Sie heute noch wissen, was Sie vor sechs Jahren sich gedacht haben?

Z.: Das kann ich noch wissen, daß ich gezeichnet habe auf den Prospekt. Das ist mich nicht aus dem Kopfe gekommen, weil ich mein Geld dadurch verloren habe.

Berth. Abel: Also in Bezug auf das Wort „Provision“ wollen Sie sich heute noch erinnern, trotz Ihrer Gedankenschwäche, daß Sie in dem Prospekt dieses Wort so ausgelegt haben, daß Sie gedacht haben, das ist kein Gewinn für Gründer?

Z.: Ich habe es auf meinen Eid ausgesagt, — bezweifeln Sie den nicht! Ich habe noch nie die Unwahrheit geschworen und heute auch nicht; was ich ausgesagt habe, sage ich noch heute und sage es noch heute mit derselben Bestimmtheit. Was da in dem Prozeß steht, ist eine Unwahrheit.

Präsl.: Wir können uns auf den Prozeß nicht einlassen, das führt zu weit, der wird hier nicht verhandelt.

Vernehmung des Zeugen Bahnerpedienten August Stoff-  
regen aus Braunschweig, 47 Jahre alt.

(Derselbe leistet den Zeugeneid.)

Präsl.: Sie haben Aktien des Walzwerks gezeichnet, als sie ausgelegt wurden?

Z.: Ja! gleich.

Präsl.: Wo haben Sie sie gezeichnet?

Z.: Bei der Creditanstalt.

Präsl.: Sind Sie persönlich dahingegangen?

Z.: Meine Frau.

Präsl.: Haben Sie sie dahingeschickt?

Z.: Ja.

Präsl.: Wie viel?

Z.: Drei Stück.

Präsl.: Zu welchem Cours?

Z.: 105.

Präsl.: Wie kamen Sie dazu?

Z.: Durch den Prospekt.

Präsl.: Hatten Sie ihn gelesen?

Z.: Jamohl.

Präsl.: Hat Sie der Prospekt im Allgemeinen veranlaßt oder bestimmte Sätze in dem Prospekt?

Z.: Ja, im Allgemeinen wohl, was darin gesagt wurde, namentlich die Namen, die Firmen.

Präsl.: Hatten Sie bis dahin schon derartige Aktienzeichnungen vorgenommen?

Z.: Nein!

Präsl.: War dies das erste Mal?

Z.: Ja!

Präf.: War es Ihr Geld oder der Frau Geld?

Z.: Es war zum Theil das Geld meiner Frau.

Präf.: Zum Theil von Ihnen?

Z.: Ja, zum Theil von mir.

Präf.: Wollten Sie das Geld fest anlegen, oder wollten Sie spekuliren?

Z.: Nein, das war nicht meine Absicht, es sollte eine gute Kapitalanlage sein.

Präf.: Haben Sie den Prospekt genau gelesen?

Z.: Jawohl.

Präf.: Damals, ehe Sie gezeichnet haben?

Z.: Ja!

Präf.: Haben Sie sich Rechenschaft von dem Inhalt des Prospektes gegeben, was ist hier und da zu verstehen? Es ist doch für einen Nichtkaufmann so ohne Weiteres nicht alles klar.

Z.: Nun, im Allgemeinen wohl; z. B. hinsichtlich der Provision dachte ich mir eine Vermittlungsgebühr von einigen Prozenten.

Präf.: Also einige Prozente; meinten Sie, daß die sich in den 195 000 Thalern befänden?

Z.: Ja!

Präf.: Wenn Sie nun damals schon gewußt hätten, daß die Provision nicht einige Prozente, sondern 55 000 Thaler betrug, würden Sie dann auch die Zeichnung vorgenommen haben?

Z.: Dann wäre ich jedenfalls vorsichtiger gewesen. Ich bezweifle das.

Präf.: Aber Sie können es wohl nicht mit Bestimmtheit sagen?

Z.: Man kann ja wohl sagen, man hätte nicht gezeichnet.

Präf.: So, also mit Bestimmtheit können Sie sich nicht darüber äußern?

Z.: Nicht mit voller Bestimmtheit, nach den glänzenden Aussichten, die damals gemacht wurden.

Präf.: Haben Sie später die Aktien nicht wieder verkauft?

Z.: Nein.

Präf.: Ist Ihnen nicht bekannt geworden, daß sie sehr gestiegen waren?

Z.: Ja allerdings; aber ich glaubte, was sie für andere Leute werth wären, wären sie auch für mich werth.

Präf.: Ja nun aber, als sie wieder fielen, wurden Sie nicht besorgt, daß Sie um Ihr Geld kommen könnten?

Z.: Ja allerdings; aber ich glaubte doch, daß wieder eine bessere Zeit kommen würde.

Präs.: Das Werk selbst kannten Sie nicht?

Z.: Nein!

Präs.: War Ihnen denn bekannt, daß bei derartigen Gründungen die Gründer, namentlich wenn sie Banquiers waren, regelmäßig eine Provision sich vorbehielten, und daß die Provision eine ziemlich bedeutende zu sein pflegte?

Z.: Nein, ich war damals ganz unbekannt in der Sache; dergleichen habe ich ja später erst erfahren, wie das Verfahren in diesem Punkte war.

Präs.: Sie besitzen wie viel Aktien?

Z.: Drei Stück.

Präs.: Sie haben früher angegeben, Sie hätten nur noch eine.

Z.: Nein, drei Stück, die ursprünglich gezeichneten drei Stück.

Präs. (in den Akten nachschlagend): Es ist, wie ich sehe, nur undeutlich geschrieben: es soll wohl eine 3 sein. Also Sie besitzen noch alle drei?

Z.: Jawohl!

Vernehmung des Zeugen Sattlermeisters Theodor Bewig aus  
Braunschweig, 40 Jahre alt.

(Derselbe leistet den Zeugeneid.)

Präs.: Haben Sie auch Aktien des Walzwerks gekauft?

Z.: Jawohl!

Präs.: Wann?

Z.: Gleich von Anfang an, gleich nachdem der Prospekt bekannt geworden war.

Präs.: Wie viel haben Sie gekauft?

Z.: Vier.

Präs.: Gleich bei der Zeichnung?

Z.: Ja.

Präs.: Sie haben früher gesagt, im Januar oder Februar 1873 hätten Sie die Aktien gekauft. Sind Sie nicht von dem Herrn Staatsanwaltsvertreter vernommen?

Z.: Jawohl, und zwar am 14. Oktober 1876.

Präs. (verliest den betreffenden Satz):

„Es erschien auf Vorladung der Sattlermeister Theodor Bewig von hier und gab auf Befragen zu vernehmen. Ich habe im Januar oder Februar 1873 vier Aktien à 200 Thaler des Braunschweiger Walzwerks gezeichnet und erhalten. Ich wurde hierzu bewogen durch die Annahme, daß die Angabe

des Prospektes auf Wahrheit beruhte. Namentlich habe ich die in dem Prospekt mit 195 000 Thlrn. aufgeführte Rauffumme annähernd für die in Wirklichkeit gezahlte gehalten, und angenommen, daß die hinzugerechnete Provision nicht so bedeutend sein könne, daß sie die Ziffern jener Summe erheblich verändert. —“

Dann haben Sie sich vielleicht in der Zeit geirrt; es steht ja allerdings dahinter, daß Sie an der Zeichenstelle gekauft haben. Sie wollen also gleich gezeichnet haben, als der Prospekt bekannt wurde?

Z.: Ja, ich habe eben zu verschiedenen Zeiten eingezahlt.

Präs.: Das erste Mal 40% und nachher 60%.

Z.: Ja.

Präs.: Also an der Zeichenstelle haben sie gezeichnet; das heißt, an welcher?

Z.: Bei der Creditanstalt.

Präs.: Gingen Sie persönlich hin?

Z.: Jawohl.

Präs.: Haben Sie mit einem von den Herren, die Sie da fanden, über die Sache gesprochen, ob es wohl zweckmäßig wäre, zu zeichnen?

Z.: Nein.

Präs.: Oder gingen Sie gleich in der Absicht hin, zu zeichnen?

Z.: Ich hatte das Vertrauen zu den Herren, die Vertreter waren, daß das Unternehmen gut sein würde.

Präs.: Sie haben es also im Vertrauen auf die Namen der Prospektanten gethan?

Z.: Ja.

Präs.: Hat Sie namentlich auch der Inhalt des Prospektes mitbewogen zu zeichnen? haben Sie den genau angesehen?

Z.: Ja, es wurde eben bekannt gemacht, daß Abschlüsse gemacht wären auf ein Jahr, und daß sichergestellt wäre, 15% zu geben, und daß es mithin auch immer ein rentables Unternehmen sein könnte; dadurch mußte man Veranlassung haben, zu zeichnen.

Präs.: Nun ist ein Passus darin enthalten, daß das Fehland'sche Grundstück zum Preise von 195 000 Thalern einschließlich Provision angekauft wäre; war Ihnen der Passus in irgend einer Weise aufgefallen?

Z.: Nein.

Präs.: Hatten Sie nicht darüber nachgedacht, was darunter zu verstehen sei, „einschließlich Provision“?

Z.: Da habe ich mir eben die Prozente darunter gedacht, die über *pari* angesetzt waren.

Präs.: Die unten stehen? Meinen Sie das jetzt?

Z.: Nein, das habe ich mir von vornherein gesagt.

Präf.: Also die Provision, die oben stand, wären die 5% unten? Haben Sie dabei nicht gelesen, daß die 105 einschließlich Dividende des ersten Vierteljahrs waren?

Z.: Ja, das kam nicht aus, da habe ich mir gesagt, daß das der Nutzen für die Gründer sein müßte.

Präf.: Wenn Ihnen nun damals bekannt gewesen wäre, daß die Provision bedeutend höher als 5% wäre, also ein Betrag von 50 000 resp. 55 000 Thalern, würden Sie dann auch gezeichnet haben? Können Sie das heute noch sagen?

Z.: Dann würde ich jedenfalls nicht gezeichnet haben.

Präf.: Aus welchen Gründen nicht?

Z.: Weil die Geschäfte schon in den letzten Jahren in die Höhe getrieben waren, und wenn ein Geschäft von solcher Bedeutung so um ein Drittel gleich auf einmal in die Höhe getrieben wird, das hätte nicht gehen können.

Präf.: Sie wollen also sagen, wenn die Provision eine so hohe gewesen wäre, dann wäre das Werk zu theuer bezahlt?

Z.: Ja, es konnte dann nicht mehr nutzbringend sein.

Präf.: Haben Sie die Aktien noch alle?

Z.: Ja!

Berth. D.=G.=Abb. Huch: Wenn Sie sich zusammengerechnet haben, was in dem Prospekt eben sonst noch steht, so müssen Sie finden, daß doch ein ganz kolossaler Gewinn in Aussicht gestellt war; nicht wahr? Wenn das aber wahr ist, so ist doch selbstverständlich der Nutzen des Geschäfts nicht eben zu erblicken in den Gründen, die Sie als solche annehmen, sondern darin, daß es ein so blühendes Geschäft ist, und daß da viel daran zu verdienen ist. Das ist alles in dem Prospekt genügend auseinander-gesetzt, so daß Sie ungefähr sich Schlüsse daraus bilden konnten.

Z.: Jawohl!

Berth. Huch: Das stimmt doch nicht ganz mit dem, was Sie eben sagten.

Z.: Ich habe gesagt, die Eisenindustrie war in der Blüthe, 15% Dividende waren zugesagt, und wenn das sich änderte, so wurde doch gesagt, es wäre immerhin eine gute Anlage.

Berth. Huch: Wollen Sie sich gefälligst einmal berechnen: 15% von 300 000 Thlr. sind 45 000 Thlr. Nun hat Herr Fehland gesagt, daß er 75 000 Thlr. erst haben will, wenn diese 15% gezahlt wären. Herr Fehland wollte doch auch daran verdienen, und es mußte also

dieser ungeheure Gewinn in ziemlich sicherer Aussicht stehen. Rechnen Sie das zusammen, so kommen schon 120 000 Thaler heraus.

Präs.: Ich bemerke, daß die Summe von 75 000 Thalern im Prospekt nicht angegeben ist; es steht nur drin: ein entsprechender Gewinnantheil.

Berth. Huch: So, das steht nicht drin! . . .

Z.: Wenn die dagewesen wären, dann würde ich mir gesagt haben, daß Herr Fehland jedenfalls schon bei dem Verkauf seinen Nutzen gehabt hatte.

Berth. D.-G.-Anw. Abel: Nun, aber 50 000 sind doch nur ein Sechstel von 300 000, nicht ein Drittel.

Präs.: Ein Sechstel der Aktiensumme, aber nicht von den Kaufgeldern.

Berth. Abel (zum Zeugen): Wenn Sie nun sagen, es sind 50 000 Thlr. mehr zu verzinsen, und wenn da 15% in Aussicht gestellt waren, und man reduzirt das noch etwas, dann blieb doch immerhin noch ein viel höherer Gewinn als 5% Zinsen.

Z.: Das ist wohl richtig.

Berth. Abel: Denken Sie sich, was ein Papier werth ist, von dem Sie selbst geglaubt haben, jedenfalls ist es eine sichere Anlage und dazu können noch so ungeheure Gewinne kommen, die schon so gut wie feststehen, 15%; wie groß sie später sein werden kann man nicht wissen, sollte denn so ein Papier nicht reichlich 105% werth gewesen sein?

Z.: Nun ja, das habe ich mir auch gesagt, sonst hätte ich nicht gekauft.

Berth. Abel: Das stand doch aber drin: 195 000 Thlr. sind für das Werk gezahlt?

Z.: Ja, ich bin Handwerker, ich bin immer bei meiner Arbeit, ich habe von vornherein mir gesagt, die und die Herren stehen an der Spitze und habe mir vorläufig die Bekanntmachung vor Augen gestellt: so viel giebt es vor der Hand, das ist der Abschluß, es bleibt immerhin eine rentable Anlage, und da bürgen die Herren für, die habe ich damals für groß gehalten.

Berth. D.-G.-Adv. Huch: Die Frage, wie sie hier gestellt wird, ist psychologisch im höchsten Grade interessant. Der Zeuge giebt seine Antwort und ich gestehe, ich würde als Zeuge wahrscheinlich dieselbe Antwort geben, wenn ich gefragt würde: was hättest Du gethan, wenn Du das damals gewußt hättest? Nun, dann hätte ich nicht gekauft! Aber der Zeuge soll doch als Zeuge betrachtet werden; er soll bezeugen, wozu diese Reflexionen, die ihn diesen Augenblick bewegen, diese Antwort zu

geben, wenn er sie damals gestellt hätte, ihn bewogen haben würden. Hatte er sie damals nicht gemacht, so kann davon gar nicht die Rede sein; denn was nicht da ist, kann zu nichts bewegen. Er muß also doch, um dies Zeugniß abzulegen, hier eigentlich deponiren, daß die Reflexionen ihm damals durch den Kopf gegangen sind. Er hat aber nur gesagt, daß eigentlich das ganze Unternehmen, diese schönen Aussichten, ihn bewogen hätten, damals zu zeichnen. Also der Causalzusammenhang, der gerade hier in Frage kommt, zwischen dem Kauf und der Thatfache des Betrügens, des Verschweigens, scheint mir bei allen diesen Zeugen vollständig zu fehlen. Es müßte sonst die Frage anders gestellt werden, als sie hier gestellt ist.

Vernehmung des Zeugen Partikulier Dempewolf aus Braunschweig, 64 Jahre alt.

(Derselbe leistet den Zeugeneid.)

Präs.: Sie haben Aktien des Braunschweiger Walzwerks gezeichnet; wieviel?

Z.: Drei Stück.

Präs.: Wann?

Z.: Bei der Zeichnung, als sie öffentlich aufgelegt wurden.

Präs.: Wo haben Sie die gezeichnet?

Z.: Bei der Creditanstalt.

Präs.: Sind Sie selbst hingegangen?

Z.: Ja.

Präs.: Haben Sie sich da erst noch nach den näheren Umständen der Sache erkundigt?

Z.: Nein, ich habe bloß im Vertrauen, daß da ehrenwerthe Männer an der Spitze standen, wie der Obergerichtsadvokat Haeusler und Konjorten, gezeichnet; ich habe nicht gedacht, daß ich mein Geld verlieren würde, daß es Schwindelei wäre.

Präs.: Woher wissen Sie denn das, daß es Schwindelei war?

Z.: Das denke ich mir.

Präs.: Haben Sie denn den Prospekt vorher gelesen?

Z.: Ja, den habe ich gelesen.

Präs.: Der hat Sie also nicht weiter dazu bewogen?

Z.: Ja, es war ja in Aussicht eine gute Kapitalanlage zu machen.

Präs.: War dies die erste Zeichnung, die Sie in Ihrem Leben vorgenommen hatten, oder hatten Sie schon früher sich bei solchen Unternehmungen betheiligt?



Z.: Ich glaube, das war die erste. Ich bin mal bei der Zuckersiederei betheiligt gewesen.

Präs.: War das eine Aktiengesellschaft?

Z.: Ja.

Präs.: Dann haben Sie also vorher auch schon gezeichnet?

Z.: Ja, das habe ich aber wieder herausgezahlt gekriegt.

Präs.: War Ihnen denn nicht bekannt, wenn Sie sich schon vorher bei diesen Sachen betheiligt hatten, daß, wenn solche Gründungen vorgenommen wurden, die Gründer für sich eine Provision berechneten, namentlich wenn es Banquiers waren?

Z.: Ja, ich habe gedacht, diese 5%, das wäre vielleicht den Gründern ihr Verdienst.

Präs.: Hatten Sie denn den Prospekt nicht genau gelesen? Sie müssen ihn sehr oberflächlich gelesen haben, denn da stand ja doch bei den 105%: „einschließlich der Dividende des ersten Vierteljahres“.

Z.: Jawohl.

Präs.: Nun meinen Sie, außer dieser Dividende für das erste Vierteljahr läge auch die Provision, die oben bei dem Preise erwähnt ist, in den 5% mit drin?

Z.: Ja, ich habe es nicht anders gewußt.

Präs.: Hatten Sie sich wohl berechnet, wieviel Dividende dieses Vierteljahr nach Angabe des Prospektes ergeben mußte?

Z.: Nein, das habe ich nicht berechnet.

Präs.: Haben Sie nicht gelesen, daß davon die Rede war, daß der Verkäufer noch einen Gewinnantheil haben sollte, nachdem das Aktienkapital eine Dividende von 15% fürs Jahr erhalten haben würde?

Z.: Ja, das habe ich gelesen.

Präs.: Haben Sie dabei nicht vorausgesetzt: also 15% muß es wenigstens geben?

Z.: Ja, das dachte man wohl.

Präs.: Wieviel bringt denn das auf ein Vierteljahr?

Z.: Da bringt das nicht ganz 4.

Präs.: Wichtig! also dann konnte das doch nur etwas über 1% sein, was noch von den 5% übrig blieb. Und das, meinen Sie, wäre die Provision gewesen, die oben erwähnt ist? Oder meinten Sie, daß außerdem noch eine besondere Provision von den Gründern genommen wäre?

Z.: Ich habe so gedacht: wir haben doch müssen das andere verzinsen bei der Einzahlung.

Präs.: Nein, davon ist nicht die Rede; es handelt sich hier um die Zeit, als Sie die Aktien zeichneten, was Sie da gedacht haben.

Z.: Ich habe nicht darüber nachgedacht, weil ich darin nicht läufig war, und weil die Herren an der Spitze standen. Ich habe Vertrauen dazu gehabt.

Präs.: Also Sie haben nicht weiter nachgedacht, was die Einzelheiten zu bedeuten hätten?

Z.: Nein.

Präs.: Wenn Sie damals über die Einzelheiten nicht nachgedacht haben, dann sind Sie sich auch nicht klar darüber geworden, was unter dem Begriff „Provision“ zu verstehen sei, und wie hoch man die anschlagen könne?

Z.: Ich habe gezeichnet, weil da geschrieben war, 15% wollten sie geben, und wenn es auch nicht so viel wäre, wäre es eine gute Kapitalanlage; und die Hauptsache, wie gesagt, war, weil diese Herren an der Spitze standen, da habe ich Vertrauen gehabt. Das war das Ganze.

Präs.: Später haben Sie erfahren, daß die Provision 55 000 Thlr. betragen sollte?

Z.: Ja, später.

Präs.: Haben nun da Sie einen Rückschluß sich gemacht auf die Zeit, zu der Sie gezeichnet haben, darüber, was Sie gethan haben würden, wenn Sie schon damals das gewußt hätten?

Z.: Dann hätte ich es nicht gethan.

Präs.: Das sagen Sie jetzt!

Z.: Ja, das hätte ich auch damals gesagt.

Präs.: Warum?

Z.: Weil das zuviel war! Wenn da 55 000 Thlr. vortweggehen, das ist doch ein Unterschied bei solcher Anlage!

Präs.: Sie wußten aber, daß die 55 000 Thlr. in den 195 000 Thlr. stecken?

Z.: Ja, das ist ja richtig.

Präs.: Also weggegangen waren die 195 000 Thlr. voll aus der Gesellschaftskasse?

Z.: Ja, als Laie versteht man das ja nicht, ob die Fabrik den Werth hat oder nicht.

Präs.: Sie meinen also, der Fabrikwerth wäre überschritten, wenn eine so hohe Provision darin steckte. Glauben Sie, daß das Werth ohne Provision zu erlangen wäre, daß die Aktiengesellschaft sich gegründet hätte, ohne daß die Gründer eine Provision genommen hätten?

Z.: Sie hätte sich vielleicht gebildet, aber ich hätte mich nicht theiligt.

Präs.: Wenn nun aber trotzdem, daß in den 195 000 Thlr. eine

Provision von 95 000 Thlr. enthalten war, das Aktienkapital mit 15% verzinst wurde, hätten Sie es dann nicht gethan? — Für das erste Jahr war ja eine Verzeichnung von 15% ziemlich deutlich in Aussicht gestellt; wenn Sie nun gewußt hätten: 140 000 Thlr. hat Fehland gekriegt, 55 000 Thlr. haben die Gründer gekriegt, 15% giebt's aber doch, — hätten Sie dann nicht gesagt: na, es giebt 15%, ich will mal kaufen — ?

Z.: Nein, weil ich dann doch vorausgesehen hätte, daß das keinen Bestand haben kann.

Präs.: Haben Sie die Aktien noch?

Z.: O ja.

Präs.: Ist Ihnen nicht bekannt geworden, daß sie sehr gestiegen sind im Cours?

Z.: Ja wohl.

Präs.: Wissen Sie, wie hoch Sie gestiegen sind?

Z.: Ich glaube, an 140.

Präs.: Haben Sie nicht daran gedacht, sie zu verkaufen?

Z.: Ja, da wollte ich sie verkaufen, aber ich bin abgerathen.

Präs.: Von wem denn?

Z.: Oh, das war ein guter Freund von mir.

Präs.: Einer der Angeklagten?

Z.: Nein.

Präs.: Nun, und später?

Z.: Nachher gingen sie alle Tage herunter.

Präs.: Als Sie das merkten, wollten Sie da nicht verkaufen?

Z.: Nein, man denkt, sie fallen doch nicht unter pari.

Präs.: Nun, wie viel gelten sie jetzt?

Z.: Gar nichts.

Vernehmung des Zeugen Banquier Bernhard Meyersfeld  
aus Braunschweig, 36 Jahre alt.

(Derselbe leistet den Zeugeneid, nachdem der Präsident ihm den gesetzlichen  
Verhalt gemacht.)

Präs.: Sie haben auch Aktien des Walzwerks in Besitz gehabt,  
oder vielleicht auch noch?

Z.: Nein, nicht mehr.

Präs.: Aber jedenfalls sind Sie Aktienbesitzer gewesen zu der Zeit,  
als Sie die Bilanz zu revidiren hatten?

Z.: Ja, die Aktien waren bei uns im Geschäft; als eigenen Besitz kann ich sie nicht bezeichnen. Ich habe es auch Herrn v. Voigtländer angezeigt, daß ich nicht direkt Aktionär sei.

Präs.: Waren Sie es auch nicht, als Sie in der Generalversammlung zum Revisor erwählt wurden?

Z.: Ich habe die Generalversammlung besucht im Interesse eines mir befreundeten Herrn, und da trug man mir die Revision an. — Ich bitte zu beachten, es sind vier Jahre verflossen, so daß man es ganz genau nicht mehr im Gedächtniß hat. — Ich erklärte darauf, daß ich eigentlich Aktien nicht besäße; aber dessen ungeachtet veranlaßte man mich, die Revision zu übernehmen.

Präs.: Allein sind Sie nicht Revisor geworden?

Z.: Nein, in Gemeinschaft mit Herrn Hollandt.

Präs.: Haben Sie alle Ihre diesbezüglichen Geschäfte in Gemeinschaft mit ihm gemacht?

Z.: Was die Revision anlangt, so haben wir an Ort und Stelle gemeinschaftlich das Nöthige vorgenommen.

Präs.: Worin bestand die Revision?

Z.: Wir haben die Geschäftsbücher uns vorlegen lassen, die Conten verglichen, — d. h. die sämmtlichen haben wir nicht durchgenommen, sondern uns hauptsächlich an das Hauptbuch gehalten und die verschiedenen Conten einer Besichtigung unterzogen.

Präs.: Es war Ihnen also die Bilanz gegeben? — es handelt sich nur um die von 1873, nicht die Folgende; die war Ihnen geschrieben damals zugestellt, noch nicht gedruckt?

Z.: Nein, geschrieben, gedruckt wurde sie erst später.

Präs.: Wann war das etwa, als die Bilanz Ihnen zuging?

Z. (in Papieren suchend): Das mag vielleicht im zweiten oder dritten Monat des Jahres 1874 gewesen sein.

Präs.: Im April war die Generalversammlung. — Wie lange haben Sie zu der Revision gebraucht? — Längere Zeit? — Wochen?

Z.: Ich weiß nicht, — ich glaube mehrere Tage sind wir draußen gewesen, — oder ob wir an einem einzigen Tage die Sache erledigt haben. — —

Präs.: Haben Sie die Prüfung auch bezogen auf die Materialien, ob die auch alle vorhanden sind? haben Sie die auch revidirt, oder haben Sie die Revision beschränkt auf die Bilanzen in den Büchern?

Z.: Freilich nur das letztere, denn das erstere würde uns ja vollständig unmöglich gewesen sein, weil die Aufnahme der Inventur schon früher stattgefunden hatte.

Präs.: Dann haben Sie es auch wohl nicht als Ihre Aufgabe angesehen?

Z.: Eben schon vom Standpunkte der Unmöglichkeit.

Präs.: Finden Sie irgend etwas bei der Revision, was Ihnen auffiel?

Z.: Ja, wir hatten verschiedene Sachen, die uns zu Moniten Veranlassung gaben, und wir nahmen in Folge dessen auch nicht Anstand, dem damaligen Aufsichtsrath darüber zu berichten. Ich kann, wenn Sie mir gestatten das eben verlesen, was damals uns zu Ausstellungen Veranlassung gegeben hat.

Angel. Salomon (zum Präsidenten): Darf ich mir die gehorhamste Bemerkung erlauben, daß dieser Bericht nicht bei den Akten ist; er findet sich aber auf Fol. 68 der Akten wiedergegeben.

Präs.: Ich werde ihn verlesen.

„In Erledigung des uns erteilten Auftrages haben wir die uns übertragene Revision vorgenommen und die **Zahlen** für richtig befunden, jedoch hat Erstere uns zu folgenden Bemerkungen Veranlassung gegeben, die wir dem Aufsichtsrathe zu unterbreiten uns erlauben.

- 1) Unter den Aktiven sind, nach uns gemachter Mittheilung, für die vorhandenen Vorräthe an Roheisen die **ungefähren Einkaufspreise** berechnet, während nach allgemeinen kaufmännischen Grundsätzen bei Vorräthen der **Marktpreis**, wie solcher zur Zeit der Inventur-Aufnahme, also im vorliegenden Falle am Schlusse des Geschäftsjahres bestanden, in die Bilanz aufgenommen zu werden pflegt, bez. vom Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuche im Art. 31 klar vorgeschrieben ist.

Da nun der Preis für Roheisen beim Jahreschluß ein wesentlich niedriger war als in der Bilanz angesetzt worden, so können wir nicht umhin, weil hierdurch eine beträchtliche Differenz entsteht, ausdrücklich auf diesen wesentlichen Punkt, die Aufmerksamkeit zu lenken, wenngleich §. 19 der Statuten der Verwaltung die außerordentliche Befugniß einräumt, die vorhandenen Werthe „mit Berücksichtigung der für die Realisirung bestehender Aussichten“ festzusetzen.

- 2) Die Abschreibung für Gebäude in der Höhe von 2% erscheint uns sehr niedrig, wenn auch auf die Neuheit der Bauten Rücksicht zu nehmen ist.
- 3) Mit der nur 3% betragenden Abschreibung auf Maschinen konnten wir uns nur deshalb befrenden, weil wir aus der

Büchern ersehen, daß für vorgenommene Reparaturen circa 13 000 Thlr. aus dem Betriebe gedeckt sind.

- 4) Unter den Debitoren figurirt eine Forderung an den Agenten August Jacobs zu etwa 3000 Thlr., welche nach den uns gemachten Mittheilungen noch in einem Prozesse befangen ist.

Wenn nun auch der Letztere bereits in zwei Instanzen zu Gunsten der Gesellschaft entschieden ist, so bleibt dennoch das letztinstanzliche Urtheil abzuwarten, bevor die Forderung als liquide anzusehen ist.

Unter solchen Verhältnissen glauben wir die Forderung dubiös betrachten zu müssen und geben deshalb anheim, dieselbe nur nach ihrem wahrscheinlichen Werthe, d. h. unter entsprechendem Abzug, wie es der bereits angezogene §. 31 des A. D. H.-G. vorschreibt, aufzuführen.

Daß andererseits eine Forderung von 4000 Thlr., deren Eingang von der Direction mit Wahrscheinlichkeit erwartet wird, dem neuen Geschäftsjahre vollständig zu Gute kommen dürfte, ändert unseres Erachtens an der Sachlage an sich momentan nichts.

- 5) Zum Schluß erlauben wir uns noch auf die bedenklich erscheinende Höhe der laufenden Accepte von circa 160 000 Thlr. hinzuweisen, weil hierdurch in Zeiten mißlicher Geldverhältnisse sehr leicht Schwierigkeiten für die Gesellschaft erwachsen können.

Braunschweig, 27. März 1874.

Hochachtungsvoll

**B. Meyersfeld. B. Hollandt.**

Ist das der Bericht, den Sie gemeinschaftlich mit Ihrem damaligen Kollegen an den Aufsichtsrath des Walzwerks erstattet haben?

B.: So weit meine Erinnerung reicht, ist es der gemeinschaftliche Bericht gewesen.

Präs.: Nun wird es sich fragen, was mit diesem Bericht später geschehen ist. Ist Ihnen das bekannt? Sind Sie in der Generalversammlung vom 28. April gewesen, die in der Folge die Bilanz festgesetzt hat?

B.: Jawohl.

Präs.: Kam da diese Monitur, dieser Bericht zur Sprache? wurde der der Generalversammlung mitgetheilt?

B.: Ich weiß nicht mehr genau, ob er damals verlesen worden ist;

aber dieser Bericht, der gedruckt an die Aktionäre vertheilt ist, nimmt Bezug auf die Monita, die wir eingereicht hatten.

Präs.: Wurde in der Generalversammlung über den Inhalt Ihres Berichts gesprochen?

Z.: Jawohl, so weit ich weiß.

Präs.: Gerade über diese Punkte, die hier genannt sind? Die Diskussion hat also stattgefunden?

Z.: Ja.

Präs.: Und schließlich, was ist beschlossen in Bezug auf Ihre Monita? Sind sie für erledigt erklärt?

Z.: Man sprach sich für und gegen mannichfach aus; aber schließlich war die Majorität der Aktionäre zu der Ueberzeugung gelangt, daß diese Monita nicht von Erheblichkeit gewesen wären; die Decharge wurde ertheilt.

Präs.: Es handelt sich namentlich um den ersten Punkt, es wären bei den Vorräthen an Eisen die Einkaufspreise berechnet, statt dessen hätten die Marktpreise angegeben werden müssen. Ist gerade über diesen Punkt in der Generalversammlung gesprochen? — Sie haben selbst auch S. 19 erwähnt; ist dieser ganze Passus, namentlich der erste Satz, bei der Generalversammlung zur Sprache gekommen?

Z.: Herr Präsident, es hält außerordentlich schwer, heute nach Verlauf von vier Jahren sich aller dieser Sachen noch genau zu erinnern.

Präs.: Wir haben hier allerdings ein Protokoll über diese Sitzung, aber das giebt darüber keine Auskunft, es ist nur ganz allgemein gehalten.

Z.: Ich will mich nicht mit einem Ja oder Nein der Gefahr aussetzen, des Meineids überführt zu werden; ich sage lieber gar nichts.

Präs.: Sie wissen also darüber nichts; was Sie nicht wissen, können Sie natürlich nicht sagen. — Als Sachverständiger sind Sie nicht vorgeschlagen; also brauchen wir Sie nicht darüber zu befragen, inwiefern diese Bemerkung begründet war oder nicht.

Staatsanw.: Wie groß die Differenz war zwischen Marktpreis und der Bilanz, dessen werden Sie sich vielleicht noch erinnern?

Z.: Ich muß ausdrücklich konstatiren, daß, so gut wie in der vorangegangenen andern Untersuchungssache, ich mich niemals als Sachverständiger angesehen habe.

Präs.: Sie sind auch als solcher nicht vorgeladen, sondern nur als Zeuge über die Monitur, die Sie gemacht haben.

Z.: Also ich muß auch darauf erwidern, ich habe heute nichts mehr auszusagen, weil die Zeit bereits so weit zurückliegt, daß man unbedingt nicht zuverlässig darüber aussagen kann.

Berth. D.=G.=Adv. Huch: Ich respektire das natürlich, daß Sie nichts bestimmt versichern wollen; indeß glaube ich doch, daß dieser eine Punkt, welcher die Berechnung der Materialien betrifft, den wichtigsten Punkt Ihrer Monita bildete. Da Sie nun eingeräumt haben, daß über die Monita überhaupt diskutiert ist, so werden Sie wohl einräumen, daß auch über diesen Punkt debattirt sein muß; denn es wäre doch höchst sonderbar, wenn sich das anders verhielte. Sie haben gesagt, Sie wissen es nicht; Sie glauben es aber doch?

Z.: Ich kann nur mit Bestimmtheit heute nichts mehr darüber sagen.

Berth. Huch: Ich denke, es wäre sogar Ihre Pflicht als Revisor gewesen, dieses Monitum in der Generalversammlung zu vertheidigen?

Z.: Ich glaube das auch gethan zu haben.

Berth. Huch: Richtig! weiter wollte ich ja gar nichts wissen. Also Sie halten es für selbstverständlich, wissen es aber nicht mehr genau.

Präs.: Entsinnen Sie sich vielleicht, daß der Mitangeklagte Koch darüber besonders gesprochen hat?

Z.: Ja, wenn ich nicht irre.

Präs.: Es ist vorgekommen, in der Generalversammlung hätte er gesprochen, und es wäre gerade eben seinerseits die Debatte geführt worden.

Z.: Wenn ich nicht irre, waren Koch und Meyer, der ja als Autorität auf diesem Gebiet gilt, gegenwärtig. (Zuruf, Widerspruch.) Dann muß Commerzienrath Meyer in einer späteren Versammlung gegenwärtig gewesen sein. Ich entsinne mich, daß Koch damals an der Diskussion theilgenommen hat.

Präs.: Und zwar gerade über diese Frage, die nachher durch Beschluß der Generalversammlung erledigt ist?

Z.: Ja, nur weiß ich es nicht zu Evidenz.

Präs.: Der Einzelheiten können Sie sich nicht erinnern, bezeugen aber jedenfalls im Allgemeinen, daß die Sache öffentlich — in der Versammlung wenigstens — zur Diskussion gekommen und daß darüber nachher Entscheidung getroffen ist.

Berth. D.=G.=Adv. Huch: Ich möchte den Herrn Präsidenten fragen, ob Herr Meyersfeld hier bleiben wird. Ich würde sonst in Betreff des Zeugen Stooß, der noch zur Vernehmung kommt, in Bezug auf seine Qualifikation als Zeuge eine Frage an Herrn Meyersfeld zu richten haben. Wenn aber Herr Meyersfeld hierbleibt, so läßt sich das nachher machen.

Präs.: Wir können es wohl gleich erledigen (zum Zeugen): Kennen Sie den Zeugen Stooß?

Z.: Herr Stooß ist mir nur insofern bekannt, daß er seiner Zeit als



Sachverständiger bei dem Walzwerk figurirte und nach dem Zusammenbruch des Etablissements in die Revisionscommission seitens der Gläubiger gewählt wurde. Dieser Commission gehörte, so weit ich mich entsinne, dieser Stoof mit an. Die Firma ist, glaube ich, Stoof & Tag.

Präs.: Kennen Sie ihn persönlich?

Z.: Ja.

Präs.: Halten Sie ihn für einen Sachverständigen in Bezug auf die Geschäfte für Roheisen?

Z.: Soviel mir bekannt ist, hat er in diesen Artikeln zu thun, aber sonst weiß ich es nicht genau, ich kenne den Herrn nicht näher.

Berth. Huch (zum Präsidenten): Seine Capacität will ich nicht bestreiten, nur seine Unbefangenheit. Ich bin nämlich vor mehreren Jahren von Stoof selbst konsultirt und da ist mir bekannt geworden, daß Stoof & Meyersfeld zusammen alle die Schritte gegen die Gesellschaft deliberirt haben. — (Zum Zeugen): Sie sind viel in dieser Angelegenheit mit Stoof zusammen gewesen?

Z.: Jener Herr hat mich aufgesucht, — ich kannte ihn ja gar nicht —, weil ich die Revision der Bücher vorgenommen hatte, und zog bei mir nähere Erkundigungen ein. Ich glaube, ich mußte ihm einmal auch diese Rechenschaftsberichte zur Einsicht geben, und später wurde ich durch die Revisionscommission, in die er seitens der Gläubiger gewählt wurde, wieder mit ihm zusammengeführt. Aber sonst habe ich mit ihm nichts weiter zu thun gehabt. Einmal hat er mir auch von Magdeburg aus geschrieben; da schickte er mir — — hier über dem Briefe steht auch die Firma: Stoof & Tag.

Berth. Huch: Sie wissen, Herr Meyersfeld, daß eine lebhafteste Agitation besteht, die geschädigten Aktionäre wieder zu ihrem Gelde zu bringen, und daß Stoof einer der eifrigsten Agitatoren gewesen ist, um dieses alles zu bewirken. Er ist vielfach in Braunschweig anwesend gewesen. Sie wissen, daß eine sehr große Anzahl von Aktionären sich zusammengethan haben, und ich glaube, Sie werden auch wissen, daß Stoof unter diesen gewesen ist.

Z.: Darauf erlaube ich mir zu bemerken, daß Stoof ein Interesse bezüglich der Aktionäre gar nicht besessen hat; denn ich habe nie gehört, daß er Mitaktionär gewesen wäre, sondern nur Gläubiger.

Berth. Huch: Aber seine Interessen waren doch mit denen der Aktionäre sehr eng verflochten.

Z.: Ich habe mich der Sache nur angenommen bei der Revision; ich habe niemals bezweckt, den Herren persönlich nahe zu treten.

Präs.: Von Ihnen ist nicht die Rede.

Berth. Huch: Nur das eine will ich wissen: war Stoof ein unparteiischer Sachverständiger, der der Sache fern stand, oder war er, was

man sagt, Agitator in der Sache, und ist er in Braunschweig gewesen, um an allen diesen Versammlungen und Plänen theilzunehmen? Das wünschte ich von Ihnen zu wissen.

Z.: Einer gemeinschaftlichen Versammlung mit Stoof habe ich nie beigewohnt.

Z. Rohsahl (aus dem Zuhörerraume): Hierüber könnte ich Auskunft geben; ich habe den Versammlungen stets beigewohnt und habe die Auf-rufe in der „Magdeburger Zeitung“ und im „Curier“ seiner Zeit erlassen. Es waren drei oder vier Versammlungen, Stoof hatte sich weder schriftlich bei uns gemeldet, noch einer Versammlung beigewohnt. Ueberhaupt habe ich nie etwas gehört, daß er der Sache näher stände. Ich habe die Agi-tation geleitet.

Verth. Huch: Ich habe noch die Kostenrechnungen zu Hause liegen, die noch nicht bezahlt sind; aber es ist ja möglich, daß es ein Irrthum ist, ich gebe das zu.

Z. Meyersfeld: Stoof hat das Interesse gehabt, daß er als Ge-schädigter unter den Gläubigern figurirte; als Aktionär ist er mir nicht be-kannt.

Angekl. Salomon: Herr Präsident, gestatten Sie mir ein paar Fragen. — (Zum Zeugen): Herr Stoof ist bei Ihnen gewesen, um mit Ihnen über die Walzwerks-Angelegenheit zu sprechen, namentlich über die angeblichen Fälschungen in der Bilanz, in welchen Sachen vorhanden sein sollten, denen man näher nachforschen müßte, um dann erklären zu können, daß von dem Aufsichtsrath jedenfalls Fälschungen und Verschleierungen vor-genommen seien. Ist er nie bei Ihnen gewesen?

Z.: Darauf habe ich zu entgegnen, daß er wohl mich aufgesucht hat, wie ich das vorhin schon konstatirt habe.

Angekl. Salomon (zum Präsidenten): Darf ich vielleicht bitten, Folio 72 zu verlesen, was daselbst Herr Meyersfeld angiebt über die Bilanz und über die Stellung, die er zu Stoof und Stoof zu ihm ge-habt hat?

Präs.: Das ist in dem Bericht, der sich auf die zweite Bilanz bezieht, die also hier nicht zur Sprache kommt, pro 1874.

Angekl. Salomon: Nicht auch vorher im Jahre 1873?

Präs.: Nein, er datirt vom 15. Juni bis 14. Juli 1875. Darin heißt es allerdings: „Wir haben uns nun der Mühe unterzogen, in Ge-meinschaft mit dem von den Gläubigern der Gesellschaft ernannten Revisor Herrn Stoof aus Magdeburg, den Ursachen dieses die Aktionäre und Gläubiger so empfindlich schädigenden Ereignissen nachzuforschen und sind dabei zu folgenden Schlüssen gekommen.“

3.: Ich habe mit ihm keine Beziehungen gehabt, als daß er mich aufgesucht hat; ob wir später auf dem Werk zusammen zur Revision gewesen sind, weiß ich nicht. Es hält außerordentlich schwer, meine Herren, heute über alle diese Sachen berichten zu sollen. Von einer Conspiration kann keine Rede sein.

Verth. Huch: O nein!

(Der Zeuge wird entlassen.)

Verlesung der Aussagen des Mitrevisors Hollandt vom  
27. September 1875, 5. Dezember 1876, 29. Mai 1878.

Geschehen

Seitens Herzoglichen Kreisgerichts

Braunschweig

im Egidienkloster daselbst

den 27. September 1875.

Gegenwärtig:

Kreisrichter v. **Gschwege**

und

Protokollführer **Brecht**.

In Untersuchungssache

contra **Fehland** wegen Bankerotts,

war als Zeuge vorgeladen erschienen

der Advokat-Anwalt Wilhelm Hollandt, 36 Jahre alt,  
von hier.

Vorgelegt

der zu den Akten gebrachte Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“:

Ueber die erste Geschäftsperiode vom 1. Oktober 1872 bis 31. Dezember 1873 und ein Geschäftsbericht derselben Gesellschaft für die Geschäftsperiode vom 1. Januar 1874 bis 31. Dezember 1874 nebst den resp. angehängten Bilanzen pro 31. Dezember 1873 und pro 31. Dezember 1874.

Alle:

diese Bilanzen sind mir und Bernhard Meyersfeld vom Aufsichtsrathe resp. von dessen Direktorio vorgelegt, um dieselben zu prüfen, ob solche mit den Büchern der Gesellschaft übereinstimmten. Wir haben uns auch zu seiner Zeit dieser Prüfung unterzogen und ist solches mit der ersteren unterm 23. März 1878, und mit der letzteren am 23. Februar 1875 geschehen. Ich bemerke hierzu, daß zur Effectuirung der gedachten Prüfung die uns vorgelegten Bücher der Gesellschaft eingesehen haben und daß, als wir dieselben übereinstimmend mit den betreffenden Bilanzen gefunden haben, wir, wie geschehen, diese unsere Erklärung darunter gesetzt haben. Ich hebe hervor, daß uns lediglich oblag, die Uebereinstimmung der Bilanz mit den Büchern zu prüfen, daß dagegen außer unserer Sphäre lag, zu prüfen, ob die Bücher thatsächlich richtig geführt waren, wozu wir auch sonst außer Stande gewesen wären.

Was unter den Passivis das Hypothekenconto der Bilanz sowohl vom 31. Dezember 1873, als vom 31. Dezember 1874 anbetrifft, so sind in ersterer Bilanz 47 978 Thlr., und in der letzteren 40 562 Thlr. ausgeworfen und bin ich der Ueberzeugung, daß in den betreffenden Hauptbüchern auf dem Hypothekenconto auch diese Beträge eingetragen waren.

Auf

Vorlegung des Hypothekenscheins vom 14. März c. sowie auf sachgemäße Bekanntmachung aus der Aussage des Direktors Carl Wahn zum Protokolle vom 17. Juni d. Jrs.

Alle:

Den Hypothekenschein kenne ich nicht und sind meiner Meinung nach, wie sich auch solches schon aus meiner vorstehenden Aussage ergibt, die für die hiesige Creditanstalt und Alleder Hütte eingetragenen Hypotheken auf dem uns vorgelegten Hypothekenconto des Hauptbuchs nicht eingetragen gewesen.

Ob eine solche Uesance, wie der Direktor Wahn angiebt, in Betreff der Eintragung von Hypotheken besteht, kann ich sagen.

Da, so viel ich weiß, beide Hypotheken General-Hypotheken sind, so möchte deren Nichteintragung auf Hypothekenconto sich wohl rechtfertigen lassen.

Im Uebrigen will ich nicht unerwähnt lassen, daß ich Veranlassung genommen habe, ich glaube, p. Fehland zu fragen, und zwar, bei der Bilanz vom 31. Dezember 1873, ob bei den Materialienvorräthen Marktpreise per 31. Dezember 1873 zu Grunde gelegen hätten, worauf mir derselbe erwiderte, daß dieselben mit Rücksicht auf ihre bereits feststehende

Verwerthung festgesetzt seien, da bereits feste Aufträge, bei denen diese Materialien Verwerthung fänden, vorlägen.

Nach §. 19 der Statuten, sowie auch nach kaufmännischen Grundsätzen halte ich solches auch nicht für unrichtig.

Ob übrigens es gerechtfertigt ist, das Conto hinsichtlich der Krankencasse unter die Passiva mit aufzunehmen, so bin ich nicht weiter im Stande, darüber Auskunft zu erteilen, ebenso wenig darüber, ob der Fabricationspreis sich auf 47 Thlr. statt auf 37½ Thlr. sich beziffert hat. Endlich bin ich nicht im Stande, über das angebliche Manco des Lagerbestandes mit circa 290 000 Rilo aus eigener Wissenschaft sachdienliche Angaben zu machen.

### Vorgelegt

das Expose des Banquiers Meyersfeld vom 15. Juli d. Jrs.

### IIIe:

Ich bemerke, daß ich den von Herrn Meyersfeld verfaßten Bericht nicht habe unterschreiben wollen, weil derselbe verschiedene positive Anschuldigungen, insbesondere gegen die Direktion und den Aufsichtsrath enthielt, welche, wenn dieselben auch möglicherweise begründet sein können, von uns nicht vertreten werden konnten, da uns das Material zu einer Prüfung der hier in Betracht kommenden Verhältnisse nicht vorgelegen hat.

Hierzu wäre es z. B. erforderlich gewesen, zu wissen, welche Instruktionen der Aufsichtsrath der Direktion erteilt und event. in wie weit die letztere diese Instruktionen befolgt hat.

Dieses letztere zu prüfen waren wir aber außer Stande, und lag solches auch nicht in unserer Sphäre als Rechnungsrevisoren.

Eine Vergleichung dieses Berichts mit dem Berichte, welcher von Meyersfeld und mir unterschrieben und von mir verfaßt war, ergibt die Differenzpunkte von selber.

B. g. u. u.

**W. Hollandt.**

In fidem

**Brecht,**  
Protokollführer.

Geschehen  
Seitens Herzoglichen Kreisgerichts  
Braunschweig  
im Eghdienkloster daselbst  
den 5. Dezember 1876.

Gegenwärtig:  
Kreisrichter v. Eschwege  
und  
Protokollführer Brecht.

In Untersuchungssache  
c. Fehland  
wegen  
Bankerotts,

war als Zeuge vorgeladen erschienen  
der Advokat-Anwalt William Hollandt, von hier,  
37 Jahre alt,

und gab zu vernehmen:

Ich bin nicht im Stande, darüber Auskunft zu ertheilen, welche Aufsichtsrathsmitglieder sich an der Feststellung der Bilanz und des Geschäftsberichtes für die Betriebsperiode vom 1. Oktober 1872 bis 31. Dezember 1873 theilhaftig haben. Obgleich ich zu den Revisoren gehört habe, ist es mir wegen der Länge der Zeit nicht mehr möglich, darüber auszusagen, wer die uns vorgelegte Bilanz unterschrieben hatte.

Ob der Geschäftsbericht uns überall vorgelegen, weiß ich überhaupt nicht mehr, bezweifle es übrigens.

Soviel ich mich erinnere, habe ich bei meiner vorigen Vernehmung alles Dasjenige angegeben, was ich von der Sache gewußt habe.

B. g. u. u.  
W. Hollandt.  
Beglaubigt Brecht,  
Protokollführer.

Geschehen  
Seitens Herzoglichen Kreisgerichts  
Braunschweig  
im Egdientloster daselbst  
den 29. Mai 1878.

Praes.:

Kreisrichter v. **Gschwege**  
und  
Protokollführer **Brecht**.

In Requ. der Untersuchungssachen  
contra  
**Hacnslar & Compl.**

war als Zeuge vorgeladen erschienen  
der Obergerichts-Advokat Wilhelm Hollandt II, 39 Jahre  
alt, von hier

und

nachdem demselben seine Aussagen zu den Protokollen vom 27. September  
1875 und 5. Dezember 1876 wiederholt vorgelesen worden waren, er-  
klärte Zeuge:

Bei der Länge der Zeit würde ich augenblicklich nicht im Stande sein,  
die von mir früher vorgetragenen Thatsachen sämmtlich als der Wahrheit  
entsprechend, anzugeben, ich bin aber überzeugt, daß ich bei meinen frühe-  
ren Vernehmungen durchaus nur der Wahrheit Entsprechendes vorgetragen  
habe und bin demnach bereit, die mir soeben vorgelesenen Aussagen eidlich  
zu erhärten.

B. g.

und hat Zeuge darauf seine Aussagen praev. sol. act. corp. eidlich er-  
härtet

u. u.

**W. Hollandt II.**

Beglaubigt **Brecht**,  
Protokollführer.

Präs.: Es kam jetzt als Zeuge der Zimmermeister E d u a r d Meyer.

Staatsanw.: Ich kann meinerseits auf das Zeugniß von Meyer und Abt verzichten. Die sollten nur bekunden, daß die Gläubiger der Gesellschaft mit 12½% abgefunden sind.

(Präsident giebt Auftrag, die beiden genannten Zeugen zu entlassen.)

Bernehmung des Zeugen und Sachverständigen Kaufmanns Julius Stoof aus Magdeburg, 35½ Jahre alt.

Präs.: Sie haben bereits in derselben Sache den Zeugeneid geschworen, vor dem Kreisgericht Magdeburg laut Protokoll vom 18. Dezember 1876; ich verweise Sie auf den dort geleisteten Eid. Alles Dasjenige, was Sie heute hier aussagen, haben Sie auf diesen Eid zu nehmen. — Sie sind Gläubiger des Walzwerks gewesen?

Z.: Ja.

Präs.: Wann sind Sie in Geschäftsverbindung mit dem Walzwerk getreten?

Z.: Im November 1874.

Präs.: Bis dahin hatten Sie gar nichts mit dem Walzwerk zu thun gehabt?

Z.: Nein.

Präs.: Was veranlaßte Sie zu dieser Geschäftsverbindung?

Z.: Wir haben im November verschiedene Offerten an das Walzwerk ergehen lassen und bekamen von der Direktion den Bescheid, daß sie nicht abgeneigt wäre, einen Posten Schrotteisen von uns zu kaufen.

Präs.: Was für ein Geschäft betrieben Sie?

Z.: Schrotteisen und Roheisen, Eisen für Bauzwecke, Träger, Schienen u. s. w.

Präs.: Und bekamen also die Mittheilung, sie wäre nicht abgeneigt, ein Geschäft abzuschließen?

Z.: Ja.

Präs.: Gingen Sie nun ohne Weiteres auf das Geschäft ein?

Z.: Ja.

Präs.: Kannten Sie denn das Walzwerk bereits.

Z.: Ja, gewiß.

Präs.: Woher? Sind Sie dagewesen?

Z.: Ich kannte es aus dem Abschlusse. Ich habe die Abschlüsse von vielen Walzwerken zu Hause gehabt. 1½ Jahr vorher faßte ich den Entschluß, mich zu etabliren, in Roheisen speciell, die Branche hatte ich



mir bereits vorgezeichnet. In Folge dessen sammelte ich, namentlich aus der Börzenzeitung, Abschlüsse von vielen Walzwerken und prüfte dieselben. Ich habe mir daraus Notizen gemacht und bin später daraufhin mit einigen Werken in Verbindung getreten.

Präs.: Hatten Sie auch den Abschluß des Braunschweiger Walzwerks sich notirt?

Z.: Jawohl.

Präs.: Von welcher Zeit war derselbe?

Z.: Der wird gewesen sein vielleicht vom Mai oder Juni 1874; da habe ich ihn in der Zeitung gefunden.

Präs.: Für welche Zeit galt er also? Es war doch der Abschluß für die Zeit von 1872 bis Ende 1873?

Z.: Jawohl. Ich bin überhaupt seit 1873 erst etablirt.

Präs.: Ihr erstes Geschäft also haben Sie November 1874 mit der Gesellschaft gemacht?

Z.: Ja.

Präs.: Waren die Konjunkturen dieselben geblieben im November 1874, wie sie im Dezember 1873 waren?

Z.: Nein, es war etwas ungünstiger geworden.

Präs.: Etwas nur? oder war es bedeutend?

Z.: Ich kann Ihnen die Preise angeben. 1872 im November waren vielleicht die höchsten Preise, dann trat eine Stagnation ein, und die Preise gingen im Februar in Folge der Lascker'schen Rede im Abgeordnetenhaus ganz bedeutend zurück. Dann fielen sie mehr und mehr und mit dem sogenannten Wiener Krach begannen sie ganz erheblich zu sinken.

Präs.: Wann war das?

Z.: Das war vielleicht am 10. Mai 1873; da blieben sie zurück. Im November 1874 waren die Preise etwas geringer als im November 1873, vielleicht 10 Thaler per 1000 Pfund, mehr glaube ich kaum.

Präs.: Glaubten Sie, daß die Bilanz vom 31. Dezember 1873, die Ihnen bekannt war, noch Ihr Urtheil begründen konnte im November 1874?

Z.: Jawohl, die Preise waren noch ziemlich günstig, viel günstiger als früher. Stabeisen stand 26 bis 34 Thaler; das war äußerst günstig.

Präs.: Haben denn diese Gegenstände, Roheisen, Schrott, Spähne, Schienen, — haben die einen Marktpreis in Braunschweig?

Z.: O ja, die Werke bekamen ja täglich Offerten.

Präs.: Wodurch bildet sich der Marktpreis?

Z.: Durch den Einkauf und die Offerten der Werke.

Präs.: Wird der täglich notirt?

Z.: Wir Eisenhändler können Braunschweig recht gut als Markt betrachten.

Präs.: Pfllegt nicht der Marktpreis in gewissen Perioden notirt zu werden?

Z.: O Nein, man kann auch ohne das marktgängige oder marktmäßige Preise haben.

Präs.: Also marktmäßige Preise. Wonach wird nun der Marktpreis in Braunschweig bestimmt?

Z.: Durch den Bedarf der Werke.

Präs.: Wenn nun keins dort ist?

Z.: Dann würde sich der Preis nach dem Bedarf von Schlesien und Westphalen richten, und wenn man die Fracht kalkulirt, dann würde man einen Marktpreis franco Braunschweig erhalten.

Präs.: Das kann sich doch nur auf Roheisen beziehen?

Z.: Nein, auch auf Schrotteisen.

Präs.: Ist nicht auch der Markt von Stabeisen dabei von Einfluß?

Z.: Gewiß, der hat auch Einfluß.

Präs.: Es kommt vor, daß diese Preise, in Fachzeitschriften hauptsächlich mitgetheilt werden; es sind verschiedene derartige Zeitschriften vorgelegt, und sind daraus Schlüsse gezogen unter Hinweis auf die Preise für bestimmte Zeiten, die darin enthalten sind. Ist Ihnen diese Zeitschrift — der Berggeist — bekannt (dem Zeugen ein Exemplar vorlegend)?

Z.: Ja, ich habe sie früher in Händen gehabt.

Präs.: Aber Sie halten sie nicht?

Z.: Nein, ich halte diese Zeitung nicht.

Präs.: Wo finden Sie die Preise, nach denen Sie sich richten?

Z.: In jeder größeren Handelszeitung, außerdem im „Ecklopp“, in Submissionsanzeigen und in Zeitungen, die täglich erscheinen.

Präs.: Danach bilden Sie sich den Marktpreis zunächst für Magdeburg?

Z.: Ja.

Präs.: Können Sie noch die Marktpreise angeben, welche diese Gegenstände, die Sie bezeichnet haben, — Roheisen, Schrott, Spähne, alte Schienen, — am 31. Dezember 1873 hatten?

Z.: Für Roheisen kann ich es nicht angeben, weil ich nicht weiß, was für Roheisen, und weil ich nicht alle Marktpreise kenne; es giebt Hunderte von Marktpreisen für Roheisen.

Präs.: Also für Roheisen können Sie keine Auskunft geben?

Z.: Nein, ich weiß aber, daß das Roheisen da zu hoch angesetzt ist.

Präs.: Woher?

Z.: Das geht aus der Korrespondenz des Walzwerks hervor.

Präs.: Was verstehen Sie unter Marktpreis?

Z.: Wie ich es kaufe, ganz nach der Zeit.

Präs.: Was Sie also selbst dafür bezahlen können an bestimmten Orten und Tagen, nennen Sie Marktpreis, und da wollen Sie sagen oder Sie glauben, daß das Roheisen zu theuer bezahlt ist?

Z.: Jawohl, ich glaube, es ist zuletzt zu theuer bezahlt, weil das Werk jedenfalls alte Kontrakte laufen hatte. Ich glaube nicht, daß die Preise für Roheisen dem damaligen Werthe entsprachen. Hätte man keine Kontrakte gehabt, würde man billiger gekauft haben.

Präs.: Die Frage ist die: war die Summe, die hier angegeben ist für Roheisen, 91 000 Thaler, der marktgängige Preis für die betreffende Quantität Roheisen? und da sagen Sie, Sie glauben es nicht?

Z.: Nein, ich glaube es nicht.

Präs.: Und die Gründe dafür?

Z.: Die bestehen darin, daß kurze Zeit, ehe die Bilanz erschienen ist, ein Kontrakt rückgängig gemacht ist, in Folge dessen der betreffenden Fabrik eine große Abfindung zugesprochen worden ist.

Präs.: War das ein Kontrakt über Roheisen?

Z.: Puddlingeisen, so viel mir bekannt ist. Die betreffende Fabrik macht nichts weiter, als Puddlingeisen.

Präs.: Wie ist es nun mit Schrott und Spähnen?

Z.: Das ist zu hoch.

Präs.: Warum?

Z.: Das kann ich beweisen aus Korrespondenzen, Berichten, sowie aus eigener Anschauung.

Präs.: Versuchen Sie das nachzuweisen.

Z.: Gewiß. — Also hier ist ein officieller Bericht, von Jacob herausgegeben über eine Submission bei der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn am 16. Januar 1874, also ungefähr von der Zeit der Inventuraufnahme.

Präs.: Die war 14 Tage vorher, es handelt sich um den 31. Dezember.

Z.: 14 Tage spielen keine große Rolle dabei; diese Preise sind auch dafür noch maßgebend; es kann der Preis nur geringen Schwankungen unterworfen gewesen sein. Da ist bezahlt worden von Gärtner & Comp. der höchste Preis 1 Thlr. 27 Gr. 6 Pf. für Schienen. Die Preise von den Händlern sind erheblich geringer.

Präs.: Wofür? für welches Quantum berechnet sich dieser Preis?

Z.: Hier sind angegeben 13 548 Zentner.

Präs.: Also per Zentner?

Z.: Ja. Die Preise sind heruntergegangen bis 1 Thlr. 12 Gr. Voraussichtlich haben Gärtner & Comp. den Zuschlag bekommen als bestbietende.

Präs. (Das Blatt in die Hand nehmend, liest): „Deutsche Eisen-submissionsberichte.“ Was ist das für ein Blatt?

Z.: Ein Bericht, der sofort nach den Submissionen ausgegeben wird. — Hier ist der Bericht von einer Submission zu Straßburg vom 10. Novbr. 1873; da sind die Schienen verkauft worden zu 1 Thlr. 14 Gr. 4 Pf., Walzschienen. Dort sind sie berechnet vielleicht mit 31 Thalern, und dann ist eine Abschreibung darauf vorgenommen.

Präs.: Es heißt hier: an alten Schienen 16,400 Thaler.

Z.: Das sind also 3 Thlr. 9 Gr. per Zentner und hier waren sie für 2 Thlr. bequem zu haben, franco Walzwerk, drei Monat Ziel, nicht einmal per Kasse. Außerdem hatte das Werk einen ganz bedeutenden Vorrath an Schienen bei der Braunschweigischen Bahn liegen, der ist gar nicht mit aufgeführt.

Präs.: Das ist nicht zur Anklage gestellt, das geht uns nichts an, es handelt sich hier nur um den Preis. — Also Sie sagen, die Preise wären theilweise zu hoch angegeben, und Sie unternehmen es, diese Behauptung hier nachzuweisen. Sie haben uns darüber zwei Submissionsberichte vorgelegt, woraus Sie nachweisen wollen, daß die Preise für alte Schienen per Zentner einen Thaler — und wieviel? — betragen.

Z.: Circa 2 Thaler.

Präs.: In Braunschweig?

Z.: Franko Braunschweig!

Präs.: Und aus der Bilanz selber wollen Sie ableiten, daß die alten Schienen angegeben sind zum Werthe von 3 Thlr. 9 Gr.?

Z.: Nein, nicht aus der Bilanz, das kann man nur sehen, wenn man die Bücher revidirt; die Quantität ist ja nicht angegeben.

Präs.: Haben Sie die Bücher revidirt?

Z.: Die Bücher habe ich theilweise angesehen.

Präs.: Haben Sie darin gefunden, wieviel alte Schienen vorhanden gewesen sind?

Z.: In den Büchern stehen nur die Schienen angegeben, die abgenommen sind, die auf dem Lager waren; ferner hatte aber das Walzwerk Kontrakte mit der Braunschweigischen Eisenbahn; hatte einen großen Posten Schienen — ich weiß nicht, eine Million oder mehrere Millionen

Pfund abzunehmen zu einem horrenden Preise; also bei den Schienen ging schon ein großes Stück Geld von vornherein verloren.

Präs.: Haben Sie diese Schienen mitberechnet?

Z.: Die sind dort nicht mit aufgeführt, das Quantum ist nicht in den Büchern zu sehen; es steht nur da: alte Schienen.

Präs.: Wenn nun das Quantum, was dagewesen ist nach Ihrer Meinung, hinzugezählt wird, würde dann der Preis auch herauskommen, den Sie eben für die Schienen berechnen? Sie sagen, der Preis für diese Schienen ist 3 Thlr. 9 Gr., Sie nehmen aber nur an, daß diejenigen Schienen damit gemeint sind, die auf dem Werk liegen; Sie sagen, das Werk hatte noch mehr Schienen, die hat es nicht mit aufgenommen.

Z.: Nein, die sind nicht mit aufgenommen bei der Inventur.

Präs.: Erinnern Sie sich noch der Quantität, die angegeben ist in der Inventuraufnahme? (In dem betreffenden Geschäftsbuch von 1873 nachschlagend): Hier ist angegeben 2 399 800 Kilo Roheisen und zwar sind die Sorten angegeben. Haben Sie das nachgesehen in der Inventur?

Z.: Ja, ich habe den Lagerbestand aber nicht prüfen können.

Präs.: Davon ist keine Rede. Sie müssen doch wissen, wie groß ist denn die Menge gewesen von Schrott, Spähnen, alten Schienen. Wenn die Gesamtsumme diesen Werth gehabt hat, so müssen Sie doch wissen, wie viel Pfunde jede einzelne Sorte gehabt hat, um den Werth beurtheilen zu können.

Z.: Das habe ich aus den Büchern gesehen.

Präs.: Es war also an Schrott vorhanden 825 672½ Kilo, alte Schienen 261 529 5 Kilo. Das ist richtig?

Z.: Das ist in so weit richtig, als es vielleicht auf Lager war, aber es hatte ja noch ein Lager auf der Eisenbahn.

Präs.: Das sind Sachen, die uns hier nicht interessieren, es handelt sich darum, ob der Preis für diese Dinge richtig angegeben ist.

Z.: Nein, falsch!

Präs.: Das sollen Sie mir eben nachweisen; Sie kommen aber immer mit anderen Sachen dazwischen.

Z.: Ich beweise das hier aus den Submissionsberichten, außerdem aus den Korrespondenzen des Werkes selbst mit anderen Leuten.

Präs.: Wie groß würde die Differenz ungefähr sein?

Z.: Es sind die Schienen mit 33 Thlrn. angesetzt, und mit 20 Thlrn. waren sie gut zu haben.

Staatsanw.: Einen spezielleren Nachweis können Sie uns darüber nicht geben?

Z.: O ja, das sind ja offizielle Nachweise; hier sind Briefe, — aus

der Korrespondenz des Werkes geht hervor, daß Schienen billiger offerirt sind.

Präs.: Wollen Sie uns mittheilen, was darin steht?

Staatsanw.: Ich bitte, die Angeklagten zu fragen, ob sie diese Submissionsberichte als maßgebend für den Marktpreis anerkennen wollen.

Mehrere der Angeklagten: Entschieden nicht!

Angekl. Salomon: Ich möchte den Antrag stellen, den Herrn Commerzienrath Meyer darüber zu befragen; der wird Auskunft in der Beziehung geben können.

Präs. (Dem Antrage stattgebend): Herr Commerzienrath Meyer, wollen Sie die Güte haben, vorzutreten! — Sie sind als Sachverständiger in der Sache bereits beeidigt; ich verweise Sie also auf den früher geleisteten Eid. — Wie alt sind Sie?

Sachverst. Meyer: 48 Jahre.

Präs.: Sie haben gehört, was der Herr Sachverständige Stoof hier geäußert hat über die Marktpreise. Wollen Sie Ihre eigene Ansicht über diese Frage uns jetzt gefälligst auseinandersetzen, namentlich darüber, was von diesen Submissionsberichten zu halten ist, ob die als maßgebend zu betrachten sind.

Sachverst. Meyer: (Die Submissionsberichte in Augenschein nehmend): Ich bezweifle nicht, daß das, was hier drin steht, richtig ist.

Präs.: Sind Ihnen diese Berichte bekannt?

Sachverst. Meyer: Es existiren mehrere Zeitungen, die ein Gewerbe daraus machen, derartige Berichte zu sammeln, zu publiciren; auf absolute Genauigkeit können sie keinen Anspruch machen; Unrichtigkeiten sind nicht ausgeschlossen, weil ihnen nur Abschriften von den Büreaus zugestellt werden. Im Allgemeinen bezweifle ich nicht, daß man sie als richtig annehmen darf.

Präs.: Hier sind nun die Materialien speziell angeführt, um die es sich handelt. (Ueberreicht dem Sachverständigen das Geschäftsbuch von 1873.) Der Sachverständige Stoof ist der Meinung, daß die Preise, die für die Materialien in der Bilanz aufgeführt sind, um etwa  $\frac{1}{3}$  zu hoch seien.

B. Stoof: Einige um 10%, einige um 20, 30, 40%.

Präs.: Er will das nachweisen durch diese Submissionsberichte. Können Sie uns über den Werth dieser Gegenstände 1873 in Braunschweig Auskunft geben?

Sachv. Meyer: Ganz genaue Auskunft nicht. Bei Rotheisen war es bis dahin so, daß die größeren Hüttenwerke — ich habe ja selbst ein größeres Hüttenwerk zu leiten — in der Regel ihre Rotheisenproduktion auf

eine lange Periode etwa auf ein Jahr im voraus verkaufen. Das konnte man bis Ende 1873; seitdem erfolgte der Roheisenverkauf auf meine Veranlassung von der Hoesler Hütte, die Roheisen fabrizirt, regelmäßig nur für einzelne Monate. Ich hatte früher das Prinzip, die ganze voraussichtliche Produktion des künftigen Jahres in der Regel schon im September oder Oktober zu verkaufen. Das geht auch aus den früheren Geschäftsberichten hervor. Insofern kann ich also sagen, daß wenn die Produktion der Hoesler Hütte verkauft war, nachher ein Marktpreis für das Roheisen nicht mehr bestand. Mit Schrott und Drehspähnen habe ich mich derzeit wenig befaßt; ich bezweifle nicht, daß das, was dort in dem Submissionsanzeiger steht, richtig ist.

Präs.: Wenn nun das richtig ist, was da steht, würde dann der Schluß gerechtfertigt sein, daß die Preise, die in der Bilanz aufgeführt sind, um ein Drittel zu hoch sind?

Sachv. Meyer: Herr Präsident, der Werth, den der Kaufmann den Gegenständen, die er besitzt, beizulegen hat, wenn er die Inventur aufmacht, der ist eben kein absoluter, wie viele Leute glauben; er ist ein relativer, und die Werthabfindung richtet sich immer nach den besonderen Umständen. Ich leite augenblicklich selbst ein Hüttenwerk, welches eine Eisenbahn besitzt, und auch ein Walzwerk, und kann in die Lage kommen, für beide Gesellschaften alte Schienen zu kaufen. Es ist recht gut denkbar, daß ich in meiner Eigenschaft als Leiter der beiden Werke alte Schienen kaufe, ich will sagen die Tonne von 500 Kilogramm zu 50 Thlr. Wenn ich sie theile und die eine Hälfte der Hütte gebe und diese Schienen liegen am 31. Dezember auf Lager, und sind seit dem Ankauf auf vielleicht 30 Thlr. im Preise zurückgegangen, so werde ich sie zweifellos in die Inventur aufnehmen zum Anschaffungspreis von 50 Thalern die Tonne; das ist ganz gerechtfertigt. Ich kann, weil sie den Zweck haben, die Eisenbahn betriebsfähig zu machen, dadurch nichts verlieren und nichts gewinnen. Die andere Hälfte derselben Materie, die dem Walzwerk bleibt, werde ich einfach zu 30 Thlrn. inventarisiren, wenn ich den Urstoff in verarbeiteter Form noch nicht weiter verkauft habe. Wenn ich aber Lieferungen angenommen habe, werde ich berücksichtigen, ob ich dieses Rohmaterial dazu nöthig habe und für den Zweck angeschafft habe. Wenn ich alte Schienen angeschafft habe zum Preise von 50 Thalern per Tonne, und ich habe dieses Rohmaterial liegen, zu dem Zwecke angeschafft, um diese Lieferungen ausführen zu können, und ward nun dabei an der Lieferung 10 Thlr. pro Tonne verdient, dann würde ich mich verpflichtet halten, am 31. Dezember das Material, welches ich nöthig hatte und zu dem Zwecke anschaffte, um meine Lieferungsverpflichtung im nächsten Jahre auszuführen, zu dem Anschaffungspreis zu inventarisiren.

Wenn ich es nicht thäte, so würde ich jedenfalls den einen Aktionär, der am 31. Dezember die Aktien besitzt und sie bald nachher verkauft, schädigen resp. mit Unrecht begünstigen. Ich möchte das an einem Beispiel exemplificiren, weil ich glaube, daß viel darauf ankommt. Wenn ich als Walzwerksbesitzer große Lieferungen für eine Eisenbahn übernehme, dann kann es sehr leicht passiren, daß ich ein Vierteljahr lang kontinuierlich arbeite, um das Eisenbahnmaterial, welches ich herzustellen habe, abzuliefern. Ich habe das vielleicht erst im Februar nächsten Jahres abzuliefern. Wenn ich nun das Material, welches ich fertig gemacht habe, verkauft habe zu 50 Thln., so werde ich am 31. Dezember mich verpflichtet halten die am Lager befindliche Produktion des Jahres zu dem Preis von 50 Thln. abzüglich einer solchen Quote, welche das künftige Jahr nöthig hat, um die mit der Versendung u. s. w. verbundenen Unkosten zu decken, in die Bilanz einzustellen. Nun macht das nach meiner Auffassung keinen Unterschied, ob die Schiene schon fertig ist oder der Stoff derselben noch als Halbfabrikat oder als Roheisen am Lager liegt. Würde ich nicht so inventarisiren, — wären also die Schienen so heruntergegangen, daß ich sie zu 30 Thln. kaufen könnte, die ich zu 50 Thln. verkauft habe, und würde ich die zu 30 inventarisiren, so würde ich bei einer Lieferung von 9000 Tonnen jedenfalls den Aktionär des Jahres durch die Annahme eines nur fictiven Verlustes um 180 000 Thlr. schädigen und die kämen dem des nächsten Jahres zu Gute. — Ich wollte damit auseinanderlegen, daß der Werthbegriff durchaus nicht absolut aufzufassen ist, wie das durch Unkenntniß der Geschäftsverhältnisse sehr häufig geschieht. Er muß sich zweifellos immer richten nach den besonderen Umständen. Wie hier der Fall liegt, so glaube ich, daß behauptet wird, daß Lieferungen fest übernommen waren, die etwa so viel Materialien erforderten, als auf Lager waren. Wenn ich nicht irre, steht in dem Geschäftsbericht, daß  $3\frac{1}{2}$  Millionen Pfund Produkte verkauft waren. Man wird nun zu  $3\frac{1}{2}$  Millionen Pfund Fabrikat je nach der Beschaffenheit des Materials, welches ich abzuliefern habe, etwa 5 Millionen Pfund — 4,800,000 bis 5 Millionen Pfund — Roheisen, Schrott, wenn ich letzteren mit verarbeite, nöthig haben. Es wird also die Summe, die in dem Geschäftsbericht steht, wenn die Thatsache richtig ist, daß  $3\frac{1}{2}$  Millionen Pfund Lieferung angenommen waren, etwa stimmen mit der Verpflichtung, welche die Gesellschaft trägt, und da würde ich es für richtig halten, daß ich das Roheisen, welches ich für die Ausführung dieser meiner Verpflichtungen für diesen bestimmten Zweck gekauft habe, für das nächste Jahr auch zu diesem Preise annehmen muß; ich glaube, das kann gar nicht kontrovers sein.

Präs.: §. 19 des Statuts schreibt vor, daß bei Aufmachung der



Bilanz die für die Lieferung bestehenden Aussichten berücksichtigt werden. Das ist also wohl dasjenige, was Sie aus der Sache selbst herleiten?

Sachverst.: Ich bin dafür, daß man den Art. 31 des Handelsgesetzbuchs so interpretiren muß, auch wenn nichts im Statut steht, wie ich eben gesagt habe. Ich habe solchen Paragraphen, wie §. 19 es ist, bislang noch in keinem Statut gefunden, ich halte es aber eigentlich für selbstverständlich. Bei dem Schienenbeispiel wäre klar gewesen, daß man einen ganz fiktiven Verlust den Aktionären des einen Jahres auflegt, um ihn denen des andern zu Gute kommen zu lassen. Ich halte diesen §. 19 für eine sehr glückliche Fassung, weil er alle Meinungsverschiedenheiten, welche über den Werthbegriff in der That häufig vorkommen, innerhalb der Gesellschaft wenigstens vollständig beseitigt.

Präs. (zum Zeugen Stoof): Stimmen Sie auch den Ausführungen des Sachverständigen Meyer bei?

3. Stoof: Nicht ganz!

Präs.: Was haben Sie dagegen einzuwenden?

3.: Wenn ich Material augenblicklich zu einem billigeren Preise anschaffen kann, bin ich nicht berechtigt, am 31. Dezember es zu dem der Ausführung entsprechenden Preise in die Bilanz einzustellen.

Präs.: Haben Sie §. 19 des Statuts gekannt? glauben Sie, daß in Berücksichtigung dieses §. 19 des Statuts die Preise richtig angegeben sind?

3.: Nein!

Präs.: Dann auch nicht?

3.: Auch nicht!

Präs.: Wollen Sie sich darüber auslassen, weswegen und wieviel sie dann zu hoch genommen sind?

3.: Dann würde der Preis ebenfalls um ungefähr 10 Thlr. zu hoch angegeben sein.

Präs.: Haben Sie sich genauere Uebersichten gemacht?

3.: O ja!

Präs.: Theilen Sie uns mit, was Sie davon haben!

3.: Hier ist ein Brief. Schienen sind in der Zeit dem Werke von Händlern zu 2 Thlr. offerirt. Das Walzwerk hat sie nicht acceptirt.

Präs.: Ein Brief an Sie?

3.: Ja!

Präs.: Von wem ist der Brief? (Denselben in die Hand nehmend): Er ist ohne Unterschrift; oben drüber steht Milkuschütz in Hamburg.

(Verliest den bezüglichen Passus.)

Präs.: Würden Sie, wenn Sie diesen §. 19 gekannt hätten, — oder

jetzt, werden Sie in Berücksichtigung der bereits abgeschlossenen Verkäufe auch noch annehmen; daß die Preise nicht angemessen sind, zu hoch sind?

Z.: Ja!

Präs.: Sie haben gehört, daß Herr Meyer anderer Ansicht ist. Er sagte, man müsse dabei berücksichtigen, wie viel in Hinsicht auf die abgeschlossenen Fabrikatsverkäufe im Augenblick der Werth betrüge. Haben Sie in dieser Rücksicht die Preise geprüft?

Z.: Auch dann sind sie ebenfalls zu hoch.

Präs.: Ja, das sind Aussagen Ihrerseits, aber Sie müssen sie doch auf irgend eine Weise nachweisen!

Z.: Gewiß! Das Walzwerk selbst veröffentlichte im Vorjahre einen Bericht, worin es sagt, daß die Fabrikationskosten zu der Zeit nicht 37½ Thlr. betragen haben, sondern 46 Thlr. 24 Gr., und jeder, der die Bücher geprüft hat, hätte überhaupt diesen Preis nicht herausrechnen können.

Sachverst. Meyer: Ich glaube, ich darf da auf mein Gutachten Bezug nehmen. Wenn ich den Herrn Präsidenten richtig verstanden habe, handelt es sich darum, ob man bei Zugrundelegung der Preise für die Rohmaterialien Nutzen bei richtiger Fabrikation — letztere natürlich vorausgesetzt — hätte erzielen können gegenüber dem Verkaufspreis von etwa 40 Thlr. per 1000 Pfund. Ich habe in meinem Gutachten genau angegeben, wie das Werk, welches ich leite, fabrizirt hat, habe aber dabei den Vorbehalt gemacht, daß wir bezüglich der Ersparniß an Fabrikationskosten Fortschritte machten. Ich bekomme zufällig heute von dem Peiner Walzwerk die Kalkulation der Kosten per Mai; danach sind verbraucht zur Darstellung von 1000 Pfund Fabrikate 1382 Pfund Eisen; welches dem Braunschweiger Walzwerk im Durchschnittspreis berechnet, etwa 20 Thlr. kostete. Nun hat Herr Fehland viel Altisen mit verarbeitet; wenn ich das mit verarbeite, dann ist der Abbrand ein geringerer. Er hat derzeit seinen Abbrand etwa so angegeben, daß er fabrizirtes Eisen würde herstellen können mit 1330 Pfund. Das bezweifle ich gar nicht, weil der Puddelprozeß sehr viel Arbeitslöhne erfordert — zu 1000 Pfund Luppen sind 1000 Pfund Kohle nöthig —, das fällt dann fort, wenn ich Altisen, das diesen Puddelprozeß nicht durchzumachen hat, gleich hereinziehe. Da würde ich also 1330 Pfund brauchen; zu 20 Thlr. gerechnet ergibt das einen Eisenpreis von 26,6 Thlrn. Wir haben in Peine im vorigen Monat verbraucht auf 1000 Pfund Eisen 1756 Pfund Kohle; Fehland giebt an, daß er nur 1570 Pfund verbraucht. Nehmen wir aber wegen des mit verarbeiteten Altisens 1700 Pfund an, so würden, — ich weiß nicht genau, wie in der Zeit die Kohlenpreise waren, — ich will den Kohlenpreis annehmen zu 4 Thlr., das wird eher zu viel als zu wenig sein, also ich will

annehmen 4 Thlr., — dann würden herauskommen 6 Thlr. 24 Gr.; dazu 26 Thlr. 18 Gr.; das wären 33 Thlr. 12 Gr. Nun haben die Fabrikationskosten, also die sonstigen Kosten im Peiner Werk betragen im Mai dieses Jahres 27 Mk. 86 Pf. per 1000 Kilogramm, das macht also rund 14 Mk. per 1000 Pfund, das sind 4 Thlr. 20 Gr. Wenn ich die hinzurechne, bekäme ich etwa einen Fabrikationspreis von 37 bis 38 Thlrn. — immer sage ich: bei intelligenter Geschäftsführung; — dazu müßte das Eisen sich fabriziren lassen. Ich habe die sämtlichen Kalkulationen des unter meiner Leitung stehenden Peiner Werkes bei mir; auf Grund der gesammelten Erfahrungen habe ich die etwas höher lautende Ziffer angeführt. Nun muß ich aber noch ergänzend bemerken, daß wir in Peine augenblicklich in Folge der ungünstigen Konjunktur immer nur das fertig machen, was bestellt wird, während ich, wenn ich für Eisenbahnen größere Lieferungen bekomme, also 50,000 Pfund, die eine Walze zwei Tage beschäftigen, viel billiger arbeiten kann, als bei kleineren Quantitäten, wo die Selbstkosten erhöht werden. Wenn ich also Eisenbahnlieferungen übernommen habe und in der Lage bin, größere Massen eines und desselben Fabrikats zu walzen, kann ich viel billiger fabriziren. Das haben wir in Peine nicht gehabt, das wird vermuthlich bei Fehland der Fall gewesen sein; übrigens weiß ich es nicht. Dagegen stehe ich nicht an, zu behaupten, daß ein intelligenter Walzwerktechniker derzeit unter Berücksichtigung dieser Preise Stabeisen gewöhnlicher Qualität müßte herstellen können für 37 bis 38 Thlr. — müßte herstellen können; ob er es hergestellt hat, kann ich nicht beurtheilen.

Verth. Adv.-Anw. Abeken (zum Zeugen Stooß): Sie haben in Ihrer Vernehmung damals auch gesagt, es sei eine Unwahrheit, daß Aufträge auf  $3\frac{1}{2}$  Millionen Pfund fertiges Eisen vorhanden gewesen seien. (Zum Präsidenten): Es befindet sich auf Seite 9 ein Passus, worin der Zeuge oder Sachverständige behauptet hat, das sei eine Unwahrheit, daß Aufträge auf  $3\frac{1}{2}$  Millionen Pfund Eisen damals vorhanden gewesen wären bei Aufnahme der Bilanz.

Z. Stooß: Man hat mir die Aufträge nicht nachweisen können.

Verth. Abeken: Sind Ihnen die Kontrakte nicht vorgelegt?

Z.: Nein, man hat mir überhaupt hierüber gar nichts vorgelegt.

Verth. Abeken: Dann würden Sie allerdings sagen können, es wäre Ihnen nicht nachgewiesen.

Z.: Ich bezweifle auch noch, daß sie vorhanden gewesen sind, wenn sie mir nicht nachgewiesen werden.

Verth. Abeken: Da wird nachher ein Gutachten von einem Sachverständigen gehört werden, daß höhere derartige Aufträge vorgelegen

haben. Aber es handelt sich hier nur darum, wie Sie es rechtfertigen wollen, daß Sie mit so großer Bestimmtheit damals sagen konnten, diese Aufträge oder Aufträge bis zu diesem Quantum sind nicht vorhanden. Dazu hätten Sie doch selbst alles durchforschen und durchsuchen müssen.

3.: Ich habe es aus den Papieren nicht entdecken können und habe die Herren persönlich ersucht, mir Auskunft darüber zu geben; Sie haben die Schultern gezogen und gesagt, dann sind sie nicht da. Herr Salomon sagte mir: ich weiß nicht, dann müssen sie fortgekommen sein.

Angell. Salomon: Diese Verträge sind später eingereicht. Ich will nur noch auf die Ausführungen des Herrn Stooß bemerken: Der Herr Stooß ist geschädigter Gläubiger, er hatte an das Werk Schrott &c. geliefert im Betrage von so und so viel. Er war in der Gläubigerversammlung zugegen und wurde da gewählt als Ausschußmitglied zur Prüfung der Sache und zur Revision nebst einem Herrn Plüschke, Vertreter der Firma Schweizer & Hausdorf, — und ich weiß nicht gleich wer noch von Seiten der Herren Gläubiger. Diese Herren haben sich an Ort und Stelle nach dem Wert begeben, haben sich in ihrer kolossalen Aufregung und in Anbetracht ihrer Verluste, die allerdings ziemlich groß waren, sehr wenig maßvoll benommen; indessen ist von uns, den Aufsichtsrathsmitgliedern so wenig, wie von den Direktoren, irgend welche Auskunft etwa verweigert worden. Man hat im Gegentheil den Herren Revisoren alles dasjenige an Büchern und Scripturen zur Verfügung gestellt, was wir selbst zur Verfügung hatten. Die Aufsichtsrathsmitglieder haben ja selbstverständlich nicht die Schlüssel zu den Bücher- und Cassaschränken; sie haben das Recht in jedem Augenblicke zu recherchiren, aber sie konnten nicht wissen, auf welche Sachen es den Herren Revisoren besonders ankam; es gehörten mehrere Tage zur Prüfung. Die Herren sind längere Zeit, 6 oder 8 Tage dagewesen. Herr Stooß hat nun gesagt: ich bin geschädigt durch die Bilanz von 1873, ich bin in Verbindung getreten mit diesem Walzwerk in der Annahme, dasselbe habe eine außerordentliche Prosperität, es seien  $7\frac{1}{2}\%$  Dividende pro 1873 vorhanden gewesen, und dies allein hat mich verlockt, eine Geschäftsverbindung einzugehen. Herr Stooß hat in der Gläubigerversammlung seinen Fall selbst so erklärt, er habe sich kurz vorher, bevor er Aufträge annahm, nach dem Stande des Werkes erkundigt, und habe eine günstige Auskunft noch kurz vorher von einem Hause in Braunschweig bekommen. Als die Revision des Gläubiger-Ausschusses fertig war, erklärte derselbe: hier ist gesündigt in der furchtbarsten Weise und zunächst durch die Bilanz, die ist in allen Theilen falsch. Ich muß darauf aufmerksam machen, was Herr Stooß in dieser Beziehung geleistet hat in seinem Exposé, welches Folio 72 in den

Untersuchungsakten sich befindet. Ich muß aber auch ferner sagen, in welcher Weise sich Herr Stooß als Verfasser zu diesem Exposé gestellt hat. Es hat Herr Stooß mit Herrn Plüschke und Anderen gegen den Aufsichtsrath agitirt und zunächst ist Herr Plüschke erschienen mit der Drohung: wenn Sie nicht irgend wie Anstalten machen, daß ich und Andere — ich werde das vermitteln — eine bestimmte Summe Geldes bekomme, so bringen wir Sie unfehlbar zur Anzeige und werden Sie strafrechtlich verfolgen wegen Betruges; die Bilanz ist falsch. Darauf bin ich so wenig eingegangen, wie ein anderes Aufsichtsrathsmitglied, denn wir hatten Nichts zu verhehlen und es war Nichts in der Bilanz verschleiert. Darauf ist der Strafantrag von Schweizer & Hausdorff durch Plüschke eingereicht. Später ist dann auch Herr Stooß zu dem Herrn Staatsanwalt gegangen, um Mittheilungen über die Bilanz zu machen, und vom Herrn Staatsanwalt ist selbst die Notiz in den Untersuchungsakten gemacht: „Herr Stooß aus Magdeburg behauptet, die ganzen Verhältnisse und die Lage des Walzwerks genau zu kennen, und bittet vernommen zu werden.“ Er ist schließlich vernommen in Magdeburg. Sein Exposé beginnt mit den Worten: „Ich habe an einem Augenübel gelitten; Sie müssen entschuldigen, daß ich es nicht früher einschicken konnte.“ Wann ist nun aber diese Revision, die vielleicht Ende Februar oder März 1875 stattgefunden, das Exposé von Stooß erschienen? Sie werden es in den Akten finden, vielleicht am 6. Juni oder 6. Juli 1876. Er sagt in dem Exposé: Ich will Ihnen ganz genau sagen, wie die Sache steht; die Rohmaterialien sind 40, vielleicht 50% höher angesetzt, als der Marktpreis war — damit beginnt er —; ferner der Geschäftsbericht ist unwahr, außerdem ist darin das Lüge und jenes Lüge. — Das wollte ich nur hier konstatiren; es wird sich ja das Weitere aufklären durch die Gutachten der Herren Sachverständigen, die wir noch zu hören haben. So ist der Hergang und die Stellung, die Herr Stooß zu der Sache gehabt hat. Ich erwähne eine Geschichte nicht, worauf Herr Meyersfeld ja selbst hingewiesen hat und zugiebt, mit Stooß selbst die Sache verfolgt zu haben, um die Ereignisse bei der Bilanzirung zu dokumentiren, es war diese gemeinschaftliche Arbeit zur wirksamen Darstellung nothwendig, aber es war zu lange her, es war über ein Jahr her. Ich bitte also Herrn Stooß, um Gotteswillen und wegen seines Eides vorsichtig zu sein und hier nicht weiter in dieser Geschichte sich zu äußern. Denn wenn er aus sagt, daß er damals 40 bis 50% höhere Preise gegenüber dem Marktpreise gefunden hat, und heute nur sagt: ja, alte Schienen kaufte ich vielleicht zu 20 Thlr., — wissen Sie heute noch, zu welchen Preisen die Schienen in der Bilanz angenommen sind? Sind das 40 bis 50% Differenz?

3. Stoof: Speziell von den Schienen ist nicht gesprochen; ich habe nur gesagt, einzelne Posten.

Angekl. Salomon: Und einen Brief ohne Unterschrift, angeblich von Milkuschütz, der damals in der Sache ebenso stand, wie Sie, — den wollen Sie hier vorlesen, um die Aufsichtsrathsmitglieder weiter zu belasten? —

Berth. D.=G.=Adv. Huch: Ich bitte um die Erlaubniß, einen Antrag zu stellen, den ich erst jetzt stellen kann. Es ist hier von diesem Sachverständigen, von dem ich bedaure, daß die Herzogliche Staatsanwaltschaft ihn vorgeschlagen hat, — auch unser Sachverständiger Herr Commerzienrath Meyer vertritt eine Gläubigerin, und zwar ist deren Verlust vielleicht dreimal so hoch; wir haben aber nicht angestanden, den Mann trotzdem zu unserm Sachverständigen zu ernennen, — daß die Herzogliche Staatsanwaltschaft diesen Mann, der jedenfalls im höchsten Maße interessiert bei diesem Ausfall sich erwiesen hat . . .

(Unterbrechung durch den Präsidenten.)

Ist es nicht Stoof, der circa 6000 Mk. . . ?

(Zwischenbemerkung des Präsidenten.)

Gut, also darüber will ich schweigen. Aber dieser Sachverständige hat eben gegen den Angeklagten, der allerdings nicht in der Lage ist, sich durch einen Eid Glauben zu verschaffen, eine Anklage erhoben, die, wenn sie begründet wäre, schwer wiegen würde. Er hat, obgleich er Revisor war und man ihm pflichtmäßig Einblick geben mußte in die Papiere, behauptet, daß man ihm diese Einsicht verweigert hat; Herr Salomon hat das Gegentheil erklärt. Ich beanspruche nicht, daß der Gerichtshof dem Angeklagten unbedingt Glauben schenkt; es sitzt aber hier zufälligerweise der Herr Wahn im Zuschauerraum, der ist damals Direktor gewesen und würde vollständig in der Lage sein, ein eidliches Zeugniß in der Sache abzugeben. Es scheint mir das eine sehr wichtige Frage zu sein, ob ein Sachverständiger den Angeschuldigten dadurch kompromittiren darf, daß er eine solche falsche Anklage erhebt. Also ich muß beantragen, den Herrn Wahn über diesen Punkt zu vernehmen.

Präs. (nach kurzer Berathung des Gerichtshofes): Der Zeuge kann vernommen werden, aber später; er muß dann allerdings jetzt aus dem Sitzungsaal abtreten. (Geschieht.)

Staatsanw.: Gegenüber dem Herrn Vertheidiger möchte ich bemerken, daß Stoof nur über den einen Punkt als Sachverständiger vorgeschlagen war, nämlich über die Frage der Marktpreise. Da schien es mir gleichgültig, ob er dabei interessiert war oder nicht. Er mußte nachweisen, wie hoch die Preise damals waren; das muß er nachweisen durch

solche Dokumente, welche Glauben verdienen, und da scheint es mir gleichgültig, ob er geschädigt ist oder nicht. Kann er es nicht beweisen, so gilt sein Gutachten nicht; kann er es, so ist vollständig gleichgültig, ob er einige Tausend Thaler dabei verliert oder nicht. Deshalb glaube ich vollständig im Rechte gewesen zu sein, ihn als Sachverständigen über diesen Punkt vorzuschlagen. —

Nun noch eine Frage, nämlich die, ob er wirklich behaupten kann, daß er nicht mit dem Walzwerk in Verbindung getreten wäre, wenn ihm die Bilanz nicht bekannt geworden wäre?

Präs. (zum Zeugen Stooß): Ich mache Sie in dieser Beziehung darauf aufmerksam, daß vorgekommen ist, Sie hätten sich vor Ihrer Geschäftsverbindung nach dem Walzwerk erkundigt?

Z.: Das ist eine Unwahrheit.

Präs.: Also das ist nicht wahr?

Z.: Nein, ich nehme es auf meinen Eid; ich bin krank gewesen, es war mein erster Ausgang, mich nach Braunschweig zu begeben und mich da zu erkundigen.

Präs.: Also bevor Sie im November 1874 das Geschäft abschlossen, sind Sie nicht persönlich in Braunschweig gewesen?

Z.: Ich habe krank gelegen, mein Socius hat die Sache geführt.

Präs.: Haben Sie sich schriftlich oder brieflich nach den Verhältnissen des Werkes erkundigt, ehe Sie abgeschlossen haben?

Z.: Nein! wenigstens ich habe nicht geschrieben.

Präs.: Haben Sie noch Geschäftstheilnehmer?

Z.: Ja wohl! einen Socius.

Präs.: Hat der geschrieben?

Z.: Ich bin der Ansicht, daß wir uns nicht erkundigt haben. Ihre Frage läßt einige Zweifel in mir aufsteigen; ich werde es bis morgen ermitteln können. Ich meinerseits behaupte, daß ich nicht geschrieben habe.

Präs.: Wer hat das Geschäft mit dem Walzwerke gemacht, Sie oder Ihr Socius?

Z.: Mein Socius.

Präs.: Haben Sie gemeinschaftlich beschlossen, das Geschäft zu machen?

Z.: Ja wohl!

Präs.: Hat er Ihnen vorher mitgetheilt, daß er sich schon näher erkundigt hätte, und die Verhältnisse wären gut?

Z.: Nein! wir haben es so angenommen.

Präs.: Also keine weiteren Erkundigungen darüber eingezogen?

Z.: Wir haben, nachdem das Geschäft gemacht war, eine mündliche

Erfundigung in Magdeburg eingezogen bei den Herren Banquier Schulz und Schüh.

Präf.: Wann? nachdem Sie das Geschäft gemacht hatten?

Z.: Ja! mein Socius . . .

Präf.: Wie heißt der?

Z.: Tag.

Präf.: Ist das Geschäft jetzt noch im Gange mit dem Socius?

Z.: Ja!

Staatsanw.: Ist bei ihrer Besprechung mit dem Socius überhaupt von der Bilanz die Rede gewesen?

Z.: Nein, ich habe ihm nur die Adresse gegeben.

Staatsanw.: Sie haben behauptet, Sie hätten sich dabei auf die Bilanz gestützt?

Z.: Ich würde überhaupt nicht mit dem Walzwert in Verbindung getreten sein, wenn ich in der Bilanz gelesen hätte, daß die Preise so angesetzt sind.

Präf.: Würden Sie es denn gethan haben, wenn eine Unterbilanz dagewesen wäre?

Z.: Nein, dann würde ich es nicht gethan haben.

(Z. Rohsahl aus dem Zuschauerraum): Dürfte ich zu dieser Sache auch ein paar Worte sagen?

Präf.: Das ist jetzt nicht zulässig.

Berth. D.=G.=Adv. Huch: Es stellt sich heraus, daß der Herr durchaus *expers in propria causa* ist. Haben Sie nicht die Offerte bekommen von 12½%? Sie sind der einzige sämtlicher Gläubiger, der es so weit getrieben hat, daß er die Annahme dieser Offerte abgelehnt hat? Ihr Betrag liegt beim Stadtgericht deponirt.

Z.: Ja wohl, ich habe es nicht abgenommen, und Sie, Herr Advokat, waren mein Vertreter.

Berth. Huch: Z, sehen Sie, sehen Sie! habe ich mich doch nicht geirrt! Sind Sie es doch? Ich habe ja auch meine Rechnung noch nicht bezahlt bekommen.

Z.: Sie haben ja noch nicht liquidirt!

Präf.: Das sind ja Privatsachen.

Berth. Huch: Also, meine Herren, dieser Mann ist der einzige, der sein Geld nicht angenommen hat; in den jetzigen schweren Zeiten nimmt man, wenn man die größere Summe nicht kriegen kann, die kleinere. 6000 Mk. war ihre Forderung?

Z.: 5700 Mk.



Berth. Huch: Ihre Absicht war, wenn diese Sache gewonnen wird, dann eine Civilklage anzustellen?

Z.: Dazu haben Sie mir sogar ein Gutachten gemacht.

Berth. Huch: Da Sie mich von der Verschwiegenheit entbinden, so erkläre ich, daß es so ist. Jetzt habe ich allerdings eine andere Ansicht, Sie haben mir die Sache ganz anders geschildert. — Also Sie haben die Absicht, indem Sie die Dividende nicht erhoben haben, eine Civilklage anzustellen; Sie wirken als Sachverständiger in einer Sache mit, die, wenn sie durchgeht, Ihnen Veranlassung geben würde, eine Civilklage anzustellen; also sage ich, Sie sind Sachverständiger in Ihrer eigenen Sache, und nach der Civilprozeßordnung würden Sie ein völlig unfähiger Sachverständiger sein, und ich kann nicht einsehen, warum im Kriminalprozeß das Gegentheil der Fall sein sollte.

Z.: Herr Advokat, Sie haben mir geschrieben: „Es ist traurig, daß solche Skandalgeschichten vorkommen; ich werde das meinige dazu beitragen, daß solche Betrügereien nicht ungeahndet bleiben; ich würde daher sehr geneigt sein, alles aufzubieten, was die Gesetze uns an die Hand geben.“

Berth. Huch: Ich halte das vollständig aufrecht. Dieses Schreiben stützt sich auf diejenigen Angaben, die Sie mir damals gemacht, die ich jeden Augenblick Ihnen vorlegen kann, und die beweisen werden, daß sie gerade das Gegentheil enthalten von dem, was hier zu Tage gekommen ist. Sie haben mir die Instruktion so erteilt, daß Sie betrogen wären. In die Sache eingedrungen bin ich erst später, sonst würde ich das nicht geschrieben haben.

Staatsanw.: Es ist allerdings auffällig, daß dieser Beschädigte die 12½ % Dividende nicht erhoben hat. Die Sache scheint sich so aufzuklären, daß er es nicht gethan hat in Folge des Gutachtens eines der jetzigen Vertheidiger.

Berth. Huch: Wollen Sie gefälligst nachsehen, von welchem Datum der Brief ist?

(Zeuge überreicht ihm denselben.) Also vom 12. Juli 1875, drei Jahre her! Seit der Zeit haben sich die Sachen etwas aufgeklärt.

Staatsanw.: Also Sie meinen, daß Sie durch dieses Gutachten bestimmt wären, Ihre Dividende nicht zu erheben?

Z.: Gewiß! — Herr Advokat Huch hat meine Wechsel noch in Händen.

Berth. Huch: Können Sie wiederkriegen, für mich haben sie keinen Werth.

Z.: Sie wären prompt honorirt worden.

Präs.: Das ist ja eine Privatangelegenheit.

(Der Zeuge Stooß wird entlassen.)

Der Zeuge Stegmüller tritt zum Präsidenten vor und macht demselben eine Mittheilung.

Präs.: Der Sachverständige Meyer wird später noch weiter vernommen werden.

3. Rohfahl: Das ist der Antrag, den ich auch stellen wollte.

Präs.: Zeugen können überhaupt keine Anträge stellen.

Vernehmung des Sachverständigen Dampfkesselfabrikanten  
August Wilke, 49 Jahre alt.

(Derselbe leistet den Eid als Sachverständiger.)

Präs.: Haben Sie das Fehland'sche Etablissement bereits gekannt, ehe das Walzwerk gegründet wurde?

Sachverst.: Nein.

Präs.: Aber später?

Sachverst.: Ich bin später ein oder zwei Mal drin gewesen.

Präs.: In welcher Zeit?

Sachverst.: In den letzteren Jahren; es waren die Erweiterungsbauteilen bereits in Angriff genommen.

Präs.: Schon ausgeführt?

Sachverst.: Ich stand mit Fehland nicht eben auf freundschaftlichem Fuß, so daß ich keine Veranlassung hatte, ihn zu besuchen, und erst nachdem die Gründung lange in Ordnung war, habe ich mir die Fabrik angesehen und dann hat man mir auch gesagt, daß auf seine Veranlassung das Werk theilweise erweitert sei, und ich habe dann Veranlassung genommen, es näher anzusehen.

Präs.: Sie sind als Sachverständiger über den Werth des Etablissements vorgeschlagen. Sie haben sich in Ihrem Gutachten bereits darüber ausgesprochen; es fragt sich: würden Sie das Gesagte wiederholen können? Also haben Sie, nachdem Sie das Werk zuerst gesehen, daraus erkennen können, wie das Etablissement gestaltet gewesen war zur Zeit der Gründung im Oktober 1872?

Sachverst.: Nein, das war mir vollständig fremd.

Präs.: Sie haben angegeben, daß im Jahre 1872 für das Fehland'sche Etablissement 195 000 Thlr. gegeben wären, nicht wahr?

Sachverst.: Ich habe gesagt, es stände mir gar nicht an, mich darüber zu äußern, ich müßte die Versicherung und die Inventur, das Inventar-Verzeichniß zur Hand haben.

Präf.: Sie haben gesagt (liest): „Ich kenne das Etablissement seit dem Jahre 1872“ — jetzt sagen Sie, Sie wären erst 1875 dort gewesen — (liest weiter): „als dasselbe an eine Aktiengesellschaft verkauft wurde. Wenn für dasselbe damals ein Kaufpreis von 195 000 Thlr. erzielt und gewährt ist, so gebe ich meine allgemeine Erklärung heute dahin ab, daß ich meinstheils für das Fehland'sche Etablissement damals nicht so viel gegeben haben würde.“ Sie haben allerdings später gesagt, das wäre nicht so genau, Sie haben sich vorsichtiger ausgedrückt, aber ihre Privatmeinung ist es gewesen.

Sachverst.: Ich persönlich würde es nicht kaufen, weil ich es nicht brauchen kann.

Präf.: Weil Sie es nicht brauchen können?

Sachverst.: Wenn ich es hätte gebrauchen können und hätte die Mittel gehabt und die Konjunkturen wären der Art gewesen, — warum nicht?

Präf.: Hätten Sie dann auch diese Summe dafür gegeben?

Sachverst.: Darüber kann ich mich nicht äußern; es hat mir ja gar nicht zu Gebote gestanden. Ich habe das Werk nicht gekannt, ich bin niemals drin gewesen, ich habe es nur aus den äußeren Umrissen gekannt, und eine Beurtheilung hat mir gar nicht zu Gebote gestanden.

Präf.: In Ihrer Vernehmung kommt es vor, daß Sie eine Berechnung aufgestellt haben über den Werth des Grund und Bodens, worauf die Gebäude stehen. Sie haben angegeben, nach der Bilanz wäre der Grund und Boden auf 10 500 Thlr. pro Morgen berechnet?

Sachverst.: Das sind bloß persönliche Bemerkungen, die ich mit dem Herrn Assessor (auf den Staatsanwalt deutend) gehabt habe.

Präf.: Nein, beim Untersuchungsrichter!

Sachverst.: Da bin ich nur ein einziges Mal gewesen.

Präf.: Am 20. Dezember 1876, und haben Sie gesagt (liest):

„Um mich über den wirklichen reellen Werth des Fehland'schen Etablissements im Oktober 1872 als Schärer aussprechen zu können, würde ich zunächst die betreffenden Inventuren einsehen müssen. Wenn ich bereits angegeben habe, daß ich den reellen Werth des Etablissements im Verhältnisse zum gezahlten Kaufpreise für niedriger schätze, so will ich dies dadurch im Allgemeinen begründen, daß z. B. laut Kaufkontrakt vom 24. Oktober 1872  $3\frac{3}{4}$  Morgen als Kaufobject mit figuriren, und daß in der Bilanz vom 31. Dezember 1873 das Immobilienconto unter Grundstückconto sich auf 39 700 Thlr. beziffert und das Gebäudeconto (Ueberrahme) 157 500 Thlr. Es wäre daher der Werth des Morgens zu ca. 10 500 Thlr. angenommen, wogegen er damals in dortiger Gegend und

Lage hoch gerechnet einen Durchschnitt von 6000 Thlr. hatte. Das Gebäudeconto betreffend habe ich die auf dem Fehland'schen Etablissement stehenden Baulichkeiten damals sehr wohl gekannt. Dieselben hatten meiner festen Ueberzeugung nach auch nicht den Werth von 57 500 Thlr., sondern bedeutend geringer. Ueber die Ziffer kann ich mich augenblicklich wohl nicht näher aussprechen.“

Glauben Sie nun, daß der Werth des Etablissements sich nur nach dem Werth des Grundstücks und der Gebäude, nach dem Feuerversicherungswerthe richtet?

Sachverst.: Ich habe den Grund und Boden betrachtet, wie meinen eigenen Grund und Boden. Ich habe den Morgen mit 5000 Thlr. gekauft, nach Bearbeitung und Instandsetzung gilt er 6000 Thlr. und ich sage mir, das ist er mindestens auch dort werth. Er muß mehr werth sein, weil er an der Bahn liegt, aber auch weniger, weil er nicht an der Heerstraße liegt, also kommt es ziemlich auf Dasselbe hinaus. Ueber die Gebäude kann ich kein maßgebendes Urtheil abgeben, weil ich doch erst Einblick in die Sache haben müßte. Wenn sie mir zum Kaufe angeboten werden, kann ich hineingehen und mir diesen Einblick verschaffen; wenn ich aber oberflächlich sage, das würde ich dafür geben, so ist das ein hingeworfenes Wort, das nicht in der Weise aufgefaßt werden kann, wenn mir nicht das Material unter den Fuß gegeben wird. Wenn ich ferner das Ding so beurtheile und sage, es sind Werthe vorhanden, die augenblicklich nicht zu sehen sind — nehmen Sie die sämmtlichen Maschinen, Fundamente, die Sachen, die unter der Erde liegen —, so bin ich nicht im Stande, wenn Sie mir nicht die sämmtlichen Sachen im Inventurverzeichnis nachweisen und sagen, so und so viel sind die Gebäude, die da stehen, zu Buch, bin ich nicht im Stande, ein Urtheil darüber abzugeben. Ich habe das Inventarverzeichnis nicht gesehen, ich habe mir die Mühe genommen und von dem Direktor gehört, daß nach den Facturen, den Rechnungen, die vorhanden wären, diese Werthe zusammengestellt sind; aber, meine Herren, dazu müssen Sie aber einen Kaufmann wählen, der das gleich ausrechnet.

Präs.: Mit einem Wort, Sie können ein eigentliches Gutachten über diese Frage nicht abgeben?

Sachverst.: Sie entzieht sich vollständig meiner Kenntniß.

(Der Sachverständige wird entlassen.)

Präs.: Es folgt nun als Sachverständiger der Fabrikant Emil Köhrig.

Staatsanw.: Ich will ihn fallen lassen.

Präs.: Wir wollen doch erst die beiden anderen Gutachten verlesen, dann können Sie sich ja darüber entscheiden (Zustimmung).

Verlesung der Protokolle, betreffend Begutachtung durch die Herren Sachverständigen Gerhard Lucas Meyer aus Celle, Werner Reidemeister und Friedrich Selwig, sodann des Begleitschreibens zu den von den beiden Letzgenannten abgegebenen Gutachtens, des Protokolls, betreffend Anerkennung des Gutachtens, sowie schließlich des letzteren Gutachtens selbst.

Unterzeichnete Sachverständige **Fr. Selwig jr.** und **Werner Reidemeister** zu Braunschweig beantworten die durch den gerichtlichen Bescheid vom 15. April 1878 des Herzoglichen Kreisgerichts Helmstedt an sie gerichteten Fragen wie folgt:

Frage a.

Ob und wieviel Bestellungen pro 1874 Ende 1873 oder Anfang 1874 dem Braunschweiger Walzwerk bereits vorlagen?

Antwort.

Für die in der Frage bezeichneten Zeitpunkte lagen an Bestellungen vor:

- 1) Von Seiten der Hamburger Pferdebahn-Gesellschaft (Kontrakt vom 23. Oktober 1873 und 11. Februar 1874) auf Pferdebahn-schienen 770 228 Pfd.
- 2) Von Seiten der Nassauischen Eisenbahn-Gesellschaft (3 Kontratte vom 19. Januar 1874) auf Eisenbahn-Materialien 231 522 Pfd.
- 3) Von Seiten der Königlich Sächsischen Staatsbahn (Kontrakt vom 29. Dezember 1873) auf Eisenbahn-Materialien . . . 288 000 Pfd.
- 4) Von Seiten der Bebra-Hanauer Eisenbahn (Kontrakt vom 6. Januar und 25. Februar 1874) auf Eisenbahnmaterialien 109 200 Pfd.
- 5) Von Seiten der Bergisch-Märkischen Eisenbahn (Kontrakt vom 8. und 12. Februar 1874) auf Eisenbahn-Materialien 199 000 Pfd.
- 6) Von Seiten der Königl. Ostbahn (Kontrakt vom 9. Dezember 1873) auf Eisenbahn-Materialien 141 200 Pfd.
- 7) Von Seiten der Guxhavener Eisenbahn (Kontrakt vom 20. Januar 1874) auf Eisenbahn-Materialien 356 000 Pfd.
- 8) Von Seiten der Braunschweigischen Eisenbahn-Werkstatt (Zuschlags-Ertheilung vom 24. Januar 1874) auf Koststäbe . . 150 000 Pfd.
- 9) Von Seiten der Firma Groß & Co., Leipzig, auf Stabeisen 184 600 Pfd.

- 10) Ferner haben wir auf Grundlage der Korrespondenz von Ende 1873 und Anfang 1874 unter Zuhülfenahme der Kommissions-Kladde (das wirkliche Kommissionsbuch haben wir nicht unter den gerichtlich beschlagnahmten Geschäfts-Büchern vorgefunden) noch folgende Bestellungen auf Lieferung vermittelt . . 1 535 744 Pfd., so daß die aufgefundenen Gesamt-Bestellungen 3 965 494 Pfd. betragen.

Frage b.

Wie hoch die Preise für das hiernach zu liefernde Fabrikat bedungen waren?

Antwort.

Für die Lieferungen ad pos. 1 bis 8 vorstehender Aufstellungen beträgt der Gesamtwertb von 2 245 150 Pfd. 127 274 Thlr. 9 Sgr. 2 Pfg. und stellt sich der bedungene Durchschnittspreis danach auf 56 Thlr. 20 Sgr. 8 Pfg. per 1000 Pfd. Für Pos. 9 von 184 600 Pfd. im Werthe von 7199 Thlr. 12 Sgr. beträgt der Preis 39 Thlr. per 1000 Pfd. (Dieser betreffende Posten repräsentirt eine Restlieferung aus dem Jahre 1873 mit dem ursprünglich vereinbarten Preise von 60 Thlr. per 1000 Pfd., wurde Ende Dezember 1873 aber zum Vergleiche mit 39 Thlr. offerirt.)

Für Pos. 10 von 1 535 744 Pfd. zu 59 558 Thlr. 16 Sgr. 9 Pfg. Gesamtwertb ergeben sich im Durchschnitt 38 Thlr. 24 Sgr. per 1000 Pfd.

Der Durchschnittspreis auf das gesammte verschlossene Quantum kalkult sich sonach von 3 965 494 Pfd. zum Werthbetrage von 194 032 Thlr. 7 Sgr. 11 Pfg. auf 48 Thlr. 27 Sgr. 11 Pfg. per 1000 Pfd.

Frage c.

Welche Bestellungen und zu welchen Preisen 1874 effectuirt sind?

Antwort.

Von vorstehend aufgeführten Bestellungen wurden 1874 effectuirt:

Pos. 1	mit	770 228	Pfd.
" 2	"	108 359	"
" 3	"	303 405	"
" 4	"	110 384	"
" 5	"	64 790	"
" 6	blieb	unausgeführt	
" 7	"	"	
" 8	mit	180 168	Pfd.

Aus vorstehenden Positionen ergibt sich ein Gesamtquantum von 1 537 334 Pfd. im Werthbetrage von 81 738 Thlr. 22 Sgr. 11 Pfg. und ein Durchschnittspreis von 53 Thlr. 5 Sgr. 1 Pfg. per 1000 Pfd. Zu Pos. 5 tritt noch ein Quantum von 66 333 Pfd. zum Betrage von 5231 Thlr. 20 Sgr. mit einem Preise von 37 Thlr. 20 Sgr. per 1000 Pfd.

Pos. 9 blieb unausgeführt.

Pos. 10 mit 1 526 080 Pfd. zum Werthbetrage von 58 793 Thlr. 16 Sgr. 9 Pfg. mit dem Durchschnittspreis von 38 Thlr. 15 Sgr. 10 Pfg. per 1000 Pfd.

Die aus diesen angezogenen Bestellungen ausgeführten Lieferungen werden beziffert durch 3 129 747 Pfd. zu dem Werthbetrage von 145 763 Thlr. 29 Sgr. 8 Pfg. mit einem Durchschnittspreis von 46 Thlr. 17 Sgr. 2 Pfg. per 1000 Pfd.

#### Frage d.

Welche Quantität Fabrikate annähernd aus den Positionen 5, a bis c Aktiva der Bilanz vom 31. Dezember 1873 (Fol. 9 der Untersuchungs-Akten) welche vorzulegen ist, hergestellt sind.

#### Antwort.

Da diese Frage nicht allgemein kaufmännischer Natur ist, sondern speziell die Eisen-Fabrikation betrifft, wir diesem Fabrikationszweige aber fern stehen, müssen wir deren Beantwortung dem technischen Sachverständigen, Herrn Kommerzienrath G. L. Meyer, überlassen.

#### Frage e.

Wie sich hiernach das Resultat der pekuniären Verwerthung der Positionen 5, a bis e qu. im Jahre 1874 stellt, je nachdem die vorliegenden, oder nur die ausgeführten Bestellungen zur Vergleichung herangezogen werden.

#### Antwort.

Auch diese Frage müssen wir aus den zur Frage d angeführten Gründen, da beide Fragen d und e eng im Zusammenhange stehen, der Beantwortung des technischen Sachverständigen überlassen.

#### Frage f.

Ob die vorgelegten „Nachweise“ des Angeklagten Salomon I bis IV, welche derselbe als eine nur auf theilweiser und flüchtiger Einsicht der Ge-

schäftsbücher beruhende Privatarbeit bezeichnet, mit den Resultaten der Bücher übereinstimmen und ob dadurch nachgewiesen wird:

### Antwort.

Die Richtigkeit der Nachweise I und II erhellt aus unserer Beantwortung der Fragen a b c; die betreffenden Aufstellungen sind Posten für Posten mit den Büchern zc. verglichen und übereinstimmend gefunden. Nachweis III ist ebenfalls als mit den Büchern übereinstimmend zu konstatiren; dagegen haben wir Nachweis IV einer Prüfung nicht weiter unterzogen, da darin auf Grundlage der Nachweise I und II nur Wahrscheinlichkeits-Berechnungen angestellt sind, die für die Erklärungen zur Sache keine weitere Bedeutung haben.

I daß Ende 1873 oder Anfang 1874 an Fabrikaten 2 245 150 Pfd. zum Durchschnittspreis von 56 Thlr. 20 Sgr. 8 Pfg. verkauft waren und daß hiernach ein erheblich größeres Quantum an Fabrikaten zu höheren Preisen verkauft war, als die Bilanz sub 5, a bis c annimmt,

### Antwort ad I.

Ende 1873 und Anfang 1874 waren an Fabrikaten 2 245 150 Pfd. zum Durchschnittspreis von 56 Thlr. 20 Sgr. 8 Pfg. fest verschlossen. Ob aber schon darnach ein erheblich größeres Quantum an Fabrikaten zu höheren Preisen verkauft war, als die Bilanz sub 5, a bis c annimmt, vermögen wir, da wir nicht Techniker der Eisenbranche sind, nicht zu beurtheilen; nach unseren Ermittlungen treten obigen Lieferungs-Abschlüssen aber noch die bei Frage a sub 9 und 10 aufgeführten 1 720 344 Pfd. Eisen-Fabrikate, welche mit erwähnten Abschlüssen nichts gemein haben, hinzu, die indeß bei Beurtheilung der vorliegenden Fragen mit in Berücksichtigung zu ziehen sein würden, worauf wir hiermit hingewiesen haben wollen.

II daß von jenen verkauften Fabrikaten zum Durchschnittspreis von 53 Thlr. 5 Sgr. 1 Pfg. im Jahre 1874 bereits ein Quantum von 1 537 334 Pfd. als effektiv abgeliefert nachgewiesen sei, und daß und weshalb dieses Quantum die Position 5, a bis c der Bilanz bereits annähernd ausgleicht,



### Antwort ad II.

Die Bücher ergeben, daß von jenen 2 245 150 Pfd. verschlossenen Fabrikaten im Jahre 1874 — 1 537 334 Pfd. resp. 66 333 Pfd. zum Durchschnittspreis von 53 Thlr. 5 Sgr. 1 Pfg. resp. 37 $\frac{2}{3}$  Thlr. effektiv abgeliefert sind und treten diesen Quanten noch Lieferungen aus brieflichen Bestellungen von 1 526 080 Pfd. zum Durchschnittspreis von 38 Thlr. 15 Sgr. 10 Pfg. per 1000 Pfd. hinzu, wobei wir ausdrücklich hervorheben, daß sogenannte Tagesbestellungen bei unserer Ermittlung keine Berücksichtigung gefunden haben. Da uns die technischen Kenntnisse fehlen, verweisen wir im Uebrigen auf unsere Erklärung ad I.

III daß die inkriminirten Positionen 5, a bis c der Bilanz qu. nicht auf willkürlicher Schätzung beruhten, sondern die buchmäßigen Erwerbspreise waren,

### Antwort ad III.

Wir konstatiren, daß die inkriminirten Positionen 5, a bis c der Bilanz qu. nicht auf willkürlicher Schätzung beruhten, sondern die buchmäßigen Erwerbspreise waren.

IV daß die Positionen 5, a bis c der Bilanz qu. keine zu hohe Schätzung enthielten, wenn

- 1) der Durchschnittspreis nach den geschlossenen Verträgen, oder
- 2) nach den abgelieferten Fabrikaten gerechnet oder
- 3) die Erlöse der wirklich abgelieferten Fabrikate den fraglichen Bilanz-Positionen gegenüber gestellt werden.

### Antwort ad IV.

Auch diese Frage läßt sich ohne genaue technische Kenntnisse nicht sachgemäß erledigen, weil sie Fabrikations-Kalkulationen bedingt, die wir anzustellen uns außer Stande fühlen; sind die vom Herrn Direktor Fehland dem Aufsichtsrathe unterbreiteten Kalkulationen, von denen man uns Kenntniß gegeben, aber zutreffend, wonach die Durchschnitts-Gestehungskosten per 1000 Pfd. — 37 Thlr. 15 Sgr. betragen, so haben die Positionen 5, a bis c der qu. Bilanz keine zu hohe Schätzung erfahren, weil die erzielten Durchschnittsverkaufspreise die Durchschnitts-Gestehungskosten erheblich übersteigen. Wie aus Beantwortung der Frage b erhellt, stellt sich der Durchschnittsverkaufspreis für die verschlossene Waare auf 48 Thlr. 27 Sgr. 11 Pfg. per 1000 Pfd. und der für die abgelieferte (siehe Frage c)

auf 46 Thlr. 17 Sgr. 2 Pfg. per 1000 Pfd. Da indessen sowohl bei den kontraktlich verkauften, als auch bei den effektiv abgelieferten Fabrikaten dem Braunschweiger Walzwerke in vielen Fällen die Verpflichtung oblag, dieselben franko Empfangsstation zu liefern, haben wir bei unseren Ermittlungen auch dieses Verhältniß gewissenhaft berücksichtigt. Wir haben die in Betracht kommenden Frachtsätze auf Grund des vorgefundenen Frachtenbuches und da uns dieses nicht ganz die gewünschte Sicherheit bot, auch durch Erkundigung bei hiesiger Bahnverwaltung festgestellt und gefunden, daß auf die bestellten Fabrikate per 1000 Pfd. im Durchschnitt 1 Thlr. 7 Sgr. 4 Pfg. und auf die abgelieferten Fabrikate per 1000 Pfd. im Durchschnitt 1 Thlr. 3 Sgr. 6 Pfg. Fracht-Frankatur entfallen; der Durchschnittsverkaufspreis für die verschlossene Waare reduziert sich daher auf Netto 47 Thlr. 20 Sgr. 7 Pfg. per 1000 Pfd. ab Werk und der für die abgelieferte auf Netto 45 Thlr. 13 Sgr. 6 Pfg. per 1000 Pfd. ab Werk.

#### Frage g.

Welche Durchschnitts-Marktpreise die in den Positionen 5, a bis c der Bilanz qu. aufgeführten Gegenstände, „Roheisen, Schrott, Spähne zc. alte Schienen“ im Dezember 1873 in Braunschweig hatten und .....

#### Antwort.

Diese Frage, wenn verallgemeinert auf Durchschnittspreise bezogen, wird vom technischen Standpunkte aus beantwortet durch vorzunehmende Kalkulationen möglicherweise bestimmte Nachweise liefern, die rein kaufmännische Seite derselben erledigen wir durch folgende Erklärung:

Marktpreise giebt es für die in den Positionen 5, a bis c der Bilanz qu. aufgeführten Gegenstände „Roheisen, Schrott, Spähne zc. alte Schienen“ in Braunschweig nicht und haben solche daselbst auch zu keiner Zeit bestanden, denn Braunschweig besitzt keinen Markt für Eisen zc. Das Verhältniß, in welchem der Platz Braunschweig zu den tonangebenden Hauptmärkten für Eisen zc. steht, erhellt ohne jeden Kommentar aus den angefügten vier Briefen hiesiger Firmen: Wüllbrandt & Seele, Grimme, Natalis & Co., Gebrüder Köhrig und Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt, auf die wir, zur Bekräftigung unserer Aussage, hiermit verweisen. Den genannten Firmen, die sämtlich die Eisenbranche, sei es als Händler oder Fabrikanten, kultiviren, muß ein kompetentes Urtheil zuerkannt werden. Außerdem aber stehen wir nicht an, um der Frage im Allgemeinen näher zu treten, eine Aufstellung von Marktberichten über Eisen, Metalle zc. aus

dem Zeitraume vom 19. Dezember 1873 bis 20. Januar 1874 aus der Zeitung „Der Berggeist“ hierneben und zwar unter Beifügung der Beläge Nr. 101, 102, 103, 104 von 1873 und Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6 von 1874 des genannten Blattes für Berg-, Hüttenwesen und Industrie mit dem Bemerken einzureichen, daß die Berliner Berichte von uns mit der betreffenden Aufstellung genau verglichen und letztere darnach stimmend befunden wurde.

Da nach dieser nun die Marktpreise loco Berlin:

- a) für ordinäre oberschlesische Roheisen der Durchschnittspreis  $50\frac{1}{2}$  bis  $52\frac{1}{4}$  Thlr. per 100 Pfd., demnach für 1000 Pfd.

loco Berlin

16 Thlr. 25 Gr. — Pfg. bis 17 Thlr. 12 Gr. 6 Pfg.

zugänglich Fracht bis

Braunschweig. . . . 1 „ 11 „ 6 „ „ 1 „ 11 „ 6 „

einen Preis von . . 18 Thlr. 6 Gr. 6 Pfg. bis 18 Thlr. 24 Gr. — Pfg.  
frei Bahnhof Braunschweig (Inventur-Durchschnittswerth pos. a  
siehe Salomon's Nachweis III, 19 Thlr.  $3\frac{3}{4}$  Gr.).

- b) für Brucheisen, d. h. leicht, mittel, schwer Schrott der Preis 1 Thlr. bis  $1\frac{5}{8}$  Thlr. per 100 Pfd., demnach für 1000 Pfd.

loco Berlin

10 Thlr. — Gr. — Pfg. bis 18 Thlr. 10 Gr. — Pfg.

zugänglich Fracht bis

Braunschweig. . . . 1 „ 11 „ 6 „ „ 1 „ 11 „ 6 „

einen Preis von . . 11 Thlr. 11 Gr. 6 Pfg. bis 19 Thlr. 21 Gr. 6 Pfg.  
frei Bahnhof Braunschweig. (Inventur-Durchschnittswerth pos. b  
siehe Salomon's Nachweis III —  $18\frac{1}{4}$  Thlr.) Wir bemerken  
dabei erläuternd, daß der Lagerbestand von Schrott wohl vor-  
nehmlich aus sogenanntem schweren Schrott bestanden haben muß,  
denn die Anfuhr von Schrott ist laut der Bücher in den Monaten  
September bis Ende Dezember 1873 zu den Preisen von 10 bis  
 $25\frac{5}{8}$  Thlr. per 1000 Pfd. bewirkt und ergiebt sich für die be-  
zogenen Quanten für den gleichen Zeitraum ein Durchschnittspreis  
von zirka  $18\frac{1}{3}$  Thlr. ohne Berücksichtigung der Fracht.

- c) für alte Schienen, der Durchschnittspreis  $21\frac{1}{32}$  Thlr. per 1000 Pfd.,  
demnach für 1000 Pfd. 20 Thlr. 9 Gr. 6 Pfg. loco Berlin

zugänglich Fracht bis Braunschweig . 1 „ 11 „ 6 „

einen Preis von . . . . . 21 Thlr. 21 Gr. — Pfg.  
frei Bahnhof Braunschweig. (Inventur, Durchschnittswerth pos. c  
siehe Salomon's Nachweis III 23 Thlr. 22 Gr.)

die oben ausgerechneten Preise franko Braunschweig ergeben würden, zu denen außerdem noch, wenngleich nur geringe Rangirslöhne und Abladungskosten per 1000 Pfd. bis auf den Fabriklagerplatz treten, so halten wir uns nach sämmtlichen angestellten und im Vorstehenden deponirten Erhebungen berechtigt,

### Frage h.

ob nach alledem angenommen werden kann, daß die Behauptung der Anklage die mehrgedachten Positionen, als:

- a) Roheisen 91 821 Thlr. 3 Gr. — Pfg.
- b) Schrott, Spähne zc. 30 141 Thlr. 7 Gr. 8 Pfg.
- c) alte Schienen 12 417 Thlr.

seien nicht mit ihrem wahren Werthe zum damaligen Marktpreise, sondern zu um circa 40% höherem Werthe aufgeführt, begründet ist, oder nicht, sei es, wenn man die Marktpreise absolut zu Grunde legt, oder daß man bei der Werthung die für die Realisirung bestanden habenden Ausichten zu Grunde legt? eventuell ob, wenn diese Behauptung der Anklage richtig ist, die bei Aufstellung der Bilanz theilgenommenen Personen durch Einsicht der Bücher, Kontrakte und Correspondenzen sich von dieser Unrichtigkeit hätten überzeugen müssen.

### Antwort.

Der Behauptung der Anklage, die mehrgedachten Positionen, als:

- a) Roheisen 91 821 Thlr. 3 Gr.
- b) Schrott, Spähne zc. 30 141 Thlr. 7 Gr. 8 Pfg.
- c) alte Schienen 12 417 Thlr.

seien nicht mit ihrem wahren Werthe zum damaligen Marktpreise, sondern zu um 40% höherem Werthe aufgeführt, ist entschieden entgegen zu treten.

Indem wir, dem eigenthümlichen Charakter des Welt-Eisenmarktes Rechnung tragend, von Auffindung sogenannter Marktpreise für Braunschweig absehen, weil dieser Platz, außerhalb des großen Marktes stehend, nur anlehnd sich verhalten, nur seine Richtschnur aus den Preisbewegungen der großen Märkte, namentlich des englischen entnehmen kann, bezeichnen wir die eingestellten Werthe der Positionen 5, a bis c der Bilanz entgegen der Anklage, mit Rücksicht auf die für die Realisirung bestanden habenden Ausichten, als zutreffende und keinesfalls zu hoch bemessene, gegen die — die Richtigkeit der Calculationen des Herrn Director Fehland selbstredend immer vorausgesetzt — bei Aufstellung der Bilanz kein Einspruch zu erheben stand.

Der Staatsanwalt verzichtet hiernach auf die Vernehmung des Sachverständigen Röhrig, weil derselbe nur über die Marktpreise aussagen sollte und das eben verlesene Gutachten hierüber schon hinlänglichen Aufschluß giebt.

Die Vertheidigung verzichtet demnächst auf die Vernehmung des während der Verhandlung als Zeuge vorgeschlagenen Direktor Wahn.

(Der Präsident giebt Auftrag, die Genannten zu entlassen.)

Präs.: Dann würde nur noch der Commerzienrath Meyer zu hören sein. Ich glaube indessen nicht, daß noch ein Gutachten von demselben erforderlich sein wird. Selbstverständlich wird das Gutachten, welches er schriftlich eingereicht hat, morgen noch verlesen werden.

Berth. D.-G.-Anw. Abel: Ich hätte nur noch einige Fragen und ich möchte, daß ich die jetzt noch vorbringen dürfte, damit Herr Commerzienrath Meyer sich nicht morgen noch einmal herbemühen muß.

Sachverst. Meyer: Das wäre auch mein Wunsch.

Präs. (giebt seine Zustimmung).

Berth. Abel: Ich wollte erst bitten, daß der Herr Sachverständige angiebt, welche Beziehungen, namentlich Forderungsverhältnisse bestanden haben zwischen dem von ihm vertretenen Werk und dem Walzwerk.

Sachverst.: Das ist in dem Gutachten schon vorgekommen; ich glaube nicht, daß in dieser Beziehung eine Frage nöthig ist.

Berth. Abel: Aber ich möchte doch bitten, daß er Auskunft giebt, wenn er kann, über die Verhältnisse des Herrn Wülbern zu dem Hüttenwerk in Salzgitter. Es bezieht sich das auf den Inhalt des Briefes, der da vorgekommen ist.

Präs.: Ja, Wülbern ist allerdings bei einer Gelegenheit mit erwähnt. Er hat mit Ihnen über diesen Gegenstand verhandelt, ist aber nicht als Zeuge vorgeladen; es ist keine Veranlassung genommen nach den Korrespondenzen, die vorliegen, ihn zu vernehmen. Nun ist allerdings Bezug genommen auf den Bericht dabei.

Berth. Abel: Die Fragen, die ich dem Herrn vorzulegen habe, sind, wie ich anerkennen muß, lediglich Fragen, die auf einer Zeugenqualität des Herrn Meyer beruhen; wenn das so ist, kann ich sie nicht stellen, obwohl ich sie gern vorlegen möchte.

Präs.: Ich glaube, sie sind auch ziemlich überflüssig.

Berth. Abel: Er sollte mir in dieser Beziehung bestätigen, was Herr Mende bereits gesagt hat, nämlich daß Wülbern ein wesentliches Interesse dabei hatte, und warum er ein wesentliches Interesse dabei hatte, die

Verbindung zwischen Fehland und Ilsebe zu zerstören und eine Verbindung mit dem Walzwerk Salzgitter herbeizuführen.

Präs. (zum Sachverständigen Meyer): Wollen Sie sich darüber äußern, kennen Sie die Geschichte?

Sachverst.: Herr Wülbern hatte in dem Gutachten sich wohl so geäußert, daß er es für praktisch hielte, daß das Walzwerk in Verbindung mit Salzgitter träte, weil die Fabrication von sogenanntem Qualitäreisen eine vortheilhaftere sei, als die von ordinärem Eisen. Ich glaube, es war wirklich seine Meinung, die er derzeit hatte, für die besseren Chancen einer Qualitäreisensabrication; aber wesentlich beeinflusst wurde das dadurch, daß ein großer Theil seines Vermögens engagirt war in dem Eisenwerk Salzgitter, da er diesem, wenn ich nicht irre, für 700 000 Thlr. die Elbingeroder Eisensteinberechtigungen verkauft und den Kaufpreis auch in Hypotheken und Aktien erhalten hatte. Er war also ganz erheblich interessirt. Ich hielt die Idee für falsch, und das hat sich nachher auch bestätigt, weil Qualitäts-Roh Eisen in Salzgitter nicht mehr fabrizirt wird. Wenn seine Idee ausgeführt wäre, so wäre das Werk heute auch kaput.

Präs. (zum Bertheidiger Abel): Das ist wohl dasjenige, was Sie zu wissen wünschen?

Staatsantw.: Die Herren Sachverständigen Reidemeister und Selwig haben den Marktpreis in ihrem Gutachten in der Art berechnet, daß sie den Marktpreis von Berlin annehmen und für Braunschweig einen Frachtzuschlag noch machen. Würde das richtig sein oder kann man das ohne einen Frachtzuschlag nehmen?

Sachverst.: Es kommt ganz darauf an, was Sie beziehen.

Staatsantw.: Es ist mir vollständig klar bei Waaren, die wirklich von Berlin bezogen werden, aber das ist doch hier nicht der Fall. Das Walzwerk hat ja das Eisen nicht aus Berlin bezogen.

Sachverst.: Ich weiß nicht, ob es von Berlin bezogen ist. Roh Eisen würde man nicht von Berlin beziehen.

Staatsantw.: Würden Sie das für gerechtfertigt halten?

Präs.: Es ist nicht gesagt, daß das gerade die Fracht von Berlin nach Braunschweig sein soll.

Staatsantw.: Der Berliner Marktpreis begreift doch auch die Fracht in sich bis nach Berlin hin.

Sachverst.: Das Eisen wird aber nicht nach Berlin bezogen, denn in Berlin wird es nicht gebraucht.

Staatsantw.: Nun noch eine Frage. Es wurde von den Aktivnären behauptet, es sei von Ihnen im Jahre 1875 die Behauptung auf-

gestellt; Sie hätten im Jahre 1874 oder 1875 die Bemerkung gemacht, es dürfe keine Dividende gezahlt werden wegen Unterbilanz?.

Sachverst.: Im Jahre 1874 im Juni oder Juli wurde ich — ich weiß es nicht, in welcher Veranlassung — ersucht, an einer Sitzung des Aufsichtsraths Theil zu nehmen, und da kritisirte ich allerdings in irgend welcher Weise die Dispositionen, die getroffen waren, insbesondere auch des Vorstandes, des Herrn Fehland, und ging von der Ansicht aus, daß seit dem 1. Januar die Geschäftslage der Gesellschaft sich ungünstiger gestaltet haben müßte. Ich war ja interessirt, weil ich eine große Forderung hatte. Darauf stand Herr Fehland auf und sagte: „Sie irren sich sehr in der Beurtheilung unserer Verhältnisse; wenn Sie die Verhältnisse anderer Werke zu Grunde legen, so ist das ganz falsch, wir haben sehr günstige Lieferungsverhältnisse gehabt, und gerade bevor Sie eingetreten sind, war ich in der Lage, dem Aufsichtsrath den Nachweis zu liefern, daß vom 1. Januar 1874 an eine sehr große Summe“ — ich glaube er sagte über 40 000 Thlr. — „verdient sei.“ Worauf ich erwiderte, dann wäre er allerdings ein ausgezeichnete Mensch von einer Qualifikation, wie man sie selten in Deutschland finden würde. Darauf wurde mir erwidert, daß er den Nachweis schriftlich geliefert habe. Bezüglich der Versammlung im Jahre 1875, nach dem Zusammenbruch des Walzwerks, bemerkte ich Folgendes: Ich hatte eine Forderung von 16 000 bis 17 000 Thlr. für die Ilseher Hütte zu vertreten; wie Sie vernommen haben, war die Ilseher Hütte sehr stark an dem Walzwerk interessirt und engagirt, und ich war sehr mißmuthig auf die Leiter des Walzwerks; und wenn ich die Ueberzeugung gewonnen hätte, daß die nicht in gutem Glauben gehandelt hätten, dann würde ich den Herren sehr energisch zu Leibe gegangen sein. Ich bin aber zu der Zeit nach Braunschweig gekommen und habe nach näherer Kenntnisknahme von den Verhältnissen die Ueberzeugung gewonnen, und die vertrete ich heute hier vollständig, daß in gutem Glauben gehandelt worden ist, daß Fehland allerdings ein Sanguiniker war, wie er mir noch nicht vorgekommen ist, — aber der Mann hat den Irrthum gebüßt mit dem Verlust seines ganzen Vermögens, mit dem Verlust des Ansehens, welches er bis dahin als Techniker hatte; und ich weiß noch, daß der Mann, nachdem ich in der Versammlung geredet hatte — ich glaube, es war im Frühjahr 1875 — zusammenklappte und wie ein Tisch Tuch aus dem Saal getragen werden mußte. Das Nähere weiß ich nicht. Ich kannte die Herren nicht sämmtlich, ich kannte nur den Herrn Koch, Herrn Mendel von Ansehen und Fehland — die Beziehungen sind ja in meinem Gutachten angegeben —; aber nachdem ich Kenntniß von der Sache bekommen hatte, gab ich den Herren von der Creditanstalt den Rath: sehet zu, daß Ihr

die Geschichte aus der Welt bringt, macht ein Akkordverfahren, Ihr vermeidet den Konkurs und könnt vielleicht später einmal im Verein mit den Aktionären die Geschichte wieder in Gang bringen. Das ist das, was ich im Jahre 1875 in der Versammlung geäußert habe.

Auf die ferner vorgeschlagenen Zeugen wird verzichtet.

(Schluß der Sitzung 2 $\frac{1}{2}$  Uhr.)

---

### **Dritte Sitzung**

**am Donnerstag, den 20. Juni 1878,**

**Vormittags 9 Uhr.**

Von den Angeklagten fehlen außer Fehland noch Mencke und Uhl; gegen dieselben wird auf Antrag des Staatsanwalts in contumaciam weiter verhandelt.

Es folgt die  
Verlesung der beeidigten Aussage des Agenten Wilhelm Personn zu Hamburg vom 1. Februar 1877.

**Hamburg, den 1. Februar 1877.**

**Gegenwärtig:**

**der Untersuchungsrichter**

**Dr. Riefe,**

**der Protokollführer Gerban.**

**Auf**

Requisition der Herzoglichen Staatsanwaltschaft zu Braunschweig vom 30. November 1876 und 20. Januar 1877 ist zu heute vorgeladen und erscheint:

**Heinrich Friedrich Wilhelm Personn, 34 Jahre alt,  
aus Verden, Agent, Speersort Nr. 15.**

**Derselbe deponirt:**



Der Aufsichtsrath der am 1. Oktober 1872 gegründeten Aktien-Gesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“ bestand aus fünf Personen: v. Voigtländer, Carl Salomon, Th. H. Meyer, H. Wittekop und einer Person, deren Name mir augenblicklich nicht einfällt. Die Bilanz und der Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Oktober 1872 bis 31. Dezember 1873 ist im März 1874 von Fehland concipirt. Sämmtliche Aufsichtsräthe, mit Ausnahme von Wittekop, welcher im Januar 1874 verstorben war, und für den inzwischen meines Wissens eine Neuwahl nicht stattgefunden hatte, haben sich durch Einsicht der Bücher von dem Stand des Geschäfts Kenntniß verschafft und die von Fehland aufgemachte Bilanz und Geschäftsbericht gekannt. Bei der von Fehland besorgten Ausstellung der Bilanz habe ich ihm als Buchhalter geholfen.

Der Advokat Hollandt und der Bankier Meyersfeld haben alsdann Bilanz und Bericht geprüft und Monituren gemacht, auf welche, soviel ich weiß, der Aufsichtsrath Salomon mit Meyer und Fehland geantwortet hat. Dieser monirte und mit Bemerkungen über die Monituren versehene Geschäftsbericht und Bilanz sind alsdann der Generalversammlung am 28. April 1874 vorgelegt und von dieser genehmigt worden.

Nach meiner Ueberzeugung und so viel ich mich jetzt erinnere, ist bei der Berechnung der Werthe der Rohmaterialien in der Bilanz vom 31. Dezember 1873 der Marktpreis von diesem Tage zu Grunde gelegt worden.

Ob Fehland bei dieser Berechnung sich nach den Instructionen des Aufsichtsraths gerichtet hat, ist mir nicht bekannt.

Nach dem Vorlesen:

Die Herren vom Aufsichtsrath haben sich, während Fehland und ich die Bilanz und Bericht ausarbeiteten, im Zimmer befunden, haben die Bücher eingesehen, sind nach Diesem oder Jenem gefragt worden und sich überhaupt an der Feststellung von Bilanz und Bericht betheiligt. Als die Bilanz fertig war, lehnte Meyer die Unterschrift mit den Worten ab, „man muß nicht Alles gleich unterschreiben“ oder Aehnliches und ist die Bilanz nur von Voigtländer unterschrieben worden.

B. g. u.

Wilh. Person n.

Zeuge

wird ordnungsmäßig beeidigt und sodann entlassen.

Dr. Gustav Niese.

Serdau.

Berth. Adv.=Anw. Abeken: Ich bitte ums Wort zu einer kleinen Bemerkung zu diesem Protokoll für meinen Klienten Koch. — Es ist darin erwähnt — er ist darüber nicht befragt bei seiner Vernehmung, sonst würde er es bemerkt haben — daß er bei der fraglichen Versammlung anwesend gewesen wäre. Ich wollte bemerken, daß das ein Irrthum von Personn war, und wollte gegen die Richtigkeit dieser Angabe protestiren. Er ist damals gar nicht in Braunschweig gewesen.

Präs.: Es steht da: „Sämmtliche Aufsichtsrathsmitglieder“; besonders erwähnt ist er nicht.

Berth. Adv.=Anw. Abeken: Aber er gehörte ja mit zum Aufsichtsrath.

Präs. (zum Angeklagten Koch): Sind Sie nicht gegenwärtig gewesen?

Angekl. Koch: Nein, ich bin in Berlin gewesen; ich habe die Bücher gar nicht gesehen. Ich bin zum ersten Male dagewesen, als die fertige Bilanz im SitzungsSaale der Creditanstalt vorgelegt wurde.

Präs.: Das haben Sie schon gesagt. Ich möchte nur festgestellt wissen, wann diese Bilanzfeststellung stattgefunden hat, in welchem Monat? Sie werden es nicht wissen, weil Sie nicht dabei gewesen sind; aber die übrigen Aufsichtsrathsmitglieder.

Angekl. Salomon: So viel ich erinnere, ist es im März gewesen — vielleicht Ende Februar oder Anfang März. Die Inventur an sich hatte ja mindestens doch wohl 14 Tage bis 3 Wochen in Anspruch genommen.

Präs.: Es steht hier allerdings in der Aussage auch: „März 1874 von Fehland konzipirt“.

Verlesung der Aussage von Johannes Koch de dato Köln den 4. November 1875.

## Verhandelt

zu

Köln am 4. November 1878.

Vor

dem Untersuchungsrichter Referendar Kraß assistirt vom Referendar Schnitzler beim Königlichen Landgerichte zu Köln, erschien vorgeladen nachbenannte Person, um in der Untersuchung

betreffend

Vergehen der Gründer der Braunschweiger Eisenbahnwagenbau-Anstalt als Zeuge vernommen zu werden.

Dieselbe legte uns die Abschrift des ihr behändigten Ladungsbefehls vor, leistete den gesetzlichen Zeugeneid, die ganze Wahrheit und nur die Wahrheit zu sagen, und bekundete, nachdem sie über Alter, Stand, Gewerbe und Wohnort, über ihr etwaiges Verwandtschafts-, Schwägerschafts- oder Dienstverhältniß mit den Beschuldigten befragt war, Folgendes:

Ad generalia:

Ich heiße Johann Rohz, 32 Jahre alt, Ingenieur zu Köln, Weihenstraße Nr. 44a. wohnhaft, a. c. g. n.

Zur Sache:

Vom 1. November 1872 bis zum Anfang des Monats August dieses Jahres bin ich als Ingenieur bei der Braunschweigischen Eisenbahnwagenbau-Anstalt angestellt gewesen. Gegen Ende 1872 oder Anfang 1873 wohnte ich, als ich eines Tages mit dem damaligen kaufmännischen Direktor und Delegirten des Aufsichtsraths genannter Gesellschaft, dem Hermann Wolff, sowie dem damaligen Bureauchef Carl W. Hoffmann die Fabrik verließ, einer Unterredung zwischen den beiden genannten Personen bei: Hoffmann suchte den Wolff zu bewegen, in die Aufnahme einer Inventur der Maschinen und Geräthe der Wagenbauanstalt zu willigen, resp. dieselbe zu veranlassen. Wolff sträubte sich aber hiergegen, indem er zuerst sagte: „Ach, lassen wir das, das ist ja gar nicht nöthig.“ Auf weiteres Eindringen von Seiten des Hoffmann bemerkte Wolff, es würde dies besser nach Verlauf einiger Jahre geschehen; es würde dann der Buchwerth durch Abschreibungen bereits reduziert sein und nicht zu Tage treten, daß der Gründergewinn zum Theile auf die Maschinen und Geräthe geschlagen sei. Des Wortlautes der zwischen Wolff und Hoffmann gepflogenen Unterredung kann ich mich der inzwischen verflossenen langen Zeit wegen nicht mehr erinnern, glaube aber den Sinn richtig wiedergegeben zu haben. Wahrscheinlich würde ich überhaupt nicht mehr im Stande gewesen sein, die vorstehenden Angaben zu machen, wenn nicht Hoffmann und ich wiederholt auf jene Unterredung zurückgekommen wären.

Ich erinnere mich nicht, sonst jemals Aeußerungen des Wolff, welche den fraglichen Gründergewinn berührten, gehört zu haben. Ueber die Höhe der Betheiligung des Wolff am Gründergewinn kann ich keine be-

stimmten Angaben machen; hierüber wird Herr Hoffmann genauere Mittheilungen machen können.

Vorgelesen,  
genehmigt und unterschrieben.

Krak. Kohk.

Schmiedler.

Verlesung des Gutachtens des Commerzienraths Meyer nebst Protokoll über dessen Vereidigung de dato Rissingen den 3. und 8. Juni 1878.

Beantwortung der mir dem Commerzienrath G. L. Meyer aus Celle in dem das Braunschweiger Walzwerk betreffenden Gründungsprozesse vorgelegten Fragen:

#### Frage 1.

Ob ich den Fabrikdirektor Fehland in Braunschweig vor 1872 und später gekannt und ob ich mich über dessen Persönlichkeit und technische Befähigung, sowie über die Beschaffenheit seines Werkes aus eigener Anschauung sachverständig äußern könne, woher ich die Kenntniß der Person und der Sache erlangt.

#### Antwort.

Der Fabrikdirektor Fehland hatte vor Gründung des Walzwerkes eine Kesselschmiede in Braunschweig und führte in dieser hin und wieder Arbeiten für die Ilseeder Hütte aus. Durch diese Beziehungen lernte ich ihn kennen; er wurde mir als ein intelligenter Konstrukteur und Ausführungingenieur bezeichnet. Im Sommer 1871 machte er mir den Antrag, ein Walzwerk zu gründen, wozu ihm die Ilseeder Hütte ein Kapital leihen möge, welches hypothekarisch gesichert neben angemessener fixirter Verzinsung dann eine höhere Rente bekommen solle, wenn die Aktionäre der Ilseeder Hütte eine Dividende aus dem Betriebe der Ilseeder Hütte erhalten sollten, welche mehr als die von ihm garantirte Minimalrente

betragen würde und zwar solle diese Rente dann auf denselben Betrag der Dividende der Heder Hütte für jedes betreffende Jahr erhöht werden.

Ich machte Fehland auf das ihm hierdurch erwachsende gar nicht zu übersehende Risiko aufmerksam, stellte ihm aber in anderer Weise eine Unterstützung durch die Heder Hütte in Aussicht, von welcher er inzwischen Gebrauch nicht gemacht hat. — Ich glaube, der Herr Direktor Spamer von Gr. Hede war bei diesen Verhandlungen zugegen.

Fehland schwärmte damals für die Anlage eines Walzwerkes in Braunschweig.

Zur Bezeugung seiner Qualifikation gab er mir eine Reihe von Zeugnissen in Abschrift; eine Copie dieser Abschriften füge ich durch Anlage A. bei.

Zugleich übergab er mir in jener Zeit ein Produktionsprogramm, nach welchem er auf seine früheren Erfahrungen gestützt, 1000 Pfd. Stabeisen herstellen wollte mit einem Materialverbrauch von:

685 $\frac{1}{2}$ Pfund	. . . . .	Alteisen
643	" . . . . .	Roheisen
1570	" . . . . .	Kohlen

und einer fernerer Ausgabe von 3 Thlr. 2 Gr. für Löhne und 1 Thlr. 18 Gr. für sonstige Materialien, Reparaturen u. s. w.

Daß Fehland diese Ziffern damals für richtige hielt, bezweifelte ich weder derzeit noch später. Ueber die Beschaffenheit seines Walzwerkes im Jahre 1872 vermag ich jetzt ein Urtheil nicht mehr abzugeben.

## Frage 2.

Ob der Fabrikdirektor Fehland in Braunschweig vor der Gründung des Braunschweiger Walzwerkes und namentlich im Herbst 1872 in den Sachverständigenkreisen als ein in der Eisensabrikation besonders im Walzwerkbetriebe sehr erfahrener, geschickter und zuverlässiger Techniker gegolten, ob sein in die Aktiengesellschaft einzubringendes Werk derzeit in vollem Betriebe gewesen und als gut situiert, gut geleitet einer größeren Erweiterung fähiges, sowie nach den damaligen Konjunkturen als ein gewinnbringendes anzusehen war.

## Antwort.

Der erste Theil dieser Frage ist bereits unter Nr. 1 erledigt, den zweiten Theil der Frage vermag ich heute nicht mehr zu beantworten.

Einer Erweiterung, die ja auch später thatsächlich stattgefunden, war das Werk namentlich in Folge zugekauften Nachbarterrains, wenn ich nicht

irre, fähig, und nach den damaligen Konjunkturen mußte das Werk 1872 bei richtiger Leitung ein sehr gewinnbringendes sein.

### Frage 3.

Wie groß die Produktionsfähigkeit des Braunschweiger Walzwerkes im Herbst 1872 gewesen, ob mindestens 10 000 000 Pfund Walzeisen pro anno fabricirt werden konnten, wie hoch der Herstellungspreis pro 1000 Pfund derzeit höchstens für das Braunschweiger Walzwerk gewesen, und zu welchem Preise das Walzeisen verkauft werden konnte, welcher Produktionsnugen daher durch das Werk jährlich zu erzielen war.

### Antwort.

Wie hoch die Produktionsfähigkeit des Braunschweiger Walzwerkes Ende 1872 war, weiß ich nicht, ebensowenig, wie hoch die Produktionskosten gewesen.

Für das Jahr 1873 hatte Fehland im Herbst 1872 von der Alfelder Hütte 8 000 000 Pfund Roheisen gekauft; da er aber nach dem mitgetheilten Fabricationsprogramme viel Alteisen verarbeiten wollte und auch noch wohl andere Roheisenmarken gekauft haben mag, nehme ich an, daß er seine Produktion an Walzeisen derzeit auf mindestens 10 000 000 Pfund veranschlagt haben wird.

Nach den Lieferungsrapporten der Alfelder Hütte hatte Fehland am 1. Oktober 1872 von der Alfelder Hütte noch zu empfangen.

2 200 000	Pfund	Roheisen	à	12	Thlr.	per	1000	Pfund
8 000 000	"	"	à	21	"	"	1000	"

zusammen 10 000 000 Pfund  
durchschnittlich circa  $19\frac{1}{2}$  Thlr. oder loco Braunschweig rund 20 Thlr.

Die Alfelder Hütte zahlte für ihre Heizkohlen im Jahre 1872 durchschnittlich 29 Thlr. 19 Gr. 2 Pf. per 1000 Pfund und im Jahre 1873 33 Thlr. 29 Gr. per 1000 Pfund.

Was Fehland für seinen Kohlenbedarf derzeit gezahlt hat, weiß ich nicht; bei richtiger Disposition müßte auch er sich seinen Kohlenbedarf für 35 Thlr. per 1000 Pfund loco Braunschweig sichern können.

Nach meinen Erfahrungen bei einem, allerdings noch verhältnißmäßig jungen und noch im Fortschreiten bezüglich Ersparung an Produktionskosten befindlichen Werke lassen sich 1000 Pfund Eisen herstellen mit einem Verbrauch von 1384 Pfund Eisenmaterial, 1800 Pfund Kohlen und 5 Thlr. 5 Gr. Fabricationskosten, ausschließlich Generalkosten.

Hiernach mußte sich bei den oben angenommenen Preisen Ende 1872 im

Braunschweiger Walzwerk die 1000 Pfund Walzeisen an Herstellungskosten calculiren auf:

1384 Pfund Roh- und Alteisen à 20 Thlr. . . . .	27 Thlr. 20 Gr. 4 Pf.
1800 " Kohlen à 35 Thlr. . . . .	6 " 9 " — "
an sonstigen Kosten . . . . .	— " 5 " 5 "
	<hr/>
	39 Thlr. 4 Gr. 4 Pf.

nach dem bei Frage 1 mitgetheilten Fabrikationsprogramm von Fehland aber

1330 Pfund Roh- und Alteisen à 20 Thlr. . . . .	26 Thlr. 18 Gr.
1570 " Kohlen à 35 Thlr. . . . .	5 " 15 "
an sonstigen Kosten . . . . .	4 " 20 "
	<hr/>
	36 Thlr. 23 Gr.

Als absolut unerreichbar vermag ich diese letzteren Ziffern nicht zu bezeichnen, dagegen glaube ich, daß die oben angegebenen höheren Herstellungskosten sich bei einem gut eingerichteten Werke und tüchtigem Betriebspersonal noch wohl etwas reduzieren lassen dürften.

Fehland behauptete im Jahre 1871 mir gegenüber, daß er die tüchtigsten Leute des Röhrig'schen Walzwerks bekommen werde; ein Hauptwerkmeister von Röhrig werde zu ihm kommen und die beste Mannschaft mitbringen. In der mir vorliegenden Nr. 102 des „Berggeistes“ — Zeitung für Berg-, Hüttenwesen und Industrie vom 20. Dezember 1872 steht unter Berlin der Preis des Walzeisens mit 60 Thlr. per 1000 Pfd. ab Werk in Oberschlesien angegeben. Die Westphälische Union — Aktien-Ges. für Bergbau-, Eisen- und Drahtindustrie giebt in ihrem pro 1876/77 erstatteten Geschäftsberichte den Preis für Stabeisen im Januar 1873 mit 354 Mark per 1000 Kilogramm = 59 Thlr. per 1000 Pfund an. In jener Zeit war fabricirtes Eisen stark gefragt; die angegebenen Preise werden also wohl als annähernd erreichbar angesehen werden können.

Nach diesen Berechnungen und Preisen müßte das Braunschweiger Walzwerk Ende 1872 per 1000 Pfund Stabeisen 20 Thlr. Brutto verdienen können, wenn im Ankauf der Materialien und im Verkauf der Erzeugnisse glücklich und richtig disponirt war.

#### Frage 4.

Ob in der Geschäftswelt, welche in der Eisenbranche arbeitete, im Herbst 1872 an eine erhebliche Verschlechterung der Conjunkturen geglaubt wurde, oder ob man nach Lage des Braunschweiger Walzwerkes und nach den mit der Hütte abgeschlossenen Kontrakten wegen Lieferung von Roheisen annehmen mußte, daß der calculirte Gewinn ein dauernder sein

werde, ob also das Werk bei einem Aktienkapitale von 300 000 Thalern und einem Uebernahmepreise von 195 000 Thalern nach Abzug der Abschreibungen und Generalkosten als ein rentables anzunehmen war, insbesondere, ob die Abschreibungen und Generalkosten auf jährlich 20 000 Thlrn. und danach ein Jahresgewinn von mindestens 130 000 Thlrn. im Herbst 1872 calculirt werden mußte.

#### Antwort.

Im Herbst 1872 herrschte die Ansicht, daß der Eisenbedarf durch die Produktion nicht befriedigt werden könne, und daß deshalb die im Betriebe befindlichen Produktionsstätten eine glänzende Zukunft vor sich hätten; nach der unter Nr. 3 gemachten Berechnung ließ sich recht wohl die Meinung erklären, daß mindestens pro 1873 nach Abzug der Generalkosten und Abschreibungen bei einer Produktion von 10 000 000 Pfund ein Jahresgewinn von 130 000 Thlrn. erzielt werden mußte. — Wenn diese Ansicht sich nachher als irrig herausstellte, so rührt das eben daher, daß der Bedarf überschätzt und die Produktionsfähigkeit der bestehenden Werke unterschätzt war. Dieser Ziffer gegenüber konnte nach damaliger Auffassung der Uebernahmepreis für die Aktionäre als eine gute Rente bringender, angesehen werden.

#### Frage 5.

Welche Marktpreise für Walzwerks-Fabrikate im Dezember 1873 bestanden und welcher Nutzen darnach auf ein für etwa 37 bis 42 Thlr. pro 1000 Pfund erzieltes Fabrikat in der Quantität von 3 490 000 Pfund damals kalkulirt werden müssen.

#### Antwort.

Vom Sommer 1873 an waren die Eisenpreise gewichen und gegen Ende des Jahres wenig fest, sondern unsicher, und die Forderungen der Werke wichen stark von einander ab, je nachdem sie mit Lieferungen genügend oder ungenügend beschäftigt waren; am zuverlässigsten werden die Geschäftsbücher des Braunschweiger Walzwerks darüber Auskunft geben, welche Verkaufspreise Ende 1873 erzielt wurden. Der Preis für gewalztes Eisen mag sich Ende 1873 ab Braunschweig auf vielleicht 40 bis 45 Thlr. pro 1000 Pfund gestellt haben.

#### Frage 6.

Ob ich die Handschrift der Anlage A. des Antrages des Banquiers



Carl Salomon vom 3. Februar d. J., welche mir vorzulegen ist, kenne und ob ich behaupten kann, daß p. Fehland dieselbe geschrieben habe.

Antwort.

Die erwähnte Handschrift hat mir in dem am 7. Mai d. J. in Braunschweig stattgehabten Termine vorgelegen; sie rührt nach meiner Ueberzeugung von Fehland her, da ich seine Handschrift kenne und diese besonders charakteristisch ist.

Ad II. Frage 6.

Zu welchem Betrage nach dem zwischen der Aktiengesellschaft und Fehland abgeschlossenen Erwerbskontrakte und dem Gründungskontrakte der Aktiengesellschaft Braunschweigisches Walzwerk (Fol. 259 der Untersuchungsakten und Fol. 3 der Handelsgerichtlichen Akten), welche den Sachverständigen vorzulegen sind, der Erwerbspreis des Fehland'schen Etablissemments in den Geschäftsbüchern zu buchen war.

Antwort.

Das Etablissement war mit dem Betrage zu buchen, den die Gesellschaft dafür zu entrichten hatte, also mit 195 000 Thlr. und den sonstigen mit der Erwerbung verbundenen Kosten; eine niedrigere Notirung wäre unmotivirt gewesen, da nicht angenommen wird, daß ein Käufer im Moment des Kaufes einen größeren Werth hingeben wird, um einen geringeren Werth dafür einzutauschen.

Anlage A zu dem Gutachten des Commerzienraths **G. L. Meyer** aus Celle.

Zeugnisse über **Fehland** betreffend resp. dessen eigene Notizen:

Ich wurde veranlaßt nach Eschweiler zu gehen und dort die Stahlfabrikation einzuführen, wofür ich in 6½ Wochen 3250 Thlr. bekam.

Die Stellung gab ich auf, um nach Cassel zu gehen und ein größeres Werk zu gründen, was der Kurfürst bereitete.

1. Herr Hermann Fehland, Ingenieur, hat unser hier im Jahre 1853 erbautes Puddlings- und Walzwerk projektirt, ausgeführt und in Betrieb gesetzt, den Betrieb bis 1. Januar 1857 geleitet, und dabei namentlich die Fabrikation von Puddelstahl, sowohl zur Verwendung als

Rohstahl für Raffinirfeuer, wie auch zur Anfertigung von Federn, Bandagen u. eingerichtet und in regelmäßigen Gang gebracht.

Hagen in Westphalen, 10. März 1858.

gez. **Asbeck Dsthaus & Co.**

2. Herr H. Fehland hat im Mai v. J. die in Betriebsführung unseres Puddlingwerkes zu Schönthäl übernommen. Die verschiedenen Sorten Stabeisen, sowie Puddelstahl, in den geforderten Qualitäten wurden unter seiner Leitung zu unserer vollen Zufriedenheit und unter den üblichen ökonomischen Bedingungen dargestellt. Wir entlassen H. Fehland auf sein Verlangen, ihm fernerer Wohlergehen wünschend.

Schönthäl bei Wetter a/Ruhr, 31. Jan. 1858.

gez. **Peter Hartort & Sohn.**

3. Herrn Hütten-Direktor H. Fehland, Hagen.

Dortmund, 9. November 1856.

Es gereicht mir zum Vergnügen Ihnen mittheilen zu können, daß die aus Ihrem Puddelstahle gefertigten Locomotiv- und Tenderfedern tadellos geblieben sind, was mich zu der Annahme veranlaßt, daß der Stahl an Güte dem Grupp'schen Federgußstahle gleichkommt.

Ich habe bereits Veranlassung genommen, Ihren Puddelstahl zu fernern Bedarfe zu empfehlen.

Ergebenst

gez. **Girscher**

Maschinenmeister der Köln-Mindener Eisenbahn  
in Dortmund.

Vom 1. Februar 1858 bis 1. April d. J. war ich gegen ein Honorar von 3000 Thlr. und fünf Thaler Diäten auf dem Hüttenwerke von Englerth und Canzer zu Eschweiler-Bömmchen beschäftigt, die Stahlfabrikation behufs Anfertigung von Bandagen einzurichten.

Am 1. Mai 1858 wurde ich von Gebr. Klein in Wien engagirt, um auf deren Hüttenwerken zu Stefanau bei Olmütz die Puddelstahlfabrikation und die Fabrikation centrirter Bandagen von Stahl in Gang zu setzen.

Das Geschäft dauerte bis August 1859, da ich mir alle Einrichtungen, Maschinen u. auf dem Werke selbst bauen mußte.

In Folge von Lieferungen Seitens der Gebr. Klein an die österr. Staats-Eisenbahn-Gesellschaft wurde ich von dieser aufgefordert, dieselbe Fabrication auf ihren Werken in Ungarn einzurichten. Hierüber nachstehendes Schreiben.

4. K. k. priv. österr. Staats-  
Eisenbahn-Gesellschaft.

Wien, 9. Mai 1860.

Die Reichharts'er Eisenwerks-Verwaltung zeigt uns unter dem 1. Mai an, daß die Erzeugung von Bandagen und Federn aus Puddelstahl, welche Sie im dortigen Werke eingerichtet haben, im anstandlosen, regelmäßigen Betriebe sich befindet und vollständig befriedigende Producte liefert. — Indem wir Ihnen bezüglich dieses Resultates Ihrer Bemühungen unsere volle Anerkennung aussprechen, nehmen wir auch keinen Anstand, Ihnen die durch unser Schreiben vom 2. September 1859 zu 42 299/5824 Fl. Vergütung für die Einrichtung dieser Stahlfabrication flüssig zu machen. Sie erhalten hiernach für Ihre 191tägige Anwesenheit im Werke à 5 Thlr. pro Tag =

	Thlr.	955
als vereinbarte schließliche Abfindung . . .	„	4000
		<hr/>
	Thlr.	4955

welchen Betrag Sie bei unserer Central-Casse hier gegen Quittung erheben können.

Die Central-Direction  
für Bergwerke und Domänen,  
gez. **E. Deboeg.**

Am 10. Mai d. J. wurde ich abermals von Gebr. Klein zu folgendem engagirt.

Wien, 10. Mai 1860.

Für die Einrichtung der uns mit Ihrem Geheften vom 9. d. M. proponirten drei Gegenstände:

- 1) eines Walzwerks mit Dampfmaschine zur Anfertigung von Gußstahl- oder Puddelstahl-Bandagen ohne Schweißung;
- 2) eines Dampfhammers von 100 Centner nach solidester Construction, geeignet zum Aus Schmieden von Blechbrommen und zur Anfertigung von rohen Puddelstahlringen für Bandagen;
- 3) eines Platten- und Universal-Walzwerkes nach neuester und bewährter Construction bewilligen wir Ihnen das verlangte Honorar von

4000 Thlr. und 5 Thlr. Diäten pro Tag Ihres Aufenthalts auf unsern Eisenwerken, während welchem natürlich auf die, zu den betreffenden Betriebszweigen erforderlichen Arbeiter abzurichten wären 2c. 2c.

gez. **Gebr. Klein.**

Gleichzeitig bin ich von dem General-Director Maniel der österr. Staats-Eisenbahn-Gesellschaft aufgefordert worden, die Verwaltung der Eisenwerke dieser Gesellschaft zu übernehmen, oder wenigstens den Betrieb dieser Werke auf eine ihren Kräften angemessene Höhe zu bringen.

Bevor ich die Puddlingswerke in Hagen anlegte, habe ich die Stahl-fabrikation für eine westphälische Gesellschaft (Vohage, Bremme & Co.), in England (Vom Moor), Belgien (F. J. Duport zu Fayt bei Manage), Frankreich (Doë frères in St. Maur bei Paris) und in Krieglach bei P. J. Seßler's Erben, nahe am Semmering betrieben, auch die Anfertigung von Puddelstahl in Westphalen überhaupt erst zu einer wirklichen Fabrikation gemacht.

Braunschweig, im Juli 1860.

**H. Fehland.**

Staatsanw.: Ich bitte nur noch um eine einzige Frage: ob die Summe von 195 000 Thalern als Rauffumme in den Büchern verrechnet ist, in Ausgabe gestellt ist?

Präs.: Die Inventur beruht doch auf den Büchern.

Staatsanw.: Also das wird eingeräumt?

(Bestätigung Seitens der Bertheidiger.)

Berth. Ob.-Ger.-Anw. Abel: Ich bitte, daß die bei den Akten befindliche Calculation, die von Herrn Wülbern überreicht ist, verlesen werde.

Präs.: Das ist ganz unmöglich, die zu verlesen.

Berth. Ob.-Ger.-Anw. Abel: Wie soll der Brief verständlich sein, wenn die Calculation nicht hier zur Kenntniß kommt? Der Brief nimmt ja Bezug auf die Calculation.

Staatsanw.: Vielleicht genügt es, wenn das Resultat konstatirt wird. Wenn ich nicht irre, ist es auf 220 000 Thaler festgestellt. Ich will das übrigens anerkennen. Ich bitte aber zu konstatiren, daß bei dieser Gelegenheit eine Produktionsfähigkeit von 20 Millionen Pfund zu Grunde gelegt ist, also diejenige, die erst durch die Erweiterung des Werkes erreicht werden sollte.

Verth. Ob.-Ger.-Anw. Abel: Ich kann nur konstatiren, daß bei dieser Berechnung eine Produktionsfähigkeit von 15 Millionen Pfund zu Grunde gelegt worden ist. Sie werden sehen, daß es am Schlusse heißt: „Den Rest bis zu 15 Millionen u. s. w.“ Das ist von Benndorf bei seiner ersten Vernehmung angegeben.

Staatsanw.: Gut, dann will ich das auch einräumen, daß eine Produktionsfähigkeit von 15 Millionen Pfund zu Grunde gelegt ist.

Präs. (liest): Vergleich der Produktion in Braunschweig mit derjenigen in Westphalen. —

Verth. Ob.-Ger.-Anw. Huch: Es ist nicht mehr nöthig, der Herr Staatsanwalt hat das eingeräumt.

Präs.: Sind noch Anträge in Bezug auf die Beweisaufnahme zu stellen?

Angekl. Haeusler: Herr Präsident, ich habe mich bezogen auf einige Beweismittel, die in den Akten vorhanden sind, bezüglich des Prozesses gegen die Braunschweigische Creditanstalt. Ich bitte aus der Klagschrift, deren Verlesung im Ganzen ich nicht für erforderlich halte, den Passus zu verlesen, welcher beginnt mit den Worten: „Daß es Niemandem eingefallen sein würde.“

Präs. (verliest den bezüglichen Passus): Daß es Niemand eingefallen sein würde, an einem Unternehmen sich zu betheiligen, von dem er wußte, daß die Gründer 55 000 Thlr., also mehr als ein Sechstheil des gesammten Grundcapitals für sich als gute Beute vorwegzunehmen, liegt auf der Hand. Kläger hat sich denn auch nur im Vertrauen auf die Wahrheit der Angaben im Prospect, insbesondere in der Annahme, daß die angeführten 195 000 Thlr. wirklich Erwerbungskosten des Fehland'schen Etablissements seien, danach also den Werth desselben repräsentirten, zu der Betheiligung entschlossen. Er vertraute, daß das Grundkapital zur Anschaffung von Vermögenswerthen für die Gesellschaft nothwendig sei und die einzelnen Aktien einen Antheil an dem den Angaben des Prospekts entsprechenden Werthobjecte geben.

Angekl. Haeusler: Und dann bitte ich das Handelsgerichtliche Erkenntniß zu verlesen.

(Geschicht.)

In der Prozeßsache des Particuliers H. Stegmüller hier,  
Klägers,

vertreten durch den Obergerichts-Advokaten Semler,

wider

die Braunschweigische Credit-Anstalt hiersebst, Beklagte,

vertreten durch den Obergerichts-Advokaten Haenßler

wegen

Rückzahlung,

wird vom Herzoglichen Handelsgerichte Braunschweig,

nachdem die Parteien in der öffentlichen Sitzung vom 30. Oktober d. J. gehört sind,

und nach geheimer Berathung

für

Recht erkannt:

Am 1. Dezember 1872 publicirte die Beklagte in den am hiesigen Orte erscheinenden öffentlichen Blättern einen Prospekt, durch welchen sie zur Zeichnung von Aktien zu einer, unter der Firma „Braunschweiger Walzwerk“ von ihr in Gemeinschaft mit verschiedenen anderen Personen gegründeten Aktiengesellschaft einlud. In diesem Prospekte wird, insoweit er für die Entscheidung des vorliegenden Rechtsstreites von Erheblichkeit ist, gesagt:

daß am Bahnhofe zu Braunschweig belegene, mit günstigem Erfolge betriebene Walzwerk- und Kesselschmiede-Etablissement der Firma Fehland & Co. ist für eine unter obiger Firma gebildete Aktiengesellschaft für den Preis von (einschließlich Provisionen) 195 000 Thlr., von welchen 50 000 Thlr. auf 10 Jahre zur Hypothek creditirt bleiben, käuflich erworben, und für dieselbe seit dem 1. Oktober d. J. in Betrieb genommen.

Durch den gleichzeitigen Ankauf des benachbarten Grundstücks der chemischen Fabrik zu Oster und Braunschweig ist der Raum für bedeutende sofort in Angriff genommene, Erweiterungsbauten gewonnen, durch welche die Production des Werkes auf jährlich 20 000 000 Pfund und bei dem

jetzigen Preise auf einen Umsatz von über 1 000 000 Thaler gebracht werden wird.

Von dem Aktientkapitale ist der Betrag von 140 000 Thaler fest übernommen.

Mit dem Verkaufe des Restbetrages von 160 000 Thaler durch die ersten Zeichner beauftragt, nehmen wir Anmeldungen zum Course von 105% einschließlich der Dividende des ersten Vierteljahres bis zum 5. Dezember incl. entgegen.

Außerdem wurde den Aktionären eine durch Uebernahme der bereits abgeschlossenen Contracte gesicherte Dividende von 15% in Aussicht gestellt, und hinzugefügt, daß, nachdem diese Dividende gezahlt, der frühere Inhaber des Geschäfts eine Entschädigung für Abtretung seiner Contracte erhalten werde, dann aber, wenn nicht außerordentliche Ereignisse die Realisirung des gehofften Gewinnes vereiteln sollten, nach erheblichen Abschreibungen, noch eine fernere Dividende in Aussicht stehe.

Die Gründung prosperirte jedoch nicht, und wenn schon im Jahre 1874 eine Dividende von  $7\frac{1}{2}\%$  gezahlt wurde, mußte bereits im Februar 1875 die Gesellschaft ihre Zahlungen einstellen, und ergab sich, daß das ganze Aktientkapital verloren war, und die Buchgläubiger im Wege des Vergleichs nur  $12\frac{1}{2}\%$  erhielten.

Die Klage behauptet nun, die Angabe des Prospekts, daß das Etablissement für 195 000 Thlr. gekauft sei, enthalte eine Unwahrheit, und sei nur gemacht, um die Aktiennehmer über den Werth der ihnen offerirten Papiere zu täuschen. Die hinzugefügte Bemerkung „einschließlich Provision“ habe um so weniger zu der Vermuthung führen können, daß in dieser Summe eine Provision für die Gründer enthalten sei, als die Aktien mit einem Agio von 5% verkauft seien, wozu nicht der mindeste Rechtsgrund vorhanden gewesen, so daß Kläger angenommen, darin sei der Nutzen der Gründer enthalten. Die Gründer seien nicht Verkäufer, sondern Mandatäre oder negotiorum gestores der Gesellschaft, hätten sich in dieser ihrer Stellung von dem Gegencontrahenten ihrer Mandantin einen enormen Nutzen zahlen lassen, und diesen durch Fingirung einer unwahren Kaufsumme verdeckt. Durch die Annahme, daß die Angaben des Prospektes durchaus in Wahrheit beruhten, sei Kläger zum Ankauf von Aktien veranlaßt.

Da Beklagte durch unwahre Angaben den Irrthum des Klägers erregt hätten, so berechtigte dies solchen, Aufhebung des Vertrages und Rückzahlung der gezahlten Summe nebst Zinsen, nach Absatz der, auch unberechtigt gezahlten, — Dividende von  $7\frac{1}{2}\%$  zu verlangen.

Er stellt den Antrag, die Beklagte zur Zahlung des Erwerbspreises einer Aktie zu 210 Thlr. = 630 Mark nebst 6% Zinsen seit 1. Januar

1873, nach Abſatz von  $7\frac{1}{2}\%$  Dividende und zur Koſtenerſtattung zu verurtheilen.

Die Klage iſt indeſſen als unbegründet zurückzuweiſen.

1. Die Anſicht des Klägers, die Gründer der Aktiengeſellſchaft, welche die Verklagte mit der Unterbringung der Aktien beauftragt, ſeien Mandanten oder mindeſtens negotiorum gestores der Aktiengeſellſchaft, iſt durchaus falſch.

Wie der Proſpekt ergibt, iſt die Aktiengeſellſchaft bei Ausgabe des Proſpekts bereits gegründet geweſen, und hat den Betrieb des erkauften Geſchäfts bereits vom 1. Oktober bis 1. Dezember 1872 beſorgt gehabt. Die zuſammengetretenen Gründer haben das in ein Aktienunternehmen zu verwandelnde Geſchäft gekauft, die zum Kaufe und Geſchäftsbetriebe erforderlichen Mittel durch Zeichnung der erforderlichen Summe zuſammengebracht, dann ein Statut entworfen, und ſich auf Grund deſſelben als Aktiengeſellſchaft conſtituiert, als General-Verſammlung die erforderlichen Beamten gewählt, und ſich in das Handelsregister eintragen laſſen. Sie bildeten mithin die Aktiengeſellſchaft, und verſchwanden dieſer gegenüber als einzelne Perſonen, gingen als ſolche in der von ihnen, als moralische Perſon, gegründeten Geſellſchaft vollſtändig auf. Wie nun aber ſolche, der Geſellſchaft gegenüber nicht mehr exiſtirende einzelne Perſonen Mandatäre oder Geſchäftsführer der Geſellſchaft, in ihrer Eigenſchaft als Gründer, betrachtet werden können, iſt nicht wohl zu verſtehen, zumal die Geſellſchaft durch ihre in geſetzmäßiger Weiſe gewählten Beamten vertreten wird, und andere Perſonen überall nicht die Befugniß haben, die Geſellſchaft in irgend einer Weiſe zu vertreten. Daß aber auch den ſpäteren Aktionären gegenüber von einem Mandat oder einer Geſchäftsführung nicht die Rede ſein kann, bedarf um ſo weniger einer Nachweiſung, als dieſe noch überall nicht exiſtiren und es iſt ungewiß, ob ſolche ſpäten Aktionäre je zur Exiſtenz kommen werden.

Es iſt aber auch nicht die Aktiengeſellſchaft, welche die Aktien zur Zeichnung ausbietet, ſondern es ſind die einzelnen Gründer, welche entweder die ganze oder einen Theil der von ihnen gezeichneten Summe zur Zeichnung ausbieten. Dieſe haben durch ihre erſte Zeichnung ſoviel Aktientheile erworben, als der Betrag der einzelnen Aktie in dem gezeichneten Kapitale aufgeht. Wenn ſie dieſes gemeinſchaftlich thun, und zu einem von ihnen gemeinſchaftlich feſtgeſetzten Courſe, ſo geſchieht dieſes zur Vereinfachung des Geſchäfts und um ſich nicht gegenseitig den Markt zu verderben. Ob und welchen Theil ſeiner urſprünglich gezeichneten Aktien ein Mitgründer zu dem gemeinſchaftlichen Ausbieten der Aktien einwerfen will, hängt von ihm ab, nicht von der Aktiengeſellſchaft, er iſt Eigenthümer der ihm



für die gezeichnete Summe zugefallenen Aktien, es sind dieselben sein Privateigenthum geworden, mit welchem er machen kann, was er will, es kann ihn Niemand zum Fortgeben oder Behalten zwingen. Wenn nun aber Jemand diese Aktien zu einem bestimmten Preise anbietet, so kann dies nur als Veräußerung zu Gunsten eines Dritten, resp. als Erwerb durch einen Dritten gegen einen bestimmten Preis, mithin als Kaufgeschäft aufgefaßt werden. Daß bei diesem Geschäfte die Verkäufer solidarisch haften, hat wohl seinen Grund darin, daß der Einzelne nicht bestimmte Aktiennummern verkauft, sondern alle gemeinschaftlich einen ideellen Antheil an der Aktiengesellschaft.

2. Wenn Kläger behauptet, die Angabe in dem Prospekte, das Etablissement sei zu dem Preise von 195 000 Thlr. für die Gesellschaft erworben, sei nur gemacht, um die Aktiennehmer zu täuschen, der in Parenthese hinzugefügte Passus „einschließlich Provision“ habe um so weniger zu der Vermuthung führen können, daß diese sogenannte Provision den Gründern zufalle, als diese die Aktien mit 105% an den Markt gebracht, und sich dadurch den Anschein gegeben, als sei ihr Verdienst das über pari aufgeschlagene Agio von 5%, auch habe nicht der geringste Rechtsgrund zur Berechnung einer solchen Vergütung vorgelegen, so ist diese Behauptung als richtig nicht anzuerkennen. Kläger hat es sich nur selbst anzurechnen, wenn er den Prospekt nicht mit genügender Aufmerksamkeit gelesen, und sich klar gemacht hat. Der Prospekt macht ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die angegebene Summe nicht der reine Kaufpreis sei, sondern, daß auch Provision, also etwas was Verkäufer nicht erhielt, darin enthalten sei. Unerheblich ist, ob dies Wort in der Einheit oder Mehrheit gebraucht war, ebenso konnte es ihm gleichgültig sein, wem diese Provision zufiel. Notorisch war es, daß zu jener Zeit der Gründungen die Gründer bei diesem Geschäft verdienen, und möglichst viel verdienen wollten und ist diese Absicht durchaus keine unberechtigte. Dies erkennt auch Kläger selbst an, indem er als seine Ansicht darstellt, er habe geglaubt, daß durch den Agioaufschlag von 5% der Gründergewinn gedeckt werde. In dieser Beziehung hat er wieder den Prospekt nicht mit Aufmerksamkeit und Verstandniß gelesen und übersehen, daß der Cours einschließlich der Dividende des ersten Vierteljahres (vom 1. Oktober bis 31. Dezember) festgesetzt war, also einschließlich einer Dividende, auf welche die nach dem 31. Dezember tausenden Aktionäre gar keinen Anspruch hatten.

Da nun nach dem Prospekte für das erste Jahr auf eine Dividende von 15% gerechnet war, und eine noch größere Dividende in Aussicht gestellt wurde, Kläger auch nicht zu behaupten vermocht hat, daß diese Angaben auf wesentlich unwahren und schwindelhaften Angaben beruhten,

so war ihm für dieses Agio eine angemessene Entschädigung geboten. Daß diese Aussicht sich nicht realisirte war ein Casus, den auch Kläger mit zu tragen hat, denn daß das Unternehmen fehlschlug ist kein Irrthum in Bezug auf den Vertrag, und daß die Verklagte oder deren Auftraggeber solches verschuldet, ist nicht behauptet, würde auch für diese Klage, ebenso wie die Behauptung, daß die stattgehabte Dividendenberechnung auf unrichtigen Grundsätzen beruhe, irrelevant sein.

3. Liegt, wie oben dargethan, dem Erwerbe des Klägers ein Kaufkontrakt zu Grunde, sind in dem Prospekte unwahre Angaben, die den Kläger in einen Irrthum versetzen, nicht nachgewiesen, so kann Kläger aus einem etwa übermäßigen Preise eine Aufhebung des Kaufkontrakts nicht herleiten, zumal er auch eine *laesio enormis* nicht einmal behauptet hat. Der Verkäufer fordert einen ihm angemessenen Preis. Sache des Käufers ist es diesen Preis zu gewähren oder zu verweigern. Zahlt er zuviel, so hat er sich das selbst zuzumessen. Ueberdem erscheint der von den Gründern gemachte allerdings sehr erhebliche Aufschlag nicht einmal so übermäßig hoch, wenn man die Umstände berücksichtigt. Derselbe beträgt etwa 15 bis 20% des ganzen Aktientkapitals. Berücksichtigt man dabei das Risiko, welches die Gründer zu tragen hatten, die Kosten des Ankaufs und der Uebertragung auf die Aktiengesellschaft (Stempel, Sporetel etc.), etwaige Publikationskosten, Zeitaufwand etc., die Aussicht auf ein sehr günstiges Geschäft, und daß die Gründer fast alle Leute waren, die Geldgeschäfte machen, mit Geld handeln, auch die Provision (der Nutzen), welcher in manchen Geschäften auf die Waare geschlagen wird, ein noch höherer ist, sich nur nicht so bemerklich macht, da er sich nicht in einer so hohen Gesamtsumme ausdrückt, so ist dieser Pauschsaß kein so übermäßig hoher.

4. Kläger legt noch darauf Gewicht, daß Verklagte in dem Prospekte den Kaufpreis und die Provision zusammen angegeben habe, und behauptet, dadurch sei der wahre Kaufpreis verschleiert, und findet darin einen dolus durch Verschweigen. Nun ist es ja richtig, daß ein dolus durch Verschweigen sehr wohl begangen werden kann; jedoch muß dieses Verschweigen eine wesentliche Thatsache betreffen, z. B. wenn Jemand Gold kaufen will, und erhält statt dessen einen vergoldeten Gegenstand und Verkäufer verschweigt diesen ihm wohlbekannten Umstand. Daß aber die Angabe des Erwerbspreises des Verkäufers zu den Essentialien des Kaufkontrakts gehöre, wird Kläger gewiß nicht behaupten wollen, ein solches Verlangen würde fast jedes Handelsgeschäft unmöglich machen.

Da Kläger unterliegt, müssen auch ihm die Prozeßkosten zur Last fallen.

Diesemnach ist die Entscheidung:

daß Kläger unter Verurtheilung in die Prozeßkosten mit seiner Klage zurückgewiesen werde.

Erkannt im Herzoglichen Handelsgerichte zu Braunschweig von dem Handelsgerichts-Director Bode, Kreisrichter Moritz und den Kaufleuten Bartels, Stadtrath Haake und Greuner.

**B. Bode. A. Moritz. Ernst Heinr. Bartels. Aug. Haake.  
Bruno Greuner**

und

publicirt in der öffentlichen Sitzung vom 16. November dieses Jahres

In fidem  
**Noer, Auditor.**

Angell. Haeußler: Dann bitte ich Fol. 153 der Voruntersuchungsakten den Artikel des „Braunschweigischen Volksfreundes“, dieses bekannten sozialdemokratischen Agitationsblattes, vom 28. Juli 1876 zu verlesen, in welchem bezüglich der Gründung des Walzwerkes Ausführungen enthalten sind, die ungefähr mit dem stimmen, was auch der Anklage zu Grunde liegt, und in welchem dann am Schlusse die Frage gestellt wird: „Herr Staatsanwalt, liegt hier kein Betrug vor?“ — Ich verstelle es in das Ermessen des Herrn Präsidenten, ob er es für angemessen hält, ein derartiges Schriftstück hier zu verlesen, bitte aber zu konstatiren, daß die Fakta, die ich eben angeführt habe, richtig sind.

Staatsanw.: Darf ich mir erlauben, da eine Erklärung zu geben. Das Schriftstück ist natürlich durchaus nicht von der Staatsanwaltschaft eingeholt und zu den Akten gegeben, sondern auf eine andere einfache Weise zu den Akten gekommen. Es war ein anonymes Brief an die Staatsanwaltschaft in Berlin eingegangen, welcher eine Denunziation gegen die Gründer des Walzwerkes enthielt, und diesem Briefe war das Exemplar des „Volksfreundes“ beigelegt. Der Brief ist brevi manu von der königlichen Staatsanwaltschaft zu Berlin an die kompetente herzogliche Staatsanwaltschaft in Braunschweig abgegeben, und mit diesem offiziellen Schriftstück ist natürlich auch der „Volksfreund“ übersandt.

Präs.: Ich bemerke, daß die Denunziation eingegangen ist, nachdem die Voruntersuchung geschlossen war.

Angell. Haeußler: Dann bitte ich noch um eine Aufklärung und

eventuell Verlesung. Ich habe vor längerer Zeit die Voruntersuchungsakten eingesehen und darin gefunden ein Rescript des Herrn Oberstaatsanwalts vom 8. Juni 1877, gerichtet an die Staatsanwaltschaft in Braunschweig, in welchem Bezug darauf genommen wird, daß von dem herzoglichen Kreisgericht Braunschweig die Zurückweisung erfolgt sei. Das Rescript beginnt mit den Worten: „In der Anklagesache wider die Gründer des Braunschweiger Walzwerks ist, so viel mir aus dem „Volksfreunde“ bekannt geworden, von Herzogl. Kreisgericht Braunschweig u. s. w.“ Bei Einsicht der Akten, die ich vor acht Tagen nahm, habe ich das Schreiben nicht mehr bei den Akten gefunden. Ich möchte darüber um Aufklärung bitten, wo dasselbe geblieben ist und, wenn es vorhanden sein sollte, bitten es zu verlesen.

Staatsanw.: Das betreffende Schriftstück, welches von dem Oberstaatsanwalt an die Herzogliche Staatsanwaltschaft gekommen ist, betrifft lediglich Interna der Staatsanwaltschaft. Die Sache lag so, daß in diesen beiden Strassachen wegen Gründung der Wagenbauanstalt und wegen Gründung des Braunschweigischen Walzwerks, von denen die eine Anklage ganz, die andere nur theilweise zurückgewiesen war, die Nichtigkeitsbeschwerde verfolgt war. Die eine Nichtigkeitsbeschwerde, betreffend die Wagenbauanstalt, gelangte eher zur Kenntniß des Oberstaatsanwalts und es wurde in Folge dessen diese Erkundigung eingezogen, wie es mit der anderen Sache stehe. Es ist dieses Schriftstück aus Versehen in die Untersuchungsakten gelangt und es ist nachher, da es lediglich Interna der Staatsanwaltschaft betrifft, zu meinen Manualakten genommen. Es liegt mir übrigens nichts daran, es hier zurückzuhalten, und, wenn es gewünscht wird, will ich es gern zur Verlesung hier vorlegen.

Angekl. Haeussler: Ich bin befriedigt.

Präs.: Sind noch Anträge bezüglich der Beweisaufnahme zu stellen?

(Pause.)

Dann erkläre ich die Beweisaufnahme für geschlossen und ersuche den Herrn Staatsanwalt, seine Anträge zu stellen und zu motiviren.

Staatsanwalt: Meine Herren! Die Anklage beschuldigt zunächst die sämmtlichen Angeklagten, sich bei der Gründung des Braunschweiger Walzwerks eines Betruges schuldig gemacht zu haben gegen die übrigen Aktionäre dieser Aktiengesellschaft; sie beschuldigt ferner die Angeklagten Fehland, Salomon, Meyer und Koch des ferneren Betruges nach Ablauf des ersten Geschäftsjahres, indem in die Bilanz unrichtige Werthe eingestellt seien. Dieser Betrug soll begangen sein gegenüber einem gewissen Kreise von Geschäftsleuten. Ich halte durch die Beweisaufnahme die thatsächlichen

Behauptungen der Anklage für im Wesentlichen erwiesen und ich muß daher die Anklage in beiden Punkten aufrecht erhalten.

Ich wende mich zu dem ersten Punkt der Anklage und will hier zunächst in kurzen Zügen den Gang der Gründung, wie er durch die Beweisaufnahme dargethan ist, recapituliren. Wie wir aus den Angaben der Angeschuldigten entnommen haben, haben zunächst im Sommer 1872 Verhandlungen zwischen der Braunschweigischen Creditanstalt und Fehland stattgehabt. Diese Verhandlungen haben den Zweck verfolgt, den Ankauf dieses Walzwerks für eine noch zu gründende Aktiengesellschaft zu effectuiren. Allerdings haben diese Verhandlungen zunächst zu keinem Resultat geführt; sie sind wieder abgebrochen, dann im Oktober 1872 wieder aufgenommen. Es ist zu dieser Zeit eine Verständigung zwischen beiden Parteien erfolgt und es sind dann die übrigen Angeschuldigten von der Creditanstalt zur Theilnahme aufgefordert worden. Es sind diese sämtlichen Personen mit vier anderen am 24. Oktober 1872 zur Aktiengesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“ zusammengetreten; es haben diese Personen an diesem Tage das gesammte Aktienkapital von 300 000 Thaler gezeichnet und erklärt, daß 10% faktisch eingezahlt seien, das Statut genehmigt und den Aufsichtsrath gewählt. In diesem notariellen Konstituierungsakt werden zugleich drei Aktionäre bevollmächtigt, das Fehland'sche Etablissement für den Preis von 195 000 Thaler für die Gesellschaft zu kaufen; es ist dieser Ankauf an demselben Tage notariell verlautbart, am 24. Oktober 1872 der Kaufvertrag zwischen diesen drei Vertretern der gegründeten Aktiengesellschaft einerseits und Fehland als Eigenthümer seiner Fabrik andererseits abgeschlossen, inhalts dessen die beiden Parteien den Verkauf in dieser Weise abgeschlossen für die Aktiengesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“, und es ist als Kaufpreis in diesem notariellen Kontrakt die Summe von 195 000 Thalern bezeichnet. Es werden dann noch verschiedene Bestimmungen darüber getroffen, wie dieser Kaufpreis gezahlt werden solle, und zwar in der Weise, daß Fehland in Anrechnung auf diesen Kaufpreis 525 Stück Aktien übernehmen solle, die ihm als voll eingezahlt angerechnet werden sollen. Es ist außerdem Fehland für fünf Jahre als Direktor engagirt. Neben diesem Kaufpreis sind ihm für Ueberlassung der vortheilhaften Kontrakte 75 000 Thlr. zugesichert; es soll ihm dieser fernere Gewinn von 75 000 Thlr. allerdings dann erst ausgezahlt werden, wenn die Kontrakte, für welche dem Fehland diese Summe bezahlt werden sollte, wirklich denjenigen Nutzen abgeworfen haben würden, den die Parteien damals allerdings erwarteten. Es waren dann noch Preise für die Materialien, die nicht mit in diesem Kaufpreis inbegriffen waren, die von der Gesellschaft

übernommen werden sollten, festgesetzt und in dieser Weise der Kaufvertrag verlautbart.

Neben diesem, wenn ich so sagen darf, offiziellen Kontrakt ist an demselben Tage noch zwischen beiden Parteien ein privater Vertrag abgeschlossen, inhalts dessen sich Fehland verpflichtet hat, von diesen 525 Stück Aktien, die er zur theilweisen Abgeltung des Kaufpreises bekommen sollte, die Summe von 55 000 Thlr. an die Braunschweigische Creditanstalt zurückzugeben, — wie die Betheiligten anerkannt haben, zur Zurückgabe an die Gründer und die ersten Zeichner in der Weise, daß der Angeschuldigte Meyer, der die Verhandlungen geleitet hatte, ein Präcipuum von 5000 Thlr. in Aktien bekommen sollte, daß die übrigen 50 000 Thlr. dann an die übrigen Gründer im Verhältniß ihrer Zeichnung zurückgezahlt werden sollten. Es ist dann die Aktiengesellschaft am 1. November desselben Jahres zum Handelsregister angemeldet und am 3. Dezember desselben Jahres eingetragen. Es war somit allen Erfordernissen zum rechtsgültigen Bestande dieser Aktiengesellschaft genügt.

Inzwischen war bereits am 1. Dezember ein Prospekt für das Braunschweigische Walzwert durch die Zeitungen publicirt, in welchem die Gründer, die ja zugleich die ersten Zeichner waren, die Gründung der Aktiengesellschaft bekannt machten, zugleich bemerkt, daß 140 000 Thlr. von diesem Aktienkapital von 300 000 Thlr. von den Gründern fest übernommen seien, und daß die übrige Summe von 160 000 Thlr. zur Emission, zum Kauf ausgeschrieben, also dem Publikum angeboten werde. — Ich erlaube mir hier die Zwischenbemerkung: es ist ja allerdings nicht durchaus erforderlich, daß Gründer und erste Zeichner dieselben Personen seien, es ist das aber wohl in den weitaus meisten Fällen so gewesen, und ich kann deshalb diese Personen unter einer Bezeichnung zusammenfassen. — In dieser Weise also ist dem Publikum ein Theil der Aktien zum Kauf offerirt und es sind diese Aktien in der Weise gekauft worden, daß 29 000 Thlr. sofort gezeichnet sind, der Rest in den nächsten Monaten unter der Hand verkauft ist.

Es ist dies zunächst in großen Zügen der Gang der Gründung; ich erlaube mir nunmehr, zur Rechtfertigung der Anklage übergehend, auf die einzelnen Akte der Gründung näher einzugehen, in welchen die Anklage das Vergehen des Betruges zu finden geglaubt hat. Ich erlaube mir auch hierbei von der Theilnahme der einzelnen Angeschuldigten und deren strafrechtliche Verantwortlichkeit vorläufig abzusehen.

Die Anklage stützt sich auf §. 263 des Reichsstrafgesetzbuchs, welcher bestimmt: „Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvortheil zu verschaffen, das Vermögen eines Anderen dadurch beschädigt, daß er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder

Unterdrückung wahrer Thatfachen einen Irrthum erregt oder unterhält, wird wegen Betrugs mit Gefängniß bestraft.“

Es wird also zunächst zum Thatbestand dieses angeschuldigten Vergehens eine Vorspiegelung falscher Thatfachen erfordert, und diese Vorspiegelung falscher Thatfachen hat die Anklage in dem schon vorher erwähnten Prospekt gefunden. Es würde sich nun zunächst um die Frage handeln können, die allerdings schon vielfach im Sinne der Anklage entschieden ist, ob überhaupt solche Angaben im Prospekt geeignet sein können, das Vergehen des Betruges zu begründen, ob sie nicht gleichzustellen sind denjenigen kaufmännischen prahlerischen Anpreisungen, die im gewöhnlichen Geschäftsverkehr vorkommen, die zwar vielfach von der Wahrheit abweichen, in Betreff deren man aber übereinstimmt, daß sie in der Regel wenigstens das Vergehen des Betruges nicht begründen können. Nun, meine Herren, daß eine solche Gleichstellung des Prospekts nicht möglich ist, ergibt sich einfach aus der Verschiedenheit der Sachlage. Wenn ein Käufer im gewöhnlichen Verkehr eine Sache des täglichen Bedarfs kauft, so ist der regelmäßig im Stande, sich ein eigenes Urtheil über den Werth dieser Sache zu bilden; es handelt sich um Sachen, die jeder fast täglich bedarf, die außerdem fast feste Preise haben, und in der Regel ist der Käufer im Stande, aus eigener Kenntniß des Gegenstandes ein Urtheil über den Werth, den derselbe für ihn hat, zu bilden; und wenn deshalb in solchem Falle der Verkäufer, der Kaufmann derartige Redensarten macht, wie z. B.: „die Sache hat mich selbst so viel gekostet,“ oder: „ich muß unter dem Fabrikpreise verkaufen,“ — die ja allerdings häufig von der Wahrheit abweichen, — so sind solche Behauptungen durchaus nicht geeignet, auf das Urtheil des Käufers einzuwirken, sie sind gar nicht geeignet, einen Irrthum bei ihm zu erregen, und andererseits hat der Kaufmann, der derartige Behauptungen aufstellt, gar nicht die ernstliche Absicht, einen Irrthum bei dem Käufer zu erregen, er weiß sehr wohl, daß er ernstlichen Glauben in den seltensten Fällen findet, — es gehört einmal Reden zum Handwerk, und weiter hat es keinen Zweck. Ganz anders liegt die Sache hier. Es werden hier Antheile an dem Gesellschaftsvermögen ausgebaut, das in seinem hier wesentlichen Theile durch eine Fabrik gebildet wird, eine Eisensabrik, die das Publikum in seinem allergrößten Theile überhaupt nicht beurtheilen kann; dazu gehören technische, kaufmännische Kenntnisse, die das Publikum zum weitaus größten Theil nicht besitzt; und wenn daher bei dieser Kaufofferte Angaben von dem Verkäufer gemacht werden, so sind solche Angaben vollständig geeignet, in dem Publikum irgend welchen Irrthum zu erregen, und es muß sich auf solche Angaben verlassen; das müssen sich diejenigen, die einen solchen Prospekt, solche Kaufanerbietungen vorlegen, sagen, und es sind deshalb in solchem

Fälle dergleichen unwahre Behauptungen vollständig geeignet, das Vergehen des Betruges zu begründen, weil sie eben einen Irrthum im Publikum erregen können, und weil der Verkäufer sich das sagen muß, daß sie auch in der Regel geeignet sein werden, einen solchen Irrthum zu erregen.

Es hat nun die Anklage diese falsche Behauptung in dem fraglichen Prospekt im ersten Absatz desselben gefunden. Der Prospekt führt ja zunächst am Kopf die Direktion und den Aufsichtsrath an, die Namen dieser Herren, und beginnt dann:

„Das am Bahnhof in Braunschweig belegene, mit günstigem Erfolge betriebene Walzwerk- und Kesselschmiede-Etablissement der Firma Fehland & Comp. ist für eine unter obiger Firma „Braunschweiger Walzwerk“ gebildete Aktiengesellschaft für den Preis von (einschließlich Provisionen) 195 000 Thaler, von welchen 50 000 Thaler auf 10 Jahre zur Hypothek kreditirt bleiben, käuflich erworben und für dieselbe seit dem 1. Oktober d. J. in Betrieb genommen.“

Es wird von der Anklage behauptet, daß in diesem Passus gerade, der über die Provision und den Kaufpreis spricht, der Irrthum im Publikum habe erreicht werden sollen, die falsche Thatfache vorgespiegelt werden sollen, als betrage der Kaufpreis die volle Summe von 195 000 Thalern, als betrage die Provision nur einen geringen Theil dieser Summe. Es würde sich also zunächst darum handeln, festzustellen, welches war das Verhältniß zwischen Kaufpreis und Provision, welches war in diesem Falle wirklich Kaufpreis und welches die Provision.

Wenn man allein den Kaufkontrakt, der zwischen Fehland und den Vertretern der Aktiengesellschaft abgeschlossen war, ins Auge faßt, so ist ja hier allerdings der Kaufpreis auf 195 000 Thlr. angegeben; berücksichtigt man aber den Nebenvertrag, so kann man als wirklichen Kaufpreis nur die Summe von 140 000 Thlrn. annehmen, die Summe von 195 000 Thlrn. aber nur als einen fingirten Kaufpreis, die Differenz von 55 000 Thlrn. als Provision, die die Gründer aus der Gesellschaftskasse entnahmen. Meine Herren, unter Kaufpreis versteht man Dasjenige, was als Aequivalent für das Kaufobjekt aus dem Vermögen des Käufers in dasjenige des Verkäufers übergehen soll, also auch übergeht; hier ging nicht die Summe von 195 000 Thlr., die als Kaufsumme genannt worden, in das Vermögen des Verkäufers über, sondern immer nur die Summe von 140 000 Thlrn., die Differenz von 55 000 Thlrn. ging nie in das Vermögen Fehland's über, — vielleicht in seine Hände, aber nicht in sein Vermögen; es war von vornherein bestimmt, daß die sofort an die Gründer zurückgegeben werden sollten. In Wahrheit sind diese Provisionsaktien gar nicht in die Hände Fehland's gelangt. Allerdings ist es ja, meine



Herrn, häufig, daß von der Kaufsumme, von dem Kaufpreis eine Provision abgegeben wird, ohne daß insoweit der Kaufpreis die Natur eines solchen verliert, nämlich dann, wenn sie an einen Dritten, etwa an einen Unterhändler abgegeben wird, aber hier waren diejenigen, welche die Provision empfangen, nicht dritte Personen, sondern es waren immer und ewiglich die Käufer, mag man den Kaufvertrag, der zwischen Fehland und den Vertretern abgeschlossen wurde, in seiner rechtlichen Wirkung auffassen wie man will.

Es würde sich hier um die Frage handeln, etwa ob man als berechtigt und verpflichtet aus diesem Kaufvertrag die Societät des Consortiums ansehen wollte oder aber von vornherein die juristische selbständige Person der noch zu gründenden oder noch einzutragenden Aktiengesellschaft. Ich glaube allerdings, daß das Erstere richtiger sein wird. Der Paragraph des Handelsgesetzbuchs, der hier in Frage kommt, §. 211, lautet: „Vor erfolgter Eintragung in das Handelsregister besteht die Aktiengesellschaft als solche nicht. Die vor der Eintragung ausgegebenen Aktien oder Aktienantheile sind nichtig. Die Ausgeber sind den Besitzern für allen durch die Ausgabe verursachten Schäden solidarisch verhaftet. Wenn vor erfolgter Eintragung in das Handelsregister im Namen der Gesellschaft gehandelt worden ist, so haften die Handelnden persönlich und solidarisch.“ Es wird also eben in diesem Paragraphen bestimmt, daß die Qualität der Aktiengesellschaft als juristische Person erst durch die Eintragung begründet werden soll. Hier ist nun die Eintragung in das Handelsregister, wie wir gehört haben, am 3. Dezember erfolgt, angemeldet allerdings am 11. November, aber eingetragen am 3. Dezember; der Verkauf aber wurde bereits effectuirt am 24. Oktober. Zur Zeit dieses Kaufvertrages bestand die Aktiengesellschaft als juristische Person noch nicht, und es wurde nicht die selbständige Person der Aktiengesellschaft aus diesem Kaufvertrage verpflichtet, sondern die Societät der Gründer; die einzelnen Gründer erwarben Rechte und Pflichten aus diesem Kaufvertrage solidarisch, nicht aber die selbständige Person der Aktiengesellschaft. Oder aber, will man etwa annehmen, daß diese Rechte und Pflichten aus diesem Kaufvertrage einstweilen subjektlos bestanden haben und sich dann bei der Eintragung am 3. Dezember an die Person der Aktiengesellschaft geknüpft haben, so bleibt die Sachlage im Wesentlichen dieselbe; denn bevor die Aktiengesellschaft zur Eintragung gelangte, bevor sie ihre selbständige Persönlichkeit erwarb, waren die Gründer die einzigen Aktionäre, die den Kaufpreis bezahlen mußten und die Provision zurückzuerhalten hatten; es bestand ein faktischer Unterschied zwischen ihrem Vermögen und dem Vermögen der Gesellschaft überhaupt noch gar nicht. Sie mußten aus dem Vermögen der Gesellschaft,

daß mit ihrem eigenen Vermögen vollständig identisch war, die Kaufsumme bezahlen und nahmen einen Theil der Kaufsumme wieder zurück; es blieben dieselben Personen die Geber, die zugleich Empfänger waren. Ein formeller Unterschied zwischen diesen beiden Personen konnte erst dadurch geschaffen werden, daß fremde Aktionäre hinzutraten. Ich glaube deshalb, daß man der Anklage wird zustimmen müssen, wenn sie diese Summe von 195 000 Thln. als simulirten Kaufpreis auffaßt, als wirklich ernstlich gemeinten Kaufpreis nur die Summe von 140 000 Thalern, als Provision 55 000 Thaler, die nie die Natur eines Kaufpreises an sich getragen hat, sondern von vornherein eine Provision war, die die Gründer aus der Gesellschaftskasse entnahmen.

Es ist ja bei der gestrigen und vorgestrigen Verhandlung behauptet, man habe auf Seiten der Gründer damals die Sache so aufgefaßt, als habe zunächst die Creditanstalt den Kaufvertrag mit Fehland geschlossen, und es habe die Creditanstalt demnächst die Fabrik inserirt in die gebildete Aktiengesellschaft. Nun, meine Herren, ich glaube, daß auf diese Behauptung — ich glaube, sie ist von Herrn Haessler vorgebracht — nicht viel gegeben werden können. Es entscheidet bei derartigen Geschäften der Wille der Kontrahenten, und der Wille ist hier von vornherein — wenigstens nach allem zu schließen, was man bisher von der Sache gehört hat — dahin gegangen, daß die Aktiengesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“ als Käuferin mit Fehland einfach einen Kaufvertrag über seine Fabrik abschließen sollte. Für diese Auffassung sprechen zunächst die Kontrakte in der Weise, wie sie geschlossen sind. Es hat abgeschlossen die Aktiengesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“ einen Kaufkontrakt mit Fehland als Eigenthümer seiner Fabrik. Nun wäre es allerdings möglich, daß zwei Kontrakte in einen zusammengezogen wären, daß man etwa, um Stempelgebühren u. s. w. zu sparen, diesen einen Kontrakt nur abgeschlossen und in diesen einen die beiden Kontrakte zusammengefaßt hätte, die wirklich geschlossen waren. Aber, meine Herren, es ist bisher im ganzen Verlauf der Voruntersuchung, überhaupt in allen Processen, die darüber geführt sind, der Wille der Parteien dahin deklariert, daß sie als Aktiengesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“ mit Fehland einen Kaufkontrakt haben abschließen wollen, und nach diesen bisher immer festgehaltenen Erklärungen wird man wohl den Willen der Kontrahenten auslegen müssen. Wenn jetzt behauptet wird, es seien die Verträge anders auszulegen, so wird darauf nicht viel Gewicht zu legen sein.

Es war also, glaube ich — ich muß diese Behauptung der Anklage aufrecht erhalten — es war als wirklicher Kaufpreis anzusehen die Summe von 140 000 Thln., es waren von vornherein als Provision anzusehen

55 000 Thlr. Nun, meine Herren, das konnte eben aus dem Prospekt, nach Anschauung der Anlage wenigstens, der Leser nicht entnehmen. Zu welchem Zwecke wurde denn überhaupt dieser Prospekt mitgetheilt? Doch nur, um die Käufer der Aktien über die Beschaffenheit dieses Werkes und die Beschaffenheit des Gesellschaftsvermögens zu orientiren, an dem sie durch Kauf von Aktien Antheilsrecht erwerben sollten. Also zunächst über den Werth der Fehland'schen Fabrik. Wenn wir nun den Prospekt durchsehen, so finden wir über den damaligen Werth der Fabrik weiter keine Andeutung, als allein diesen Kaufpreis; er wird zunächst mitgetheilt, dann wird von der günstigen Gestaltung des Werkes gesprochen, es wird bemerkt, daß durch Ankauf eines Nachbargrundstücks das Werk erweitert werden könne, es werden dann die einzelnen Erweiterungen angeführt, es wird bemerkt, daß günstige Kontrakte mit von der Fabrik übernommen seien, daß Fehland dafür besonders Vergütung erhalten habe, kurz und gut, es werden die Aussichten für die Zukunft mitgetheilt, — über den gegenwärtigen Werth der Fabrik, über die gegenwärtige Lage des ganzen Werkes, darüber kann allein nur der Kaufpreis Aufschluß geben, und zwar war ja die Mittheilung des Kaufpreises, der Kaufsumme, am geeignetsten, über diesen Werth einen sicheren Anhalt zu geben.

Es wird ja allerdings nicht direkt gesagt, die Fabrik ist so viel werth; es wird gesagt, wir haben sie für diese Summe angekauft. Das war das Urtheil der kompetentesten Personen, die hier in Frage kamen, der Kontrahenten, der Käufer und des Verkäufers, die in dieser Normirung des Kaufpreises ihre Ansicht über den Werth niedergelegt hatten. Es war daher, wie gesagt, die Mittheilung des Kaufpreises am aller geeignetsten, einen sicheren Anhalt über den Werth zu geben; aber nur dann, wenn diese Kaufsumme rein mitgetheilt wurde oder wenigstens ohne Vermischung mit einem bedeutenden fremden Faktor, der ganz ohne Zusammenhang war mit dem Werth. Ein solcher aber war die Provision; sie hing mit dem Werth gar nicht zusammen. Wenn deshalb gesagt wurde, der Kaufpreis beträgt inklusive Provision 195 000 Thlr., so mußten die Leser annehmen, sie könne keine bedeutende sein, weil der einzige Zweck, den die Mittheilung des Kaufpreises haben sollte, durch die Vermischung mit einem heterogenen Faktor vollständig vereitelt wurde. Daß nun solches Verfahren bei Erlaß des Prospekts inne gehalten sei, konnte der Leser nicht annehmen, sondern er mußte annehmen, daß diese Provision nur eine unbedeutende sei, die die ganze Ziffer nicht wesentlich verändern könne, daß man im Wesentlichen sich an diese Ziffer von 195 000 Thlrn. zur Beurtheilung des Werths halten könne.

Es war dieser Irrthum um so näher gelegt, als sie ganz nebenbei

als etwas ganz Nebenächliches erwähnt war; es lag dieser Irrthum um so näher, als die Gründer bereits in dem Agio einen nicht unerheblichen Gewinn machten. Meine Herren, es ist darauf hingewiesen, daß dieses Agio lediglich als eine Vergütung für die Dividende des ersten Vierteljahres zu betrachten sei. Das ist richtig; es ist im Prospekt darauf hingewiesen, daß mit dem Kaufpreis auch das Recht auf die Dividende des ersten Vierteljahres erworben wäre. Nun ist aber doch zu berücksichtigen, daß die ersten Gründer nur mit 40% eingezahlt hatten; auf dieses eingelegte Kapital von 40% würde dieses Agio einen Zinsfuß von  $12\frac{1}{2}$  auf das Vierteljahr oder auf das Jahr von 50% bedeuten. Nun, meine Herren, daß das eingelegte Kapital sich in solcher Weise verzinsen würde, daß eine solche Dividende gezahlt werden könne, das haben die Gründer nie behauptet; es steckt deshalb neben der Verzinsung dieser eingelegten Kapitalien allerdings in dem Agio auch noch ein ziemlich bedeutender Gründergewinn. Es waren daher meines Erachtens die Leser vollständig berechtigt — und sie mußten die Auffassung haben, als sei die Provision, die noch in dieser Summe von 195 000 Thln. allerdings ja begriffen war, nur eine geringfügige, die vielleicht nur einige Tausend Thaler betrage; und indem die Prospektanten, die Erlasser des Prospekts, gerade diese Fassung, die zu einem solchen Irrthum führen mußte, wählten, scheinen sie mir dargethan zu haben, daß sie den Irrthum wirklich bezweckt und gewollt haben, daß nicht etwa aus Fahrlässigkeit die Fassung gewählt ist.

Meine Herren, daß nicht etwa aus Unachtsamkeit, aus Fahrlässigkeit diese wunderliche Fassung des Prospekts, die Vermischung von Kaufpreis und Provision, eingetreten ist, daß vielmehr ein bestimmter Zweck damit verbunden war, — ich glaube, darauf läßt auch schließen die wunderliche Komödie, die überhaupt mit der Provision gespielt ist. Die Gründer haben sich die Provision von Fehland versprechen lassen und nominell von ihm erhalten; war man aber verpflichtet zur Zahlung dieser Provision, und wer hat sie faktisch geleistet? Doch nicht Fehland! Fehland stand den Angeklagten als Verkäufer gegenüber, es schlossen die beiden Parteien ein Kaufgeschäft ab und zwar natürlich Jeder zu seinem eigenen Nutzen, und eine Provision, die der Verkäufer an den Käufer zahlt dafür, daß er dieses für ihn, den Verkäufer, vortheilhafte Geschäft abschließt, ist ein Unding. Und ebenso wenig hat Fehland diese Provision bezahlt aus seinen eigenen Mitteln; er bekam die 55 000 Thlr. über seinen Kaufpreis hinaus, um sie an die Gründer zurückzugeben, er hat also aus seinen eigenen Mitteln nichts geopfert. Nein, die einzigen Personen, die überhaupt verpflichtet waren zu zahlen, das sind die neu hinzutretenden Aktionäre; sie waren allerdings verpflichtet, die Gründer zu entschädigen für die Mühewaltung, die dieselben

in ihrem Interesse gehabt hatten. Die Gründer hatten die Gesellschaft konstituiert, die neuen Aktionäre konnten ohne besondere Mühe in dieses rentable Geschäft eintreten, und dafür mußten die neuen Aktionäre die Gründer entschädigen, und sie allein haben auch die Provision geleistet; sie haben sie geleistet, indem sie verzichteten auf die Einzahlung, die auf die Provisionsaktien geleistet werden sollte — ein Verzicht allerdings, der von den Gründern antizipiert worden —; sie sind es also allein, die überhaupt faktisch bei der ganzen Sache aus ihrem Vermögen etwas aufgeopfert haben.

Nun, meine Herren, wenn man dabei diesen ganzen Gang, den die Provision gegangen ist, ins Auge faßt, wenn man also findet, daß die Gründer, statt den wirklich Verpflichteten gegenüber, die die Provision auch faktisch geleistet haben, mit ihrer Forderung irgendwie hervortreten, sich an Fehland wandten, der damit gar nichts zu thun hatte, und der sie faktisch nicht gezahlt hat; dann kann man in dieser ganzen Handlung keinen Sinn finden, wenn nicht den, daß den Angeklagten, also den Gründern, alles daran gelegen war, daß die wirklich Verpflichteten, die neu hinzutretenden Aktionäre, allein doch im Irrthum über den Betrag dieser Provision gehalten werden sollten. Und, meine Herren, nimmt man mit dem Resultat den Prospekt zur Hand, dann wird man die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß die Angeklagten den Irrthum, der erregt ist, auch haben erregen wollen, daß sie, indem sie in solcher Weise „Provision und Kaufpreis“ mittheilten, sie nicht wollten, daß die Vorstellung, die die Leser gewinnen sollten, eine wahre werde, sondern daß in den ganzen Verhandlungen mit Fehland und so auch in diesem Prospekt sie den Zweck verfolgten, es sollte diese Vorstellung eine irrige werden. Denn es ist immer festzuhalten, daß die Gründer die Provision nicht vollständig verschwiegen haben, sie also der Reflexion der Leser nicht vollständig entzogen haben, sondern sie haben sie mitgetheilt, sie haben die Leser darauf aufmerksam gemacht und sie dadurch veranlaßt, sich eine bestimmte Vorstellung davon zu machen, in einer Weise aber, die mit Bestimmtheit darauf schließen läßt, daß sie wollten, es solle diese Vorstellung nicht eine wahre, sondern eine irrige sein. — Meine Herren, ich werde später noch Gelegenheit haben, auf diesen Prospekt nochmals zurückzugreifen. Es liegt ja diese Sache nicht so, daß man jeden dieser einzelnen Akte für sich betrachten und daraus die Frage beantworten kann: was haben die Angeklagten speziell mit diesem Akte bezweckt? Also man kann nicht allein aus dem Prospekt die Frage beantworten, wollten sie diesen Irrthum erregen? — Es ist vielmehr der gesammte Gang der Gründung dabei ins Auge zu fassen.

Ich glaube daher, wenn man alle diese Umstände ins Auge faßt, wird man sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß die Ange-

klagten den Irrthum, den sie erregt haben, auch wirklich gewollt haben. Und daß der Irrthum wirklich erregt ist, das haben die Aktionäre hier als Zeugen deponirt. Allerdings haben zwei, wenn ich nicht irre, von diesen Aktionären, Stegmüller und Dempewolf, erklärt, sie hätten ihrerseits den Prospekt so aufgefaßt, daß die Provision, die sie allerdings ja angenommen hätten, in dem Agio von 5% stecke, daß also die Summe von 195 000 Thln. noch voller, reiner Kaufpreis sei. Es scheint mir das vollständig irrelevant zu sein für die Frage der Irrthumserrugung; es haben dann eben die Angeklagten einen Irrthum erregt, der nicht vollständig mit ihrer Absicht übereinstimmte, aber im Wesentlichen doch dem gleich, den sie wirklich erregen wollten, und sogar ihrem Zweck noch besser entsprach. Es scheint mir daher vollständig gleichgiltig, ob sie den Irrthum erregt haben, den sie erregen wollten, oder den anderen, und es scheint mir irrelevant, ob diese beiden Aktionäre in den weitergehenden Irrthum verfallen sind; sie haben ja das allerdings hier ausgesagt, es wird das auf den Thatbestand des angeschuldigten Vergehens ohne Einfluß bleiben.

Der §. 263 erfordert dann ferner, daß durch einen solchen Irrthum eine Vermögensbeschädigung herbeigeführt sei. Diese wird von der Anklage in dem Kauf der Aktien gefunden; es wird behauptet, daß durch den Aktienkauf die neu hinzutretenden Aktionäre geschädigt seien. Es liegt also nach der Auffassung der Anklage eine Schädigung im Kaufkontrakt vor, und eine solche betrügerische Schädigung im Kaufkontrakt ist dann vorhanden, wenn der Käufer ein Kaufobject von geringerem Werth erhält, als er nach den Angaben des Verkäufers erwarten durfte, und der Werth den Kaufpreis nicht erreicht. Das liegt nach den Behauptungen der Anklage hier vor. Faßten die Leser den Prospekt so auf, wie die Anklage meint, so mußten sie eben der Anschauung sein, daß sie, indem sie eine Aktie kauften, ein Anthellsrecht an dem Gesamtvermögen von ungefähr 300 000 Thlr. erwarben, welches sich auf die Weise zusammensetzt, daß den größten Theil dieses Vermögens die Fabrik mit 195 000 Thln. bildet und im Uebrigen ein disponibles Capital von 105 000 Thln., so weit es nicht zum Ankauf des Hasenbalg'schen Grundstücks nach dem Prospekt verwendet wurde. In Wahrheit aber setzte sich das Vermögen nicht in dieser Weise zusammen, sondern es war erheblich geringer; es betrug nicht 300 000 Thlr., sondern sehr viel weniger, nur 245 000 Thlr.; speziell repräsentirte die Fabrik nicht 195 000 Thlr., sondern nur 140 000 Thlr., es erhielten also die Käufer nicht das Kaufobject von demjenigen Werthe, wie sie glauben mußten nach den Angaben des Verkäufers. Und sie waren auch faktisch geschädigt, indem sie ihrerseits die volle Kaufsumme 200 Thlr. für eine Aktie bezahlten, dafür aber nicht entsprechend gleichwerthigen An-

theil an dem Vermögen von 300 000 Thln. gewannen. Es waren die Aktien so viel Prozent weniger werth, als die Provision auf die vollständige Summe von 300 000 Thln. ausmacht. Sie waren dann faktisch geschädigt, indem sie mehr bezahlten, als sie im Kaufobject zurück erhielten.

Es kommt hier hauptsächlich auf den Werth der Fehland'schen Fabrik an, die den größten Theil des Geschäftsvermögens bildete. Nun ist richtig, daß über ein solches gewerbliches Etablissement sehr verschiedene Werthtaxationen angenommen werden können, ohne daß man mit vollständiger Gewißheit sagen könnte, daß die eine oder andere falsch sei; unter Umständen wenigstens ist es möglich, die glücklicherweise hier nicht vorliegen. Meine Herren, wenn eine solche Fabrik längere oder kürzere Zeit, eine Reihe von Jahren bestanden hat, so treten ihrem materiellen Werthe gewisse ideelle Faktoren hinzu, die ihren Werth allerdings erheblich vergrößern können; so z. B. der Firmenwerth. Wenn eine Fabrik mehrere Jahre mit gutem Erfolge bestanden hat, so hat sie sich regelmäßig einen gewissen Ruf erworben, sie hat sich feste Verbindungen geknüpft, hat sich ein Absatzgebiet, hat Vertrauen beim Publikum erworben, und alle diese Faktoren sind sämmtlich geeignet, ihren ursprünglichen Werth sehr wesentlich zu erhöhen. Und zwar läßt sich der Firmenwerth schwer in Ziffern fassen und nachweisen. So z. B. lag die Sache in der neulich hier verhandelten Prozeßsache wegen der Wagenbau-Anstalt; es kam dort der Werth der Deicke'schen Fabrik in Frage; sie hatte einige 20 Jahre mit gutem Erfolge bestanden und hatte sich einen ziemlichen Ruf bereits erworben. Nun, meine Herren, wie liegt die Sache hier? Wie wir aus den Angaben Fehland's entnommen haben, hatte Fehland seine Fabrik im Herbst 1871 zu bauen angefangen, sie war theilweise vollendet im Frühjahr 1872, im März oder April demnächst in Betrieb gesetzt, die Erweiterungsbauten sollten eben noch fortgesetzt werden. Also von einem Firmenwerth kann hier nicht die Rede sein, wenn eine solche Fabrik noch nicht sehr lange bestanden hat. Aber auch, wenn sie nur die erste Probezeit überstanden hat, erhöht sich allerdings auch schon ihr Werth; es ist ja eine bekannte Thatsache, daß im ersten Jahre die Fabrik noch nicht mit vollem Gewinn arbeitet, weil die Maschinen noch nicht richtig gehen, die Arbeiter sich einarbeiten müssen, überhaupt die ganze Sache erst in Gang kommen muß, und es ist dies alles bei einem wenn auch nicht langem, so doch vielleicht einem Bestande von ein oder zwei Jahren mit zu berücksichtigen. Nun, meine Herren, auch diese Wertherhöhung kann hier entweder gar nicht, oder nur in geringem Maße in Frage kommen. Wie schon gesagt, Fehland hatte im Herbst 1871 seine Fabrik eingerichtet, im Frühjahr 1872 in Betrieb gesetzt, ein halbes Jahr bevor sie an die Aktiengesellschaft verkauft wurde. Sie war

auch nur theilweise damals schon in Betrieb gesetzt, die Erweiterungsbauten wurden noch fortgesetzt bis Oktober 1872; die Fabrik hatte also noch nicht dieses erste Probejahr überstanden, sie kam überhaupt in die Hände der Aktiengesellschaft, nachdem sie eben fertig gebaut war.

Es kann deshalb von solchen ideellen Faktoren noch nicht im Geringsten die Rede sein; es kann hier nur der materielle Werth in Frage kommen, den die Fabrik an und für sich hatte, ihre Grundstücke, Gebäude u. s. w. Es läßt sich dieser Werth zusammenfassen in derjenigen Summe, die die Gesellschaft etwa hätte aufwenden müssen, um sich eine solche Fabrik selbst einzurichten, natürlich in Rücksicht darauf, daß hier bei dem Ankaufe der Zinsverlust während der Bauperiode gespart wurde, und in Rücksicht darauf, daß Fehland für seine Arbeitskraft beim Bau entschädigt werden mußte.

Nun, meine Herren, die Anklage kann Ihnen auf Grund der Beweis- aufnahme sichere Ziffern an die Hand geben. Die Fabrik hatte gekostet 110 000 Thlr.; es haben dann längere Verkaufsverhandlungen stattgefunden zwischen den beiden Partheien, und es ist mit Rücksicht auf die Nebenumstände, die ich eben hervorgehoben habe, der Kaufpreis, dem Werth der Fabrik entsprechend, die Summe von 140 000 Thln. festgesetzt, und ich glaube, wir können dies als die höchste Summe annehmen, die damals die Fabrik im Werthe repräsentirte. Es würde Fehland die Fabrik nicht verkauft haben, wenn er nicht den vollen Werth bekommen hätte, den sie damals hatte. Ich mache hier auf eine Aeußerung des Angeeschuldigten Meyer aufmerksam: Fehland würde nur dann verkaufen, wenn er einen erheblichen Gewinn machte. Fehland kannte seine Fabrik gewiß am vollständigsten und genauesten und er wird nur verkauft haben, wenn er sie vollständig ersetzt bekam und auch noch einen erheblichen Gewinn dazu. Weshalb sollte er sie unter dem Werthe verkaufen? Etwa in der Absicht, sein Vermögen sicher anzulegen? Fehland mußte nach dem Kaufkontrakt einen ziemlich bedeutenden Theil der Kaufsumme in Aktien des Walzwerks annehmen, und die hat er für so wenig sicher gehalten, daß er kontraktlich verpflichtet werden mußte, sie im ersten Jahre nicht zu verkaufen. — Es konnte ihn etwa dann noch bewogen haben der Wunsch, eine gesicherte Ruhestellung sich zu verschaffen. Das trifft hier auch nicht zu. Die Stellung als Direktor ist doch nicht angenehmer, denn als alleiniger Eigenthümer. Als Eigenthümer hatte er allerdings die volle Verantwortlichkeit, aber er war sein eigener Herr; als Direktor hatte er mit seinem Mitdirektor zu verhandeln, mußte sich dem Aufsichtsrathe fügen und die Verantwortung für den Betrieb verblieb ihm doch fast in vollem Maße. Und, meine Herren, es ist zu berücksichtigen: Fehland stand damals im



besten Mannesalter, er hatte ein halbes Jahr vor dem Verkauf die Fabrik erst begründet; und wer eben erst noch Muth und Kraft in sich fühlte, ein derartiges Unternehmen zu begründen, der verkauft nicht ein Jahr nachher, wenn er nicht den vollen Werth erhält und daneben noch einen anständigen Gewinn. —

Ich glaube daher, daß man in dieser Taxation den vollen Werth der Fabrik sehen darf; es stimmt ja damit auch überein die Auslassung der Angeschuldigten und anderer Personen, die sie bei verschiedenen Gelegenheiten in der Voruntersuchung oder sonst geäußert haben. So z. B. hat der Angeschuldigte Haeusler in der Civilprozeßsache gegen die Creditanstalt selbst angegeben, es habe der Erwerbs- resp. Herstellungswerth der Fabrik 60 000 bis 80 000 Thlr. unter der Summe von 195 000 Thlrn. betragen. Es hat der Senator Wülbern, dessen verschiedene Schriften hier verlesen worden sind, sich dahin ausgesprochen, daß die Fabrik mit der Summe von 220 000 Thlrn. vollständig bezahlt sei — das heißt, die Fabrik und die Kontrakte, die Fehland mit übergab. Wülbern spricht sich dahin aus, daß hauptsächlich und wesentlich in Rücksicht auf diese Kontrakte die Kaufsumme in dieser Höhe normirt werden dürfe, und factisch ist ja dies geschehen, es ist nur später genau getrennt zwischen dem Vortheile, der aus den Kontrakten erwuchs und auf 75 000 Thlr. vermuthet wurde, und dem Kaufpreis für die Fabrik selbst, der auf 140 000 Thlr. festgesetzt wurde. Es bekam also Fehland nach diesem Kaufkontrakte die Summe von 215 000 Thlrn.

Meine Herren, um es kurz zu fassen: die Angeklagten behaupten ja, es haben die Aktionäre dennoch den vollen Werth dieser Aktien in dem Kauf erhalten; es haben die Angeklagten behauptet, die Fabrik habe dennoch den Werth von 195 000 Thlrn. repräsentirt, und die ganze Differenz zwischen der Anklage einerseits und den Angeklagten andererseits besteht darin, daß die Anklage den factischen, wirklich bestehenden Werth als vorhanden annimmt, die Angeklagten aber den Spekulationswerth. Es hat ja der Angeschuldigte Meyer hier selbst erklärt, es sei der wirkliche Werth damals nur auf 140 000 Thlr. zu bemessen gewesen, es sei aber von der Gesellschaft der Fabrik ein Spekulationswerth von 195 000 Thlrn. zugemessen. Nun, meine Herren, was ist denn Spekulationswerth? Nichts anderes, als der zukünftige Werth, der vielleicht eintreten kann, aber nicht mit Gewißheit eintritt. Z. B. der Kornspekulant giebt seine Vorräthe nicht zum gegenwärtigen Marktpreise ab, weil er ihnen einen Spekulationswerth beilegt, deshalb aber sind seine Vorräthe nicht einen Pfennig mehr werth, weil nicht feststeht, ob der Spekulationswerth künftig eintritt oder nicht. Und, meine Herren, hier wollen die Angeklagten beweisen, daß da-

malß im Oktober 1872 der wirklich vorhanden gewesene Werth der Fabrik sich auf 195 000 Thlr. belaufen hätte, und da dürfen sie keine zukünftigen Werthe in Rechnung stellen, um so weniger, als sie in diesem Falle niemals eingetreten sind, sondern eher das Gegentheil.

Und diesen Spekulationswerth hat auch der Sachverständige E l b e r s, der in diesem Punkte den Angeeschuldigten zustimmt, im Auge gehabt, als er hier sein Gutachten abgegeben hat. Es hat dieser Sachverständige hier erklärt, es sei ihm nicht gegenwärtig, er habe das allerdings früher gewußt, wieviel die Herstellungskosten dieser Fabrik betragen hätten; er berechnete sie nach den Prozenten, nach den Erträgen, die die Fabrik voraussichtlich nach den Calculationen, die damals gemacht seien, würde abgeworfen haben. Nun, meine Herren, also nach den Erträgen, die damals absolut nicht feststanden, die erst durch die Herbeischaffung des Kapitals herbeigeführt werden sollten, nach diesen Erträgen, die niemals vollständig eingetreten sind. Meine Herren, es war das also eine rein subjektive Spekulation, ein Werth, der etwa möglicherweise eintreten konnte — ich will gar nicht bestreiten, daß die Angeeschuldigten und E l b e r s bona fide gehandelt haben, aber ich muß entschieden bestreiten, daß dieser Spekulationswerth hier irgendwie in Frage kommen darf. Es handelt sich nur darum, welchen Werth die Fabrik damals im Oktober 1872 repräsentirte. Es kann ja auch der Käufer dem Verkäufer den Spekulationswerth nicht bezahlen; die Käufer haben ihn in diesem Falle hier nicht bezahlt, weil ja dann der Käufer seines ganzen Vortheils aus dem Kaufpreis verlustig gehen würde; er würde die Vortheile, die er in Zukunft zu machen hoffte, auf den Käufer übertragen und deshalb konnten die Angeklagten den Kaufpreis nur auf 140 000 Thlr. normiren. Es haben ja mehrfache Verhandlungen stattgefunden, sie haben höhere Forderungen Fehland's abgelehnt. Wäre wirklich ein so hoher Werth von mehr als 140 000 Thlrn. damals vorhanden gewesen, dann würden sie ohne Zweifel meines Erachtens Fehland die volle geforderte Kaufsumme bewilligt haben. Meine Herren, das scheint mir doch klar zu sein, daß die Angeeschuldigten ihren Hauptvortheil nicht in dem Betrieb der Fabrik gesucht haben, sondern in der Provision; die wurde doch realisirt, ob sie ein paar Tausend Thaler mehr an Fehland zahlten oder nicht; und wäre der Werth höher gewesen als 140 000 Thlr., so würden sie sich keinen Augenblick besonnen haben, diesen Werth zu bezahlen. Das haben sie nicht gethan und damit auf das Klarste an den Tag gelegt, daß sie dafür gehalten haben, es sei der damalige Werth nicht höher zu bemessen, als gerade auf diese Summe.

Die Anklage hat sich übrigens noch auf das Gutachten des Herrn W i l k e berufen, der als Sachverständiger vernommen ist. Er hat in der

Voruntersuchung angegeben, daß er den Werth auch nur auf 140 000 Thlr. bemessen könne; er hat noch Einiges speziell hier angegeben, er hat dann aber hier bei der öffentlichen Verhandlung erklärt, er fühle sich nicht sicher genug, sein Gutachten hier abzugeben, er fühle sich nicht vollständig kompetent. Es hat mich das durchaus nicht überrascht und ich verdenke es ihm nicht im mindesten; es liegt ja auf der Hand, daß in solchen Fällen Sachverständige nicht vollständig frei und ohne Rücksicht aussagen können. Aus welchen Kreisen muß man denn die Sachverständigen wählen? Aus dem nicht gerade großen Kreise der Großindustriellen und Kapitalisten, denen alles lieber ist, als daß irgendwie die Angeeschuldigten hier schlecht fahren; und ich verdenke es den Herren durchaus nicht, wenn sie irgend welche Gründe haben, ihr Gutachten ablehnen zu können, es zu thun. Ich behaupte durchaus nicht, daß Wilke faktisch im Stande gewesen sei, sein Gutachten abzugeben; es ist richtiger, daß ein derartiger Sachverständiger, wenn er sich nicht sicher fühlt, sein Gutachten ablehnt; aber ich kann andererseits auch durchaus nichts Auffallendes in der Ablehnung finden und am wenigsten etwa eine Bestätigung der Ansichten der Angeeschuldigten. Ich glaube deshalb, daß die Anklage das Gutachten des Herrn Wilke durchaus nicht nöthig hat, sondern daß sie auch mit den anderen Ziffern, die an die Hand gegeben sind, den Werth der Fabrik vollständig nachweisen kann, und daß dieser Werth sich nicht höher als 140 000 Thlr. damals bemessen hat.

Ist das aber richtig, dann allerdings wurden die Aktionäre durch den Ankauf der Aktien geschädigt, denn dann war die Fabrik nicht 195 000 Thlr. werth, wie es erforderlich sein würde, wenn man den Werth von 300 000 Thlrn. heraus bekommen wollte, sondern es belief sich das Gesellschaftsvermögen nur auf eine Summe von 245 000 Thlrn., und dann waren die Aktientäuser in dem Kaufe geschädigt; sie erhielten ein geringwerthigeres Objekt und ein solches, welches den Werth ihres Kaufpreises nicht erreichte.

Es ist ferner erforderlich, daß diese Vermögensschädigung gerade in Folge des Irrthums eintrat, der im fraglichen Falle erregt ist, und auch das trifft meines Erachtens zu. Es ist in der Anklage behauptet, daß gerade in Folge des Irrthums über Kaufpreis und Provision, in den die Aktionäre verfallen seien, sie gezeichnet haben; mit anderen Worten, daß sie nicht gezeichnet haben würden, wenn sie von vornherein die volle Wahrheit gewußt hätten. Es haben ja nun die Aktionäre sich hier zum größten Theil mit Bestimmtheit ausgesprochen. Einer hat allerdings erklärt, er wolle das nicht als Thatfache versichern, daß er nicht gezeichnet hätte, wenn er die Zahlen gewußt hätte, er glaubte es aber mit aller Bestimmtheit als

Vermuthung aufstellen zu können. Nun, meine Herren, es ist ja überhaupt bei diesem Vergehen natürlich, daß über diesen Punkt die Zeugen niemals in Form einer Thatfache, sondern nur in Form einer Vermuthung sich aussprechen können, eben weil sie die Reflexion sich damals in den seltensten Fällen gemacht haben werden. Derjenige, der in Folge eines Irrthums sich zu irgend einer Handlung bewegen läßt, weiß in dem Augenblicke die Wahrheit nicht, und er kann also in dem Augenblicke sich keine Vorstellung darüber machen, wie er handeln würde, wenn er die Wahrheit kannte; und wenn deshalb solche Leute später aussagen sollen, wie sie gehandelt haben würden, wenn sie die Wahrheit gekannt hätten, dann können sie das nicht als Thatfache hinstellen, daß sie thatsächlich nicht gezeichnet haben würden, sondern sie können immer nur in Form einer Vermuthung sprechen. Das ist nicht allein hier, sondern in jedem Falle des Betruges, und es ist ja allerdings gerade deshalb bei dieser Frage, ob man annehmen könne, daß die Schädigung eine Folge der Erregung des Irrthums sei, diese Aussage nicht allein und ausschließlich ins Auge zu fassen, sondern hauptsächlich die begleitenden Umstände, die ganze Sachlage; und aus diesen begleitenden Umständen heraus ist die Frage zu beantworten, ob man wirklich annehmen kann, daß die Leute so gehandelt hätten, wie sie aussagen. Meine Herren, ich glaube, daß diese begleitenden Umstände hier allerdings die Aussagen der Zeugen jedem Zweifel entziehen. Die Provision betrug 55 000 Thlr.,  $18\frac{1}{3}\%$  des gesammten Grundkapitals; ich glaube, es würden die meisten, wenigstens die Leute, die wir hier als Aktionäre vernommen haben, sich besonnen haben, sich an einem solchen Unternehmen zu betheiligen, bei dem die Organisation schon diese kolossale Summe verschlungen hatte, bei dem also das vorhandene arbeitende Kapital aus sich selbst noch über ein Fünftel seines Werthes verzinzen mußte. Das haben die Aktionäre hier mit Bestimmtheit erklärt, und ich glaube, es ist ihren Aussagen Glauben zu schenken.

Wir haben ja allerdings gehört, daß der Zeuge und Sachverständige Elvers gesagt hat, daß er in voller Kenntniß der begleitenden Umstände, namentlich der höheren Provision, dennoch gezeichnet hat. Nun, meine Herren, das giebt meines Erachtens nicht den Ausschlag. Einmal ließ sich nicht läugnen, daß für das erste Jahr gute Aussichten bestanden in Folge der Kontrakte, die Fehland abgeschlossen hatte, in Folge der hohen Preise für Fabrikate; es waren für dieses erste Jahr ja, was Niemand bestreiten kann, ausgezeichnete Aussichten, und ich will deshalb sehr gern glauben, daß Elvers damals in voller Kenntniß von den anderen Thatumständen, also von einer größeren Provision, gezeichnet hat, wie ich gar nicht bestreiten will, daß die anderen von vornherein die Absicht gehabt haben, ihre

Aktien zu behalten, — es beweist das aber nicht, daß sie überhaupt die Aktien als sichere, gute Kapitalanlage betrachteten. Und, meine Herren, wenn Herr Elvers gezeichnet hat unter voller Kenntniß der Umstände, so scheint mir das eine besondere Kühnheit und Zuversicht zu diesem Unternehmen, die man als Ausnahme betrachten darf; wenn die anderen Zeugen behaupten, daß sie unter solchen Umständen nie die Kühnheit gehabt hätten, zu zeichnen, so kann man doch diesen Aussagen vollständigen Glauben schenken.

Meine Herren, ich bitte, gerade bei dieser Frage das Erkenntniß des Reichsoberhandelsgerichts gegen den Bankier Abel zu berücksichtigen, in welchem es sich über den Einfluß der Kenntniß der Provision auf die Willensmeinung der Käufer ausführlich ausgesprochen hat. Es handelte sich in der Prozeßsache um die Gründung einer Aktiengesellschaft, die mit einem Grundkapital von 2 Mill. Thln. damals gegründet wurde. Es wurden dafür Fabriken zu dem nominellen Kaufpreis von 1 250 000 Thln. angekauft und es war in dieser Summe eine Provision von 150 000 Thln. inbegriffen. Es haben darauf die Aktienkäufer, als sie Kenntniß von dieser Provision erlangt hatten, eine Zivilklage angestellt; sie sind abgewiesen worden deshalb, weil das Reichsoberhandelsgericht angenommen hatte, daß die Kenntniß dieser Provision nicht entschließend auf die Aktionäre habe einwirken können. Aber es ist nicht der Ausgang der Prozeßsache, der hier in Frage kommt, sondern die leitenden Grundsätze, die maßgebend gewesen sind, und die sprechen vollständig für die Anklage. Es spricht sich dieses Erkenntniß in ganz ähnlicher Weise aus wie hier die Anklage; es heißt dort: „Jemand kann sehr wohl sich durch die Thatsache eines geringen Gründergewinnes zum Kaufe haben bestimmen lassen, während er bei Kenntniß, daß ein viel größerer auf dem Unternehmen liege, unbedingt von dem Geschäfte abgestanden sein würde.“

Nun, meine Herren, das ist eben die Anschauung, die der ganzen Anklage zu Grunde liegt, daß die Aktionäre allerdings, wenn sie annahmen, daß die Provision eine geringe war, gezeichnet haben würden, wie sie faktisch gezeichnet haben; daß sie aber, wenn sie gewußt hätten, daß die Provision eine bedeutend größere sei, nicht gezeichnet haben würden; daß man annehmen kann, daß die Leute, die in der Annahme von einer geringeren Provision gezeichnet haben, entschieden nicht gezeichnet haben würden, wenn sie die größere gekannt hätten. Das ist die Anschauung, welche dieser Anklage zu Grunde liegt.

Es heißt dann weiter in dem Erkenntniß: „Von einem Rescissionskläger kann nun allerdings nicht der besondere Nachweis der Einwirkung einer bestimmten Thatsache auf seinen Entschluß gefordert werden. Viel-

mehr genügt die Darlegung einer unrichtig dargestellten Thatfache, welche für den Beschluß eines sorgfältigen Mannes von Erheblichkeit zu sein pflegt. Es kann ferner, wenn auch dem Rescissionskläger nicht zuzumuthen ist, den Beweis zu führen, daß er nicht doch die Aktien auch bei richtiger Vorstellung in Betreff der nunmehr geschilderten Verhältnisse gekauft haben würde, und wenn auch selbst die Möglichkeit, daß dieses doch geschehen sein würde, juristisch nicht erheblich ist, die Differenz zwischen dem wirklichen und dem geschilderten Verhältnisse nicht außer Betracht bleiben. Hier besteht die Differenz darin, daß der Gründergewinn nicht bloß zu Lasten der Aktionäre 5%, sondern außerdem noch zu Lasten der Aktiengesellschaft  $7\frac{1}{2}\%$  betragen solle. Die Kenntniß des wahren Gründergewinnes hätte also nach dem klägerischen Kalkül die Aktien nicht 100, sondern  $92\frac{1}{2}\%$  werth erscheinen lassen. Dagegen erscheint die Summe von 150 000 Thln. bei einem Kapitale von 2 000 000 Thln. nicht erheblich genug, um ohne besondere thatsächliche Unterlage die Annahme zu rechtfertigen, daß das Unternehmen durch Belastung mit demselben an der Wurzel geschädigt sein würde. Dagegen sprach die unbestrittene Thatfache, daß die Aktien des gedachten Unternehmens einen Cours zwischen 50 und 60% behauptet, und in den Jahren 1872, 1873, 1874 eine Dividende von 7%, 6% und  $7\frac{1}{2}\%$  ergeben haben.“

Dann kommt zuletzt ein Schluppassus: „Bei der Stimmung, welche zur kritischen Zeit in denjenigen Kreisen herrschte, in welchen nur emittirte Aktien von Industrie-Aktiengesellschaften mit Agio Aufnahme fanden, kann eine Differenz von 150 000 Thln. bei einem Aktienkapital von 2 Millionen Thalern nicht ohne Weiteres als für die Willensbestimmung Ausschlag gebend angesehen werden.“

Nun, meine Herren, Sie sehen, daß gerade das Reichsoberhandelsgericht in solchen Sachen auf die Höhe der Provision ein ganz ausschlaggebendes Gewicht legt. Wie sind denn nun die Verhältnisse in jenem Fall und hier in unserem? Meine Herren, in diesem Fall, in welchem die Klage vom Reichsoberhandelsgericht abgewiesen ist gerade auf Grund der Annahme, daß die Kenntniß von der Provision die Kläger nicht würde von der Zeichnung zurückgehalten haben, machte die Provision einen Prozentsatz von  $7\frac{1}{2}\%$  aus und hat die Aktiengesellschaft im schlechtesten Jahre noch mit einem ziemlichen Erfolg bestanden. In unserem Falle macht aber die Provision  $18\frac{1}{3}\%$  aus und die Aktiengesellschaft ist nach 2- oder  $2\frac{1}{2}$  jährigem Bestande mit Verlust des ganzen Aktienkapitals in Konkurs gerathen; und wenn ich auch nicht behaupten will, daß die Provision ausschließlich diesen Untergang herbeigeführt hat, wenn sich das auch nicht mathematisch nachweisen läßt, so wird sich doch nicht läugnen lassen, daß zu diesem Untergang,

den gerade die Kreditlosigkeit der Gesellschaft herbeiführte, die Entnahme der Provision von 55 000 Thln. wesentlich mit beigetragen hat. Ich glaube, daß dieselben Richter, die in dem Civilprozeß in Rücksicht auf den Betrag der Provision die Klage zurückgewiesen haben, hier in unserer Sache der festen Behauptung der Aktionäre, daß sie nicht gezeichnet haben würden, wenn sie den Betrag gekannt hätten, Glauben schenken würden, und ich glaube daher, daß auch die Herren Richter der Aussage dieser fünf Zeugen, auf die es ja hier ankommt, Glauben schenken werden, so daß man also annehmen muß, es würden diese Leute nicht gezeichnet haben, wenn sie die Wahrheit gekannt hätten.

Es ist ferner erforderlich zum Thatbestand des Betruges, daß alle diese Manipulationen — Erregung des Irrthums u. s. w. — zu dem Zwecke vorgenommen seien, um sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen; es muß also dieses Sich-Verschaffen eines rechtswidrigen Vorteils der Schlußpunkt des ganzen Unternehmens sein. Nun scheint es ja allerdings hier äußerlich, als hätten die Angeeschuldigten bereits den Vorteil gehabt, als sie den Prospekt erließen. Aber selbstverständlich waren diese Provisionsaktien, die sie umsonst erhalten hatten, erst dann ein Vorteil für sie, als neue Aktionäre hinzutraten. Denn bis dahin war es natürlich vollständig gleichgültig, ob sie sie umsonst erhielten oder Beträge darauf einzahlten; zahlten sie sie ein, so wuchsen die Beträge ihrem Vermögen wieder zu; zahlten sie sie nicht, so behielten sie sie in ihrem Privatvermögen. Ein Vorteil erwuchs erst, als andere Aktionäre hinzutraten, als also das Gesellschaftsvermögen sich nicht mehr aus Vermögensstücken zusammensetzte, die aus ihrem eigenen Vermögen stammten, sondern sich zum größten Theil aus fremden Vermögensstücken bildete. Weil eben diese Provision als Vermögensvorteil anzusehen ist, so sind alle diese Handlungen immer zu dem Zwecke vorgenommen, sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen.

Es ist zum Thatbestand des Betruges dann erforderlich, daß dieser Vermögensvorteil ein rechtswidriger sei. Der Begriff der Rechtswidrigkeit kehrt ja an mehreren Stellen des Reichsstrafgesetzbuchs wieder, z. B. bei der rechtswidrigen Aneignung einer Sache, Diebstahl, Unterschlagung u. s. w. Er ist ein rechtswidriger, wenn es ihm an einem rechtfertigenden Grunde fehlt, und dieser rechtfertigende Grund kann nur bestehen entweder in einem zustehenden Recht oder in dem Willen des Gewährenden. Beide überhaupt nur mögliche Gründe fehlen hier. Die Provision wurde faktisch gezahlt von den neu hinzutretenden Aktionären; daß sie damals nicht den Willen gehabt haben, sie zu gewähren, haben sie hier erklärt, — sie haben nur im Irrthum gezeichnet, sie wollten eine derartige Provision nicht gewähren. Ebenso wenig kann den Angeeschuldigten ein Recht darauf zugestanden haben. Es

hat ja allerdings die Anklage natürlich anerkannt, daß ein Recht überhaupt auf eine Provision vorhanden sei, aber ein Recht auf eine angemessene Provision und eine solche Provision, wie sie hier genommen ist ohne den Willen der Aktionäre, kann nie als eine angemessene Provision bezeichnet werden. Welches ist der Rechtsgrund für die Provision? Fragen wir die Angeeschuldigten, so weisen sie hin auf das besondere Gründerrisiko, das sie bei Bildung dieser Gesellschaft übernommen haben wollen; dafür soll ihre Provision gezahlt sein. Wie verhält es sich mit diesem besonderen Gründerrisiko? Die Angeeschuldigten konstituirten sich als Aktiengesellschaft und kauften auf ihre alleinige Rechnung die Fehland'sche Fabrik; sie übernahmen es also damit, das Betriebskapital für diese Fabrik zu stellen, sie im Gange zu erhalten, und wenn das ganze Unternehmen dem Plan gemäß ausgeführt wurde, blieben sie auch dann mit einem ziemlich bedeutenden Kapital dabei interessiert; es wurden nur 160 000 Thlr. Aktien emittirt, der Rest blieb also ihr Vermögen und blieb in der Fabrik stecken. Und wenn das Unternehmen ganz schlimm geworden wäre im Sinne der Angeklagten, dann behielten sie allein und ausschließlich für sich diese Fabrik, sie blieben daran hängen, sie mußten dann als Eigenthümer die Fabrik auf eigene Rechnung und Gefahr weiter treiben. Meine Herren, das ist ja nicht zu läugnen, es ist ein ziemlich bedeutendes Risiko, was die Angeeschuldigten übernommen haben. Man könnte die Frage berühren, ob es überhaupt ein nothwendiges Risiko war, ob nicht die Unternehmer die Aktien emittiren konnten; — aber das nur nebenbei, ich will das nicht betonen, ich will mich daran halten, daß sie es faktisch übernommen haben; darin lag ja allerdings ein sehr bedeutendes Risiko für die Kapitalien, welche sie bei diesem Unternehmen engagirt hatten. Denn es ist ja bekannt, daß solche Unternehmungen für die Unternehmer ein besonders hohes Risiko mit sich bringen. Es liegt darin, daß verfehlte Spekulationen, die ja unvermeidlich damit verbunden sind, gefährliche Konkurrenz, schlechter Betrieb u. s. w., enorme Nachtheile bringen; auch kann man hindeuten auf entfernter liegende Unglücksfälle, Brand und dergleichen, die leicht eintreten können, die auf lange Zeit hinaus den Betrieb stören und große Nachtheile mit sich führen. Diesem bedeutend hohen Risiko steht ja eine besonders hohe Ertragsfähigkeit gegenüber. Es ist der Ertrag solcher Unternehmungen, gehen sie gut, ein verhältnißmäßig weit höherer als bei anderen Unternehmungen; das ist das Äquivalent für das übernommene Risiko. Dieses Risiko übernahmen auch die Angeeschuldigten ohne jede Bedingung, sie mußten gewärtig sein, dies Risiko auf lange, wenn die Zeichnungen nicht glücklich von statten gingen, für sich zu behalten. Aber, meine Herren, ist denn das ein besonderes Gründerrisiko? und das muß ich eben bestreiten!



Der einzelne Aktionär übernimmt ja ganz genau dasselbe Risiko. Haben denn diese Personen Sicherheit dagegen, daß sie Schäden aus gefährlicher Konkurrenz, Betriebsstörungen, besonderen Unglücksfällen u. s. w. nicht treffen können? und hat darauf der einzelne Unternehmer, also der Aktionär, jemals zu seinem Antheil den Anspruch auf eine Provision gestützt? Finden denn diese Leute nicht natürlich den Entgelt für dieses hohe Risiko darin, daß die Kapitalien, die sie diesem Risiko aussetzen, auch eine erhöhte Ertragsfähigkeit gewinnen, die einfach in den Dividenden, in den Erträgen von ihren Kapitalien liegt? Und dieses Aequivalent, meine Herren, bekommen ja auch die Gründer unbestritten und unangefochten, wenn sie Aktionäre bleiben; sie bekommen es als Dividende, wie es auch hier die Angeschuldigten bezogen haben. Ziehen sie ihre Kapitalien heraus, verkaufen sie die Aktien, so bekommen sie den Ersatz für die Zwischenzeit in dem Agio, was die Angeschuldigten auch hier erhalten haben. Wollen aber die Angeschuldigten ein besonderes Recht auf Vergütung nachweisen, dann müssen sie auch ein besonderes Risiko nachweisen, und das, meine Herren, muß ich entschieden bestreiten, das existirt nicht; der einzelne Unternehmer, also der Aktionär, übernimmt ganz genau dasselbe Risiko. Es ist das eine Behauptung, die die Gründer zu ihrer Rechtfertigung allerdings häufig oder regelmäßig vorbringen, deren Wahrheit aber ich ganz entschieden bestreiten muß. Man weist vielleicht hin auf die Höhe der Kapitalien. Nun, meine Herren, mit der Höhe korrespondirt ja auch der Gewinn, der dem Eigenthümer zufällt. Der einzelne Unternehmer riskirt häufig sein ganzes Vermögen bei der Einrichtung seines Unternehmens, und ich möchte wohl wissen, wenn etwa ein Aktionär sämtliche Aktien gezeichnet hätte und nur verlangt hätte, für dieses besonders große Risiko eine Provision zu erhalten, ob die Angeklagten ihn nicht einfach darauf hingewiesen hätten, daß, indem er dieses große Kapital nahm, er bei weitem den größten Antheil an den Erträgen für sich gewann und also das Risiko vollständig ersetzt erhielt.

Nun, meine Herren, wenn also die Angeklagten ein besonderes Risiko nicht nachweisen können, so existirt auch ein Recht auf besondere Vergütung für das Risiko nicht. Es ist hier festzuhalten, daß es sich hier nur um ein Recht auf solche Provision handelt; wollten sie eine Provision fordern, so könnten sie eine Million fordern, und es würde Niemand den Vortheil einen rechtswidrigen nennen, wenn der Wille des Gewährenden vorhanden war, hier aber haben sie die Provision einfach genommen, und wenn der Wille des Gewährenden nicht vorhanden war, so müssen sie einen rechtfertigenden Grund nachweisen, und das können sie auf Grund dieses Risikos nie und nimmer. Der rechtfertigende Grund ist einfach, daß sie sich einer gewissen Mühwaltung unterzogen haben, daß sie das ganze Unternehmen

arrangirt, die Kaufverhandlungen eingeleitet und durchgeführt haben; das sind allerdings Mühwaltung, für die sie eine Entschädigung verlangen können. Es traten die Neuen hinzu ohne irgend welche Mühe, sie hatten den Eintritt ohne besondere Mühe, und dafür waren sie allerdings verpflichtet, die Gründer, die dieser Mühe sich unterzogen hatten, zu entschädigen. Das, meine Herren, ist der einzige Grund, mit dem man eine solche Provision rechtfertigen kann, und ich glaube denn doch, dafür ist eine Provision von 55 000 Thln. — das ist also über ein Sechstel des gesammten Grundvermögens — nie und nimmer als eine angemessene zu betrachten. Und, meine Herren, wollen Sie über diese Frage Sachverständige haben, — ich kann Ihnen die ganze Geschäftswelt vorführen! Es ist ja diese Provision bekanntlich eine Erfindung der sogenannten Gründerperiode, also der Jahre 1870 bis 1872; niemals vorher sind derartige Provisionen gefordert. Die Vortheile bestanden früher darin, daß die Unternehmer sich einen großen Theil der Aktien sicherten und die übrigen mit entsprechendem Aufschlag weitergaben; die Provision ist ein weiterer Vortheil, der erst in der Gründerperiode eintrat. Nun, meine Herren, diese Vortheile, die in den früheren Jahren für angemessen gehalten sind, waren es auch in den Jahren 1870, 1871 und 1872 im Wesentlichen noch. Es ist in keiner Weise nachzuweisen, daß eine Steigerung der Entschädigung in solchem Maßstabe, wie sie stattgefunden hat, irgendwie durch die Umstände gerechtfertigt wäre.

Meine Herren, können aber die Angeklagten ein Recht nicht nachweisen, können sie sich außerdem auf den Willen der Gewährenden nicht berufen, dann ist es ein rechtswidriger Vortheil, wie er zum Thatbestande des Betruges nothwendig ist, und ich bitte, diesen Vortheil in der Weise zu qualifiziren, wie die Anklage es gethan hat.

Ich erlaube mir nun auf die Frage einzugehen, in wiefern die Angeklagten als Mitthäter an diesem Vergehen zu behandeln seien. Ich erlaube mir hier eine allgemeine Bemerkung voranzuschicken. Es ist den Angeklagten nicht zur Last gelegt, daß sie jeder für sich das Vergehen des Betruges begangen haben, und da ist bekanntlich nicht erforderlich, daß jeder den vollen Thatbestand des Betruges vornimmt; es ist nur nothwendig, daß alle zusammenwirken und in gemeinschaftlichem Verkehr handeln und daß in irgend einer Weise ein jeder sich an der Ausübung des Unternehmens theiligt. Und das, meine Herren, ist ja nach den Angaben der Angeschuldigten selbst hier geschehen. Wir müssen uns ja hier auf die Angaben der Angeklagten allein verlassen, und danach haben sie sich, zumeist wenigstens, bei dem Prospekt und der Provision, um die es sich handelt, theiligt. Was dagegen die Angeschuldigten Haessler, Benndorf und Meyer betrifft, so haben sie angegeben, daß sie den Prospekt von vorn-

herein gekannt hätten, auch die Provision; sie wollten allerdings nicht alle bei dem Erlaß des Prospektes mitgewirkt haben, es ist das gleichgültig. — Die Angeschuldigten Kunde, Wolf und Uhl behaupten allerdings, sie haben ihn erst nach dessen Erscheinen gelesen. Es würden also diese Angeklagten eventuell durch Unterdrückung wahrer Thatfachen an dem Betrüge mitgewirkt haben. Es besteht ja allerdings nicht im Allgemeinen das Recht auf Wahrheit in dem Sinne, daß jeder durch positives Handeln den Betrug eines anderen aufzuklären verpflichtet wäre; hier aber bestand allerdings eine solche Verpflichtung; sie lag darin, daß sie als Mitverkäufer auftraten, ferner in ihrem Verhältniß als Mandanten gegenüber der Creditanstalt als Mandatarin, als Zeichenstelle. Machte diese unrichtige Angaben im Prospekte, so waren allerdings die Angeschuldigten verpflichtet, die Unwahrheit aufzuklären, und haben sie das nicht gethan, so haben sie sich rechtlich dafür verantwortlich gemacht. — Es hat ferner Herr Salomon angegeben, daß er den Prospekt allerdings vor seinem Erscheinen schon gelesen habe, es sei das im November gewesen; bei seiner nächsten Anwesenheit ist ihm die Provision mitgetheilt. Er hat also damals schon von allen Thatumständen Kenntniß gehabt und alles gebilligt. — Der Angeschuldigte Koch hat angegeben, daß er acht Tage nach Veröffentlichung des Prospektes diesen gelesen habe; er hat mindestens nichts dafür gethan, den Irrthum aufzuklären. Die Provision allerdings will er nicht gekannt haben; ich stelle es vollständig in das Ermessen der Herren, ob sie dieser Angabe Glauben schenken. Es würde ja allerdings eine Kenntniß von der Provision erforderlich sein, um die dolose Begünstigung der Irrthums-erregung auf Seiten dieses Angeschuldigten anzunehmen. — Fehland allerdings ist nicht erschienen, und es kann hier nur als erwiesen angenommen werden, daß er die Provision allerdings gekannt hat. Ich glaube, daß auch dieser Angeschuldigte als Mitthäter zu verurtheilen sein wird; und ich möchte — zugleich auch in Betreff aller übrigen Angeschuldigten — auf den Umstand hinweisen, daß ja ein Mittel der Täuschung von vornherein fabrizirt ist von sämmtlichen, daß also die Angeschuldigten von vornherein eine Täuschung beabsichtigt haben: es haben alle Angeklagten den Kaufvertrag mit Fehland entweder selbst abgeschlossen oder genehmigt, es war darin die Kaufsumme fälschlich angegeben, und wie man aus dem ganzen Verfahren entnehmen kann, war dieser Kaufvertrag für den Fall so abgeschlossen, daß sich die Aktionäre über den Kaufpreis vergewissern wollten. Es ist dabei vollständig gleichgültig, ob gerade durch dieses Mittel der Irrthum erregt ist oder nachher durch den Prospekt, und ich glaube deshalb, daß die sämmtlichen Angeschuldigten als Mitthäter zu behandeln sein werden.

Was den zweiten Theil der Anklage betrifft, so kann ich mich in vielen Punkten auf das bereits Vorgetragene berufen. Es sind hier Salomon, Fehland, Meyer und Koch angeklagt, durch die Bilanz, die vom 31. Dezember 1873 datirt ist, einen Betrug begangen zu haben einem bestimmten Kreis von Geschäftsleuten gegenüber. Es ist behauptet, daß unrichtige Werthe eingestellt wären, und daß durch die Vorpiegelung unwahrer Thatfachen, als sei eine Ueberbilanz am 31. Dezember 1873 vorhanden gewesen, in diesen Geschäftsleuten der Irrthum erregt sei, als habe man es mit einer zahlungsfähigen Gesellschaft zu thun, der man Credit gewähren könne. Diese falschen Angaben sollen diejenigen sein, daß die Fabrik mit 195 000 Thln. beziffert sei, und daß die Materialien ebenfalls zu höheren Werthen, nämlich nicht zu dem Marktpreise, den die Anklage als maßgebend annimmt, eingestellt seien.

Ich will hier eine kurze Bemerkung voranschicken. Es ist ja allerdings dieses Vergehen der falschen Aufstellung der Bilanz speziell im Handelsgesetzbuch vorgesehen. Es behauptet aber hier die Anklage, daß der Zweck der Angeklagten weiter gegangen sei, daß die Verschleierung nicht Selbstzweck gewesen sei, sondern sich Credit in den Geschäftskreisen zu verschaffen, und dieser weitergehende Zweck soll es gewesen sein, der die Handlung zum Betrüge stempelte. Es ist nun allerdings hier zum richtigen Verständniß erforderlich, die gesammte Lage ins Auge zu fassen, und ich kann mich hier wesentlich auf die Anklage berufen; es sind sämmtliche Behauptungen in der Beweisaufnahme als erwiesen hingestellt. Es geht daraus hervor, daß die Gesellschaft am Schlusse des Jahres 1873 Credit gebrauchte, daß sie sich nicht mehr mit eigenen Mitteln halten konnte, und es ist nach Ansicht der Anklage die Bilanz gerade zu dem Zweck in der Weise aufgestellt, um der Gesellschaft Credit zu verschaffen.

Was die Angaben in Betreff der Fabrik betrifft, so kann ich mich auf das berufen, was ich bereits über den Werth angegeben habe; es betrug der wirkliche Kaufpreis 140 000 Thlr. und ebenso war der Werth der Fabrik auf diese Summe zu beziffern. Ich will nur noch kurz eine Bemerkung machen über das Gutachten des Sachverständigen Meyer. Es hat ja dieser sich dahin ausgesprochen, daß die Fabrik zum Kaufpreis von 195 000 Thln. in die Bilanz einzustellen gewesen sei; es ist aber dabei vorauszusetzen, daß dieser Preis der ernstlich gemeinte gewesen sein, daß der Preis dem Werth entsprechend normirt gewesen sei. Das behauptet die Anklage, und glaubt es nachgewiesen zu haben, daß es hier nicht der Fall war und nur unter der Bedingung kann der Erwerbspreis als maßgebend angesehen werden, wenn er ernstlich gemeint ist. Ob aber hier ein fingirter Kaufpreis vorgelegen hat oder nicht, ist eine juristische Frage, und

das Gutachten des Herrn Commerzienraths Meyer kann nur unter der Bedingung gelten, daß der Kaufpreis ein ernstlich gemeinter gewesen wäre.

Was den zweiten Punkt, den Punkt der Materialien, anbetrifft, so hat die Anklage verlangt, daß die Materialien zum damaligen Marktpreise in die Bilanz einzustellen gewesen seien. Es wird hier entscheiden der §. 31 des Handelsgesetzbuches, in welchem vorgeschrieben ist: „Bei der Aufnahme des Inventars und der Bilanz sind sämmtliche Vermögensstücke und Forderungen nach dem Werthe anzusetzen, welcher ihnen zur Zeit der Aufnahme beizulegen ist.“

Meine Herren, die Bilanz bezweckt ja bekanntlich eine möglichst zuverlässige Uebersicht über das Vermögen des Kaufmanns zu gewähren und dazu ist erforderlich, daß alle diejenigen Werthangaben, die in die Bilanz aufgenommen waren, sich auf objektive Thatfachen stützen. Das Reichsoberhandelsgericht sagt über diesen Punkt: „Unter dem als maßgebend für die Bilanz zu ermittelnden gegenwärtigen Werthe ist aber überall der allgemeine Verkaufswerth im Gegensatz zu einem nur auf willkürliches subjectives Ermessen oder auf bloße Speculation zurückzuführenden Werthanschläge zu verstehen, da die Bilanz der objectiven Wahrheit der wirklichen Vermögenslage entsprechen soll, woraus folgt, daß Vermögensbestandtheile (Activa oder Passiva), die einen Markt- oder Börsenpreis (Cours) haben, der Regel nach zu einem hieraus sich ergebenden Werthe in die Bilanz einzustellen sind, während für andere Vermögensbestandtheile deren gegenwärtiger objektiver Werth auf sonstige Weise zu ermitteln ist.“

Meine Herren, die Materialien, um die es sich handelt, hatten einen Marktpreis, und daß dieser nicht innegehalten ist, haben die Angeeschuldigten selbst eingeräumt. Es geht das auch hervor aus dem Gutachten derjenigen Sachverständigen, die die Angeklagten selbst vorgeschlagen haben, Selwig und Reidemeister. Diese haben konstatirt, daß es allerdings in Braunschweig keinen Marktpreis giebt; das ist auch nicht erforderlich. Es ergibt sich hier eine Differenz, wenn auch nicht so hoch, wie in der Anklage behauptet ist, so doch immerhin eine Differenz von 10 bis 15% bei den einzelnen Posten, und es würde die Korrektur dieser Differenz schon die Unterbilanz erwiesen haben; ich beziehe mich auf das Gutachten dieser beiden Herren. Es war also der Marktpreis zunächst hier nicht eingestellt.

Nun ist ja allerdings richtig, daß nicht unter allen Umständen der Marktpreis maßgebend ist; es können solche Materialien und überhaupt Vermögensstücke dann zu einem höheren als dem Marktpreis eingestellt werden, wenn auf objektiv feststehende Thatfachen sich eine solche Annahme stützen läßt. Meine Herren, das ist eben der Punkt, worin die Angeklagten hier gefehlt haben; solche objektiv feststehende Thatfachen waren nicht vorhanden. Die Angeeschuldigten haben gesagt, daß sie den Werth der Mate-

rialien so rechtfertigen wollten, daß sie den Werth der Fabrikate, die im nächsten Jahre 1874 zu fabriziren gewesen wären, ins Auge gefaßt und unter Berücksichtigung dieses Werthes nach Abzug der Produktionskosten den Werth der Materialien festgesetzt hätten. Sie haben also nicht mit objektiv feststehenden Thatfachen gerechnet, sondern mit rein subjektiven Spekulationen. Das will ich allerdings anerkennen, daß der Preis, zu dem die fertig zu stellenden Fabrikate vertragsmäßig abgenommen werden sollten, eine objektiv feststehende Thatfache war; aber was die Berechnung der Fabrikationskosten betrifft, so muß ich entschieden bestreiten, daß hier eine objektiv feststehende Thatfache vorliegt. Daß diese den Charakter einer subjektiven Spekulation an sich trägt, ergiebt auf das Klarste der Geschäftsbericht des folgenden Jahres, aus dem Jahre 1875. Es wird in diesem Geschäftsbericht zunächst konstatirt, daß der damals berechnete Fabrikationspreis für das Jahr 1874 nicht mehr gepaßt habe, es wird konstatirt, daß die Fabrikationskosten sich 1874 auf 47 Thlr. pro 1000 Pfund belaufen hätten, und es heißt dann ferner:

„Ein unverhältnißmäßig großer Verlust, circa 42%, stellte sich bei der Fabrikation durch Abbrand heraus, welcher zum Theil auf vielfache Betriebsstörungen und Dampfmangel zc. zurückzuführen sein wird, hauptsächlich aber dadurch entstanden sein muß, daß fast alles Eisen auf der Grob- sowie Schnellwalze doppelt geschweißt worden ist, wobei sich trotzdem noch viel fehlerhafte Stücke ergaben.“

Nun, meine Herren, da wird eben konstatirt, daß die Fabrikationskosten sich völlig in diesem Jahre 1874 verändert haben, daß eine ungeheure Differenz sich ergeben hat zwischen denjenigen Fabrikationskosten, die bei der Calculation zu Ende 1873 angenommen sind, und denjenigen, die faktisch im Jahre 1874 haben bezahlt werden müssen. Stimmt aber dieser eine Faktor nicht, nun, dann stimmt die ganze Rechnung nicht, und deshalb durften eben die Angeklagten mit einem solchen Faktor, der sich auf rein subjektive Spekulation stützt, nicht rechnen. Ich will deshalb durchaus nicht bestreiten, daß diejenigen Contrakte über die fertigen Fabrikate, die von den Angeklagten behauptet sind, wirklich abgeschlossen sind; ich will auch durchaus nicht behaupten, daß die Calculation von Fehland falsch sei; ich will auch durchaus nicht den Aufsichtsrath dafür verantwortlich machen, wenn diese Berechnung falsch sein sollte; — was ich aber behaupte, das ist: die Angeklagten durften auf diese Weise nicht rechnen, sie haben nicht mit objektiven Thatfachen gerechnet und das hat zur Folge gehabt, daß diese Werthe in unrichtiger Weise angegeben sind. Es hat sich später herausgestellt, daß die Fabrikationskosten weit höher sich beliefen, als sie damals eingestellt waren, und es haben deshalb die Materialien lange nicht

denjenigen Werth repräsentirt, den diese Berechnung ergab, sondern einen um soviel geringeren, als die Fabrikationskosten sich gesteigert hatten. Es ist deshalb nicht allein unrichtig hier von den Angeeschuldigten verfahren, sondern es ist die Vermögenslage, wie sie in Folge dieser Berechnung dargestellt wurde, eine unrichtige gewesen, wie in der Folgezeit sich ergeben hat. Es war deshalb die Thatsache, die durch diese Art der Berechnung sich ergab, daß eine Unterbilanz nicht vorhanden sei, eine unrichtige; und es ist ja durch diese Thatsache der Zeuge Stooß, den wir hier vernommen haben — nach seiner Behauptung wenigstens —, allein bewogen, der Gesellschaft Credit zu geben. Es ist ja die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen hier bestritten; ich will den Herren vollständig überlassen, ob sie seiner Aussage, die er bestimmt dahin abgegeben hat, daß er nur durch diese Vorspiegelung bewogen sei, sich auf das Geschäft mit der Gesellschaft einzulassen, glauben wollen oder nicht. Nehmen Sie an, daß er glaubwürdig ist, dann liegt hier der Creditbetrug vor, dann werden die Angeeschuldigten auch wegen dieses Vergehens zu verurtheilen sein. Es würde ja dann im Uebrigen der Thatbestand des Betruges vollständig außer Frage gestellt sein: es wäre also der Zeuge durch diesen Irrthum veranlaßt, der Gesellschaft auf Credit Vermögensstücke zu gewähren und dagegen eine sehr zweifelhafte Forderung einzutauschen, es war also sein Vermögen auf diese Weise verringert, verschlechtert und er hat in Folge dieses Irrthums eine Vermögensbeschädigung erlitten; es ist andererseits für die Gesellschaft, für welche hierdurch Credit erworben wurde, dieser Vermögensvorteil ein rechtswidriger, weil sie ein Recht auf einen derartigen Credit nicht hatte und derselbe seinen rechtfertigenden Grund in dem Willen des Geschädigten, des Zeugen, nicht gefunden hat; es fehlte also dem Vermögensvorteil der wirkliche, der wahre Wille des Gewährenden, und damit ist der Vorthail ein rechtswidriger.

Es ist nebenbei bemerkt, daß außerdem diese Handlungsweise der Angeeschuldigten eine betrügerische in der Weise sei, daß sie dem Mitangeklagten Fehland eine Fantième verschafft hätten durch Vorspiegelung der falschen Thatsache, als ist die Vermögenslage der Gesellschaft eine so günstige. Ich will gleich bemerken, daß die Angeklagten nicht dieses Hauptmotiv verfolgt haben, es ist dies vollständig nebensächlich gewesen; ihr Zweck war, die Vermögenslage der Gesellschaft als eine günstige darzustellen, und da war die Folge, daß sie auch Fehland diesen Vorthail verschaffen mußten. Immerhin ist diese Handlungsweise auch in Bezug auf Fehland eine rechtswidrige gewesen, und mehr ist zur Feststellung des Thatbestandes des angeschuldigten Vergehens nicht erforderlich. Ich glaube daher, daß auch in dieser Richtung sich die Handlungsweise als eine betrügerische qualificirt.

Es hat sich der Angeklagte Salomon hier mit großer Entrüstung dagegen ausgesprochen, daß ihm imputirt werde, wegen einer solchen geringen Dividende einen Betrug zu begehen, eine falsche Bilanz aufzustellen. Nun, wenn er die Anklage genauer gelesen hätte, würde er gesehen haben, daß dieses Motiv ihm nicht untergelegt wird. Das weiß ich selbst, daß die Herren nicht wegen solcher geringeren Vortheile so gehandelt haben würden, der Zweck und das einzige Motiv ist nur gewesen, die Gesellschaft überhaupt zu halten, wenn auch nicht aus pekuniärem Interesse, so doch weil sie die Gesellschaft einmal gegründet hatten, weil sie ein Geschäftsinteresse hatten, die Gesellschaft nicht nach so kurzer Zeit zu Grunde gehen zu lassen.

Was die Thäterschaft an dieser strafbaren Handlung betrifft, so ist die Sache hier ganz klar: durch die Aussagen des Zeugen Person n ist konstatirt, daß sämtliche Aufsichtsrathsmitglieder an der Aufstellung der Bilanz Theil genommen haben. Es haben die übrigen Angeeschuldigten das vollständig eingeräumt; nur der Angeklagte Koch bestreitet, gegenwärtig gewesen zu sein. Er räumt aber auch ein, daß er von der Aufstellung Kenntniß gehabt, die Bilanz genehmigt hat und somit hat er sich auch hier betheiligt.

Ich muß also meinen Antrag dahin stellen, den thatsächlichen Inhalt der Anklage als erwiesen anzunehmen und auch in rechtlicher Beziehung der Anklage Ihre Zustimmung zu geben. Die Stellung spezieller Strafanträge werde ich mir vorbehalten bis zur Entscheidung des Gerichtshofes in dem zu verkündenden Wahrspruche.

Vertheidiger, Obergerichtsadvocat Huch.

Meine Herren Richter!

Die Verttheidigung hat sich dahin verständigt, daß mir, als Vertreter des Herrn Salomon, zunächst die Aufgabe obliegt, einige allgemeine Betrachtungen über die Anklage sowie die von dem Herrn Staatsanwalt zur Begründung derselben vorgetragenen Ausführungen vorzutragen.

Es werden dann die Herren Mitverttheidiger folgen, um die einzelnen Fragen näher auszuführen. Ich muß dabei den Vorbehalt machen, da ich jetzt nur sehr summarisch handeln kann, später, wenn ich Veranlassung dazu finde, Namens meiner anderen Klienten nochmals das Wort zu ergreifen.

Soll ich den Totaleindruck schildern, den der Vortrag des Herrn Staatsanwalts auf mich, und ich glaube auch auf meine Herren Collegen gemacht hat, so ist es der der Ueberraschung, des Erstaunens.



Meine Herren! An dieser selben Stelle ist vor sechs Monaten die Anklage gegen die Gründer der Eisenbahn-Wagenbauanstalt verhandelt, ein Fall, der, wenn er auch in factischer Hinsicht mehrfach anders lag, doch, wie ich glaube, im Großen und Ganzen und so viel die entscheidenden Principien anlangt, mit dem gegenwärtigen Fall auf gleichem Grunde ruhte.

Jener Fall nun hat damit geendet, daß in allen Punkten eine Freisprechung eintrat; ja die Herzogliche Staatsanwaltschaft selbst hatte sich durch die Verhandlung der Sache überzeugt, und erklärte ganz offen, daß die Anklage aus trüben Quellen geschöpft habe, und beantragte selbst die Freisprechung der Angeklagten.

Die rechtliche Begründung wichtiger Punkte der Anklage hatte auch derzeit bereits, ganz abgesehen von den Erkenntnissen unserer Gerichte, durch das in der Civilsache abgegebene Erkenntniß des Reichsoberhandelsgerichts eine den Angeklagten günstige Würdigung erhalten. Seitdem sind Erkenntnisse unserer Gerichte in der Civilsache gegen die Gründer des Walzwerkes erfolgt, sowie mehrere Erkenntnisse des Reichsoberhandelsgerichts in ähnlichen Sachen.

Trotzdem hat es der Herr Vertreter der Staatsanwaltschaft für gut befunden, die gegenwärtige Anklage in allen Punkten aufrecht zu erhalten.

Nun, so muß auf dieselbe eingegangen werden.

Die Herzogliche Staatsanwaltschaft drückte sich im Eingang ihres Vortrages so aus, als ob es sich in erster Linie um einen Betrug schon bei der Gründung der Gesellschaft resp. dem Erwerbe des Fehland'schen Etablissements für dieselbe handle. An späteren Stellen ist dieser Gesichtspunkt mit dem andern, wonach es sich um den Betrug gegen die Käufer der Aktien handelt, so vermischt, daß beide Fälle durch einander laufen, und von den vorgetragenen Ansichten sich schwer feststellen läßt, auf welchen der beiden Fälle sie bezogen sein sollen. Demgemäß muß ich zunächst constatiren, daß die Anklageschrift lediglich auf den zweiten Fall gerichtet ist, also den Betrug beim Verkauf, gegründet auf die Fassung des Prospectes.

Allerdings wird trotzdem die Gründung selbst einer kurzen Betrachtung zu unterziehen sein, da die Herzogliche Staatsanwaltschaft behauptet, daß bei einem der Gründungsakte, nämlich dem Erwerbe des Etablissements, der festgestellte Preis ein fingirter, simulirter gewesen sei, eine Behauptung, welche dann wieder zur Begründung des eigentlichen Anklagepunktes verwandt wird.

Hierbei nun hat die Herzogliche Staatsanwaltschaft mehrfach betont, daß die Eintragung der Gesellschaft erst später, als die Gründungsakte und der Erlaß des Prospectes stattgehabt, erfolgt sei, und daraus

einen Einfluß auf die Wirkung jener Akte hergeleitet. Allein da die Eintragung unbeanstandet erfolgt ist, so kommt jenes Zeitverhältniß gar nicht mehr in Betracht. Jene Akte sind ja sämmtlich unter der Voraussetzung, unter der Bedingung, daß die Eintragung erfolgen würde, vorgenommen, wie ja deren auch gesetzlich mehrere vorgenommen werden müssen, z. B. Einzahlungen u. dergl. Die Eintragung wirkt mit rückwirkender Kraft, und vorhergegangene Akte haben dieselbe Wirkung, als seien sie bedingungslos vorgenommen. Diese Begründung wird in mehreren Erkenntnissen des R.-O.-Handelsgerichts ihre Bestätigung finden.

Auch über den Begriff der Provision verbreitet sich die Herzogliche Staatsanwaltschaft mehrfach, scheint denselben im gewöhnlichen Sinn zu nehmen, spricht dabei von üblicher und angemessener Vergütung für geleistete Dienste, übernommenes Risiko, gehabte Auslagen u. dergl. und will daraus folgern, daß wenn gar kein oder kein erhebliches Risiko zc. vorgelegen, auch von einer Provision nicht die Rede sein könne, kein Recht auf dieselbe begründet werde.

Indeß schon im gewöhnlichen Leben hat der Ausdruck Provision eine verschiedene Bedeutung, wie gewiß jedes Fremdwörterbuch beweisen wird; nicht allein die Gebühren des Maklers und ähnlicher Vermittler von Geschäften bezeichnet er, sondern jeden Gewinn bei einer Spekulation. Allerdings mag diese Erweiterung des Begriffs modernen Ursprungs sein, und deren Erfinder werden schwerlich an die Tragweite gedacht haben, die man dem Worte einmal beilegen würde. Jedenfalls ist die Bedeutung der Provision für den Gründergewinn im Aktienverkehr der übliche, und wird dies in der Rechtsprechung allgemein anerkannt.

Ebensowenig kann es nun nach meiner Ansicht auf die übrigen Bezeichnungen der Rechtsgeschäfte ankommen, die hier eine Rolle spielen, namentlich nicht auf den des Erwerbsgeschäfts als eines Kaufs. —

Zum Nachweis dessen ist ebenfalls ein Eingehen auf das Wesen der Aktiengesellschaft und der Gründung im eminenten Sinne, d. h. der Verwandlung eines bereits bestehenden gewerblichen Etablissements in ein Aktienunternehmen erforderlich.

Die Aktiengesellschaft wird, wie jede Gesellschaft des Handelsgesetzbuchs, durch Vertrag errichtet. Betreffs der hierbei, sofort oder nach und nach, thätig werdenden Personen sind viele Fälle möglich; hier haben wir es glücklicherweise mit dem einfachsten Falle zu thun, dem, wo sämmtliche Kontrahenten den Vertrag schließen und das Kapital zeichnen. Auch dieser Fall bietet zwar noch, worauf ich weiter unten kommen werde, Unterschiede, indeß die Gesetzgebung entscheidet denselben in der hier in Betracht kommenden Beziehung sicher und klar, und wie ich glaube auch in einer

Weise, wie sie schwerlich anders möglich war. Aus der Natur des Vertrags folgt mit Nothwendigkeit, daß alles dasjenige als gültiger und bindender Vertragsinhalt angenommen werden muß, was auf dem einstimmigen Willen der Kontrahenten beruht, selbstverständlich, so weit aus der Gesetzgebung keine Schranken nachgewiesen werden können.

Solche Schranken bot dieselbe vor der Aktiennovelle von 1872 in sehr erheblichem Maße. Die Aktiengesellschaft konnte ohne Koncession der Regierung gar nicht entstehen, diese aber setzte eine Prüfung aller dabei vorkommenden Verhältnisse durch den Kommissär der Regierung voraus, und so mußten nothwendiger Weise auch die Werthe, Erwerbs- und Illationspreise bei Gründungen der vorliegenden Art zu Tage treten und mußten bei der Prüfung der Frage, ob eine Koncession zu ertheilen war, in Erwägung gezogen werden.

Ganz anders wurde die Sache durch die Novelle behandelt. Diese war in der Hauptsache lediglich eine Konsequenz der modernen Anschauung, wonach die Kontrolle des Staats aufzugeben, und an deren Stelle die vollständige Freiheit des Individuums, oder der Mehrheit von solchen aufzustellen sei. Während so die gedachte Schranke fiel, wurden auf der andern Seite verschiedene, speziell aufgeführte Beschränkungen, die sogenannten Normativbestimmungen eingeführt, die einen Schutz des Publikums statt der verlorenen Staatshilfe gewähren sollten.

Diese Normativbestimmungen umfaßten speziell den Fall der eigentlichen Gründungen. Allein sie beschränkten nicht im Mindesten die Freiheit der Kontrahenten, Objekte zu beliebigem Preise zu erwerben, und zu einem beliebig höheren Preise in die Gesellschaft zu bringen. Auch das war nur eine Konsequenz der modernen Gesetzgebung, welche alle derartigen Beschränkungen aufgehoben hat, wie die Beschränkungen des Zinsfußes, der Konventionalstrafe, des Schadenersatzes, der Spekulation überhaupt. Nur die eine Bestimmung findet sich in dem Gesetz, daß der Preis, den die Gesellschaft für eine Einlage zu gewähren hat, baar oder in Aktien, in dem Gesellschaftsvertrage ausdrücklich festzusetzen sei.

Sonach ist es nach der bestehenden Gesetzgebung (Hdl.-G.-B. Art. 209 b.) zweifellos, daß die Gesellschaft resp. deren den Gesellschaftsvertrag schließende Gründer es vollständig in der Gewalt haben, einen beliebig hohen Nutzen aus der Gründung zu ziehen, wenn sie nur dem gedachten Gesetz gemäß verfahren. Dieses Resultat ist übrigens auch ein nothwendiges, wenn man nicht entweder zur Staatskontrolle zurückkehren, oder etwa Spezialprüfungen einführen wollte, wozu, beiläufig gesagt, nach dem gegenwärtigen Stande der Reformvorschläge nicht die mindeste Aussicht vorhanden ist.

Gerade diese Freigebung der Gründungen hat nun zu der Häufung von Gründerunternehmungen geführt, wie sie leider in der Gründerperiode zu Tage getreten sind.

Selbstverständlich wird eine Schranke anzuerkennen sein, aber nicht des Gesetzes, sondern des Anstandes, die aber dann auch in ein anderes Gebiet gehört. Jedermann, der gründet, zumal, wenn dies ein Banquier ist, wird einen erheblichen Gewinn nicht ablehnen, ja er wird ihn nehmen müssen; wenn derselbe aber so erheblich ist, daß das ganze Unternehmen an der Wurzel franken würde, so wird er natürlich als ein unanständiger gelten müssen, und den, der ihn genommen, in seiner bürgerlichen Stellung tief schädigen.

Gerade in dieser Beziehung aber sind, wie ich schon hier bemerken will, von der Vertheidigung sehr erhebliche Anstrengungen gemacht, und es wird ihr geglückt sein, Jedermann zu überzeugen, daß, zumal in jenen Zeiten, der Gewinn im Verhältniß zu den glänzenden Aussichten des Unternehmens nur ein mäßiger gewesen ist, und unbedenklich zu einem weit höheren Betrage hätte genommen werden können.

Mehrere Aeußerungen des Herrn Vorsitzenden, welche derselbe an die Zeugen, welche als beschädigte Aktionäre erschienen, richtete, machen mich glauben, daß auch dieser Gerichtshof sich der von mir vertretenen Ansicht zuneigt. Deren Einwendungen, welche sich auf ihre angebliche Unkenntniß von dem Dasein eines erheblichen Gründergewinns bei Gründungen stützten, begegnete der Herr Vorsitzende mit den Worten: Aber bedachten Sie denn nicht, daß die Creditanstalt ein Banquier ist, und daß bei solchen Geschäften auch erheblich verdient werden muß? u. s. w.

Ja, diese Bemerkungen führen dahin, noch einen Schritt weiter zu thun.

Gründungen von Aktiengesellschaften werden überhaupt nur von Banquiers ausgeführt werden können, da sie allein über den dabei erforderlichen Apparat zu verfügen im Stande sind. Gerade deshalb, und in Folge der obenerwähnten Freigebung der Gründungen wurden diese ein Geschäft der Banquiers, wovon leider auch die Folge war, daß, allerdings diesem Geschäftsbetriebe gemäß, vielfach in erster Linie nicht das zu gründende Etablissement, sondern nur der dabei zu erzielende Gewinn ins Auge gefaßt, also des Gewinnes halber überhaupt gegründet wurde.

Ist aber die Gründung zum Geschäftsbetriebe des Banquiers gehörig, so folgt begriffsmäßig, da dessen Geschäftsbetrieb überhaupt der Spekulation angehört, für diese aber — selbstverständlich abgesehen von beson-

deren Illegalitäten — eine Schranke nicht besteht, daß auch nach dieser Richtung hin unser Satz zu beweisen ist.

In dieser Weise ist die Sache von dem Reichs-O.-Hdl.-G. mehrfach behandelt, und z. B. die Competenz der Handelsgerichte deshalb angenommen, weil trotz der Immobilierqualitt der Grndungsobjekte die Qualität von Banquiergeschften also von Handelsgeschäften angenommen wurde (z. B. Bd. 20 Nr. 58).

Nun hat mein Kollege Haeusler bei seiner Vernehmung erklärt, er habe die in Frage stehende Gründungsakte, welche den Erwerb des Etablissements für die Gesellschaft betreffe, als eine Illation angesehen, welche unter der Form eines Kaufs ausgeführt sei. Von dieser Ansicht äußerte der Herr Staatsanwalt, daß sie den Akten widerstreite und meint, sie werde schwerlich den Beifall des Gerichts finden. Ich bin der Ansicht, daß sie die allein richtige ist. Der Herr Staatsanwalt bezog sich bei seinen Ausführungen auf das bekannte Erkenntniß des R.-O.-Handelsgerichts in der Wrede'schen Grnderfche. Ich freute mich gewissermaßen, als er dasselbe zur Hand nahm. Leider aber entnahm derselbe daraus lediglich einen ganz aus dem Zusammenhange gerissenen Satz, und verschwieg mehrere andere Sätze, offenbar, weil sie ihm entgegenstehen. Einen derselben werde ich später kurz berühren, einen anderen aber hier zur Sprache bringen.

In jenem Falle handelte es sich um eine Gründung, lediglich zu dem Zweck gemacht, um einen zu dem Erwerbspreise gemachten Aufschlag von, wie ich glaube, 150 000 Thlr. zu verdienen. Auch hier hatte man sich, statt einer einfachen Illation, eines Kaufkontrakts bedient, das Etablissement der Gesellschaft zu dem Erwerbspreise plus dem Aufschlage verkauft. Hieraus wurden Bedenken hergeleitet. Aber das Erkenntniß führt aus, daß zur Zeit der Errichtung dieser Gründungsakte das moderne Aktienrecht selbst bei den Juristen noch nicht recht bekannt und rechtlich richtig aufgefaßt worden sei. Welche Wirkungen jene Behandlung der Sache durch Abschluß eines Kaufkontrakts gehabt habe, sei überflüssig zu untersuchen. Jedenfalls stehe fest, was übereinstimmend von den Kontrahenten gewollt sei, und darauf allein komme es an; dies sei aber eine Illation, dem obigen Zweck der ganzen Unternehmung gemäß, gewesen und dabei müsse es sein Bewenden behalten. Nun gerade so liegt die Sache auch hier.

Die ganze Anklage legt den Angeklagten eben zur Last, daß sie in der gedachten Weise durch die Uebermittlung des Etablissements aus der Hand des mit ihnen handelnden und die Gesellschaft mit gründenden Fehland in die Hand der Gesellschaft einen Gewinn hätten machen wollen. Ganz richtig. Nun kam es aber den Gründern darauf an, die Form zu finden, unter welcher dies auszuführen war. Sie wählten einen Kauf-

kontrakt, und es ist ja schon in dem früheren Gründerfalle festgestellt, daß die Realisirung des Gründergewinns unter den mannichfachsten Formen zu geschehen pflegt, auch durch einen Kaufkontrakt. Die Akten der Gründung der Gesellschaft, welche ausdrücklich den Erwerb des Fehland'schen Etablissements als deren Zweck bezeichnete, und der Erwerbsart fanden unmittelbar hinter einander, also gewissermaßen uno actu, statt. Unter Allen stand die Absicht, den erwähnten Aufschlag für sich dabei zu verdienen, fest. Selbstverständlich muß dieses Resultat auch gelten; von einer Simulation, Fiction kann keine Rede sein. Der Preis, zu dem die Gesellschaft das Etablissement annehmen sollte, der dem §. 209 b. gemäß von den Gründern normirte Preis war 195 000 Thlr., wobei der Preis, den sie, die Gründer, dasselbe kostete, als etwas Internes gar nicht in Betracht kam. — Daß auch die Verheimlichung als etwas geschäftlich Erlaubtes, ja Gebotenes durch das Erkenntniß hingestellt wird, will ich nur nebenbei bemerken.

Piernach glaube ich von dem von mir eingenommenen Standpunkt aus die Handlungsweise der Angeklagten vollständig gerechtfertigt zu haben, ohne daß es darauf ankommt, andere Gesichtspunkte, z. B. den des Kaufs, zu begründen.

Hinzufügen will ich nun noch, daß, wie überall, so auch hier bei der Gründung sehr wohl ein Betrug vorkommen kann, nicht nur einzelner der Gründer gegen die übrigen, sondern auch gegen die Gesellschaft, und vielleicht auch bei einer mit der Gründung sofort verbundenen Emission der gezeichneten Aktien gegen die Käufer derselben.

Wenn ich oben hervorhob, daß selbst bei dem hier vorliegenden einfachsten Falle Unterschiede vorkommen, so hatte ich dabei Folgendes im Sinne. Die eigentlichen Gründer sind diejenigen Personen, welche das Unternehmen von seinen Anfängen bis zur eigentlichen Gründung concipiren und die dazu erforderlichen, oft weitläufigen Vorbereitungsgeschäfte ausführen. Diesen gegenüber sind die von den Gründern zugezogenen Mitzeichner, auch wenn sie an dem Gewinn participiren, nicht selbst Gründer, sondern nur erste Zeichner. Diesen Sprachgebrauch hat auch das oben erwähnte Erkenntniß (Bd. 20). Wichtig würde dieser Unterschied gerade in einem Falle, wo bei der Gründung ein Betrug begangen sein soll. Die Mitzeichner verlassen sich ja doch erfahrungsmäßig auf die Personen, die die Gründung bewerkstelligen, ohne an den Vorkommnissen der Gründung Theil zu nehmen, ohne solche zu kennen. In dieser Beziehung wurde in dem früheren Gründerprozeß später von der Staatsanwaltschaft offen erklärt, daß die Hälfte der Angeklagten an der Gründung gar nicht Theil genommen habe, und schon deshalb ihre Freisprechung beantragt, weil ihnen

ja dann offenbar gar keine Kenntniß des Werthes des gegründeten Etablissements beigemohnt habe. Derselbe Vorwurf wird gegen die gegenwärtige Anklage zu erheben sein, was ich übrigens nur nebenbei erwähnt haben will, um die eclatante Grundlosigkeit mancher Anklagepunkte zu zeigen, während im Uebrigen die Angeklagten sämmtlich und stets erklärt haben, daß sie für Alles, was geschehen, auch wenn sie es nicht gekannt, sammt und sonders haften.

Meine Herren! Ich glaube über die von mir besprochene Vorfrage vielleicht schon zu viel geredet zu haben und wende mich zu dem ersten Anklagepunkt, wonach den Angeklagten vorgeworfen wird, durch die Fassung des Prospekts einen Betrug gegen die Käufer der ausgetobenen Aktien begangen zu haben.

Nach den bisherigen Erörterungen ist die Sache vollständig in Ordnung. Der genannte Preis ist der wahre, d. h. der, zu dem die Gesellschaft das Etablissement anzunehmen hatte, ob als Kaufpreis oder als Illationspreis, ist unerheblich. Daß die Provision nicht namhaft gemacht, ist gleichgültig, genug, daß ihrer erwähnt war. Das Weitere überlasse ich meinen Nachfolgern. Nur möchte ich hier des Wrede'schen Erkenntnisses nochmals erwähnen, aus dem der Herr Staatsanwalt seine Argumente belegte. So viel ich mich erinnere, war in dem Wrede'schen Prospekt die Kaufsumme pure, ohne den Zusatz inclusive Provision, angegeben. Die Frage könnte discutirt werden und ist discutirt, ob, das Dasein eines dolus causam dans vorausgesetzt, jene nackte Angabe genügte, eine Täuschung hervorzubringen, und auf diese Untersuchung beziehen sich die Sätze, welche der Herr Staatsanwalt vorhin citirte. Die Frage nun, ob im Uebrigen für eine dolose Absicht irgend etwas wird vorgebracht werden können, überlasse ich meinen Herren Kollegen, nicht minder die Beleuchtung der famosen fünf Zeugen. Ich kann mir indessen nicht versagen, auf eine schon früher gemachte Bemerkung hier nochmals zurückzukommen, eigentlich nur, um ein mir vom Kollegen Haeussler nachgewiesenes Citat vorzubringen. Die Bemerkung betrifft die Fragestellung diesem Zeugen gegenüber. Ich sagte schon früher, der Herr Vorsitzende habe zwar nach der Anklage und dem Anklageerkenntniß jene Fragen stellen müssen, aber ich könne sie nicht für richtig halten, weil die Zeugen nicht bezeugen könnten, was sie vor langen Jahren gedacht, beschlossen, gethan haben würden, wenn dies oder jenes eingetreten oder ihnen bekannt gewesen wäre. Ich erlaube mir nun, meine Herren, Ihnen aus einem Werke, welches eine weite Verbreitung gefunden hat, und von einem bedeutenden Juristen herrührt — es heißt: *Gründerproceß von Justinus Moeller* — eine Stelle vorzulesen, welche sich auf Seite 31 in der Note befindet und folgendermaßen lautet:

„Wir können es uns nicht versagen, nachträglich der Frage zu erwähnen, welche in der Untersuchungssache wider Wrede und Genossen Seitens des Präsidenten an verschiedene Zeugen (Beschädigte) nach den übereinstimmenden Zeitungsreferaten gerichtet sein soll. Diese Frage soll gelautet haben: Würden Sie wohl die Aktien der Spritfabrik gezeichnet haben, wenn Ihnen bekannt gewesen wäre, daß die Gründer einen Gewinn von 150 000 Thlr. bei dem Geschäft gemacht hätten. Die Antwort lautete selbstverständlich: Nein! So geschehen im Jahre 1876. Wir halten es zu einer Zeit, da unser Criminalproceß einer bedeutsamen Reform entgegengeht, für nothwendig, dieses Produkt der Inquisitionsmagime an dieser Stelle zu registriren. In einigen Jahren vielleicht wird diese Notiz als fossile Denkwürdigkeit einer längst hinter uns liegenden Zeit angestaunt werden.“

Herr Moeller spricht nur von einem Zeitungsgerücht, dessen Wahrheit er in Zweifel zieht; so unglaublich erscheint es ihm. Hier haben wir die Sache in Wirklichkeit erlebt, und die von dem Herrn Staatsanwalt aufgenommenen Protokolle u. s. w. passen dazu genau.

Bezüglich des Prospekts will ich einer Ansicht erwähnen, die vielleicht von anderer Seite auch nicht weiter verfolgt werden wird, die ich aber doch für ganz richtig halte.

Es handelt sich hier um ein Consortium, zu dem Zwecke eingegangen, um Aktien zu verkaufen. Dieser Verkauf wird einem Bankhause übertragen. Dasselbe erläßt die Prospekte, benennt Zahlstellen, effectuirt die Verkäufe. Die Namen der Consorten, der Verkäufer, erfährt das Publikum nicht, es hört nur von der Creditanstalt, welche den Prospekt unterzeichnet hat.

Es liegt hier wieder der oben erwähnte Fall vor, es treten gewisse Regeln des Rechts, nämlich über das Commissionsgeschäft, hinzu. Würde ein Einzelner Aktien verkaufen wollen, so würde er sich am zweckmäßigsten an einen Banquier wenden, zu dem er Vertrauen hat, würde ihm die Aktien limitiren und ihm das Weitere überlassen. Würde nun derselbe den Auftrag ausgeführt haben, so würde der Käufer nur mit dem Banquier, nicht mit dessen Mandanten zu thun haben, und wenn jener sich unerlaubter Mittel bedient hätte, so würde den Mandanten dies nicht im Mindesten angehen.

Gerade so, wie beim Einzelnen, liegt die Sache, wenn sich mehrere zusammenthun, also gemeinschaftlich zu einem limitirten Preise verkaufen wollen, sich deshalb an den Banquier wenden. Es liegt auch dann ein gewöhnliches Commissionsgeschäft vor, nur daß mehrere Mandanten da sind, welche denselben Mandatar beauftragen.

Immerhin müßten in einem solchen Falle besondere Betrugs-Theil-



nahmehandlungen nachgewiesen werden, an denen es hier fehlt. Man sieht, auch hier laborirt die Anklage betreffs der subjektiven Begründung an den erstaunlichsten Mängeln. Wenn zwölf Männer sich zu einem solchen Auftrag verbinden, die im Rufe der größten Rechtlichkeit stehen, dann bedarf es, um Anklagen vorliegender Art zu motiviren, doch wohl eines Mehreren, als der Bemerkungen, sie würden sich wohl um die Sache gekümmert haben, sie wären an demselben Orte wie ihr Mandatar gewesen, oder öfters dahin gekommen, man müsse dies oder jenes annehmen u. s. w. Meine Herren! Das heißt ungefähr so viel, als: Mitgefangen, mitgegangen, das hat nichts von einer auf das Gesetzbuch gegründeten Anklage an sich.

Doch ich will auch diesen Anklagepunkt, dem sich noch viele interessante Seiten abgewinnen lassen, hier verlassen, und wende mich zu dem zweiten Theil der Anklage, dem gegen die Mitglieder des Aufsichtsraths gerichteten, zu denen ja mein Client ebenfalls gehörte.

Mein College Abeken hat die weitere Ausführung übernommen, und erlaube ich mir nur zwei Punkte ins Auge zu fassen, was mir von meinem Kollegen ausdrücklich gestattet ist.

Es wird dem Aufsichtsrath daraus ein Verbrechen gemacht, daß er die sogenannte Provision zu 55 000 Thlr. nicht unter den Ausgaben der Gesellschaft gebucht, den Werth des Fehland'schen Etablissements nicht mit 140 000 Thlr., sondern mit 195 000 Thlr. beziffert habe.

Ich verstehe nicht recht, wie der Aufsichtsrath es hätte anfangen sollen, um den Anforderungen der Herzogl. Staatsanwaltschaft zu genügen.

Der Gesellschaftskontarkt und das Statut entscheiden allein und ausschließlich über Alles, was die Gesellschaft, deren Vermögen und Verwaltung betrifft. Der Aufsichtsrath ist verpflichtet, sich genau danach zu richten. Auch die Eintragung in das Register ist ganz nach Maßgabe dieser Grundlagen geschehen, und Bilanz, Dividende, kurz Alles richtet sich danach.

Wie sollte es nun der Aufsichtsrath anfangen? Selbstverständlich würde die Differenz von 55 000 Thlrn. bis dahin, daß etwa in Folge einer Klage jene Summe wieder eingebracht wäre, sonstwie, durch Verdienst zc. wieder haben eingebracht werden müssen, ehe eine Dividendentheilung zulässig gewesen wäre, und wäre auch noch so viel verdient worden; denn nur was nach der Bilanz das volle Kapital übersteigt, kann, nachdem die erforderlichen Abschreibungen u. s. w. auch noch davon genommen sind, als Ueberschuß gelten und zur Vertheilung kommen. Das würde sich aber kein Aktionär haben gefallen zu lassen brauchen, da er auf Grund des Statuts gezeichnete Aktien erworben, und die Beobachtung des Statuts bei Vermeidung von Klage verlangen kann. Diese Betrachtungen ließen sich noch erheblich vermehren; aber das Gesagte genügt, um einzusehen, daß

der Aufsichtsrath sehr in die Brüche gerathen sein würde, hätte er sich unterfangen wollen, an der Grundlage des Statuts und des Gesellschaftsvertrags zu rütteln und derartige Eigenmächtigkeiten zu begehen.

Ferner ist nicht zu verstehen, wie der Werth des Etablissements als solcher hätte entscheiden können. Der Preis (und der war, auch wenn eine Anfechtung mittelst Klage nicht ausgeschlossen war, einmal in Aktien, also baar, bezahlt), der Preis betrug einmal 195 000 Thlr. und dieser konnte statutenmäßig nur durch Abschreibungen reducirt werden, so daß Werthermittelungen, etwa durch Taxation, ausgeschlossen waren.

Alle diese Bedenken haben mit dem ersten Anklagepunkte nichts zu schaffen. Wie gesagt, auch wenn die Provision durch Betrug erlangt und eine Rückforderung statthast erschiene, würde die Sache sich nicht geändert haben; erst ein Erkenntniß und dessen Befolgung würde die Finanzlage der Gesellschaft geändert haben.

Sodann wird der Aufsichtsrath angeklagt, weil er die Materialien zu hoch taxirt habe. Diesen Punkt wird Herr Abeken beleuchten. Nur eine Seite der Vertheidigung werde ich ausführlicher berühren.

Ich habe mich sehr gefreut, daß mein Client Salomon, dessen Vertheidiger zu sein ich mir zur größten Ehre anrechne, und der mir während der kurzen Dauer unserer Bekanntschaft ganz außergewöhnliche Kenntnisse in Allem, was das Kaufmännische betrifft, dargethan hat, ganz selbstständig meine Auffassung als die richtige bezeichnet hat, die auch von dem hoch bewährten Sachkenner, Herrn Commerzienrath Meyer, sogar als eine Forderung des Rechtes hingestellt ist.

Beide behaupten, daß richtig verfahren wäre, und zwar nicht bloß deshalb, weil das Statut den betreffenden Grundsatz über die Errichtung der Bilanz vorschreibe, und dieser Grundsatz nicht allein befolgt werden dürfe, sondern befolgt werden müsse; sie behaupten, daß der befolgte und vorgeschriebene Grundsatz auch ohne jene Vorschrift der allein richtige gewesen wäre.

Die Bilanz soll den Betrag eines Vermögens, bestehe es worin es wolle, in einer bestimmten Geldsumme ausdrücken.

Jeder, der eine solche Bilanz anfertigen will, wird also deren einzelne Factoren, die sämmtlichen Bestandtheile des Vermögens, Activa und Passiva, in Geldsummen zu verwandeln haben, um schließlich durch Addition und Subtraction das Facit zu gewinnen. Man denke sich nun z. B. folgende zwei Fälle. Hier ist A, der Materialien zum Marktpreise von 10 000 Thlr. liegen hat; aber leider, sie liegen da, und bislang ist noch Niemand erschienen, der über die Verarbeitung auch nur eines Theils derselben zu Fabricaten mit ihm abgeschlossen hätte. Dort ist ein Anderer,

der ebenfalls für 10 000 Thlr. Materialien liegen hat; aber über diese hat er bereits zu lucrativen Preisen mit sicheren Leuten abgeschlossen, die ihm nach seiner Schätzung mindestens 5000 Thlr., nach der subtilsten Berücksichtigung von Unfällen aber mindestens 4000 Thlr. reinen Nutzen abwerfen müssen. Ich appellire dabei an den Herrn Staatsanwalt, er hat in seinen Ausführungen im vorliegenden Falle die Sicherheit solcher Gewinne gar nicht bestritten. Meine Herren, wird nun wohl ein verständiger Mann sagen können, des A Vermögen in eine Geldsumme übertragen belaufe sich auf 10 000 Thlr., und das des B ebenfalls, und nicht höher, nicht auf 15 000 oder 14 000 Thlr.? Gewiß nicht. Die fraglichen Gewinne liegen ja in den Kontrakten, die abgeschlossen waren, und zwar mit Personen, die zahlen konnten, und wenn Sie die Firmen lesen, die an der Spitze des Kontraktes stehen, so werden Sie um so sicherer der Ansicht beistimmen müssen, daß diese Gewinne, wenn auch noch nicht sofort zahlbar, so doch mit Sicherheit zu erwarten, gleich jeder anderen ausstehenden Forderung als Theil des Vermögens angesehen, und bei Fixirung der Werthsummen zu berücksichtigen sein werden. Diese Forderungen aus Verträgen gehören eben zum Vermögen und vermehren dasselbe. Rechtlich gleichgültig ist, ob die Lieferung, für die das Geld gezahlt wird, bereits erfolgt ist oder nicht. Denn die Erfüllung des Vertrags kann erzwungen, nöthigenfalls eine Entschädigung verlangt werden. Alles aber wird dann hinfällig, wenn eben bei Fixirung des Gewinnes gewisse Absätze in Hinblick auf derartige Minderungsgründe gemacht werden. Ist also derjenige, welcher eine Bilanz anzufertigen hat, in der Lage, ja, wenn er richtig verfahren will, genöthigt, jene Gewinne, wenn auch nicht zum vollen Betrage, zu berücksichtigen, so kommt noch hinzu, daß, falls die Bilanz einer Aktiengesellschaft aufgenommen wird, besondere Umstände in Erwägung zu ziehen sind.

Ein Einzelkaufmann wird schwerlich regelmäßig dem oben aufgestellten Grundsatz gemäß verfahren; es ist dies ohne Interesse für ihn, der Gewinn läuft ihm ja doch nicht weg, und Mancher wird denken, daß es im Allgemeinen besser ist, sich nicht hoch genug, als zu hoch, zu schätzen. Er wird aber doch dann z. B. schon anders denken, wenn seine Verhältnisse schlecht stehen, wenn es sich um Vermeidung einer Unterbilanz handelt, die ihn etwa bewegen müßte, seine Insolvenz anzuzeigen, oder sonst seine Handlungen demgemäß einzurichten.

Der Gewinn einer Aktiengesellschaft soll aber zu bestimmten Terminen vertheilt werden, auf den Gewinn hat jeder Aktionär ein privatives Recht. Wäre es doch auch höchst unbillig, wenn das glückliche Jahr, in dem eine Reihe profitabler Geschäfte abgeschlossen, dem Vermögen der Gesellschaft

also ein sicherer Gewinn erwachsen ist, nicht dem Inhaber der Aktie, sondern erst seinem Nachfolger zu Statten kommen sollte.

Hiernach dürfte der Sachverständige Meyer es gewiß als einen Vorzug des Statuts betrachten, daß dieser selbstverständliche, aber vielleicht nicht überall anerkannte Grundsatz in dasselbe aufgenommen worden ist.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch bemerken, daß das bekannte Erkenntniß des Reichs-Ober-Handels-Gerichts über die Bedeutung der Bilanz, wie schon in dem ersten Gründerprozeß allseitig anerkannt wurde, von den von dem Herrn Staatsanwalt ausdrücklich auf dasselbe gestützten Ansichten über Ermittlung von Werthen nicht das Mindeste enthält, vielmehr zu den dießseits vertheidigten Ansichten führen dürfte.

Es bleibt mir nur noch der letzte Punkt übrig: Herr Stooß, der angeblich betrogene Gläubiger. Wenn ich an Herrn Stooß denke, so muß mir eine Bemerkung des Herrn Staatsanwalts wieder einfallen, der sich mit seinem Sachverständigen Wilke längere Zeit beschäftigte, mit seinem Sachverständigen Stooß aber nicht, aus Gründen, deren ich sogleich Erwähnung thun werde. Der Herr Staatsanwalt suchte einen möglichen Einwand gegen seine Ausführung zu widerlegen, und bediente sich dabei des Ausdrucks: Es sei ein Glück, daß die Sache hier nicht so liege, wie sie liegen müßte (Widerspruch des Staatsanwalts) — doch, so ist es, ich habe mir das expreß notirt — ich will es nur anführen, um die Stimmung zu charakterisiren, in welcher der Herr Staatsanwalt bei Begründung seiner Angriffe sich befindet, der Ausdruck der Trauer bei solcher Entdeckung würde wohl der angemessenere gewesen sein. — Doch dies nebenbei. Nun also zu den Sachverständigen des Herrn Staatsanwalts. Von Herrn Wilke meinte er, derselbe werde Rücksichten genommen haben, es sei ihm das eigentlich nicht zu verdenken; Sachverständige seien überhaupt schwer zu haben. Nun, ich stehe hier nicht, um Herrn Wilke in Schutz zu nehmen; genug, daß er ihn fallen gelassen hat. Aber seinen Sachverständigen Stooß hat er nicht fallen gelassen; er hat nur erklärt, er überlasse es dem verehrlichen Richtercollegium, über den Werth seiner Ausfagen nach seinem Ermessen zu urtheilen. Nun, meine Herren, ich glaube, das Verfahren des Herrn Staatsanwalts entspricht keineswegs den Gesetzen der Billigkeit und des Rechts. Meiner Ansicht nach darf ein Sachverständiger auch nicht einen Schatten von Eingenommenheit oder gar Parteilichkeit an sich tragen, und doch ist Herr Stooß beschädigter Gläubiger und hat stets eine sehr feindselige Stellung gegen den Angeklagten eingenommen. Wenn der Herr Staatsanwalt jetzt seine Glaubwürdigkeit zum richterlichen Ermessen vorstellt, so mag das, in verständliches Deutsch übersetzt, zwar heißen: Ich gebe auf den Mann selbst nichts. Aber daß

er ihn als Sachverständigen vorschlug, daß er ihn nicht, wohl aber Herrn Wilke, geradezu fallen läßt, erscheint mir nicht ganz zutreffend.

Herr Wilke hat selbst erzählt — ich habe dies vielleicht nicht von ihm selbst, aber doch von einem Dritten, aber in zuverlässiger Weise, gehört —, daß der Herr Staatsanwalt ihm einige Tage vor der Verhandlung einen Besuch von mehreren Stunden gemacht habe, um genau zu erfahren, was er von der Sache halte. Ich muß das hier äußern, weil es im Zusammenhange steht mit dem ganzen gehässigen Verfahren, welches in dieser Angelegenheit eingeschlagen ist, mit dem Verfahren, das ich gestern Veranlassung hatte zu rügen. Danach hatte der Herr Staatsanwalt, dem Gesetz zuwider, selbst die Protokolle über die Aussagen der beschädigten Käufer aufgenommen, und während diese in verständlicher, mindestens doch sehr bestimmter und übereinstimmender Weise aussagen, haben sie sich denn in der That doch im Ganzen, so darf ich wohl sagen, hier gründlich blamirt, denn sie haben einräumen müssen, daß sie außerordentlich dumm gewesen, nichts gewußt von alle dem, was sonst Jedermann wußte. Diese Unregelmäßigkeiten hielt ich mich doch für verpflichtet in der Bertheidigung nochmals zu rügen.

Im Uebrigen glaube ich, daß Herr Stoof selbst am allerwenigsten Vertrauen zu seiner Sache gehabt hat. Herr Stoof scheint ein sehr resoluter Mann zu sein, er scheute sich nicht, dem Sachverständigen Meher, der doch als solcher einen großen Namen trägt, in kühnster Weise entgegenzutreten. Wie hat er ihn abgefertigt? „Das ist nicht wahr; ich leugne Alles.“ Meine Herren, wenn die Herren Schuster, Schneider und Handschuhmacher den Muth hatten, eine Klage anzustrengen, um ihr vermeintlich gutes Recht zu erstreiten, weshalb hat es denn Herr Stoof unterlassen? Antwort: weil er nicht sein gutes Geld zu dem verlorenen werfen wollte.

Doch ich sehe, daß meine Zeit abgelaufen ist, und schließe meinen Vortrag in der Hoffnung, daß meine Herren Collegen es mir ersparen werden, Weiteres hinzuzufügen.

### Bertheidiger Obergerichts-Anwalt Abel.

Herr Präsident! Als Bertheidiger des Herrn Mende beehre ich mich, über den ersten Gegenstand der Anklage einige Worte zu sagen. Ich will dabei dem Vortrage des Herrn Staatsanwalts folgen; ich werde aber mit Rücksicht darauf, daß vor wenigen Monaten hier wesentlich dieselben Prinzipien verhandelt sind, im Stande sein, mich wesentlich kürzer zu fassen.

Der Herr Staatsanwalt eröffnete seinen Vortrag damit, daß er sagte, ein Prospekt wäre eine besonders geeigenschaftete kaufmännische Bekanntmachung; bei Beurtheilung des Prospektes und seines Inhalts müsse man weit subtiler verfahren und zwar aus dem Grunde, weil diejenigen Personen, die durch einen solchen Prospekt zum Ankauf verlockt werden sollten, eine weit geringere Kenntniß der von ihnen zu kaufenden Waare hätten, als dieses im Uebrigen in sonstigen Verhältnissen der Fall zu sein pflege. Nun, ich möchte, daß mir ein Prospekt vorgelegt würde, aus welchem sich der Käufer der Aktien wohl irgend hätte eine klarere, sicherere Vorstellung machen können über die Rentabilität der Fabrik, deren Aktien er zu kaufen im Begriffe stand! Es ist ja ganz unmöglich, in einem Prospekt alles das zusammenzufassen, was nothwendig dazu gehört, um eine klare Einsicht in die Einzelheiten der Sache zu gewinnen; nun, dann bringt mich aber auch der Umstand, daß etwa der Käufer einer Aktie unter Umständen sehr viel weniger von dieser Waare kennt, als das sonst der Fall zu sein pflegt, zu dem Schlusse, daß ich sage: dann soll er einfach davon bleiben! Ich für mich kann gar keinen Grund einsehen, weshalb der Staat und die Behörden, wie man allerdings es vielfach sieht, ein so ganz besonderes Interesse entwickeln gerade für den Käufer von Aktien. In meinen Augen ist der Aktionär ein ganz gewöhnlicher Spekulant, der eine größere Vorsorge oder Fürsorge von irgend einer Seite gar nicht verdient, als irgend ein anderer Spekulant. Damit will ich nicht gesagt haben, daß er betrogen werden kann, den Schutz der Gesetze nicht genießen kann; ich will nur sagen, es ist gar kein Grund vorhanden, ihn so besonders zärtlich und fürsorglich zu behandeln, wie man einen Minderjährigen behandelt.

Also dieses vorausgeschickt, gehe ich nun zu den einzelnen Requisiten des Betruges über.

Da ist das erste Requisit der Irrthum. Es würde also folgendes vorliegen müssen: es würde irgendwie eine solche Handlung vorgenommen sein müssen von den Gründern, die geeignet war, eine irrthümliche Vorstellung zu erwecken, und zweitens, es hätte eine irrthümliche Vorstellung erregt sein müssen, und das hätte in der Absicht derselben gelegen.

Die irrthümliche Vorstellung soll nun erregt sein lediglich ganz allein durch den ersten Absatz des Prospektes und zwar durch die darin enthaltene Angabe, daß der Kaufpreis 195 000 Thlr. betrage. Hier sagt nun der Herr Staatsanwalt: das ist ein Irrthum, eine unwahre Angabe, der Kaufpreis beträgt nicht 195 000 Thlr., sondern 140 000 Thlr. Um zu dem Schluß zu kommen, daß der Kaufpreis in Wahrheit nur 140 000 Thlr. betrage und nicht 195 000 Thlr., macht der Herr Staatsanwalt folgende Deduktion. Er sagt: „was ist Kaufpreis? Kaufpreis ist diejenige Summe,

die der Verkäufer wirklich behält!“ Das ist meiner Ansicht nach nicht richtig, sondern: die er erhält; es ist gar nicht nöthig, daß er das, was er erhalten hat, auch dauernd zu behalten braucht. Der Begriff des Kaufpreises wird gar nicht dadurch geändert, daß der Verkäufer seinerseits verpflichtet wird, irgend einem Dritten etwas als Provision zu geben. Zweitens sagt er: als Kaufpreis kann ich das nicht betrachten, was etwa der Verkäufer vertragsmäßig sich verpflichtet dem Käufer zurückzuerstatten. Da stimme ich mit dem Herrn vollständig überein, obgleich man behaupten kann, daß man im allgemeinen geschäftlichen Leben auch der Meinung ist, daß wenn der Verkäufer dem Käufer gegenüber sich verpflichtet hat, auch dann der volle Betrag den Charakter des Kaufpreises habe. Ich stehe aber in dieser Frage auf Seiten der Juristen und sage: nein, wenn bei dem Verkauf der Verkäufer dem Käufer gegenüber sich verpflichtet hat, eine gewisse Summe zurückzuerstatten, so betrachte ich das auch nicht als Kaufpreis und sage: in so weit ist der Kaufpreis simulirt; ob böse Absicht oder nicht; das ist eine ganz andere Frage. — Nun sagt der Herr Staatsanwalt, um zu seinem Schluß zu kommen: die Gründer waren aber die wahren Käufer; und das will er deduziren aus Art. 211 des Handelsgesetzbuches, indem er sagt: zu der Zeit, als der Kaufpreis abgeschlossen wurde für die Aktiengesellschaft, existirte dieselbe noch nicht, es machten sich also für diese Handlung diejenigen persönlich verantwortlich, welche gehandelt hatten; das waren aber die Gründer, also waren die derzeit die wahren Käufer. Daß das eine ganz verkehrte Auslegung ist, darauf brauche ich nicht näher einzugehen; daß die einzelnen Absätze ganz anders auszulegen sind, ist ja in zahllosen Urtheilen ausgesprochen.

Wir kommen also hier zu folgendem Resultat: hier waren die Käufer nicht die Gründer, sondern Käufer war die Aktiengesellschaft; und wenn sich nun der Verkäufer dritten Personen gegenüber — anderen als dem Käufer gegenüber — verpflichtet hatte, diesen einen Theil des Kaufpreises von dem Kaufpreis als Provision zurückzuzahlen, so wird dadurch der Begriff des Kaufpreises nicht alterirt. Wir kommen also zu dem Resultat, daß wir sagen: es ist nicht wahr, daß hinsichtlich des Kaufpreises eine unwahre Angabe gemacht ist; der Kaufpreis war in vollem Umfange 195 000 Thlr. mit der allerdings dem Verkäufer obliegenden Verpflichtung, daß er 55 000 Thlr. von dieser Summe an dritte Personen abgeben müsse. In dieser Beziehung ist eine wahre Thatsache positiv behauptet.

Nun ist ferner gesagt: eine andere wahre Thatsache, nämlich das Zahlen einer Provision, ist unterdrückt, und es ist die Sache so hingestellt, als seien 195 000 Thaler der wirklich gezahlte Kaufpreis ohne Provision, mindestens ohne Provision in der Höhe, welche den Kaufpreis irgendwie er-

hehlich verändert. Die erste, einfachste Frage ist die: sind in dem Prospekt Aeußerungen enthalten, die, ganz abgesehen von allen Absichten der Prospektanten, so wie hier die Worte gebraucht sind, dahin ausgelegt werden können und müssen, daß eine Provision, mindestens eine erhebliche Provision, nicht gezahlt sei? Komme ich zu dem Resultat, daß diese Aeußerungen nicht den Charakter an sich tragen, dann brauche ich nach dem Moment: was ist dabei beabsichtigt? — nach dem ferneren Moment: wie hat der andere das verstanden? — nicht weiter zu fragen; denn die erste Voraussetzung ist ja doch immer eine Handlung, welche objectiv geeignet ist, zu täuschen: liegt die nicht vor, dann brauche ich nach den anderen Requisiten nicht zu fragen. Da brauche ich nur Bezug zu nehmen auf das Urtheil, welches von dem höchsten Civilgericht dieses Landes gerade in dieser Sache ergangen ist. Demselben hat dieser Prospekt vorgelegen, und dasselbe hat erkannt: „der erste Absatz ist nicht nach seiner Fassung geeignet in dem Leser die Vorstellung zu erregen, daß von dem Kaufpreis nur ein unerheblicher Theil des Kaufpreises zu Provisionen verwendet sei,“ und dabei ist ja Bezug genommen eben nicht allein auf dasjenige, wie das Wort „Provision“ im Leben ausgelegt wird, sondern darauf, daß bereits in verschiedenen Urtheilen ausgesprochen sei: der Ausdruck „Provision“ sei auch sehr wohl zu verstehen als Gründergewinn. Wenn also der Gerichtshof diese Anschauung des Gerichts zweiter Instanz festhält, so fällt damit die ganze Anklage über den Haufen, er braucht die anderen Verhältnisse gar nicht weiter zu untersuchen, weil ja dann angenommen wird, es ist gar keine objectiv zur Täuschung geeignete Handlung vorgenommen.

Meine Herren, dann untersucht der Herr Staatsanwalt weiter die Schädigung und macht in dieser Beziehung folgende Schlussfolgerung; er sagt: nach dem Prospekt konnten die Aktionäre glauben, daß sie mitbetheiligt seien bei einem Object, welches in Wahrheit 195 000 Thlr. gekostet habe und welches auch so viel werth sei. Dann untersucht derselbe den Werth der Fabrik und sagt: in Wahrheit können wir diesen Werth der Fabrik nicht höher annehmen als 140 000 Thlr. Ja, über den Werth der Fabrik, d. h. über den Bauwerth der Fabrik und die Kosten, welche die Herstellung dieser Fabrik im Jahre 1872 im Augenblick des Verkaufs verursacht haben würde — darüber haben wir sichere Anhaltspunkte gar nicht. Wir wissen allerdings, daß der Verkäufer den Buchwerth mit 110 000 Thlrn. angegeben hat; nun wissen wir aber nicht, wie der Mann zu diesem Buchwerthe gekommen ist, welche Preise dabei zu Grunde gelegt sind. Es ist ja anzunehmen, daß er dabei die Preise zu Grunde gelegt hat, die ihm die Fabrik vor einem Jahre gekostet hatte, und daß er dann Abschreibungen vorgenommen hat. Nun waren ja aber im Jahre 1872



die Werthe sehr verschieden von denen des vorhergehenden Jahres, so daß man streng genommen sagen kann: ja, wie hoch der Bauwerth der Fabrik einschließlich Anschaffung des Grundstücks gewesen sein würde, das kann man gar nicht genau wissen.

Dabei geht der Herr Staatsanwalt dazu über, daß er sagt: es habe einer der Angeklagten von einem über die Summe von 140 000 Thlrn. weit hinausgehenden Spekulationswerth gesprochen, aber dieser Spekulationswerth, der in der Fabrik gelegen hätte, könne nicht in Betracht kommen, ebensowenig als wenn Jemand in jener Zeit Kornvorräthe gehabt hätte und sagte: ich nehme an, daß das Korn so und soviel theurer werden wird, ich werde es so lange behalten. Ja, der Ausdruck „Spekulationswerth“, den einer der Angeeschuldigten gebraucht hatte, ist unrichtig, aber das Beispiel des Herrn Staatsanwalts ist noch verfehlt. — Ich will bei diesem Punkt nicht länger verweilen. Ich erlaube mir nur in Erinnerung zu rufen die klare ausdrückliche Auseinandersetzung, die in dem Prozeß mit der Wagenbauanstalt der Sachverständige Kommerzienrath Meyer gegeben hat über den Werth einer Produktionsstätte zu gewissen Zeiten. So war es hier; der Werth, den das Eisentwerf im Jahre 1872 hatte, insoweit er über den Bauwerth hinausging, ist nicht Spekulationswerth zu nennen, sondern ein Werth, den das Werk dadurch hatte, daß in Folge bestimmter Konjunkturen dem Besitzer die Möglichkeit und sogar die Sicherheit gegeben war, durch massenhafte Anfertigungen bestimmter Waaren einen ganz ungeheuer hohen Gewinn zu realisiren.

Wenn wir nun also erwägen, daß der Werth des Etablissements durchaus nicht zu berechnen war allein nach den Herstellungskosten desselben, sondern daß dabei ferner zu vergüten war der ungeheure Werth, der darin lag, daß in dem Moment, in welchem durch Anfertigung solcher Waaren so große Summen verdient werden konnten, Jemand in den Besitz desselben kam — wenn wir ferner erwägen, daß, wie dies ja aus den Akten sich ebensowohl ergibt, wie es entnommen werden kann aus dem Buchwerth, nebenbei noch Werthe mit verkauft wurden, nämlich die Mobilien, die einen um 30 000 Thlr. höheren Preis hatten als der Ankaußspreis war, — und wenn wir ferner erwägen, daß gleichzeitig die Lieferungskontrakte mit übertragen wurden: dann kommen wir zu dem Resultat, zu sagen, die Besitzer der Aktien waren theilhaftig bei Objekten, die weit über den Werth von 140 000 Thlr. hinausgingen. Also da fehlt vollständig jeder Anhalt für eine Schädigung. Ich bin überzeugt, daß sie weit mehr erhielten, als sie bezahlten, und daß, wenn der Gewinn nicht realisirt wurde, dies seinen Grund hatte in Fehlern Seitens der Verwaltung, wofür die Gründer nicht verantwortlich waren. Der Werth war richtig da;

wenn er nicht ausgenutzt wurde, so war natürlich die Folge davon, daß er auch nachher nicht vertheilt werden konnte.

Es kommt nun ferner die Frage: ist denn der ursächliche Zusammenhang vorhanden zwischen Irrthum und Schädigung? Nun sagt der Herr Staatsanwalt so, — und dem ersten Theil dessen, was er sagt, muß ich vollständig beipflichten — er sagt: „Ich muß zugeben, daß ein Zeuge, der nach Jahren darüber aussagt, ob und wie er unter anderen Verhältnissen vor Jahren gehandelt haben würde, uns eigentlich nichts weiter bezeugt als eine Reflexion, die der Mann nach Jahren noch macht; es fällt dies nicht unter den Begriff des Zeugnisses; aber wenn er es sagt, dann muß man ihm auch glauben.“ Ja, diese Meinung, daß man den Leuten, die dergleichen Reflexionen nach Jahren vorbringen, Glauben schenken müsse, ist ja leider vielfach früher in den Prozessen, als sie noch mit mehr Hitze geführt wurden, angewendet; aber ich muß glauben, man muß ganz allein nach Belegenheit der Umstände untersuchen: wie kann ich gerade diesem Manne glauben, der unter dem Eindruck und Bewußtsein steht: wenn er seine Reflexion jetzt dahin macht, er würde so und so gehandelt haben, dann bekommt er Geld —? Da sind nun hier fünf Zeugen gekommen, unter denen sich mehrere besondere, die offenbar ein sehr geringes Verstandniß und Unterscheidungsvermögen hatten, — und einer ist gekommen, ein Mann von besonderer Intelligenz, der Herr Elvers, der hat seinerseits gesagt, er habe gezeichnet und sogar zu 135%, obgleich er aus dem Prospekt entnommen und gewußt habe, daß in dem Kaufpreis von 195 000 Thln. noch eine mehr oder weniger erhebliche, jedenfalls bedeutende Provision stecke. Ja, sagt der Herr Staatsanwalt: das muß ein besonders kühner Mann sein. Ich glaube, die Sache lag so: der Mann ist sich klar über das, was er gethan hat; die Leute haben sich ebenso durch den Inhalt des Prospektes bewegen lassen, wie eben Herr Elvers; sie haben sich bewegen lassen durch die Zusage im Prospekt, die sie geglaubt haben: 15% bekommt ihr im nächsten Jahre ganz gewiß, und für alle Verhältnisse, wenn es auch sollte schlecht gehen, ist es eine gute Kapitalanlage. Das haben sie uns sämmtlich gesagt: dadurch haben sie sich bewegen lassen. Ich glaube also nicht, daß es richtig ist, wenn man annimmt, daß bei diesen Leuten und gerade bei diesen Leuten, die uns vorgeführt sind, — daß deren Reflexionen mit Rücksicht auf diesen Inhalt des Prospektes, die sie jetzt nach sechs Jahren machen, wie sie gehandelt haben würden, wenn sie von den Umständen Kenntniß gehabt hätten, als ihre Ueberzeugung gelten können.

Nun ist ja dabei auch wieder erwähnt eines Grundsatzes, welcher ausgesprochen sei vom Reichsoberhandelsgericht in dem Wrede'schen, ganz be-

kannten Prozeß und es ist gesagt: ja, darin sei vom höchsten Gerichtshofe ausgesprochen, daß die Aeußerung eines Zeichners, er würde nicht gezeichnet haben, wenn er gewußt hätte, daß eine hohe Provision in dem Kaufpreis steckt, allerdings wohl glaubhaft sei. Ja, meine Herren, mit dem Zitiren solcher einzelnen Entscheidungen ist in diesen Verhältnissen sehr wenig gedient; hier kommt es ja auf den konkreten Fall an. Ich möchte wissen, wie der Wrede'sche Fall verhandelt und entschieden wäre, wenn wie hier konstatiert war, daß nicht allein die Fabrik, sondern auch noch bedeutende Lieferungsverträge, — also, weil eine Spiritusfabrik vorlag, eine Produktionsstätte, die so ungeheuer verdienen kann, noch Nebenvorteile von einer Million und mehr, — mit verkauft waren.

Endlich nun, was den rechtswidrigen Vortheil anbelangt, so sagt der Herr Staatsanwalt, der Vortheil wäre erst realisiert durch den Verkauf der Aktien. Das kann ich meines theils in keiner Weise zugestehen. Der Vortheil liegt meines Erachtens in dem Empfang der Aktien, und in dem Verkauf derselben lag nichts weiter, als die Umwandlung eines anderen Vermögenswerthes in baares Geld. So lange sämtliche Aktienbesitzer auch Antheil nehmen an der Provision, mag man ja sagen: da bleibt sich das gleich; wenn sie an sämtlichen Aktien einen entsprechenden Antheil kürzen, so bleibt das proportionale Verhältniß dasselbe. Der Fall liegt aber hier so gar nicht vor, sondern hier war Aktienbesitzer auch der Verkäufer Fehland, der seinerseits in gar keiner Weise Antheil genommen hat an der Provision. Also der Vermögensvortheil wurde nicht erst gemacht im Verkauf, sondern er war erworben durch Zutheilung der Aktien, und der Verkauf war nichts weiter, als eine Verwandlung anderer Vermögensobjekte in baares Geld.

Es ist ferner gesagt, daß die Rechtswidrigkeit darin gefunden werden müsse, daß die Provision eine nicht angemessene gewesen wäre. Nun, diese Rechtsauffassung kann man sich ja schon gefallen lassen. Aber die weiteren Deduktionen des Herrn Staatsanwalts, daß im vorliegenden Fall die Provision eine unangemessene sei, kann ich durchaus nicht für richtig halten. Er deduziert nämlich die Unangemessenheit daraus, daß die Provision eine Vergütung sein solle für ein Risiko, das man übernehme, und daß im vorliegenden Falle das Risiko so gut wie gar keins gewesen wäre, daß also dafür eine Provision von 50 000 Thln. eine unangemessene sei. Das kann ich gar nicht zugestehen, daß die Provision bloß eine Vergütung ist für ein Risiko, sondern eine Vergütung für alle möglichen Dienste, die ich einem Anderen leiste, die häufig mit einem Risiko verbunden sind. Hier war das Risiko vielleicht nicht groß, aber für den Dienst, der der Aktiengesellschaft geleistet wurde dadurch, daß man ihr sehr vortheilhafte Verträge, wie sie

hier waren, zuführte, dafür ist die Provision geleistet worden, und wenn ich Jemanden Verträge zuführe, deren sicherer Gewinn sich in dem einen Jahre beziffert auf 130 000, 170 000, 180 000 Thlr. der sogar 220 000 Thlr. betragen würde, dann wird man doch nicht behaupten können, daß das Nehmen einer Provision von 50 000 Thlr. ein unangemessener Gewinn dafür ist, wenn ich der Aktiengesellschaft solche ganz enorme Vortheile zuführe, die sich mit Sicherheit schon so hoch beziffern, und von denen anzunehmen ist, daß sie auf eine unbestimmte Reihe von Jahren noch von größerer Bedeutung sein würden. Also wenn man das angeschuldigte Vergehen von dieser Frage abhängig machen will, ob die Provision eine unangemessene war, so wird man sagen müssen, die Provision war in diesem Falle für das, was geleistet ist, eine durchaus angemessene.

Ich bin also der Meinung, Herr Präsident, daß hier eigentlich bei dieser Anklage die sämmtlichen Voraussetzungen, die für den Betrug gegeben sind, fehlen, daß auch nicht eine einzige vorhanden ist und ich bitte daher, daß der hohe Gerichtshof die Angeklagten von dieser Anklage freisprechen wolle, und daß er dieser seiner Anschauung, daß von den sämmtlichen Voraussetzungen auch nicht eine einzige vorhanden sei, in der Modifizirung des freisprechenden Urtheils Ausdruck geben wolle.

(Pausse von. 1 bis 3 Uhr.)

Bei Wiedereröffnung der Sitzung sind von den am Vormittag erschienenen Angeklagten alle außer dem Angeklagten Mendel wieder anwesend. Gegen letzteren wird auf Antrag des Staatsanwalts in contumaciam weiter verhandelt.

#### Vertheidiger Advokat-Anwalt Abeken:

Meine Herren Richter! In Bezug auf den ersten Theil der Anklage schließe ich mich den berechneten Ausführungen meines Herrn Collegen Huch vollständig an, kann aber nicht unterlassen, einige kurze Bemerkungen hinzuzufügen.

Es ist zunächst in den Ausführungen des Herrn Staatsanwalts viel davon die Rede gewesen, als wenn es etwas Ungehöriges wäre, unter Provision eine größere Summe respektive einen größeren Gründergewinn zu verstehen, und als ob das Publikum zu jener Zeit gar nicht in der Lage gewesen wäre, so etwas überhaupt zu erwarten und vorauszusetzen. Im Allgemeinen hat Herr College Huch diesen Gedankengang schon widerlegt, aber mir fiel dabei recht lebhaft ein, was in der Sitzung, welche uns vor einigen Monaten hier vereinigte, in den Verhandlungen über die Anklage gegen die

Gründer der Wagenbauanstalt verhandelt wurde. Es fiel mir ein, daß über diesen Punkt dort vielfach gesprochen worden ist, und ich glaube, daß die Frage über den Begriff und das Wesen der Provision und die Auffassung des Publikums darüber vollständig durch das damals Vorgebrachte erledigt wurde. Es war damals auf Veranstaltung der Herzoglichen Staatsanwaltschaft ein Gutachten eingefordert, welches erst von einem Braunschweiger Banquier verlangt, nachher aber auf dessen Empfehlung von einem Berliner Banquier, einem sehr bekannten und tüchtigen Manne, erstattet wurde. In diesem Gutachten wurden vier auf Veranstaltung der Herzoglichen Staatsanwaltschaft selbst gestellte Fragen in Bezug auf Gründergewinn und Provision beantwortet, und gestatte ich mir ein paar Worte daraus mitzutheilen. Es wurde zuerst gefragt, ob es in der kaufmännischen Welt etwas allgemein Bekanntes wäre, daß die Gründer einer Aktiengesellschaft für sich einen besondern Gewinn vor den späteren Aktionären anstreben, und ob das Publikum im Allgemeinen Kenntniß davon besitze. Darauf erfolgte die Antwort: „Es ist in den kaufmännischen Kreisen etwas allgemein Bekanntes, daß die Gründer eines industriellen Etablissements respektive einer Aktiengesellschaft, welche einen industriellen, respektive kommerziellen Zweck hat, eine besondere Provision von den Aktionären anstreben, und hat das Publikum von jeher Kenntniß von diesem Umstande gehabt.“ Es war also das nichts Ungewöhnliches. Es wurde nun auch an einer anderen Stelle des Gutachtens gesagt, daß die Form der Provision, wie sie hier stattgefunden hat, durch eine Rückvergütung von dem Verkäufer an die Gründer, die allgemeinste wäre; also auch als etwas ganz Gewöhnliches wurde diese Form hingestellt, welche der Herr Staatsanwalt jetzt als eine ungewöhnliche bezeichnet. Es wurde dann später gefragt, wie hoch eine Provision sein könnte; auch da wurde die Antwort gegeben: „Im Allgemeinen gilt der Grundsatz, daß die Provision so hoch genommen wird, als sie erreichbar ist.“ Es folgen dann allerdings ähnliche Ausführungen, wie sie Herr College Huch schon gemacht hat, daß nämlich gewisse Anstandsücksichten in Betracht kämen, und daß natürlich die Existenz des Etablissements selbst nicht sofort durch die Höhe des Gründergewinns gefährdet werden dürfe, aber es wurde dabei ausdrücklich ausgesprochen, daß unter Provision eine ganz erheblich hohe Summe verstanden werden könne, und daß sie so hoch genommen zu werden pflege, als sie erreichbar sei. — Ich glaube über diesen Punkt brauche ich nichts weiter hinzuzufügen; es war dies vielleicht schon zu viel.

Nun will ich auf einen anderen, allerdings auch schon viel besprochenen Punkt zurückkommen, nämlich auf die hier vorgekommenen Zeugenvernehmungen. Ich schide gleich voraus: ich will nicht über diese Zeugen selbst reden, ich

will ihre Aeußerungen in keiner Weise zum Gegenstand einer Kritik machen. Ich habe mich dessen auch bei der Vernehmung derselben absichtlich enthalten, weil ich das Gefühl hatte, daß die Fragen, welche ihnen gestellt wurden, meistens so schwieriger und subtiler Natur sind, daß ich gar nicht verstehe, was sie darauf antworten sollen. Ueberhaupt habe ich mit diesen Zeugen immer eine gewisse Sympathie gefühlt, wenn sie hier, sozusagen, vor dem grünen Tisch stehen und examinirt werden. Diese Unglücklichen haben sich ja selbst gar nicht dazu gedrängt, sie haben nicht die Denunzianten gespielt; der Herr Staatsanwalt hat sie sich kommen lassen, er hat ihnen den Gerichtsdiener geschickt, der sie vorlud. Er sagte freilich, das wäre eine freundliche Einladung gewesen, von der sie hätten Gebrauch machen können oder auch nicht; — ja, die Zeugen oder der eine wenigstens, den ich hierüber befragte, haben es doch als einen Befehl betrachtet, und wenn man den deutschen Staatsbürger kennt, so wird man nicht bestreiten, daß eine derartige Bestellung durch den Gerichtsdiener immer eine ungemeine Wirkung ausübt, und daß der Mann, der auf diese Art eingeladen wird, schwerlich darunter nur eine höfliche Bitte oder Anfrage verstehen, sondern die Aufforderung als einen Befehl betrachten wird. Nun sind diese Zeugen dann vernommen, nicht etwa vor dem Untersuchungsrichter mit einem Protokollführer daneben, — nein, bloß von dem öffentlichen Ankläger. Ihre Protokolle hat der öffentliche Ankläger ebenfalls geschrieben, und sie beginnen in der Regel mit den Worten: „Auf Vorladung erschien —“; also es wird ausdrücklich constatirt, daß die Leute vorgeladen sind. Der Herr Staatsanwalt hat schon Gelegenheit gehabt, diesen Punkt zu berühren. Er sagte damals: das darf ich alles thun, das streitet nicht gegen den §. 27. Nun ja, insofern es bloß eine freundliche Einladung und eine gutwillige Verständigung zwischen beiden Theilen gewesen wäre, will ich über die Legalität dieser Prozedur einmal hinwegsehen; aber wenn diese §§. 27 und 28 der Strafprozeßordnung irgend eine Bedeutung haben sollen, so kann es doch nur die sein, daß man den Zeugen ihre Unbefangenhait erhalten will, und daß sie nicht erst der anklagenden Partei sozusagen in die Hände gespielt werden, daß ihre Aussagen — vielleicht oder vielmehr sicher, wo es geschieht, ganz unbewußt — doch mit einer gewissen Tendenz zurecht gemacht werden. Die Protokolle dieser Zeugen, die doch so verschiedene Charaktere haben, lauten fast ganz übereinstimmend; sie haben alle merkwürdiger Weise dasselbe gesagt, während sie hier doch zum Theil sehr verschieden ausgesagt haben. Wie gesagt, es that mir leid, daß diese Zeugen in Folge jener freundlichen Einladung hier diese unangenehmen Examina zu bestehen hatten, und ich habe mich deshalb absichtlich nicht dabei betheiligt. Wenn es sich aber darum handelt, was solchen Aussagen auf die Frage: „Was würdest

du gethan haben, wenn du das und das gewußt hättest?" — für ein Werth beizulegen ist, besonders wenn eine ziemlich weit zurückliegende Vergangenheit dabei in Betracht kommt, da scheint mir der Kernpunkt der Sache doch noch nicht getroffen zu sein. Die Unmöglichkeit, eine solche Frage richtig zu beantworten, liegt nach meiner Ansicht in einem anderen Grunde, als hier hervorgehoben worden ist. Wenn ich einen solchen Zeugen frage: „Würden Sie diese Aktien gekauft haben, wenn Sie gewußt hätten, daß eine Provision von diesem Betrage darauf ruhte," so wird er allerdings wohl nach seinem ersten Gefühle sagen: „Das würde mir nicht eingefallen sein." Das glaube ich auch, daß das sein erster Eindruck gewesen wäre, wenn er es unvorbereitet erfahren hätte. Aber würde er sich nun dabei beruhigt haben? würde er nicht mit anderen Leuten darüber gesprochen haben, vielleicht mit einem Sachverständigen oder einem andern Aktionär, der ihm dann vielleicht erwidert hätte: „Ja, lieber Freund, das ist einerlei, das Wert ist darum doch gut; ich kenne diese Dinge ganz genau; nimm doch einmal die und die Aktien; auf denen liegt auch eine hohe Provision, und die geben trotzdem eine gute Dividende!" Wenn eine solche Antwort erfolgt wäre, dann könnten diese Besprechungen und Erkundigungen vielleicht zu einem ganz entgegengesetzten Resultat geführt haben. Also, da der Zeuge eben bloß sagen kann, was sein erster Eindruck gewesen wäre, wenn er von der Höhe der Provision Kenntniß erlangt hätte, er aber nicht weiter sagen kann, was er dann etwa gethan hätte, um seine Bedenken aufzuklären, was er vielleicht in Folge dieser weiteren Untersuchung beschlossen hätte, so ist eigentlich die Beantwortung jener Frage mit aller Ehrlichkeit ganz unmöglich, und deshalb habe ich sie auch an keinen der Zeugen gestellt. Jedenfalls glaube ich, daß die Antworten, welche hier in jener Richtung gegeben sind, wirklich sehr wenig Werth haben, und ich möchte an das Gerechtigkeitsgefühl und die Weisheit des hohen Gerichtshofes appelliren, diese Zeugenaussagen eben in dem Sinne zu betrachten und sie nicht nach der Zahl zu taxiren; es stehen ja allerdings fünf ungünstige **einer** günstigen gegenüber. Wir hätten leicht die Zahl unserer Entlastungszeugen in Bezug auf diesen Punkt vermehren können, wie es bei dem Wagenbauanstalts-Prozesse geschehen ist; da hatten wir eine ganze Reihe günstiger Zeugen; wir haben es diesmal absichtlich als etwas Unnöthiges vermieden, und ich bitte hiernach den Deductionen des Herrn Staatsanwalts über die Aussagen der Zeugen in Bezug auf das, was sie gethan hätten, kein zu großes Gewicht beizulegen.

Ich komme nun auf einen Punkt, auf welchen ich unwillkürlich geführt werde durch die ganze Art und Weise, wie die Voruntersuchung geführt ist, worauf ich schon hingedeutet habe, daß z. B. eine ganze Anzahl Zeugen

erst von dem Staatsanwalt vernommen wurde, daß dann Protokolle darüber, obgleich sie doch lediglich zu den Manualakten des Herrn Staatsanwalts gehört hätten, in die Untersuchungsakten, also zur Kenntniß des Gerichts kamen, während sie doch nach §. 27 der Prozeßordnung keinen öffentlichen Glauben haben sollen. Ich kann nicht umhin, zu behaupten: diese ganze Anklage ist in einer gegen die Angeklagten so feindlichen Weise betrieben, daß ich mich bei dem ersten Studium derselben betroffen fühlte, weil ich zufällig einige Details der Sache schon kannte. Da wird z. B. in dem zweiten Theile der Anklage ganz schlechtweg hingeworfen, der Aufsichtsrath hätte die Effekten, die in der Bilanz unter 5 a, b, c aufgeführt waren, um 40% zu hoch gegenüber dem Marktwert angenommen. Und doch hat der einzige und sehr zweideutige Zeuge, auf den sich dieser Punkt der Anklage stützt, seine erste, in der Voruntersuchung und auch hier anfangs dreist hingeworfene Behauptung alsbald wesentlich modificirt und gesagt, jene Differenz von 40% hätte er bloß in Bezug auf einzelne Posten, keineswegs aber in Bezug auf alle dort aufgeführten Materialien behauptet. Wenn er also darüber rechtzeitig genauer befragt wäre, dann dürfte das gar nicht in die Anklage kommen. Nun kommt hinzu, die Angeklagten sind sämmtlich Leute, von denen, so viel ich weiß, noch keiner bis dahin verurtheilt oder auch nur in Untersuchung wegen irgend eines gemeinen Verbrechens gewesen war. Da prüft man doch erst: ist denn hier wirklich ein Betrug anzunehmen? kann man denn, wenn wirklich Handlungen vorgekommen wären, die möglicherweise bedenklich sein konnten, ohne Weiteres eine dolose Absicht bei jenen Männern voraussetzen? Konnte nicht eine irrtige Rechtsanschauung vorliegen? Ich will in dieser Beziehung nur das Eine sagen: als ich heute Morgen hier die Rede des Herrn Staatsanwalts hörte, verfolgte ich sie mit der größten Aufmerksamkeit und fühlte mich angezogen von den feinen und geistreichen Ausführungen, von den hübschen juristischen Subtilitäten darin. Aber wenn ich nun bei dieser Rede, die gewiß für Manchen, der sie gehört, etwas sehr Bestechendes und Ueberzeugendes in dem Augenblick hatte, dachte: aber nun hat doch das Kreisgericht in Braunschweig diese selbe Anklage, auch aus Rechtsgründen, angebrachtmaßen abgewiesen, — wenn ich mir dann weiter dachte: auch ein Civil-Gerichtshof hat eine Schadenersatzklage, die sich gegen dieselben Personen aus derselben Sache richtete, zurückgewiesen, hat also nicht einmal gefunden, daß Grund zum Schadenersatz vorlag, — wenn ich mir weiter sagte: dieses selbe Erkenntniß ist, zum Theil wieder aus anderen Gründen, von dem herzoglichen Obergericht bestätigt worden, — da muß ich doch fragen: kann man denn nun von einem Laien, von einem noch so gebildeten Laien verlangen, daß er alle diese Betrachtungen, diese feinen juristischen



Prüfungen anstelle, wie es hier geschehen ist, ob diese Gründung auch in jeder Hinsicht dem Gesetze oder vielmehr allen denkbaren Auslegungen des Gesetzes entspreche, mit allen Erkenntnissen und Theorien einzelner Schriftsteller übereinstimme? — Das kann man doch unmöglich von Laien verlangen! Und auch von den dabei zu Rathe gezogenen Juristen konnte man nicht erwarten, daß sie über diese schwierige Materie genau die Ansicht haben müßten, die der Herr Staatsanwalt hier entwickelt hat und die doch widerlegt wird durch drei Erkenntnisse, die ich soeben hier angeführt habe.

Es ist also, wenn man die Subtilität dieser Fragen und die vielen Kontroversen darüber bedenkt, mir ganz unbegreiflich, wie man den ersten Theil der Anklage trotzdem hat aufrecht erhalten können, zumal nach dem Erkenntniß, welches hier von diesem hohen Gerichtshof vor mehreren Monaten in der Wagenbauanstaltsache abgegeben worden ist. Ich muß gestehen, daß ich mich der Hoffnung hingeeben hatte, der Herr Staatsanwalt würde selbst unter diesen Umständen auf Freisprechung antragen, insofern mindestens von dem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit bei den Angeklagten unmöglich die Rede sein konnte, zumal in einer Zeit, wo überall solche und ähnliche Gründungen ohne Bedenken und unter dem Beirath von Juristen gemacht wurden. Die meisten dieser Herren hatten ja auch gar nicht die Fähigkeit und Gelegenheit, sich so genau mit allen Details dieser Sache bekannt zu machen; die Unterhandlungen wurden gewöhnlich nur durch den Einen oder Andern geführt und später in Pausch und Bogen von den Uebrigen genehmigt. Kurz und gut, die Annahme eines Dolus scheint mir von vornherein ausgeschlossen, und damit würde die ganze Anklage in ihrem ersten Theile hinfällig sein.

Ich komme jetzt zu meiner speziellen Aufgabe, zur Vertheidigung der Mitglieder des Aufsichtsraths, insbesondere des Mitangeklagten Koch gegen den zweiten Theil der Anklage.

Die Sache liegt so. Als die erste Bilanz gemacht wurde, wurde den Statuten gemäß aus dem Aufsichtsrath eine Subkommission von drei Mitgliedern gewählt, welche gewissermaßen die Vorarbeiten zu der Bilanz machten, die Resultate der Bücher zusammenstellten, mit dem Direktor Fehland konferirten u. s. w. Die Mitglieder dieser Kommission sind hier erwähnt, ich brauche die Namen nicht zu wiederholen. Mein Klient, Herr Koch, war erst auch mit dazu gewählt; es mußte dann ein anderer an seine Stelle treten, weil er nicht hier war. Diese Kommission hat nun die Sache fertig gemacht; dann kamen die Revisoren; es wurden dazu die Herren Meyersfeld und Hollandt berufen, ausnahmsweise, weil noch keine ständigen Revisoren erwählt waren. Schon diese Wahl zeugte von

großer Ehrlichkeit, jedenfalls davon, daß man keineswegs böse Absichten in Bezug auf Verschleierung u. dergl. haben konnte; sonst hätte man wohl versucht, Herrn Meyersfeld nicht hineinzubringen oder ihn auf irgend eine Weise wieder hinauszuschieben; denn man wußte ja, daß er im Ganzen ein Gegner dieser Gründung war und eine große Neigung zur Kritik und ungünstigen Beurtheilung solcher Dinge hatte. Diese Herren prüften die Sache nun, und Herr Meyersfeld machte im Widerspruch mit Herrn Hollandt ein Monitum; er rügte, daß unter 5 a., b. und c zu hohe Werthe angegeben seien. Diese Frage kam nun wieder zur Sprache, als die Bilanz sozusagen abgeschlossen wurde, um sie der Generalversammlung vorzulegen, und bei dieser Gelegenheit, wo alles fertig war bis auf die Erledigung dieser Streitfrage, war der Mitangeklagte noch zuerst gegenwärtig. Bis dahin war er in Berlin gewesen, als Mitglied des Reichstags sehr in Anspruch genommen, und war nun zu dieser Sitzung hergekommen. In dieser Sitzung wurde die Frage auf Verlangen des Herrn Meyersfeld aufgeworfen; die Mitglieder des Aufsichtsraths zogen Herrn Haeusler als Juristen zu und fragten ihn: wie ist das eigentlich, dürfen wir diese Ansätze so machen? ist da kein Bedenken? Und Haeusler entschied sich dafür, wie er hier selbst ausgesagt hat, und verwies die Herren, wenn ich recht gehört habe, auf den §. 19 der Statuten, wo ihnen ja wörtlich vorgeschrieben war, in dieser Weise die vorhandenen Werthe zu berechnen. Ich werde später auf den Paragraphen zurückkommen. Nun konnte der Aufsichtsrath, der aus lauter Nichtjuristen bestand, doch gewiß mit gutem Gewissen, zumal er dabei auch nach kaufmännischem Gebrauch handelte, wie Herr Salomon ausgeführt hat, diese Sätze so annehmen, wenn sie übrigens nach den Büchern und nach den technischen Angaben des Fehland richtig waren. Sie stützten sich dabei erstens auf die Gewohnheit, wie auch der Sachverständige Meyer bestätigt hat; zweitens auf die Statuten und drittens auf das Gutachten eines gewiegten Juristen. Wie kann man nun annehmen, daß sie hier in doloser Absicht handelten? Nun wurde die Sache auch noch bei hellem Tageslichte verhandelt; in der Generalversammlung der Aktionäre wurde es nicht verschwiegen, nein, Herr Meyersfeld war selbst zugegen; seine Bedenken wurden vorgetragen, und es wurde ausgeführt, weshalb der Aufsichtsrath so handeln zu müssen glaubte. Es wurde die Sache öffentlich nach allen Seiten hin diskutiert, und die Entscheidung fiel dahin aus, daß die Generalversammlung der Ansicht des Aufsichtsraths beitrat. Das war der Hergang. Nun rügt die Anklage bei diesem Verfahren Zweierlei; in erster Linie, daß das Fehland'sche Etablissement mit dem Buchwerth, welchen es in den Büchern der Gesellschaft hatte, von 195 000 Thalern in diese Bilanz gestellt war.

Meine Herren! Ueber diese Frage noch zu sprechen will ich mich enthalten. Dieselbe taucht ja bereits in der mehrfach erwähnten Verhandlung in Sachen der Wagenbauanstalt auf, und damals, als ich noch weniger bekannt mit diesen Dingen war, fragte ich verschiedene Kaufleute, wie es sich damit verhielte? Die sagten mir, um einen starken Ausdruck zu gebrauchen, sie würden jeden für verrückt halten, der es anders machte, dafür habe man die Abschreibungen. Die Werthobjekte werden in die Bücher eingetragen, der Büchwerth läuft fort und wird allmählig durch jährliche Abschreibungen vermindert. So haben wir es damals auch von verschiedenen Sachverständigen gehört, und es ist ausdrücklich in dem betreffenden Erkenntniß des hohen Gerichtshofs in klarster Weise ausgeführt und in unzweifelhafter Form gesagt, daß der §. 31 des Handelsgesetzbuches vollkommen die Freiheit zu solchem Verfahren gewährt. Es ist ferner damals auf den Art. 209 Nr. 7 daselbst verwiesen, wonach die Grundsätze, nach welchen die Bilanz aufzunehmen und der Gewinn zu berechnen und auszuzahlen ist, sowie die Art und Weise, wie die Prüfung der Bilanz erfolgt, in dem Gesellschaftsvertrage enthalten sein muß. Also nach diesen gesetzlichen Bestimmungen konnten die angeklagten Mitglieder des Aufsichtsraths gar nicht anders handeln, als wie sie gehandelt haben, indem sie eben diesen Preis, wofür nach den officiellen Akten der Gesellschaft die Fabrik gekauft war, den Buchwerth auch in die Bilanz stellten. Daraus wird ihnen jetzt ein Verbrechen gemacht.

Was den zweiten Punkt betrifft, so ist auch für diesen der eben erwähnte Artikel des Hdl.-G.-B. entscheidend, insofern ja gerade in den Statuten unter §. 19 in Bezug auf die Aufnahme der Bilanz bemerkt ist:

„Der Aufsichtsrath hat dabei vom Gange der Inventur in der ihm angemessen erscheinenden Weise Kenntniß zu nehmen und mit Berücksichtigung der für die Realisirung bestehenden Aussichten die vorhandenen Werthe festzusetzen.“

Also er that das, aber er that weniger, als er thun durfte; er machte nicht etwa, wie ihm in der Anklage vorgeworfen ist, willkürliche Ansätze für diese Werthe, nein, er nahm die Einkaufspreise an. Diese Frage ist in dem Gutachten der Sachverständigen Reidemeister und Selwig beantwortet: „Wir konstatiren, daß die inkrimirten Positionen 5, a bis c der Bilanz nicht auf willkürlicher Schätzung beruhten, sondern die buchmäßigen Erwerbspreise waren.“ Also der Aufsichtsrath sagte: wir wollen die buchmäßigen Erwerbspreise annehmen. Nun wurde darauf hingewiesen: Aber vielleicht sind doch die Eisenpreise von damals etwas höher gewesen als jetzt, sie sind etwas gefallen, es mag eine Differenz vorhanden sein. Nun kam die Frage in Betracht: können wir nicht dessen

ungeachtet diese Materialien zu den Einkaufspreisen ansetzen wegen der sicheren Aussichten für die Realisirung derselben? Und da kam man ganz richtig zu dem Resultat: wir können das, weil ja ein bedeutendes Quantum von Bestellungen und Aufträgen vorliegt. Das ist ja auch durch das Gutachten der Sachverständigen nachgewiesen. Es steht auch schon in dem Geschäftsbericht; es waren  $4\frac{1}{2}$  Millionen Pfund Roheisen vorhanden; aus  $4\frac{1}{2}$  Millionen Pfund Roheisen lassen sich unter Mitverarbeitung von Schrotteisen  $3\frac{1}{2}$  Millionen Pfund Stabeisen machen; man rechnet, daß zur Herstellung von  $3\frac{1}{2}$  Millionen Pfund Eisen 4 830 000 Pfund Roheisen erforderlich sind. Nach dem Gutachten der Sachverständigen Selwig und Reidemeister waren beinahe 4 Millionen Pfund Stabeisen und ähnliche Fabrikate fest bestellt, also noch mehr, als im Geschäftsbericht angeführt war; also konnten die sämtlichen sub a und b angeführten Eisen- und Schrottvorräthe zur Ausführung dieser Bestellungen verbraucht werden, ja, sie reichten nicht einmal dazu aus. Auch die sub c erwähnten alten Schienen waren dazu verwendbar, aber bei denen ist trotzdem eine besondere Abrechnung gemacht, weil bei diesem Posten die Differenz vielleicht zu erheblich war; diese Abrechnung, die der Mitangeklagte Fehland nicht wollte, ist auf Veranlassung des Aufsichtsraths hineingesetzt. Also, da eben diese Bestellungen fest vorlagen, so wußte der Aufsichtsrath, daß er diese Quantitäten Eisen u. s. w. zur Ausführung dieser Aufträge verwenden und dabei noch einen guten Verdienst über den hier angegebenen Werth hinaus haben würde. Ein nothwendiger Faktor in dieser Berechnung waren allerdings die Herstellungskosten; da mußten die Mitglieder des Aufsichtsraths sich aber, da sie selbst keine technischen Sachverständigen waren, auf die Behauptungen und Ausführungen des Direktors Fehland verlassen. Fehland sagte:  $37\frac{1}{2}$  Thlr. sind die Herstellungskosten für 1000 Pfund. Hier hat der Sachverständige Meyer mündlich bestätigt, daß allerdings bei einer intelligenten Leitung damals die betreffenden Fabrikate zu dem Preise von 37 bis 38 Thlr. hergestellt werden konnten. Jedenfalls hatte der Aufsichtsrath keinen Grund, in die Berechnungen Fehland's Zweifel zu setzen. Es ist ihnen von dem Herrn Staatsanwalt der Vorwurf gemacht, daß sie sich nicht sagten: ja, das kann ja nachher doch mehr kosten, das sind ja Zukunftsberechnungen, darauf durfte der Aufsichtsrath sich nicht einlassen! Ja, meine Herren, wenn das richtig wäre, dann hätte überhaupt der ganze Paragraph in den Statuten keinen Sinn. Daß die richtigsten und zuverlässigsten Berechnungen durch Umstände durchkreuzt werden können, ist unbestreitbar, aber das würde eben jede Berechnung auf Grund dieses Paragraphen ausschließen. Nun hat der Herr Staatsanwalt darauf hingewiesen, daß ja die Herstellungskosten in dem folgenden

Jahre sich wirklich höher herausgestellt haben. Das ist ja allerdings, wie schon mehrfach zur Sprache gekommen, ein betrübender Umstand. Es ist schon die Andeutung gemacht, wodurch derselbe eingetreten ist; jedenfalls konnte der Aufsichtsrath damals das nicht vorhersehen. Er hat ja aber, wie bereits ausgeführt, diese Vorräthe auch nicht nach dem vollen Werthe angenommen, den sie in Rücksicht auf die Realisirung gehabt haben würden, sondern er hat sich aus diesen glänzenden Gewinn verheißenden Ausichten nur das Recht genommen, diesen Paragraphen insoweit anzuwenden, daß er die Einkaufspreise beibehielt und zwar einer nur sehr unbedeutenden Differenz gegenüber, wie in dem Gutachten, soweit es überhaupt möglich ist, festgestellt wird. Der Herr Staatsanwalt hat herausgerechnet, es wären diese Beträge durchschnittlich um 15% höher gewesen (nicht 40%, wie in der Anklage steht, das ist aufgegeben); aber er meinte, das wäre immer noch ein Bedeutendes über den damaligen Marktpreis. Es ist bereits früher zur Sprache gekommen und in diesem Gutachten ebenfalls klargestellt, daß es eigentliche Marktpreise in Braunschweig über diese Gegenstände nicht gab, daß man sich nur an die gängigen Preise größerer Städte halten und sich durch sachmännische Zeitschriften darüber belehren konnte. Nach dieser Methode haben nun die Sachverständigen so gut als möglich das Verhältniß der damals gängigen Preise zu den buchmäßigen Einkaufspreisen der betreffenden Materialien berechnet, und diese Berechnungen in dem Gutachten ergeben als Resultat durchschnittlich nur eine Differenz von 4 bis 5%, keineswegs aber die von dem Herrn Staatsanwalt behauptete 15% Differenz. Nun will ich an das erinnern, was die Angeklagten Salomon und Koch in Bezug auf diesen Punkt vom kaufmännischen Standpunkte hier ausführten. Sie sagten: wir müssen so rechnen, wenn wir bei Aufstellung der Bilanz nicht zu den unglücklichsten und fehlerhaftesten Resultaten kommen wollen. In diesem Falle war allerdings das Eisen billiger geworden, als der Preis, zu dem man früher gekauft hatte; aber es kann auch der umgekehrte Fall eintreten; das Eisen kann billig gekauft sein und später im Preise bedeutend steigen. Wir haben ja von dem Sachverständigen Meyer gehört, was für bedeutende Schwankungen im Steigen und Fallen der Eisenpreise vorgekommen sind. Wenn nun die Gesellschaft Eisen zu fabelhaft billigen Preisen früher gekauft und auf Grund derselben Abschlüsse gemacht hätte, wonach sie Fabrikate zu ebenfalls verhältnißmäßig billigen Preisen hätte liefern müssen, und wenn dann zur Zeit der Bilanzaufnahme, wo sie an diese Verträge und Bestellungen gebunden war, das Roheisen bedeutend im Preise gestiegen wäre, sollte dann etwa — ich möchte bitten, daß der Herr Staatsanwalt mir diese Frage beantwortete — der Aufsichtsrath verpflichtet sein, nun

in der Bilanz dieses Eisen nach dem Marktpreise so viel höher anzusetzen? woraus sich denn bei so großen Quantitäten natürlich eine bedeutend höhere Dividende ergeben würde, während man doch jene früher geschlossenen Verträge zu erfüllen hätte. Die Gesellschaft würde sich dann einen Scheingewinn herausrechnen, den sie auszahlen müßte, und würde in die größten Nachtheile gerathen.

Der Aufsichtsrath hat also ganz korrekt gehandelt, wenn er im Sinne der Statuten die bereits abgeschlossenen Verträge und Bestellungen bei Schätzung jener Eisenvorräthe berücksichtigte, und das ist auch in dem wiederholt erwähnten Gutachten der Herren Selwig und Reidemeyer ausdrücklich anerkannt. Es ist nicht unsere Aufgabe, alle die einzelnen Fragen und Antworten dieses Gutachtens hier eingehend zu prüfen; wir haben uns an das Schlussergebnis zu halten, zu welchem die Sachverständigen gelangt sind, und welches ich hier noch einmal vorlesen will:

„Indem wir, dem eigenthümlichen Charakter des Welteisenmarktes Rechnung tragend, von Auffindung sogenannter Marktpreise für Braunschweig absehen, weil dieser Platz, außerhalb des großen Marktes stehend, nur anlehnend sich verhalten und seine Richtschnur aus den Preisbewegungen der großen Märkte, namentlich des englischen, entnehmen kann, bezeichnen wir die eingestellten Werthe der Positionen a, b und c der Bilanz entgegen der Anklage mit Rücksicht auf die für die Realisirung bestanden habenden Aussichten als zutreffend und keinesfalls zu hoch bemessen, gegen die, die Richtigkeit der Kalkulation des Herrn Direktor Fehland selbst vorausgesetzt, bei Aufstellung der Bilanz kein Einspruch zu erheben stand.“

Ich glaube, meine Herren, daß hiernach die angeklagten Mitglieder des Aufsichtsraths vollkommen legal gehandelt haben; mindestens wird man ihnen unter Berücksichtigung des Inhalts der Statuten, der Aussprüche der Sachverständigen und im Hinblick auf die ganze Art ihres Verfahrens, insbesondere die erfolgte Zuziehung der Generalversammlung — keine rechtswidrige Absicht beimessen können, und ich begreife in der That nicht, wie nach alledem von Seiten der Staatsanwaltschaft die Behauptung, daß in jenem Verfahren ein Betrug vorliege, noch aufrecht erhalten werden konnte. Man muß doch auch fragen: welche Motive hatten die Angeklagten, dieses zu thun? man muß doch, wenn man jemanden eines derartigen Verbrechens für verdächtig hält, zuerst fragen: was für einen Nutzen hat er denn davon zu erwarten gehabt? Gewiß sind ja in der Anklage verschiedene Motive ausgeführt; das eine hat der Herr Staatsanwalt selbst preisgegeben, welches allerdings etwas komisch war, daß die Angeklagten

aus purer Liebe und Freundschaft für Fehland ihm mit Gewalt eine kleine Lantieme zuwenden wollten und deshalb eine falsche Bilanz aufstellten. Auch von einer Benachtheiligung und Täuschung der Aktionäre ist in der Anklage die Rede; aber die Generalversammlung derselben war ja vor Allem informirt und hatte selbst zugestimmt. Als Hauptmotiv stellt der Herr Staatsanwalt hin: die Angeklagten hätten sich Credit verschaffen wollen. Meine Herren, wenn das Werk damals wirklich, wie es der Herr Staatsanwalt darstellt, in einer so prekären Lage gewesen wäre, so müßten doch die Angeklagten wenigstens, um strafbar zu sein, Klarheit darüber und das Bewußtsein davon gehabt haben. Daß sie das nicht gehabt haben, beweist die ganze Bilanz. Die Credite, welche sie nöthig hatten, konnten sie durch ihre nahe Verbindung mit der Creditanstalt bekommen; ihre Waarenvorräthe, ihre Gebäude u. s. w. boten hinlängliche Sicherheit und waren, wie aus dem Geschäftsbericht ersichtlich, damals keineswegs übermäßig mit Hypotheken belastet. Ueberhaupt hatten die Angeklagten keinen Grund, ihre Lage bereits für eine solche zu halten, daß sie creditlos wären. Das Geschäft stand noch in der höchsten Blüthe; von dem furchtbaren Rückschlag, der in der Folge eintrat, hatte man damals noch keine Ahnung. Wenn die Preise etwads gesunken waren, so hielt man das für vorübergehend, und kein Mensch dachte damals, daß ein so furchtbarer Stillstand in dieser Branche eintreten würde. In Folge der abgeschlossenen Lieferungskontrakte sahen sie bedeutenden Einnahmen entgegen; was hatten sie in dem Augenblicke für ein Bedürfniß, sich künstlich Credit zu verschaffen? Und, meine Herren, glauben Sie denn, daß man sich auf diese Weise Credit verschaffen kann? Hier hat allerdings Zeuge Stooß gesagt, ihn hätte die Bilanz zu seiner Creditgebung bestimmt, — beiläufig bemerkt, hat man ihn nicht gesucht, er hat selber die Anstellung gemacht. Es ist ihm entgegengehalten, daß er möglicherweise sich selbst gar nicht informirt hätte, sondern sein Compagnon, und da kam es im Laufe seiner Aussage vor, daß er sich selbst über eine Person in Magdeburg befragte, die er gefragt hätte, wie es mit dem Braunschweiger Walzwerk stehe, und welcher er nachher Vorwürfe gemacht hätte, daß sie ihn habe „hereinfallen“ lassen. Was kann man auf solche Aussagen geben? — Ich glaube also, daß auch in dieser Hinsicht von irgend einem wahrscheinlichen Motiv keine Rede sein kann. Wäre es nicht ein Wahnsinn gewesen, wenn diese Männer, welche alle in günstigen Verhältnissen waren, welche unbescholten dastanden und einen ehrenvollen Namen einzufügen hatten, sich sämmtlich dazu herbeigelassen hätten, wissentlich eine falsche Bilanz zu machen, sich der Anklage des Betruges auszusetzen, bloß um für sich selbst ein paar Procent Dividende zu erhalten, Herrn Fehland

ein paar Prozent Lantideme zuzuwenden und ihrer Gesellschaft einen Credit zu verschaffen, von dem sie damals nicht glauben konnten, daß sie ihn nöthig hätten? Das wäre doch eine wahrhaft wahnsinnige Handlungsweise vom Standpunkte ihres Interesses gewesen. Sie hatten ja selbst noch Aktien, sie haben, wie konstatirt ist, zum Theil namhafte Geldopfer für die Erhaltung des Unternehmens gebracht, — wäre es da nicht Wahnsinn gewesen, sich eine Dividende von 15% herauszurechnen, wenn sie das Bewußtsein gehabt hätten, daß sie dadurch binnen Jahresfrist den Bankerott der Gesellschaft herbeiführen würden? So dumm sind doch die Leute nicht gewesen, das wird ihnen ihr grimmigster Gegner nicht nachsagen können.

Nun möge man bedenken, wie lange diese Anklage sich hingezögert hat, wie viel in der Zwischenzeit geschehen ist, um die Ansichten über die in Betracht kommenden Rechtsfragen zu klären, wie viel von der Wissenschaft und der öffentlichen Meinung geschehen ist, um die Vorurtheile zu beseitigen, die man in Bezug auf solche Fälle früher hatte. Man denke an das Vorspiel, welches der hier verhandelte große Prozeß der Wagenbauanstalt gegeben hat; man denke an alle die übrigen Umstände, welche für die Angeklagten unsere Theilnahme erwecken müssen, an die furchtbaren Seelenleiden, welche sie in Folge der langen Hinzögerung der Entscheidung zu tragen hatten! Ist es da nicht hart, daß, nachdem nun schon so viel Beweismaterial für ihre Unschuld zu Tage gefördert ist, diese Anklage noch mit solcher Energie aufrecht erhalten wird? In der That, ich glaube, diesen Männern schuldet man eine Genugthuung, daß sie überhaupt auf der Anklagebank sitzen; sie gehören nicht dahin! — Sie haben Jahre lang hindurch namenlos unter der Last dieser Anklage gelitten; sie mußten sich scheuen, unter Menschen zu gehen: wenn sie von ungefähr einem Bekannten begegneten, mußten sie sich fragen: hält der dich nicht am Ende auch für einen Betrüger? So waren sie überall, bis in den Schooß ihrer Familie, von diesem Alp, diesem Gespenst einer schmachvollen Anklage verfolgt. Wenn man das Alles bedenkt, sollte man da nicht eher Freude empfinden, auch vom Standpunkt der Staatsanwaltschaft aus, wenn man sieht, daß sich alle diese Beschuldigungen eigentlich in Nichts auflösen, auf juristische Phantasien, kriminalistische Hirngespinnste, künstliche Konstruktionen einerseits, leichtfertige Aussagen einiger interessirter Personen andererseits hinauslaufen? — Um so fester gebe ich mich der Hoffnung hin, daß dieser hohe Gerichtshof durch sein Urtheil den Angeklagten endlich die lang-ersehnte gesetzliche Genugthuung geben und ihren guten Namen rehabilitiren wird.

Ich könnte hiermit schließen, halte es aber für meine Pflicht, da ich speziell den Angeklagten noch zu vertheidigen habe, einige Worte über



dessen besondere Stellung zu der Sache zu sagen. Herr Koch war Mitglied des Reichstags; er war gerade in der Zeit, wo diese Vorgänge stattfanden, sowohl in der Zeit, als gegründet worden ist, wie auch nachher, als die Bilanz festgestellt wurde, im Dienst des Vaterlandes fast fortwährend von hier abwesend. Er wußte, daß sich eine Gesellschaft zum Ankauf und Betrieb der Fehland'schen Fabrik bildete; er wußte, daß an der Spitze dieser Gesellschaft die Braunschweigische Creditanstalt stand, in deren Direktorium hoch angesehenen Männer, darunter zwei Juristen, saßen. Konnte Herr Koch nun wohl glauben, daß eine solche Anstalt ihn zur Theilnahme an einem gesetzwidrigen Geschäft auffordern würde, an einer Gründung, welche auf Betrug hinauslief? Das kann man gewiß nicht von ihm verlangen, daß er einen derartigen Verdacht hegen und Untersuchungen darüber anstellen sollte. Er hat von einer Provision damals nichts gewußt, man kann ihm das glauben, er hat es behauptet und Niemand hat ihm widersprochen. Es war ihm das ziemlich gleichgültig; er wollte eine feste Vermögensanlage haben. Er hat später das, was er von dieser Provision, die er für vollkommen rechtmäßig hielt, bekommen hat, und noch mehr geopfert, um die Gläubiger der Gesellschaft zu befriedigen. Lantième konnte er nicht erhalten, weil die Mitglieder des Aufsichtsraths nach dem Inhalt des Statuts und des Gesetzbuchs im ersten Geschäftsjahr keine Lantième erhalten sollten. Er hat nicht zu den Mitgliedern des Aufsichtsraths gehört, welche die Vorprüfung der Bilanz besorgten, er war also nicht in der Lage, die einzelnen Posten zu prüfen; er fand die Resultate bei seiner Ankunft von Berlin vor. Er hat sich im Wesentlichen nur bei der Frage über die Anwendung des §. 19 betheiligt, welche zunächst im Aufsichtsrath erörtert und in der Generalversammlung entschieden wurde, indem er das Prinzip, welches er für richtig hielt, vertreten hat. Das ist seine ganze Betheiligung an der Sache gewesen. Ich beantrage seine Freisprechung.

#### Angeflagter Obergerichtsadvokat Haessler.

Gestatten Sie mir, meine Herren, zunächst eine persönliche Bemerkung, anknüpfend an die tief empfundenen Worte, die mein geehrter Voredner eben gesprochen hat. Wenn man, wie manche von uns, dem öffentlichen Leben in der Politik, in der Commune und in der gewerblichen Thätigkeit nahe gestanden hat, — ich rechne dazu auch die Thätigkeit, die ich eine Zeit lang bekleidet habe als Direktor eines größeren Geldinstituts, — so muß man es sich ja gefallen lassen, daß die Bosheit und der Unverstand mancherlei Angriffe gegen einen schleudert; man lernt sich gegen derartige Angriffe wappnen, man lernt sie schließlich verachten. So ist

es uns wohl in vielen Beziehungen gegangen. Ganz neu ist allerdings für alle von uns der Angriff auf unsere bürgerliche und geschäftliche Ehre gewesen, der Angriff, der hier unter dem Mantel des Rechts gegen uns gemacht wird, und wir haben allerdings wohl Veranlassung gehabt, die Sache so tragisch zu nehmen, wie sie mein geehrter Herr Vorredner geschildert hat, namentlich wenn man vielleicht nach Charakter und Konstitution nicht mit den allerstärksten Nerven begabt ist. Indessen lernt man sich auch gegen derartige Angriffe wappnen, wenn man sieht, woher sie stammen, wie sie aus derselben Leidenschaftlichkeit, aus denselben Verirrungen abzuleiten sind, welche die Angriffe jener ersten Art verrathen und erzeugen; und wenn man andererseits sieht, daß die öffentliche Meinung denn doch nicht auf der Seite dieser Angriffe steht, — das ist eine Ueberzeugung, die wir, glaube ich, gewinnen dürfen aus den mancherlei Erkenntnissen, die ja in dieser selben Streitfrage, welche heute ventilirt wird, ergangen sind, Erkenntnisse, die uns bereits freigesprochen haben von jeder Schuld; und dieselbe Ueberzeugung, glaube ich, dürfen wir auch schöpfen aus dem Ausdruck der Sympathie und dem Ausdruck der lebhaften — Verwunderung — will ich sagen —, die noch in den Tagen dieser Verhandlung hier aus dem Munde vieler von denen uns gekommen sind, welche diesen Verhandlungen beigewohnt haben.

Ich kann nun nicht umhin, meine Herren, so wie ich die Aufgabe hatte als Bertheidiger in der ersten Anklagesache wegen der Eisenbahnwagenbauanstalt, einen Blick zu werfen auf die Genesis der Anklage, so auch in diesem Falle zu fragen: wie ist es denn möglich gewesen, daß diese Anklage gegen uns erhoben ist, wie hat denn diese Anklage bis hierher geführt werden können? wie ist es denkbar, daß noch Anträge gegen uns gestellt sind? Meine Herren, es hat ja allerdings eine Zeit gegeben, wo die sogenannte Gründerhege in reicher Blüthe stand; das waren die Jahre, als das erste Mißgeschick über die Industrie hineinbrach, 1874, 1875. Nun ist ja auch damals die hier vorliegende Materie mit angegriffen. Es war unter dem 11. März 1875, wenige Wochen nachdem die Gesellschaft des Braunschweiger Walzwerks ihre Insolvenz hatte anzeigen müssen, daß die Herzogliche Staatsanwaltschaft in Braunschweig durchaus pflichtmäßig einen Antrag an den Untersuchungsrichter stellte auf Einleitung einer Voruntersuchung wegen Bankrotts, und sollte die Voruntersuchung gerichtet werden gegen den verantwortlichen Dirigenten Fehland. Es wurden Ermittlungen angestellt, insbesondere wurde Fehland, der inzwischen von Braunschweig fortgegangen war, zu einer verantwortlichen Aeußerung aufgefordert, und er hat unter dem 1. Juni 1875 ein Exposé gegeben, auf welches ja auch Bezug genommen ist. In diesem Exposé nahm Fehland dieselbe Stellung zur Sache ein, die ich bereits bei meiner persön-

lichen Vernehmung charakterisirt habe, indem er, um sich gegen die Anklage der Herbeiführung eines schuldbaren Bankerotts zu vertheidigen, den Versuch machte, alle Schuld auf die Mitglieder des Aufsichtsraths, auf die Gründer, auf die ersten Zeichner zu wälzen, indem er alle diejenigen Thatfachen, die hier Gegenstand einer Anklage geworden sind, die Behauptung, daß die Provision versteckt gewesen, daß er selbst damit überrascht worden, daß er gewissermaßen das Opferlamm dieser Gründung geworden, damals sehr weitläufig ausführte. Trotzdem, meine Herren, hat das öffentliche Ministerium durchaus keinen Grund gefunden, in diesen attennmäßig gewordenen Mittheilungen irgendwie ein Indizium zu finden gegen die Mitglieder des Aufsichtsraths oder gegen die ersten Zeichner, es ist vielmehr ganz ruhig die Untersuchung wegen des Bankerotts fortgeführt. Sie wurde durch Vernehmung von Sachverständigen schließlich zu Ende geführt und dann an die Herzogliche Oberstaatsanwaltschaft darüber berichtet; ich glaube, es wird im Juni oder Juli 1876, also nachdem diese Voruntersuchung 1 $\frac{1}{4}$  Jahr geschwebt hatte, geschehen sein. Es ist darauf ein Reskript der Herzoglichen Oberstaatsanwaltschaft vom 15. August 1876 gekommen, worin ausgeführt wird, daß die Anklage wegen Bankerotts gegen den Dirigenten Fehland juristisch unbegründet sei, weil die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sich nicht beziehen können auf den Dirigenten einer Aktiengesellschaft, sondern nur auf den Einzelkaufmann. Das Reskript schließt dann nach diesen Ausführungen mit der Aufforderung an die Herzogliche Staatsanwaltschaft in Braunschweig, nunmehr aber in Ueberlegung zu nehmen, ob nicht gegen die Gründer und ersten Zeichner des Braunschweiger Walzwerks wegen eines indizirten Betruges, der begangen sei durch Verschleierung des Kaufpreises, vorzugehen sei. Meine Herren, es ist mindestens ein eigenthümlicher Zufall, daß unter dem 28. Juli, also 14 Tage vorher, der Artikel in dem „Braunschweiger Volksfreund“ erschienen war, von dem ich vor dem Schluß der Beweisaufnahme Notiz habe nehmen lassen; der Artikel, der eine Denunziation in den beleidigendsten Ausdrücken gegen die ersten Zeichner und gegen die Gründer des Braunschweiger Walzwerks enthält und der mit den emphatischen Worten schließt: „Herr Staatsanwalt, liegt hier kein Betrug vor?“ Ich finde, meine Herren, einen Zusammenhang darin; der Zusammenhang zwischen dieser Voruntersuchung und diesen Denunziationen des socialdemokratischen Agitators ist allerdings viel verhüllter als in der Untersuchungssache in Betreff der Braunschweigischen Eisenbahnwagenbauanstalt, wo er klar am Tage lag, wo wie ein rother Faden sich hindurchzog die Denunziation dieses Agitators und seiner Helfershelfer. Dies ist hier nicht geschehen; der Herr Staatsanwalt ist so vorsichtig gewesen, den Artikel nicht zu den Akten zu brin-

gen, — zufällig ist er ja nachher auf anderem Wege doch in die Akten gekommen. Daß aber die Herzogliche Oberstaatsanwaltschaft den „Volksh-freund“ lieft, wissen wir aus dem Reskript vom 8. Juni 1877, das aus den Akten in die Manualakten der Herzoglichen Staatsanwaltschaft gewandert ist. — Die Herzogliche Staatsanwaltschaft hatte nunmehr ihre Direktive erhalten. Es existirte ja damals bereits eine gewisse staatsanwalt-schaftliche Praxis in Gründersachen; es war bereits ein Handbüchlein er-schienen für Staatsanwälte — und solche, die es werden wollen —, in welchem die hauptsächlichsten Entscheidungen in Gründersachen zusamen-gestellt waren — ich halte das Buch hier in der Hand — und es war kurz vorher, vor dieser Anweisung der Herzoglichen Oberstaatsanwaltschaft, auch in Magdeburg eine bemerkenswerthe Entscheidung ergangen in einer An-klagesache, die Gründung einer dortigen Maschinenfabrik betreffend. Das Königliche Kreisgericht hatte freigesprochen, weil es angenommen hatte: es ist nicht erwiesen, daß geschädigte Aktionäre vorhanden sind, welche durch den Prospektus in Irrthum versetzt sind; das Königliche Appellationsgericht in Magdeburg hatte, nachdem neue Beweisaufnahme — wie es nach dem preußischen Strafprozeß zulässig ist — veranstaltet war, angenommen, daß durch die neu vernommenen Zeugen dieser Beweis geliefert sei. Diese Erkenntnisse sind ergangen, das erstere im Oktober 1875, das letztere im Mai 1876, also kurz vor diesen Thatfachen, die uns hier in dieser Sache vorliegen. Es war damit der Herzoglichen Staatsanwaltschaft in Braun-schweig ein Wink gegeben, daß man vor allen Dingen für geschädigte Aktionäre zu sorgen habe, und es ist denn auch der erste Akt in der Vor-untersuchung Seitens der Herzoglichen Staatsanwaltschaft gewesen ein Requi-sitorium vom 11. September an die Herzogliche Polizeidirektion, man möge nachforschen, ob nicht irgendwo geschädigte Aktionäre, das heißt solche, die sich durch die Zeichnung der Aktien geschädigt hielten, zu finden seien. Ehe von der Herzoglichen Polizeidirektion, so weit sich aus den Akten ersehen läßt, darüber Auskunft ertheilt wurde, ist dann in den Untersuchungsakten das erste Protokoll zu finden vom 23. September 1876, wonach der Partikulier Stegmüller citirt erschien und ganz in der künstlichen Logik, die ich nachher noch zu betrachten haben werde, seine Täuschung als Aktien-käufer dokumentirte. Es ist dann unter dem 2. Oktober ein fernerweites Requisitorium an den Herrn Untersuchungsrichter ergangen, er möge mit den Vernehmungen derartiger geschädigter Aktionäre beginnen. Nachdem auf diese Weise der Untersuchungsrichter mit der Sache befaßt war, und man hätte denken sollen, die Herzogliche Staatsanwaltschaft würde nun dem Rechte seinen Lauf gelassen haben, die Voruntersuchung so haben führen lassen, wie die Strafprozeßordnung es vorschreibt, so sind dann die an-

deren Zeugen in Absätzen von wenigen Tagen von dem gegenwärtigen Vertreter der Staatsanwaltschaft der eine nach dem andern vernommen worden; der eine giebt den andern als neue Auskunftsperson an, der wird dann vorgeladen und vernommen, und so geht die Reihe weiter. Es ist merkwürdig, daß dieselbe künstliche Logik sich durch alle diese Protokolle hindurchschlingt. Nun hat der Herr Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft es unternommen, dieses Verfahren hier rechtfertigen zu wollen. Es ist freilich der Punkt schon von einigen meiner Herren Kollegen erwähnt, ich muß aber doch darauf zurückkommen, weil es mir im Interesse des Rechts geboten zu sein scheint, daß diese Frage hier ganz gründlich verhandelt werde.

Es hat der Herr Vertreter der Herzogl. Staatsanwaltschaft sich darauf berufen, daß die Staatsanwaltschaft denn doch das Recht haben müsse, sich zu instruiren; sie sei nicht mit einer chinesischen Mauer umgeben, über die hinaus sie nicht gehen dürfe mit ihren Maßregeln. Ich gebe das zu; gewiß, der Herzogl. Staatsanwaltschaft stehen dazu ja Mittel zu Gebote, sie hat die Polizei zur Verfügung, sie kann selbst Polizeianordnungen treffen. Indessen handelt es sich denn darum? Der §. 27 der Strafprozeßordnung verbietet, daß die Herzoglichen Staatsanwälte Zeugen vorladen und vernehmen sollen. Es ist das offenbar eine Bestimmung, die einestheils den Zeugen gegenüber, um sie vor Beeinflussung zu schützen, und andererseits dem Angeklagten gegenüber, gegen welchen Zeugen vernommen werden sollen, mit einer unübersteiglichen Mauer der Pflicht- und Gesezestreue die Herzogliche Staatsanwaltschaft umgeben soll! — Und diese Mauer ist in diesem Falle meiner Meinung nach in flagrantester Weise überschritten! Es hat sich nicht darum gehandelt, zu ermitteln, ob dieser oder jener Aktien gekauft und ob er allenfalls obiter behauptet hat, er sei im Irrthum gewesen; nein, es sind die Zeugen ausdrücklich über ihre sämtlichen Motive und den Gedankengang, der ihnen vorgeschwebt, verhört und sind die Protokolle aufgenommen und an den Herrn Untersuchungsrichter als Theil der Akten überreicht. Nun sagt der Herr Vertreter der Staatsanwaltschaft: weshalb hat denn der Untersuchungsrichter sich das gefallen lassen? weshalb hat er sich damit begnügt? er hätte ja noch einmal die Zeugen vernehmen können. Nun, ich gebe zu, der Herr Untersuchungsrichter hat durchaus nicht korrekt gehandelt; meiner Meinung nach hätte er sofort mit einer fulminanten Beschwerde sich dagegen verwahren müssen, daß der Herr Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft in seine Prärogative der Untersuchungsführung eingegriffen hatte. Daß der Herr Untersuchungsrichter aber, nachdem er vollständig fertige Protokolle vor sich hatte, die eigentlich alles enthalten, was gewünscht werden konnte, um über die Ansicht der Aktionäre etwas zu erfahren, es

hätte unternehmen sollen, diese Leute noch einmal vorzuladen, sie vielleicht nach einer anderen Richtung zu inquiren, das, meine Herren, würde der Würde der Gerichte und der Achtung vor denselben wenig entsprochen haben, und ich glaube also, es ist dem Herrn Untersuchungsrichter ebensowenig ein Vorwurf daraus zu machen, als der Herr Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft sich damit entschuldigen darf. Ich hätte allerdings erwartet, daß der Herr Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft eine Entschuldigung geltend gemacht hätte, die aber nicht vorgebracht ist; das ist nämlich, daß sein hoher Vorgesetzter, der „Wächter der Strafgesetze“ in diesem Lande, offenbar in seinem Vorgehen gar nichts Ungesetzliches oder Bedenkliches gefunden hat. Die Akten sind bei der Herzoglichen Oberstaatsanwaltschaft wiederholt gewesen; ich finde keine Spur darin, daß ihm ein Verweis ertheilt oder Disziplinaruntersuchung gegen ihn eingeleitet wäre; im Gegentheil, die Herzogliche Oberstaatsanwaltschaft hat ja, wenn es wahr ist, daß die Anklage auf deren ausdrückliches Verlangen weiter verfolgt ist, alle diese Ermittlungen bestens acceptirt. Ich werde auf den Inhalt dieser Zeugnisaussagen zurückzukommen noch weiter Gelegenheit haben.

Es hat sich darauf die Untersuchung weiter fortgesponnen im langsamen, schleppenden Gang, ohne irgend etwas Wesentliches herbeizuschaffen. Wir haben ja gesehen, welche Vorarbeiten in Bezug auf die Aufklärung der technischen Thatfachen geschehen sind, was für Sachverständige man vorgeschlagen hat. Man hat auch in Bezug auf Punkt 2 der Anklage kaum einmal den Angeklagten mitgetheilt, was man ihnen denn eigentlich zum Vorwurf machen wolle, d. h. in der Voruntersuchung, und dann ist dieselbe für geschlossen erklärt und die bekannte Anklage an das Herzogliche Kreisgericht gelangt. Von dem ist, wie bekannt, ein Erkenntniß ergangen, in welchem die erste Anklage als juristisch unbegründet zurückgewiesen ist. Dann hat der Herzogliche Kassationshof seine denkwürdige Entscheidung erlassen, ganz analog der früheren, durch welche jenes Erkenntniß kassirt, eine Verhandlung angeordnet und dieser verehrliche Gerichtshof für kompetent erklärt ist. Ich habe bei der Verhandlung der ersten Sache erklärt, daß ich bei allen diesen Akten vor einem psychologischen Räthsel stände. Die persönliche Betheiligung gewissermaßen, die ich jetzt in dieser Sache habe, hat mich veranlaßt, über dieses psychologische Räthsel etwas mehr nachzudenken, und da bin ich darauf gekommen, daß ich glaube, daß dieses ganze Vorgehen sowohl der höchsten Gerichte als auch des öffentlichen Ministeriums zurückzuführen ist auf ein großes Wort, welches mal ein geistreiches Mitglied des Obergerichts — das ihm übrigens nicht mehr angehört — aussprach, als ihn ein Freund auf die bedenkliche Gunst aufmerksam machte, mit der sozialdemokratische Anklagen behandelt zu werden schienen, das Wort: „Die

Leute müssen auch merken, daß es Richter giebt.“ Nun ja, es ist ja richtig und es ist gewiß ein schönes Zeichen, daß der Richter gerecht sein will auch gegen den Niedrigsten, aber wenn der Richter sich dieser Tendenz erst bewußt werden muß, wenn er diese seine Unparteilichkeit als Tendenz hinstellt dann läuft er meiner Ansicht nach die große Gefahr, daß seine angestrebte Unparteilichkeit gegen die Einen eine unbewußte Parteilichkeit gegen die Anderen wird. Und so glaube ich, ist es zu erklären, wenn gerade in Folge der Agitationen, in Folge der Denunziationen diese beiden Anklagen in den Gründerprozessen, die ja heute eigentlich ein Anachronismus sind, mit der Energie, wie geschehen, verfolgt werden. Und es ist wieder ein merkwürdiges Zusammentreffen, in Bezug auf die Entscheidung des Kassationshofes wegen Verweisung der Sache vor den hiesigen Gerichtshof, wenn kurz nachdem das Kreisgericht das Erkenntniß erlassen, wiederum in einem Artikel des „Volksfreundes“ (Nr. 124 vom 30. Mai 1878) gesagt wird: „Wenn es sich bestätigt, daß der Kreisgerichtsbeschluß vom gesammten Kollegium gefaßt ist, so dürfte, wenn das Obergericht den Kreisgerichtsbeschluß aufhebt, die Verweisung der Anklage an das Kreisgericht zu Wolfenbüttel zu erwarten sein.“ Man sieht, der Schriftsteller des „Volksfreundes“ hat eine gewisse Prophetengabe, er hat die Verweisung geahnt, nur daß er die Wolfenbütteler Lust für zuträglich für diese Anklage gehalten hat als die Helmstedter.

So ist es denn gekommen, daß wir auf die Anklagebank gewandert sind, und ich muß in Bezug auf den ersten Theil der Anklage, der mich speziell betrifft, noch eine kleine juristische Nachlese halten nach dem, was in beredter und geistreicher Weise von meinen Herren Vorrednern schon gesagt ist.

Da hat zunächst, was die juristische Seite der Gründung betrifft, der Herr Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft eine akademische Frage aufgeworfen. Er hat gefragt, was für die Beurtheilung der Sache ziemlich irrelevant ist: wie ist die Sache aufzufassen? ist hier wirklich ein Kaufpreis von 195 000 Thln. verabredet, oder ist, wie ich bei meiner Vernehmung gesagt habe, die Sache aufzufassen als eine Inserirung der persönlichen Verpflichtung Fehland's zum Abschluß des Kaufvertrags an die Gesellschaft. Der Herr Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft, der ja mit juristischen Begriffen spielend zu verfahren weiß, hat dabei allerdings in wenigen Sätzen hinter einander vollständig widersprechende Thesen aufgestellt. Als es sich darum handelte, daß er nachweisen wollte, es läge eine Fiktion des Kaufpreises vor, es sei eigentlich ein Kaufpreis von 140 000 Thln., da stellte er sich auf den Standpunkt, indem er sich auf den Artikel 211 des Handels-Gesetzbuchs berief, wonach damals eine Aktiengesellschaft noch gar nicht vorhanden gewesen war, daß ja unzweifelhaft die Gründer als die Käufer zu betrachten wären; als es sich dagegen darum handelte, zu unter-

suchen, ob eine Inferirung vorliege, da war auf einmal der Standpunkt vollständig verwandelt, da waren es nicht die Gründer, sondern die Aktiengesellschaft, welche gekauft hatte. Man sieht, wohin man bei derartigen spitzfindigen Ausführungen mit gutem Willen gelangen kann. Ich halte an der juristischen Auffassung vollständig fest, daß es sich in der That um eine Allation gehandelt hat, um ein Geschäft, welches in materie durchaus nicht von dem eigentlichen Einbringungsvertrage verschieden ist, den das Reichsoberhandelsgericht als korrekte Form für diese Gründungen bezeichnet hat, um einen Allationsvertrag, wie er ja z. B. bei einer Aktiengesellschaft vorgelegen hat, die Ihnen, meine Herren, recht nahe liegt, bei den Braunschweigischen Kohlenwerken, deren Objekt von der Herzoglich Braunschweigischen Landesregierung für 1 500 000 Thlr. an ein Consortium verkauft war und nachher zum Preise von 2 200 000 Thlrn. in eine Aktiengesellschaft verwandelt wurde. Es ist ja dieser Fall auch in der ersten Sache erwähnt, indem der Prospekt überreicht wurde, um nachzuweisen, daß nicht etwa bei dieser Allation nun die Käufer die Aufrichtigkeit begangen hätten, ihren Gewinn zu deklariren, zu sagen, wir haben 700 000 Thlr. dabei lukrirt, sondern daß sie nur einfach den Preis genannt haben, zu dem sie es inferirt hatten. Nun, ich denke, was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Wenn vermuthlich die Loyalität dem Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft verboten hat, einen Akt als Betrug hinzustellen, der unter den Augen der Landesregierung, man darf sagen mit deren Genehmigung vor sich gegangen ist, so, glaube ich, hat er auch kein Recht in diesem Falle, wo wir höchstens in der Form ein anderes Geschäft gemacht haben, uns vorzurücken, daß wir den von uns gemachten Gewinn nicht beziffert hätten. Soviel über die juristische Seite.

Was die geschäftliche Seite der Sache betrifft, so muß ich noch einmal wiederholen, was ich ebenfalls schon bei meiner Vernehmung gesagt habe, daß wir überzeugt gewesen sind, ein durchaus reelles, solides Geschäft zu begründen, daß eines der leitenden Motive, natürlich außer dem erstrebten Geschäftsgewinn, zu dem wir berechtigt waren, gewesen ist, ein gut situirtes, dem allgemeinen Nutzen dienendes gewerbliches Etablissement in erweitertem Umfange herzustellen. Und, meine Herren, daß wir in dieser unserer Ansicht nicht fehl gegangen sind, das, glaube ich, hat die Vernehmung des einen Zeugen hier auf das Deutlichste bekundet, des Herrn Elvers, von dem allerdings der Herr Vertreter der Herzogl. Staatsanwaltschaft meint, er sei wohl nur zufolge einer übergroßen Kühnheit so nachdrücklich in das Geschäft hineingegangen. Indessen, meine Herren, dieser Sachverständige, der die gesammten Verhältnisse des Braunschweiger Walzwerks aufs Genaueste gekannt, die Gründungsgeschichte, die Provision, wenn auch nicht



in ihrer Ziffer, aber doch in ihrer bedeutenden Höhe gekannt hat, dieser Sachverständige hat das Werk so taxirt, das Unternehmen in seiner Gesamtheit, nach seinem Umfange und seinem Bestande als in den Händen einer Aktiengesellschaft befindlich, so hoch taxirt, daß er über den Emissionskurs von 105 noch 33%, also beinahe den dritten Theil des Emissionskurses, welchen die ersten Zeichner als ihren Kaufpreis bezeichnet haben, dafür bezahlt hat. Reduziren wir das — denn es ist am Ende jedes einzelne Aktivum als verhältnißmäßig im Gesamtvermögen befindlich zu betrachten — auf das Objekt, welches die ersten Zeichner verkauft haben, so erhöht sich der Kaufpreis von 195 000 Thlr., den wir den Aktienkäufern gegenüber bezeichnet haben, auf 260 000 Thlr. Ich glaube also, man wird zugeben können und müssen, daß eine Gründung, welche von einem solchen Erfolge begleitet gewesen ist, daß ein gewiegter Sachverständiger wenige Monate nach der Gründung der Gesellschaft den Preis des Werkes so viel höher taxirte, — daß eine solche Gründung sicherlich eine recht solide gewesen ist, vielleicht solider als manche andere, die noch heute besteht. Es hat der Herr Vertreter der Herzogl. Staatsanwaltschaft mir heute vorgeführt, daß ich ja selber in der Prozeßsache Stegmüller gegen Creditanstalt angegeben habe, es habe ja jeder Laie sehen können, daß der wirkliche Werth des Werkes mindestens 60 000 bis 80 000 Thlr. weniger als 195 000 Thlr. sei, daß sich also Niemand habe einbilden können, er kaufe mit den 195 000 Thlrn. wirklich dem wahren Werthe entsprechend.

Nun, meine Herren, ich glaube, das ist vollständig konsequent und stimmt auch mit der Thatsache ganz genau überein, daß der Buchwerth für Fehland nur 110 000 Thlr. war. Ich bin allerdings der Meinung, wenn einer der Partikuliers, die hier gestanden haben, hingegangen wäre und sich das Fehland'sche Grundstück angesehen hätte, er wohl hätte zu der Erkenntniß kommen können, obgleich ich zugeben will, daß für einen Nicht-Sachverständigen manches in einem solchen Werke enthalten ist, was der oberflächlichen Anschauung entgeht, manches, was an Maschinen, alles, was unter der Erde sich befindet, u. dergl.

Dann hat aber auch noch der Herr Vertreter der Herzogl. Staatsanwaltschaft gemeint: ja, wenn man nun auch hier nicht von einem wirklichen Werthe sprechen wollte, sondern wenn man mit den 195 000 Thlrn. auch den Spekulationswerth bezeichnete, so sei das ein ganz ungefangener Fisch — um mit meinem Herrn Vorredner zu reden, — so könne man sich unmöglich darauf berufen und jemandem zumuthen, er solle diese Hoffnung so hoch bezahlen. Nun, meine Herren, der Begriff des Spekulationswerthes, oder besser Rentenwerthes, ist doch auch ein künstlicher Werth; wenn man ein Spekulationsobjekt besitzt, hat es darum nicht gerade den Preiswerth, zu

dem man es verkaufen kann in Rücksicht auf die Spekulation? Also, wenn auch wirklich nicht 195 000 Thlr. der Werth war — ich gebe zu, daß hier ein Rentenwerth vorhanden war —, so war doch nicht der geringste Grund, nun zu sagen: wir wollen diesen Rentenwerth umsonst hingeben und nur unsere baaren Auslagen, den wirklichen Kaufpreis, haben. Ich glaube also, alle diese Ausführungen, die gegen den juristischen und geschäftlichen Theil der Gründung gemacht sind, sind völlig hinfällig.

Es kommt nun aber die Hauptsache, der Prospekt, der soll es sein, wodurch der Betrug hier begangen sein soll. Nun ist ja die Definition des Betruges von der Anklage selbst schon dargestellt: die absichtliche Täuschung zur rechtswidrigen Bereicherung des Täuschenden mit einer absichtlichen Schädigung des Getäuschten, und es wird darauf ankommen, ob diese Kriterien vorhanden sind. Ich glaube weiter gehen zu können, wie einer der Herren Vorredner, die im Wesentlichen sich nur negativ verhalten haben und gemeint haben, es sei auszusprechen, daß diese Kriterien fehlen. Ich glaube, behaupten zu können: es ist die Nichtexistenz dieser Kriterien streng nachgewiesen, und ich möchte allerdings bitten, daß der verehrliche Gerichtshof, wenn er sich dazu in formeller Beziehung für berechtigt hält, gerade zu unserer Satisfaction in seinem Urtheile dies mit möglichster Schärfe aussprechen möchte, daß in allen Beziehungen der Gegenbeweis gegen die Behauptungen der Staatsanwaltschaft geliefert ist.

Was zunächst die Täuschung, den Irrthum, in welchen einzelne Personen versetzt sein sollen, betrifft, so sind die fünf Zeugen, die hier gestanden haben, von den Herren Vorrednern schon genügend charakterisirt; sie haben indessen einen Akt der Gerechtigkeit zu üben übersehen gegen den einen Zeugen, Stöffregen, der ehrlich und aufrichtig hier erklärt hat: ja, ich glaube wohl, wenn ich das so genau gewußt hätte, dann hätte ich nicht gezeichnet, aber behaupten kann ich das nicht. — Ich glaube, meine Herren, der Mann hat ehrlich gesprochen, wie es seine Pflicht war, er ist sich bewußt gewesen, daß es nicht möglich ist, sich in eine Zeit zurückzuversetzen, 4 bis 5 Jahre rückwärts, und zu sagen, wie die Gedanken gewesen wären, die man hätte haben können, wenn man die eine oder andere Thatfache erfahren hätte. Die anderen Herren sind ja allerdings mit mehr oder weniger Bestimmtheit in einer anderen Richtung vorgegangen. Merkwürdig ist dabei, daß so verschiedene Besarten in den Aussagen dieser Zeugen vorkommen. Wir haben gehört, daß sie hier ausgesagt haben: wir haben die 5% Agio über den Paricours für den Gründergewinn gehalten, wir haben darin die Provision gesehen, die im Eingange des Prospekts erwähnt wird, was allerdings nicht recht verständlich ist. Der Zeuge Stegmüller hat in den Akten des Civilprozesses davon auch nichts gesagt, sondern er hat da angegeben, die

195 000 Thlr. für den wahren Kaufpreis gehalten zu haben, wobei er in der dabei erwähnten Provision eine Provision für irgend Jemand anders als für die Gründer erblickt haben will und nur adminiculirend die 105% nannte. In den Protokollen, die der Herr Vertreter der Herzogl. Staatsanwaltschaft aufgenommen hat, ist allerdings eine sehr komplizirte Logik von allen diesen Herren vollständig übereinstimmend entwickelt, eine so komplizirte Logik, daß es mir wirklich immer schwindelt, wenn ich in die Lage komme, sie mir reproduziren zu müssen. Da sollen die Leute also von der Ansicht ausgegangen sein, sie hätten angenommen, die 195 000 Thlr. hätten den wahren Werth bezeichnen sollen, und weil das doch nicht richtig, nicht zutreffend gewesen wäre, wenn davon eine größere Summe als Provision hätte abgezogen werden müssen, so hätten sie deshalb angenommen, die Provision sei nur ein kleinerer Betrag. — Nun, meine Herren, ich glaube, einfache Leute, wie sie hier gestanden haben, sind schwerlich in der Lage, einen solchen Schluß ohne Weiteres zu ziehen; abgesehen davon aber ist ihre Prämisse, daß man ihnen mit den 195 000 Thlrn. den wahren Werth hätte sagen wollen, ja total falsch, die Summe ist lediglich angegeben, um den Aktienkäufern zu sagen: das erworbene Etablissement hat 195 000 Thlr. der Aktiengesellschaft gekostet, und es ist dabei, wie ich bei meiner Vernehmung entwickelt habe, nur aus einem gewissen Anstandsgefühl heraus der Zusatz gemacht, der die Käufer darauf aufmerksam machen sollte, daß sie nicht glauben möchten, es sei das der wahre vom Verkäufer berechnete Werth.

Nun, die Glaubwürdigkeit dieser Zeugen, die ihre Leidenschaftlichkeit theils hier, theils nachher im Zuschauerraum aufs Deutlichste bekundet haben, die ihre Person soweit glaubten einsetzen zu können, daß sie sogar zur Sache Anträge stellen wollten, — ich glaube, diese Glaubwürdigkeit möchte denn doch in hohem Grade zweifelhaft sein. Und alle diese Zeugen müssen meiner Meinung nach verschwinden gegenüber der positiven Aussage des sachkundigen Elvers, der zu 135% die Aktien gekauft hat, und zwar 20 000 Thlr., 9000 Thlr. für sich, 11 000 Thlr. für Freunde, nicht etwa um damit zu spekuliren, sondern um sich und seinen Freunden eine gute Kapitalanlage zu verschaffen. Ich will dabei noch darauf hinweisen, daß ja, wie es in der früheren Untersuchungssache aufs Deutlichste hier nachgewiesen ist, im Publikum schon damals darüber kein Zweifel sein konnte, was man unter Provision verstand. Dieser Ausdruck „Provision“ könnte ja allerdings — und ich habe geglaubt, die Anklage würde eigentlich darauf alles Gewicht legen, — möglicherweise von jemandem, der mit Fremdwörtern nicht Bescheid weiß, wie das bei dem gemeinen Manne zuweilen ist, mißverstanden werden; indessen ist doch der Ausdruck „Provision“ nicht gerade ein so ungebräuchlicher, er kommt ja im täglichen Leben vor, und,

wie mein College Huch schon gesagt hat, man braucht nur das erste beste Fremdwörterbuch aufzuschlagen, um sich klar zu machen, daß Provision nicht etwa bloß das Drittelchen und Viertelchen ist, was der Banquier beim Wechsel-Diskontiren nimmt, sondern für jeden Geschäftsgewinn gebraucht wird. Ich habe hier z. B. das Pierer'sche Conversationslexikon mitgebracht, und zwar nicht etwa eine neue Ausgabe, die auf einen neuen Sprachgebrauch gegründet wäre, sondern eine Ausgabe von 1861, in welcher neben den übrigen Bedeutungen des Wortes „Provision“ ausdrücklich aufgeführt wird: „der Gewinn bei einem Handelsgeschäfte.“ Also wer nur irgendwie Neigung, sich darum zu kümmern hatte, konnte erfahren, was Provision bedeutet. Nun ist ja außerdem konstatirt, daß dieser Ausdruck Provision gerade in Bezug auf die Gründerprovision eine ganz entschieden gebräuchliche Bedeutung bekommen hat. Es liegen mir hier eine Anzahl Erkenntnisse des Reichsoberhandelsgerichts vor, in denen allen der Ausdruck Provision ganz identisch gebraucht wird mit Gründergewinn, Gründerprämie. Ja, sogar eine Autorität, die die Herzogl. Staatsanwaltschaft auch anerkennen wird, der Königl. preussische Oberstaatsanwalt Schüler, hat in seinem Plaidoyer in der Wrede'schen Sache gesprochen von der „Verspiegelung eines höheren Kaufpreises zum Zweck der Verschleierung der Provision,“ davon, daß „die Provisionen schon an die Consortialen ausgezahlt waren;“ — genug, man sieht, die Sprache des täglichen Lebens und die Sprache der Gerichte haben diesen Ausdruck „Provision“ in der Praxis vollständig festgestellt, und wem er unklar war, der hatte die allerbeste Veranlassung, sich danach zu erkundigen, nachdem er darauf hingewiesen war.

Es hat ja nun auch in dieser Sache das Superagio von 105% eine gewisse Rolle gespielt. Es ist das, wie ich in der ersten Sache nachgewiesen habe, eine Erfindung des Königl. preussischen Staatsanwalt Lessendorf, der in der Wrede'schen Sache diese Argumentation zuerst gebraucht hat. Sie ist von dort nach hier importirt, und zwar erst zu einer Zeit, als die Gründungen längst gemacht waren, denn, wie die Herren sich vielleicht erinnern werden, in dem Wagenbauanstalt-Prozeß habe ich nachgewiesen, daß, als die Civilklagen angestrengt wurden etwa gleichzeitig mit dem Beginn der Voruntersuchung, die klagenden Aktionäre von einer Täuschung durch die 105% absolut gar nicht geredet hatten, sondern daß erst in der Berufungsinstanz diese 105% auf einmal ihre Rolle spielten. Und ich glaube, es ist auch hier ein Irrthum von Seiten dieser hier vernommenen Zeugen, wenn sie sich gegenwärtig eingebildet haben, sie hätten schon im Jahre 1872 daran gedacht, daß der Gewinn lediglich in diesen 105% bestesse. Wie eben die Einbildungskraft auf manchen Zeugen einwirken kann, das erinnern wir uns alle ja wohl noch von dem einen Zeugen, der

hier in der Sache der Wagenbauanstalt vernommen wurde, der, als ihm der Präsident die Frage vorlegte: wodurch sind Sie bestimmt worden? antwortete: „natürlich durch den Prospekt!“ und der, als ich ihm gewisse Thatsachen vorhielt, zuletzt zugeben mußte, daß er den Prospekt damals gar nicht gelesen hatte. Dahin führt es, wenn man, wie es Herr Ube-ten schon charakterisirt hat, derartigen Leuten das Dilemma stellt, zu ihrem eignen Vortheil Aussagen in Criminaluntersuchungen zu machen.

Es hat nun der Herr Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft, wie ich glaube, angenommen, eine sehr feine Entdeckung gemacht zu haben; wenn er heute morgen auf den Vorhalt, daß ja in diesem Falle die 5% durch die Dividende des ersten Vierteljahres absorbiert wurden, — erwidert hat; — ich glaube, der Herr Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft hat geglaubt, mit seiner Aeußerung uns alle und das Herzogliche Handelsgericht und das Herzogliche Obergericht mal recht ad absurdum geführt zu haben, wenn er gesagt hat: was wäre denn an die Aktionäre mit den Aktien übertragen? doch nur die Zinsen von 40% Einzahlung, also vielleicht 1%; 4% wären also immer dasjenige, was die Gründer behielten. — Nun, da muß ich dem Herrn Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnisse des Herzoglichen Handelsgerichts erwidern: er hat den Prospekt nicht gelesen oder ihn nicht verstanden. Denn in dem Prospekt steht deutlich zu lesen: es wird übergeben die Dividende des ersten Vierteljahres auf das Aktientkapital. Es handelt sich also nicht etwa um die usuellen Zinsen, welche man beim Verkaufe von Effekten allerdings nach einem gewissen Zeitabschnitte zum üblichen Zinsfuß und je nach der geleisteten Einzahlung berechnet, sondern es handelte sich um die ganze Dividende des ersten Vierteljahres, die man für diesen Fall nicht in den Zinsen repräsentiren, sondern den Käufern der Aktien gratis gewähren wollte. Und es ist dann auch ausdrücklich gesagt, daß die Dividende mit 15% von dem ganzen Aktientkapital berechnet werden sollte, also von dem Nominalbetrage, nicht von den eingezahlten 40%. Und wenn der Herr Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft bei sich das Exempel machen will, wird er auch finden, daß der von uns veranschlagte Gewinn vollständig ausreichte, um die Dividende gerade in dieser Höhe zu bezahlen. Wir haben, wie die Wülbern'sche Berechnung ergibt, annehmen können, das erste Jahr würde 228 000 Thlr. ergeben. Rechnen wir 15% pro anno, so sind das für  $\frac{3}{4}$  Jahr 18 $\frac{3}{4}$ %, die bringen von 300 000 Thlr. circa 56 000 Thlr.; rechnen wir dazu die 75 000, welche Fehland als Gewinn-Präcipuum erhalten sollte, so bringt das 131 000 Thlr.; es bleiben also dann immer noch 97 000 Thlr. übrig, um Amortisationen zu machen und den Aktionären auch die in dem Prospekt in Aussicht ge-

stellte höhere Dividende zuzuführen. Also Sie sehen, meine Herren, unsere Rechnung stimmt ganz genau damit, daß wir den Aktionären wirklich jene Dividende auf das ganze Nominal-Kapital in Aussicht gestellt haben, also wirklich in diesem ersten Vierteljahr eine Dividende von rund 5%; ich glaube, die Rechnung stimmt. Ich glaube, meine Herren, ich kann damit diese Frage verlassen, will aber darauf hinweisen, wenn gesagt wird: ja, warum haben die Leute nun in Wirklichkeit gezeichnet, wenn sie nicht derartige Ideen gehabt haben, durch die sie zu einem Irrthum gekommen wären, — da verweise ich Sie auf dasjenige, was ein Sachverständiger in der ersten Sache, Eisenbahndirektor Kronheim, angeführt hat, die drastische Schilderung von dem Taumel, in dem damals das ganze Publikum sich in Bezug auf Kapitalunternehmungen befand, wie man absolut gar nicht fragte: was kostet das, ist das preiswürdig? sondern einfach fragte: wird dabei verdient oder ist Aussicht zu einer guten Rente vorhanden? und daß dann das Publikum, ohne näher zu prüfen, ohne vielleicht die Prospekte deutlich und aufmerksam zu lesen, sich zur Zeichnung drängte. Ich glaube, es ist das eine viel natürlichere und entsprechendere Erklärung des Vorgehens dieser Leute, als die künstliche Unterstellung der Herzoglichen Staatsanwaltschaft.

Ich glaube, meine Herren, Sie werden in Ihrem Wahrspruche erklären können: es ist erwiesen, daß die Leute nicht getäuscht sind, und darum möchte ich bitten.

Es würde sich nun zweitens darum handeln, ob es denn unsere Absicht gewesen sein könnte, das Publikum zu täuschen. Ich habe Ihnen in meiner Vernehmung gesagt, meine Herren, wie ich dazu gekommen bin, diesen Prospekt, den ich ja verfaßt habe, so zu entwerfen, wie es geschehen ist, daß ich die ganz entschiedene Absicht dabei gehabt habe, das Publikum gerade aufzuklären, daß ein Gründergewinn in dem Kaufpreis enthalten sei, daß die Käufer mit der Uebernahme der Aktien uns, den ersten Zeichnern, den Gründergewinn bewilligten. Da hat uns allerdings der Herzogliche Kassationshof in seinem Erkenntnisse den Vorwurf gemacht: nun, wenn Ihr einmal von der Provision sprached, dann müßtet Ihr auch die Ziffer der Provision nennen. — Der Herr Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft scheint auf dieses Argument des Kassationshofes nicht viel zu geben; er hat das selbst gar nicht vorgebracht, und es ist insofern höchst interessant, daß wir eigentlich auf die Anklagebank gestellt sind auf Grund einer Rechtsansicht, die das öffentliche Ministerium hier heute gar nicht vertheidigt und vertritt. Ich gebe zu, daß die Ansicht des verehrlichen Kassationshofes so verkehrt wie möglich ist, sie beruht auf einer vollständigen Unkenntniß der geschäftlichen Verhältnisse. Ich frage Sie, meine Herren, was wohl daraus werden würde, wenn man von einem jeden Geschäfts-

manne, der etwas zu verkaufen hat, verlangen würde, er solle neben seinem Kaufpreis auch angeben, was er dabei verdient? Ich möchte wohl die Handwerksleute, die hier als Zeugen gestanden haben, fragen, ob sie das thun, ob sie sagen, die Waare verkaufe ich so, aber ich verdiene soviel? Ich glaube, meine Herren, wir würden Handel und Wandel auf den Kopf stellen, wir würden eine Karrikatur aus geschäftlichen Dingen machen, wenn wir derartige Anforderungen an den Geschäftsmann stellen wollten. Und die Unterschiede, die der Herr Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft zwischen der Waare oder Kaufobjekten des gewöhnlichen Lebens und den Objekten gemacht hat, um die es sich hier handelt, sind durchaus nicht vorhanden; Geschäft ist Geschäft; ob es sich um eine Wurst, oder Stiefel oder eine Aktie handelt; es ist immer eine Waare, und es ist kein Banquier, der ein Effekt zu verkaufen hat, verpflichtet zu sagen, er verdiene daran so und soviel, oder auch nur, er halte die Chancen des Effekts mehr oder weniger günstig, wenn er nicht etwa danach gefragt wird. Ich glaube, man kann derartige Anforderungen nicht stellen. Es ist gewiß ein weiser Satz des römischen Rechts gewesen, welcher ausdrücklich ausgesprochen hat, daß in Handel und Wandel bezüglich der Preisstellung das gegenseitige Hintergehen — *circumvenire* nennt er es — vollständig zulässig ist. Ich lege das dahin aus, daß man mit seinen berechtigten Geschäftsgeheimnissen hinter dem Berge halten kann und nicht verpflichtet ist, sie jedem Mitkontrahenten auf die Nase zu binden. Ich glaube also, meine Herren, daß Sie auch in dieser Beziehung dahin gelangen werden, zu sagen: es ist die täuschende Absicht der Angeklagten widerlegt.

Nun komme ich zu einer weiteren Frage, zu der Frage der widerrechtlichen Bereicherung, und die hat ja der Herr Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft nach zwei Gesichtspunkten hin behandelt. Einmal hat er gesagt: widerrechtlich ist die Bereicherung dann, wenn sie nicht bewilligt ist, und dann, wenn man nicht ein Recht dazu hat. — Nun muß ich aber vollständig darauf vorbereitet und eingeweiht, daß sie einen Gründergewinn bezahlten. Da muß es doch heißen: *qui tacet, consentit*. Wer sich im Geschäftsleben nach einer bestimmten Thatsache, die ihm vorgelegt ist, nicht erkundigt, von dem muß angenommen werden, er sei damit einverstanden gerade in demselben Umfange, wie die Thatsachen dem andern Kontrahenten bekannt waren, und ich glaube, man würde civiliter zu keinem anderen Urtheile kommen können; die Civilgerichte sind ja auch dahin gelangt, zu sagen: Ihr habt mit offenen Augen eine euch allerdings der Ziffer nach unbekannte Größe bewilligt, ihr müßt euch also das gefallen lassen. Und dann die andere Frage: es sei doch eigentlich — führt die Herzogliche

Staatsanwaltschaft aus — hier gar kein Recht vorher gewesen, eine besondere Vergütung zu verlangen, es sei kein Risiko vorhanden gewesen, wenigstens kein anderes, als jeder Aktionär habe; ein besonderes Risiko, welches eine besondere Vergütung beanspruche, sei für die Gründer nicht vorhanden gewesen. Er hat gemeint, es sei ja völlig gleichgültig, ob man eine Aktie kaufe, oder 100 oder 1000, immer wäre das Risiko dasselbe. — Ich glaube, wer derartige Ausführungen machen kann, muß von dem Wesen der Aktiengesellschaft einen eigenthümlichen Begriff haben. Die Aktiengesellschaft ist ja gerade die Vereinigung Mehrerer zu einem industriellen Unternehmen in der bestimmten Absicht, daß man das Risiko in möglichst kleine Theile zerlegen kann, daß man eben nicht ein größeres Risiko läuft, als man nach seinen eigenen individuellen Vermögensverhältnissen tragen kann, und wenn jemand seine Haut dabei zu Markte trägt, so wird man ihm sagen können: du läufst das Risiko, welches du tragen kannst. Aber die Geschäftsmänner, welche Aktiengesellschaften gründen, laufen allerdings ein ganz anderes Risiko, ein Risiko, welches sie mit ihrem eigenen Vermögen gewerbsmäßig in der Hoffnung dabei zu gewinnen, aber mit dem Bewußtsein der zu laufenden Gefahr übernehmen wollen, ein viel höheres Risiko, denn sie gründen, um wieder zu verkaufen, und wenn ihnen der Verkauf nicht gelingt, so sitzen sie dran, und es kann ihnen gehen, wie jenem Hofmann, der ja in dem vorigen Prozesse hier als warnendes Beispiel vorgeführt worden ist. — Es ist diese ganze Darstellung vollständig irrig. Ich bezweifle gar nicht, wenn irgend eine Persönlichkeit gekommen wäre und gesagt hätte: ich bin bereit, ein größeres Risiko zu übernehmen, ich will mich mit 40 000 bis 50 000 Thlr. an dem Werk betheiligen, daß der die Aktien viel billiger bekommen hätte; man würde ihn vielleicht in das Konfortium aufgenommen oder ihm eine Advance bewilligt haben, da man das Risiko dann früher los wurde, und ich glaube, daß gerade mit der Größe des Risikos, welches der Einzelne läuft, auch die Prämie wachsen muß, die ihm dafür gewährt wird. Ich glaube mithin, meine Herren, Sie werden auch die Frage verneinen können oder vielmehr das Gegentheil davon bejahen können: es hat keine widerrechtliche Bereicherung vorgelegen!

Ich komme nun, ich glaube es ist die letzte Frage, zu der Beschädigung. Da haben wir ja allerdings wieder die Frage wegen des Werthes des Unternehmens, und da kann ich mich der Kürze halber auf dasjenige beziehen, was ich schon in Bezug auf den Sachverständigen Elvers und auf die Gutachten der Herren Meyer und Stamer ausgeführt habe. Ich will nur auf einiges kommen, was der Herr Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft vorgetragen hat. Die Herren Sachverständigen haben gesagt, die 180 000 Thlr., zu welchen sie das Werk schätzten, seien von den



noch nicht vollendeten Anlagen zu verstehen. Nun hat der Herr Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft gesagt, das Werk sei erst kurz vorher errichtet gewesen, es hätte eine besondere Rundschaft, einen besonderen Werth der Firma noch gar nicht gehabt, — er hat aber nachweislich manche Verhältnisse, welche ein derartiges Etablissement im Werthe erhöhen, verschwiegen. Er hat zunächst sich darauf nicht bezogen, was wir im Prospekte ausdrücklich hervorgehoben haben: die günstige Lage des Werkes für den Verkauf nach Osten, für den Bezug von Rohmaterialien aus Ilse, Salzgitter, Harzburg u. s. w.; er hat nicht hervorgehoben, daß wir durch Vertrag der Aktiengesellschaft in der Person des Herrn Fehland einen renommirten, wenigstens als solchen damals angesehenen, Techniker zugeführt hatten; er hat übersehen, daß der Betrieb des Werkes in vollem Gange war, und namentlich übersehen, daß die Erweiterungsbauten schon begonnen waren von Fehland selbst, und, was ihm allerdings wohl nicht bekannt gewesen sein mag, da er ja von diesen technischen Dingen nicht viel verstehen wird, daß eben bei dem Bau eines solchen Walzwerks, sobald nur die leicht ausführbaren Gebäude vorhanden sind, schon bis zum Frühjahr 1873 die vollen Erweiterungen des Werkes fertig zu stellen waren.

Ich glaube also, es lagen in der That Momente genug vor, um einen wirklichen ideellen Mehrwerth anzunehmen.

Es hat sich nun der Herr Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft bewogen gefunden, den einen Sachverständigen, der allerdings nicht nach seinem Sinne ausgesagt hat, hier in gewisser Weise zu verdächtigen; er hat in etwas spöttischer Weise gesagt, er verdanke das dem Herrn gar nicht, er sei ja mit der Großindustrie sehr nahe verwandt, da könne man sich denken, daß er nicht so recht mit der Sprache herauswolle. — Nun, ich muß im Interesse des Herrn Wilke, der als tüchtiger, durchaus solider und ehrenwerther Geschäftsmann bekannt ist, der kommunale Ehrenämter in Braunschweig bekleidet, gegen eine derartige Insinuation hier protestiren, ebenso wie ich einen anderen Sachverständigen in der ersten Sache in Schutz zu nehmen gehabt habe. Es ist richtig, Wilke ist Großindustrieller und steht in Verbindung auch mit der Braunschweigischen Creditanstalt. Ich überlasse es den geehrten Herren, ob sie deshalb glauben, daß Herr Wilke nicht seiner Pflicht gemäß hier dasjenige bekundet hat, worüber er überall eine Auskunft geben konnte. Ich würde den Umstand, den der Herr Kollege Huch vorgebracht hat, daß der Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft Herrn Wilke vor einigen Tagen einen Besuch gemacht hat, nicht erwähnt haben; es war das, da uns dieser Umstand bekannt geworden war, verabredet es nicht zu thun, weil wir glaubten, daß man eine gewisse Gehässigkeit darin finden könne. Indessen, nachdem der Herr Vertreter

der Herzoglichen Staatsanwaltschaft in dieser Weise gegen Herrn Wille aufgetreten ist, billige ich es vollständig von meinem Collegen Huch, daß er dieses Besuchs, der ja in gewisser Verwandtschaft zu stehen scheint mit dem, den in der Wagenbauanstaltsache der Staatsanwalt dem Zeugen Hoffmann gemacht hat, Erwähnung gethan hat.

Ich glaube also, meine Herren, Sie werden auch in Bezug auf diesen letzten Punkt in Bezug auf die Beschädigung dahin gelangen müssen, daß Sie erklären, es hat eine Beschädigung nicht stattgefunden, der Gegenbeweis ist geliefert.

Ich will darauf, ob von einer absichtlichen Beschädigung die Rede sein könnte, oder ob, wie ja das manche Rechtslehrer für genügend halten, nur die Annahme der Möglichkeit einer Beschädigung bei den Angeklagten vorhanden gewesen sei, nicht weiter eingehen; die Frage ist ganz eventueller Natur, und bei der Sicherheit, mit der ich auf das Verdikt dieses verehrlichen Gerichtshofes baue, glaube ich, über diese Frage vollständig weggehen zu können.

Ich bin mit meiner Vertheidigung zu Ende; ich gebe zu, sie ist ja nicht ganz in dem Rahmen einer Vertheidigung geblieben, sie ist zum Theil zu einer Anklage geworden, und ich bedauere es aufrichtig im Interesse des Ansehens der Strafrechtspflege in unserm Lande, daß wir Gelegenheit gehabt haben, Anklagepunkte, wie wir sie haben erwähnen müssen, hier hervorzuheben.

Ich bin überzeugt, meine Herren, daß durch Ihr Verdikt die gegen uns erhobene Anklage in allen Punkten als unbegründet zurückgewiesen werden wird, ich bin aber, meine Herren, auch ebenso gewiß, daß uns eine gewisse Vergeltung zu Theil werden wird an denjenigen, welche diese Anklage gegen uns erhoben, welche sie befördert, welche sie betrieben haben; ich meine nicht damit eine äußere Vergeltung, die ja vielleicht für die eine oder die andere Gesetzwidrigkeit immerhin bei denjenigen, die dafür verantwortlich gemacht werden können, eintreten kann, — ich meine die innere Vergeltung, die, wie ich überzeugt bin, über kurz oder lang bei allen denjenigen, welche diese Anklagen in diesen Gründungsprozessen erhoben haben, eintreten wird, die innere Vergeltung, welche sich dokumentirt in der Unruhe des juristischen Gewissens und in dem Gefühl der Beschämung, welches sich bei allen denjenigen einstellen wird, die an diesen Anklagen und Verfolgungen theilgenommen haben, wenn und so oft die Rede sein wird von diesen Braunschweigischen Gründerprozessen!

Verth. D.-G.-Adv. Huch: Ich bitte nochmals ums Wort.

Staatsanw.: Ich bitte ums Wort zur Replik.

Berth. Huch: Ich habe noch zwei Angeklagte zu vertreten, Meyer und Wolf.

Präs. (in den Akten nachsehend): In den Akten steht davon nichts. (Zu den genannten Angeklagten) Ist das richtig? (Wird bejaht.)

Berth. Huch: Ich verpflichte mich übrigens, in wenigen Minuten zu Ende zu sein. Es könnte noch mancherlei Interessantes erwähnt werden. Die psychologische Untersuchung des Collegen nach den Motiven würde auch bei dem ersten Anklagepunkte zu schlagenden Ergebnissen führen. Allein auch ohne das wird die Sache günstig entschieden werden. Im höchsten Grade aber hat es mich interessirt zu hören, wie mein College Haeusler hier, wenn auch nicht mit mathematischer Genauigkeit, doch so, daß es auf jeden Unbefangenen einen großen Eindruck hervorbringen mußte, einen Zusammenhang zwischen den von der Socialdemokratie in dieser Angelegenheit entwickelten Angriffen und Agitationen und den von der Staatsanwaltschaft ergriffenen Maßregeln nachgewiesen hat. Meine Herren; vor etwa 1½ Jahren habe ich, wie der College Abeken mir bezeugen kann, einen Aufsatz geschrieben und dem Tageblatt eingesandt, dessen Aufnahme indeß von dem Redacteur abgelehnt wurde. Ich erlaube mir daraus Folgendes — es sind nur ein paar Zeilen — vorzulesen:

„Hier ist vielmehr seit Jahren eine blinde Agitation gegen Alles, was Gründer heißt, im Gange, erst neuerlich wieder aufs Heftigste betrieben und deren Ende noch gar nicht abzusehen. Hier gelten in weiten Kreisen die Gründer einer Aktiengesellschaft, mögen sie auch sonst zu den ehrenwertheften Persönlichkeiten gehören und sich Motive zu verbrecherischen Absichten nirgendwo entdecken lassen, ohne Weiteres als Gauner und Betrüger, dagegen die Besitzer entwertheter Aktien ohne Weiteres als geplündert und betrogen. Hier ist endlich von einer Aufklärung der Anschauungen blutwenig zu entdecken, vielmehr begegnet man fast überall, zum Theil sogar im Stande der Juristen, vollständiger Finsterniß.

Und wer steht an der Spitze dieser beklagenswerthen Agitation? der socialdemokratische Volksfreund! Die Sätze, daß die Einnahme eines Gründergewinns bei der Illation eines Etablissements in die Gesellschaft Diebstahl am Vermögen derselben (oder der Aktionäre) sei, die Verschleierung des Gründergewinns Betrug, die Eintragung des Annahmepreises eines inferirten Grundstücks ohne Abzug des Gründergewinns in die Bücher Urkundenfälschung — diese und ähnliche Sätze werden dort mit unfehlbarer Sicherheit, und in den mannichfachsten Variationen vorgetragen.

Unbegreiflich aber ist es, daß diese Ausführungen, für welche in der umfangreichen Literatur des Aktienrechts auch nicht ein einziger Belag wird aufgefunden werden können, bislang ohne alle Erwiderung geblieben sind,

ja daß sie selbst bei denen, die für die Theorien des Volksfreundes nicht gerade empfänglich sind, in den allerweitesten Kreisen das allergeneigste und kritikloseste Gehör gefunden haben.“

Diesen Artikel hatte ich mit zahlreichen Belägen aus dem Volksfreund versehen, und es ist nicht schwer, sie in den juristischen und factischen Begründungen der Anklageschriften in den beiden Gründerfachen wieder zu erkennen. Ebenso leicht machen es sich auch diese Herren mit den Beweisen, und wenn sie erst einmal ihren Staat geschaffen haben, so werden sie allerdings mit solchen Theorien ihre Gegner sehr leicht, selbst in der Form von Urtheilssprüchen, niederschmettern können.

Der zweite Punkt ist der folgende, zu dem mich mein Rechtsgefühl drängt. Mein College sprach, in der gerechtesten Erregung, von der Vergeltung, welche die Urheber all des den Angeklagten zugefügten Unrechts treffen möge. Dies erinnerte mich daran, daß ich vor sechs Monaten, in heftiger Aufregung, gleichfalls von Vergeltung sprach. Ich bezeichnete derzeit, allerdings nur bedingt, einen Mann, der, wie man allgemein derzeit glaubte, den Hauptimpuls zu der energischen Betreibung der Anklagen gegeben haben sollte.

Meine Herren, ich habe mich durch Nachforschungen an sicherer Stelle davon überzeugt, daß diese Ansicht irrig war, und daß auf den Herrn Staatsanwalt kein Druck von jenem, übrigens von mir stets hochverehrten Manne geübt ist. Dies hier zu erklären, drängte mich mein Rechtsgefühl.

Staatsanwalt: Ich werde mich so kurz wie möglich fassen.

Zunächst muß ich eine Verwahrung einlegen, eine Unterstellung zurückweisen, als ob ich über Herrn Wilke irgendwie spöttisch gesprochen hätte. Ich muß vollkommen mißverstanden sein von meinem Herrn Gegner; es ist mir das durchaus nicht in den Sinn gekommen, ich habe vielmehr mit voller Achtung von Wilke gesprochen, und glaube ungefähr Folgendes gesagt zu haben, und das kann ich jetzt noch vertreten. Es ist, habe ich gesagt, schwierig, in solchen Sachen Sachverständige zu erhalten, weil Jeder so gewissenhaft wie möglich vorgeht, und das hat auch Wilke gethan, und ich verdanke es ihm durchaus nicht, ich erkenne es als gerechtfertigt an, daß Wilke, der allerdings in der Voruntersuchung gesagt hat, er werde wohl, wenn ihm noch einiges Material zur Disposition gestellt werde, ein Gutachten abgeben können, hier sagt: ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß ich die Sache nicht vollständig beurtheilen kann. Das ist mir gar nicht in den Sinn gekommen, irgend wie spöttisch über ihn zu sprechen. Ich habe nur im Interesse der Anklage das konstatiren wollen, daß man schwer in solchen Sachen überhaupt Sachverständige findet, einmal weil überhaupt die Leute selten sind, die dergleichen beur-

theilen können, und ferner weil Jeder, sobald seine Aussage irgendwie zu Ungunsten der Angeklagten ausfallen kann, mit größter Vorsicht vorgeht, und das hat auch Wilke gethan, und ich habe das vollständig als gerechtfertigt anerkannt, ich habe von ihm nur gesprochen und das konstatiert im Interesse der Anklage, damit nicht zu Ungunsten der Anklage aus diesen Äußerungen des Herrn Wilke Folgerungen gezogen werden könnten derart, als ob er mehr zu Gunsten der Angeklagten in seiner gutachtlichen Meinung etwa neige, als ob die Anklage dadurch besonders entkräftet werde, daß dieser Sachkundige sein Gutachten verweigert hat. Nur in diesem Sinne, im Uebrigen mit voller Achtung habe ich von ihm gesprochen.

Es nöthigen mir dann die Angriffe des Herrn Haeussler allerdings eine Erwiderung ob, die ich gern vermieden hätte. Er hat den Gang des Prozesses zunächst kritisiert; ich habe keine Ursache, auf alle diese Angriffe, die gegen die Leitung gerichtet sind, einzugehen, — es ist vollkommen gesetzmäßig verfahren; ich werde jeden einzelnen Akt vertreten, wo es nöthig ist, — hier halte ich es nicht für nöthig, es würde zu weit führen; nur über einen Punkt will ich mich erklären.

Herr Haeussler hat zu wiederholten Malen den „Volksfreund“ erwähnt und hat darauf hingedeutet, daß in den Untersuchungsakten, ich glaube ein oder zwei Exemplare des „Volksfreund“ sich finden; er hat dann ausgedrückt, es scheine so — oder er hat gar behauptet, es habe die Staatsanwaltschaft im Dienste der Sozialdemokratie gestanden, in ihrem Interesse gehandelt und auf ihren Antrag oder ihre Anregung diesen Prozeß eingeleitet und verfolgt. Nun, meine Herren, gedient ist allerdings in dieser Sache der Sozialdemokratie, Vorschub ist ihr allerdings geleistet, — aber wahrhaftig nicht von der Staatsanwaltschaft; gedient ist ihr von denjenigen Leuten, die in der sogenannten Gründerepoche die Aktiengesellschaften, unser wichtigstes Rechtsinstitut, welches uns jetzt erheblichen Schutz gegen das Treiben der Sozialdemokratie gewähren könnte, wenn es noch in der Weise fortbestände, durch ihr Treiben vernichtet haben, — diese Leute haben im Interesse der Sozialdemokratie gehandelt. Meine Herren Gegner betonen ja mit vollem Rechte das persönliche Interesse der einzelnen Angeklagten, — ich verdanke ihnen das durchaus nicht im Mindesten; wollen die Herren aber ihr persönliches Interesse in dieser Weise betonen und hervorheben, dann halte ich es allerdings auch für meine Pflicht, das öffentliche Interesse zu konserviren, das gerade in diesem Prozeß dem persönlichen Interesse der Angeklagten allerdings entgegensteht, — das öffentliche Interesse, welches allein die Staatsanwaltschaft bei diesem Prozesse geleitet hat, die Staatsanwaltschaft veranlaßt hat, diesen Prozeß so viel

wie möglich mit Energie durchzuführen. Meine Herren, es handelt sich ja in diesem Falle weniger um die Frage, ob fünf oder sechs Leute bestraft werden; aber um die Frage handelt es sich in allen diesen Prozessen, um die Frage von allerhöchster Bedeutung: ob das Institut der Aktiengesellschaft noch Bestand haben soll für das praktische Leben oder nicht. Es liegt in der Natur der Sache, daß Aktiengesellschaften nur von Wenigen gegründet werden können und nur in den Händen Weniger sich die Leitung befinden kann, und daß in der Leitung die Gründer in Bezug auf ihre Loyalität nicht vollkommen und vollständig von der Gesamtheit der Aktionäre beständig kontrollirt werden können. Deshalb ist es aber auch die naturgemäße Pflicht derjenigen, die solche Aktiengesellschaften im allgemeinen Interesse der Aktionäre gründen und leiten sich als Vertrauensmänner zu betrachten und im Interesse der Allgemeinheit zu handeln, aber nicht ihr spezielles privates Interesse in der Weise dem gemeinsamen Interesse vorgehen zu lassen, daß sie — ich spreche gar nicht von diesem speziellen Fall, ich spreche ganz im Allgemeinen — ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl der von ihnen vertretenen Aktiengesellschaft und zum Ruin derselben sich auf Kosten der Gesellschaft die Tasche füllen. In dieses Genre schlägt allerdings auch dieser einzelne Fall herein. — Ich will bemerken, daß, wenn ich eben sagte, daß ich mehr von Aktiengesellschaften im Allgemeinen spreche, dies nicht dahin ausgelegt werden soll, daß ich anerkennen wollte, in diesem Fall sei vollkommen loyal verfahren; das thue ich durchaus nicht, ich halte durchaus die Anklagepunkte auch jetzt noch aufrecht. — Meine Herren, das liegt in der Natur der Sache, daß so verfahren werden muß von den Gründern solcher Geschäfte; und, meine Herren, erklären sich die Gerichte machtlos gegenüber dem vollkommen entgegengesetzten Verfahren, glauben sie, daß unsere allgemeine Rechtsordnung machtlos ist gegenüber dem entgegengesetzten Verfahren, welches in der damaligen Epoche in so vielen Fällen bestanden hat, daß dagegen die Gesetze nicht wirken können, dann muß das letzte Vertrauen, welches das Publikum überhaupt zu Aktiengesellschaften vielleicht jetzt noch hat, vollständig verschwinden. Meine Herren, man hat ja daran gedacht, — und es hat der Herr Koch darauf hingewiesen bei seiner Vernehmung —, diesem Unwesen durch Spezialgesetze zu steuern, also etwa in der Form einer Novelle zum Handelsgesetzbuch, daß die Provision in allen Fällen offen deklarirt werden müsse; man ist ja vernünftiger Weise wieder davon abgekommen. Meine Herren, was heute unter dem Namen „Provision“ unmöglich würde, das würde morgen unter einem anderen Namen wieder auftauchen. Es ist nicht der Begriff „Provision“, es ist dies ganze Verfahren, ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl der Gesellschaft die Kasse

der Gesellschaft zu plündern; dem kann man nicht mit Spezialgesetzen entgegen treten. Erweist sich da unsere gesammte Rechtsordnung machtlos, kann sie einem derartigen Treiben keinen Damm entgegen setzen, so wird man mit Spezialgesetzen nicht weiter kommen. Und, meine Herren, ebenso wenig kann man Besserung von denjenigen Kreisen erwarten, von denen naturgemäß solche Gründungen ausgehen müssen; ich habe wenigstens nicht gehört, daß eine ernstlich gemeinte Reaktion in den Kreisen der großen Kapitalisten versucht wäre. Und wenn es selbst der Fall wäre, meine Herren, — was neun solide Gründungen an Vertrauen wiederherstellen, das zerstört eine unsolide, gegen die sich die Gesetze machtlos erweisen. Wohin dies aber führen kann und führen muß, das brauche ich am Ende wohl nicht weiter auseinanderzusetzen. Meine Herren, die Aktiengesellschaft ist die einzig bestehende und einzig möglich rechtliche Form, in der die kleinen Kapitalien selbständig mit dem großen Kapital konkurriren können; zerstören Sie diese Rechtsform, machen Sie die unmöglich für das praktische Leben, so bleibt den kleinen Kapitalisten nichts anderes übrig, als sich auf jede Bedingung hin in den Dienst der großen Kapitalisten zu begeben; — aber wer schließlich davon allein Vortheil haben würde, das würden wir bald zu sehen bekommen. Es ist die Sozialdemokratie einzig und allein, die sich zu jeder Freisprechung in Gründungssachen mit gutem Herzen gratuliren kann. Das ist das einzige Interesse, was die Staatsanwaltschaft bei diesen Prozessen geleitet hat, und in diesem Interesse hat die Staatsanwaltschaft gemeint mit voller Kraft die Prozesse führen und vertreten zu müssen, und das ist geschehen. Das möchte ich gegenüber den Angriffen des Herrn Haessler konstatiren.

Im Uebrigen glaube ich mich kurz fassen zu können und will nur einige Bemerkungen hier einflechten, einige Aufklärungen hier geben.

Es scheinen die Herren Verteidiger mich in manchen Punkten unrichtig verstanden zu haben. Es hat der Herr Verteidiger Notar Buch bemerkt, ich habe die Aeußerung gethan, ich sei glücklich, diese Anklage führen zu können. Der Herr Verteidiger hat mich vollständig mißverstanden und das möchte ich doch konstatiren. Ich weiß zufällig ganz genau, in welcher Verbindung ich dieses Wort gebraucht habe. Ich habe gesagt: es ist glücklicher Weise bei dieser Fabrik der Fall, daß keine ideellen Werthe hinzutreten, daß man sich also mit der Taxation dieser ideellen Werthe nicht zu beschäftigen braucht. Es ist aber doch ein himmelweiter Unterschied, als wenn ich gesagt hätte: ich bin glücklich, eine derartige Anklage erheben und vertreten zu können. Ich habe die Anklage allerdings mit Ueberzeugung vertreten, eine Freude ist es mir wahrhaftig nicht gewesen.

Es ist mir dann ferner zum Vorwurf gemacht, daß ich die civile Rechtspredung, welche in dieser Sache ergangen ist, nicht genügend beachtet habe; es würde mich diese, wurde von Seiten der Herren Bertheidiger behauptet, bewogen haben, diese Anklage aufzugeben. Ich habe es allerdings für meine Pflicht gehalten, das Erkenntniß des Handelsgerichts und das Erkenntniß des dritten Senats des Herzoglichen Obergerichts durchzulesen, und habe sie so berücksichtigt, wie sie einzig berücksichtigt werden konnten. Es präjudiziren diese Erkenntnisse auch nicht im Geringsten dieser Strafsache. Einmal ist die Klage in jener Civilsache auf vollständig andere Behauptungen gestützt; der damalige Kläger Stegmüller hat zum Grunde der Klage die Behauptung gemacht, die er auch hier gemacht hat, die Angeklagten hätten den Irrthum erregen wollen, als sei die Summe von 195 000 Thalern reiner Kaufpreis und als sei keine Provision darin enthalten, es stecke die in den 5% Agio. Diese Behauptung konnte das Handelsgericht und der Senat des Obergerichts niemals als erwiesen annehmen; denn das haben die Angeklagten gethan, sie haben speziell darauf hingewiesen, daß in dieser Summe von 195 000 Thalern eine Provision enthalten sei. Deshalb hat diese Anklage sich auf eine andere Behauptung gestützt: die Angeklagten haben den Irrthum erregen wollen, daß diese Provision eine geringe wäre. Deshalb kann der Ausfall dieser Civilprozeßsache nicht im Geringsten dem Austrag dieser Strafsache präjudiziren.

Nun erkenne ich ja allerdings nicht, daß verschiedene Anschauungen des Herzoglichen Obergerichts, die es im Erkenntniß deponirt hat, den Anschauungen der Anklage widersprochen. Aber, meine Herren, auch diese Anschauungen sind lediglich thatsächliche und nicht rechtliche. Wenn ich natürlich sofort bereit bin, die rechtlichen Anschauungen des Obergerichts als bindend für mich anzuerkennen, so kann ich das nicht in Bezug auf thatsächliche Anschauungen, und es sind nur thatsächliche Anschauungen, die dem Erkenntniß des Obergerichts zu Grunde liegen.

Es ist dann verschiedentlich von Seiten der Herren Bertheidiger der Zeuge und Sachverständige Stooß erwähnt. Meine Herren, es ist der Anklage zum Vorwurf gemacht, daß sie auf das Gutachten dieses Sachverständigen irgendwie Gewicht gelegt hat. Ich will hinzufügen, ich habe den Herrn als Sachverständigen vollständig fallen lassen, aber nicht deshalb, weil ich ihn als unglaubwürdig angesehen oder irgendwie ungünstig beurtheilt habe, sondern weil die Sachverständigen der Gegenpartei hier schon Genügendes konstatiert hatten; deshalb habe ich es vorgezogen, mich auf diese Gutachten zu stützen, und habe auf das Gutachten des Herrn Stooß verzichtet. Nun kommt der Herr auch als Zeuge in Betracht. Er hat geäußert: wenn er die unrichtige Bilanz nicht gesehen hätte, oder wenn



er gewußt hätte, daß eine Unterbilanz vorhanden sei, hätte er sich nicht in die Geschäftsverbindung mit dem Walzwerk eingelassen; und da habe ich allerdings erklärt, ich überlasse dem hohen Gerichtshof, über die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen zu befinden. Auch damit habe ich nicht aussprechen wollen, daß ich den Zeugen irgendwie ungünstig beurtheile; es widersteht mir nur persönlich, gegen einen Zeugen und Sachverständigen angriffsweise vorzugehen, wenn ich nicht genügenden Grund dazu habe, oder aber mich sehr für einen derartigen Zeugen oder Sachverständigen ins Zeug zu legen, wenn ich ihn nicht genau kenne. Deshalb habe ich es vorgezogen, die persönliche Beurtheilung ganz dem Gericht zu überlassen. Aber, meine Herren, da dieser Sachverständige und Zeuge in dieser Weise hier angegriffen ist, so möchte ich doch konstatiren, daß, soweit der Herr hier aufgetreten ist, seine Glaubwürdigkeit und seine Moralität durchaus nicht so ungünstig beurtheilt werden muß. Was haben wir denn hier von dem Zeugen gehört? was ist ihm denn hier vorgeworfen? Er ist Gläubiger des Walzwerks, er hat sich bei dem Akförd nicht betheiligt und hofft, daß, wenn den Herren Aufsichtsräthen illohalles Verfahren nachgewiesen würde, er dann eine Entschädigungsklage auf vollen Ersatz seiner Forderung würde anstrengen können. Nun, meine Herren, es wurde dem Zeugen speziell von dem Herrn Vertheidiger Notar Huch ein Vorwurf darüber gemacht; Stooß stand in seines Nichts durchbohrendem Gefühle, er wußte nichts zu antworten. Plötzlich, — die beiden Herren schauen sich ins Gesicht, und siehe da: freudiges Erstaunen beiderseits oder vielleicht nur einerseits, — Stooß erkennt seinen alten Rechtsbeistand wieder, und erinnert sich, daß sein damaliger Rechtsbeistand ihm das Verfahren angerathen hat, das er beobachtet hat. Er stützte sich also damals, als er diesen Entschluß faßte, auf das Gutachten eines unserer erfahrensten und bewährtesten Juristen, und gerade dieses Verfahren wird ihm nun von demselben Herrn Vertheidiger zum Vorwurf gemacht. Nun, es klärte sich ja diese Disharmonie sehr natürlich dadurch auf, daß die Ansicht des Herrn Vertheidigers sich geändert hatte, es zeigte sich ja auch, daß dies Gutachten bereits vor drei Jahren erstattet war; wie gesagt, inzwischen war die Ansicht umgeschlagen. — Meine Herren, ich wollte das nur nebenbei bemerken, um zu konstatiren, daß man doch etwas vorsichtig sein muß in der nachtheiligen Beurtheilung solcher Zeugen. Ich glaube nicht, nach dem, was ich gehört habe, nachdem also Herrn Stooß von seinem Rechtsbeistand sein Verfahren als juristisch korrekt und moralisch gerechtfertigt angerathen ist, — denn ich bin überzeugt, daß der Herr Vertheidiger ihm etwas Inkorrektess und Unmoralisches nicht angerathen haben würde, — da der Zeuge sich vollständig auf das Gutachten des Herrn Vertheidigers

stützen konnte, so kann man ihm einen Vorwurf nicht machen und hieraus kann man ein ungünstiges Urtheil über den Zeugen nicht ableiten. Ich muß deshalb dagegen Protest einlegen.

Es ist dann wiederholt noch dieser unglückliche Punkt zur Sprache gekommen, daß ich in der Voruntersuchung einige Aktionäre durch den Gerichtsdiener nach dem Bureau habe bestellen lassen und sie vernommen habe. Ich habe mir schon lange den Kopf darüber zerbrochen, was die Herren in dieser Bestellung so Entsetzliches finden. Herr Abeken hat das wieder aufgenommen, hat immer den Polizeidiener, den Gerichtsdiener so stark betont und es ist mir ein Licht aufgegangen, ob vielleicht in dem Gerichtsdiener oder Polizeidiener das Schreckliche gefunden ist. Meine Herren, ich weiß wirklich nicht, worin denn das Illegale dieses Verfahrens gefunden werden soll. Es haben die Herren sehr viel darüber gesprochen; sie haben mich nicht zu überzeugen vermocht, daß ungerechtfertigt von mir verfahren worden ist. Und gerade dieser Herr Vertheidiger macht mir ferner den Vorwurf, daß ich diese Registraturen nicht zu meinen Manualakten genommen, sondern zu den Untersuchungsakten gegeben habe. Es ist mir erst der Vorwurf gemacht, daß ich Briefe, die durch Versehen zu den Untersuchungsakten gekommen waren, wieder zurückgenommen habe; — jetzt wird mir der umgekehrte Vorwurf gemacht. Ja, wenn die Herren, speziell Herr Abeken, sich die Mühe geben wollte, mir anzugeben, wie ich meine Akten ordnen muß, ich werde gern dem Wunsch des Herrn Genüge tragen, ich weiß wirklich nicht, wie ich in solchen Sachen es ihm recht machen soll.

Es ist dann behauptet von Seiten der Gegenpartei, es sei eine einigermaßen komische Behauptung von der Anklage, daß die Herren vom Aufsichtsrathe deshalb die Bilanz falsch aufgestellt und einen Betrug begangen haben sollten, um Fehland diesen geringfügigen Vortheil zu verschaffen, und es sei diese Behauptung auch von mir aufgegeben. Ich habe diese Behauptung durchaus nicht aufgegeben und habe nur dabei bemerkt, es sei selbstverständlich, daß diese Motive die Herren durchaus nicht geleitet haben, es sei nur nothwendig damit verbunden; mit ihrem Zweck, den sie verfolgten, die Vermögensverhältnisse der Gesellschaft in günstigem Licht darzustellen, war nothwendig verknüpft die Fantième für Fehland. Aber sie waren sich bei dieser Handlungsweise auch bewußt, daß sie ungerechtfertigt war, und deshalb habe ich auch diesen Theil der Handlungsweise inkriminirt.

Ich glaube mich auf diese wenigen Bemerkungen beschränken zu dürfen; es würde ja im Uebrigen, was ich auf die Ausführungen der Herren erwidern mußte, wesentlich auf Wiederholungen hinauslaufen. Ich will

daher meine Erwiderungen damit schließen und meine früheren Anträge wiederholen.

### Vertheidiger Obergerichtsadvokat Huch.

Ich bedauere, nochmals das Wort ergreifen zu müssen. Es gilt noch einige Bemerkungen des Herrn Staatsanwalts zu rectificiren und mich gegen einen persönlichen Angriff zu vertheidigen.

Der Herr Staatsanwalt hat von den Anschauungen gesprochen, die allgemein im Volke herrschten, von den bösen Folgen, die eine Freisprechung von der Anklage haben würde. Meine Herren, wir haben in den letzten Jahren viel von Reformvorschlügen in der Gesetzgebung gehört, um die Mißstände, die mit den Gründungen verbunden gewesen sind, für die Zukunft möglichst zu beseitigen. Ich glaube, wir bedürften eigentlich solcher Reformen gar nicht, wenn die Ansichten des Herrn Staatsanwalts richtig wären. Denn danach gehörten ja alle Gründungen, bei denen man Gewinne gemacht, und verschwiegen seien, was immer der Fall gewesen sein wird, ohne Weiteres vor das Strafgericht. Der Zweck der Reformen besteht ja aber nicht mehr darin, die Freiheit und unbeschränkte Möglichkeit solcher Gewinnmacherei zu beschränken. Ich muß nochmals, nach dem, was der Herr Staatsanwalt jetzt gesagt, auf das zurückkommen, was ich schon früher hervorhob. Durch die Aktiennovelle ist ja das Prinzip vollständiger Freiheit der Einzelnen auf den Schild erhoben. Die Folge war, daß, während man früher gründete, um einem Bedürfniß zu genügen, um Etablissemments hervorzubringen, in denen möglichst viel verdient wurde, um sich eine gute Rente zu ermöglichen, man jetzt gründete, um, ganz ohne Rücksicht auf die Zukunft, nur bei der Gründung zu verdienen. Die Gründungen wurden mit einem Worte, wie andere Maßnahmen und Geschäfte, bei denen Geld zu verdienen ist, Gegenstand von gewöhnlicher Spekulation. Alles dieses mußte sich um so eher in dieser Weise herausbilden, als ja selbstverständlich die Gründungen in die Hände der Banquiers fielen, welche sie nicht anders ansahen, als ihre übrigen Spekulationsgeschäfte, und von ihrem Standpunkt aus gewiß mit vollem Recht. Jedes Prinzip hat verschiedene Seiten, jede Wohlthat ihre Schattenseite, und so ist es auch mit dieser Freiheit im Verkehr, und namentlich im Gründen der Aktiengesellschaften ergangen. Sie ist, wie bekannt, aufs Aeußerste mißbraucht worden, aber nicht, weil man betrogen hat, sondern weil eben für die bei der Gründung vorkommenden Operationen, namentlich auch die Normirung des Annahmepreises, eine Schranke nicht bestand. — Hierauf allein aber kommt es bei der gegenwärtigen Untersuchung an, sich vollständig und nach allen Seiten hin des

Standpunktes klar zu sein, den das Gesetz einmal und von seinem Standpunkt aus allein annehmen konnte. Darauf, ob das Gesetz nichts taugte, darauf, ob dasselbe üble Folgen gehabt hat, kommt nichts an, sondern darauf, ob die in Frage stehenden Handlungen durch die Gesetze, welche und wie sie nun einmal bestehen, gedeckt sind, eben so wenig darauf, was im Uebrigen für Anforderungen herrschen oder Nachtheile entstehen, wenn die entstehenden Gesetze angewandt werden. Wenn der Herr Staatsanwalt übrigens bei der Besprechung solcher Nachtheile auch den dahin zählte, daß bei solchen Ansichten es den kleinen Leuten unmöglich gemacht werden würde, ihre Ersparnisse in Aktien anzulegen, so übersieht derselbe, daß ein Theil der Reformen gerade dahin geht, diesem abzuhelpen, weil sich darin eben die größten Uebelstände gezeigt haben. Gerade weil nach dem Gesetz die Nominalbeträge der Aktien auf 100, ja 50 Thlr. heruntergehen können und herunterzugehen pflegen, haben viele kleine Leute ihr Ersparthes in Aktien angelegt, und ist daher ein großer Theil der Calamitäten gekommen. Dies will man nun aber beseitigen und da ist jetzt ein Theil der Reformvorschlüge dafür, die Minimalbeträge der Aktien sehr hoch zu fixiren, damit eben die kleinen Leute ihr Geld anderswie anlegen, als in Effekten, deren Werth sie doch nicht zu beurtheilen vermögen, wie ja auch unsere fünf geschädigten Aktionäre ihre totale Unwissenheit in Sachen dazu hier dokumentirt haben.

Uebrigens will ich betreffs der Reformvorschlüge noch Eins bemerken, was mir sehr bemerkenswerth zu sein scheint.

Ich habe aus dem Prinzip der Vertragsfreiheit deducirt, daß bei der Unbeschränktheit der Gewinnnahme und dem Wegfall der Controle durch die Regierung es gar kein Mittel gebe, die gesetzliche Bestimmung des §. 209 b. betreffs des Falles, wo sämtliche Contrahenten das ganze Capital zeichnen, zu ändern, wenn man eben nicht zu dem System der Controle zurückkehren wolle.

Nun, in den neuesten im vorigen Jahre erschienenen Reformvorschlügen der preussischen Regierung ist auch nicht einmal der Versuch gemacht, diese Bestimmung zu ändern, weil man eben zu der Controle nicht zurückkehren wollte. Der Reformvorschlag bezieht sich vielmehr lediglich auf den zweiten Fall des §. 209 b. wenn nämlich ein Theil des Aktienkapitals nicht von den Gründern gezeichnet, sondern erst im Wege der Subscription aufzubringen ist; dann sollen behuf der gesetzlich vorgeschriebenen Mittel zur Erlangung der Zustimmung derselben gewisse Modifikationen eintreten.

Ich glaube also, daß die letzten Ausführungen des Herrn Staatsanwalts in der That nicht von Bedeutung waren.

Staatsanw.: Ich wollte nur bemerken, daß ich vom §. 209 nicht gesprochen habe.

Berth. Ob.=Ger.=Adv. Huch: Aber ich sprach davon, und mußte davon sprechen.

Staatsanw.: Sie sagten, ich habe eine unrichtige Bemerkung dazu gemacht.

Berth. Ob.=Ger.=Adv. Huch: Ich glaube, daß alle vorhin gemachten Expositionen des Herrn Staatsanwalts sich um den gedachten Paragraphen drehen. Ich glaube aber auch, daß dieser Paragraph die alleinige Grundlage bildet für die Beurtheilung des vorliegenden Falles und daß bei einer richtigen Einsicht in denselben es ein unmögliches Beginnen ist, Handlungen, wie sie hier zur Erreichung eines vollständig erlaubten Zweckes vorgenommen sind, zu betrügerischen stempeln zu wollen.

Zuletzt ist dann noch mein ehemaliger Client Stooß an die Reihe gekommen, und war es dabei wohl mehr auf mich persönlich abgesehen.

Allerdings, meine Herren, würde ich nicht allein ein trauriger Jurist, sondern auch eine traurige Persönlichkeit überhaupt sein, hätte ich, wie es dort geschildert ist, meine Farbe gewechselt, und in derselben Sache erst dem Einen, dann dem Gegner gedient. Allein es ist eine Unwahrheit, wenn behauptet wird, ich habe Herrn Stooß das von ihm eingeschlagene Verfahren angerathen. Herr Stooß sagte vielmehr nur, ich hätte ihm ein Gutachten ertheilt, und las dasselbe vor. Nun ja, ein Gutachten erfordert Thatbestände, und die waren mir vorgelegt; es waren aber solche, die sich nachher als völlig erfunden herausstellten, so daß große Posten von Schienen und anderen Dingen über die Seite gebracht, daß Fälschungen vorgenommen seien u. s. w. Was ich Herrn Stooß erklärte, nehme ich nicht zurück, und bitte ich, mir nachzuweisen, daß ein einziges Wort mit dem in Widerspruch steht, was ich hier behauptet habe. Dann will ich den Vorwürfen mich fügen. Der geführte Hieb war mithin ein Luftstich und trifft mich nicht.

Ich glaube, was noch etwa zu sagen sein wird, den übrigen Herren überlassen zu dürfen.

Verteidiger Advokatanwalt Abeken: Ich glaube, der §. 27 ist bereits hier vorgelesen. Es heißt darin wörtlich:

„Weder die Staatsanwälte noch die sonstigen Beamten der gerichtlichen Polizei sind befugt, Zeugen, Sachverständige oder Angeklagte durch einen Befehl vor sich zu laden, und von ihnen über derartige Vernehmungen aufgenommene Protokolle haben keinen öffentlichen Glauben.“

Hieraus scheint mir doch zu folgen, daß es nicht richtig war, Zeugen vorzuladen, wie es von Seiten des Herrn Staatsanwalts geschehen ist.

In den Protokollen steht jedes Mal: „Borgeladen erschien.“ Der Zeuge, der hierüber befragt wurde, sagte: ich habe das als Befehl betrachtet; und er konnte es auch nicht wohl anders aufnehmen, wenn eine offizielle Person, der Gerichtsdienner, zu ihm kam und ihn zum Staatsanwalt bestellte. Wenn ein Dienstmann die Bestellung gemacht hätte, würde er sie vielleicht nicht befolgt haben. Nun sagt der Herr Staatsanwalt: ich habe das zu meiner privaten Information gethan, dies hat gar keinen offiziellen Charakter; und in Bezug auf diese Behauptung erwiderte ich: dann mußte davon auch nichts in die Akten kommen. Aber ich weiß in der That nicht, was jener ganze Paragraph bedeuten soll, wenn in dieser Weise von der Staatsanwaltschaft verfahren wird. Ich habe doch vielfach schon kriminelle Untersuchungsakten durchgesehen, aber ich habe noch nie derartige Protokolle gefunden, — außer bei der hier verhandelten Anklage gegen die Gründer der Wagenbauanstalt; da fanden sich allerdings auch solche Protokolle. Das gewöhnliche Verfahren ist doch, für solche Verhöre die Hülfe des Untersuchungsrichters in Anspruch zu nehmen, und ich glaube nicht, daß ich durch das, was der Herr Staatsanwalt hier zur Vertheidigung seines Verfahrens vorgebracht hat, widerlegt worden bin.

Vertheidiger Obergerichtsanwalt Abel: Herr Präsident, der Herr Staatsanwalt scheint ein lebhaftes Interesse zu haben für die Form der Aktiengesellschaft und meint, daß davon sehr viel abhängt für die Fortentwicklung unserer Verhältnisse in wirtschaftlicher Beziehung. Da möchte ich mir doch auch eine Bemerkung erlauben und ihm Folgendes sagen. Wenn die mit dem furchtbaren Recht der Anklage ausgestatteten Behörden, die das Recht haben, ganze Familien Jahre lang in Trauer und Thränen zu halten, fortfahren, unmögliche Bedingungen zu stellen an die Leute, die die Organe der Gesellschaft bilden sollen, namentlich an die Aufsichtsräthe, wenn sie nicht aufhören, wegen jedes Irrthums und wegen jeder zweifelhaften Auslegung der so verworrenen Gesetze über die Pflichten dieser Leute, dieserhalb gleich Anklage zu erheben, dann werden sie es dahin bringen, daß allerdings anständige Leute, die etwas zu verlieren haben, keine Neigung mehr haben, dazwischen zu bleiben. Es ist auf dieser Bahn schon ein sehr großer Schritt vorwärts gethan, es giebt schon sehr viele Leute, die um keinen Preis sich dazu hergeben, die nur ihrer Ehre halber bleiben bei den Gesellschaften, die sie mitgegründet haben. Wer also für diese Reform der Gesetzgebung sich interessirt, der soll, wenn er in der Lage ist, sich darüber zu entscheiden, ob Anklage erhoben werden soll oder nicht, sehr wohl prüfen, nicht Anklagen zu erheben, von denen er sich wird sagen müssen, sie seien nicht anders als wie sie meistens erhoben worden sind in Deutschland; denn wenn wir die Anklagen sehen, welche

erhoben sind, und die Zahl derjenigen, in denen Verurtheilung erfolgt ist, dann muß man wirklich sehr zweifelhaft darüber sein, ob sie leidenschaftslos erhoben sind oder ob nicht unter einem Eindruck, dem eigentlich eine Anklagebehörde nicht stattgeben sollte.

Ungekl. Haessler: Ich muß auch eine Verwahrung hier erklären, nämlich gegen die Auslegung, die der Herr Vertreter der Staatsanwaltschaft meinen Worten giebt. Ich habe nicht behauptet oder nachzuweisen gesucht, daß die öffentliche Anklage im Dienst der Socialdemokratie gehandelt hat; ich glaube aber nachgewiesen zu haben, daß allerdings unter dem Eindruck dieser gehässigen Denunziationen, die in der Presse der Socialdemokratie erhoben sind, die öffentlichen Ankläger gehandelt haben.

Was die Bemerkungen des Herrn Vertreters der Staatsanwaltschaft in Bezug auf Aktiengesellschaften betrifft, so gebe ich zu, daß die ungesunden Gründungen allerdings die Form der Aktiengesellschaften einigermassen in Verruf gebracht haben. Ich habe mir aber erlaubt, schon bei der ersten Verhandlung wegen der Eisenbahnwagenbauanstalt hier zu erklären, daß im Lande Braunschweig sogenannte blutige Gründungen, ungesunde Gründungen, die lediglich den Zweck gehabt haben, die Gründer zu bereichern, mit unsoliden Unternehmungen das Publikum zu beglücken, nicht stattgefunden haben. Wenn von den Aktiengesellschaften in Braunschweig zwei oder drei vielleicht zu Grunde gegangen sind, so hat das in anderen Verhältnissen seine Grundlage, vor allen Dingen in dem erbärmlichen Charakter einer großen Anzahl von Aktionären, die, so lange die Sache gut geht, allerdings sehr schöne Dividenden recht gern beziehen, aber, sobald schlimme Zeiten eintreten, die Flinte ins Korn werfen, womöglich ihre Verwaltungsorgane mit allen möglichen Vorwürfen überhäufen, die Gelder, die etwa nöthig sind, um die Aktiengesellschaft aufrecht zu erhalten, verweigern und dergleichen. Ich habe das an dem Beispiel der Eisenbahnwagenbauanstalt damals aufs Schlagendste nachgewiesen. Ich glaube, gerade dieser Umstand, den auch Herr College Abel eben betont hat, daß bei einem derartigen Charakterzug einer großen Anzahl Aktionäre und bei den Angriffen, die Seitens der öffentlichen Ankläger erfolgt sind gegen die Vorstände und Verwaltungen, — daß unter diesem Einfluß allerdings die Form der Aktiengesellschaft sehr zurückzugehen droht. Ich lege allerdings auf die Erhaltung der Aktiengesellschaften auch einen großen Werth und bin überzeugt, die Gesetzgebung wird in dieser Beziehung etwas thun müssen, um gerade Ausbreitungen der Industrie bei Gründung der Aktiengesellschaften zu verhindern. Es ist keineswegs, wie der Herr Vertreter der Herzoglichen Staatsanwaltschaft annimmt, jene Novelle zum Aktiengesetz aufgegeben, sondern sie ist nur bei Seite gelegt, weil das Reichsjustizamt und der

Reichstag sehr viel mit anderen dringenden Arbeiten zu thun haben und man andererseits erklärt hat, man wolle noch Erfahrungen sammeln, und dann, weil gegenwärtig eine derartige Gesetzgebung zu beschleunigen gar keinen Sinn hat. Denn wo jetzt Industrie und Alles darnieder liegt, da wird allerdings an Gründungen nicht gedacht werden. Ich muß also die Insinuation — ich muß es auch hier wieder so nennen —, die der Herr Vertreter der Staatsanwaltschaft gewissermaßen gegen uns — ich will sagen, die Vertreter der größeren Geldinstitute und diejenigen Herren, die auch heute hier auf der Anklagebank sitzen — im Allgemeinen gerichtet hat, daß wir schuldig wären an dem Verfall der Aktiengesellschaft, entschieden zurückweisen, vor allen Dingen die Theorie zurückweisen, daß, wenn man eine neue Gesetzgebung nicht haben könne, man an den bestehenden Gesetzen so lange zerren und ziehen müsse, bis sie passen. Das ist allerdings der rechte Weg, das Ansehen der Gesetzgebung und der Gerichte zu untergraben, und ich bedauere, daß gerade im Lande Braunschweig dadurch das Beispiel gegeben ist, daß man zwei Gründungen, die in anderen Ländern — ich glaube, von dem strengsten Preussischen Staatsanwalt — nicht angeklagt sein würden, hier zur Anklage gebracht hat. Gottlob, es werden in unserem Lande die ersten und letzten sein und hoffentlich auch die letzten in ganz Deutschland!

Präs.: Haben die übrigen Angeklagten noch etwas hinzuzufügen? Angeklagter Benndorf?

Angekl. Benndorf: Nein!

Präs.: Angeklagter Salomon?

Angekl. Salomon: Der Herr Vertheidiger Abel hat mir aus der Seele gesprochen, indem er soeben den Zustand klargelegt hat, der jedenfalls eintreten würde, wenn man fernerweit in Folge der Auslegung der Gesetze durch Erhebung von Anklagen den Aufsichtsräthen und Vorständen der Aktiengesellschaften gegenübertritt. Meine Herren, ich kann, was zunächst mich selbst betrifft, der ich unter dieser Anklage jetzt eine ganz lange Zeit so viel gelitten habe — sowohl geschäftlich, als auch in meiner Familie und an meiner Gesundheit — ich kann Ihnen mittheilen, daß ich mit Spannung erwartet habe den Ausgang des heutigen Termins, und daß ich tief beklage, daß die Staatsanwaltschaft den zweiten Punkt der Anklage für vollständig erwiesen erachtet und aufrecht erhalten hat. Der Punkt zwei der Anklage ist gerichtet namentlich betreffs der Einstellung der Materialienpreise gegen die Aufsichtsrathsmitglieder wegen Betruges, der durch eine Fälschung der Bilanz hervorgerufen sein soll, weil die Materialien nicht zum Marktpreis eingestellt sind. Meine Herren, sämtliche Aufsichtsräthe, die es noch so ehrlich und aufrichtig mit ihrer Gesellschaft meinen, können,



das ist ja unmöglich, ihre Stellungen und ihre Stellen nicht beibehalten, wenn sie sich jedes Mal fragen sollen, wenn sie im guten Glauben gehandelt: war das, was wir heute über die Bilanz beschlossen haben, auch ganz genau so, wie die Herzogliche Staatsanwaltschaft es auslegen will und vorschreibt? — Es wird hierdurch unmöglich, daß überhaupt Leute künftig sich dazu hergeben werden, an die Spitze von Aktiengesellschaften zu treten. Nach den schlimmen Erfahrungen, die ich gemacht, und nachdem ich vorhin gehört habe, daß dieser zweite Punkt der Anklage aufrecht erhalten geblieben ist, ist in mir der Entschluß gereift — es hat dies allerdings mit der gegenwärtigen Verhandlung nichts zu thun —, ich werde fortan keiner einzigen Aktiengesellschaft als Vorstand mehr angehören. Im Interesse der Braunschweigischen Industrie würde ich es aber tief beklagen, wenn hierdurch viele sehr ehrenwerthe, rechtliche, einsichtsvolle und tüchtige Männer veranlaßt werden sollten, ihre Verwaltungsstellen in Aktien-Gesellschaften ebenfalls niederzulegen.

Präs.: Angeklagter Meyer?

Angekl. Meyer: Rein!

Präs.: Angeklagter Koch?

Angekl. Koch: Ich will mich nur allem dem anschließen, was Herr Salomon gesagt hat und nur hinzufügen, daß ich schon in Folge dieser Anklage mit allen meinen Beziehungen zur Braunschweigischen Industrie gebrochen habe, ebenso, wie ich mein engeres Vaterland Braunschweig in Folge dieser Anklage verlassen werde.

Präs.: Angeklagter Mendel?

(Derfelbe ist nicht anwesend.)

Angeklagter Kunde?

(Desgleichen.)

Angeklagter Wolff?

Angekl. Wolff: Ich verzichte nach den eben gehörten Ausführungen.

Präs.: Dann würden die Verhandlungen geschlossen sein.

Zur Abgabe des Wahrspruchs wird Termin auf Freitag den 28. Juni Morgens 9 Uhr angesetzt, zu welchem die Angeklagten wieder vorgeladen werden.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr.)

## W a h r s p r u c h.

---

Durch die Beweisaufnahme ist Folgendes festgestellt:

### Ad I der Anklage.

Der Mitangeklagte Fehland war Eigenthümer einer im Jahre 1871 von ihm auf seinem vor dem Wilhelmithore zu Braunschweig belegenen, etwa  $3\frac{3}{4}$  Morgen haltenden Grundstücke eingerichteten und in Betrieb gesetzten Fabrik zur Erzeugung von Walzwerksfabrikaten, welche im Herbst 1872 mit einem Werthe von ungefähr 110 000 Thlr. bei ihm zu Buche stand. Im Herbst des Jahres 1872 bot der Mitangeklagte Meyer in Uebereinstimmung mit dem Mitangeklagten Fehland dieses Fabrik-Etablissement behuf dessen Umwandlung in ein Aktienunternehmen der Braunschweigischen Creditanstalt, insbesondere deren damaligen Directoren, den Mitangeklagten Haeussler und Benndorf, zum Kaufe an. Die Angeklagten Haeussler und Benndorf bezogen in ihrer gedachten Stellung festen Gehalt, und war ihnen eine Lantième vom Reingewinne der Creditanstalt damals zwar bereits in Aussicht gestellt, die bestimmte Normirung einer solchen aber noch nicht erfolgt. Nach längeren Verhandlungen kamen die Angeklagten Meyer, Fehland, Haeussler und Benndorf dahin überein, daß Fehland seine Fabrik einer unter der Firma „Braunschweiger Walzwerk“ zu gründenden Aktiengesellschaft für den Preis von 195 000 Thlr. verkaufen, derselben daneben die vorrätigen Materialien zum Selbstkostenpreise überlassen und endlich die für seine Firma bereits abgeschlossenen Lieferungs-, Kauf- und Verkaufs-Verträge überweisen, für solche Ueberweisung aber eine Vergütung erhalten sollte, welche in dem Gewinne des ersten, vom

1. Oktober 1872 bis 31. Dezember 1873 gerechneten Geschäftsjahres nach Auszahlung einer Dividende von 15% pro anno an die Aktionäre, jedoch nur im Höchstbetrage von 75 000 Thlr. zu bestehen hätte. Der Kaufpreis zu 195 000 Thlr. sollte in der Weise berichtigt werden, daß der Verkäufer 105 000 Thlr. in Aktien der Gesellschaft erhalten, Letztere die auf der Fabrik bereits lastenden Hypotheken in der Höhe von 35 000 Thlr. übernehmen, 50 000 Thlr. unter Verpfändung des verkauften Grundstückes auf 10 Jahre creditirt werden sollten und der Rest zu 5000 Thlr. theils durch Erfüllung der Fehland'schen Verbindlichkeiten, theils durch Baarzahlung zu berichtigen wäre. Von den als Theil des Kaufpreises gegebenen Aktien zu 105 000 Thlr. sollte Verkäufer den Gründern der Aktiengesellschaft den Betrag von 50 000 Thlr. in Aktien geben, außerdem 5000 Thlr. in Gesellschaftsaktien dem Unterhändler, Mitangeklagten Meyer, welchem er daneben noch den 15. Theil von dem bis auf 75 000 Thlr. ihm zufallenden Gewinnüberschusse des ersten Geschäftsjahres abzugeben haben sollte. Von diesen Verhandlungen erhielten die Mitangeklagten Mendke, Kunde, Wolff und Uhl alsbald Kenntniß, erklärten sich zur Betheiligung bereit und machten Mendke und Wolff noch anderen Personen davon Mittheilung, um sie zur Betheiligung zu bestimmen. Insbesondere ist der Mitangeklagte Koch durch Wolff, der Mitangeklagte Salomon durch Mendke hiervon in Kenntniß gesetzt, ohne daß sie jedoch **hierbei** von denselben oder sonst den **Betrag** der Provision erfahren hätten.

Am 24. Oktober 1872 wurde darauf ein die Aktiengesellschaft constituirender notarieller Akt aufgenommen, an welchem sich mit Ausnahme von Salomon und Koch sämtliche Angeklagte betheiligten. In diesem Constituirungsakte wurde das demselben beigelegte Gesellschaftsstatut genehmigt, das auf 300 000 Thlr. festgesetzt und in 1500 Aktien, je über 200 Thlr. und auf den Inhaber lautend, zerlegte Aktiencapital von den Contrahenten für sich resp. für verschiedene Auftraggeber vollständig gezeichnet, anerkannt, daß 10% des Aktiencapitals eingezahlt seien, und genehmigt, „daß durch den Aufsichtsrath zufolge des §. 22 des Status ein Vertrag mit dem Fabrikanten Hermann Fehland über den Ankauf des demselben gehörigen, in Braunschweig belegenen Walzwerkes für die Gesellschaft abgeschlossen und ein Kaufpreis von 195 000 Thlr. ausschließlich der nach Selbstkostenpreisen zu bezahlenden Vorräthe gewährt, auch dem Verkäufer von dem Gewinne des ersten Geschäftsjahres nach Vertheilung von 15% auf das Aktiencapital ein Praecipuum bis 75 000 Thlr. zugestanden werde.“ Schließlich ist in dem gedachten Constituirungsakte der

Aufsichtsrath für das erste Jahr ernannt und sind zu dessen Mitgliedern bestimmt:

- 1) der Commerzienrath Ritter von Voigtländer,
- 2) der Kaufmann Hermann Wittkop,  
— beide inzwischen verstorben —
- 3) der Agent Theodor Heinrich Meyer,  
sämmtlich in Braunschweig,
- 4) der Director Ferdinand Koch zu Carlschütte,
- 5) der Kaufmann Otto Wülbern zu Hannover.

Das Actiencapital war in folgenden Einzelbeträgen gezeichnet:

	Thaler
1) vom Mitangeklagten Uhl für die Firma Uhl & Comp. . . . .	15 000
2) " " Kunde . . . . .	20 000
3) " " Wolff . . . . .	15 000
4) von demselben für den Mitangeklagten Koch . . . . .	10 000
5) " demselben für H. Oppenheimer . . . . .	5 000
6) " den Mitangeklagten Haeussler und Benndorf für die Braunschweigische Credit-Anstalt . . . . .	55 000
7) vom Mitangeklagten Fehland . . . . .	105 000
8) " Kaufmann Hermann Wittkop . . . . .	10 000
9) " Mitangeklagten Meyer . . . . .	5 000
10) " " Mendel . . . . .	30 000
11) von demselben für den Mitangeklagten Salomon . . . . .	5 000
12) " demselben für Otto Wülbern . . . . .	5 000
13) vom Commerzienrath von Voigtländer . . . . .	20 000
<hr/>	
in Summa 300 000	

Nach Abschluß dieses Gründungsvertrages wurde noch an demselben Tage, den 24. October 1872, zwischen den als Aufsichtsrath-Mitgliedern gewählten Personen, welche bei der Errichtung des Gründungsvertrages gegenwärtig gewesen, nämlich dem Commerzienrath Ritter von Voigtländer, dem Kaufmann Hermann Wittkop und dem Mitangeklagten Meyer als Vertretern der Actiengesellschaft einerseits, sowie dem Fabrikanten Hermann Fehland andererseits, ein den vorgängigen Verhandlungen entsprechender notarieller Kaufkontrakt über des Letzteren Walzwerk nebst allen Zubehörungen insbesondere der dazu gehörigen Länderei zu etwa 3 $\frac{3}{4}$  Morgen errichtet, in welchem dem im Constituirungs-Ver-

trage desselben Tages enthaltenen Auftrage gemäß der Kaufpreis auf 195 000 Thlr., der Selbstkostenwerth der damit verkauften Vorräthe auf 30 432 Thlr. 15 Sgr. 9 Pfg. festgesetzt und außerdem die Entschädigung für Abtretung der Lieferungs-, Kauf- und Verkaufsverträge in der im Konstituitionsakte bestimmten Weise stipulirt wurde.

Daneben verpflichtete sich der Mitangeklagte Fehland in dem Kaufkontrakte, von den als Kaufpreis übernommenen 105 000 Thlr. Aktien 50 000 Thlr. nicht vor dem 1. Januar 1874 zu verkaufen, bis wohin solche im Depôt der Gesellschaft verbleiben sollten.

Zugleich unterzeichnete der Mitangeklagte Fehland einen Schein, Inhalt dessen er von den ihm als Theil des Kaufpreises gebührenden 525 Stück vollgezahlten Aktien als Provision resp. zur Verichtigung von Provisionen an die Braunschweigische Creditanstalt 275 Stück überweist und den Aufsichtsrath der Aktiengesellschaft anweist, diese Aktien der Braunschweigischen Creditanstalt zu behändigen, zugleich auch von dem ihm im Betrage von bis 75 000 Thlr. gebührenden Antheil am Reingewinne des ersten Geschäftsjahres den 15. Theil an den Mitangeklagten Meyer überweist, indem er den Aufsichtsrath der Gesellschaft anweist, die entsprechende Summe statt an ihn, an den Genannten zu bezahlen.

Zum notariellen Protokolle vom 30. Oktober 1872 erklärten die Mitangeklagten Koch und Salomon, daß sie die in den notariellen Protokollen vom 24. Oktober 1872 über Konstituierung der Gesellschaft und die Konstituierung des Aufsichtsraths des Braunschweiger Walzwerks — in welchem der Commerzienrath von Voigtländer zum Vorsitzenden, der Mitangeklagte Meyer zu dessen Stellvertreter, zu Direktoren der Mitangeklagte Fehland und der Kaufmann Wittkop erwählt waren — enthaltenen in ihrem Namen abgegebenen Erklärungen und Zeichnungen, Beschlüsse und Verhandlungen genehmigten, nachdem zuvor an Stelle des zum Mitgliede des Aufsichtsraths erwählt gewesenen Otto Wülbern, welcher diese Wahl nicht angenommen hatte, der Mitangeklagte Salomon in den Aufsichtsrath mit seiner Zustimmung demselben notariellen Akte zufolge gewählt war.

Am 11. November 1872 wurde die Aktiengesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“ bei Herzogl. Handelsgerichte zu Braunschweig behuf deren Eintragung angemeldet und erfolgte die Eintragung in das Handelsregister am 3. Dezember 1872.

Das Walzwerk wurde seit dem 1. Oktober 1872 — auf welchen

Tag der Kaufkontrakt zurückbezogen war, auf Kosten der Aktiengesellschaft betrieben.

Im November 1872, als die Aktien der Gesellschaft noch nicht fabricirt waren, erklärte die Braunschweigische Creditanstalt den Gründern theils mündlich, theils schriftlich, nunmehr scheine es angezeigt, einen Theil der Aktien zur öffentlichen Subscription auszulegen und fragte bei ihnen an, ob und mit wie viel Aktien von den ihnen zukommenden sie sich an einer solchen Subscription betheiligen wollten. Nachdem sich aus den Erklärungen der Gründer ergeben hatte, daß Aktien im Gesamtbetrage von 160 000 Thlr. zum Verkauf angeboten werden sollten, erließ die Braunschweigische Creditanstalt in ihrer Eigenschaft als Führerin des zum Verkaufe der Aktien zusammengetretenen Konsortiums der Gründer, einen von ihr allein unterzeichneten Prospektus über das Braunschweiger Walzwerk, in welchem nach Benennung des Aktientkapitals zu 300 000 Thlr. und nach Bezeichnung der Mitglieder der Direktion und des Aufsichtsrathes Folgendes gesagt wird:

„Das am Bahnhof in Braunschweig belegene, mit günstigem Erfolge betriebene Walzwerk- und Kesselschmiede-Etablissement der Firma Fehland & Comp. ist für eine unter obiger Firma gebildete Aktiengesellschaft für den Preis von (einschließlich Provision) 195 000 Thlr., von welchen 50 000 Thlr. auf 10 Jahre zur Hypothek creditirt bleiben, käuflich erworben und für dieselbe seit dem 1. Oktober d. J. in Betrieb genommen.“

Sodann wird angegeben, daß durch den Ankauf eines Nachbar-Grundstückes Raum für Erweiterung des Werkes gewonnen sei, daß die Erweiterungsbauten bereits in Angriff genommen wären und welche Gestaltung und Produktionsfähigkeit das Werk nach deren Vollendung haben werde, ferner daß und weshalb auch bei normalen Verhältnissen eine vorzügliche Rentabilität des Betriebes in Aussicht stehe, und für das erste Geschäftsjahr durch die Ueberweisung fest abgeschlossener Kauf- und Verkaufs-Verträge ein bedeutender Gewinn bereits gesichert sei, von welchem zwar, nachdem dem Aktiencapitale eine Dividende von 15% p. a. zugetheilt sein werde, dem früheren Eigenthümer des Werkes für die Abtretung jener Kontrakte ein entsprechender Gewinnantheil durch den Kaufvertrag zugesichert sei, dennoch aber wenn außerordentliche Ereignisse die volle Realisirung jenes Gewinnes nicht verhinderten, selbst nach Vornahme erheblicher Abschreibungen den Aktionären eine fernerweite ansehnliche Dividende überwiesen werden könne.

Der Prospektus schließt:

„Von dem Aktienkapitale ist der Betrag von 140 000 Thlr. fest übernommen. Mit dem Verkaufe des Restbetrages von 160 000 Thlr. durch die ersten Zeichner beauftragt, nehmen wir Anmeldungen zum Course von 105% (einschließlich der Dividende des ersten Vierteljahrs) bis zum 5. Dezember inkl. entgegen. Die Abnahme der mit 40% eingezahlten auf den Inhaber lautenden Interimscheine erfolgt am 2. Januar 1873 gegen Zahlung des Emissionscourses ohne weitere Zinsvergütung und wird die Zuthheilung auf die Anmeldungen, für welche Reduktion vorbehalten bleibt, am 6. Dezember geschehen. Exemplare der Statuten können bei unserer Kasse abgefordert werden.

Braunschweig, 1. Dezember 1872.

### Braunschweigische Credit-Anstalt.“

Dieser Prospekt wurde in Plakatform und durch Abdruck im Braunschweiger Tageblatte und in der Braunschweiger Zeitung veröffentlicht und enthielt der Abdruck in letzterer Zeitung hinter den Worten: „für den Preis von“ die Bemerkung: „(einschließlich Provisionen)“, während dieser Plural im Tageblatte nicht, sondern der Singular gebraucht war, sei es in Folge eines Schreibfehlers im Manuscripte oder eines Druckfehlers.

Der Angeklagte Haeusler hat diesen Prospekt auf Grund der von Fehland gelieferten technischen Notizen entworfen und nach dessen Genehmigung Seitens des Angeklagten Benndorf zum Drucke befördert. Daß die übrigen Angeklagten den Prospekt vor dem Drucke gesehen haben, ist nicht erwiesen; es hat jedoch der Angeklagte Haeusler schon früher, ehe von Inangriffnahme des Verkaufs die Rede gewesen, gegen einige der Mitangeklagten sich dahin ausgesprochen, daß er es für angemessen halte, in dem Prospekte bei Angabe des Kaufpreises darauf hinzuweisen, daß die Provision darin stecke, daß er jedoch dieses für nöthig nicht ansehe, und wurde ihm hierin von den betreffenden Angeklagten beigestimmt.

Auf Grund des Prospektes ist in der Zeit vom 1. bis 5. Dezember 1872 der Gesamtbetrag von 32 400 Thlr. vom Publikum gezeichnet, wovon jedoch nur 26 800 Thlr. an die Zeichner abgegeben sind, und haben

die Gründer des Braunschweiger Walzwerks die Provision von 55 000 Thlr. wie verabredet, in Aktien des letzteren erhalten, ohne sie jedoch später vollständig realisirt zu haben.

Die Aktien des Braunschweiger Walzwerks haben in der ersten Zeit nach dessen Gründung einen höheren als den Emmissionscours erlangt, namentlich am 26. März 1873 den Cours von 139 $\frac{1}{2}$ % erreicht, sind aber seit der zweiten Hälfte des Jahres 1873 stetig und unter pari gesunken, demnächst auch, nachdem das Walzwerk im Februar 1875 seine Zahlungen eingestellt, völlig werthlos geworden.

Der über den Kaufpreis in den Prospekt aufgenommene Passus enthält weder eine Verschleierung noch eine Entstellung des von der Aktiengesellschaft wirklich gezahlten Kaufpreises und der von den Gründern erstrebten Provision. Daß die Verfasser und Verbreiter des Prospektes die Absicht gehabt, durch diese Fassung desselben in den neu hinzutretenden Aktionären einen Irrthum zu erregen, und daß die übrigen Gründer gewollt, daß ein solcher Irrthum erregt oder unterhalten werde, ist nicht erwiesen.

Es haben nun allerdings

der Particulier Heinrich Stegmüller in Braunschweig  
2 Aktien,

der Hoslieferant Rohsahl daselbst 10 Aktien,

der Particulier Stoffregen daselbst 3 Aktien,

der Sattlermeister Bewig daselbst 4 Aktien und

der Particulier Dempewolf daselbst 3 Aktien

des Braunschweiger Walzwerks zu der im Prospekt angegebenen Zeit bezeichnet, es ist aber nicht erwiesen, daß sie und die übrigen Aktionäre durch den Prospekt in einen Irrthum versetzt sind und in Folge eines solchen, durch den Prospekt hervorgerufenen, Irrthums die Zeichnung vorgenommen haben.

Daß die vormal's Fehland'sche Fabrik bei dem Ankaufe durch die Gesellschaft einen geringeren Werth als 195,000 Thlr. gehabt, ist nicht erwiesen.

## Ad II der Anklage.

Zur Feststellung der von der Direction, namentlich dem Mitangeklagten Fehland vorzulegenden Bilanz für das erste Geschäftsjahr vom 1. October 1872 bis 31. Dezember 1873 wählte der Aufsichtsrath eine Commission, bestehend aus den Mitangeklagten Salomon, Meyer und



Roch, von denen die beiden Ersteren sich an diesem Geschäfte eingehend beteiligten, während Letzterer erst nach der durch Jene geschehenen Feststellung sich in Braunschweig einfand, dann aber nach vorgenommener Prüfung sich mit der Bilanz einverstanden erklärte.

Diese Bilanz, welche mit einem Reingewinne von 15 351 Thlr. 1 Gr. 2 Pf. abschloß, wurde durch zwei vom Aufsichtsrathe erwählte Revisoren, den Advokat-Anwalt Hollandt und den Banquier Meyersfeld, geprüft und sodann mit den von den Letzteren aufgestellten Erinnerungen der Generalversammlung der Aktionäre vorgelegt. Von den Erinnerungen des Revisors Meyersfeld bezog sich eine auf die in der Bilanz geschehene Werthung der vorräthigen Materialien, es wurde jedoch in der Generalversammlung vom 28. April 1874 nach eingehender Discussion dieses Punktes die vorgenommene Werthung für richtig erklärt.

Nach dem von dem Aufsichtsrathe über diese Bilanz der Generalversammlung erstatteten, und der Bilanz vorgedruckten Berichte sind bei der Werthung dieser Materialien die abgeschlossenen Verkaufsverträge berücksichtigt.

Der §. 19 der Gesellschaftsstatuten schreibt eine solche Berücksichtigung abgeschlossener Verkaufsverträge bei Aufstellung der Bilanz vor.

Es ist nicht erwiesen, daß diese Bilanz eine unrichtige ist, insbesondere nicht,

- 1) daß die Werthsbezeichnung des früher Fehland'schen Etablissements mit 195 000 Thlr., als dem von der Gesellschaft dafür gezahlten Kaufpreise, der Wahrheit nicht entsprach, und
- 2) daß die unter Nr. 5 a, b und c der Aktiva aufgenommenen Materialien nicht mit ihrem damaligen wahren Werthe aufgeführt seien.

Es ist endlich nicht erwiesen, daß die Angeklagten Fehland, Salomon, Meyer und Roch die Absicht gehabt haben, eine unrichtige Bilanz aufzustellen oder durch dieselbe den Stand der Verhältnisse der Gesellschaft unwahr darzustellen oder zu verschleiern, und daß sie beabsichtigt haben, durch Irrthumserregung der Gesellschaft Credit offen zu halten oder zu verschaffen, die Auszahlung der dem Mitangeklagten Fehland zukommenden Tantieme und die Vertheilung einer Dividende von  $7\frac{1}{2}\%$  zu erreichen, noch daß in den Creditoren und den Aktionären durch die Bilanz ein Irrthum erregt ist.

# Erkenntniß.

---

I. Nach dem Inhalte des Wahrspruchs ist

A. bezüglich des unter Nr. I der Anklage sämtlichen Angeklagten zur Last gelegten Vergehens des Betruges resp. der Partirerei Folgendes festgestellt:

- 1) Bei Abschluß des notariellen Kaufcontractes vom 24. October 1872 handelten die Käufer im Namen der Aktiengesellschaft „Braunschweiger Walzwerk“ und erwarben für diese Gesellschaft das Kaufobject, obwohl, wie dem bei dem Gründungsvertrage mit gegenwärtigen Verkäufer und den Käufern bekannt war, die Gesellschaft in das Handelsregister noch nicht eingetragen sein konnte und nicht war. Der Kauf muß also nach dem Willen der Contrahenten als für die Aktiengesellschaft abgeschlossen angesehen werden.

b. Hahn, Commentar zum

a. d. Hdl.-G.-B. Art. 211, §. 5.

Der zugleich abgeschlossene Nebenvertrag auf Herausgabe von 55 000 Thln. von den als Theil des Kaufpreises zu überweisenden Aktien war nach Form und Inhalt nicht zwischen dem Verkäufer und der kaufenden Gesellschaft, sondern zwischen dem Verkäufer und den einzelnen, die Gesellschaft — neben Fehland — damals ausschließlich bildenden, Personen, also mit von der Aktiengesellschaft verschiedenen Rechtssubjecten, vereinbart, konnte folglich weder von diesen einzelnen Personen, deren Absicht er entsprach, noch von ihrer als Aktiengesellschaft zusammengetretenen Gesamtheit angefochten werden. Würde man dagegen annehmen, daß, weil die Aktiengesellschaft vor der Eintragung in das Handelsregister als

solche noch nicht besteht — Hdl.-G.-B. Art. 211. —, die zu einer solchen zusammengetretenen Personen unter der Firma der Gesellschaft Eigenthum noch nicht erwerben können,

— Hdl.-G.-B. Art. 213. v. Hahn

a. a. O. Art. 211 §. 3. —

dann würden die als Käufer aufgetretenen Personen die Fehland'sche Fabrik für sich und ihre Auftraggeber gekauft und sodann der Aktiengesellschaft eingebracht haben, was den Gesetzen entsprechen würde; und käme es hierbei in Bezug auf die Aktiengesellschaft lediglich darauf, zu welchem Preise die Fabrik eingebracht worden, nicht aber auf den Preis an, zu welchem die Einbringer dieselbe von Fehland erworben haben. Der Werth der Einlage wäre alsdann, wie auch geschehen ist, in dem Gesellschaftsvertrage festzusetzen gewesen,

— Hdl.-G.-B. Art. 2096, erster Abs. —

und hätte diese Festsetzung der Genehmigung durch eine spätere Generalversammlung deshalb nicht bedurft, weil der Gesellschaftsvertrag zwischen sämtlichen damaligen Aktionären abgeschlossen war.

— Hdl.-G.-B. Art. 209<sup>b</sup>,

zweiter Abs. —

Der Umstand, daß diese alsdann beabsichtigte doppelte Uebertragung in einem einzigen Akte so zusammengefaßt worden, daß der ursprüngliche Verkäufer direct an den dritten Erwerber das Eigenthum übertrug, ohne daß die Zwischenkäufer und -Verkäufer als solche erkennbar wurden, ist für die Rechtsbeständigkeit des Geschäfts an sich deshalb gleichgültig, weil die Personen, welche allein berechtigt gewesen, aus dieser Form Einwendungen zu erheben, dieselbe so gewollt haben.

Mag daher die rechtliche Lage dieser Frage auf die eine oder andere Weise betrachtet werden, immer bleibt der Schluß gerechtfertigt, daß der Verkaufsabschluß so wie er geschehen, folglich auch die Erlangung der sogenannten Provision zu 55 000 Thaler Aktien Seitens der Gründer, **derzeit nicht rechtswidrig war**, und daß **der Preis**, für welchen **die Gesellschaft** das Fehland'sche Werk acquirirte, **in Wahrheit 195 000 Thlr.** betrug. Fictiv wäre dieser Preis nur gewesen, wenn Kaufvertrag und Provisionsberedung zwischen denselben Rechtssubjekten abgeschlossen wären.

- 2) Die Rechtswidrigkeit des Vermögensvorthells der Gründer findet die Anklage außerdem noch darin, daß solche nur durch eine Täuschung der neu hinzutretenden Aktionäre zu

erlangen gewesen und auch demnächst erlangt worden wäre. Würde die Provision von der Gesellschaft oder den neu hinzutretenden Aktionären zu gewähren gewesen, und diese durch Täuschung zu deren Gewährung bewogen sein, so hätten die Angeklagten dieselbe allerdings widerrechtlich erlangt. Abgesehen jedoch davon, daß die Gesellschaft, als solche mit der Provision, als solcher, überall nichts zu thun hatte, daß das Recht auf die Provisions-Aktien zur Zeit der Aktien-Emission bereits erworben war und es sich nur noch um deren Vertheilung handelte, die obenein nur zum Theile wirklich geschehen ist, fehlt es nach dem Inhalte des Wahrspruchs an der Täuschung der Aktionäre. Denn es ist festgestellt, daß der Prospekt, durch welchen nach der Anklage der Irrthum der Aktionäre erregt sein soll, weder eine Verschleierung noch eine Entstellung des von der Gesellschaft gezahlten Kaufpreises und der von den Gründern erstrebten Provision enthält, woraus folgt, daß durch die darin über den Kaufpreis enthaltene Angabe Niemand getäuscht werden konnte, wie denn auch festgestellt ist, daß eine solche Irrthumserregung weder von den Angeklagten gewollt ist, noch in der That stattgefunden hat. In der allgemeinen Erklärung des Wahrspruchs, daß weder eine Verschleierung noch eine Entstellung des wirklich gezahlten Kaufpreises und der Provision im Prospekt enthalten sei, ist zugleich auch die spezielle Anklagebehauptung verneint, daß die Angeklagten durch den Prospekt „die falsche Thatsache vorge spiegelt hätten: als sei für das vormal's Fehland'sche Fabrik-Etablissement ein Kaufpreis von annähernd 195 000 Thlr. bezahlt worden“, sowie diejenige, daß „die falsche Thatsache vorge spiegelt sei: es betrage die von den Gründern berechnete Provision eine im Verhältniß zu jener Ziffer nur geringe Summe.“

- 3) Die Vermögensbeschädigung der Aktionäre findet die Anklage darin, „daß sie durch den Ankauf der Aktien nicht, wie sie hätten annehmen müssen und angenommen hätten, einen verhältnißmäßigen Antheil an einem Gesellschaftsvermögen im Aktiv-Bestande von **ungefähr 300 000 Thlr.** und insbesondere einem Kaufobjekte von **annähernd 195 000 Thlr.** Werth, sondern an einem Gesellschaftsvermögen im Aktiv-

Bestande von nur 245 000 Thlr. und insbesondere jener in Wirklichkeit einen Werth von nur 140 000 Thlr. repräsentirenden Fabrik erlangt hätten“; allein da nicht erwiesen ist, daß die Fehland'sche Fabrik derzeit einen geringeren Werth als 195 000 Thlr. gehabt, so ist diese Deduktion hinfällig. Eben so wenig kann davon die Rede sein, daß die Aktionäre dadurch eine fernere Vermögensbeschädigung erlitten hätten, daß die Aktien des Braunschweiger Walzwerks gegenwärtig völlig werthlos seien, denn es ist eine Behauptung dahin, daß die spätere Entwerthung Folge der Provisionshinnahme gewesen, in der Anklage nicht aufgestellt, vielmehr ist erwiesen, daß die Aktien nach der öffentlichen Subscription mit bedeutendem Vortheile hätten verwerthet werden können. Darauf endlich, was die Aktionäre über die Höhe der Provision „glaubten“, kann deshalb nichts ankommen, weil nicht konstatirt, daß diese Annahme der Aktionäre von den Angeklagten herbeigeführt worden, und eine objektive Vermögensbeschädigung selbstverständlich nicht durch Einbildungen der angeblich Geschädigten entstehen kann.

- 4) Fehlt es hiernach an sämmtlichen, den Thatbestand des Betruges nach §. 263 des R.-Str.-G.-B. bildenden, Momenten, so folgt von selbst, daß auch die eventuelle Beschuldigung der Partirerei — R.-Str.-G.-B. §. 259 — hinfällig ist, weil dieselbe eine — hier nicht erwiesene strafbare Handlung voraussetzt, mittelst deren die verheimlichte, angekaufte, oder an sich gebrachte Sache erlangt sein muß.

B. Bezüglich der unter Nr. II der Anklage den Mitangeklagten Fehland, Salomon, Meyer und Koch zur Last gelegten Vergehen sind aus den im Wahrspruche festgestellten Thatfachen nachstehende Folgerungen zu ziehen:

- 1) Aus den vorstehend sub. A. 1 entwickelten Gründen war der wirkliche Kaufpreis, welchen die Gesellschaft für das Fehland'sche Etablissement gezahlt hatte, 195 000 Thlr. Es mußte also auch dieser Preis als Erwerbspreis gebucht werden und es ist unerfindlich, wie und wo die Provision der 55 000 Thlr., welche als solche von der Gesellschaft nicht gezahlt ist, die sie

also überall nicht anging, in den Geschäftsbüchern abgefordert vom Kaufpreise hätte verrechnet werden sollen.

2) Wenn sodann als **nicht** erwiesen festgestellt ist, daß die Einstellung dieses Kaufpreises in die Bilanz dem Werthe des fraglichen Etablissements nicht entsprochen, und daß die in der Anlage bezeichneten Materialien mit ihrem wahren Werthe in die Bilanz nicht eingestellt seien, so **fehlt** es an der **behaup- teten Vorpiegelung falscher, oder der Unterdrückung wahrer Thatfachen.** Der Zusatz der Anlage, daß die Materialien nicht mit ihrem wahren Werthe **zum damaligen Marktpreise** aufgeführt seien, geht von der irrthümlichen Rechtsanschauung aus, daß für die Werthung derartiger Materialien ausschließlich die Marktpreise maßgebend seien, während der wahre Werth derselben für eine bestimmte Zeit dann, wenn die daraus herzustellenden Fabrikate bereits fest verkauft sind, nur so ermittelt werden kann, daß die Fabrikationskosten von dem Verkaufspreise der Fabrikate in Abzug gebracht werden. Denn die aus den Verkaufsabschlüssen originirenden Forderungen gehören bereits zu dem Vermögen des Verkäufers, an dem es allein liegt, sie zu realisiren, und würde, wenn man den sich hieraus ergebenden Gewinn, obgleich er aus dem ablaufenden Geschäftsjahre stammt, erst als im nächsten Jahre erzielt annehmen wollte, den Aktionären des ablaufenden Jahres zu Nutzen derjenigen des künftigen Jahres ohne jeden Rechtsgrund ein Vermögenstheil entzogen werden. Diese bei der Bilanzziehung mithin unerläßliche Rücksichtnahme auf feste Verkaufsabschlüsse ist ohnehin durch §. 19 der Gesellschaftsstatuten im Anschluß an Art. 209 Nr. 7 des H.-G.-B. ausdrücklich vorgeschrieben und deren Befolgung in dem der Bilanz qu. beigegebenen Geschäftsberichte hervorgehoben. Marktpreise giebt es außerdem nur für bestimmte Waaren an solchen Orten, wo für dieselben ein Markt besteht, was für die hier fraglichen Materialien in Braunschweig nicht der Fall ist, so daß hier nur gefragt werden könnte, zu welchem Preise die Materialien qu. zu bestimmter Zeit in Anlehnung an die in anderen Städten bestehenden Marktpreise franko Braunschweig geliefert werden konnten.

3) Da der Wahrspruch außerdem die den genannten Angeklagten

- zur Last gelegte **betrügerische Absicht** verneint, so kann auch nicht etwa von einem Betrugsversuche, der mit untauglichen Mitteln unternommen wäre, die Rede sein und ist
- 4) eine **durch die Bilanz herbeigeführte Vermögensbeschädigung** der Gesellschafts-Gläubiger und der Aktionäre nicht dargethan, weil eine solche lediglich die — nicht vorhandene — **Irrthumserregung** durch die Bilanz voraussetzt.
  - 5) Was endlich das behauptete ideell mit dem Betruge concurrirende Vergehen nach Art. 249 Nr. 3 des Hds.-G.-Bs. betrifft, so liegen auch dessen Thatbestandsmomente nicht vor. Denn wie aus der festgestellten offenen Discussion über die Bewerthung der Materialien in der Generalversammlung der Aktionäre sogar die **Absicht der Klarstellung** der Gesellschaftsverhältnisse folgt, so ist dafür, daß die Angeklagten den Werth des ehemals Fehland'schen Grundstückes absichtlich hätten falsch oder verschleiert darstellen **wollen**, ebensowenig Beweis geführt, als dafür, daß eine unwahre oder verschleierte Darstellung **wirklich** in der Bilanz enthalten sei.
  - 6) Es fehlt daher auch hinsichtlich der den Angeklagten Fehland, Salomon, Meyer und Koch sub II der Anklage zur Last gelegten beiden Vergehen an dem Nachweise sämtlicher dieselben bedingenden Thatbestands-Momente.
- II. Da hiernach die sämtlichen Vergehen, deren die Angeklagten beschuldigt worden, unerwiesen geblieben sind, so werden dieselben von der gegen sie erhobenen Anklage hierdurch freigesprochen.

**Wendt. Häberlin. Schottelius.**

Die Abschriften beglaubigt

(L. S.)

**Brandis,**  
Auditor.